
NYPL RESEARCH LIBRARIES
3 3433 06664457 0

Politische Correspondenz

Karl Friedrichs von Baden.

1783—1806.

Herausgegeben

von der

Badischen Historischen Commission

bearbeitet

von

B. Erdmannsdörffer und K. Obser.

Dritter Band.

Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1893.

Politische Correspondenz

Karl Friedrichs von Baden.

1783—1806.

Dritter Band.

(1797—1801.)

Bearbeitet

von

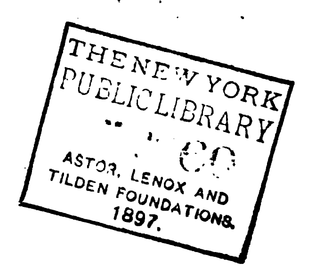
K. Obser.



Heidelberg.

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.

1893.



Vorwort.

Nach Jahresfrist folgt seinem Vorgänger der dritte Band der „Politischen Correspondenz"; auf Antrag des Bearbeiters der früheren Bände, Herrn Geh. Hofrath Professor Dr. Erdmannsdörffer, der sich andern literarischen Arbeiten zugewandt hat, ist durch die Badische Historische Commission die Bearbeitung desselben dem Unterzeichneten übertragen worden. Für Form und Einrichtung der Publikation sind die gleichen Grundsätze maßgebend gewesen wie bisher; wie im zweiten Bande hat man die den einzelnen Aktengruppen entsprechenden einleitenden Abschnitte als zusammenhängendes Ganzes vorangestellt.

Der vorliegende Band führt uns die Ziele, Wege und Wandlungen der badischen Politik in dem Zeitraume vor, der zwischen den beiden Friedensschlüssen von Campo Formio und Lunéville liegt. Außer dem Karlsruher Archive, dem die Hauptmasse des Materials entnommen ist, haben auch hier die Archive von Berlin, Wien und Paris werthvolle Beiträge geliefert; einige weitere Aktenstücke sind in dankenswerther Weise durch die Direktion des kgl. italienischen Staatsarchivs in Genua, sowie durch Se. Erlaucht den Herrn Grafen Otto von Rechberg=Rothenlöwen aus dem gräfl. Hausarchive zu Donzdorf zur Verfügung gestellt worden. Herrn Dr. Joh. Strickler in Bern verdanke ich die gefl. Mittheilung einiger Excerpte dortiger Archivalien.

Mit besonderer Freude habe ich es begrüßt, daß Herr Geh. Hofrath Erdmannsdörffer auch das Werden des vorliegenden Bandes mit lebhaftem Interesse begleitet und durch Rath und That nach allen Seiten gefördert hat; ihm, wie Herrn Dr. A. Cartellieri, der die Güte hatte, die Correktur mit mir zu lesen, spreche ich auch an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank aus.

Karlsruhe, im Januar 1893.

K. Obser.

Inhalt.

Einleitung.

I. Baden in der Zeit des Rastadter Congresses. — 1. Die Rastadter Vorgänge bis zur Eröffnung der Sitzungen. — Der Friede von Campo Formio (17. October 1797), der dem langen, erbitterten Kampfe zwischen der alten Habsburger Monarchie und dem revolutionären Frankreich ein Ziel setzte, bildet einen Markstein in unserer Geschichte, den Ausgangspunkt für die weitgreifende Neugestaltung der deutschen Verhältnisse: um den lockenden Preis eines wolabgerundeten Gebietszuwachses auf der italienischen und deutschen Seite hatte nun auch Oesterreich mehr oder minder formell seine Zustimmung zu den beiden Fundamentalforderungen der französischen Politik, der Abtretung des linken Rheinufers, wie der Annahme des Säkularisationsprincipes ertheilt und damit das Schicksal des Reiches besiegelt. Binnen Monatsfrist, so war man übereingekommen, sollten die Friedensverhandlungen mit dem Reiche auf einem von beiden Theilen zu beschickenden Congresse eröffnet werden, angeblich, wie noch das Kaiserl. Hofdekret vom 1. Nov. feierlich verkündete, auf der Basis der Integrität; daß es sich in Wahrheit nur um die Sanktionirung jener in den geheimen Artikeln niedergelegten Forderungen handelte, ahnten die Eingeweihteren schon damals.

Noch einmal, wie zu Beginn des Jahrhunderts, war bei seiner Neige aus lokalen Rücksichten und historischen Erinnerungen zu lieb die ehemalige Residenz des Türkensiegers, „die in der Friedensgeschichte . . . berühmte Stadt Rastadt", als Congreßort ausersehen worden. Unter den zehn Mitgliedern der durch das Reichsgutachten vom 21. Aug. 1795 ernannten Deputation, der die ehren- und dornenvolle Aufgabe des Friedensgeschäfts zugefallen war, befand sich, wie wir wissen, auch Baden, das seine Wahl nicht zum geringsten der patriotischen Haltung seines Fürsten im Reichskriege verdankte.

Als seine Vertreter auf dem Congresse ernannte am 11. Nov. Markgraf Karl Friedrich den uns bekannten Minister Georg Ludwig Freiherrn von

Edelsheim und den Geh. Rath Emanuel Meier[1]. Einige Daten über diesen hochverdienten Mann, dessen Name uns in diesem Bande häufiger begegnen wird, mögen hier um so eher ihre Stelle finden, als man sie in biographischen Sammelwerken vergebens sucht[2]. Emanuel Meier war geboren zu Müllheim am 17. Oct. 1746, ist also einer der wenigen Staatsmänner Karl Friedrichs, die aus dem Lande selbst hervorgegangen sind. Nachdem er das Karlsruher Gymnasium absolvirt, studirte er zu Halle und Göttingen erst Theologie, dann Jurisprudenz und ließ sich i. J. 1768 als Advokat zu Karlsruhe nieder, wurde aber, da man an leitender Stelle frühe seine Kenntnisse und Fähigkeiten schätzen lernte, bereits am 21. Oct. 1771 zum Geh. Rathssekretär ernannt und rückte in dieser Stellung rasch zum fürstl. Rath (7. Sept. 1772) und Hofrath (27. Sept. 1773) vor. Als nach dem Anfalle der baden-badischen Lande Geschäftskreis und Arbeitslast des Rentkammercollegiums unverhältnißmäßig gewachsen waren, trat er unter Beibehaltung von Sitz und Stimme im Hof- und Kirchenrathscollegium als Rentkammerprocurator in diese Behörde ein (21. Nov. 1774), und verblieb, auch nach seiner Beförderung zum Geh. Hofrath (18. Oct. 1784), in dieser Stellung, bis er unter dem 5. Juli 1790 als wirklicher Geh. Rath in das Ministerium berufen wurde. Während er bisher den politischen Dingen fern gestanden, fiel ihm hier die Bearbeitung des wichtigen Respiciates der Reichs- und Kreisangelegenheiten zu; dank dem Geschicke, mit dem er sich seiner Aufgabe entledigte, gewann er mit dem Vertrauen seines Chefs zusehends an Ansehen und Einfluß. Von der Mitte der neunziger Jahre ab bis zu den Tagen des Rheinbundes erscheint er im Schoße der Regierung neben Brauer als der wichtigste, unentbehrlichste Mitarbeiter und Berather Edelsheims; fast alle in dieser Zeit von Karlsruhe ausgehenden politischen Aktenstücke entstammen, soweit sie nicht von dem Minister concipirt sind, seiner Feder. Ein Staatsmann von unleugbarer Begabung, von klarem, durchdringendem Verstande, ausgerüstet mit seltener Arbeitskraft und gründlich vertraut mit der schwierigen Materie der Reichsverfassung, war er wie kein anderer seiner Karlsruher Collegen dazu geschaffen, an Edelsheims Seite Baden auf dem Friedenscongresse zu vertreten.

Die von beiden gemeinsam verfaßten sog. Subdelegationsberichte, sowie ein vorzüglich geführtes, vorwiegend von Meier redigirtes Subdelegations-

[1] Silhouetten beider finden sich im Rastadter Congreßtaschenbuch für das Jahr 1799; gute Kupferstiche in dem «Recueil des portraits des ministres et députés au Congrès de Rastadt». Basel, bei Decker, 1799—1801. Lieferung 4 und 5. Die beigefügte Biographie Edelsheims geht auf eigene Aufzeichnungen zurück, deren Concept sich noch im Frhr. Edelsheim'schen Familienarchive befindet.

[2] Das Folgende nach der Lebensskizze im «Recueil» und den Personalakten.



diarium, daneben die vertrauliche Correspondenz Edelsheims mit dem Markgrafen bilden die Hauptquelle für unsere Kenntniß der Rastadter Vorgänge.

Die Akten, die wir im ersten Abschnitte an die Spitze stellen, schildern die von badischer Seite getroffenen Vorkehrungen für die Eröffnung des Congresses, die Stimmungen und Erwartungen, in denen man sich zusammenfand. Ein kaiserliches Reskript vom 3. Nov. ersuchte den Markgrafen als Landesherrn, für Unterkunft und Sicherheit des diplomatischen Corps geeignete Maßregeln anzuordnen. Im Verein mit einer eigens zu dem Zwecke niedergesetzten Polizeicommission, deren Leitung in den Händen des späteren Biographen Karl Friedrichs, Frhr. Karl Ludwig Friedrich Drais von Sauerbronn, lag, unterzogen sich die badischen Gesandten dieser Aufgabe, die viel Mühe und Arbeit und begreiflicher Weise manche Widerwärtigkeiten mit sich brachte. In wenigen Tagen galt es, in der kleinen Stadt genügende Wohnungen zu beschaffen, den Waaren- und Lebensmittelverkehr zu regeln und allerlei Anstalten zu gemeinnützigen oder geselligen Zwecken in's Leben zu rufen. Mit welcher Umsicht die Commission ihres Auftrages sich entledigte, hat in der für die damaligen Zustände in Rastadt höchst lehrreichen, selten gewordenen Schrift: „Die Polizei auf dem Reichsfriedenscongreß von 1797", Mannheim 1814, ihr Chef, der Frhr. von Drais, selbst eingehend dargestellt. Als Ehrengästen des Markgrafen wurden den kaiserl. und französischen Bevollmächtigten, sowie dem Vorsitzenden der Deputation, bevorzugte Quartiere im markgräflichen Schlosse, wo auch die Sitzungen stattfanden, angewiesen.

Eine Abtheilung markgräflicher Haustruppen unter dem Commando des Oberstlieutenants von Rabenau übernahm den Schutz der Stadt[1]; das anfangs noch daselbst garnisonirende österreichische Militär wurde auf Ersuchen zurückgezogen. Weitere Sicherheitsmaßregeln wurden nicht verabredet; insbesondere scheiterte eine Vereinbarung über die Neutralisirung des Congreßortes trotz mancher Versprechungen, wie es scheint, schließlich doch an dem Widerstande der Franzosen[2].

In der zweiten Hälfte des November versammelten sich die fremden Diplomaten: neben den Mitgliedern der Friedensdeputation in stattlicher Zahl die Particularabgesandten der übrigen Reichsstände, Preußen voran, dann die kleineren und kleinsten weltlichen und geistlichen Machthaber bis hinab zum

[1] Außer der ständigen Besatzung, bestehend in dem Füsilierbataillon Rastadt und einer kleinen Truppe Husaren, zwei Compagnien vom Leibinfanterieregiment mit 120 Mann. Badischer Militäralmanach, J. 1860, S. 136; J. 1861, S. 72.

[2] Vgl. unten S. 3; Eggers, Briefe über die Auflösung des Rastadter Congresses. Braunschweig 1809. Band I, S. 333.

Edelsheim und den Geh. Rath Emanuel Meier[1]. Einige Daten über diesen hochverdienten Mann, dessen Name uns in diesem Bande häufiger begegnen wird, mögen hier um so eher ihre Stelle finden, als man sie in biographischen Sammelwerken vergebens sucht[2]. Emanuel Meier war geboren zu Müllheim am 17. Oct. 1746, ist also einer der wenigen Staatsmänner Karl Friedrichs, die aus dem Lande selbst hervorgegangen sind. Nachdem er das Karlsruher Gymnasium absolvirt, studirte er zu Halle und Göttingen erst Theologie, dann Jurisprudenz und ließ sich i. J. 1768 als Advokat zu Karlsruhe nieder, wurde aber, da man an leitender Stelle frühe seine Kenntnisse und Fähigkeiten schätzen lernte, bereits am 21. Oct. 1771 zum Geh. Rathssekretär ernannt und rückte in dieser Stellung rasch zum fürstl. Rath (7. Sept. 1772) und Hofrath (27. Sept. 1773) vor. Als nach dem Anfalle der baden-badischen Lande Geschäftskreis und Arbeitslast des Rentkammercollegiums unverhältnißmäßig gewachsen waren, trat er unter Beibehaltung von Sitz und Stimme im Hof- und Kirchenrathscollegium als Rentkammerprocurator in diese Behörde ein (21. Nov. 1774), und verblieb, auch nach seiner Beförderung zum Geh. Hofrath (18. Oct. 1784), in dieser Stellung, bis er unter dem 5. Juli 1790 als wirklicher Geh. Rath in das Ministerium berufen wurde. Während er bisher den politischen Dingen fern gestanden, fiel ihm hier die Bearbeitung des wichtigen Respiciates der Reichs- und Kreisangelegenheiten zu; dank dem Geschicke, mit dem er sich seiner Aufgabe entledigte, gewann er mit dem Vertrauen seines Chefs zusehends an Ansehen und Einfluß. Von der Mitte der neunziger Jahre ab bis zu den Tagen des Rheinbundes erscheint er im Schoße der Regierung neben Brauer als der wichtigste, unentbehrlichste Mitarbeiter und Berather Edelsheims; fast alle in dieser Zeit von Karlsruhe ausgehenden politischen Aktenstücke entstammen, soweit sie nicht von dem Minister concipirt sind, seiner Feder. Ein Staatsmann von unleugbarer Begabung, von klarem, durchdringendem Verstande, ausgerüstet mit seltener Arbeitskraft und gründlich vertraut mit der schwierigen Materie der Reichsverfassung, war er wie kein anderer seiner Karlsruher Collegen dazu geschaffen, an Edelsheims Seite Baden auf dem Friedenscongresse zu vertreten.

Die von beiden gemeinsam verfaßten sog. Subdelegationsberichte, sowie ein vorzüglich geführtes, vorwiegend von Meier redigirtes Subdelegations-

[1] Silhouetten beider finden sich im Rastadter Congreßtaschenbuch für das Jahr 1799; gute Kupferstiche in dem «Recueil des portraits des ministres et députés au Congrès de Rastadt». Basel, bei Decker, 1799—1801. Lieferung 4 und 5. Die beigefügte Biographie Edelsheims geht auf eigene Aufzeichnungen zurück, deren Concept sich noch im frhr. Edelsheim'schen Familienarchive befindet.

[2] Das Folgende nach der Lebensskizze im «Recueil» und den Personalakten.



diarium, daneben die vertrauliche Correspondenz Edelsheims mit dem Markgrafen bilden die Hauptquelle für unsere Kenntniß der Rastadter Vorgänge.

Die Akten, die wir im ersten Abschnitte an die Spitze stellen, schildern die von badischer Seite getroffenen Vorkehrungen für die Eröffnung des Congresses, die Stimmungen und Erwartungen, in denen man sich zusammenfand. Ein kaiserliches Reskript vom 3. Nov. ersuchte den Markgrafen als Landesherrn, für Unterkunft und Sicherheit des diplomatischen Corps geeignete Maßregeln anzuordnen. Im Verein mit einer eigens zu dem Zwecke niedergesetzten Polizeicommission, deren Leitung in den Händen des späteren Biographen Karl Friedrichs, Frhr. Karl Ludwig Friedrich Drais von Sauerbronn, lag, unterzogen sich die badischen Gesandten dieser Aufgabe, die viel Mühe und Arbeit und begreiflicher Weise manche Widerwärtigkeiten mit sich brachte. In wenigen Tagen galt es, in der kleinen Stadt genügende Wohnungen zu beschaffen, den Waaren- und Lebensmittelverkehr zu regeln und allerlei Anstalten zu gemeinnützigen oder geselligen Zwecken in's Leben zu rufen. Mit welcher Umsicht die Commission ihres Auftrages sich entledigte, hat in der für die damaligen Zustände in Rastadt höchst lehrreichen, selten gewordenen Schrift: „Die Polizei auf dem Reichsfriedenscongreß von 1797", Mannheim 1814, ihr Chef, der Frhr. von Drais, selbst eingehend dargestellt. Als Ehrengästen des Markgrafen wurden den kaiserl. und französischen Bevollmächtigten, sowie dem Vorsitzenden der Deputation, bevorzugte Quartiere im markgräflichen Schlosse, wo auch die Sitzungen stattfanden, angewiesen.

Eine Abtheilung markgräflicher Haustruppen unter dem Commando des Oberstlieutenants von Rabenau übernahm den Schutz der Stadt[1]; das anfangs noch daselbst garnisonirende österreichische Militär wurde auf Ersuchen zurückgezogen. Weitere Sicherheitsmaßregeln wurden nicht verabredet; insbesondere scheiterte eine Vereinbarung über die Neutralisirung des Congreßortes trotz mancher Versprechungen, wie es scheint, schließlich doch an dem Widerstande der Franzosen[2].

In der zweiten Hälfte des November versammelten sich die fremden Diplomaten: neben den Mitgliedern der Friedensdeputation in stattlicher Zahl die Particularabgesandten der übrigen Reichsstände, Preußen voran, dann die kleineren und kleinsten weltlichen und geistlichen Machthaber bis hinab zum

---

[1] Außer der ständigen Besatzung, bestehend in dem Füsilierbataillon Rastadt und einer kleinen Truppe Husaren, zwei Compagnien vom Leibinfanterieregiment mit 120 Mann. Badischer Militäralmanach, J. 1860, S. 136; J. 1861, S. 72.

[2] Vgl. unten S. 3; Eggers, Briefe über die Auflösung des Rastadter Congresses. Braunschweig 1809. Band I, S. 333.

Abte von St. Blasien. Ein ungewohntes, buntes Treiben belebte die öden Straßen der verlassenen Residenz: nach einer Volkszählung vom Dec. 1797 waren von 4668 Einwohnern 807, also mehr als ein Sechstel, in Folge des Congresses nach Rastadt übergesiedelt[1].

Der Beginn der Verhandlungen verzögerte sich indessen erheblich, die kaiserlichen Gesandten machten, wie Bonaparte bemerkte, von ihrem Vorrechte, «d'arriver toujours les derniers», wieder einmal vollen Gebrauch. Um so ungetheilter wandte sich das allgemeine Interesse der Erscheinung des siegreichen corsischen Feldherrn zu, der eben aus Italien herbeigeeilt war, um, wie es schien, das zu Campo Formio begonnene Friedenswerk zu Ende zu führen. Der mächtige Eindruck, den seine Persönlichkeit auf die Rastadter Diplomaten ausübte[2], läßt sich auch aus unsern Akten erkennen. Die badischen Gesandten waren entzückt über den auszeichnenden Empfang, den sie bei ihm fanden, über die Zusicherungen, die er ihnen mit wohlmeinender Gönnermiene bezüglich der Förderung ihrer Interessen ertheilte. Mochte auch die bedeutsame Unterredung, die er mit ihnen hatte, sie mancher Illusionen berauben, so verschaffte sie ihnen doch einen klaren Einblick in die politische Situation, vor allem in die Absichten Frankreichs. Mit rücksichtsloser Offenheit enthüllte Bonaparte die Comödie, die Oesterreich in dem Hofdekrete vom 1. Nov. mit dem Reiche getrieben; seine Ausfälle gegen Oesterreich und Preußen, welche die Selbständigkeit der mindermächtigen Reichsstände bedrohten, die wiederholten Betheuerungen, das wahre Heil derselben beruhe im engsten Anschlusse an Frankreich, ihren „natürlichen Schutzgeist", weisen unverkennbar schon auf die spätere Rheinbundspolitik hin. Was den Congreß betraf, gab er deutlich zu verstehen, daß er nicht gewillt sei, sich auf lange Verhandlungen einzulassen: zaudere man, so drohe vielleicht der Ausbruch der Revolution in Deutschland, stehe unvermeidlich der Wiederausbruch des Krieges bevor.

Ein beabsichtigter Besuch Bonaparte's in Karlsruhe unterblieb. Am Abend des 1. December reiste der General zur allgemeinen Ueberraschung plötzlich nach Paris ab: sein Versprechen, in Bälde zurückzukehren, ist, wie Scharfblickende schon damals voraussahen, unerfüllt geblieben; andere wichtigere Dinge hielten ihn in der Hauptstadt fest. Am Tage seiner Abreise hatte er noch mit dem

---

[1] Darunter allein 519 Personen, die zum diplomatischen Corps und Gefolge gehörten. Rastadter Congreßtaschenbuch für das Jahr 1799, S. 279.

[2] Vgl. H. Hüffer, Der Rastadter Congreß und die zweite Coalition. 2 Theile (Bd. II und III seines Werkes „Diplomatische Verhandlungen aus der Zeit der französischen Revolution") — von deutscher Seite die gründlichste und gediegenste Darstellung der Congreßzeit.

Grafen Cobenzl die Bedingungen, unter welchen die Oesterreicher ihre Truppen in die Erblande zurückziehen und zu der Uebergabe von Mainz mitwirken sollten, vereinbart. Mit trübem Blicke schauten die Badener angesichts der Lage der Dinge in die Zukunft; ihre Hoffnung, daß auch die französischen Truppen aus dem Reiche abziehen würden, erwies sich vorerst als eitel; immer mehr drängte sich ihnen daher die Ueberzeugung auf, daß der Kaiser das Reich preisgegeben, daß sie nur gekommen seien «ad audiendam sententiam»[1].

---

2. Die Rastadter Verhandlungen bis zur Annahme der ersten Friedensbasis. — Unter ungünstigen Vorzeichen, nach mancherlei Schwierigkeiten wurden endlich am 9. December 1797 die Sitzungen eröffnet, eben in dem Augenblicke, als sich die erste Kunde von der Convention vom 1. December verbreitete. Ueber der Weigerung der Franzosen, die an der Basis der Reichsintegrität festhaltende Vollmacht der Deputation anzuerkennen, verstrichen dann abermals fruchtlos volle vier Wochen, bis eine neue, illimitirte Vollmacht vom Reichstage beschafft war und die Friedensverhandlungen ihren Anfang nehmen konnten. Eine französische Note vom 17. Januar forderte als erste Friedensbasis die Rheingrenze für Frankreich; man habe der Deputation, meinte Treilhard, Zeit genug gelassen, «de se familiariser avec l'idée d'un démembrement»[2]. Wir können hier auf die weitläufigen Berathungen über diese Forderung, die während der beiden nächsten Monate stattfanden, nicht näher eingehen. Nachdem einmal Oesterreich und Preußen, sowie einige der wichtigeren Reichsstände in ihren Separatfriedensschlüssen der vollen oder theilweisen Abtretung des linken Rheinufers zugestimmt, konnte trotz des Widerstandes, den Oesterreich, um den Schein zu retten, mit der ihm ergebenen Mehrheit der Deputation anfänglich entgegensetzte, der Ausgang der Debatte doch nicht zweifelhaft sein: nachdem man erst vergeblich die Hälfte des linken Rheinufers angeboten, gab man dem französischen Drucke nach und bewilligte am 9. März die Forderung in ihrem vollen Umfange[3].

Baden befand sich während dieser Verhandlungen, deren Akten wir in Kürze in dem zweiten Abschnitte mittheilen, in einem eigenthümlichen Zwiespalt:

---

[1] S. unten Nr. 21.

[2] Vgl. Raymond Koechlin, «La politique française au Congrès de Rastadt» in den «Annales de l'école libre des sciences politiques». Jahrg. 1886—1889. Leider ist die treffliche Arbeit, die das in Paris beruhende Aktenmaterial ausgiebigst verwerthet, ein Torso geblieben und eine Fortführung derselben, wie es scheint, vorerst nicht zu erhoffen. — Unser Citat, ibid. I, 416.

[3] Vgl. die Mittheilungen über das bezeichnende Verhalten des Grafen Lehrbach bei der Schlußabstimmung. Unten S. 58.

als Mitglied der Deputation war es verpflichtet, den Vortheil des Reiches möglichst zu wahren, dem Begehren der Franzosen also sich zu widersetzen, das eigene staatliche Interesse dagegen gebot, der eben erst ratificirte Separatfrieden machte es ihm zur vertragsmäßigen Pflicht, eben jene Forderung zu unterstützen. Auf französischer Seite, wo man von vornherein auf eine stattliche Clientel unter den Partikulargesandten der entschädigungslüsternen Stände zählen konnte, ließ man nichts unversucht, auch die Badener zu gewinnen. Nicht ohne Absicht luden Treilhard und Bonnier, die als Vertreter der Republik nach Bonaparte's Abgang die Geschäfte führten, zu regem, „freundschaftlichem" Verkehre ein, sah man den Generalsekretär Rosenstiel, einen geborenen Elsässer, der aus früherer Zeit noch manche persönliche Bekannte in Karlsruhe hatte, im badischen Gesandtschaftsquartiere häufig als Gast: die Franzosen verstanden es trefflich, auf diesem Wege sich über die Stimmung in der Deputation zu unterrichten, derselben ihre Wünsche mitzutheilen, und, wo es nöthig war, bei Zeiten einen Druck auszuüben; sie betrachteten Edelsheim und den Hessen Gatzert geradezu als ihre Werkzeuge, ihre «agents de propagande»[1]. Freiwillig und bewußt hat sich der badische Minister zu dieser Rolle nicht hergegeben; der Vorwurf, als ob er und sein College die „gewohnten Zwischenträger" und Verräther gespielt, ist, wie die Akten lehren, durchaus ungerechtfertigt. Aber die «politique d'intimidation», zu der Talleyrand die Parole ausgegeben, feierte hier begreiflicher Weise ihre Triumphe: wenn die Franzosen, wie wir bei jeder Gelegenheit sehen, um den Widerstand der Deputation zu brechen, mit der Wiederaufnahme des Krieges oder der Ausbreitung der Revolution auf dem rechten Rheinufer drohten, so waren dies Gefahren, mit denen die Karlsruher Regierung angesichts der exponirten Lage ihrer Lande, die theilweise noch von französischen Truppen besetzt waren oder doch jeden Augenblick auf's neue überschwemmt werden konnten, sowie gegenüber der bedenklichen Gährung, die gerade am Oberrhein und in Schwaben um sich griff, allerdings ernstlich rechnen mußte. Wo hätten sie Schutz und Hilfe finden sollen, nachdem Oesterreich seine Streitmacht hinter den Inn zurückgezogen? In jener aussichtslosen Vereinigung deutscher Reichsstände etwa, wie sie damals vergeblich von Baiern vorgeschlagen wurde, ohne Rücksicht darauf, daß zum Widerstande die Mittel, den deutschen Großmächten aber, deren Hilfe man anrief, der gute Wille zu helfen fehlte?[2] Die Gerechtigkeit verlangt, daß man auch unter diesem Gesichtspunkte Badens Verhalten in der Rheingrenzfrage beurtheile; man wird an der Hand unserer Akten, die von den fran-

[1] Vgl. Koechlin, a. a. O. II, 202 ff.

[2] Vgl. unten Nr. 52 und 63.

zösischen Einschüchterungsversuchen zeugen, jenen vielberufenen und vielgetadelten Antrag vom 16. Februar, mit dem die badischen Gesandten, den Wünschen der Deputation vorauseilend, statt der Abtretung der Hälfte lieber gleich die des ganzen linken Rheinufers vorschlugen, eher verstehen und entschuldigen. Ueberall verräth sich im Verlaufe der Verhandlungen das ängstliche Bestreben, jeden Conflikt zu vermeiden und den Forderungen der Franzosen entgegenzukommen; noch in letzter Stunde, als die Deputation an die Abtretung eine Reihe von Bedingungen zu knüpfen sich entschloß, verwahrten Edelsheim und Meier sich dagegen: „Wenn man .... zu viel fordere, werde man nichts erlangen".

In anderen Fragen wußten die Badener der Republik gegenüber ihre Selbständigkeit besser zu wahren. Die Zumuthung, unter nichtigem Vorwande eine Schweizer Gesandtschaft, die aus Bern erschienen war, auszuweisen, weil diese Aristokraten den Franzosen verhaßt waren, lehnten sie mit aller Entschiedenheit ab: nicht der Markgraf als Landesherr, sondern lediglich „die paciscirenden Theile" hätten darüber zu entscheiden, wer beim Congresse zuzulassen sei. Die Abreise der Schweizer überhob die badischen Deputirten in diesem Falle weiterer Unannehmlichkeiten. Erheblichere Schwierigkeiten bot dagegen die Emigrantenfrage, sie bildete für die Congreßpolizei eine Quelle fortdauernden Aergers[1]. Während der Kriegsjahre hatte sich eine Menge dieser ungebetenen Gäste in der Markgrafschaft niedergelassen; bei Beginn des Congresses schätzte man zwischen Philippsburg und Basel ihre Zahl auf 4000, in Rastadt selbst auf etwa 300. Ein großer Theil davon lebte bescheiden und fristete durch Arbeit sein Dasein; aber es fehlte, zumal in Rastadt, auch nicht an unsauberen Elementen, die sich in unliebsamer Weise vorlaut hervordrängten und durch ihr herausforderndes Benehmen die französischen Gesandten zu brüskiren suchten, ja es kam sogar vor, daß sie dieselben in ihren Quartieren zu belästigen wagten. Abhilfe war hier natürlich geboten. Noch ehe eine förmliche Beschwerde eingelaufen war, hatte die badische Polizeicommission bereits Vorkehrungen in diesem Sinne getroffen; auf Treilhards Wunsch verfügte dann ein Erlaß vom 28. December 1797 unter gewissen, wolgerechtfertigten Ausnahmen die Ausweisung aller Emigranten aus Rastadt in einem Umkreise von vier Stunden. Von einer Durchführung der Bestimmungen des Art. 14 des badischen Separatfriedens, der die Ausdehnung dieser Maßregel auf die Markgrafschaft überhaupt forderte, wurde zunächst Abstand genommen; erst im Mai des folgenden Jahres entschloß man sich auch zu diesem Schritte, indem man den Emigranten

[1] Das Folgende nach der oben citirten Schrift von Drais und der von ihm verfaßten „aktenmäßigen Darstellung des Benehmens der .... Polizeicommission in Ansehung der Emigranten" (im Karlsruher Archiv, Rastadt, Amt, Polizeisachen).

eine zweimonatliche Frist zur Räumung des Landes verstattete. In voller Strenge mit Erfolg konnte auch dann freilich die Bestimmung nicht gehandhabt werden: nur ein Drittel etwa, meist die Verdächtigeren, sind nach Schätzung von Drais entfernt worden. Die übrigen blieben und fanden immer Mittel und Wege genug, die Verfügungen der Regierung zu umgehen. Selbst in Rastadt erschienen sie immer wieder; eine Reihe der Leute — wir werden darauf noch zurückkommen — lebte unter dem Schutze namentlich der österreichischen Congreßgesandtschaft unbehelligt weiter.

---

3. **Pariser Verhandlungen bis zur Abreise Reitzensteins nach Rastadt.** — Nach langem Sträuben, nicht ohne bange Sorge vor der Zukunft, hatte unter dem Eindrucke des Friedens von Campo Formio Markgraf Karl Friedrich sich im November 1797, wie wir uns erinnern, entschlossen, den Separatfrieden mit Frankreich in seinem vollen Umfange zu ratificiren, ohne auf einer vorherigen Abänderung der drückendsten und lästigsten Bestimmungen als einer unumgänglichen Vorbedingung weiter zu bestehen. Unmittelbar aber nach dem Austausch der Ratifikation (15. Dec. 1797) finden, wir, wie die in diesem Abschnitte mitgetheilten Akten ergeben, den unermüdlichen Anwalt der badischen Interessen in Paris, Freiherrn von Reitzenstein, damit beschäftigt, die Verhandlungen über eine neue, den Wünschen des Markgrafen entsprechende Regelung des Friedensvertrages aufzunehmen. Nach wiederholten Conferenzen mit Talleyrand überreichte er Ende December dem Minister eine umfassende Denkschrift, in der er die Wünsche seiner Regierung darlegte und begründete und mit der er ihm zugleich den Entwurf eines «traité additionnel» unterbreitete. Manche der Bedingungen, welche der Markgraf früher als unvereinbar mit seinen Pflichten gegen Kaiser und Reich zurückgewiesen hatte, begegnete jetzt, nachdem Oesterreich selbst die Integrität des Reiches seinen Interessen aufgeopfert hatte, keinen Bedenken mehr; auf andere unerträgliche Forderungen dagegen, wie die Zahlung einer monatlichen Contribution von 20000 ℔, die vertragsgemäß bis zur Unterzeichnung der Präliminarien, also für die Dauer von 7 Monaten, zu erlegen war, sollte das Direktorium, da sie durch Naturalleistungen für die französische Armee vollauf compensirt war, förmlichen Verzicht leisten[1].

Als ungenügend wurde vor allem die Entschädigung bezeichnet, die der Separatfriede Baden für seine linksrheinischen Verluste zugesichert hatte: es

[1] Die Zahlung ist auch in der Folge, ebenso wie die Lieferung von 8000 Stämmen Schiffsbauholz (Art. 16 und 17), unterblieben, ohne daß die Republik sie weiter in Erinnerung gebracht hätte.

war nur eine Nutzanwendung aus der von französischer Seite so oft wiederholten Lehre, daß eine Machtverstärkung Badens im eigensten Interesse Frankreichs gelegen sei, zugleich freilich auch eine Folge der in seinen Pariser Erfahrungen wolbegründeten Erwägung, «qu'il fallait faire des demandes exorbitantes pour obtenir des conditions raisonnables», wenn Reitzenstein mit den weitgehendsten Ansprüchen hervortrat. Außer der durch den Vertrag von 1796 garantirten Entschädigung wurde nun die Erwerbung des Breisgaus, der Landgrafschaft Nellenburg, der Grafschaften Hohenberg und Bonndorf, des Oberamts Bretten, der Reichsstädte der Ortenau, der Abteien Gengenbach und Petershausen, eventuell auch der Kommende Mainau und der Landgrafschaft Klettgau, im wesentlichen also eine Arrondirung Badens zwischen Schwarzwald und Rhein, Bodensee und Neckar — in's Auge gefaßt. Vor allem dem Breisgau galt Reitzensteins Werben; er betrachtete die Rückerwerbung dieser alten Besitzung des Zähringer Hauses geradezu als die Hauptaufgabe der badischen Politik («toute notre politique doit se tourner autour de ce plan»). Wenn auch der Friede von Campo Formio darüber bereits zu Gunsten des Herzogs von Modena verfügt hatte, gab er, ermuntert durch die Haltung der einflußreichen elsässischen Partei, die Oesterreich um jeden Preis vom Rheine zu entfernen strebte und seine Absichten eifrig zu begünstigen schien, doch die Bemühungen noch nicht auf. Bei der Verstimmung, die, wie er wol wußte, im Schoße des Direktoriums über manche jener Friedensbestimmungen herrschte, mochte er immerhin hoffen, daß auch diese zu Rastadt einer Revision unterzogen würden. Wer aber konnte dann als Nachbar im Breisgau für Frankreich willkommener sein als Baden, «dont le système politique ne pourra jamais s'éloigner de celui de la République?»

Schließlich blieb freilich, wie die Dinge lagen, nichts anderes übrig, als alle diese hochfliegenden Pläne bis auf weiteres zu vertagen; die Zeit für die Regelung der Entschädigungsfrage war noch nicht gekommen. Mit einigen wolwollenden Versprechungen legte Talleyrand die Denkschrift bei Seite, indem er mit Treilhard darüber zu conferiren versprach; in einem der folgenden Abschnitte werden wir über ihr weiteres Schicksal zu berichten haben. Ueberzeugt, daß er in Paris nicht mehr erreichen, in Rastadt aber jedenfalls seinem Lande ersprießlichere Dienste leisten werde, entschloß sich Reitzenstein, zumal nach dem Austausch der Ratifikationen der eigentliche Zweck seiner Mission erfüllt war, Paris zu verlassen. In der Nacht vom 12./13. Febr. traf er in Rastadt ein; auf Vorschlag seiner beiden badischen Collegen, die bei der bevorstehenden Berathung über die Entschädigungsfrage begreiflicher Weise nicht als Schiedsrichter und Bittsteller in einer Person zu erscheinen wünschten, wurde er unter Er-

nennung zum Partikulargesandten mit der speciellen Vertretung der badischen Interessen betraut. In dieser Eigenschaft hat er die badischen Subdelegirten während der folgenden Monate mit seinem Rathe unterstützt und, wie wir erkennen, vielfach einen entscheidenden Einfluß auf ihre Haltung ausgeübt.

---

4. Die revolutionäre Bewegung am Oberrhein im Frühjahr 1798. — Die Akten, die wir in diesem Abschnitte vorlegen, beziehen sich auf eine Episode aus der Congreßzeit, über deren Verlauf und Zusammenhang mit andern gleichzeitigen Ereignissen bisher nur wenig bekannt geworden ist. Indem wir uns eine eingehendere Darstellung auf Grund eines umfangreichen Aktenmateriales an anderem Orte vorbehalten, theilen wir hier nur mit, was zum Verständnisse der folgenden Schriftstücke zu wissen nöthig ist.

Wie wir uns erinnern, war schon im Sommer 1796 am Oberrhein, vor allem im badischen Oberlande, für das Phantom einer schwäbischen Republik eifrige Propaganda betrieben worden; günstige Umstände, darunter insbesondere der rechtzeitige Abschluß des Waffenstillstandes, bezw. des Separatfriedens, hatten damals zusammengewirkt und die Pläne der deutschen Republikaner für's erste vereitelt[1]. In den Tagen aber, wo die Rastatter Friedensdeputation zusammentrat, begegnen wir ihren Umtrieben hier auf's neue. Die Ereignisse in Italien und der Schweiz, wo dank den Wühlereien französischer Emissäre der Zusammenbruch der alten, bestehenden Staatsformen bevorstand, die Vorgänge auf dem linken Rheinufer, wo französische Commissäre in den eroberten deutschen Landen, unter den Augen des Congresses, noch ehe derselbe in ihre Abtretung gewilligt, ungescheut eine Organisation nach republikanischem Muster einzuführen begannen —, all' das verfehlte seinen Eindruck auf jene leicht entzündbaren revolutionären Elemente nicht. Die Verhältnisse schienen ihre Absichten zu begünstigen. Allenthalben in Schwaben und am Oberrhein bemächtigte sich eine dumpfe Gährung der Gemüther, verworrene Gerüchte von Ländertausch und Säkularisationen und in ihrem Gefolge die Ungewißheit über das eigene Schicksal beunruhigten weite Kreise des Volkes und raubten manchem der kleinen Reichsstände „die Kraft, zu befehlen und den Unterthanen den Willen, zu gehorchen": Der Markgräfler fürchtete, „modenesisch", der Breisgauer, badisch zu werden. Klagen über schonungslose Ausbeutung des Volkes in den geistlichen Territorien, wo man aus dem drohenden Ruin möglichst viel zu retten suchte, traten hinzu, auch in der oberen Markgrafschaft fehlte es nicht an Beschwerden

---

[1] Vgl. K. Obser: Der Marquis von Poterat und die revolutionäre Propaganda am Oberrhein im Jahre 1796. Zeitschr. f. Geschichte des Oberrheins. Neue Folge. VII, 385—414.

über manche Härte und Willkür der Behörden. Ueberall war der Boden unterwühlt[1].

Unter günstigen Vorzeichen nahmen die „Patrioten“ ihre Arbeit wieder auf; wie früher durchstreiften von Straßburg und Basel aus ihre Emissäre die Rheinebene und den Schwarzwald und predigten offen den Aufstand, ihre alten Parteigänger, die Jägerschmidt, List u. a., leiteten die Bewegung. Die eigentliche Gefahr lag auch diesmal darin, daß dieses Treiben von französischer Seite entschieden begünstigt wurde. Wie weit das Direktorium selbst dabei betheiligt war, läßt sich mit Sicherheit aus den vorliegenden Akten nicht entnehmen; daß dasselbe trotz aller officiellen Ableugnungsversuche eine Weile die Agitation, wenn nicht heimlich förderte, doch zum mindesten ruhig gewähren ließ, erscheint um so glaubhafter, als dadurch den Drohungen, deren sich die französische Congreßpolitik, wie wir sahen, zur Einschüchterung der Deputation mit Vorliebe bediente, der entsprechende Nachdruck verliehen wurde. Fest steht, daß der Oberstcommandirende der Rheinarmee, General Augereau, in die Pläne der Revolutionäre eingeweiht und sie mit allen Mitteln, auch mit Gewalt der Waffen, zu unterstützen entschlossen war; unsere Akten lassen die darauf abzielenden Verhandlungen im Hauptquartier zu Straßburg zum ersten Male deutlicher erkennen.

Wir können hier auf den Verlauf der Dinge im einzelnen nicht eingehen. Einem Zufall verdankte die badische Regierung die Entdeckung der Umtriebe; gleichzeitige Warnungen aus der Schweiz setzten auch die Freiburger Landesbehörde davon in Kenntniß. Die vereinten energischen Gegenvorkehrungen der bedrohten Reichsstände, ihre dringenden Vorstellungen bei der französischen Congreßgesandtschaft, welche schließlich auch das Direktorium bewogen, jede Förderung der rechtsrheinischen Propaganda zu verbieten, in letzter Linie die im Zusammenhange mit den geschilderten Vorgängen erfolgte Abberufung Augereau's von seinem Commando erwirkten, daß die gefürchtete Bewegung auch diesmal in ihren Anfängen unterdrückt und die Gefahr vorübergehend wenigstens beseitigt wurde.

---

5. **Die Rastadter Verhandlungen bis zur Annahme des französischen Ultimatums vom 6. December 1798.** — Mit der Forderung der Rheingrenze war von vornherein die der Anerkennung des Säkularisations-

[1] Vgl. unten S. 59 den Bericht des Grafen Fugger. — «Le peuple — schreibt Hügel an Colloredo — se porterait plutôt à proclamer une République une et indivisible ou à se réunir à la grande nation que de se laisser vendre ou échanger comme du bétail» (d. d. 21. März); s. Koechlin, a. a. O. III, 408.

princips unzertrennlich verbunden; die Besitzungen der geistlichen Reichsstände sollten schon nach den Intentionen des Wolfahrtsausschusses den weltlichen als Ersatz für ihre linksrheinischen Verluste dienen; auch das Direktorium hielt unter völliger Verkennung seiner wahren Interessen an dieser Anschauung fest[1]. Unmittelbar nachdem die Deputation die Rheingrenze bewilligt hatte, begehrte eine französische Note vom 15. März die Annahme des Säkularisations-principes als einer zweiten Friedensbasis. Unter den zunächst betroffenen geistlichen Ständen entfesselte diese Forderung, die ja unleugbar in ungerechter Weise ihnen allein die Kosten des Friedens aufbürdete, begreiflicher Weise einen Sturm der Entrüstung; in zahllosen Flugschriften traten sie für ihr bedrohtes gutes Recht ein und drohten, freilich machtlos, mit Widerstand bis zum Aeußersten; besser als das Säkularisiren, verkündeten sie offen, sei selbst das Revolutioniren[2]. Nicht minder regte sich im Kreise der Reichsstädte trotz der beruhigenden Versicherungen, die Bonaparte in Rastadt ertheilt, die Besorgniß, daß, wenn der Stein einmal in's Rollen komme, auch ihre politische Existenz gefährdet werde; hinter dem Rücken ihres Magistrates verhandelte bereits, wie unsere Akten ergeben, die Ulmer und Eßlinger Bürgerschaft mit Würtemberg über ihre freiwillige Unterwerfung, um nicht in andere Hände zu fallen. Bei der Deputation dagegen begegnete der französische Antrag verhältnißmäßig geringen Bedenken; rascher, wie bei der Rheingrenzfrage, fand sich diesmal die gefügige Mehrheit zusammen. Am 4. April erfolgte durch Majoritätsbeschluß die Annahme der Säkularisationsbasis; eine Frage von ungeheurer Tragweite war im Principe damit entschieden. Die Stellungnahme Badens war auch hier durch den Augustvertrag ausdrücklich bedingt[3]; sein Votum hält sich im übrigen durchaus in den Grenzen jener Bestimmung. Der Vorwurf, daß Baden „in der weitesten Ausdehnung" für die Säkularisation votirt habe, ist ungerecht, — „nur in dem Maße, daß sie nur nach Nothdurft angewendet werde", ist dies nach Ausweis des Protokolls geschehen. Man muß auch hier die Zwangslage würdigen, in der die Regierung sich befand, das volle Bild des Jammers erfassen, das die zerfahrenen deutschen Verhältnisse boten. War doch eben in jenen Tagen dem Markgrafen von preußischer Seite für den Kriegsfall jede Hilfe versagt und der bezeichnende Rath ertheilt worden: man möge sich „eher in die Arme von Frankreich werfen", als zu einem neuen Angriffe verstehen[4].

---

[1] Vgl. darüber die treffenden Bemerkungen Koechlins, a. a. O. II, 98.

[2] S. unten Nr. 115.

[3] Vgl. Artikel 8 des geheimen Friedensvertrages. Politische Correspondenz, II, 482.

[4] S. unten S. 100.

Die Aufstellung eines Entschädigungplanes auf Grundlage der Säkularisationen mußte zunächst noch verschoben werden, es galt erst das nöthige Material zu sammeln; eine Verständigung der beiden rivalisirenden deutschen Mächte, deren Gegensatz in dieser Frage immer schroffer zu Tage trat, unter sich wie mit Frankreich mußte vorausgehen. Ein vergebliches Bemühen: sowol die Berliner wie die Selzer Conferenzen, die diesem Zwecke dienten, sind schließlich gescheitert. Nicht erfreulicher war das Schauspiel, das der Congreß darbot. Langwierige Verhandlungen über jene 18 Clauseln, an welche die Deputation ursprünglich ihre Zustimmung zur Abtretung des linken Rheinufers geknüpft hatte, sowie über eine Reihe neuer anmaßender Forderungen, welche eine französische Note vom 3. Mai aufstellte, begannen und beschäftigten während der folgenden Monate bis in den Winter hinein die Rastadter Versammlung; wir müssen es uns versagen, auf ihren Verlauf im einzelnen einzugehen. Im allgemeinen wiederholte sich auch hier das alte Spiel. Nach langem Sträuben wurden schließlich, als die Franzosen ernstlich mit der Abreise drohten, ihre Forderungen vom 3., bezw. 28. October bewilligt, das Ultimatum bedingungslos angenommen.

Nur in wenigen Punkten haben die Gegner nachgegeben; auf Kehl und die 50 Hufe Landes gegenüber von Hüningen, welche Baden im Separatfrieden abgetreten, haben sie verzichtet, — nicht etwa auf Betreiben der Badener, wie man glauben möchte; als Geh. Rath Meier sich im Interesse der Sicherheit des Reiches und zur Vermeidung künftiger Conflikte gegen die Ueberlassung von Kehl zu verwahren beabsichtigte, wurde in Karlsruhe bezeichnender Weise gerade dieser Passus seines Votums mit Rücksicht auf den Augustvertrag gestrichen. Auch in diesem Stadium der Verhandlungen stand Baden, wie nach der Lage der Dinge kaum anders zu erwarten war, mit Kurmainz, Hessen-Darmstadt und den beiden Reichsstädten durchaus unter französischem Einflusse. Wichtige Vorlagen, wie die Note vom 3. Mai, wurden, um Stimmung zu machen, zuerst den badischen Deputirten vertraulich mitgetheilt und mit ihnen besprochen; als den Franzosen die Berathungen zu langsam vorrückten, wandten sie sich an die Badener, um durch Reitzenstein die übrigen Partikulargesandten zu bewegen, „daß sie conjunctim bei der Deputation den Friedensschluß ernstlich betrieben“[1]: Die Indemnisationen flögen nicht, wie man sich geschmackvoll ausdrückte, „wie gebratene Tauben in's Maul“. Noch im letzten Augenblicke, kurz vor der Annahme des Ultimatums, hatten bei der Abfassung des badischen Votums die französischen Minister erfolgreich die Hand im Spiele.

---

[1] S. unten S. 118.

Die Berichte der Rastadter Subdelegation, die wir hier mittheilen, sind in der Hinsicht sehr belehrend: ein getreues Spiegelbild der französischen Ansichten und Wünsche, wie der französischen Taktik, lassen sie zugleich die schwierige Situation der badischen Gesandtschaft, die von beiden Seiten nicht selten mit Vorwürfen überhäuft, ängstlich bestrebt ist, ihre Pflichten gegen das Reich mit den Anforderungen seiner Gegner möglichst in Einklang zu bringen, in ihrem vollen Umfange erkennen. Keineswegs haben Edelsheim und Meier die letzteren so gefügig unterstützt, wie man es dargestellt hat; nur zögernd und schweren Herzens haben sie dem fremden Drucke nachgegeben, nirgends begegnet man bei ihnen jener stumpfen Gleichgiltigkeit, jenem frivolen Spotte, mit dem so manche Reichsstände damals dem drohenden Einsturz des morschen Reichsgebäudes zuschauten[1].

---

6. Der Rastadter Congreß und die Entschädigungsfrage. — Nach der Annahme des Ultimatums vom 6. December schien es, als ob der Durchführung des Säkularisationsprincips nichts mehr im Wege stünde; in einer Note vom 12. December versprachen die Franzosen, der Deputation alsbald ihre Vorschläge zugehen zu lassen. In der That hatte sich Roberjot, der im Juni d. J. nach Treilhards Berufung in das Direktorium an dessen Stelle getreten war, schon seit geraumer Zeit mit jener heikeln und verwickelten Materie befaßt und mit deutscher Hilfe an der Aufstellung eines allgemeinen Entschädigungsplanes gearbeitet, den er Anfangs Januar 1799 in Paris vorzulegen gedachte. Auf die erste gerüchtweise Kunde hin begann in Rastadt unter den deutschen Diplomaten jenes unwürdige Treiben, das man nicht mit Unrecht einem Jahrmarkte, einer Handelsbörse verglichen hat, jener erniedrigende Wettlauf um die französische Gunst, wie er in verstärktem Maße sich später in den Jahren 1802 und 1806 wiederholen sollte. Von allen Seiten bestürmten die kleineren und mittleren deutschen Reichsstände mit ihren Denk- und Bittschriften die französische Gesandtschaft: «Il faudrait pour les contenter», meinte Treilhard, «avoir une seconde Allemagne à leur partager»[2].

Auch Baden, das ja in Folge seiner linksrheinischen Verluste an der Lösung dieser Frage lebhaft interessirt war, konnte den Dingen nicht müßig zuschauen; die Ansicht, daß die im Grunde doch rein deutsche Angelegenheit in keinem Falle als eine «res domestica» vom Reiche behandelt, sondern nur

---

[1] Vgl. Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen ꝛc. Vierte Auflage, II, 155.

[2] Vgl. Koechlin, a. a. O. III, 403.

von Frankreich entschieden werden dürfe, wurde auch hier getheilt[1]; aber die badische Subdelegation als solche beobachtete, wie unsere Akten ausweisen, bei all' ihren Schritten doch das Maß von Zurückhaltung, das ihrer Stellung und Würde entsprach; die eigentliche Agitation blieb, wie wir sehen werden, Reitzenstein überlassen. Erst auf Roberjots Aufforderung entschlossen sich Edelsheim und Meier, das für die Bemessung der badischen Entschädigung erforderliche statistische Material zusammenzustellen. Als im Verlaufe der Arbeit sich ergab, daß die Verlustsberechnungen, die Reitzenstein früher entworfen, beträchtlich höher gegriffen waren als die ihrigen, regten sich sofort schwere Bedenken, und es bedurfte energischer Vorstellungen aus Paris, um sie zu beschwichtigen. Man dürfe, meinte Reitzenstein, der auch hier radikaler und weiter dachte als seine Collegen, die ängstliche Gewissenhaftigkeit nicht gar zu weit treiben, „man muß Zeitumstände, deren Erneuerung kein Mensch wünschen wird, um so emsiger benutzen, Acquisitionen von Territorien zu machen, die im Grunde als res nullius anzusehen sind, und man muß den wichtigen Umstand nicht aus dem Auge verlieren, daß, um Deutschland pro futuro eine Verfassung zu geben, die es für der Rapacität seiner hohen Mitstände und Nachbarn schützt, es weit mehr auf Gründung neuer politischer Verhältnisse, bei denen die altweltfürstlichen Häuser die Hauptrolle zu spielen berufen sind, als bloß auf kärgliche Entschädigungen ankomme“[2]. Trotz ihrer Abneigung gegen eine Einmischung der Deputation in diese Angelegenheit und einer gewissen Scheu vor der damit verknüpften Kritik glaubten die badischen Gesandten nach dem Vorgange von Pfalz-Baiern, Hessen-Darmstadt u. a. sich „aus Achtung“ doch schließlich dazu verstehen zu müssen, auch dem Congresse einen summarischen Status zur Beurtheilung der linksrheinischen Verluste zu unterbreiten; er ist, wie die begleitenden Bemerkungen zeigen, im allgemeinen sorgfältiger gearbeitet und zuverlässiger, als man es bei den tendenziösen Verlustsberechnungen aus jener Zeit zu erwarten gewohnt ist. Badens Einbuße an Einwohnern belief sich darnach auf 34300 Seelen, der jährliche Ausfall an Einkünften auf 313841 fl., über ein Fünftel also der Gesammteinnahmen[3], der in den fünf Kriegsjahren erlittene Kriegsschaden endlich auf 19 Millionen: Angaben, hinter denen die ungenauen, schwankenden Ziffern der damaligen statistischen Literatur durchweg erheblich zurückbleiben. Nach den Verpflichtungen, welche die Republik in dem

---

[1] Vgl. unten Nr. 150.

[2] Vgl. unten Nr. 181.

[3] Die gesammten Einkünfte der Markgrafschaft, auch der überrheinischen Lande, betrugen in den Jahren 1789—1798 im Durchschnitt jährlich 1637000 fl. Vgl. Badischer Militäralmanach, J. 1861, S. 40.

Separatfrieden von 1796 eingegangen war, bedeutete die Entschädigung, welche Roberjot in seinem Plane Baden zuwies, allerdings einen geringen Ersatz für diese Verluste; nur die rechtsrheinischen Lande des Bisthums Basel, theilweise auch des Bisthums Speier, das Oberamt Oberkirch, daneben noch ein paar Klöster wurden genannt; vom Bisthum Konstanz, der Reichenau, Ettenheim u. a. war nirgends die Rede. Zum Glück für Baden ist Roberjots Plan Entwurf geblieben, die Deputation ist nie in die Lage gekommen, sich mit der Entschädigungsfrage näher zu befassen; der Waffenlärm, der über die Alpen her in ihre Mitte drang, gab auch ihren Verhandlungen bald eine andere Wendung.

Wir haben hier noch einiger Aktenstücke zu gedenken, die sich auf die leidige Emigrantenfrage beziehen. Trotz aller Verordnungen und Vorkehrungen der markgräflichen Regierung trieben seit Ausgang des Sommers die Emigranten in der Umgegend von Rastadt von neuem ihr Unwesen; verdächtige Persönlichkeiten, die zweifellos nicht in guter Absicht kamen, tauchten ab und zu am Congreßorte auf und beunruhigten die französischen Gesandten, vor allem den mürrischen Bonnier, der seit dem Tode seines Kammerdieners[1] sich überall von Mördern verfolgt wähnte. Bis in die nächste Umgebung des Markgrafen reichte der Einfluß dieser Leute; einem gewissen Marquis de St. Génié[2], angeblich früheren Haushofmeister der Königin Marie Antoinette, gelang es, mit spanischen Pässen sich bei Hofe Zutritt zu verschaffen und, obwol Edelsheim vor seinen zweideutigen Umtrieben und bedenklichen Projekten von vornherein warnte, das Vertrauen des Markgrafen zu gewinnen und jahrelang zu erhalten. Ein anderer gefährlicher Emigrant, der General Danican, — derselbe, der am 13. Vendémaire die aufständischen Sektionen zum Kampfe gegen die Truppen des Convents geführt[3], hielt sich unter falschem Namen im December 1798 unbehelligt einige Zeit in Karlsruhe auf, in regem Verkehr mit dem dort weilenden Grafen Axel Fersen. Schon seit ein paar Monaten hatte er sich am Oberrhein, bald am Bodensee, bald in der mittleren Markgrafschaft herumgetrieben und gleichzeitig eine seiner berüchtigtsten Flugschriften: «Cassandre ou quelques réflexions sur la révolution française et la situation actuelle de l'Europe. Juillet 1798. Au Caire» veröffentlicht, in der er das herrschende System in Frankreich als eine Gefahr für das übrige

---

[1] Vgl. über den Vorfall unten S. 131.

[2] Nähere Daten über ihn unten S. 393.

[3] Seine Erlebnisse während dieser Tage hat Danican in dem Pamphlete: «Les brigands démasqués ou mémoire pour servir à l'histoire du temps présent. Londres, 1796» geschildert.

Europa auf's leidenschaftlichste bekämpfte und in blindem Hasse offen zur Ermordung der Direktoren aufforderte. Als die Regierung von seinem Aufenthalte Nachricht erhielt, war er bereits wieder aus Karlsruhe verschwunden, die Bemühungen der Polizei, seiner habhaft zu werden, blieben erfolglos. Immerhin sah sich aber der Geh. Rath in Folge dieser Vorgänge genöthigt, die früheren Verordnungen wider die Emigranten auf's neue einzuschärfen und in Rastadt selbst eine strengere Paßcontrole einzuführen (24. Dec. 1798).

---

7. Die Verhandlungen in Paris und die Entschädigungsfrage. — Während die Rastadter Subdelegation, wie wir sahen, in der Entschädigungsfrage sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegte, war Reitzenstein um so eifriger bemüht, in Paris die Interessen des Markgrafen zu vertreten. Ende August, als die Entscheidung jener Frage allmählich näher zu rücken schien, war er auf seinen Pariser Posten zurückgekehrt, um dort die Verhandlungen über einen «Traité additionnel», die im Frühjahr abgebrochen worden waren, mit besserem Erfolge wieder aufzunehmen; in Badenweiler, wo er sich persönlich vom Markgrafen verabschiedete, um seine Weisungen einzuholen, hatte Karl Friedrich ihm seine Ernennung zum Geh. Rath mitgetheilt. Der Zeitpunkt der Rückkehr war augenscheinlich glücklich gewählt: die französische Gesandtschaft in Rastadt hatte selbst eifrig dazu gerathen; man durfte auf ihre Unterstützung um so eher rechnen, als sie allen Grund gehabt, mit dem politischen Verhalten der Badener auf dem Congresse zufrieden zu sein. Nicht minder stand zu erwarten, daß Treilhard, dem man nicht ohne Absicht bei seiner Abberufung alle erdenklichen Ehrenbezeugungen zugedacht, im Direktorium nunmehr seinen Einfluß zu Badens Gunsten geltend machen werde. In der Pariser officiösen Presse kam die günstigere Stimmung, die sich dort Bahn gebrochen, offen zum Ausdruck: wiederholt wurden neuerdings, wie man in Karlsruhe mit Befriedigung bemerkte, badische Zustände und Einrichtungen mit wolwollender Anerkennung besprochen. Bemerkenswerth vor allem erscheint eine Denkschrift aus diesen Tagen, die, wenn nicht im Schooße der Pariser Regierung, doch zweifellos in den ihr nahestehenden Kreisen entsprungen ist und vom französischen Standpunkte aus eindringlich die Gründe entwickelt, die eine besondere Berücksichtigung Badens in der Entschädigungsfrage empfehlen[1]. Baden — so wird darin ausgeführt — ist in Folge seiner Lage von Frankreich durchaus abhängig, der natürliche Verbündete der Republik; damit diese Bundesgenossenschaft aber ihren wahren Werth gewinne, muß der künftige badische Staat auf breiteren

---

[1] Vgl. unten Nr. 205.

und mächtigeren Grundlagen aufgebaut werden, in dem territorialen Umfange etwa wie die Reitzenstein'sche Denkschrift vom 23. December fordert, — ist es nöthig, daß der Markgraf, der bisher nur ein «grand seigneur» war, eine reelle Machtstellung im Reiche erlange, «qu'il éloigne de la France la maison d'Autriche et qu'il fasse contre cette maison une barrière, qui soit par elle-même de quelque résistance, . . . qui nous donne l'avantage en cas de guerre de la porter à volonté chez l'ennemi, de ne l'avoir jamais chez nous». Die jüngsten Vorgänge in Neapel, wo die Bourbonen der römischen Republik den Krieg erklärt, bieten, meint der Verfasser der Denkschrift, insofern sie neue Compensationen ermöglichen, die erwünschte Gelegenheit, die dem Projekte allein im Wege stehende lästige Bestimmung des Friedens von Campo Formio zu beseitigen und Oesterreich durch Ueberlassung des Breisgaus an Baden für immer vom Rheine auszuschließen.

Allein so günstig die Aussichten für Reitzenstein zu liegen schienen, in der Sache kam er doch auch diesmal nicht viel weiter. Angesichts der stets näher rückenden Gefahr neuer kriegerischer Verwickelungen traten in Paris andere, wichtigere Interessen in den Vordergrund; man erkannte, daß das Schwert noch einmal entscheiden müsse, ehe man ernstlich an eine Neuordnung der deutschen Angelegenheiten denken könne. Wiederholte Versuche, die Reitzenstein nach seiner Ankunft alsbald unternahm, um über die noch unerledigte Note vom 23. December 1797 mit Talleyrand in Unterhandlung zu treten, blieben erfolglos. Man beschränkte sich auf die Versicherung, Frankreich werde der Verpflichtungen, die es vertragsmäßig gegen Baden eingegangen, als einer «dette sacrée» stets eingedenk sein, und empfahl im übrigen eine gemeinsame Aktion der bei der Entschädigungsfrage interessirten Reichsfürsten in Rastadt, um die Deputation auch wider den Willen des Kaisers zur Beschleunigung der Friedensverhandlungen zu veranlassen, ein Vorschlag, der freilich bei dem gegenseitigen Mißtrauen aller und der unsicheren Haltung einzelner Reichsstände, wie Würtembergs, von vornherein ebenso unausführbar war, wie der Gedanke an eine Einigung der altweltfürstlichen Häuser zu ähnlichem Zwecke, der den Markgrafen damals vorübergehend beschäftigte. Alles, was Reitzenstein mit Hilfe Duponts de Nemours schließlich erreichte, war, daß Talleyrand die Denkschrift vom 23. December dem Direktorium vorzulegen versprach, mit der allerdings nicht allzu tröstlich klingenden Versicherung, dasselbe werde wol den badischen Forderungen, «en tout ce qui pourra s'accorder avec la meilleure disposition des arrangements intérieurs de l'Allemagne», gerne Rechnung tragen. Es ist zweifelhaft, ob diese Zusage, wie die Dinge lagen, erfüllt worden ist, jedenfalls hat sie keine weiteren Folgen gehabt. Durch

den Wiederausbruch des Krieges sind die Verhandlungen über diesen Gegenstand bis zum Frühjahr 1801, wie wir sehen werden, vertagt worden.

---

8. Der Reichstag und der russische Truppeneinmarsch. — Seit dem Sommer 1798 mehrten sich, wie schon angedeutet, zusehends die Anzeichen, die eine Wiedereröffnung der Feindseligkeiten erwarten ließen. Unter dem Eindrucke der französischen Gewaltthaten in der Schweiz und Italien, der Beseitigung des Kirchenstaates, der Wegnahme von Malta, der fortdauernden Drohungen gegenüber dem Reiche war es den Bemühungen der englischen und österreichischen Diplomatie gelungen, noch einmal die Monarchieen des alten Europa zum gemeinsamen Kampfe gegen die Republik zusammenzuschaaren. Schon tobte er auf der italienischen Halbinsel, wo die Bourbonen voreilig losgeschlagen und ihr tollkühnes Unternehmen mit dem Verluste von Neapel büßten. Es war nur eine Frage der Zeit, wann auch Oesterreich und Preußen, die noch mit ihren Rüstungen beschäftigt waren, zu den Waffen greifen würden. Ein russisches Hilfscorps unter General Rosenberg befand sich bereits auf dem Marsche nach der Schweiz, gegen die nach dem ursprünglichen Kriegsplane der Hauptangriff gerichtet werden sollte; eben in den Tagen, als zu Rastadt die Annahme des Ultimatums erfolgte, kam die Nachricht, daß es die Grenzen von Mähren überschritten habe. Die Franzosen säumten nicht mit der Antwort; in einer Note vom 2. Januar 1799 drohten sie der Deputation mit sofortigem Abbruch der Verhandlungen, falls der Reichstag dem Einmarsche der Russen in's Reich, der ja zweifellos eine Verletzung der Neutralität bedeutete, sich nicht wirksam widersetze. Man beeilte sich in Rastadt, die Note der Reichsversammlung zur Kenntniß zu bringen; ein weitergehender Antrag von Baden und Darmstadt, der die Hoffnung auf willfährigen Bescheid durchblicken ließ, wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Die Entscheidung lag nun in Regensburg; so unbequem es auch manchen war, das Reich war gezwungen, zu den Parteien Stellung zu nehmen. Der Gang der großen Ereignisse auf der Weltbühne ist dadurch freilich nicht beeinflußt worden, auch ein Veto des Reichstages hätte, da die Würfel einmal gefallen waren, den Russen nicht mehr Halt zu gebieten vermocht: für die Stimmung im Reiche aber sind diese Verhandlungen in Regensburg, deren Akten wir in diesem Abschnitte mittheilen, höchst lehrreich und bezeichnend. Ueberwiegend tritt das Bedürfniß nach Frieden, der Wunsch nach Neutralisirung, zugleich aber auch die volle Unentschlossenheit und Zaghaftigkeit entgegen, mit der die zur Friedenspartei gehörigen Reichsstände anfangs der Alternative gegenüberstanden, ängstlich bemüht, einen Ausweg zu finden, ohne es mit einem

der beiden Theile zu verderben. Machte doch Darmstadt, wiewol es bereit war, dem französischen Ansinnen zu entsprechen, allen Ernstes den Vorschlag, bei der bevorstehenden Berathung über den Einmarsch der Russen „aus ménagement gegen Rußland" jede Erwähnung dieser Truppen zu vermeiden! Man begrüßte es daher in diesen Kreisen mit dem Gefühle der Erleichterung, als der Reichstag auf die gewohnten Fastnachtsferien nicht verzichtete, und die Protokolleröffnung behufs Einholung der nöthigen Instruktionen vorläufig bis zum 18. Februar verschoben wurde. Auch Baden war, allen Drängens von französischer Seite ungeachtet, damit wol zufrieden. Markgraf Karl Friedrich befand sich in einer um so peinlicheren Lage, als ihm schon wegen der nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem russischen Kaiserhause jeder Conflikt mit demselben unbequem erscheinen mußte. In der That wußte auch der Wiener Hof den Zaren zu bestimmen, seinen Einfluß in Karlsruhe geltend zu machen[1]; im Auftrage des Petersburger Cabinets empfahl der badische Geschäftsträger daselbst, Staatsrath von Koch, dringend, alles aufzubieten, um in Regensburg eine Einsprache gegen den russischen Truppenmarsch zu hintertreiben.

Inzwischen aber hatte der Markgraf seine Wahl schon getroffen. „Die Rücksicht auf die Wolfahrt des gesammten Reiches", die „Pflichten für die Erhaltung Unseres fürstl. Hauses und Unserer Lande" überwogen; der mit der Stellvertretung des Grafen Görtz in Regensburg betraute würtembergische Comitialgesandte Geh. Rath von Seckendorff wurde angewiesen, den Kaiser, falls er wider Erwarten nicht durch eine beruhigende Erklärung zuvorkomme, um reichsväterliche Abwendung der angedrohten Gefahr „durch Beseitigung ihres Anlasses" zu ersuchen. Auf Edelsheims Rath vergaß man dabei freilich nicht, dem Votum auch ein „Compliment" gegen den Zaren beizufügen, um nicht in Petersburg Anstoß zu erregen; erst, als sich zeigte, daß das badische Beispiel keine Nachahmung finden werde, wurde darauf verzichtet. Je näher der Termin der Protokolleröffnung rückte, um so eifriger bemühte sich Oesterreich mit Hilfe seiner geistlichen Clientel, die im Kriegsfalle nur gewinnen konnte, die Zaudernden und Unschlüssigen auf seine Seite zu ziehen und die Berathung zu verschleppen, wo nicht zu vereiteln. Der österreichische Direktorialgesandte von Fahnenberg bezeichnete es geradezu als einen Schimpf für seinen

---

[1] Vgl. v. Vivenot, Zur Geschichte des Rastadter Congresses, S. 269. «Le Duc de Wurtemberg et le Margrave de Bade se trouvant malheureusement au nombre des plus ardents partisans de la paix et du système destructeur des sécularisations, il sera indispensable que la cour impériale de Petersbourg leur fasse connaitre ses intentions de la manière la plus propre à prévenir tout écart possible de leur part.» Thugut an Cobenzl, Wien, 10. Jan. 1799.



Hof, wenn Baden sich gegen eine Vertagung sträube; auch der kurtrierische und englische Gesandte bestürmten Seckendorff mit ähnlichen Vorstellungen. Gleichwol beharrte der Markgraf auf dem einmal beschrittenen Wege: in einer Frage, wo das Wol von Millionen auf dem Spiele stehe, gezieme solche Nachgiebigkeit nicht.

Aber die Majorität im Fürstenrathe war von Oesterreich gewonnen; trotz dem lebhaften Widerspruche Badens und einiger gleichgesinnter Stände wurde unter allerlei Ausflüchten die Eröffnung des Protokolls auf den 1. März vertagt. Es kam, wie vorauszusehen war: als nach langem Hin- und Herberathen durch Reichsgutachten vom 12. April den Absichten des Wiener Hofes entsprechend im wesentlichen alles vertrauensvoll kaiserlichem Ermessen anheimgestellt wurde, war diese Entscheidung thatsächlich gegenstandslos geworden, der Krieg am Rhein längst in vollem Gange.

---

9. Das Projekt einer schwäbischen Republik im Frühjahr 1799. — Bei den Vorgängen, deren wir in den Akten dieses Abschnittes zu gedenken haben, treten die Bestrebungen jener Umsturzpartei, deren Treiben im Vorjahre wir oben kennen gelernt, noch einmal offen zu Tage. In dem Maße, wie die Aussicht auf Erhaltung des Friedens schwand, wuchs und erstarkte in diesen Kreisen wiederum die Hoffnung auf Verwirklichung der alten Pläne, denen man nur durch die Macht der Verhältnisse gezwungen vorübergehend entsagt hatte. Wenn der Kampf am Rheine losbrach, waren die deutschen Republikaner nicht die natürlichen Bundesgenossen ihrer welschen Nachbarn, lag ihre Unterstützung nicht im eigensten Interesse Frankreichs? Seit Ende Januar 1799 häuften sich zusehends die Anzeichen, die auf Sturm deuteten.

Die Ausfälle der radikalen Presse, insbesondere der linksrheinischen, gegen die bestehende Ordnung der Dinge wurden immer heftiger und maßloser, die Stimmung in Schwaben immer bedrohlicher. Das Gerücht von einem aus Würtemberg, Baden und der Schweiz zahlreich besuchten Congreß der Revolutionäre zu Rheinhausen im Speier'schen verbreitete sich und bestimmte den Herzog von Würtemberg zu einem vertraulichen Meinungsaustausche mit dem Markgrafen. Vor allem aus dem badischen Oberlande liefen bedenkliche Berichte über die im Volke herrschende Gährung ein. Wie früher hatte auch diesmal die Verschwörung in Basel ihren Sitz, wurde von hier aus die Propaganda in den angrenzenden rechtsrheinischen Gebieten eifrig gefördert; bei den Markgräfler Unterthanen, die vielfach über die vermehrte Last der Abgaben und Kriegssteuern klagten, mit unleugbarem Erfolge. Der „Entwurf einer

republikanischen Verfassungsurkunde, wie sie in Deutschland taugen möchte", im wesentlichen nach französischem Muster, angeblich das Werk des bekannten Jägerschmidt, wurde zu Basel gedruckt und fand am Oberrhein wie in Schwaben reißenden Absatz. Auch das Siegel der einen und untheilbaren badischen Zukunftsrepublik mit der stolzen Aufschrift: „Souveränes badisches Volk" hielt man schon in Bereitschaft; republikanische Abzeichen und Cocarden wurden unter den badischen Bauern, die nach der Stadt kamen, vertheilt, ja selbst mit Waffengewalt ihnen aufgezwungen. All' dies geschah offen unter den Augen der Basler Behörden, ohne daß diese sich, eingedenk der alten freundnachbarlichen Beziehungen zum badischen Fürstenhause, bewogen gefühlt hätten, dem Treiben Halt zu gebieten. Was Wunders, wenn die Sage, daß die helvetische Regierung die Republikanisirung Schwabens begünstige und diese Kornkammer der Schweiz ihrem Gebiete einzuverleiben trachte, vielfach vollen Glauben fand?

In Karlsruhe sah man den Vorgängen begreiflicher Weise nicht müßig zu: strenge Ueberwachung aller Verdächtigen, sowie die Verhaftung aller durch Wort oder That Straffälligen wurde angeordnet. Zugleich entschloß man sich, zumal manche Anzeichen dafür sprachen, daß französische Militärs die Umtriebe förderten, in Rastadt und Paris energisch Beschwerde zu führen. Von beiden Seiten lautete die Antwort beruhigend. Die französische Congreßgesandtschaft stellte entschieden in Abrede, daß ihre Regierung an eine Revolutionirung der Markgrafschaft denke, das Ganze „sei nur eine Intrigue schlechter Leute"; Bonnier selbst wollte mit seinem Leibe für die Sicherheit des Markgrafen haften. Aehnlichen Bescheid erhielt Reitzenstein von Seiten des Direktoriums, das, wie es scheint, durch die Erfahrungen mit den italienischen Republiken belehrt, wol auch aus Rücksicht auf Preußen[1], seinen früheren Plänen endgiltig entsagt hatte. Das stete, sichere Regiment eines Fürsten, meinte Barras, verbürge Frankreich eine ruhigere Nachbarschaft als eine Republik, die stets der Spielball der Leidenschaften, eine Gefahr auch für den inneren Frieden Frankreichs sein werde. In der That wurde der Oberbefehlshaber der Rhein-Donauarmee, General Jourdan, durch Erlaß vom 16. März angewiesen, jeden Versuch einer gewaltsamen Verfassungsänderung in Schwaben eventuell mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Minder entgegenkommend gegen die badischen Wünsche verhielt man sich in der Schweiz. Wie die Dinge lagen, kam es wesentlich darauf an, die Fäden der Verschwörung in die Hände zu bekommen und ihrer Führer und Anstifter, die

[1] Vgl. H. Heidenheimer, Mittheilungen über den Rastadter Gesandtenmord. Westdeutsche Zeitschrift, II, 141.



ungestraft auf Schweizer Boden ihr Spiel trieben, endlich einmal habhaft zu werden; allein wiewol der Markgraf das helvetische Direktorium dringend aufforderte, die Vorgänge zu untersuchen und die Wiederkehr ähnlicher Ausschreitungen in Zukunft zu verhüten, behandelte man in Luzern trotz aller Beweise vom Gegentheil jene Umtriebe geflissentlich als das Werk einiger unbedeutender Leute, die nicht ernst zu nehmen seien, und lehnte unter nichtigem Vorwande alle „näheren und doch am Ende fruchtlosen Nachforschungen ab".

So unbefriedigend dieser Bescheid auch lautete, den Lauf der Dinge hat er, nachdem man einmal in Paris das entscheidende Wort gesprochen, nicht mehr aufzuhalten vermocht. Schon der Erlaß an Jourdan hat die Hoffnungen der Umsturzpartei zweifellos stark herabgestimmt, seine Niederlage bei Stockach und sein Rückzug über den Rhein hat dann wenige Tage später das Schicksal der erträumten schwäbischen Republik endgiltig besiegelt; während des weiteren Verlaufes des Krieges ist am Oberrhein wenigstens, wenn wir von einem vereinzelten, ziemlich bedeutungslosen Versuch absehen[1], von dem Treiben der Revolutionäre nichts mehr zu verspüren; in dem consularischen und kaiserlichen Frankreich vollends ist für ihre Bestrebungen kein Raum mehr gewesen.

---

10. **Der Wiederausbruch des Krieges gegen Oesterreich und die Auflösung des Congresses.** — Mit entschiedenem Erfolge hatten inzwischen die Franzosen den Feldzug eröffnet; als die Frist, welche ihr Ultimatum vom 15. Februar festgesetzt, verstrichen war, ohne daß Oesterreich sich zu einer befriedigenden Erklärung wegen des russischen Truppenmarsches bequemte, überschritt Jourdan mit der Donauarmee bei Kehl und Basel den Rhein (28. Februar) und nahm über die schlecht verwahrten Pässe des Schwarzwaldes seinen Weg nach Oberschwaben, wo er, ohne Widerstand zu finden, bis in die Gegend von Rottweil vordrang; zur gleichen Zeit besetzte das Corps Bernadotte Mannheim und rückte durch das Neckarthal gegen Heilbronn vor, erzwang auf dem Kriegsschauplatze in der Ostschweiz Massena die Räumung Graubündens. Aber das Waffenglück der Franzosen war nicht von Dauer: mit weit überlegenen Streitkräften nahte vom Lech her in Eile Erzherzog Karl und warf erst bei Ostrach Jourdans Vorhut, dann in dem blutigen, wechselvollen Treffen bei Stockach (25. März) seine Hauptmacht nach dem Schwarzwald zurück. Jourdan und Bernadotte sahen sich gezwungen, ihre Truppen

---

[1] Vgl. unten Nr. 532. — In Baiern und Würtemberg ist bekanntlich das Projekt im Jahr 1800 noch einmal aufgetaucht. Vgl. Heigel, „Das Projekt einer süddeutschen Republik im J. 1800" in Raumers Histor. Taschenbuch, J. 1871, S. 119 ff.; Fournier, Histor. Studien und Skizzen (Aufsatz V, Illuminaten und Patrioten).

über den Rhein zurückzuführen; Ende April waren nur noch wenige Plätze auf dem rechten Ufer des Stromes, darunter Mannheim, Kehl und Altbreisach, in ihrer Gewalt.

Wie nicht zu vermeiden, war auch die Markgrafschaft durch diese Ereignisse in Mitleidenschaft gezogen worden. Man hatte in den Kreisen der süddeutschen Reichsstände anfänglich die Hoffnung gehegt, es werde der Vermittelung Preußens gelingen, die kriegführenden Mächte, wenn nicht zur Anerkennung der Neutralität des Reiches überhaupt, zum mindesten doch zu einer Ausdehnung der Demarkationslinie nach dem Süden zu bewegen. Auch in Karlsruhe hatte man die Intervention des verwandten preußischen Hofes nachgesucht, allein der Bescheid, der von dort kam, lautete wenig erfreulich. Aus Furcht, wider Willen in den Kampf selbst verwickelt zu werden, vermochte es das Berliner Cabinet selbst in diesem Momente, wo es die Augen ganz Süddeutschlands hilfesuchend auf sich gerichtet sah, nicht, sich zu einem entscheidenden Schritte, der seinen Forderungen allein Nachdruck verliehen hätte, aufzuraffen[1]; bedauernd erwiderte der König, daß Verhältnisse, die außer seinem Wirkungskreise lägen, ihm nicht gestatteten, auch dem Süden die Wolthaten des Friedens angedeihen zu lassen.

Auf Preußen war somit kein Verlaß, von Oesterreich stand, nach der Haltung seiner Vertreter in Rastadt zu urtheilen, wenig Gutes zu erwarten: hatte doch Graf Lehrbach aus seiner Erbitterung über die badische Politik kein Hehl gemacht und offen erklärt, wenn die Oesterreicher in's Land kämen, solle den Einwohnern keine Handvoll von ihrer Habe verbleiben («qu'il ne resterait pas une cuillerée à aucun habitant de ce pays»)[2].

Wie die Dinge lagen, war Baden zu schwach, den Franzosen den Einmarsch zu wehren, schutzlos der Willkür des mächtigen Nachbarn preisgegeben und genöthigt, so gut es ging, bei ihm sein Heil zu suchen. Schon im Febr. hatte Reitzenstein sich in Paris unter Hinweis auf den Separatfrieden bemüht, für den Kriegsfall bestimmte Garantieen zu erlangen, und von dem Kriegsminister die Zusage erhalten, man werde Baden als Freundesland respektiren, alle dringend erforderlichen Lieferungen vergüten, nirgends Lazarethe anlegen und die beiden Städte Karlsruhe und Rastadt mit Durchmärschen und Einquartierung verschonen. Im Vertrauen auf diese Versprechungen und in Uebereinstimmung mit den Wünschen seinen Unterthanen entschloß sich Markgraf Karl Friedrich, um in Paris nicht Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Ge-

[1] Vgl. den Erlaß vom 17. März an Sandoz Rollin bei Bailleu, Preußen und Frankreich von 1795—1807, I, 277.

[2] S. unten S. 158. Vgl. überdies die bezeichnenden Vorschläge v. Schwinds, unten S. 192.

sinnung zu wecken, diesmal nicht, wie im Kriegsjahre 1796, außer Land zu gehen, sondern auf seinem Platze auszuharren; er blieb bei diesem Entschlusse, obgleich es an gegentheiligen Zumuthungen von Seiten der Coalition nicht fehlte und auch Herzog Friedrich von Würtemberg, allerdings im wolberechneten eigenen Interesse, ihm den Gedanken an Flucht nahelegte. Als freilich die Franzosen in's Land einrückten, zeigte sich doch, daß sie mehr versprochen, als sie zu halten gesonnen waren, daß ihre glatten Proklamationen, wie sich der wackere Amtmann zu Lörrach ausdrückte, keinen rothen Heller werth seien. Unbekümmert um den Separatfrieden requirirten ihre Offiziere, namentlich beim Rückzuge, überall nach Gutdünken, ohne an Zahlung zu denken, wagte ein französischer Kriegscommissär, Vaillant, der oberen Markgrafschaft als einem «pays conquis» unerschwingliche Lieferungen aufzuerlegen, plünderten die Besatzungen zu Kehl und Altbreisach bei ihren Ausfällen gelegentlich auch die umliegenden badischen Ortschaften. Wiewol das Direktorium Abhilfe zusicherte und da und dort wol auch schuf, kehrten derlei Vorfälle doch immer wieder, und bildeten die Klagen darüber, so lange sich die Armeen am Rheine gegenüberstanden, eine ständige Rubrik der Reitzenstein'schen Berichte.

Inzwischen fristete mitten in dem Lärm der Waffen die Friedensdeputation zu Rastadt immer noch kümmerlich ihr Dasein, obgleich längst ziemlich gleichgiltig geworden war, was hier geschah. Die Mehrheit hielt auch nach Eröffnung der Feindseligkeiten an der trügerischen Hoffnung auf Wiederherstellung des Friedens, welche die französische Note vom 1. März bot, fest und wünschte die Verhandlungen fortzusetzen; nicht minder war dies das Bestreben der französischen Politik, die auf diesem Wege einen Theil der Reichsstände Oesterreich und Preußen in demselben Maße dauernd zu entfremden, wie dem eigenen Einflusse unterzuordnen vermeinte. Der alte Rheinbundsgedanke, das Projekt einer süddeutschen Union unter baierischer Führung, welche die vorderen Reichskreise umfassen sollte, «assez forte, avec l'appui des Républiques française et helvétique pour contenir de ce côte toutes les entreprises de l'Autriche», wurde gerade in diesen Tagen in Paris von neuem lebhaft erörtert und fand, wie unsere Akten andeuten, auch am Karlsruher Hofe volle Zustimmung[1].

Von österreichischer Seite dagegen trachtete man um so eifriger, dem Treiben in Rastadt ein Ziel zu setzen: unter dem Eindrucke der Siegesnachricht von Stockach wurde am 1. April der kaiserl. Bevollmächtigte Graf Metternich abberufen und im Namen des Kaisers allen bisherigen Beschlüssen der Deputation die verbindliche Rechtswirkung entzogen. Mit seiner Abreise (11. April) hörte,

---

[1] S. unten S. 297.

nach österreichischer Auffassung wenigstens, „der Reichsfriedenscongreß der That sowol als dem Rechte nach gänzlich auf"[1]. Die Mehrheit der Deputation, mit ihr auch Baden, machte dem gegenüber freilich geltend, daß ihre Vollmacht, solange sie nicht auch vom Reiche zurückgenommen werde, fortbestehe, und blieb; allein schon die Vorfälle der nächsten Tage änderten ihren Sinn. Die Streifzüge der österreichischen Husaren und Dragoner, die seit dem 10. April im nahen Murgthal eingerückt waren, die Störung aller gesandtschaftlichen Correspondenz, die wiederholte Belästigung von Mitgliedern des diplomatischen Corps durch Patrouillen legten die Sorge vor einem feindlichen Gewaltakt nahe. Es rächte sich, daß man früher versäumt hatte, eine bestimmte Abrede bezüglich der Neutralität des Congresses zu treffen.

Allerdings stand das diplomatische Corps unter dem Schutze des Landesherrn, dem der Kaiser die Fürsorge für seine Sicherheit aufgetragen hatte; allein diese Sicherheit beruhte nach der Lage der Dinge, wie die badischen Subdelegirten mit Recht geltend machten, lediglich „auf völkerrechtlichem Treu und Glauben"; wenn die Oesterreicher sich daran nicht kehrten, sondern von ihrem Kriegsrechte Gebrauch machten, war der Markgraf mit seinen paar Bataillonen begreiflicher Weise außer Stand, sie zu wahren. Als daher nach den aus der Vorgeschichte des Gesandtenmordes bekannten Vorfällen vom 19. April der Commandant der österreichischen Vorposten, Oberst Barbaczy, erklären ließ, er könne sich unter den gegenwärtigen Kriegsumständen für die ungestörte Sicherheit des Gesandtschaftspersonales nicht mehr verbürgen, wurde die Auflösung des Congresses beschlossen (23. April); auch die Badener fügten sich, da die nach ihrer Ansicht zur Fortführung der Verhandlungen erforderlichen zwei Drittel der Deputation nicht mehr vorhanden waren.

Bald darauf (25. April) kündigten auch die französischen Gesandten, die bis zum äußersten («jusqu'à la dernière extrémité») auf ihrem Posten auszuharren angewiesen waren, ihren Entschluß an, binnen drei Tagen Rastadt zu verlassen. Wir übergehen die bekannten Ereignisse der nächstfolgenden Tage, die Gefangennahme des französischen Curiers Lemaire und die Beschlagnahme seiner Depeschen, sowie die daran anknüpfenden Verhandlungen der Deputation mit Barbaczy wegen der sicheren Abreise der Franzosen, an denen sich auch Edelsheim lebhaft betheiligte. Den Vorwurf, daß die deutschen Diplomaten sich mit wiederholten Vorstellungen bei Barbaczy begnügt, statt sich in dieser wichtigen Sache rechtzeitig, wie einer aus ihrer Mitte vorgeschlagen[2], unmittelbar

---

[1] Bericht Metternichs vom 11. April bei Hüffer, a. a. O. II, 299.

[2] Vgl. H. Heidenheimer, a. a. O. Westdeutsche Zeitschrift, II, 144 ff.

an den Erzherzog Karl zu wenden, wird man dabei ja wol erheben dürfen, er trifft indeß die Deputation überhaupt, nicht Edelsheim allein. Alles Zuredens ungeachtet bestanden die Franzosen darauf abzureisen, ohne die Antwort aus dem Hauptquartiere abzuwarten; nur wenn die Deputation, was unterblieb, sie „schriftlich darum ersuche, somit ihnen einen Beweis an die Hand gebe, daß sie nicht aus eigener Bewegung . . . ihren Entschluß geändert hätten", waren sie zu bleiben geneigt. Der Ehrenpunkt spielte, wie man sieht, schon hier wie später bei der Abfahrt eine Rolle.

Als dann am 28. April, dem Endtermin, den sie für ihre Abreise festgesetzt, Barbaczy auf abermalige Anfrage der empfangenen Ordre des Erzherzogs vom 25. gemäß ihnen eröffnen ließ, er könne keine französischen Bürger im Bereiche der österreichischen Armee dulden, und sie aufforderte, binnen 24 Stunden Rastadt zu verlassen[1], rüsteten sie sich, da der Ordonnanzoffizier sich mündlich für ihre Sicherheit verbürgte, zur sofortigen Abfahrt. Wenige Stunden, nachdem eine Abtheilung Szeklerhusaren die Stadt besetzt, nach längerem, unfreiwilligem Aufenthalte am Rheinauer Thore, fuhren sie Nachts gegen 10 Uhr ab, obgleich der wachehabende Husarenrittmeister ihre Bitten um eine österreichische oder badische Eskorte abgelehnt. Noch im letzten Augenblicke schienen Roberjot und die Frauen, nach unseren Akten auch Jean Debry, geneigt, den Vorstellungen Edelsheims und der übrigen Diplomaten Gehör zu geben und ihre Abreise, wie Barbaczy verstattet, bis zum nächsten Morgen aufzuschieben; allein der bestimmte Wille Bonniers und die Rücksicht auf ihre Ehre entschieden schließlich anders. «Il faut enterrer la synagogue avec honneur», hatte Edelsheim, als er den Franzosen Pferde und Wagen aus dem markgräflichen Marstalle zur Verfügung gestellt, noch kurz zuvor gescherzt, ohne zu ahnen, wie bald der Scherz zur Wahrheit würde. Kaum zweihundert Schritte vor der Georgivorstadt, auf der dem Murgkanale entlang nach der Rheinau führenden Straße, wurde der Wagenzug von Szeklerhusaren überfallen, Roberjot und Bonnier niedergehauen, während Debry, wenngleich verwundet, sich zu retten vermochte, und nach vollbrachter That das Gesandtschaftsarchiv mit Beschlag belegt[2]. Ein unerhörtes Verbrechen war geschehen, das

[1] Das Schreiben Barbaczy's liegt in zwei Versionen vor, deren eine von Dohm, die andere von dem hessischen Minister v. Gatzert (Heidenheimer, a. a. O. Westd. Zeitschrift, II, 148) überliefert wird; vergleicht man beide mit der Ordre vom 25. d. M., so erscheint die von Gatzert mitgetheilte Fassung als die correctere.

[2] Sehr vorsichtig berichtete darüber die Karlsruher Zeitung (J. 1799, S. 256) mit den Worten: „auf ihrer Reise begegnete ihnen aber bei der Rheinau . . . ein großer Unfall, bei welchem die zwei französischen Gesandten Bonnier und Roberjot todt auf dem Platze blieben".

Völkerrecht unter den Augen des Congresses in flagrantester Weise verletzt worden.

11. Der Rastadter Gesandtenmord. — Indem wir in diesem Abschnitte die auf die eben berührten Vorgänge bezüglichen Aktenstücke zusammenstellen, verzichten wir darauf, den niederschmetternden Eindruck zu schildern, den die Kunde von der Unthat auf die Karlsruher Regierung, vor allem auf den Markgrafen, der in seiner Eigenschaft als Landes- und Schutzherr auf's empfindlichste gekränkt wurde, ausgeübt hat, und übergehen die Maßregeln, die Karl Friedrich zur Rettung der Ueberlebenden wie zur Feststellung des Thatbestandes angeordnet, die Schritte, die er zur Rechtfertigung seines Verhaltens in Wien und Paris unternommen; im allgemeinen ist von badischer Seite geschehen, was geschehen konnte, nur das eine bleibt zu bedauern, daß man aus politischen Bedenken, aus Furcht vor Oesterreich, eine gründliche Untersuchung an Ort und Stelle unterlassen und Erhebungen nur, soweit sie das Villinger Kriegsgericht ausdrücklich begehrte, veranstaltet hat[1].

Was uns hier vor allem beschäftigt, ist die Aufklärung und Beurtheilung des blutigen Ereignisses selbst, über dem bis zum heutigen Tage ein dunkler Schleier ruht. Leider, um dies gleich vornweg zu gestehen, gelangen auch wir mit Hilfe des neuen Materials nicht viel weiter als unsere Vorgänger; nach wie vor erhalten wir auf die letzte, entscheidende Frage, wer waren die Anstifter? keine völlig befriedigende, einwandsfreie Antwort. Immerhin bieten aber die von uns mitgetheilten Akten manche neue Einzelheiten, die für die Forschung von Werth sind: wir verweisen hier nur auf die Nachrichten über die auffallenden Anordnungen Barbaczy's in Rothenfels (Nachtrag Nr. 584), auf die Aussagen der Ortsschulzen der Umgegend (Nr. 588), das Verhalten der drei Gesandten vor der Abreise (Nr. 323)[2], und die allerdings mit Vorsicht aufzunehmenden Mittheilungen über Barbaczy's Vertheidigung vor dem Villinger Kriegsgerichte (Nr. 328), vor allem aber auf die Angaben über das Auftreten der Wittwe Roberjot in Paris[3] (Nr. 325, 332, 338).

[1] Zu beklagen ist insbesondere, daß die beiden Bauern, die Debry aufgefunden und gerettet, nicht verhört worden sind.

[2] Wir geben das betreffende Schreiben Edelsheims nach dem Concepte, da dessen Fassung von der des Originals, die Heidenheimer (Westdeutsche Zeitschrift, III, 151) veröffentlicht hat, mehrfach abweicht.

[3] Auch Reitzenstein gedenkt der schweren Anklage, die sie angeblich gegen das Direktorium, bezw. Jean Debry erhoben; aber während der preußische Legationsrath Roux, auf dessen Berichte Böhtlingk bekanntlich u. a. seinen Verdacht gegen Debry gründet, das Gerücht gläubig aufnimmt, verhält sich Reitzenstein, der doch mit der unglücklichen Frau,

Wir können in dem beschränkten Rahmen einer Einleitung auf all' die Hypothesen, welche in der umfangreichen Literatur bezüglich der Urheberschaft des Mordes der Reihe nach aufgestellt worden sind, selbstverständlich nicht näher eingehen. Der Lehrbach-Mythus, den Mendelssohn zuerst bekämpft[1], wird, nachdem H. v. Sybel selbst aus dem Münchener Staatsarchive den schlagendsten Beweis von Lehrbachs Schuldlosigkeit erbracht hat[2], nirgends mehr Gläubige finden. Dem Verdachte gegen die österreichische Regierung, insbesondere gegen den Leiter ihrer auswärtigen Politik, Thugut, fehlt jeder Schein einer Grundlage. Die früheren, zuletzt von Helfert wiederaufgenommenen Versuche, dem Direktorium die Blutthat zur Last zu legen[3], haben v. Sybel und H. Hüffer in völlig überzeugender Weise zurückgewiesen. Die Annahme Böhtlingks[4], der in Egypten weilende Bonaparte sei der Anstifter und Jean Debry das Werkzeug gewesen, dessen er sich bei seinem verbrecherischen Plane bedient, vermag angesichts der schwerwiegendsten Bedenken, die dagegen erhoben worden sind und sich noch erheben lassen[5], vor einer ernsten Prüfung nicht zu bestehen.

---

wie wir sehen, wiederholt in Berührung gekommen war, durchaus skeptisch und hält das Ganze für eine böswillige Erfindung, welche die Feinde des Direktoriums ausgesprengt. Und gesetzt selbst, jene compromittirenden Aeußerungen wären gefallen, so wäre auch damit nichts bewiesen: unsere Akten ergeben, daß die Wittwe Roberjot sich wiederholt über die kärgliche Jahresrente beschwerte, die man ihr ausgesetzt; die Vermuthung liegt daher nahe, daß die Gegner des Direktoriums ihre tiefe Verstimmung gegen die Regierung benützt und mit ihren Einflüsterungen der Gekränkten so lange zugesetzt haben, bis sie dem Argwohn, den man in ihr geweckt, schließlich offenen Ausdruck verliehen.

[1] K. Mendelssohn-Bartholdy, Der Rastadter Gesandtenmord. Heidelberg, 1869.

[2] v. Sybel, Graf Lehrbach und der Rastadter Gesandtenmord. Hist. Zeitschrift, Bd. 39, S. 46 ff.

[3] Auffallend früh, nachweislich wol zum erstenmale, begegnet uns diese Verdächtigung in dem Berichte Steigentesch's vom 5. Mai, der sich auf Karlsruher Nachrichten stützt (Nr. 310). In den dortigen Regierungskreisen hat man die Oesterreicher, diese haben von Anfang an die Emigranten der That verdächtigt; von beiden Seiten scheint die Notiz also nicht zu stammen. Sollte sie nicht von den Karlsruher Emigranten erfunden und verbreitet worden sein?

[4] Böhtlingk, Napoleon Bonaparte. Zweite Ausgabe, II, 382—416.

[5] Um hier nur einiges ergänzend anzuführen: Die französischen Gesandten, „insonderheit Jean Debry" (Eggers, a. a. O. I, 362), haben, wie feststeht, vor ihrer Abreise um eine Eskorte zu ihrem Schutze gebeten; wenn sie bewilligt worden wäre, wie man zunächst wol nicht anders erwarten durfte, wäre dann nicht der ganze Anschlag im letzten Augenblicke gerade durch Debry's Verschulden gescheitert? Ist es denkbar, daß Debry, wenn er, wie Böhtlingk meint, die Ermordung seiner Collegen plante, seine Absichten selbst zu vereiteln thöricht genug gewesen wäre? — Und weiter! Nach Edelsheims Darstellung schien Debry auf sein Zureden nicht von vornherein abgeneigt, die Abreise bis zum folgenden Morgen zu verschieben; er läßt Bonnier und Roberjot befragen und will sich ihrem

Die Ansichten v. Vivenots, v. Sybels und Hüffers stimmen in wesentlichen Punkten überein; Vivenot[1] bezeichnet die That als einen Akt militärischer Lynchjustiz, verübt von Szeklern des 11. Husarenregiments, möglicher Weise auf höhere Weisung aus dem Hauptquartier, auf Anstiften Faßbenders. Zu gleichem Resultate ist Sybel am Schlusse seiner letzten Untersuchung dieser Frage gelangt; er spricht von einer insidiös oder unklar abgefaßten, der Mißdeutung fähigen Ordre, für deren Redaktion auch er Faßbender verantwortlich macht.

Aehnlich Hüffer, der annimmt, daß während der Krankheit des Erzherzogs „ein fremder böser oder übereifriger Wille" im Hauptquartiere (Mayer v. Heldenfeld? Faßbender?) oder in der Umgebung des F.-M.-Lts. Kospoth Anordnungen getroffen, deren übereilte und ungeschickte Ausführung, vielleicht in Folge einer Einmischung von Emigranten, den Tod der Gesandten verschuldete.

Unseres Erachtens wird man noch einen Schritt weiter gehen dürfen als Hüffer, dessen vorsichtig abwägende, möglichst erschöpfende Erklärung des Vorganges im übrigen uns der Lage der Dinge am meisten zu entsprechen scheint. Ein Mordbefehl kann weder an Barbaczy ergangen, noch von diesem, sei es auch nur zufolge falscher Deutung einer mißverständlichen Ordre, ausgegangen sein. All' die Aeußerungen, die der Oberst in Gernsbach und Rothenfels gethan haben soll, sein aufgeregtes Verhalten vor der That sind vollkommen verständlich, wenn man auf Grund von Sybels überzeugenden, auf die Wiener Kriegsprotokolle gestützten Ausführungen[2] annimmt, daß ihm der unangenehme Auftrag, sich der Gesandtschaftspapiere zu bemächtigen, zu Theil geworden; für jeden weitergehenden Verdacht bieten sie auch nicht den geringsten Anhaltspunkt. Das Zeugniß jenes baierischen Diplomaten, der in München eine Unterredung Lehrbachs mit seinem Sekretär belauscht und berichtet, ein vermuthlich an den General Görger gerichteter

---

Bescheide fügen: so handelt keiner, der alle Anstalten getroffen hat, um in der nächsten Stunde unter dem Schutze der Nacht seine Begleiter hinschlachten zu lassen! Und gesetzt, er hätte von Anfang an auf sofortige Abfahrt gedrängt, so hätte er zum mindesten mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß seine Collegen, durch die dringenden Vorstellungen der befreundeten Diplomaten bewogen, im Interesse ihrer Sicherheit sich für Aufschub entscheiden und ihn überstimmen würden. Einen Ueberfall aber bei hellem Tage auf einer belebten Straße durch gedungene Mörder hätte Debry nie wagen dürfen, ohne sie und sich der Gefahr der Entdeckung auszusetzen.

[1] v. Vivenot, Zur Geschichte des Rastadter Congresses, CXXXI ff.

[2] v. Sybel, Urkundliches über den Rastadter Gesandtenmord. Deutsche Rundschau, J. 1876, S. 63.

Rapport des Obersten habe mit den auffälligen Worten: „Nun ist alles vollendet" begonnen, scheint allerdings den Obersten zu belasten; aber abgesehen davon, daß der Lauscher falsch gehört oder das Gehörte ungenau wiedergegeben haben mag, liegt möglicher Weise nur eine ungeschickte, aus dem Zusammenhang gerissene Wendung vor; jedenfalls berechtigt diese eine Stelle keineswegs zu einer so schweren Anklage wider einen Mann, der nach der That so offen und ungeheuchelt Schmerz und Entrüstung über das Geschehene bezeugt, daß selbst die Rastadter Diplomaten, so sehr sie auch von der Thäterschaft der Oesterreicher überzeugt sind, an seiner Ehrenhaftigkeit nicht im mindesten zu zweifeln wagen. Eine Erwägung vor allem spricht für unsere Auffassung und zu seinen Gunsten: hätte er einen Mordbefehl empfangen oder in Folge eines Mißverständnisses erlassen, so hätte sich zweifellos zur Ausführung des Vorhabens keine gelegenere Zeit geboten als die Nacht, unter deren Schutz es möglich war, die Blutschuld von seinen Szeklern abzuwälzen und etwa, wie später geschehen, den Emigranten aufzubürden, oder doch wenigstens die That mit der im Dunkel herrschenden Verwirrung zu entschuldigen; er hätte zu dem Ende die auf seinen Bescheid harrenden Franzosen, deren Wagen, wie er wissen konnte, seit dem Morgen schon gepackt und zur Abfahrt bereit im Schloßhofe standen, am Abend des 28. einfach aufzufordern brauchen, noch vor Mitternacht die Stadt zu verlassen. Statt dessen bewilligt er ihnen eine Frist von 24 Stunden, ermöglicht ihnen, bei Tage abzureisen, und ist selbst fest davon überzeugt, daß sie von der Vergünstigung Gebrauch machen werden. Nichts könnte unseres Erachtens indirekt besser seine volle Schuldlosigkeit erweisen.

Dagegen bleibt allerdings nicht ausgeschlossen, daß mündliche, möglicher Weise unklar gefaßte Weisungen, die der Oberst bezüglich der Beschlagnahme der Gesandtschaftspapiere dem Rittmeister Burkhard und anderen Offizieren ertheilt, von diesen falsch ausgelegt worden sind. Burkhard zumal erscheint entschieden verdächtig: mag man auch manches Auffällige in seinem Benehmen sowol vor als nach dem Vorfalle mit einer gewissen Beschränktheit, mit einer angesichts solcher Scenen leicht begreiflichen Aufregung entschuldigen, es bleiben noch, abgesehen von seinem durchaus wahrheitswidrigen Rapporte, genug belastende Momente übrig. So versteht man z. B. allenfalls, daß er den Franzosen eine Eskorte seiner Husaren abschlug, da sie vielleicht von feindlichen Patrouillen angegriffen werden könnten: was aber hinderte ihn, wenn, wie es geschah, badische Husaren ihr Leben dran wagen und die Gesandten geleiten wollten, dies zu gestatten?

Allein wenn schon die verbrecherische That zweifellos von Szeklern und möglicher Weise auf Befehl ihres Rittmeisters verübt worden ist, läßt dies doch

auch die Annahme zu, daß Emigranten die Hände dabei im Spiel hatten, sei es nun, daß sie durch Bestechung den Rittmeister[1], oder, was wahrscheinlicher ist, die Mannschaften für den Mord zu gewinnen, sei es, daß sie durch ähnliche Mittel sich in ihre Reihen einzuschleichen wußten und selbst die tödtlichen Streiche führten. „Sie waren", bekennt selbst Böhtlingk, „wenn man eine französische Urheberschaft des Mordes annimmt, die nächstliegendsten Werkzeuge."

Wenn H. v. Sybel die „Emigrantenfabel" damit zu widerlegen sucht, daß er die Möglichkeit eines Eingreifens von dieser Seite leugnet, weil die Emigranten nach einer Ordre des Erzherzogs angewiesen worden seien, sich beim Erscheinen der Oesterreicher ein paar Meilen hinter die Front zurückzubegeben, vor ihrem Einrücken aber aus Furcht vor den französischen Kriegsgerichten in der Rheinebene oder im Murgthale sich nicht hätten aufhalten können, so erweisen diese Gründe sich nach unsern Akten keineswegs als stichhaltig. Wie wir schon in einem früheren Abschnitte bemerkt, ist auch nach der Erneuerung des Ausweisungsbefehls vom 30. Dec. 1798 eine beträchtliche Anzahl meist aus dem Elsaß stammender Emigranten mit obrigkeitlicher Genehmigung, zum Theil auf besondere Fürsprache des kaiserlichen Bevollmächtigten Grafen Metternich, in Rastadt verblieben: eine uns vorliegende, von dem Landvogt von Drais aufgestellte Liste führt beim Schlusse des Congresses noch 197 Personen auf, „ohne eine beträchtlich weitere Zahl von Dienstboten und Arbeitern zu rechnen". Und auch nach dem Einmarsche der österreichischen Truppen constatirt das Oberamt Rastatt am 14. Mai mit Befremden, daß trotz der früheren Verordnungen noch alle Ortschaften „mit Emigranten angefüllt seien", „meist bösen, ausgelassenen Menschen", über deren Excesse die Unterthanen aus Furcht nur heimlich Klage zu erheben wagen[2]. Einer ihrer entschlossensten Parteigänger, Auguste Danican, dessen Grundsätze wir kennen, hatte sich, wie wir sahen, eben noch in Karlsruhe und der Umgegend von Rastadt herumgetrieben und ein Pamphlet veröffentlicht, in dem er offen den Mord predigte; selbst die direkte Drohung, die französischen Minister sollten Rastadt nicht lebend verlassen, wird ihm zugeschrieben. Allerdings gelang es ihm, als ihn nach der That die öffentliche Meinung der Thäterschaft beschuldigte, sein Alibi nachzuweisen; aber er kann darum doch die Ermordung angeordnet haben, sein Arm reichte weit. Gerade zu einem der Rastadter Emigranten, einem

---

[1] Diese Vermuthung spricht schon Hoppe in der Unterredung mit Lehrbach vom 5. Mai aus: „Der Burkard war gewiß auch dabei, sie werden ihm einige tausend Louisdors gegeben haben". v. Sybel, Hist. Zeitschrift, 39, S. 58.

[2] S. unten Nr. 324.

gewissen Baugé, der als ein gefährlicher Mensch bezeichnet wird und auf specielle Verwendung seines Beschützers, des Grafen Metternich, bis zur völligen Auflösung des Congresses in der Stadt geduldet werden sollte und wurde, stand Danican nachweislich in intimem Verkehre[1]. Erst unlängst ist bekannt geworden, daß seit dem Januar 1799 die Contrerevolution ihr Hauptquartier in Augsburg aufgeschlagen hatte[2]; wir kennen ihre Organisation und die Mittel, über die sie verfügte, bis in's einzelne und wissen auch, mit welcher Rührigkeit die royalistischen Agenten allenthalben die Republik und was zu ihr gehörte, mit offenem Visir oder auf Schleichwegen bekämpften. Wie man sieht, fehlte es den Emigranten weder an Gelegenheit, die That an Ort und Stelle vorzubereiten oder in letzter Stunde die Gunst des Augenblickes zu benützen, noch an den erforderlichen Werkzeugen zur Vollführung des Verbrechens. Daß dem blinden, fanatischen Hasse der Emigranten gerade eine That, die augenscheinlich aller höheren politischen Motive völlig entbehrt, auch zuzutrauen ist, hat man unseres Wissens bisher von keiner Seite zu bestreiten versucht. In diesem Zusammenhange gewinnt jene vielcitirte Mittheilung eines hochstehenden Emigranten, des Grafen von Toulouse, an einen Gesinnungsgenossen: „Binnen kurzem, lieber Freund, wird sich etwas ereignen, worüber die Welt erstaunen soll!“[3] um so mehr Bedeutung, als Toulouse, der längere Zeit sich in Offenburg aufgehalten, eben in diesen Tagen regen Verkehr mit verdächtigen Leuten unterhielt und Wechsel auf bedeutende Geldbeträge empfing. Die Stelle kann sich auf einen wider die Gesandten geplanten Anschlag beziehen, der durch Bestechung sei es der Dienerschaft, sei es der Szekler Husaren vorbereitet, bezw. ausgeführt werden sollte. Ein sicherer Beweis läßt sich freilich nicht erbringen, wir kommen auch hier über Vermuthungen mit größerer oder geringerer Wahrscheinlichkeit nicht hinaus.

Wenn aber Emigranten Anstifter oder Mitschuldige waren, wie — hat man eingewendet — will man das Schweigen der österreichischen Regierung erklären? Man kann, glauben wir, mit gleichem Rechte die Frage den Gegnern, welche Faßbender, den Oberstlieutenant Mayer oder Barbaczy für den Vorfall irgendwie verantwortlich machen, zurückgeben; denn gesetzt, die Untersuchung des Villinger Kriegsgerichtes hätte nach der einen oder anderen Seite zu einem klaren, sicheren Ergebnisse geführt, so würde der Wiener Hof

[1] Nr. 179.

[2] Vergl. die vom Cte. Boulay de la Meurthe in der Revue d'histoire diplomatique, J. 1892, S. 244 ff. publicirten Fragmente der «Correspondance de Talleyrand avec le Premier Consul», speciell S. 272, 276, 287.

[3] Aus einem Schreiben v. 11. April nach Bericht Lehrbachs an Thugut v. 14. Sept. 1799. Vgl. Mendelssohn, a. a. O. S. 51; Helfert, S. 45, 84, 311.

angesichts der schweren Anklagen, die von aller Welt wider ihn erhoben wurden, gewiß ebensowenig Anlaß gehabt haben, aus irgend welchen politischen Rücksichten, aus Schonung etwa für die Bourbonen, die Schuld der Emigranten zu verschweigen, als er Anstand genommen haben würde, Faßbender oder einen der österreichischen Offiziere und Generale zur Strafe zu ziehen, falls ihre Schuld erwiesen worden wäre.

Selbst die Scheu vor dem Bekanntwerden jener Ordre, welche die Beschlagnahme der Gesandtschaftspapiere anordnete und in einem gewissen Zusammenhange mit der That stand, hätte unseres Erachtens die Regierung nicht, wie v. Sybel zur Erklärung angenommen hat, davon abgehalten, die Wahrheit an's Licht zu bringen: denn so wenig jene Maßregel auch mit den Grundsätzen des Völkerrechts vereinbar war, sie ließ sich doch zur Not durch den Kriegszustand und durch gewisse höhere politische Interessen entschuldigen, und man würde sicherlich nicht gezögert haben sie einzuräumen, um den ungleich schwereren Vorwurf, welcher der Regierung den unauslöschlichen Makel einer Blutschuld anheftete, zurückzuweisen; auch würde dann, von Frankreich abgesehen, gewiß niemandem in Europa eingefallen sein, für eine That, welche ein paar Husaren, wider Wissen und Willen ihrer höheren Vorgesetzten, trotz wiederholter Vorschriften für die persönliche Sicherheit der französischen Gesandten, in Ueberschreitung ihrer Ordre verübt hatten, das österreichische Generalcommando oder gar das Wiener Cabinet noch ferner verantwortlich zu machen.

Wie die Dinge liegen, möchten wir daher das Stillschweigen der Regierung eher anders deuten: Die Untersuchung selbst hat in Folge irgend welcher seltsamen, unlösbaren Verkettung von Ursachen und Wirkungen die geheimen Quellen der That nicht zu ergründen und ein zuverlässiges Resultat nicht zu Tage zu fördern vermocht. So wenig die Antwort auch befriedigt, warum sollen wir einem Zeugnisse nicht vertrauen, das ein Mann von unantastbarer Reinheit des Charakters und zugleich ein competenter, urteilsfähiger Richter, kein geringerer als Erzherzog Karl selbst, abgelegt hat? „Die Veranlassung dieser Catastrophe„, schreibt er i. J. 1819 in seiner Geschichte des Feldzuges von 1799, „ist bis jetzt nicht bekannt und die Aufklärung bleibt der Nachwelt überlassen“[1].

[1] Dem widerspricht scheinbar eine Aeußerung Cobenzls vom J. 1804: «il m'est revenu *d'assez bonne source* que les officiers de l'état major, chargés de rédiger les mémoires militaires de la dernière guerre ont en main *des papiers qui les mettent à même de connaître avec détail tout ce qui a donné lieu à ce triste événement*» (v. Vivenot, Rastadter Congreß, S. 371); man wird aber diese Nachricht um so mehr mit Vorsicht aufnehmen und auch hier an eine Uebertreibung durch Hofklatsch glauben, als der weitere Zusatz, auch Thugut scheine in die Angelegenheit verwickelt, erwiesener Maßen keinerlei Glauben verdient.



Ob die Annahme richtig ist und welche Umstände die Eruirung des Thatbestandes vereitelt haben, würde sich erst entscheiden lassen, wenn es eines Tages gelingen sollte, jene vielberufenen, verschollenen Untersuchungsakten des Villinger Kriegsgerichtes an's Licht zu ziehen.

Fassen wir das Ergebnis unserer Erörterungen, das im wesentlichen mit der Auffassung H. Hüffers übereinstimmt, kurz zusammen: Ein Befehl zur Ermordung der Gesandten ist weder vom österreichischen Hauptquartiere, noch von einem der Generale, noch von Barbaczy ertheilt worden; auch an falsche Auslegung einer mißverständlichen Ordre ist bei keinem der Offiziere bis hinab zu Barbaczy, diesen eingeschlossen, zu denken. Fängt man von oben an, so kann die Reihe der Schuldigen frühestens mit Burkhard beginnen; jedenfalls ist die That von seinen Husaren vollführt worden, sei es, daß ihr Rittmeister den Auftrag des Obersten bezüglich der Wegnahme der Papiere irrig aufgefaßt und ihnen eine entsprechende Weisung ertheilt, sei es, daß sie selbst eine correcte Ordre desselben falsch verstanden oder im Uebereifer überschritten. Auch die Möglichkeit, daß Emigranten als Anstifter oder Thäter mitgewirkt haben, ist nicht zu leugnen. Daß der Wiener Hof über das Resultat des zu Villingen eingeleiteten peinlichen Verfahrens beharrlich geschwiegen, wird vielleicht weniger durch die Furcht, sich zu compromittieren, als durch den Mangel an einem sicheren Ergebnisse überhaupt zu erklären sein.

II. Baden im Reichskriege gegen Frankreich. — 1. Der Reichskrieg und die badische Neutralitätspolitik. — Wir wenden uns in diesem Abschnitte dem weitern Verlaufe der Kriegsereignisse am Oberrhein bis zum Ende des Jahres 1799 zu. Von großen Waffenthaten ist hier nicht zu berichten, die entscheidenden Schlachten sind, wie man weiß, in Oberitalien und der Schweiz geschlagen worden, ihnen gegenüber besitzen die militärischen Operationen an der Westmark des Reiches nur eine untergeordnete Bedeutung. Nach dem Abmarsche des Erzherzogs in die Schweiz (Ende Mai) verharrte zunächst, was von österreichischen und französischen Truppen am Rhein zurückgeblieben war, von gelegentlichen Ausfällen der Garnisonen zu Kehl und Altbreisach abgesehen, in völliger Unthätigkeit. Erst in der zweiten Hälfte des August, als General Müller mit der französischen Rheinarmee bei Mannheim den Strom überschritt und das pfälzische und speierische Gebiet besetzte, gewannen die Dinge ein anderes Aussehen. Aber schon eilte von der Schweiz der Erzherzog herbei, dem Corps Sztaray, das er zur Deckung von Schwaben zurückgelassen hatte, zu Hilfe; am 12. Sept. wurde das schwer bedrängte Philippsburg, das durch sechstägige Beschießung in einen Schutthaufen verwandelt war, entsetzt,

wenige Tage später Mannheim nach hartnäckiger Gegenwehr im Sturme genommen und der Feind auf's linke Rheinufer zurückgeworfen. Die Freude der deutschen Reichsstände, welche nun die Gefahr einer Invasion beseitigt wähnten, dauerte freilich nicht lange. Die Nachricht von der Niederlage Korsakows bei Zürich (26. Sept.) zwang den Erzherzog auf's neue zur Umkehr, um dem über die Alpen anrückenden Heere Suwarows die Hand zur Vereinigung zu reichen. Mitte October gingen die Franzosen, den günstigen Moment erfassend, unter Führung Lecourbe's abermals bei Oppenheim und Frankenthal über den Rhein und drängten das Corps Schwarzenberg, das zum Schutze von Mannheim bestimmt war, nach der Enzlinie zurück. Erst als vom Erzherzoge Verstärkung eingetroffen war, gelang es nach wechselvollen Kämpfen an der Enz und der Bergstraße, in deren Verlauf Philippsburg zum dritten und vierten Male binnen Jahresfrist belagert wurde, den Gegner zur Räumung des rechten Rheinufers zu nöthigen (9. Dec.). Beide Theile behaupteten am Ausgange des Jahres im wesentlichen die Positionen, die sie im Frühjahr innegehabt: das war das Resultat des Feldzuges auf diesem Theile des Kriegsschauplatzes.

Es ist begreiflich, daß diese Ereignisse auch auf den Lauf der badischen Politik nach den verschiedensten Richtungen hin ihre Wirkung ausgeübt haben. Noch einmal war dem Markgrafen Karl Friedrich, als die Oesterreicher siegreich in der Rheinebene standen, die Gelegenheit gegeben, dem Beispiele seines Nachbars in Würtemberg folgend, den Vertrag mit Frankreich zu zerreißen und sein Heil im Anschlusse an den Wiener Hof zu suchen. Die Lage der Dinge drängte um so mehr zur Entscheidung, als am 12. Juli das längst erwartete kaiserliche Commissionsdekret erschien, welches beim Reichstage die Erneuerung des allgemeinen Reichskrieges beantragte. Unsere Akten lassen die critische Situation der Karlsruher Regierung und die Verlegenheit, in der sie sich befand, in vollem Umfange erkennen. Das Eine nur war „nach allen concurrierenden Umständen" klar, daß Baden keinesfalls gegen den österreichischen Antrag stimmen durfte. Schwieriger dagegen schien die Frage zu beantworten, ob man sich, etwa unter Rechtfertigung des bisherigen Verhaltens, für denselben erklären oder, wie Brauer sich ausdrückte, einen „evasiven Mittelweg" einschlagen sollte; im letzteren Falle würde man entweder sich stumm verhalten, bezw. Mangel an Instruktion vorgeschützt haben, was beide kriegführenden Theile ebensowenig befriedigt, als der Auffassung des Markgrafen von seinen Pflichten gegen das Reich entsprochen haben würde, oder man hätte unter Hinweis auf die schweren Kriegslasten, die auf dem Lande ruhten, die Unmöglichkeit weiterer Leistungen dargethan und daraus die Berechtigung abgeleitet, auch an den Berathungen darüber nicht theilzunehmen. Graf Görtz,

der langjährige Vertreter Badens beim Reichstage, dessen Rath man erbeten, schwankte; während er anfangs empfohlen, «qu'on le laissât muet», befürwortete er später eifrig die Theilnahme am Reichskriege. Auch in Karlsruhe vermochte man vorläufig eine bestimmte Entschließung noch nicht zu treffen und glaubte sie um so eher vertagen zu können, als man sich noch der Hoffnung hingab, die ablehnende Haltung der norddeutschen Neutralen würde den Kaiser vielleicht bestimmen, den Gegenstand in Regensburg überhaupt nicht zur Sprache zu bringen.

Selbst als am 26. August die Protokolleröffnung in sämmtlichen Reichscollegien wirklich stattgefunden, wünschte der Markgraf doch erst den Erfolg der für die künftige Entscheidung bedeutsamen Mission des Freih. v. Gemmingen nach Wien, von der wir in einem späteren Abschnitte noch zu reden haben, abzuwarten. In der That waren ihm eben in jenen Tagen, da die französische Rheinarmee sich in der unteren Markgrafschaft festzusetzen drohte und ihre Vorposten fast bis vor die Thore seiner Residenz vorschob, die Hände mehr denn je gebunden: um so eher durfte er erwarten, daß in Wien „unter diesen traurigen Umständen ein stilles Verhalten, wodurch der gemeinen Sache nicht geschadet, vielleicht aber unsägliches Unheil" vom Lande abgewendet werde, keinem Tadel begegne. Aber ehe von dort Antwort kam, hatte der Reichstag, diesmal mit außergewöhnlicher, dem traditionellen Gange der Geschäfte völlig zuwiderlaufender Eile, die Berathung zu Ende geführt. Durch Reichsgutachten vom 16. Sept. wurde beschlossen, den Reichskrieg wieder aufzunehmen, das Quintuplum, also ein Reichsheer von 200 000 Mann, zu stellen und 100 Römermonate zu bewilligen: nicht weniger als 34 Reichsstände schützten im Fürstenrathe, wo bezeichnender Weise nur eine Mehrheit von wenigen Stimmen erzielt wurde, «defectum instructionis» vor, unter ihnen auch Baden. Bestimmte Verpflichtungen nunmehr auf der einen Seite gegen das Reich, auf der anderen gegen Frankreich, das Land selbst von den kriegführenden Parteien theils besetzt, theils unmittelbar bedroht: man muß gestehen, die Lage des Markgrafen war keine beneidenswerthe.

Es gab nur einen, freilich auch nicht ganz unbedenklichen Ausweg aus diesem Conflikte; es galt, die Dinge möglichst lange in der Schwebe zu halten und den Wiener Hof zu bewegen, die bisher thatsächlich beobachtete, von Frankreich gebilligte Neutralität, wenn nicht officiell anzuerkennen, doch wenigstens stillschweigend in Anbetracht der obwaltenden Verhältnisse zu dulden. Diesen Erwägungen entsprechend wurde zunächst die Aufforderung, welche Graf Lehrbach auf Grund der Reichsschlüsse bezüglich der Stellung des Quintuplums an die Stände des schwäbischen Kreises richtete, von Edelsheim mit dem Hinweise

auf Gemmingens Mission ausweichend beantwortet; persönliche Vorstellungen des Markgrafen beim Erzherzoge gelegentlich einer Zusammenkunft in Schwetzingen (20. Sept.) bewirkten, wie es scheint, daß man österreichischer Seits sich vorerst mit Naturalleistungen für die Armee begnügte und mit Rücksicht auf die exponirte Lage des Landes von weiteren Zumuthungen absah.

Der Erfolg war um so höher anzuschlagen, als gerade in letzter Zeit von österreichischen Militärs immer dringender an die badischen Amtsbehörden das Ansinnen gestellt wurde, sich an der Organisation des allgemeinen Landsturms zu betheiligen. Schon im April hatten die Oesterreicher, zunächst im Breisgau und der Ortenau, versucht, die Unterthanen zur Vertheidigung des Landes mit heranzuziehen und nach dem Vorbilde von 1796 eine allgemeine Landesbewaffnung zu organisiren; nach anfänglichem Widerstreben der Landstände, die an frühere schlechte Erfahrungen erinnerten, waren diese Versuche im Hochsommer auch geglückt. An den Gefechten am Kaiserstuhl und in der Ortenau, im Kappler Thale hatten österreichische Bauern hervorragenden Antheil genommen und an Tapferkeit mit ihren Landsleuten in Tirol und im Odenwalde gewetteifert; je mehr die Erbitterung des Landvolkes wider seine Peiniger wuchs, um so lebhafteren Anklang fanden jene Anstalten: überall in Stadt und Land, sogar bei den schlimmen Lahrern, die sonst bei ihren Nachbarn als Anhänger des „Demokratismus und Sanskulottismus" verrufen waren, sah man die schwarz-gelben Cocarden der Landstürmer. Auch auf ihre badischen Nachbarn wirkte ihr Beispiel ansteckend; trotz aller Warnungen der Vorgesetzten kam es vor, daß ganze Gemeinden sich der Bewegung anschlossen und mit den Oesterreichern ausrückten; von den wackeren Thaten, die einer aus ihrer Mitte, der Kreuzwirth Georg Pfaff von Kürzell, verrichtet, hat man später sich noch lange in den Bauernstuben des Schwarzwaldes erzählt. Die nicht freiwillig mitgingen, und es waren die meisten, wurden mit Schimpf und Spott überschüttet oder durch Anwendung von Gewalt eingeschüchtert. Die markgräflichen Amtleute, besonders in den Gegenden, welche den Einfällen der Franzosen am meisten ausgesetzt waren, hatten einen schweren Stand, die Stimmung im Volke wurde mit der wachsenden Erbitterung über die Räubereien der Franzosen immer bedenklicher, die Aufforderungen von österreichischer Seite immer dringender. In einem Dekrete vom 9. Oct. sah der Geh. Rath sich genöthigt, gewisse Fälle, wo bewaffnete Selbsthilfe zum Schutze von Haus und Hof erlaubt sei, zu bestimmen, jede Betheiligung am Landsturme aber auf's neue nachdrücklichst zu verbieten. Auch als der Erzherzog selbst schließlich die allgemeine Volksbewaffnung nach einem umfassenden Plane im ganzen schwäbischen Kreise durchzuführen gedachte und durch den

Major Grafen Harbegg den Markgrafen zum Beitritte direkt einladen ließ, beharrte Karl Friedrich bei seiner ablehnenden Haltung, und es ist in der Folge denn auch dabei verblieben.

Inzwischen hatte sich um die Mitte Nov. die politische Situation der Regierung erheblich verschlimmert; während sie bisher stets ängstlich bemüht war, den Schein der Neutralität zu wahren, hatte Gemmingen, im Widerspruche mit seinen Instruktionen, in Wien die Erklärung abgegeben, der Markgraf sei fest entschlossen, „in dieser Crisis sich an das Haus Oesterreich anzuschließen". Die überraschende Nachricht traf in Karlsruhe, wie das Conferenzprotokoll vom 19. Nov. zeigt, eben in dem Augenblick ein, wo durch Schreiben der Regensburger Gesandtschaft und des Kreisausschreibeamtes die reichsschlußmäßige Verpflichtung zur Theilnahme am Reichskriege auf's neue in Erinnerung gebracht wurde. Selbst Brauer, der noch vor kurzem für Aufrechterhaltung des Separatfriedens plaidirt hatte, meinte nun, es bleibe, da man Gemmingen nicht, ohne den Wiener Hof tödtlich zu beleidigen, desavouiren könne, nichts übrig, als „mit möglichster Officiosität" in's österreichische Lager überzugehen; ihm stimmten die übrigen Mitglieder des Geh. Raths bei. Es muß dem Minister von Edelsheim zum bleibenden Verdienste angerechnet werden, daß er auch jetzt noch seinen Collegen gegenüber die Nothwendigkeit einer sofortigen Entschließung bestritt und nach wie vor an der Hoffnung festhielt, daß die Regierung ihre abwartende neutrale Haltung nicht aufzugeben brauche: man müsse, meinte er, erst zusehen, wie die Dinge in Paris, wo eben Bonaparte durch den Staatsstreich vom 18. Brumaire die Direktorialverfassung vernichtet hatte, sich weiter entwickelten, auch näheren Aufklärungen von Gemmingens Seite entgegensehen; folge man Brauers Rath, so werde die Markgrafschaft bei erneutem Vordringen der Franzosen, die noch immer sich diesseits des Rheins behaupteten, wehrlos der Rache des Feindes preisgegeben. Der Wille des Markgrafen gab den Ausschlag; in Uebereinstimmung, wie es scheint, mit Edelsheims Anschauungen vermochte Karl Friedrich sich zur Annahme eines festen politischen Systems vorerst noch nicht zu entschließen und vertagte, trotzdem seine Geh. Räthe die Verantwortung für alle üblen Folgen ausdrücklich ablehnten, abermals die Entscheidung.

In der That ist eine solche auch im weiteren Verlaufe des Krieges nie erfolgt, ist die Neutralität Badens vom Wiener Hofe auch in der Folge zwar nicht officiell anerkannt, aber mit gewissen Einschränkungen doch respektirt worden. Die Stellung des Quintuplums, des Contingentes für den Reichskrieg, wurde von Oesterreich nicht weiter betrieben, der Augsburger Kreistag, der darüber berieth, vom Markgrafen nicht beschickt. Betreffs der Römermonate hat man einen eigenthümlichen Ausweg gefunden: der Antheil, der Baden traf,

etwa 46000 fl., wurde nach Uebereinkunft mit dem Erzherzoge für die Armirung von Philippsburg überwiesen, worauf dieser, um jede Erwähnung in der Reichsoperationskassenrechnung zu vermeiden und in Frankreich kein Aufsehen zu erregen, dem Markgrafen darüber eine Privatquittung ausstellte[1]. Auch von französischer Seite ist, abgesehen von manchen unvermeidlichen Excessen, wie sie der Krieg mit sich brachte, die Markgrafschaft im großen und ganzen mit Schonung und Rücksicht behandelt worden. Insbesondere in dem Theile des Landes, der vom Sommer ab vorwiegend den Schauplatz des Kampfes gebildet, im badischen Unterlande, ist, wenn man die schamlosen Erpressungen, durch die General Lecourbe sich traurigen Ruhm erworben, abrechnet, keine Klage über Plünderung oder Mißhandlung laut geworden[2]; von allen unumgänglich nothwendigen Requisitionen wurde der Regierung Anzeige erstattet, für alle Lieferungen durch Anweisungen auf die Kriegskasse Zahlung zugesichert. Die Residenz selbst blieb, obgleich das nahe Durlach dreimal im Laufe des Feldzuges von französischen Truppen besetzt wurde[3], aus Achtung vor dem Markgrafen von jedem Besuche verschont.

Drüben in Würtemberg, wo Herzog Friedrich wider den Willen seines Volkes und seiner Minister den Frieden mit Frankreich aufgekündigt und seine Haustruppen mit den Oesterreichern vereinigt hatte, stellte man damals schon bittere Vergleiche an zwischen dem Verhalten des eigenen Herrn und der „feinen und klugen" Neutralitätspolitik des Markgrafen, der „dadurch seinen Verdiensten um das Land die Krone aufgesetzt"[4]. Der Erfolg hat dem Markgrafen Recht gegeben; die schweren Drangsale, die mit Ausschluß von Baden der gesammte schwäbische Kreis während der französischen Invasion des folgenden Jahres auszustehen hatte, haben vollends den Beweis erbracht, wie sehr es dem badischen Lande zum Heile gereichte, daß Karl Friedrich in ernster, entscheidungsvoller Stunde, der staatsmännischen Erfahrung Edelsheims vertrauend, dem einmüthigen Verlangen seiner Geh. Räthe beharrlichen Widerstand geleistet hatte.

---

2. Verhandlungen in Paris. — Wir theilen in diesem Abschnitte die wichtigsten Aktenstücke, die sich auf die politische Thätigkeit Reitzensteins in Paris bis Ende 1799 beziehen, im Zusammenhange mit. Es läßt sich

[1] S. unten Nr. 528.

[2] Im badischen Militäralmanach v. 1861, S. 41 ff., findet sich eine Zusammenstellung der durch die Feldzüge von 1799 und 1800 dem Lande verursachten Kosten, deren Hauptlast auf Rechnung der Oesterreicher zu setzen ist.

[3] Am 28. August, 10. Sept. und 3. November.

[4] Häberlin, Staatsarchiv, J. 1800, Bd. V, S. 74.

denken, daß unter den oben geschilderten Verhältnissen die Stellung des Gesandten eine überaus schwierige war. Würtemberg und Baiern hatten sich der Coalition angeschlossen und ihre Gesandten aus Paris abberufen, Hessen-Darmstadt stand, so hieß es wenigstens, im Begriffe, ihrem Beispiele zu folgen; was Wunder, wenn man auch in Karlsruhe, die Gefahren einer völligen Isolirung nicht verkennend, sich mehrfach mit dem Gedanken trug, die Beziehungen zu Frankreich zu lösen[1]? Aber während man hier unschlüssig zwischen Krieg und Frieden schwankte, hielt Reitzenstein, unbeirrt von allen Wandlungen dieser Politik, an dem einmal für richtig erkannten Ziele fest: auch für den Fall, daß wider Erwarten Preußen der Coalition beitreten sollte, könne, meinte er, die Wahl nicht zweifelhaft sein. So lange das Elsaß französisch sei, bleibe nichts übrig, als sich an die mächtige Nachbarrepublik anzulehnen, an die Baden durch sein Interesse in der Entschädigungsfrage gefesselt, von der es durch seine natürliche, geographische Lage durchaus abhängig sei; von Oesterreich, das am liebsten auch jeden Schein von Macht und Selbständigkeit der weltlichen Reichsfürsten beseitigt sehen würde, habe man nichts zu hoffen, wol aber das schlimmste zu fürchten.

Schon die nächsten Depeschen Edelsheims belehrten jedoch Reitzenstein über die verzweifelte Stimmung, die in Karlsruhe herrschte, seit sich die Situation am Oberrhein abermals zu Gunsten der Kaiserlichen verschoben.

Die Sorge vor feindseligen, gewaltsamen Maßregeln der beiden Kaiserhöfe, die ihre Entrüstung über den eben zur Unzeit bekannt gewordenen geheimen Friedensvertrag von 1796 offen an den Tag legten, beunruhigte die Gemüther, man fürchtete, das Schicksal Piemonts zu erleiden, wo die provisorische Verwaltung durch einen österreichischen Statthalter wol nur den Uebergang zur dauernden Einverleibung bilden sollte; angesichts der Niederlagen, welche die französischen Waffen Schlag auf Schlag in Italien erlitten, schien der schließliche Sieg der Coalition um so weniger zweifelhaft, als die verworrenen Zustände im Innern Frankreichs auch nach dem Staatsstreiche vom 30. Prairial[2] sich nicht besserten, sondern eine Catastrophe voraussehen ließen. Mit trübem Blicke schaute selbst Edelsheim in die Zukunft: „Wie die Dinge liegen“, schreibt er, „können wir uns nicht mehr in der Hoffnung auf irgend welche Entschädigung wiegen, wir müssen froh sein, wenn wir aus dieser schweren Crise hervorgehen, ohne völlig vernichtet und zu Grunde gerichtet

---

[1] Die erste Andeutung darüber findet sich in Edelsheims Schreiben vom 28. Juli; unten Nr. 356.

[2] Ueber die Vorgänge vom 30. Prairial vergl. den Bericht Reitzensteins, der, insofern er auf Angaben eines Ohrenzeugen beruht, von Interesse ist. Unten Nr. 414.

zu werden[1]". Ende August bereitete er den Pariser Gesandten auf eine Schwenkung der badischen Politik nach der österreichischen Seite vor, informirte ihn kurz über die Mission Gemmingens nach Wien und ihren Zweck und ersuchte ihn, für den Fall, daß sie scheitern und der Markgraf zum Bruche mit Frankreich gedrängt werden sollte, rechtzeitig seine Person in Sicherheit zu bringen. Mit bitterem Unmuth nahm der leicht erregbare Mann diese Eröffnungen auf; schon allein die Thatsache, daß ihm der Name des Abgesandten verschwiegen wurde, schien ihm zu beweisen, daß er nicht mehr das Vertrauen seines Hofes besitze. Sein Entschluß war, nachdem der Markgraf, wie er glaubte, unwiderruflich die Partei Oesterreichs ergriffen, gefaßt: er bat um Entlassung und gedachte anderswo Dienste zu suchen. In Karlsruhe war man indeß damit keineswegs einverstanden, noch hielt man den Zeitpunkt für die Abberufung nicht für gekommen. Gemmingen, theilte Edelsheim beruhigend mit, habe bis jetzt in Wien nur höfliche Phrasen vorgebracht, jede bindende Erklärung vermieden; mehr denn je gelte es zwischen zwei Wassern zu schwimmen (de nager entre deux eaux).

Durch dringende Vorstellungen ließ sich Reitzenstein schließlich bewegen, auf seinem Posten bis auf weiteres auszuharren; er sah bei ruhiger Prüfung der Sachlage wol selbst ein, daß seine voreilige Abreise die Lösung der friedlichen Beziehungen nur beschleunigen und dem Lande unermeßliches Verderben bringen würde. Mit sicherem Takte hat er in der Folge alle Schwierigkeiten, die sich aus der Haltung der badischen Regierung ergaben, zu überwinden gewußt und, wo sich je ein Verdacht regte, ihn im Keime erstickt: als Talleyrands Nachfolger, der Schwabe Reinhard, durch die Pariser Blätter von dem Geh. Rathsdekrete vom 9. Oct., dessen wir oben Erwähnung gethan, Nachricht erhielt und Reitzenstein mit Befremden darüber zur Rede stellte, gelang es diesem, wiewol er selbst innerlich den Erlaß als eine verfehlte, unüberlegte Maßregel auf's schärfste verurtheilte, doch, den Minister zu überzeugen, daß es sich nicht um die gefürchtete «levée en masse», noch überhaupt um einen Akt der Feindseligkeit gegen Frankreich, sondern lediglich um erlaubte Nothwehr und Selbsthilfe handle. Im allgemeinen hat die französische Regierung seine Aufgabe, wie zugestanden werden muß, sicherlich nicht zu erschweren getrachtet, sei es, daß sie durch den Wechsel der Dinge im eigenen Lande zu sehr beschäftigt war, sei es, daß sie in gerechter Würdigung der schwierigen Lage, in der sich Baden befand, den Bogen nicht allzu straff spannen wollte.

Der ausgezeichnete Empfang, den der badische Gesandte kurz vor Jahresschluß in der ersten Audienz bei Bonaparte fand, bewies, daß auch die con-

[1] S. unten Nr. 425.

sularische Regierung, in deren starker Hand seit dem 18. Brumaire die Geschicke Frankreichs ruhten, hohen Werth auf die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Baden legte; mochte man auch an der Seine die militärische und politische Machtstellung dieses deutschen Kleinstaates nur gering achten, so begann man doch schon die einflußreichen, glänzenden Allianzen, welche den Töchtern des Zähringer Stammes die Anwartschaft auf die Throne von Baiern, Schweden und Rußland eröffnet hatte, zu schätzen und in den Bereich politischer Combinationen zu ziehen. Während der Erste Consul sich in den schmeichelhaftesten Lobeserhebungen über den Markgrafen und seine kluge, standhafte Neutralitätspolitik erging, rechnete er, wie er deutlich zu verstehen gab, auf seine Verwendung in Stockholm und München, um den König zur Aussöhnung mit Frankreich und den Kurfürsten zur Lossagung von der Coalition zu bewegen. Wenngleich der Wink aus Furcht vor Oesterreich nicht befolgt wurde, so bedeutete doch jene Anerkennung aus dem Munde des allmächtigen Diktators eine Neujahrsbotschaft, wie sie der badische Hof damals tröstlicher nicht wünschen konnte. Die schlimmsten Tage hatte das Land, wie sich bald zeigen sollte, überstanden.

---

3. Bruch mit Rußland und Gemmingens Mission nach Wien. — Wir haben hier auf einen Zwischenfall zurückzugreifen, dessen Folgen für die Richtung der badischen Politik vielfach entscheidend und von uns auch gelegentlich schon gestreift worden sind, dessen Darstellung im Zusammenhange wir jedoch einem eigenen Abschnitte vorbehalten haben. Seit dem Abschlusse des Separatfriedens hatten badischer Seits die wenigen Eingeweihten aus leicht begreiflichen Gründen die geheimen Artikel auf's sorgfältigste vor aller Welt verborgen gehalten; selbst der oberste Verwaltungsbeamte, der Präsident von Gayling, war nicht in's Vertrauen gezogen worden und hatte erst durch eine freilich in gutem Glauben begangene Indiskretion Reitzensteins von ihrem Inhalt Kenntniß erhalten[1]. Bis zum Schlusse des Rastadter Congresses war es auch, während der würtembergische Friedensvertrag längst weitern Kreisen bekannt geworden war, geglückt, das Geheimniß zu wahren.

Da tauchten mit einem Male in der zweiten Hälfte des Juni Abschriften der badischen Artikel an verschiedenen Orten auf; dem Redakteur der Zweibrückener Zeitung wurde eine solche anonym aus Augsburg zum Abdruck zugestellt, zum Glück verhinderte der baierische Gesandte in Paris ihre Veröffentlichung. Ein paar Wochen früher, am 13. Juni, war bereits der österreichische Minister, Baron Thugut, im Stande, dem Grafen L. Cobenzl eine

[1] S. unten die Aktenstücke Nr. 189, 191 und 194.

Copie zur Mittheilung an den Petersburger Hof zu übersenden. Es steht für uns außer Zweifel, daß die Quelle, aus der er geschöpft hat, die bei Rastadt erbeuteten Papiere der französischen Gesandtschaft waren, unter denen sich nach protokollarischer Aussage Rosenstiels als viertes Stück ihrer Instruktion die «Notes et observations sur les traités patents et secrets conclus entre la République et les états d'Empire» befanden[1]. Es dauerte nicht lange, so erschienen Anfangs Juli zum Schrecken der Karlsruher Regierung die geheimen Artikel im Drucke: zuerst brachte, wie es scheint, der „Aufrichtige Bote aus Schwaben" mit allerlei Seitenhieben eine genaue Analyse; dann wurde mit dem würtembergischen Vertrage ihr voller Wortlaut zu Mainz in einer kleinen Broschüre veröffentlicht und durch die Tagespresse weiter verbreitet[2]. Die Annahme liegt nahe, daß das Wiener Cabinet auch hierbei die Hände im Spiele hatte und damit, wie auch jener Augsburger Anonymus andeutete[3], eine Antwort auf die von französischer Seite erfolgte Veröffentlichung des geheimen Friedens von Campo Formio zu ertheilen beabsichtigte, durch die es zugleich die Karlsruher Geh. Räthe bloszustellen und einzuschüchtern hoffte.

Daß der badische Vertrag im Reiche, wo man seine Entstehung nicht kannte, vor allem bei den geistlichen Fürsten, deren Existenz er bedrohte, nicht gerade die schmeichelhafteste Beurtheilung fand, läßt sich begreifen; war diese Kritik auch keineswegs angenehm, so mochte Edelsheim hier sich immerhin mit der alten Erfahrung trösten, daß die Welt den Werth der Dinge gemeiniglich nur nach dem Erfolge zu bemessen pflege[4].

Bedenklich im höchsten Grade aber war die Entrüstung über die geh. Artikel an den beiden Kaiserhöfen. Thugut bezeichnete sie offen als einen beispiellosen Verrath am Reiche, die traurige Frucht des Basler Friedens. Sie übersteigen, schrieb er an Cobenzl, „alle Vorstellung von Hintansetzung aller Rücksichten auf die Erhaltung und Sicherheit des gemeinsamen deutschen Vaterlandes". In Petersburg vor allem war der reizbare, launische Zar auf's äußerste darüber aufgebracht und forderte, daß man die Reichsacht über den Markgrafen verhänge, falls er nicht sofort der verfassungswidrigen Verbindung entsage; damit nicht genug, enthob er ohne weiteres den Erbprinzen und seinen Sohn, Schwiegervater und Schwager des Thronfolgers Alexander, der militärischen Ehrenämter, die sie im russischen Heere bekleideten. Nicht einmal einer amtlichen Mit-

---

[1] Vgl. das Protokoll bei Häberlin, Staatsarchiv, IV, 507 ff.; über die Instruktion und ihre einzelnen Theile: Koechlin, a. a. O., Annales de l'école libre, I, 95 ff.

[2] Vergl. unten Nr. 451.

[3] «Comme supplément des articles secrets de Campo Formio.» Vergl. unten Nr. 448.

[4] S. unten Nr. 451.

theilung wurden, wie es scheint, die Betroffenen gewürdigt; erst durch die Zeitungen mußten sie davon erfahren. Es mögen schlimme Tage gewesen sein, welche die badische Fürstentochter damals im Schooße der kaiserlichen Familie verbrachte; ihre Briefe an die Mutter freilich verrathen nichts davon, lebten doch selbst die nächsten Angehörigen des Zaren in steter Furcht vor seinen tyrannischen Launen, seinem finstern Argwohn.

Inmitten der kritischen Lage des Landes, der Sorgen um die staatliche Existenz traf den greisen Markgrafen dieser neue Schicksalsschlag doppelt schwer. Die nächsten Wochen schon konnten russische Truppen auf dem Wege nach der Schweiz in's Land führen: bei ihrem Durchmarsche durch Baiern hatten die unglücklichen Einwohner jüngst erfahren, was die Ungnade und der Zorn des Zaren bedeutete. Bekümmerten Herzens gedachte der wackere Erbprinz des Schicksals der eigenen Unterthanen: „es ist mir nicht um den grünen Rock zu thun", schrieb er dem Vater, „sondern um unsere armen Landsleute [1]". Es galt in der That, durch schleunige Vorkehrungen die Erbitterung, die an den beiden Kaiserhöfen herrschte, einigermaßen zu beschwichtigen und die Wirkung jener fatalen Veröffentlichung der geheimen Artikel zu paralysiren. Der langjährige Geschäftsträger in Petersburg, Staatsrath von Koch, durfte als russischer Beamter, ohne seine Stellung zu gefährden, keine weiteren Vorstellungen wagen; auch auf die Fürsprache des russischen Gesandten in Regensburg war nicht zu zählen.

Schließlich beschloß man, wozu schon Koch gerathen, von allen ministeriellen Schritten in Petersburg abzusehen, indem man es der Erbprinzessin überließ, sich bei Kaiser Paul und ihrem Schwiegersohne privatim für ihren Gemahl zu verwenden, und zunächst durch eine gründliche Rechtfertigung der badischen Politik seit Beginn der Revolutionskriege den Wiener Hof, dann durch dessen Vermittelung den Zaren zu versöhnen. So entstand in den ersten Augusttagen jene umfangreiche Staatsschrift mit dem schwerfälligen Titel, die wir bereits aus der Einleitung zum zweiten Bande kennen [2]: wir meinen die „Denkschrift zur Rechtfertigung des Markgräflich-badischen Verhaltens gegen Frankreich in Bezug auf dessen Staatsumwälzung und den daraus gefolgten Reichskrieg", welche die Ereignisse bis zum J. 1797 behandelt und mit ihren zahlreichen Aktenbeilagen einen stattlichen Fascikel ausfüllt. Das Werk des Geh. Raths Brauer, der sie mit erstaunlichem Fleiße und unter geschickter Gruppirung aller günstigen Momente verfaßte, wurde sie dem Collegium zur Prüfung vorgelegt, von Geh. Rath Meier mehrfach abgeändert und endlich nach langwierigen Erörterungen Mitte August approbirt.

---

[1] S. unten Nr. 458.

[2] Vergl. Polit. Correspondenz. II, S. XLVI.

Auch die Frage, wer diese Denkschrift in Wien überreichen und die badischen Interessen vertreten sollte, war inzwischen entschieden. Daß der alte Freiherr von Mühl, der dort dem Namen nach die Geschäfte des Markgrafen führte, einer solchen Aufgabe nicht gewachsen war, stand fest; seit zwei Jahren war seine Correspondenz mit Edelsheim, die er früher nur lässig betrieben, völlig in's Stocken gerathen, beschränkte sich dieser sonderbare „Diplomat" im wesentlichen auf die Einsendung der Wiener Extrablätter, die freilich, wie Edelsheim bemerkt, „um so seltener der Mühe eines eigenen Begleitungsberichts lohnen, als deren Inhalt meistens schon früher in allen unseren Reichszeitungen zu finden ist". Sein klägliches Verhalten in jüngster Zeit, wo er seinem eigenen Geständnisse nach es versäumt hatte, die Karlsruher Regierung von der wachsenden Mißstimmung des Wiener Hofes zu benachrichtigen, lieferte vollends den Beweis seiner Unfähigkeit[1].

Statt seiner fiel die Wahl auf den Freiherrn Otto Heinrich von Gemmingen-Hoffenheim, den bekannten Dichter des „Hausvater", dessen literarische Verdienste erst vor kurzem wieder der Vergessenheit entrissen worden sind[2]. Ein Abkömmling jenes alten, weit über Schwaben und Franken verzweigten, stattlich blühenden reichsritterlichen Geschlechtes, das dem Reiche manch' wackeren Staats- und Kriegsmann geschenkt, war er am 5. Nov. 1755 zu Heilbronn, in dessen Nähe die Eltern begütert waren, geboren. In den ersten drei Jahrzehnten seines Lebens sehen wir sein Interesse ausschließlich der Poesie zugewandt; mit 23 Jahren trat er als eifriges Mitglied der kurpfälzischen deutschen Gesellschaft zu Mannheim zum ersten Male mit einer Reihe literarischer Versuche, meist dramaturgischer Arbeiten, an die Oeffentlichkeit; eine kurze Zeit, während der mehrere Schauspiele, darunter sein „Deutscher Hausvater", entstanden, gehörte er der dortigen „Nationalbühne" als Dramaturg an. Die neue Blüthezeit geistigen und künstlerischen Schaffens, die in dem Oesterreich Josephs des Zweiten anzubrechen schien, lockte ihn 1782 nach Wien, wo er sich anfangs mit der Herausgabe verschiedener dem Zwecke der Aufklärung dienender Zeitschriften beschäftigte, später aber immer mehr dem Gebiete der Politik zukehrte. So griff er, wol im Auftrage des Wiener Hofes, in den publicistischen Streit ein, der sich an die Gründung des Fürstenbundes von 1785 knüpfte und schrieb die bekannte Flugschrift: „Ueber die königl. preußische Association zur Erhaltung des Reichssystems". Während der nächsten Jahre hören wir nur wenig von ihm; vermuthlich übernahm er nach dem Tode des

[1] Vergl. Nr. 466.

[2] Vergl. die literarhistorische Studie von Cäsar Fleischlen, O. H. von Gemmingen. Stuttgart 1890.

Vaters (1790) die Verwaltung der Güter. Gegen Schluß des Congresses tauchte er dann in Rastadt auf, wo er sich um Aufhebung des auf den linksrheinischen Familienbesitzungen ruhenden Sequesters bemühte und nach der Catastrophe vom 28. April unbesonnener Weise ohne jedes Mandat seitens der Reichsritterschaft, deren officieller Vertreter sein Vetter Karl Friedr. Reinhard v. G. war, den gesandtschaftlichen Bericht vom 1. Mai unterzeichnete, ein Schritt, der ihm von der Reichsritterschaft und, wenn wir Mühl glauben dürfen, auch vom kaiserlichen Hofe als unbefugte Einmischung übel gedeutet wurde[1]. In Karlsruhe endlich, wo er die folgenden Monate verlebte, eröffnete sich ihm durch die Gunst des Zufalls die erwünschte Aussicht auf Eintritt in die diplomatische Laufbahn. Edelsheim, der im persönlichen Verkehr sein reifes Urtheil und seine vielseitigen Kenntnisse nicht minder als seinen Eifer und Rechtschaffenheit schätzen gelernt, brachte ihn für die Wiener Mission in Vorschlag, und Karl Friedrich ging darauf um so eher ein, als Gemmingens Vergangenheit, seine Dienste für die kaiserliche Sache und persönlichen Beziehungen zu den Wiener Kreisen für eine günstige Aufnahme bürgten, andererseits seine Reise als die eines Privatmannes kein unliebsames Aufsehen zu erregen versprach.

In der Nacht vom 21. August, wenige Tage vor dem Beginn der Regensburger Berathung über den Reichskrieg, trat Gemmingen die Fahrt nach der Kaiserstadt an. Seine Instruktion ist leider nur bruchstückweise, soweit sie sich auf die schon früher erwähnte Abrede mit dem Grafen Görtz bezieht, erhalten: die Abstimmung über das Commissionsdekret vom 12. Juli sollte bis auf weitere Nachricht über den Erfolg der Wiener Negociation ausgesetzt werden[2]. Für Wien erhielt er, wie sich aus andern Aufzeichnungen ergiebt[3], den Auftrag, dem Kaiser das Material zur Rechtfertigung der badischen Politik zu unterbreiten und unter Hinweis auf die Nothlage des Landes sich dahin zu verwenden, daß man auf den officiellen Beitritt zum Reichskriege und damit auf die Stellung des Contingents und Zahlung der Römermonate womöglich verzichtete und andere Maßregeln vereinbarte, die das Gemeinwol förderten, ohne Land und Leute zwecklos auf's Spiel zu setzen.

Es bleibt lebhaft zu bedauern, daß die sog. Hauptberichte, die Gemmingen über den Verlauf der Verhandlungen erstattet hat, sämmtlich fehlen: die lücken-

---

[1] Wenn er auch den Bericht, wie er dem Vetter auf Ehrenwort versichert, bona fide nur als Zeuge des Vorfalls unterzeichnete und der Zusatz: „Bevollmächtigter der drei Ritterkreise" vom Herausgeber herrührte, mußte der Eingang: „Wir unterzeichnete ... Gesandte und Abgeordnete" doch den Glauben erwecken, als habe auch er ein Mandat besessen.

[2] S. unten Nr. 470.

[3] Vergl. unten Nr. 423 u. 468.

haft überlieferte vertrauliche Correspondenz mit Edelsheim bildet hierfür unsere einzige Quelle. Die Aufnahme in Wien scheint Anfangs, was seine Mission anbelangt, eine recht kühle gewesen zu sein. Es galt vor allem, schrittweise das verlorene Vertrauen wieder zu gewinnnen, ehe er ernstliche Vorstellungen wagen durfte: nach Monatsfrist hatte er, während man in Karlsruhe ungeduldig einer Entschließung harrte, einen entscheidenden Schritt noch nicht unternommen. Selbst die „Denkschrift zur Rechtfertigung" hat er auffallender Weise, wenn nicht alles täuscht, nicht übergeben.

Wol aber verräth sich in seinen Berichten immer mehr die bange Sorge, ob der Weg, den ihm die Regierung gewiesen, auch der richtige sei. Mag es seine freie, ehrliche, aus der Lage der Dinge geschöpfte Ueberzeugung gewesen sein, oder mögen ihn alte Sympathieen für Oesterreich beeinflußt haben: Thatsache ist, daß er nach der Eroberung von Mannheim durch den Erzherzog Edelsheim dringend zur Aufkündigung des Separatfriedens rieth. Habe man dies einmal offen erklärt, so sei es leicht, eine Ermäßigung der Kriegsleistungen zu erwirken; geschehe dies aber nicht, so riskire man, daß die siegreiche Coalition im künftigen Frieden die linksrheinischen Besitzungen des Markgrafen als herrenloses Gut behandle: «dans de certaines circonstances le plus mauvais parti est celui de n'en avoir aucun». Aehnliche Erwägungen verleiteten ihn dann im November zu jener seinen Instruktionen zuwiderlaufenden Erklärung, die den Anschluß des Markgrafen an Oesterreich, vorausgesetzt, daß „ohne Noth und ohne verhältnißmäßigen Vortheil keine zwecklosen Aufopferungen" gefordert würden, bestimmt in Aussicht stellte und in der Karlsruher Conferenz vom 19. November, wie wir sahen, nicht geringe Bestürzung erzeugte. Sicherlich, bemerkte er zur Rechtfertigung dieses Schrittes, dürfe man den Franzosen keinen Vorwand bieten, das Land zu ruiniren; aber dieses Ziel komme erst an zweiter Stelle in Betracht, die Hauptsache sei, daß der Markgraf seine Selbständigkeit wahre und nicht in Abhängigkeit von einer Regierung gerathe, die so wenig stabil sei, wie es in Frankreich noch lange der Fall sein werde. So unangenehm auch die Erklärung in Karlsruhe berührte, scheint sie doch in Wien gute Früchte getragen zu haben, ohne weitere, die badische Neutralitätspolitik behindernde Verpflichtungen nach sich zu ziehen: man urtheilte billiger und maßvoller, trug dem Ernst der Lage Rechnung und übte Nachsicht gegen das Land. Damit war hier vorläufig alles gewonnnen, was der Markgraf zu erreichen gewünscht.

Auch von der Newa her wehte ein günstigerer Wind; der Groll des Zaren hatte sich einigermaßen gelegt. Auf Wunsch des russischen Botschafters in Wien, Grafen Rasumowsky, übergab Gemmingen im Herbst 1799, wenn wir nicht irren,

eine Denkschrift, welche die beiden Friedensverträge eingehend erläuterte und rechtfertigte. Eine Rehabilitirung des Erbprinzen unterblieb zwar, immerhin aber darf es schon als ein Zeichen versöhnlicherer Stimmung gelten, daß Kaiser Paul dem badischen Hofe im October die Vermählung der Großfürstin Helene anzeigte. Die gefürchteten Russen haben im August das Oberland kurz berührt[1], von irgend welchen Ausschreitungen jedoch, vor denen man in Karlsruhe zitterte, wissen unsere Akten nichts zu melden.

---

4. Gesandtschaften in Paris und Karlsruhe. — Das verhängnißvolle Bestreben der neuen Machthaber in Frankreich, das Band freundschaftlicher Beziehungen zu Baden fester zu knüpfen und die Politik Karl Friedrichs ihrem Einflusse immer mehr zu unterwerfen, sollte seinen Ausdruck in der beiderseitigen Errichtung stehender Gesandtschaften finden, mit der die Akten dieses Abschnittes sich befassen. Schon am 1. Jan. 1800 kam von Paris die überraschende Nachricht, daß der Erste Consul willens sei, einen Geschäftsträger beim schwäbischen Kreise zu ernennen, der seinen Wohnsitz in Karlsruhe, am Hofe des einzigen Kreisstandes, mit dem man zur Zeit in Frieden lebte, nehmen würde. Als Candidaten für diesen Posten hatte man anfänglich Michel Mathieu auserſehen, einen Bruder des Kriegscommissärs Mathieu Favier, dem wir im zweiten Bande begegnet sind, sowie des bekannteren Diplomaten und Helfershelfers Talleyrands bei dem Quadratmeilenhandel unseligen Angedenkens von 1802, François Jos. Mathieu; an seiner Stelle wurde noch in letzter Stunde, — aus welchen Gründen, wissen wir nicht, ein ehemaliger Artillerieofficier, Nicolas Massias, ernannt. Er hatte erst als Freiwilliger, dann als Genieofficier im J. 1794 unter Dugommier den spanischen Feldzug mitgemacht, war dabei in Gefangenschaft gerathen und hatte nach seiner Auswechslung unter Bonaparte in Italien gefochten[2], bis nach dem Frieden von Campo Formio ein Augenübel ihn zwang, das Schwert mit der Feder zu vertauschen; seither lebte er bis zu seiner Berufung mathematischen und literarischen Studien. „Man wird", urtheilte Reitzenstein, „in Karlsruhe wenig Leute von so zuvorkommendem, bescheidenem und liebenswürdigem Wesen, wenig Franzosen von so vielseitiger,

---

[1] Vergl. unten Nr. 471. — Die ersten Abtheilungen des Corps Korsakow, das durch Böhmen, Baiern und Schwaben seinen Weg nach der Schweiz nahm, trafen am 14. und 15. August bei Schaffhausen ein. Vergl. Miljutin, Gesch. des Krieges Rußlands mit Frankreich i. J. 1799, III, 129.

[2] Nicht in Aegypten, wie Reitzenstein zuerst schrieb. S. Nr. 494. — Die Notizen über sein Leben nach dem Rapport Talleyrands an Bonaparte vom 18. Niv. (Pariser Archiv) und Reitzensteins Bericht vom 15. Febr. Sein Jahresgehalt in Karlsruhe belief sich auf 12000 frcs.

gründlicher Bildung kennen gelernt haben; er hat mit unsern Revolutionsmännern nichts gemein." In der That hat Massias den günstigen Ruf, der ihm vorausging, in jeder Weise gerechtfertigt: während der sieben Jahre, die er am badischen Hofe zugebracht, hat nie ein Mißklang sein persönliches Verhältniß zur Regierung getrübt, hat er sich, sehr im Gegensatze zu seinen Nachfolgern, stets von allen Intriguen fern gehalten und, wie seine Berichte nach Paris lehren, als einen gerechten, wolwollenden Beurtheiler der badischen Verhältnisse bewährt [1].

Am 6. Jan., ehe Reitzenstein eine amtliche Mittheilung empfangen, brachte der Moniteur die Nachricht seiner Ernennung: es läßt sich begreifen, wie peinlich der badische Gesandte es empfand, daß man in diesem Augenblicke, wo jede Kränkung Oesterreichs sorgfältig zu vermeiden war, die Kunde gleichsam in alle Welt hinausposaunte; aber alle Beschwerden kamen zu spät. Auch in Karlsruhe war man von diesem voreiligen, in jeder Hinsicht zwecklosen Schritte wenig erbaut. Mit der Ueberſiedelung in die badische Residenz hatte es indeß vorerst noch gute Wege: solange die Oesterreicher das rechte Rheinufer behaupteten, war daran nicht zu denken. Massias, der sich Mitte März nach Straßburg begeben, sah sich gezwungen, seine unfreiwillige Muße dort mit dem Studium des deutschen Staatsrechts auszufüllen; wiederholte Versuche, von hier oder von Mainz aus nach Karlsruhe zu gelangen, erwiesen sich bei der Stellung der Feinde als vergeblich. Erst nach dem Waffenstillstande von Parsdorf, als die österreichische Besatzung in Philippsburg nicht mehr zu fürchten war, am 3. Aug., traf er in der Residenz zu dauerndem Aufenthalte ein und überreichte Edelsheim sein Creditiv: seine verbindlichen Formen erweckten bei Markgraf und Minister den günstigsten Eindruck, um so mehr als er namens des Ersten Consuls zugleich die tröstliche Versicherung mit sich brachte, daß Baden im Kriege mit aller erdenklichen Rücksicht behandelt und beim Friedensschlusse keine der früheren Versprechungen vergessen werden solle.

Hand in Hand mit der Ernennung von Massias ging die Akkreditirung Reitzensteins bei der consularischen Regierung: Karl Friedrich hatte sich bisher stets dagegen gesträubt, seinen Gesandten in regelrechter Form zu beglaubigen; die Vollmacht für den Separatfrieden bildete nach wie vor aus-

[1] Im J. 1807 wurde er zum Generalconsul in Danzig ernannt, wo er bis zum Zusammenbruche der napoleonischen Herrschaft verblieb, um sich dann in's Privatleben zurückzuziehen und in verstärktem Maße schriftstellerischen Arbeiten hinzugeben. Nach Napoleons Tod hat er eine Studie: Napoléon Bonaparte jugé par lui-même, par ses amis et ses ennemis (Paris, 1823) veröffentlicht. Im J. 1848 ist er hochbetagt als Vierundachtzigjähriger zu Paris verstorben. Ein Verzeichniß s. Schriften in der *Nouvelle biographie universelle*, Bd. 34, S. 190.



schließlich die officielle Grundlage seiner Stellung. Es war vorauszusehen, daß die neuen Machthaber in Frankreich eine solche «anomalie diplomatique» nicht mehr ruhig hinnehmen würden, wie das Direktorium. Schon im Jan. fielen von Seiten Talleyrands nicht mißzuverstehende Andeutungen; Reitzenstein bat in Folge dessen dringend um ein Creditiv, andernfalls bleibe ihm nichts übrig, als Paris zu verlassen. Gleichwol wurden seine wiederholten Vorstellungen nicht beachtet; man mochte sich in Karlsruhe, so lange das Land sich in der Gewalt der Oesterreicher befand, offenbar nicht zu einem Schritte entschließen, der schlecht zu den Erklärungen Gemmingens in Wien stimmte. Erst nach Moreau's Rheinübergang, am 1. Mai, wurde das Schreiben, in welchem Karl Friedrich den Ersten Consul zum Regierungsantritte beglückwünschte und Reitzenstein beglaubigte, unterzeichnet; um in Paris nicht zu verletzen, gab man sich durch Rückdatirung auf den 16. März den Schein, als sei die Absendung nur wegen Mangels an sicherer Communikation verspätet worden, ein Kunstgriff, den der badische Gesandte freilich leicht durchschaute.

Inzwischen war Bonaparte zur Armee nach Italien abgereist; erst nach seiner Rückkehr glückte es Reitzenstein, das Schreiben zu überreichen[1]. Man wird den Bericht über diesen ersten Empfang des diplomatischen Corps, den der mit frischem Lorbeer geschmückte Sieger von Marengo abgehalten, nicht ohne Interesse lesen[2]; sein hochfahrendes Gebahren, die nach Laune bald gnädig-gönnerhafte, bald brüske Behandlung der anwesenden Diplomaten kennzeichnen den künftigen Imperator schon zur Genüge. Es ist dieselbe aller Convenienz Hohn sprechende Anmaßung, die sich in seiner durch ihre Kürze und Formlosigkeit geradezu verletzenden Antwort an den Markgrafen ausspricht, in der er den «Monsieur Charles Frédéric», empfänglich für die erwiesene Aufmerksamkeit, seiner Protektion zu versichern geruhte: selbst ein so vorsichtiger Mann, wie der Geh. Rath Meier, fand diesen neuen Curialstil doch „etwas auffallend“. Es war das erste Wahrzeichen der neuen Aera, der man entgegenging, die erste Kränkung, die der greise Markgraf von dem mächtigen Nachbar erfuhr, in dem Augenblicke, in dem er sich entschloß, all' seinen Wünschen entgegenzukommen.

---

[1] Seine Annahme, als ob Talleyrand aus Uebelwollen absichtlich Schwierigkeiten bereitet habe, trifft schwerlich zu: erst unlängst ist eine Denkschrift Talleyrands vom Juli d. J. bekannt geworden, in der er die alte Rheinbundsidee wieder aufnimmt und dabei auf die Mitwirkung des Markgrafen rechnet, der wol verdiene «que la France s'occupe de lui». Vergl. Cte Boulay de la Meurthe, Corresp. de Talleyrand avec le Premier Consul. Revue d'hist. diplomatique, J. 1892, S. 306.

[2] S. unten Nr. 518.

5. **Der Feldzug des Jahres 1800 und der Friede von Lunéville.** — Wir haben in einem letzten Abschnitte der Schicksale der Markgrafschaft während des ferneren Verlaufes des Krieges zu gedenken. In den ersten Monaten des neuen Jahres blieb die Lage der Dinge am Oberrhein im wesentlichen unverrückt, beide Theile beschränkten sich während der Winterruhe darauf, ihre Streitkräfte zu verstärken und ihre Rüstungen für den künftigen Feldzug, dessen Schauplatz abermals Oberdeutschland werden sollte, zu vollenden. Das Commando über die kaiserlichen Truppen, welche die ausgedehnte Front vom Bodensee bis zum Main besetzt hielten, übernahm nach dem Rücktritte des Erzherzogs ein Ungar, der Baron Kray; ihm hatte Bonaparte in Moreau einen nicht zu verachtenden Gegner gegenübergestellt. Es ist erklärlich, daß unter diesen Verhältnissen, so lange Baden zwischen den beiden feindlichen Heeren eingekeilt war, seine Sorge nach wie vor darauf gerichtet sein mußte, die Neutralität zu wahren, ohne doch darüber mit dem Wiener Hofe in Conflikt zu gerathen. Aufgabe Gemmingens, der auch ferner neben Mühl in Wien verblieb, war es, diese ablehnende Haltung nach Möglichkeit zu entschuldigen und vor allem den Verzicht auf die Stellung des Quintuplums, die neuerdings angeregt wurde, zu erwirken; er konnte dabei auf Hessen-Darmstadt verweisen, das in gleich gefährdeter Lage mit solchen Zumuthungen verschont wurde. Auch die Aufforderung zur Betheiligung am Landsturme, welche im April an die badischen Behörden gerichtet wurde, wies man, wie im Vorjahre, unter Berufung auf die damals geltend gemachten Gegengründe zurück. Wie es scheint, hat man in Wien Nachsicht geübt und es dabei bewenden lassen; der Markgraf aber mochte dessen doppelt froh sein, als wenige Wochen später die Franzosen wieder im Lande standen.

Am 25. April überschritten der linke Flügel und das Centrum der französischen Rheinarmee bei Kehl und Altbreisach den Rhein, während gleichzeitig der rechte Flügel unter Lecourbe sich weiter oberhalb den Uebergang erzwang; durch geschickte Bewegungen den Gegner über seine wahren Absichten täuschend, gewann Moreau in einer Reihe glücklicher Gefechte die Höhen des Schwarzwaldes. Wir können auf den Verlauf des Feldzuges, in welchem der Feldherr die ihm von Bonaparte gestellte Aufgabe auf's glänzendste gelöst, nicht näher eingehen. Mitte Juli, beim Abschlusse des Waffenstillstandes von Parsdorf, befanden sich ganz Schwaben und Baiern bis zum Inn in französischer Gewalt.

Von der Sorge vor Oesterreich war Baden nun befreit; von den Drangsalen und Leiden des Krieges blieb es, abgesehen von den Truppendurchmärschen, unberührt. Man hatte in Paris, wie die Instruktionen für Moreau zeigen, die

Behandlung der einzelnen Reichsstände von ihrem bisherigen politischen Verhalten völlig abhängig gemacht; Baden als eines der «pays amis ou pacifiques» war darin besonderer Schonung empfohlen worden. Der ehrenwerthe Charakter Moreau's, seine persönliche Hochachtung vor dem Markgrafen bürgten für die correkte Ausführung der Ordre. Mehr wie je wurde die strengste Mannszucht aufrecht erhalten, jede Art von Rücksicht geübt. In den kleinen, am Kaiserstuhl und in der Ortenau versprengten badischen Enklaven hatte man beim Rheinübergange, während die österreichischen Nachbarorte unerbittlich geplündert wurden, nicht den mindesten Anlaß zur Klage. Zu einer Zeit, wo das übrige Schwaben unter dem Drucke schwerer, schier unerschwinglicher Contributionen seufzte, wo das unglückliche Würtemberg die Politik des Herzogs mit dem Opfer von 5 Millionen fl büßte und der Breisgau 600 000 fl erlegen mußte, wurde von der Markgrafschaft kein Heller gefordert. Was Wunder, wenn wir hören, daß schon im Mai der Handel mit Straßburg und Basel wieder wie im Frieden in vollem Umfange aufgenommen wurde, daß Furcht und Mißtrauen im Lande allmählich schwand und Massias in den Bädern von Baden=Baden unter hundert Gästen kaum einen Franzosenfeind zählte. Moreau selbst, der Held des Tages, wurde bei seinem ersten Besuche am badischen Hofe — am 17. August — mit allen militärischen Ehren, wie ein kaiserlicher Feldmarschall, empfangen; Fürst und Feldherr schienen von dem Eindrucke, den sie bei der Begegnung empfingen, gleich befriedigt. Mit größter Liebenswürdigkeit kam Moreau allen Wünschen des Markgrafen entgegen: lediglich der Fürsprache Karl Friedrichs hatten die schwäbischen Reichsstände Rottweil, Offenburg und Eßlingen es zu verdanken, daß ihre Contribution gemindert, bezw. die Zahlungsbedingungen gemildert wurden.

Inzwischen mehrten sich auf Grund der Mission des Grafen St. Julien nach Paris die Gerüchte von Friedensverhandlungen mit Oesterreich; sie erhielten sich auch nach dem Scheitern dieses von vornherein nicht ernstgemeinten Versuches, als der Wiener Hof den Waffenstillstand nicht kündigte, sondern unter schweren Opfern, durch Auslieferung der Festungen Philippsburg, Ulm und Ingolstadt, eine Verlängerung desselben erkaufte (20. Sept.).

Es war Reitzensteins erste Sorge, den richtigen Zeitpunkt für die Interessen seines Herrn auszunützen: wenige Tage nach dem Abschluß der Präliminarien vom 28. Juli erbat er sich, offenbar in der Absicht, die Entschädigungsfrage wieder aufzunehmen, aus Karlsruhe allerlei statistisches Material. Allein ehe es dazu kam, warf ein heftiges Nervenfieber ihn auf's Krankenlager, wo er Monate lang mit dem Tode rang; sein Hinscheiden unter den obwaltenden Verhältnissen, wo man sich dem Frieden näherte, hätte für Baden

einen doppelt empfindlichen, schwer ersetzbaren Verlust bedeutet. Als er sich Ende October so weit glücklich erholt hatte, daß er, von dem als Sekretär ihm beigeordneten Assessor Georg Groos unterstützt, den Geschäften mühsam wieder nachgehen konnte, drängten die Dinge, wie es schien, bereits zu rascherem Handeln: die Eröffnung des Friedenscongresses zu Lunéville, zu dem man sich geeinigt, stand unmittelbar bevor; Baiern schickte, von neuem in die Bahnen der französischen Politik einlenkend, seinen alten Vertreter, den Freih. von Cetto, auf den Pariser Posten zurück; auch eine würtembergische Gesandtschaft sollte, wie es hieß, in Bälde eintreffen, um den Vortheil des Landes beim Friedensschlusse zu wahren.

Es galt zuzugreifen, so lange die Position Badens noch die günstigere war. So faßte Reitzenstein vor allem die Erwerbung des Amtes Oberkirch, die er schon zur Zeit des Rastadter Congresses erstrebt, in's Auge; man durfte jetzt darauf um so eher rechnen, als Frankreich, nachdem Herzog Friedrich den Separatfrieden gebrochen, in keiner Weise mehr an dessen Bestimmungen gebunden war. So schwer es auch Karl Friedrich fallen mochte, entschloß er sich doch, seinen Gesandten zu dahin zielenden Schritten zu ermächtigen und unter Berufung auf die zugesicherte „Protektion" dem Ersten Consul persönlich den Gegenstand zu empfehlen. „So lange Bonaparte als absoluter König in Frankreich herrscht, müssen wir auch", schrieb Reitzenstein, „ihn auf jede erdenkliche Weise für die Dauer seiner Herrlichkeit zu gewinnen suchen." Zugleich aber wünschte der Markgraf dringend, die Verhandlungen über eine Abänderung des Vertrages von 1796 durch Entfernung der drückendsten Bestimmungen wieder aufzunehmen. Auf die Vermittelung Preußens, das in dem unverkennbaren Bestreben, seinen Einfluß auf die Regelung der Entschädigungsfrage möglichst zu stärken, sich neuerdings zum Anwalt der „altweltfürstlichen Häuser" aufwarf, setzte man, so sehr sich auch Sandoz' Nachfolger, der Marquis Lucchesini, darum bemühte, kein Vertrauen; überzeugt, daß es an Badens Schicksal doch nur ein nebensächliches Interesse nehme, zog man es vor, seine eigenen Wege zu gehen. Ende Januar 1801 schleppte sich Reitzenstein trotz seines leidenden Zustandes vom Krankenbette in die Audienz, um Bonaparte das Schreiben seines Herrn zu übergeben, ein paar Tage später überreichte er dem Minister das Memoire wegen Oberkirch.

Ehe er indeß an weitere Schritte denken konnte, kam von Lunéville die Nachricht, daß die Friedensverhandlungen, die von Oesterreich seit der entscheidenden Niederlage von Hohenlinden (3. December) und dem Waffenstillstand von Steyer (25. December), auch ohne Theilnahme des verbündeten England, allen Ernstes betrieben worden waren, endlich zu einem Ergebnisse

geführt und am 9. Februar der längst ersehnte Frieden zugleich in des Reiches Namen unterzeichnet worden sei. Ein Curier brachte am 16. Februar die Botschaft nach Karlsruhe, ein Extrablatt der Karlsruher Zeitung vom 19. Febr. theilte sie dem Lande mit. Soweit er das Reich betraf, wurden die beiden wesentlichsten Resultate des Rastadter Congresses, die Abtretung des linken Rheinufers und die Entschädigung der weltlichen Reichsstände für ihre linksrheinischen Verluste durch Säkularisationen, festgehalten. Die Durchführung des Princips im einzelnen, die Feststellung und Vertheilung der Entschädigungsmasse blieb weiteren Vereinbarungen vorbehalten, über die wir im folgenden Bande zu berichten haben werden.

I.

Baden in der Zeit des Rastadter Congresses.

1797—1799.

1. Die Rastadter Vorgänge bis zur Eröffnung der Sitzungen. Oct.—Dec. 1797.

1. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 29. Oct. 1797.

[Ernennung der französischen Bevollmächtigten. Vortheile der Wahl des Congreßortes. Abtretung des linken Rheinufers.]

... Je ne doute pas qu'Elle [sc. V. Exc.] ne soit déjà dans ce moment officiellement instruite, ... que ce sont le Gal. Bonaparte lui-même et les citoyens Treilhard et Bonnier dont le premier est un des hommes les plus marquants et les plus influents de la France, — qui sont nommés pour le Congrès de Rastadt. On m'a assuré qu'on ne doutait point, que Bonaparte ne vînt en personne s'acquitter de cette commission.... Sans doute les réparations indispensables à faire au château ... et les civilités que notre cour sera dans le cas de faire d'un temps à l'autre à Carlsrouhe à cette auguste réunion seront l'objet d'une dépense assez considérable, mais de l'autre côté nous aurons l'avantage, que ces messieurs verront de leurs propres yeux les terribles souffrances et pertes que nous avons essuyées.... En outre il sera tracé autour de Rastadt un rayon, duquel toutes les troupes devront se retirer et l'on vient de me promettre que ce rayon embrassera la plus grande partie du bas et moyen Margraviat, de sorte que ce pauvre pays pourra enfin respirer un peu.

Ce sera donc encore une fois dans notre pays qu'on donnera la paix à l'Allemagne. Quelles en seront les conditions? La cession de la rive gauche du Rhin depuis Germersheim jusqu'à Bingen, y compris Mayence, est d'abord certaine et paraît même avoir été garantie à Udine.

Auch die Abtretung des Landstrichs zwischen Mosel und Rhein, südlich der Mosel, werde wenig Widerstand finden. Kurköln, die preußischen Besitzungen, ein Theil von Jülich verbleiben vielleicht allein auf dem linken Rheinufer beim Reiche.

2. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 31. Oct. 1797.

[Einquartierung der kaiserlichen und französischen Gesandten im Rastadter Schlosse.]

... On commande déjà force quartiers à Rastadt pour les plénipotentiaires du Congrès. Nous supposons, soit dit entre nous, que ceux du Chef de

l'Empire et de la République logeront au château[1]; je crois que dès qu'on aura Vos renseignements sur les personnes qui composeront l'ambassade de la France, on Vous chargera de faire l'offre du même quartier qu'a eu en 1714 le Mar^al de Villars en pareille circonstance, si toutefois le nombre des personnes n'excède pas l'emplacement, parceque Vous Vous souviendrez sans doute qu'une partie de ce bâtiment ne peut pas être offerte présentement encore, ayant servi d'hôpital à l'armée française l'année passée.

Concept.

3. Kaiser Franz II. an Karl Friedrich.

Wien, 3. Nov. 1797.

[Berufung des Congresses nach Rastadt. Hofdekret vom 1. Nov. Landesherrliche Vorbereitungen zur Bequemlichkeit und Sicherheit der Congreßgesandten. Verweisung an Metternich.]

D^r. Lbdn. ist bereits bekannt, daß durch die zwischen Unserm K. K. und dem französischen Bevollmächtigten getroffene Übereinkunft die unter D^r. Lbdn. Landeshoheit stehende, in der Friedens-Geschichte dieses Jahrhunderts schon berühmte Stadt Rastadt zum Orte des künftigen Reichs-Friedens-Congresses ausersehen worden. Auch werden D^r. Lbd^n. aus dem in Unserem Namen unterm 1. dieses Monats an die allgemeine Reichsversammlung ergangenen Hofdekret[2] Unsere Kais. Willensmeinung und Verfügung, daß nunmehr sämmtliche Deputirte Reichsstände zur unverzüglichen Eröffnung des so sehnlich erwarteten Reichs-Friedens-Congresses ihre Abgeordnete binnen des möglichst kürzesten Zeitraumes an gedachten Versammlungsort abschicken mögen[3], ersehen, und durch ihren an Unserm Kais. Hoflager stehenden Bevollmächtigten, welchem Wir alsbald eine Abschrift erwähnten Hof-Dekretes zustellen ließen, insbesondere Unsere weitere Gesinnung, und Reichsoberhauptliche Erwartung vernommen haben, daß dero Abgeordnete sich längstens bis zum 17. dieses Monats daselbst einfinden mögen.

Da Uns nun vermög Unseres Kais. Amtes zustehet und obliegt, Unsere Aufmerksamkeit darauf zu richten, damit [an] mehrerwähntem Versammlungsort sich alles in gehöriger Vorbereitung und Verfaßung zu dem obgedachten wichtigen Endzwecke befinden möge, so gesinnen Wir hiemit vorläufig an D^e. Lbd^n. und tragen denselben gnädigst auf, in ihrer Landesherrlichen Eigenschaft alle nöthige und zweckmässige Vorkehrungen zu treffen, damit daselbst weder an Wohnungen für Unsere und die französische Bevollmächtigte sowohl, als die Reichsständische

[1] Graf Lehrbach hatte darum gebeten (Lehrbach an Edelsheim, Innsbruck, 27. Oct. 1797). Für den Fall, daß die französischen Gesandten die Favorite vorziehen sollten, wurde ihnen dieses Lustschloß als Absteigequartier angeboten.

[2] Abgedruckt in Posselts Europ. Annalen, J. 1797, 4, S. 200 ff.

[3] Nach mündlichen Mittheilungen des K. Concommissärs v. Hügel erwartete man, der Abrede von Campo Formio gemäß, das Eintreffen der Subdelegirten bis spätestens 17. Nov. Bericht v. Görtz, d. d. Regensburg, 6. Nov.

Abgeordnete, weder an hinlänglichen Lebensmitteln in billigen Preisen, noch an andern erforderlichen Einrichtungen und Anordnungen einiger Mangel erscheine.

Wir werden übrigens nicht unterlassen Unsern Kais. Bevollmächtigten noch insbesondere zu instruiren, und anzuweisen, über alles dasjenige, was zur Sicherheit des Congreß-Ortes und zur mehreren Bequemlichkeit und Beförderung des dort vorzunehmenden höchst wichtigen Geschäftes etwa weiter zuträglich und erforderlich sein dürfte, mit D[r.] Lbd[n.] sich einzuvernehmen, und mit denselben die zweckmäßigsten Maßregeln zu verabreden: Verbleiben anbei D[r.] Lbd[n.] ꝛc.

Wien. St.-A. Copie.

4. Vollmacht für die badische Subdelegation[1].

Karlsruhe, 11. Nov. 1797.

Wir Karl Friedrich, von GOTTES Gnaden Markgraf zu Baden und Hochberg, Landgraf zu Sausenberg, Graf zu Sponheim und Eberstein, Herr zu Rötteln, Badenweiler, Lahr, Mahlberg und Kehl ꝛc.

Demnach Wir nebst andern Herren Kurfürsten, Fürsten und Ständen zu den zwischen der Römisch Kaiserlichen Majestät, Unserm allergnädigsten Herrn, und dem heiligen Römischen Reiche eines- sodann Frankreich andern Theils, zur Wiederherbeibringung eines ehrbaren, sichern und allgemeinen Reichsfriedens veranlaßten Traktaten verordnet worden, Wir auch Uns dem Reiche zu Ehren, dazu willfährig erkläret und erboten haben, jemand von Unsern verpflichteten Räthen, so in Unserm Namen, und an Unserer Statt besagten Traktaten mit beiwohne auf den Friedens Congress abzusenden; Als geben Wir denen Edlen, Vesten, Unserm Staats-Minister und wirklichen geheimen Rath, Georg Ludwig, Freiherrn von Edelsheim, und Unserm wirklichen Geheimen Rath Emanuel Meier, Unsern lieben Getreuen, samt und sonders hiermit vollkommene Gewalt, daß dieselben von Unsertwegen bei gedachten Friedens-Traktaten erscheinen und mit und neben andern Bevollmächtigten, nach Vorschrift der ertheilten und Ihnen zugestellten Instruktion, dem herkömmlichen Reichsstyle gemäß traktiren, handeln und schließen helfen sollen, was zur Restitution der bedrängten Reichsstände und Glieder (die unmittelbare Reichs-Ritterschaft mit eingeschlossen) auch recht und billigen Satisfaction, und sonsten auch zu Erlangung und Erzielung eines allgemeinen und beständigen Reichsfriedens und des Reichs Ruhestand und Wohlfahrt gereichen kann.

Was nun diese Unsere Bevollmächtigte also thun und handeln werden, das versprechen Wir in allem genehm zu halten, getreulich und ohne Gefährde[2].

---

[1] Dem Congreßdirektorium am 4. Dec. übergeben.

[2] Als Sekretär begleitete die badischen Subdelegirten der Hofrath Joh. Friedr. Posselt, nicht, wie Kleinschmidt, Karl Friedr. v. Baden, p. 136, angiebt, Dr. Ernst Ludwig Posselt, der Herausgeber der Europäischen Annalen.

Dessen zu wahrer Urkunde haben Wir diese Vollmacht eigenhändig unterschrieben, und Unser Geheimes Insiegel beidrücken lassen. So geschehen, Karlsruhe, den 11. November 1797.

Abschrift.

5. Reitzenstein an Geh. Rath Meier.

[Frankreich gegen jede Verschleppung des Congresses. Revolution als Schreckmittel. Warnung vor Pfalz-Zweibrücken.]

Paris, 11. Nov. 1797.

. . . Nach demjenigen zu schließen, was ich hier bemerkt habe, scheint das Direktorium vorauszusehen, daß bloß die Subdelegati der Reichsdeputation zu den unmittelbaren Conferenzen kommen werden, den Räthen der übrigen Stände aber bloß erlaubt sein wird, ihre Petita an die Delegation gelangen zu lassen und durch diese zu traktiren.

Man hat mir gesagt, eine andere Einrichtung würde zu viel Zeit wegnehmen, und man habe gar keine Lust, den Congreß lange dauern zu lassen, wolle auch selbst für Deutschlands Bestes dieses nicht anrathen, weil sonst leicht durch eine, — selbst gegen die Wünsche des diesseitigen Gouvernement auf dem rechten Rheinufer ausbrechende und überhandnehmende Revolution es soweit kommen dürfte, daß kein Objekt der Unterhandlungen mehr übrig bliebe.

Noch sei es mir erlaubt, gegen S^mi nostri Principis hereditarii Herrn Schwiegersohn[1] zu Mannheim zu warnen. Sein hiesiger würdiger Agent[2] stellt nun, nachdem er die jämmerlichste Chamäleonsrolle gespielt, den schönen Grundsatz auf, weil es jetzt blos aufs Nehmen ankomme, so müsse man suchen, die beträchtlicheren Reichsstände noch stärker und die geringern noch schwächer zu machen. Hiermit will er beweisen, daß der auf dem rechten Ufer gelegene Theil von Speier nicht uns, sondern Pfalz gebühre 2c. . . .

6. Der kurmainzische Minister von Albini[3] an Edelsheim.

Mainz, 11. Nov. 1797.

[Aufrechterhaltung der Ordnung und Schutz des Congresses durch badisches Militär.]

. . . Was die Militärbesatzung in Rastadt zu Erhaltung guter Ordnung betrifft, so glaube ich allerdings, daß solche lediglich des Herrn Markgrafens Durchlaucht zustehe und daß niemand etwas dagegen werde einzuwenden haben, vielmehr jedermann diese Sorge S^r. Durchlaucht verdanken werde. Nur wird nöthig sein, daß Euer Hochwolgeboren durch die Kaiserlichen Commissäre die französische Gesandtschaft davon präveniren lassen. Bei der Krönung zu Frankfurt

[1] Herzog Max Josef von Pfalz-Zweibrücken.

[2] Anton von Cetto, langjähriger Vertreter Pfalz-Zweibrückens, später Baierns in Paris.

[3] Zugleich Vorsitzender der Reichsdeputation. Vergl. über ihn die biograph. Notizen im Rastadter Congreßtaschenbuch für das J. 1799, S. 294 ff.

werden die Frankfurter Truppen von dem Kurfürstl. Collegio eigens in Pflichten genommen. Truppen bei einem Friedenscongreß müssen gleichen Schutz allen Parthien gewähren, die kaiserlichen Commissäre und die Reichsdeputirten sind dieses von den markgräflichen Truppen ohnehin versichert und ich sollte denken, alles, was etwa die Franzosen fordern würden, wäre, daß diese Truppen auch ausdrücklich zu ihrem Schutz angewiesen würden.

---

7. Instruktion Talleyrands für die französische Congreßgesandtschaft. — (Note et observations sur les traités patents et secrets conclus entre la République et les états de l'Empire[1].)

o. D. (21 Brumaire an 6;—11. Nov. 1797.)

[Der würtembergische und der badische Separatfrieden. Baden im Nachtheil wegen mangelnder Ratifikation. Entschädigungsplan.]

Erläuterung der Separatfriedensverträge mit einzelnen Reichsständen zur Orientirung der Gesandtschaft.

Betreffs des würtembergischen Separatfriedens wird bemerkt, die in den geh. Artikeln dem Herzoge zugesicherte Entschädigung sei in Wahrheit zur Zeit noch nur der Preis für anderweitige Verpflichtungen, die der Herzog auf sich genommen habe. Man müsse ihn daher bei den bevorstehenden Veränderungen im Reiche begünstigen, um so mehr als seine Lande seit dem Friedensschlusse vielfach durch französische Truppen gelitten und man ihm als Ersatz dafür weitern Gebietszuwachs in Aussicht gestellt.

Es wird dann der badische Separatfrieden besprochen: le prince [d. h. der Markgraf] serait absolument dans le même cas que le duc de Wurtemberg et mériterait d'être traité de même si ce n'était qu'il a négligé de ratifier jusqu'à présent le traité conclu à Paris en son nom, ce qui le laisse à notre égard dans un état presque hostile ce qui doit faire regarder son traité comme non-avenu[2].

Abschrift.

---

[1] Mit drei weiteren Denkschriften Beilage zu dem Schreiben Talleyrands an die französischen Gesandten, dd. 21 Brumaire au 6. — Anscheinend Aktenstücke aus der französischen Gesandtschaftskanzlei; wie dieselben nach Karlsruhe gelangt, darüber geben die Akten keinen Aufschluß. Eingehend verwerthet werden diese Instruktionen nach den Pariser Originalen zum erstenmale von Koechlin: La politique française au Congrès de Rastadt. Annales de l'école libre des sciences polit. I, 95—108. — Vergl. Hüffer: Der Rastadter Congreß u. die zweite Coalition. I, 196—7; Pallain: Le ministère de Talleyrand sous le Directoire. Paris 1890. S. 165 ff.

[2] Eine weitere Beilage — «Mémoire sur les sécularisations» — weist dem Herzoge von Würtemberg die Ortenau «et quelques villes et prélatures en Souabe» als Entschädigung zu, während Baden trotz der früheren Zusicherungen nur «les terres de Hesse au sud du Mein» zugedacht werden. Die rechtsrheinischen Theile von Speier und Konstanz sollen Baiern zufallen. Zu beachten ist indeß hierbei, daß der französische Entschädigunsplan, der die völlige Abtretung des linken Rheinufers voraussetzt, nur in allgemeinen Umrissen vorgelegt ist; des Schicksals der rechtsrheinischen Theile von Straßburg und Basel, der Klöster Salem und Petershausen, der kleinen Reichsstädte u. a. geschieht keine Erwähnung.



8. Geh. Rath von Wöllwarth an Karl Friedrich.

Augsburg, 11. Nov. 1797.

[Schwäbischer Kreistag zu Augsburg. Der Ulmer Festungsbau und sein Zweck. Graf Fugger und der Landsturm. Hoffnung auf Belebung des schwäbischen Handels.]

Am 10. Nov. ist der schwäbische Kreistag eröffnet worden.

Auf der Durchreise durch Ulm hat Wöllwarth den Festungsbau besichtigt; die Fortifikationen seien trefflich angelegt. Ein Exjesuit aus den österreichischen Niederlanden, jetzt Ingenieurhauptmann, habe die Arbeiten geleitet. Die Kosten, die dem Kreise aus diesem Festungsbau, der ihm statt Nutzen nur Schaden bringe, erwüchsen, seien ungeheuer. Vermuthlich werde Oesterreich nach dem Frieden beantragen, daß Ulm gleich Mainz und Philippsburg zur Reichsfestung erhoben werde; wäre das baierische Tauschprojekt zur Verwirklichung gelangt, so wäre Ulm österreichische Festung geworden. Man glaube, „daß dieses der politische und nicht blos militärische Plan der Bauung und Verbesserung von Ulm gewesen seie".

„Der kaiserl. Gesandte, Graf Fugger, ist auch wieder hier eingetroffen; seinen Vertrauten hat er eingestanden, daß es ihm sehr lieb seie, daß er seinen Liebling, den Landsturm, dem Feinde nicht habe entgegenstellen dürfen; er hat aber abermals mit Organisirung desselben einen ebenso großen Lärmen gemacht, als bei uns in Karlsruhe."

„Hier, wie überall im deutschen Reiche", herrsche lauter Jubel über den lieben Frieden, besonders freue sich der Augsburger Handelsstand darüber, daß Venedig, wie verlaute, Freihafen werden solle, er hoffe auf Erweiterung des Handelsverkehrs. Auf diesem Wege allein könne Schwaben sich allmählich wieder vom Kriegsungemach erholen.

9. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 13. Nov. 1797.

[Dankschreiben an den Kaiser. Schreiben an Erzherzog Karl. Verstärkung der Rastadter Garnison. Abberufung des kaiserlichen Militärs aus der Stadt.]

Mittheilung des kaiserl. Reskripts vom 3. Nov.; der Markgraf wird seinen Dank darüber bezeugen, gleichzeitig aber dem Erzherzoge Karl eröffnen, daß er zur Sicherheit des Congresses einen Theil seiner Haustruppen nach Rastadt beordern werde, und ihm anheimgeben, ob er nicht unter diesen Umständen das noch in der Stadt befindliche k. k. Militär aus der Stadt wegziehen wolle.

10. Graf Fugger an den Minister von Thugut.

Augsburg, 13. Nov. 1797.

[Kreistag zu Augsburg. Klagen über die Kreisverfassung. Streben der kleinern Stände nach Vereinigung mit Oesterreich. Ausbreitung der österreichischen Herrschaft in Schwaben.]

Allgemeine Klagen der Kreisstände über die schwäbische Kreisverfassung; — die Lasten seien zu ungerecht vertheilt, die kleineren Stände werden dadurch erdrückt. Sie vergleichen ihr Loos mit dem der benachbarten österreichischen Stände, das ungleich besser, und äußern ihre Wünsche nach einer Vereinigung mit Oesterreich so lebhaft, daß Fugger Mühe hat, eine öffentliche Debatte darüber zu verhindern, andererseits „um sie nicht zu unterdrücken". Die meisten würden bereitwilligst die Hand bieten, wenn die Umstände es „räthlich oder nöthig" machen sollten, die österreichische Grenze „von Tirol herab längst des Bodensees bis zur Grenzfestung Hohentwiel und von dort längs der Donau bis zum Einflusse des Lech zu erweitern", zumal auch die beiden Hochstifter Konstanz und Augsburg, falls sie, um Würtemberg die Waagschale zu halten, fortbestehen sollten, theils in Reichsstädten, theils in Klosterstiftungen genügend entschädigt werden könnten.

Wien. St.-A.



11. Aus dem Diarium der badischen Subdelegation.

Rastadt, 17. Nov. 1797.

[Ankunft in Rastadt. Quartiere für Bonaparte.]

Quod Deus bene vertat!

Am Freitag Nachmittag,
den 17. November 1797,
sind wir dahier in Rastadt eingetroffen und in dem herrschaftlichen Oberforsthaus als dem uns angewiesenen Quartier abgestiegen[1].

Unmittelbar nach unserer Ankunft besuchte uns General Murat, welcher vom Obergeneral Bonaparte vorausgeschickt worden ist, um für denselben und seine zahlreiche Suite Quartiere zu bestellen. . . . .

12. Subdelegationsdiarium.

[Ankunft der französischen Gesandten.]

18. Nov. 1797.

Abends um 5 Uhr sind die französischen Abgeordneten Treilhard und Bonnier ohne die angekündigte Eskorte, nur in Begleitung ihres Sekretairs hier angekommen und in der Post abgestiegen.

Der Marquis von Montpernis[2] hat sich sogleich zu ihnen begeben, um anzufragen, ob sie heute noch ihre Quartiere im Schloß beziehen, — auch heute noch einen Besuch von uns annehmen wollen. Als letzteres bejahet wurde, habe ich, der Minister von Edelsheim, währenddem ich, der Geh. Rath Meier, am Schreibtisch beschäftiget war, mich zu ihnen verfüget. Die Conversation betraf meistens ihre Quartiere im Schloß, die sie erst morgen beziehen werden, wo sie Tischzeug und eine batterie de cuisine erwarten, so man nicht hat, und Kamine statt Oefen, die sie nicht antreffen[3]. . . . .

13. Geheime Beilage zum Subdelegationsdiarium vom 18. Nov. 1797.

[Enthüllungen über Campo Formio. Gesinnungen des Wiener Hofs gegen Baden. Verhältniß der Reichsstände zu Frankreich.]

Der darmstädtische Minister von Gatzert[4] theilt den badischen Gesandten im engsten Vertrauen mit, daß man in Campo Formio nichts weniger als die Integrität des Reiches

---

[1] Mit diesen Worten beginnt das vorwiegend vom Geh. Rath Meier redigirte „Rastadter Subdelegationsdiarium vom 17. Nov. 1797—9. Mai 1799", ein Folioband mit 30 Aktenbeilagen, dem wir im Folgenden, da es neben den Subdelegationsberichten unsere Hauptquelle für die Rastadter Vorgänge bildet, eine Reihe von Auszügen entlehnen werden.

[2] Badischer Oberhofmarschall.

[3] Vergl. die Klagen der französischen Gesandten: Koechlin, La politique française au Congrès de Rastadt, Annales de l'école libre des sciences politiques. I, 113. — Im Gegensatze hierzu ist Metternich voll Lobes über die Quartiere, «on a fait l'impossible pour le remettre en ordre». Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, Bd. I, 347.

[4] Ueber Chr. H. S. v. Gatzert vergl. Allg. dtsch. Biographie, 8, 413.

festgesetzt habe. Vermuthlich werde der Reichsfriedenscongreß darüber zu entscheiden haben. „Er selbst habe in einer gehabten Audienz dem Kaiser desfalls Vorstellungen gemacht. Allerhöchst dieselben hätten bloß erwidert, man müsse eben fest zusammenhalten, und auf seine Instanz: wer? und mit welchen Mitteln? seie er unbeschieden geblieben." Gewiß sei, daß der Reichsvicekanzler den Abschluß des Friedens erst durch das Wiener Diarium erfahren habe.

Außerdem könne er betheuern, daß Smus am kaiserlichen Hof in der besten Achtung stünden und daß auch Höchstdero Friedensnegociation mit Frankreich gar viel milder als das desfallsige würtembergische Benehmen beurtheilt werde. Er habe seines Orts sich verbunden erachtet, jene so wol verdiente gute Opinion quovis modo zu verstärken und auch zu dem neulichen kaiserl. Schreiben, die hiesige Polizei während des Congresses betreffend[1], glaube er beigetragen zu haben.

Gatzert sondirt, wie Baden zu Frankreich stehe, und giebt zu verstehen, daß auch Darmstadt in Unterhandlung mit der Republik getreten sei und darin, wie andere, „sein Heil suchen müsse".

14. Subdelegationsdiarium.

19. Nov. 1797.

[Vielseitige Anforderungen. Besuch bei den französischen Gesandten.]

.... Wir kommen immer mehr in Versuchung, dem Wunsch ernstlich Raum zu geben, es möchte ein anderer, als ein Smo angehöriger Ort zum Congreßort auserſehen worden sein. Die auf Rastadt gefallene Wahl verursacht einen großen Aufwand, unendlich viele Plackereien und doch kann und wird man bei aller Bereitwilligkeit nicht Jedermann zufrieden stellen.

Diesen Abend haben wir bei denen Herren Treilhard und Bonnier die Aufwartung gemacht. Letzterer sprach nicht ein Wort, auch nicht, wenn er von seinem Collegen gleichsam aufgefordert wurde[2]. Ersterer hingegen war, wie schon gestern, höflich und gesprächig. Die Empfehlung der hiesigen Angelegenheiten beantwortete er verbindlich, jedoch in der äußersten Generalität......

15. Staatsrath Irminger[3] an Edelsheim.

Zürich, 20. Nov. 1797.

[Eventuelle Beschickung des Congresses durch die Schweiz.]

Ich kannte und ehrte Ihr großes Herz und Ihre ausgezeichnetere Verdienste um Ihr Vaterland und um die Menschheit nicht erst seit den frohen Stunden, die ich in der Brodanliegenheit meines Vaterlands das Glück hatte bei Ihnen

[1] S. oben Nr. 3.

[2] Ueber Bonniers abstoßende Haltung herrscht bekanntlich nur eine Stimme. Die jüngsten Mittheilungen Koechlins, Annales de l'école libre etc. I, 113, charakterisiren ihn zur Genüge. Die badische Subdelegation hat denn auch in der Folge fast ausschließlich mit dem gewandteren, zugänglicheren Treilhard verhandelt.

[3] Hans Jakob Irminger, Altlandvogt von Zürich. Er unterzeichnet sich hier als «conser d'état».



zuzubringen, im vollen Vertrauen auf mein mit heiligem Enthusiasmus so innig geliebtes Vaterland, dem auch Euer Excellenz so viel Achtung und Wohlwollen durch mich zusicherten, wage ich eine Bitte, an der mein ganzes Herz hängt, ich beschwöre Sie, theuerster von Edelsheim, bei Ihrem edeln, dem Wol der Menschheit so feurig und thätig gewidmeten Herzen — geben Sie mir, sobald es Ihnen möglich ist, Zeit und Umstände es gestatten, geben Sie mir einen Wink, ob es nöthig, ob es gut seie, wenn die Schweiz die Sicherung ihrer glücklichen Verfassung gegen die Gefahr, die irgend eine Aenderung, — sei's zur Ausdehnung oder Beschränkung ihrer kl[einen] Grenzen directe oder indirecte zu Rastadt suchen würde.

Ein Wort, ein Wink von Ihnen kann zum großen Segen dienen einem Land, das sie schätzt und ehrt. . . . . . .

16. Subdelegationsdiarium.

22. Nov. 1797.

[Ausstellungen Albini's an der badischen Vollmacht. Das kaiserliche Hofdekret vom 1. Nov.]

Es wird über eine Unterredung mit Albini berichtet.

. . . . An der Fassung unserer Specialvollmacht[1], die ich ihm vorläufig eröffnete, desiderirt er, daß außer dem neuen Inserto wegen der Reichsritterschaft auch der Vorbehalt der kaiserlichen Ratifikation inserirt sein sollte. Da mir die neuesten desfallsigen Comitialverhandlungen, auf die er sich bezogen, noch nicht bekannt sind, so habe ich ihm bloß entgegengehalten, daß die in dem Hofdekret vom 1. November ausgedrückten kaiserlichen Desideria eigentlich nur auf die Reichsinstruktion und Reichsvollmacht zu gehen scheinen.

Bei dieser Gelegenheit sagte er mir, man dürfe sich über den so wenig beruhigenden Inhalt dieses Hofdekrets nicht wundern, wenn man wisse, was ihm zuverlässig bekannt seie, nämlich, daß sie (sic!) quoad essentialia schon lange vor dem Udiner Frieden verfaßt gewesen, und dann nur der Congreßort inserirt worden seie.

17. Geh. Rath von Wöllwarth an Karl Friedrich.

Augsburg, 21 Nov. 1796.

[Kreistagsverhandlungen. Reluirung des Quintuplums. Baden lehnt die Bürgschaft für die erforderliche Anleihe ab.]

In der dritten Sitzung der Ordinarideputation ist die Note des Grafen Fugger zur Verlesung gelangt, welche die schleunige Zahlung der Reluitionsgelder fordert[2]. Graf Fugger hat sich nach Stuttgart begeben, um den Herzog zu ersuchen, sich in dieser Sache

---

[1] Oben Nr. 4.

[2] Es handelte sich um die Zahlung der vom letzten Kreistage zur Reluition des Quintuplums dem Wiener Hofe angebotenen Aversalsumme von 700000 fl. Wöllwarth war angewiesen, falls dieser Gegenstand zur Sprache käme, jede Verpflichtung seitens seiner Regierung abzulehnen, da Baden, gleich Würtemberg, an jenem Kreisbeschlusse nicht theilgenommen habe. (Instruktion vom 30. Oct.)



von dem Kreise nicht zu trennen, sondern „seinen Credit bei Aufnahme des erforderlichen Capitals von 700000 fl. auch mit zu interponiren". Aehnliche Andeutungen hat er vor der Abreise gegen Wöllwarth gemacht. Ein paar Tage später stellt der Legationssekretär von Schwind, der interimistisch die Geschäfte führt, dem badischen Gesandten gegenüber officiell das Ansuchen, der Markgraf möge dem Kaiser „ein letztes Opfer bringen" und „höchstdero Credit mit dem des gesammten Kreises . . . vereinigen, damit obige Summe aufgenommen werden könne, indem ohne Beitritt von Baden und Würtemberg . . . . der Kreis keinen Credit habe, diese Summe aufzunehmen". Wöllwarth verweist auf die politische und physische Unmöglichkeit, diesem Ansinnen zu willfahren, allein Schwind läßt die angeführten Gründe nicht gelten: politische Bedenken bestünden jetzt, da der Schluß des Reichsfriedens bevorstehe, nicht mehr, ebensowenig eine physische Unmöglichkeit, da es sich nur um Bürgschaft, nicht um eine wirkliche Zahlung handle. Ueberdies werde Würtemberg seine Zustimmung sicherlich nicht versagen[1].

Wöllwarth ersucht um neue Instruktion.

Die badische Regierung beharrt auch jetzt bei ihrer Weigerung; nur für den Fall, daß Würtemberg sich einigermaßen geneigt zeige, wird Wöllwarth ermächtigt zu erklären, der Markgraf werde sich «pro quanto matriculari» für die Annahme verbürgen. Da Würtemberg indeß mit der Entscheidung zurückhält, endigt am 12. Dec. der Kreisconvent, ohne daß die Angelegenheit ihre Erledigung findet.

18. Geh. Rath Groos[2] an Meier.

Müllheim, 25. Nov. 1797.

[Bonaparte in Basel. Durchreise durch Müllheim.]

Bonaparte ist gestern in Basel angekommen und mit allen Ehren empfangen worden[3].

Wie er nachts um halb 10 Uhr mit der Post hindurch gereiset ist, habe ich es für anständig erachtet, ihm über die Ankunft in unsers gnädigsten Herrn Landen einen Glückswunsch abzustatten. Nachdem ich Gelegenheit genommen, unter anderm zu sagen, que comme il tourne la paix au bonheur de l'humanité, il est à espérer qu'il ne la fera pas aboutir au désavantage de S. A. S. qui vraiment est le prince le plus humain du monde, hat er geäußert, wie richtige Begriffe er von dem preiswürdigsten Charakter Ihrer Hf. D. habe . . .

Wünscht in Rastadt in einem Landhause zu wohnen.

19. Subdelegationsdiarium.

26. Nov. 1797.

[Empfang bei Bonaparte.]

Abends um 8 Uhr machten wir dem Général en Chef Bonaparte die Aufwartung. Er unterhielt sich mit uns eine volle Stunde, und wir haben alle

[1] Entsprechend auch der Bericht Schwinds an den Reichsvicekanzler Fürsten Colloredo, 23. Nov. 1797. Wien. St.-A.

[2] Joh. Em. Groos, Geh. Rath, seit 1777 Oberamtsverweser der Herrschaft Badenweiler, gest. 13. Jan. 1805. Nach den Dienstakten.

[3] Ueber den Basler Aufenthalt vergl. Ochs, Gesch. der Stadt Basel, VIII, 247 ff. — Bei der Tafel toastirte er à la liberté et à la prosperité du canton de Bâle. „Uebrigens aß und redete er wenig und schien sehr ermüdet zu sein, was auch kein Wunder ist." Hugo an Meier, Lörrach, 26. Nov. 1797.

Ursache, mit der Art, wie er uns empfangen, unterhalten und verabschiedet hat, sehr zufrieden zu sein. Er wird morgen einen Generaladjutanten nach Karlsruhe senden, der S^mo^ seinen Respekt bezeugen soll, und er hat sich genau bei uns erkundiget, um welche Stunde sein Abgeordneter dorten eintreffen könne, wo er am wenigsten geniren werde.

20. Landvogt von Blittersdorff[1] an (Meier).

Mahlberg, 28. Nov. 1797.

[Bonaparte's Durchreise durch Friesenheim.]

Ein französischer Aide de camp theilt Bl. mit, Bonaparte habe sich in Friesenheim bei ihm nach dem Markgrafen und seinem Minister eingehend erkundigt und bemerkt, „daß Baden und Würtemberg diejenigen deutschen Fürsten seien, die ihren Versprechungen nachgekommen".

21. Subdelegationsdiarium.

28. Nov. 1797.

[Enthüllungen Bonaparte's über den Frieden von Campo Formio. Entrüstung Albini's. Vorwürfe gegen Lehrbach.]

. . . . . . Bei unserem ersten Besuch hat Bonaparte von freien Stücken Eröffnungen gethan, die wir freilich schon lange befürchtet, aber doch nur geahndet haben. Er hat — ebenso auch Treilhard — hinzugesetzt, daß er damit gar nicht zurückhalten, sondern sie jedem ganz unverblümt hinlegen werde.

Er hat Wort gehalten und dem Herrn von Albini in Absicht auf den Reichsfrieden und die hochberühmte Integrität, sowie insbesondere auch von denen desfallsigen Udiner Vorkommnissen solche Dinge gesagt, wodurch diesem die Augen fürchterlich geöffnet worden sind.

Meine Hoffnung ist nun tief gesunken, und das um so mehr, als ihm der Graf Lehrbach, zu dem er im ersten Herzensdrang mit seiner schönen Entdeckung eilte, der aber als purus putus Austriacus von denen Udiner Verhandlungen keine Notiz haben oder nehmen will, nicht ein Fünkchen Trost, sondern nur den eiskalten Rath gegeben, das Reich müsse eben nun deliberiren, ob es den Krieg fortsetzen könne und wolle, auch stark genug seie, durch die Waffen die französischen Forderungen herabzustimmen. . . . . . . Der Herr von Albini hat im höchsten Unwillen den Vorwurf nicht verhalten können, man habe also viele Monate lang mit ungeheuerem und noch fortdauerndem Aufwand die k. k. Armee ernähren müssen, während dem man in Udine auf Kosten des Reichs unterhandelt und es preisgegeben habe. Er wolle sich lieber selbst in die Festung Mainz werfen, um sie vertheidigen zu helfen, als sie so unverantwortlich hinzugeben[2].

Wer Ohren hat zu hören, der höre; und es dürfte sich nun wol erwahren, daß wir nur ad audiendam sententiam anhero berufen sind. . . . . .

[1] Jos. Wilhelm von Blittersdorff, Landvogt zu Mahlberg. v. Drais, Gesch. der Regierung und Bildung von Baden unter Karl Friedrich, II, 79.

[2] Vergl. Hüffer: Der Rastadter Congreß, I, 17.

22. Geh. Beilage zum Subdelegationsdiarium vom 28. Nov. 1797.

[Unterredung mit Bonaparte. Der Separatfrieden. Wahrung der badischen Interessen durch Frankreich. Warnung vor Preußen und Oesterreich. Zugeständniß der Rheingrenze durch Oesterreich. Beschleunigung der Congreßverhandlungen. Anklage gegen Thugut.]

Wie schon am Schluß des bis gestern Abends fortgesetzten Diarii bemerkt worden ist, haben wir alle Ursache, mit der Aufnahme und der ungemein verbindlichen Unterhaltung des Obergenerals Bonaparte bei unserem ersten Besuch zufrieden zu sein.

Da die ganze Unterredung äußerst interessant war, so glauben wir einen vorläufig geheimen Précis davon unterthänigst vorlegen zu dürfen.

Nach den gewöhnlichen, wechselseitigen Höflichkeiten, wobei jedoch General Bonaparte gleich seine ausnehmende Hochachtung für Smum contestirte, begann derselbe das vertraute Gespräch am Kamin mit der ganz bestimmt bejahenden Einleitung, wir hätten seit ohngefähr 15 Monaten einen abgeschlossenen Frieden mit der französischen République, und das besondere Wolwollen, welches sie gegen den Herrn Markgrafen hegte, habe sie schon vormals bei den Udiner Friedensunterhandlungen vermocht, dessen Interesse in die geheimen Artikel, so viel es vordersamst dorten erforderlich gewesen, mit einzuweben, wozu man jedoch österreichischerseits nicht sehr bereitwillig zu sein geschienen habe.

Die Erfüllung der Zusagen des französischen Gouvernement gegen Smum, sowie gegen den Herrn Herzogen von Würtemberg werde sich aber noch näher und vollständiger bei dem gegenwärtigen Reichsfriedenscongreß ergeben. Er für seinen Theil werde dazu um so eifriger mitwirken, da er sich vollkommen überzeugt halte, daß es das wahre Interesse Frankreichs selbst erfordere, Smum auf alle Weise kräftigst zu unterstützen.

Der Wiener Hof kenne schon diese Gesinnungen des französischen Gouvernement, und wie vergeblich es nun noch sein würde, denselben zu widersprechen.

Wir unterließen nicht mit behöriger Vorsicht zu bemerken, daß man gegen einige harte und mit der Lage und den Verhältnissen Smi ganz unvereinbarlich geschienene Artikel jener berührter Traktate mit der République dringende Vorstellungen und Reklamationen durch den Gesandten in Paris habe machen lassen, auch das Vertrauen in die Großmuth und Billigkeit des Gouvernement setze, daß hierunter Modifikationen eintreten würden, die Smum vollkommen beruhigen könnten; wie weit man aber damit gekommen seie, wüßten wir wirklich dermalen noch nicht, sondern erwarteten täglich näheren Aufschluß darüber.

Hierauf befragte uns Bonaparte über die Gegenstände, die uns eigentlich im geheimen Traktat zugesichert worden, und was unsererseits zu erlangen am meisten gewünscht würde. In unserer sehr bemessenen Beantwortung ließen wir einige weitlose Betrachtungen über die Abtretung des Breisgau an den Herzog von Modena einfließen, worauf Bonaparte erwiderte: So klein auch diese Entschädigung für den Herzog von Modena scheinen möge, so seie sie doch immer

noch ansehnlich für ihn, da ihn gar leicht das Loos hätte treffen können, gar nichts zu bekommen.

Wenn aber auch diese Succession hiernächst dem Erzherzog Ferdinand zufallen werde, so behalte doch der Kaiser und das Erzhaus Österreich keine Befugniß mehr, Truppen dahin zu verlegen, und solche etwan nach Beschaffenheit der Umstände zu verstärken, sondern sobald das mindeste der Art in der Folge sich ergeben sollte, würde Frankreich augenblicklich Einsprache dagegen einwenden und zweckmäßige Gegenanstalten treffen können.

Im übrigen seie man in allem mit dem Kaiser vollkommen einverstanden und was man auch immer von Wien her dem Reich vorpredigen werde, habe man sich wol zu hüten, sich dadurch nicht irre führen zu lassen. Man könne leicht ermessen, daß die Republik nicht so thöricht gewesen sein werde, dem Haus Österreich so große Vortheile auf der Seite von Venedig zuzugestehen, wenn man dafür nicht die Rheingrenze sich ausbedungen hätte. Das Interesse der großen Staaten richte sich am Ende immer nach den geographischen Verhältnissen, und diese bestimmten meistens am richtigsten die wahren Bestandtheile, die dem einen oder dem andern billig zufallen sollten.

Frankreich habe gar kein Interesse, das deutsche Reich und selbst nicht einmal dessen Verfassung zu zertrümmern, vielmehr müsse der Republik daran gelegen sein, daß die mindermächtigen Fürsten nicht von den größeren verschlungen und aufgerieben werden.

Oesterreich und Preußen wären desfalls gleich gefährlich für alle deutschen Reichsstände; Frankreich hingegen seie und müsse ihr natürlicher Schutzgeist und Advokat um seines eigenen Interesses willen sein. Dazu werde es auch künftig um so mehr sich in dem Stand befinden, da die festen Punkte am Rheinufer, nämlich Mainz und Kehl bei jedem ungleichen Unternehmen jener Mächte eine hinlängliche französische Armee den bedrängten Reichsständen augenblicklich zur Hülfe eilen machen könnten und würden.

Die dermalige kaiserliche Aufforderung an die Reichsdeputation, fest an die Grundsätze der Integrität zu halten, seie eine wahre Comödie, denn man seie vorbesagtermaßen über die Abtretung des linken Rheinufers und die daraus nothwendig fließenden Folgen wechselseitig übereingekommen; und da man französischerseits keineswegs gesonnen seie, sich in eine langwährige Reichsfriedensunterhandlung, wie zur Zeit des westfälischen Friedens, einzulassen, so werde man, wenn die Sachen nicht den gehörigen Fortgang gewinnen sollten, eine peremtorische Zeit bestimmen, in welcher sich das Reich kategorisch werde erklären müssen, widrigenfalls der Waffenstillstand mit dem Reich gebrochen und die Feindseligkeiten mit demselben alsbald wiederum angehen würden.

Die Verlängerung des Aufenthalts der französischen Truppen diesseits Rheins seie ohnehin in jedem Betracht beschwerlich und nachtheilig für das deutsche Reich. Bei alle dem Elend, das der gemeine Mann vor und um sich sehe, habe doch

der Gedanke von Freiheit und Gleichheit, den er von jenen immer rühmen höre, etwas Reizendes und Anziehendes für ihn, das ihn nach und nach gegen seine bisherige Verfassung ganz umstimme.

Als Bonaparte im Verlauf dieser langen Unterredung gelegenheitlich auf Thugut zu sprechen kam, äußerte er: er sei ein sehr feiner und gescheuter Kopf, der aber einen schlechten Charakter besitze. Während dessen Gesandtschaft in Konstantinopel habe er sich von Frankreich theuer bestechen lassen, um alle Plane und Aufträge des Fürsten Kauniß zu vereiteln und scheitern zu machen[1].

Er, Bonaparte, habe über 200 Briefe und Beweise davon in Handen, die er in Udine habe zum Protokoll geben wollen, und wenn der Friedensschluß von jenem hätte rückgängig gemacht werden wollen, durch ein öffentlich gedrucktes Manifest dem Publikum ohnfehlbar mitgetheilt haben würde, um der ganzen Welt zu zeigen, wer das Unglück der Menschheit verlängere. . . . . .

23. Subdelegationsdiarium.

29. November 1797.

[Oesterreichische Besatzung. Badische Gegenvorstellungen. Gegenbesuch Bonaparte's.]

. . . . . Wir haben sicher vernommen, es sei die Rede davon, daß der hiesige Ort zur Sicherheit und zum Anstand mit Truppen nicht genug besetzt sei, und daß man daher noch kaiserliche Truppen anhero verlegen und sich darüber mit Gen. Bonaparte concertiren werde. Daraus würde nun eine Menge von Beschwerlichkeiten und Unannehmlichkeiten entstehen. Wir werden dahero dieses Vorhaben, das sich von den Grafen Merveldt und Cobenzl herschreiben soll, möglichst zu hintertreiben suchen, da zumalen der bisherigen Anstalt weder Mangel der Sicherheit, noch des Anstands vorzuwerfen ist. . . . . Vorläufig hat auf unser Ersuchen der Hofmarschall von Montpernis den französischen General Berthier prävenirt und ihm den Wunsch empfohlen, der lästigen Ehre der fremden Besatzung überhoben zu bleiben. Mittags gegen 2 Uhr kam General Bonaparte, in seinem militärischen Ornat und mit seinen Adjutanten im Staat umgeben, zu Fuß in unser Quartier, um mir, dem Minister von Edelsheim, einen unvorhergesagten freundschaftlichen Besuch abzustatten, — den ersten, den er außerhalb dem Schloß abgelegt hat. Zu den übrigen Deputationsabgeordneten schickt er, soviel wir erfahren, zur Gegenvisite einen seiner Adjutanten.

24. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 29. November 1797.

[Brüskes Auftreten Junots in Karlsruhe. Verspätete Ankunft der kaiserlichen Gesandten. Bonaparte ungehalten. Geschenke.]

V. A. S. aura déjà appris par Mr. de Stetten[2] que le mécontentement fort déplacé de l'aide de camp du général B(onaparte) n'a eu aucune

[1] Das Nähere hierüber bei Sorel: L'Autriche et le Comité de Salut Public. Revue historique, 17, 38 ff. Daß Thugut eine zweideutige Rolle gespielt, steht fest; allem Anschein nach ist aber nicht Oesterreich, sondern vielmehr Frankreich der betrogene Theil gewesen.

[2] Eberhard Ludwig Max von Stetten, badischer Major.

suite désagréable et qu'il a été au contraire fort désapprouvé par son chef de n'avoir pas accepté la gracieuse invitation de Votre Altesse pour le diner[1].

Je n'ai plus été à temps (sic!) hier d'avertir de l'arrivée du général Cte Merveldt qui aura eu l'honneur de Vous faire sa cour, Monseigneur. Le Cte de Lehrbach se propose d'en faire autant aux premiers jours. Hier au soir le Cte Cobenzl est arrivé et le Cte Metternich est attendu dans 3 ou 4 jours, ce qui a porté le général B(onaparte) à nous dire hier tout haut, pleine assemblée, «qu'il fallait convenir que Messieurs les ministres autrichiens ou impériaux observaient bien dans toutes les circonstances leur prérogative d'arriver toujours les derniers, mais que cela était bien peu honnête et séant, lorsqu'on s'était réciproquement fixé un rendez-vous; qu'aussi s'en était-il peu fallu que lui ne fût reparti au bout de quelques jours pour se rendre à Paris en laissant toute la besogne à ses collègues, qui en avaient suffisamment les pleinpouvoirs[2]».

Le général B(onaparte) a accepté avec bien des remerciments le cadeau de 4 chevaux qu'il trouve infiniment à son gré, mais je crois qu'il y comprendra aussi la berline. En tout cas ce sera un sacrifice plus utile que bien d'autres dépenses souvent inévitables par des circonstances accessoires, mais néanmoins très futiles.

J'ai fait également une offre convenable à Treilhard et Bonnier de notre équipage toutes les fois qu'ils le jugeraient à propos. Le premier m'a répondu avec beaucoup de politesse qu'ils l'accepteraient jusqu'à temps que leurs arrangements à cet égard fussent faits. . . . .

---

25. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 29. Nov. 1797, Abends.

[Bonaparte's Besuch in Karlsruhe steht bevor. Tadel gegen Junot. Zuvorkommenheit gegen die badischen Delegirten. Schicksal von Mainz.]

Je viens d'apprendre du général en chef Bonaparte lui-même qu'il se propose d'envoyer derechef demain un chef de brigade à V. A. S. tant pour La remercier et Lui témoigner sa plus sensible reconnaissance de l'attention qu'Elle avait bien voulu lui marquer par la voiture et les chevaux dont il profiterait en attendant que tout son équipage soit entièrement arrangé que pour Vous demander, Monseigneur, quel jour il pourrait avoir l'honneur de rendre ses devoirs à Votre Altesse. Je l'ai assuré qu'Elle serait certainement enchantée de le voir tel jour qui pourrait lui convenir

[1] Der Adjutant Oberst Junot hatte sich im Auftrage Bonaparte's am 27. Nov. zur Begrüßung des Markgrafen nach Karlsruhe begeben. Ueber sein taktloses Verhalten daselbst vergl. „Nationalzeitung der Teutschen", J. 1798, S. 139.

[2] Vergl. Hüffer, I, 6.

le mieux et que je le prierai seulement de me prévenir de celui qu'il voudrait fixer, pour que je puisse en informer à temps V. A. S., mais il a insisté qu'il attendrait cette détermination de Sa part. A cette occasion le général Bonaparte m'a témoigné qu'il avait fortement désapprouvé la conduite de l'aide de camp Junot qu'il avait envoyé l'autre jour à Carlsrouhe, qu'il avait bien du regret de l'avoir employé à cette commission et de sa gaucherie de n'avoir pas accepté l'honneur que V. A. S. lui avait fait de l'inviter à sa table; qu'aussi il avait choisi un autre chef de brigade, nommé Marmont, — si j'ai bien entendu — pour demain qui se conduirait plus sagement. . . . . .

Quand le général Bonaparte viendra à Carlsrouhe, je ferai mon possible pour en être prévenu à temps, afin de m'y rendre avant lui et de prévenir V. A. S. de tout ce qu'Elle sera bien aise de savoir à son égard avant de le voir et de faire sa connaissance. Les attentions recherchées qu'il a pour Votre Altesse et l'accueil très distingué, Monseigneur, qu'il fait ici à Vos députés frappe singulièrement tous nos collègues qui en trouvent cependant en partie le motif dans la circonstance du local et du logement au château, mais les puristes croient y apercevoir une prédilection marquée, que sa visite de ce matin et les politesses particulières qu'il s'est empressé de me témoigner hier en présence de tous les autres membres de notre députation de l'Empire leur paraît confirmer indubitablement, et vu les circonstances on trouve que nous aurions grand tort de ne pas profiter autant que possible de ces heureuses dispositions[1]. Faudra voir à quoi cela pourra mener dans la suite. Quant à M^r^ d'Albini on a voulu m'assurer que Bonaparte lui avait demandé dans sa visite de ce matin: «où l'Electeur prendrait sa résidence, après qu'il aurait perdu Mayence». On n'accusera du moins pas ce général de n'être pas bien clair et précis dans son langage. . . . . .

Le Cte Cobenzl m'a comblé de politesse et d'honnêteté ce matin, mais il ne faut pas s'y trop fier, — tant s'en faut; toutefois il m'a marqué

[1] Weniger verbindlich scheint Bonaparte die badischen Officiere in Rastadt begrüßt zu haben. Der Frankfurter Legationsrath v. Hoffmann berichtet wenigstens darüber an den Reichsschultheiß Spinner in Zell a. H.: „Ein andrer Besuch, den Bonaparte empfing, war der von den Officieren der hiesigen Besatzung, er unterhielt sie von der wenigen Bedeutsamkeit des badischen Wehrstandes in der militärischen Welt. Ueberhaupt hätte er den Congreß lieber in Frankfurt als in Rastadt gehabt.“ Bericht vom 14. März 1799. Die gleiche Quelle bemerkt über den Empfang der reichsstädtischen Vertreter: „Am gefälligsten bewies er sich gegen die reichsstädtischen Subdelegirten, denen er mit den Worten entgegenkam: er freue sich Bevollmächtigte der Reichsstädte bei sich zu sehen; diese hätten noch eine Art von Freiheit erhalten und könnten sich daher des besonderen Schutzes der Republik Frankreich versichert halten. Er werde ihnen dieses bei jeder Gelegenheit zu erproben suchen. Bericht vom 12. März 1799. Vergl. Van Dijk, Précis des négociations du Congrès de Rastadt, 26.



beaucoup d'empressement de venir faire sa cour à Votre Altesse et l'intention d'exécuter bientôt ce projet — ainsi que le Cte Lehrbach.

26. Joh. Seb. Clais[1] an Meier.

Winterthur, 29. Nov. 1797.

[Enthüllungen Marandets über die Umtriebe der badischen Jakobiner in Basel. Vereitelung der letzteren durch Barthélemy.]

...Ich wurde von meiner Baselreise durch einen besonderen Besuch abgehalten, nämlich Mr. Marandet, der Geheimschreiber des unglücklichen Barthélemy[2], hat sich zu mir in Sicherheit begeben, und von ihm habe ich viel wichtige Sachen erfahren, besonders auch von dem badischen Jakobinerklub, wo Jägerschmidt[3] 2c., die erste Rolle spielten, und wie Barthélemy solcher ein Ende in Basel gemacht habe, just in dem Augenblick, wo diese Leute von der französischen Regierung unterstützt sollten werden. . . .

27. Subdelegationsdiarium.

30. Nov. 1797.

[Vertretung Fürstenbergischer Ansprüche auf Vorderösterreich. Angebot eines Gebietstausches. Rangstreit mit Darmstadt.]

...... Ein fürstenbergischer Abgeordneter in der Person des Hofraths und Obervogts Merlet ist besonders an uns angewiesen. ..... Er hat mir, dem Geh. Rath Meier, ein Regierungs- und ein Privatschreiben mitgebracht.

Im letzteren werde ich aufgefordert, bei einer etwaigen Vertauschung der vorderösterreichischen Lande nicht nur auf die Jurisdiktions- und Grenzdifferenzien zwischen Oesterreich und Fürstenberg, sondern auch auf die fürstenbergische Ansprache an einen beträchtlichen Theil der Landvogtei Schwaben von wegen der Reichsgrafschaft Heiligenberg aufmerksam zu sein und, so bald ich es dienlich erachte, die Absendung eines weiteren dortseitigen Abgeordneten zu veranlassen[4]. Es wird beigefügt: „Fürstenberg könnte auch dem Hause Baden Convenienzien machen". So allgemein vertraut ist man schon mit dem Gedanken von Ländertauschen, Zerreißungen und dergleichen. .....

[1] Aus Hausen gebürtig, damals kurbairischer Salinencommissär zu Berchtesgaden. Vergl. G. Ziegler, Joh. Seb. Claiß, Winterthur 1887.

[2] In Folge des Staatsstreiches vom 18. Fructidor war Barthélemy bekanntlich nach Cayenne deportirt worden.

[3] Ueber Jägerschmidt vergl. Polit. Corresp., Bd. II, 376, sowie Obser, Der Marquis von Poterat und die revolutionäre Propaganda am Oberrhein. Ztschft. f. Gesch. des Oberrheins, N. F. Bd. VI.

[4] In ähnlicher Weise haben sehr viele kleinere Reichsstände die Fürsprache Badens wegen Entschädigung für ihre linksrheinischen Verluste nachgesucht, unter ihnen die Fürsten von Leiningen, Hohenlohe-Bartenstein, Salm-Salm, Nassau-Usingen, die Bischöfe von Basel und Lüttich, der Deutschorden, die Reichsstadt Wetzlar u. a. Die Antwort war meist in allgemeinen Ausdrücken: „wenn thunlich", „soweit es die Umstände erstatten" 2c. gehalten.

Heute Abend hat mir, dem Ministre von Edelsheim, der H. Darmstädtische Abgeordnete Geh. Rath von Gatzert bei einer zufälligen Zusammenkunft zu erkennen gegeben, es verstehe sich von selbst, daß auch hier beim Deputationsconseß die badische und darmstädtische Subdelegati im Sitzen und Stimmen alterniren. Weil aber der badischen Subdelegaten zwei seien, also zwei Stühle erforderten, so würde daraus entstehen, daß er im Turno, wo er unten sitze, nun zwei Stühle hinunterrücken müßte, welches ihm nicht zuzumuthen seie.

Gatzert fordert, daß er in dem Falle „zwischen den beiden Badischen sitze", oder, da Edelsheim dies ablehnt, daß ihm wenigstens stets zwei Stühle gesetzt würden[1].

28. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 1. Dec. 1797, Abends.

[Abreise Bonaparte's. Abschied von Edelsheim. Charakteristik von Bonnier und Treilhard.]

Nous vivons dans une époque où d'un moment à l'autre il arrive des choses inattendues. Le général Bonaparte qui hier encore avait fait venir 12 chevaux de Strasbourg pour augmenter sa réprésentation ici, qui comptait positivement venir au premier jour faire sa cour à V. A. S. à Carlsrouhe, part demain matin pour se rendre en hâte à Paris. Le motif de ce voyage inattendu et précipité est encore un secret......... En prenant congé de lui ce soir il m'a assuré qu'il reviendrait aussi vite qu'il partait, mais qu'il n'en avait pas moins beaucoup de regrets de n'avoir pas pu réaliser dès à présent son désir de Vous présenter ses hommages, Monseigneur, qu'il se réservait de s'en dédommager à son retour avec la permission de Votre Altesse, qu'en attendant il était bien sensible et reconnaissant à toutes les marques de bontés dont on avait comblé l'aide de camp qu'il avait envoyé hier à Carlsrouhe. Il m'a expressément chargé d'être son interprète à l'égard de tout ceci près de V. A. S....... Nous allons donc avoir à faire aux citoyens Treilhard et Bonnier, ministres plénipotentiaires de la République avec lesquels je commence à être maintenant aussi sur un assez bon pied, quoique cela ne soit pas fort aisé avec le dernier. L'autre au contraire est d'un commerce aisé, aimable et infiniment poli. Dans un tête-à-tête que nous avons eu au coin de sa cheminée ces jours-ci il m'a demandé précisément de lui dire naturellement, d'où venait que V. A. n'eût pas ratifié son traité de paix avec la République. Il m'a paru tout-à-fait satisfait des motifs et des éclaircissements que je lui ai présentés à ce sujet......

P. S. Le général Bonaparte vient de partir à minuit précis.

[1] Bei letzterem Ausgleich ist es geblieben: der darmstädtische Gesandte erhielt hinfort zwei Stühle. Die badische Gesandtschaft hat diese Ceremonielfrage von vornherein verständig beurtheilt. „Wir begreifen kaum, wie man bei den traurigen Aussichten, unter welchen der Congreß eröffnet wird, an Förmlichkeiten, die nicht die Ordnung des Geschäftsgangs nothwendig erfordert, nur denken mag". Bericht vom 1. Dec.



29. Denkschrift des Hofraths Stößer[1].

Karlsruhe, 2. Dec. 1797.

[Sicherung der weiblichen Erbfolge in den Reichslehen nach Aussterben des badischen Mannsstammes. Sponheimer Pfandschaften.]

Die aus Anlaß des baiernschen Erbfolgekrieges nach einer von dem sel. Hrn. Minister von Edelsheim erhaltenen Weisung, von mir aus den Reichsacten gesammelten Nachrichten von den Zusicherungen, welche Kaiser und Reich dem fürstl. Haus Baden wegen einer billigen Entschädigung vor die von diesem fürstl. Hause in den vergangenen mehreren Reichskriegen mit Frankreich erlittenen so großen Schäden — wiederholter gegeben haben, — schickte ich von Ansbach aus unterthänigst ein.

Vormals wollte man bei dem Teschener Friedenscongreß davon Gebrauch machen, weil durch den Abgang des baiernschen Mannsstammes manche Reichslehen heimgefallen waren und heimgefallene Reichslehen zu Entschädigungen vor Reichsstände gebraucht zu werden pflegen, aber höhere Winke ratheten, es auf andere Zeiten zu verschieben, weil diese Reichslehen vor Kurpfalz als Erben von den übrigen baiernschen Staaten bestimmt seien.

Nun gehet mir der Gedanke bei, ob nicht gedachte von Kaiser und Reich so oft wiederholte Zusicherungen auch dahin benutzt werden könnten, dem badischen Weibsstamm die dereinstige Erbfolge in die Reichslehen nach Abgang des Mannsstammes zu versichern". . . . . . .

Zur Begründung führt Stößer an, daß Markgraf Bernhard i. J. 1403 von König Ruprecht ein solches Privileg sub titulo oneroso für seine Töchter erhalten habe[2]; da ihm jedoch nachmals noch ein Sohn, Jakob, geboren worden, so konnte davon kein Gebrauch gemacht werden. Daß man übrigens der Ansicht gewesen, daß dieses Privileg nicht lediglich für die Töchter des Markgrafen Bernhard, sondern allgemein für die Töchter des letzten vom Mannesstamme Geltung habe, gehe aus den Testamenten der Markgrafen Jakob und Christoph von 1453 und 1515 hervor, worin die Erbfolge der Prinzessinnen nach Abgang des Mannsstammes nicht auf die Allodialgüter beschränkt sei[3]. —

. . . . . . Sollte eine solche Auslegung dieses Privilegs mit Beibehaltung der in folgenden Zeiten bei dem Mannsstamme eingeführten Primogenitur bei dem jetzigen Friedenscongreß erlangt werden können, so könnte nach dem dereinstigen Abgang des badischen Mannsstammes die Markgrafschaft nach wie vor bleiben, und die vor die dereinstigen Allodialerben so gefährliche Frage: Was ist Reichslehen? Was ist Reichsallod? würde von selbst hinwegfallen.

Sollte aber, wie zu hoffen und zu wünschen ist, dieser Fall niemals eintreten, so würde doch ein solches praerogatum immer ehrenvoll und den Prinzessinnen des fürstlichen Hauses in mancher Rücksicht vortheilhaft sein.

---

[1] Ueber den Hofrath Phil. Rudolf Stößer, der sich später bei der Organisation der neuerworbenen Lande namhaft ausgezeichnet, vergl. v. Weech, Bad. Biographien, II, 325.

[2] Schöpflin, Hist. Zaringo-Badensis, VI, 6.

[3] Schöpflin, VI, 271 ff.

Es scheint, daß es wol möglich sein dürfte, dermalen diesen großen Zweck zu erreichen, da dermalen durch eine solche Bewilligung niemanden ein Schaden zuwächst, somit niemand ein Widerspruchsrecht hat, der Fall auch, auf welchen sich vorgesehen werden will, sehr entfernt ist. — Ich halte vor Pflicht, anbei noch ferner unterthänigst zu bemerken, daß, falls etwa nach der gemeinen, vielleicht voreiligen Sage die badischen Sponheimischen Lande tauschweise an andere Besitzer kommen sollten, die so bedeutenden Sponheimischen Pfandschaften, welche großentheils auf ganz klaren Rechten beruhen und an Land und Leuten sehr bedeutend sind, doch auch mit in Anschlag werden gebracht werden[1].

30. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 5. Dec. 1797.

[Besuch Cobenzls in Karlsruhe. Vertrauliche Eröffnungen.]

Comme Mr le major de Stetten est chargé de la part du Cte de Cobenzl de l'annoncer pour demain[2], je crois devoir prévenir V. A. S., que, quoique je me sois proposé de parler confidemment et avec la circonspection nécessaire de nos affaires, je n'ai pas encore pu en trouver l'occasion, ainsi qu'il ne sera pas nécessaire de toucher encore cette corde avec lui à Carlsrouhe. Il est trop discret pour entamer cette matière de lui-même, mais en tout cas je crois que V. A. S. pourrait se borner à lui recommander Ses intérêts, en lui demandant de me permettre de m'ouvrir à cet égard plus particulièrement envers lui, conformément à la confiance sans bornes qu'Elle osait prendre dans les sentiments de bienveillance et de la haute protection dont S. M. I. L'avait si souvent fait assurer.

31. Subdelegationsdiarium.

7. Dec. 1797.

[Note wegen Mahlberg. Unthätigkeit des Congresses. Allgemeine Charakteristik.]

Wir wissen vorläufig, daß unsere gestern übergebene Note wegen Erleichterung der Herrschaft Mahlberg[3] rc. von den französischen Ministres Treilhard und Bonnier gut aufgenommen und unsere Bitte billig befunden worden ist. Aber die Remedur wird nicht schnell erfolgen, weil unsere Note vorerst nach Paris geschickt wird. . . .

Es ist Abend, und der Tag hat sich genau geendet, wie schon viele. Heute sind seit unserem Hiersein 3 Wochen verstrichen und fast ebensolang sind die

[1] Die Denkschrift wurde am 7. Dec. der Subdelegation zur gutachtlichen Rückäußerung vorgelegt, scheint aber keine Beachtung gefunden zu haben, wie denn die Ziele, die sie verfolgte, den Rastadter Verhandlungen zu fern lagen.

[2] Ueber den Empfang des Grafen Metternich in Karlsruhe, der am 10. Dec. stattfand, vergl. das Schreiben seines Sohnes vom 11. Dec. Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, I, 351.

[3] Es handelte sich um Einquartierungs- und Verpflegungslasten. Das Oberamt war schwer heimgesucht, dreizehn Orte mit starker Einquartierung belegt, die Gemeindekassen alle erschöpft.

Einberufenen hier versammelt. Alle Welt hat die Augen auf die Verrichtungen des Congresses gerichtet, und viele Tausende, die noch forthin unter den Kriegsbedrängnissen seufzen, sehnen sich nach Hülfe, die daher kommen solle. Aber sie ist noch nicht erschienen. Unthätig ist man nicht. Es ist des Umhertreibens viel. Man sieht, man hört, man spricht sich, macht neue, erneuert alte Bekanntschaften, sucht sich auszuforschen, jammert und tröstet, betheuert und heuchelt, will von Eifer und Eintracht, von Muth und Standhaftigkeit ganz begeistert sein, und bis jetzo ist im wesentlichen noch nichts geschehen. Wenn nicht ein Trieb von außen kömmt, so dürfte der Typus im Geschäftsgang der Reichsangelegenheiten hier richtig eingehalten werden.

---

32. Landvogt von Liebenstein[1] an Meier.

o. O. u. D. (8. Dec. 1797.)

[Angeblicher Verlust des Oberlandes und badische Entschädigung.]

. . . . . . Die Vorderösterreicher schütten Balsam in ihre Wunde und lassen das ganze badensche Oberland auch modenesisch werden, einige bis an die Bleich, andere sogar bis an die Kinzig, wo also noch das Oberamt Mahlberg abgetreten werden müßte. Andere aber lassen unserem theuern Fürsten sein von seinen Altvorderen angeerbtes Eigenthum, geben ihm Ettenheim, Lahr, die Ortenau, Oberkirch und das bischöfl. Speiersche, heben auch alle Klöster auf, und die Seelen derselben fallen unserem Fürstenhause anheim. . . . . .

---

33. Subdelegationsdiarium.

8. Dec. 1797.

[Zurückziehung der kaiserlichen Truppen. Mißstimmung über den Kaiser. Räumung der Reichslande als französische Gegenleistung.]

Vorläufige Betrachtung über die gestern nachts erschienene österreichische Note[2]:

Der angekündigte Zurückzug der k. k. Truppen ist eine vorausgesehene und nothwendige Folge des Udiner Friedens und der Eingang der Note ist ein Beweis, daß alldorten geheime, bisher unbekannte Artikel verabredet worden sind, die nun nach ausgewechselten Ratifikationen nach und nach in Erfüllung gehen sollen.

Alle Vorstellungen dagegen werden auch nicht vermögen, daß nur ein Mann zurückbleibe, und im Grund würden sie uns von den vorliegenden Landen, die bisher den Druck von dem Stand der Armee so schwer empfunden haben, übel verdankt werden. Dann wozu würde diese Armee bei dem nunmehrigen Verhältniß zwischen Oesterreich und Frankreich anders dienen, als daß man sie mit ungeheuren

---

[1] Landvogt zu Emmendingen. Vergl. über ihn: Obser, Baden und die revolut. Bewegung i. J. 1789. Ztschft. für Gesch. des Oberrheins. Neue Folge. IV. 239 ff.

[2] Die Note des Grafen Lehrbach v. 7. Dec.; abgedruckt bei Münch v. Bellinghausen, Protokoll der Reichsfriedensdeputation, IV, 1; Hüffer, a. a. O. I, 17.

Kosten erhalten müßte? Ersagter Rückzug ist uns dahero weder unerwartet, noch auch, um die Wahrheit zu gestehen, unsern Wünschen zuwider.

Aber das wäre allerdings zu erwarten gewesen, daß der Kaiser aus einiger Vorsorge für die Reichslande sich dagegen ausbedungen hätte, daß die französischen Truppen nicht nur die von den Kaiserlichen zu verlassenden Stellen nicht einnehmen, sondern aus den occupirten Reichslanden ganz oder bis auf gewisse Strecken bis zum Reichsfrieden sich zurückziehen sollen.

Freilich ist unser Glaube an die reichsoberhauptliche Vorsorge durch dasjenige, was man von einem Tag zum andern hier erfahren hat, sehr wankend geworden, und der Umstand, daß in der vorliegenden Note irgend eine solche Vorsehung auch nur von ferne berührt wird, benimmt uns fast alle Hoffnung, daß sie wirklich eingetreten seie. Doch wollen wir sie nicht völlig aufgeben, und uns dünkt nun das erste zu sein, daß man sich von den kaiserlichen Abgeordneten eine unumwundene Erklärung ausbitte, ob und was wegen der Position der französischen Truppen verabredet worden sei. Ist diese der französischen Discretion überlassen geblieben, so würden wir über das Zurückhalten der kaiserlichen Armee kein Wort verlieren, sondern mit und ohne Verwendung der kaiserlichen Abgeordneten mit denen französischen über die Evacuirung, wenigstens über die Erleichterung der Reichslande negociiren, auch bei der ankommenden k. preußischen Gesandtschaft den Versuch machen, welche Unterstützung man sich von dieser Ablegation zu versprechen habe. Denn wir vermeinen nun einmal, unser Heil bestehe nicht darin, daß die k. k. und mit ihnen die französischen Truppen stehen bleiben, sondern daß diese und jene in ihre Heimat gehen. Uebrigens ist damit der Vorhang nur erst ein wenig gelüftet worden.

In der ersten Sitzung vom 9. Dec. beantragt Baden, daß die kaiserl. Gesandschaft ersucht werde, sich für den Abzug der französischen Truppen zu verwenden; statt dessen erfolgt am gleichen Tage der Vormarsch gegen Mainz. Vergl. Deputationsprotokoll, I, 24 ff. — Ursprünglich hatte die badische Gesandtschaft beabsichtigt, sich auch gegen eine Räumung der rheinischen Festungen zu verwahren, wegen der Bedenken des Geh. Raths aber diese Stelle im Votum gestrichen. Subdelegationsbericht vom 7. Dec.

2. Die Rastadter Verhandlungen bis zur Annahme der ersten Friedensbasis.
Dec. 1797—März 1798.

34. Subdelegationsdiarium.

11. Dec. 1797.

[Rückmarsch der kais. Truppen. Zurückziehung des Antrags auf Verwendung bei Frankreich.]

Montags den 11. Dec. 1797
war die zweite Sitzung. . . . . Die Deliberation beschäftigte sich blos mit dem Abzug der k. k. Truppen.

Ich wollte das Votum (Beilage Nr. 10) ablegen. Kur-Sachsen und Bremen ersuchten mich vor der Abstimmung, das zweite petitum wegzulassen[1], um nicht den Franzosen dadurch Anlaß zu geben, mit einer solchen Proposition herauszurücken, die den Weg zu Negociationen in der Hauptsache sogleich abschneide. Ich habe es in Sessione so geändert, wie die Beisätze und Durchstriche zeigen. . . . . .

35. Hofrath Hugo[2] an Meier.

Lörrach, 11. Dec. 1797.

[Furcht im Oberlande vor Anfall an Modena. Anhänglichkeit.]

. . . . . . In Konstanz, wo gegen 2000 Ausgewanderte sein sollen, glaubt man auch modenesisch zu werden, und das Gerücht verbreitet sich von neuem, die Oberämter Hochberg, Badenweiler und Rötteln sollten das nämliche Schicksal haben, was viele Menschen unruhig macht, und worüber ich zu wissen wünschte, was man zu erwarten hat, um mich und andere zu beruhigen. . . . .[3]

---

[1] Darnach sollte durch Vermittlung der kaiserl. Gesandtschaft bei Frankreich Schonung und Erleichterung der bedrängten Lande während der Verhandlungen ausgewirkt werden. Entwurf bei den Akten. Das Votum s. Deputationsprotokoll, I, 32 ff.

[2] Christ. Gottlieb Mich. Hugo, ein Verwandter des aus Lörrach gebürtigen bekannten Göttinger Rechtslehrers.

[3] „Jetzt sieht man erst", — schreibt Hugo am 20. Dec. — „wie sehr die meisten Oberländer an ihrem Landesherrn hängen, und es ist angenehm zu sehen, wie sehr sie sich grämen, einen andern Herrn bekommen zu sollen."

36. Subdelegationsdiarium.

14. Dec. 1797.

[Mäßigender Einfluß Rosenstiels. Sein Besuch.]

..... Man vermeinet das nunmehrige Hiersein des Legations-Secrétaire Rosenstiel und seine Einwirkung auf die französischen Ministres bereits zu vermerken. Er soll ihnen sogleich vorgestellt haben, es sei nicht thunlich, sich über alle Formen wegzusetzen, und noch weniger räthlich und thunlich, die Hauptsachen über das Knie abzubrechen; das eigene Interesse Frankreichs erfordere, daß die deutsche Constitution erhalten und denen Reichsständen eine solide Consistenz gegeben werde. ....

Er machte uns diesen Vormittag seinen ersten Besuch sowol in seinem Namen, als aus Auftrag der französischen Ministres, richtete die verbindlichsten Danksagungen aus für die ihnen bisher erzeigte Attention in ihrer Einquartierung sowol, als in der übrigen Vorsorge für ihre Bequemlichkeit und vermeldete zugleich, daß er von ihnen beordert seie, sich morgen, wenn er anders an diesem Tag nicht ungelegen kommt, nach Karlsruhe zu begeben und S^mo^ vorläufig ihren Respekt und ihren Dank zu bezeugen .....

37. Edelsheim an Karl Friedrich.

o. O. u. D. (prs. 14. Dec. 1797.)

[Günstiger Eindruck Rosenstiels. Sein Einfluß und seine Bedeutung für Baden.]

Rosenstiel wünscht dem Markgrafen seine Aufwartung zu machen.

Sein äußeres überaus anständiges Benehmen, die Bescheidenheit seiner Aeußerungen, verbunden mit dem unbefangensten Urtheil verrathen auch wirklich in seinem ganzen Gespräche die günstige Meinung, die man überall von ihm heget[1]. Ew. Durchlaucht werden ihm zuverlässig Ihren gnädigen Beifall gewähren. Es bedarf auch wol der besonderen Bemerkung nicht, daß dieser von dem französischen Gouvernement und von den ministres plénipotentiaires der Republik vorzüglich geschätzte Diplomatiker das eigentliche Organ ist, wodurch wir am zweckdienlichsten wirken können und werden, daher ihm dann mit ausgezeichneter Achtung zu begegnen sein wird. .....

38. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 18. Dec. 1797.

[Meiers Unterredung mit Rosenstiel. Beruhigung wegen der Oberlande und des Separatfriedens. Günstige Stimmung in Paris. Bonaparte erwartet.]

J'ai l'honneur de transmettre à V. A. S. la feuille ci-jointe[2] renfermant le précis d'un entretien amical que mon collègue a eu seul avec Mr. Rosen-

[1] «Homme lourd, mais le plus propre de France à cette mission», charakterisiert Talleyrand ihn treffend. Corresp. inédite de Bonaparte, IV, 402. — Vergl. über ihn Masson, Le Département des affaires étrangères pendant la révolution, 438; Häffer, I, 50.

[2] Siehe Nr. 39.



stiel. Le résultat en est assez rassurant touchant les bruits qui se sont répandus au haut Margraviat, et je crois d'après la réputation de loyauté et de candeur dont jouit Mr. Rosenstiel qu'on peut prendre confiance dans la sincérité de ses paroles, et cela doit tranquilliser sur les bruits malévoles touchant le haut Margraviat. Quant au reste quelque flatteuses que soient les espérances que renferme le propos de Mr. Rosenstiel, je ne puis pas me déguiser qu'en le prenant au pied de la lettre, il ne peut pas signifier grande chose, parceque V. A. S. se rappellera bien qu'en s'en tenant au sens littéral la République ne s'est formellement engagée qu'à des bons offices pour tous les articles d'indemnisation. Cependant ce qui me rend un peu courage et confiance, c'est la conformité de ce qu'on apprend de toute part et même par les déclarations qu'ils ont fait faire à Berlin, que le gouvernement français veut de préférence faire de grands avantages à V. A. S. et réaliser efficacement envers Elle ses engagements.

Si Bonaparte arrive aujourd'hui ou demain, comme on l'assure positivement, il me faudra suspendre encore l'apparition que je comptais de faire à Carlsrouhe pour y présenter mes hommages à Votre Altesse. . . . .

39. Geheime Beilage zum Subdelegationsdiarium.

18. Dec. 1797.

[Rosenstiel. Beruhigung über das Schicksal der Oberlande. Entschädigungsfrage.]

Schreiber dieses[1] hatte heute eine Unterredung mit dem Legationssecretaire Rosenstiel.

Die anhaltenden und, wie es scheint, absichtlich verbreiteten Gerüchte, daß die Oberlande im Tausch des Breisgau gegen Modena begriffen seien, gaben mir den Anlaß, die hiesigen Angelegenheiten zur näheren Sprache zu bringen. Er verwunderte sich über jene Sage, erkundigte sich genau nach der Lage gedachter Lande und ob sie an die Waldstädte anstoßen, nahm, um sich vollkommen zu orientiren, die große Karte von Schwaben von mir an, die des Prinzen Louis Hf. D. anhero überlassen haben, und versicherte mich zu wiederholten Malen:

man könne hierüber vollkommen beruhigt sein.

Ebenso oft betheuerte er mir, indem er mir die Hände drückte:

Baden hat einen Traktat mit der République. Was diese darin versprochen, wird sie gewiß auch halten. Sie können sich darauf sicher verlassen. Nur muß man noch behutsam und verschwiegen sein, weil der Gang der Unterhandlungen und deren Ende sich nicht praecise voraussagen lassen. . . . .

Ich habe ihn an jugendliche, angenehme Verbindungen erinnern können, auch ihm das Versprechen thun müssen, wenn ich einst nach Karlsruhe gehe und er abkommen könne, ihn mitzunehmen und bei einigen ehemaligen werthen Bekannten einzuführen. . . . .

[1] Geh. Rath Meier.

40. Subdelegationsdiarium.

20. Dec. 1797.

[Geheimhaltung des Protokolls. Vertrauliche Mittheilung zulässig.]

.... Die Geheimhaltung des Deputations-protocolli erregt Unannehmlichkeiten. Die preußische und schwedische Gesandtschaft hat dessen Mittheilung von uns erwartet, die uns auferlegte Pflicht hat uns davon zurückgehalten.

Wir vernehmen nun aber, daß es unter der Hand gleichwolen communikabel seie, und so wird man mit der Ehrlichkeit nur anstößig. Wir werden uns darüber beim Directorio näher erfragen..........

41. Edelsheim an Staatsrath Irminger[1] in Zürich.

Rastadt, 20. Dec. 1797.

[Besorgnisse der Schweiz grundlos. Vertretung in Rastadt.]

.... Von irgend einer ungleichen Absicht gegen die Grenzen der glücklichen Schweiz ist hier das mindeste nicht bewußt, und ich sollte glauben, da von dem französischen Gouvernement ganz neuerlich die beruhigendste Versicherung desfalls ertheilt worden sein sollen, so werde man auch von irgend einer andern Seite hierüber etwas zu befürchten keine gegründete Ursache haben.

Ob es bei diesen vorwaltenden Verhältnissen dennoch nöthig oder rathsam sein dürfte, die Sicherung jener in mehrerem Betracht äußerst glücklichen Verfassung gegen jede mögliche Gefahr auf dem hiesigen Reichsfriedenscongreß zur Sprache zu bringen und directe oder indirecte zu suchen, vermag ich wol nicht richtig genug zu beurtheilen, und Ew. ꝛc. erleuchtete Einsicht bedürfen zuverlässig in keinem Fall meiner schwachen Winke zur Bestimmung einer zweckmäßigen Entschließung über einen solchen wichtigen Gegenstand.......

42. Subdelegationsdiarium.

21. Dec. 1797.

[Warnung vor Darmstadt. Albini.]

..... Man hat uns freundschaftlich gewarnt gegen eine gewisse Subdelegation, die sich die Miene gegeben hat, uns mit vieler Vertraulichkeit entgegen zu gehen, /cf. Geh. Beil. A.[2]/ wol auf unserer Hut zu sein.......

Wir können übrigens den Direktorialgesandten Freiherrn von Albini nicht genug hochschätzen, indem derselbe, entfernt von seinem Vaterlande in dessen kritischster und gefährlichster Lage, von daher rührenden Geschäften, Kummer und Sorgen überhäuft, nichts desto weniger sein hiesiges unbeschreiblich schweres Direktorialamt unter so mancherlei damit verbundenen lästigen Distraktionen mit einer Thätigkeit, Ordnung, Geistesgegenwart, Einsicht und alles umfassender Vollständigkeit versiehet, die von Tag zu Tag mehr unser und sämmtlicher Subdelegirten

[1] Antwort auf Irmingers Schreiben, oben Nr. 15.

[2] S. oben Nr. 13; daraus ergibt sich, daß Hessen-Darmstadt gemeint ist.

Bewunderung erregt, und es muß ihm bei seinem offenen, geraden Benehmen gegen die kaiserlichen sowol als gegen die französischen Gesandtschaften zur großen Genugthuung gereichen, daß letztere beim Schluß seines neulichen harten Kampfs mit ihnen über den Legitimationspunkt ihm sowol als in der Folge männiglich erkläret haben, er sei ein rechtschaffener, würdiger Mann, für den sie alle Hochachtung zu hegen bewogen worden seien[1] ......

43. Graf Lehrbach an den Minister von Thugut.

Rastadt, 22. Dec. 1797.

[Verdächtigung der badischen Subdelegirten.]

Bericht über die sechste Sitzung v. 21. Dec.

Bei diesem Protokoll habe ich noch zwei Sachen ausgeschieden zu bemerken, und zwar:

1) Die badische Gesandtschaft bestehend aus denen bösartigen Minister B. von Edelsheim und Geh. Rath v. Meyer möchten gern im Congreß ein Uebergewicht erhalten. Sie kommen meistens mit besonderen Anträgen.

2) Sind sie von denen Preußen influencirt; sie verdienen daher eine besondere Aufmerksamkeit, sie suchen immer den Kaiser als Kaiser zu loben und damit auf den Monarchen der österreichischen Monarchie besonders jetzo ein falsches Licht zu werfen.

Auch gestern sei dies wieder der Fall gewesen, darauf beziehe sich denn seine Gegenäußerung[2].

Wien. St. A.

44. Subdelegationsdiarium.

25. Dec. 1797.

[Neue Deputationsvollmacht. Ausweisung der Emigranten. Polizeierlasse vom 23. und 28. Dec.]

Edelsheim und Meier waren mit den österreichischen Ministern zu einer Gesellschaft bei Treilhard geladen. Treilhard besprach mit Edelsheim die Nothwendigkeit einer neuen Reichsvollmacht[3].

.... Endlich brachte Treilhard bei dieser Gelegenheit ein eigenes Anliegen bei mir an, worüber er bereits dem Secrétaire général Rosenstiel aufgetragen hatte, in Freundschaft mit mir zu sprechen.

Es betraf die Nothwendigkeit der Ausweisung der Emigrirten nicht nur von dem Congreßorte Rastadt selbst, sondern auch auf eine Entfernung von etwa 6 Stunden rings umher.

Die einleuchtenden Gründe, die er desfalls geltend machte, verdienen eigens vorgetragen zu werden, welches ich auch ungesäumt thun zu wollen demselben

[1] Vergl. die Charakteristik bei Häffer, I, 43; — das Urtheil Meyers (Allg. deutsche Biogr., I, 220 ff.) — eine der „charakteristisch charakterlosen Gestalten" der damaligen Staatsmänner — ist entschieden zu hart.

[2] Protokoll, I, 124.

[3] Vergl. Häffer, I, 21.

zusicherte, einstweilen aber, zum Beweis, daß die hiesige Polizeicommission seinen Wünschen großentheils schon zuvorgekommen sei, ihm 4 Abdrücke der am 23ten dieses öffentlich bekannt gemachten Verordnung[1] in Ansehung dieses Gegenstandes zustellte. . . . . . .

45. Subdelegationsdiarium.

28. Dec. 1797.

[Französische Annäherungsversuche.]

Rosenstiel zeigt sich befriedigt von den Maßregeln, welche der Markgraf gegen die Emigranten beschlossen.

. . . . Er hat mich[2] zugleich eingeladen, öfters zu ihm zu kommen, und mir dabei zu erkennen gegeben, die Ministres Treilhard und Bonnier erwarteten und wünschten, daß ich sie öfters besuche, als bisher geschehen seie und zwar, wie er beizufügen beliebte, auf einem ganz freundschaftlichen Fuß, womit ich morgen beim Mittagessen den Anfang machen möchte.

Ich habe letzteres zugesagt und ersteres mit meiner Unkunde in der französischen Sprache entschuldigt. . . . .

46. Karl Friedrich an den stellvertretenden Comitialgesandten von Seckendorff.

Karlsruhe, 2. Jan. 1798.

[Seckendorff Stellvertreter für Görtz. Instruktion wegen Deputationsvollmacht.]

Der Markgraf beauftragt den würtembergischen Comitialgesandten Christ. Albrecht von Seckendorff in Abwesenheit des zum Rastadter Congreß berufenen Grafen Görtz mit der Vertretung seiner Interessen und der Stimmführung am Reichstage und fordert ihn auf, sich dahin zu verwenden, daß die Deputation nicht, wie die ursprüngliche Vollmacht bestimmt, verpflichtet sei, über jeden einzelnen Fall an den Reichstag zu berichten und dessen Bescheid abzuwarten, da sonst eine solche Verschleppung der Geschäfte entstehe, daß die französische Gesandtschaft zum Abbruch der Friedensverhandlungen veranlaßt würde.

Concept.

---

[1] Dieselbe erneuert angesichts wiederholter Versuche der Emigranten, «de se cacher entre le grand nombre des étrangers qui séjournent dans ce lieu, rentrant et bientôt se retirant dans les environs, particulièrement dans la ville de Baden, d'où ils semblent entretenir liaisons ici», frühere Polizeierlasse für die Aemter Rastadt und Baden, droht jedem mit Ausweisung, bezw. Verhaftung und untersagt allen Einwohnern, Emigranten zu beherbergen.

In Folge der Vorstellungen Treilhards verfügt ein Erlaß vom 28. Dec. d. J., publicirt 2. Jan. 1798, die Ausweisung aller Emigranten im Umkreise von 4 Stunden; ausgenommen werden jedoch Arbeiter, Dienstboten, ansässige Bürger und Kranke, die reiseunfähig. Nach den Aufzeichnungen von Drais werden im ganzen 80 weggewiesen, 200 bleiben. Siehe die „Aktenmäßige Darstellung des Benehmens der . . . badischen Polizeicommission in Ansehung der Emigranten allbort", von dem Obervogte von Drais. (Karlsruher Archiv. Rastadt, Polizeisache.)

[2] Es ist von dem Geh. Rath Meier die Rede.

47. Badisches Reichstagsvotum[1].

o. D. (2. Jan. 1798).

[Verzicht auf geographische Integrität des Reiches. Illimitirte Vollmacht. Nebeninstruktion. Vorbehalt eines Separatabkommens für den Fall des Wiederausbruches des Krieges.]

Baden erachtet es für unmöglich, unter den vorliegenden Verhältnissen bei den Deputationsverhandlungen auf Wahrung der geographischen Integrität des Reiches zu bestehen: Oesterreich selbst habe dieselbe schon preisgegeben. Die Deputationsvollmacht bedürfe daher in dem Punkte einer Abänderung.

Frage es sich, „ob statt dessen solche auf ein anderes Principium remissiv zu machen oder illimitirt auszustellen sei", so ziehe man den letztern Weg vor. In neuerer Zeit sei es diplomatischer Brauch, unbeschränkte Vollmacht zu fordern; dieselbe berechtige keineswegs zur Willkür, sondern es bestehe neben ihr stets eine Instruktion, an die man sich binden müsse. Eine Beschränkung der Vollmacht involvire fortdauernd neue Schwierigkeiten. Stelle man für die Verhandlungen eine bestimmte Basis fest, so gerathe man in das Dilemma, daß dieselbe entweder die französischen Forderungen, die noch nicht bekannt seien, überschreite, mithin mehr gewähre, als man begehre, oder hinter denselben zurückbleibe, und die Deputation nöthige, die Verhandlungen abzubrechen oder ihre Vollmacht zu überschreiten.

Was endlich die Instruktion betreffe, welche neben der illimitirten Vollmacht bestehen solle, so sei man um so eher bereit, darüber die Ansicht der übrigen Mitstände zu vernehmen, als man bei der Lage des Landes ein unbefangenes Urtheil zu fällen am wenigsten im Stande sei. Wenn man indes die traurigen Resultate des bisherigen Krieges erwäge, so halte man „eine nur irgend leibliche Pacification" für besser „als das Risiko einer neuen Kriegsoperation".

Der schicklichste Ausweg sei, „wenn die Reichsdeputation nur generaliter auf möglichst vortheilhafte Bedingungen zu negociiren angewiesen, specialiter aber ... instruirt werde, bei vorkommenden allzubedenklich scheinenden Forderungen mit den Räthen und Gesandten der übrigen Reichsstände, welche am Congreßort anwesend seien, ... die Sache zu berathen" und nach der Stimmenmehrheit ihre Beschlüsse zu fassen, mit dem Vorbehalte jedoch, daß es, wenn eine Wiederaufnahme des Krieges beschlossen werden sollte, der Reichsdeputation zwar benommen sei, einen Reichsfrieden zu schließen, die einzelnen Stände aber freie Hand hätten, nach ihrem Gutdünken und ihrem Interesse ein Separatabkommen zu treffen.

---

48. Subdelegationsdiarium.

17. Jan. 1798.

[Requisitionen in Mahlberg dauern fort. Vorstellungen in Paris.]

.... Von Mahlberg sind wir benachrichtiget, daß die dortigen Verpflegungslasten bis jezo fortgedauert haben, mithin die Pariser Erleichterungszusagen in keine Erfüllung gegangen sind. Wir benutzen den heutigen Abgang eines schwedischen

---

[1] Beilage zu Nr. 46. Die Instruktion wird veranlaßt durch die Weigerung der französischen Gesandten, auf der Basis der Reichsintegrität zu verhandeln, und die Forderung einer illimitirten Deputationsvollmacht seitens des Reiches. Hüffer, I, 21 ff. Das vorliegende Votum wird in der Sitzung vom 8. Jan., in welcher der Reichstag über diese Frage beräth, abgelegt. Protokoll, I, 209, Anm. — Am 11. Jan. ertheilt der Reichstag unbeschränkte Vollmacht, freilich nicht ohne daß sich weitere langwierige Erörterungen zwischen Regensburg und Rastadt daran knüpfen.



Curiers nach Paris, den Herrn von Reitzenstein hiervon zu informiren, damit er zu Gemüthe führe, wie sehr der ewige Widerspruch zwischen Versprechen und Halten nothwendig auffallen müsse. . . . . . .

49. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 19. Jan. 1798.

[Frankreich fordert Abtretung des linken Rheinufers. Ermäßigung der Forderung zweifelhaft.]

. . . . . Nos séances à la Députation deviennent maintenant assez intéressantes, après que les plénipotentiaires de la République française ont fait leur première proposition concernant la cession de toute la rive gauche du Rhin[1]. . . . . Le plus grand embarras sera maintenant de savoir que répondre précisément à Messieurs les dictateurs? à vue de pays on essayera préalablement des représentations instantes pour les engager à modérer cette énorme prétention et à poser des bases moins accablantes; mais on ne se flatte guères à des adoucissements considérables à cet égard; cependant il faudra voir.

50. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 19. Jan. 1798.

[Die Forderung des linken Rheinufers. Badisches Votum: Ablehnung der Forderung in ihrem vollen Umfange. Stimmung der Deputation.]

Mit der Uebergabe des Creditivs durch die kaiserl. Plenipotenz haben die Verhandlungen eigentlich erst begonnen.

. . . . . Die Hauptsache betrifft nun aber die geschehene Präliminarforderung der französischen Gesandtschaft und die darauf zu ertheilende Antwort. . . . .

. . . . . Wenn es heute schon und also in continenti zur Abstimmung gekommen wäre, so würden wir keinen Anstand genommen haben, das in der Eile verfaßte Votum Lit. A abzulegen. . . . . . .

. Wenn wir vermerken, daß die Stimmung derer Mehreren dahin gehet (und sie scheint uns wahrscheinlich), vorerst auf irgend eine Cession und deren Benennung sich nicht einzulassen, sondern auf Vorstellungen zur völligen Restitution anzutragen, so dürfte es nicht rathsam sein, daß wir mit einem andern Antrag vorangehen. Austriacus wird dem Vernehmen nach auf keinen eingehen, sondern vorgeschriebenermaßen Alles ad referendum nehmen. . . . . .

[1] Vergl. Hüffer, I, 88; Köchlin, Ann. de l'école libre, I, 419 ff. — Die Mittheilung an den Grafen Metternich erfolgte am 17. Jan.; ein «Précis de l'entretien entre le ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur et ceux de la Rép. Française Treilhard et Bonnier le 17 janvier 1798 entre midi et une heure» wurde von österreichischer Seite den badischen Gesandten vertraulich mitgetheilt.



Beilage Lit. A[1].

„Es seie vorauszusehen gewesen, daß das deutsche Reich, um den so sehnlich gewünschten Frieden zu erlangen, ein Opfer werde bringen müssen und bei der nur allzubekannten Lage der gegenwärtigen Umstände, wo aller Vortheil auf der einen, und aller Nachtheil auf der andern Seite sich befinde, habe man sich nicht verbergen können, daß dieses Opfer kein Gegenstand von geringer Bedeutung sein werde.

Es würde dahero eine bloße Illusion sein und nur zur Verzögerung der Unterhandlungen dienen, wenn man, wie die Reichsinstruktion von 1795 vorgeschrieben habe, auf die Herstellung des Status, wie er vor dem Ausbruch der französischen Mißhelligkeiten bestanden, und überdies auf Entschädigung den Antrag richten wollte. Auch dörfe man daraus, daß Kaiserl. Majestät und das Reich für die H. R. Deputation anderweit eine zweitere illimitirte Vollmacht, und zwar deswegen illimitirt ausgestellet haben, weil die erstere oder vielmehr die darin zur Grundlage der Traktaten festgesetzte Reichsintegrität vom Gegentheil für unzulässig erkläret worden, als richtig unterstellen, daß auf ersagte Integrität, im geographischen Sinn, wenigstens stillschweigend, verzichtet worden seie, wie sich dann auch solches aus mehreren am 8. Januar in Comitiis abgelegten Votis deutlich entnehmen lasse.

Auf der einen Seite seie also eine Entsagung auf einiges bisheriges Reichseigenthum mit Vorbehalt billiger Entschädigung für die, so für das gesammte Reich dies Opfer zu thun genöthigt sind, unvermeidlich; auf der anderen hingegen würde sie unverschmerzlich sein, wenn sie so weit ausgedehnt werden sollte, als die erste Proposition der französischen Gesandtschaft verlange."

Der folgende Antrag stimmt mit dem Texte des Protokolls überein bis zu den Worten: „soweit es noch nicht geschehen, veranlaßt"; alle weiteren Zusätze des Votums vom 22. Jan. enthält der vorliegende Entwurf noch nicht.

51. von Seckendorff an Karl Friedrich.

Regensburg, 21. Jan. 1798.

[Mißstimmung zwischen Reichstag und Reichsdeputation.]

Es scheinet, die Reichsfriedensdeputation zu Rastadt sei mit dem Reichstage nicht ganz zufrieden, und ebenso ohngefähr verhält es sich hier zu der Deputation. Die Unvollständigkeit der Deputationsberichte und insonderheit die Verweigerung der Protokolle, aus welchen man die in den Berichten wahrnehmenden Lücken zu ergänzen im Stande sein würde, lassen uns hier über manches im Dunkeln und daraus können freilich Mißverständnisse erfolgen.

Auf der andern Seite scheint es aber auch, daß wenigstens der kurmainzische Subdelegatus das von hier aus Mitgetheilte nicht allzeit nach seinem wahren Sinn nehme und also manches anders auslege, als es hier gemeint worden, wodurch unser hiesiger Reichs-Directorialis in eine unangenehme Lage sich versetzt sieht, da solcher gewissermaßen von dem Conferenzminister von Albini abhängig ist[2]. . . .

---

[1] Vergl. das Votum vom 22. Jan., Protokoll, II, 257 ff.

[2] Baden stellt sich in diesem Zwiste, mit Rücksicht auf seine exponirte Lage, entschieden auf Seite der Deputation. Vergl. Nr. 58.

52. Graf Lehrbach an den Minister von Thugut.

Rastadt, 21. Jan. 1798.

[Die badischen Subdelegirten halten zu Preußen und Frankreich. Ihre Absichten.]

. . . Die allerabgeneigtesten im Herzen und die thätigsten für Preußen sind die Badischen; im Munde nichts als Complimenten. Denen Franzosen trägt Edelsheim alles zu, jedes im Consess geredet werdende Wort[1]. Alles, was mitunter im Lande von denen Franzosen, begehret wird, ist mit Härte und Grausamkeit befolget. Die Absicht ist, Vergrößerung dadurch desto leichter zu erhalten. . . .

Wien. St. A.

53. Kurfürst Karl Theodor von Pfalz-Baiern an Karl Friedrich.

München, 27. Jan. 1798.

[Verlust des linken Rheinufers. Gegenmaßregeln. Vereinigung der Reichsstände. Hilfegesuche.]

Die Forderung des linken Rheinufers durch Frankreich führt zur Zertrümmerung der Reichsverfassung. Bei der Ohnmacht des Reiches giebt es dagegen nur eine Rettung: „eine enge Verbindung unter Deutschlands Ständen", gemeinsamer standhafter Widerstand und Anrufung der Hilfe des Kaisers und der mächtigsten Reichsfürsten. Den letztern Schritt hat Baiern gegenüber dem Kaiser, sowie den Höfen von Berlin, London und Petersburg bereits gethan.

Aufforderung zu „ähnlichen Fürschritten" und „einverständlichem Benehmen[2]".

54. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 30. Jan. 1798.

[Unterredung mit Treilhard und Bonnier. Beschuldigungen gegen die Emigranten. Ausweisung der schweizerischen Gesandten. Gegenbedenken.]

Heute Vormittag haben wir von denen französischen Ministres Treilhard und Bonnier einen Besuch erhalten, wo sie uns eröffneten, sie hätten sichere Anzeichen, daß die Volksaufwiegelungen in den oberen Reichslanden diesseits Rheins das Werk von französischen Emigranten seien, die sich nun ein eigenes Geschäft daraus machten, alles in Verwirrung zu bringen. Sie nannten uns Lörrach und wollten uns noch zwei andere Orte benennen, deren sie sich aber nicht genau erinnerten, wo die Emigranten in obiger Absicht ihr Wesen trieben, und empfahlen ihr Anbringen der sorgfältigsten Aufmerksamkeit.

Wir wünschten statt dieser vagen und in Ansehung des Orts Lörrach ziemlich unwahrscheinlichen Entdeckung zum Behuf einer anzustellenden Unter-

---

[1] Diese Aeußerungen sind noch gelinde, an andern Stellen bezeichnet Lehrbach in seiner bekannten Sprache Edelsheim geradezu als den „Spion der Franzosen", den Geh. Rath Meier aber als den „Lohnlaquai" des preußischen Hofes und des Grafen Görtz.

[2] Als Cirkular abgedruckt bei (Haller) Geh. Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen, VI, S. 4. — Vergl. Koechlin: Annales de l'école libre, II, 208; Pallain: Le ministère de Talleyrand sous le Directoire, 204 ff.

suchung oder der zu treffenden Gegenanstalt nähere Data zu erhalten, mußten uns aber mit der uns gegebenen Versicherung begnügen, daß sie uns den Auszug eines ihnen zugekommenen anonymen Schreibens mittheilen würden, woraus die obgedachten Orte und — wir meinen verstanden zu haben — auch die Namen einiger wirkenden Personen zu entnehmen seien.

Auf diese Einladung folgten viele Klagen über die fortdauernde Zudringlichkeit der Emigranten selbst hier in Rastadt, auch deren Begünstigung von einer und der anderen Gesandtschaft, und somit geschahe der Uebergang auf den eigentlichen Zweck des formellen Besuches, nämlich auf die allhier anwesende helvetische Gesandtschaft[1], indem sie uns zu erkennen gaben, der allhiesige Congreß seie einzig und allein zu den Friedensunterhandlungen zwischen dem deutschen Reich und der Republik Frankreich bestimmt; sie agnoscirten dahero keine andern als Deputirte und reichsständische Gesandtschaften; mit schweizerischen Gesandten hätten sie schlechterdings hier nichts zu thun, hätten ihnen auch solches bereits geradezu erkläret und ihr Gouvernement habe diese ihre Erklärung vollkommen gebilliget. Ihnen seien aber noch überdies die schweizerischen Gesandten sehr verdächtig, dem französischen Gouvernement würde dahero durch deren Entfernung eine sehr angenehme Gefälligkeit geschehen, welches sie eigens beauftragt wären uns zu erkennen zu geben, und sie bäten hierum sehr inständig (très instamment), zu welchem Ende wir unsern Bericht an Ew. Hf. D. erstatten möchten.

Wir haben hierauf erwidert, wir glaubten nicht, daß Ew. Hf. D. in dem Fall seien, über die Zulassung oder Nichtzulassung souverainer Staaten und ihrer Abgesandten bei dem hiesigen Friedenscongreß zu erkennen, wenigstens müßten wir sehr wünschen, Höchstdieselben möchten nicht in die Verlegenheit gesetzt werden, in ein derartiges Ermessen sich auf irgend eine Weise einmischen zu müssen.

Auch konnten wir nicht bergen, daß bei denen von jeher bestandenen und sorgfältig cultivirten freundschaftlichen und nachbarlichen Verhältnissen zwischen der Markgrafschaft Baden und der Schweiz Ew. Hf. D. sehr schwer fallen würde, gegen letztere zu einem ihr unangenehmen Schritt Sich veranlaßt zu sehen. Dieser Unannehmlichkeit würden Höchstdieselben gar wol überhoben bleiben können, wenn sie, die französischen Ministres, es dabei wollten bewenden lassen, daß sie, was ja bei ihnen stehe, die helvetischen Gesandten bei sich nicht admittiren und mit ihnen keine Unterhandlungen pflegen, als welches ohnehin von Seiten der Reichsdeputation nicht geschehen könne, wodurch sie dann eo ipso außer Thätigkeit seien. Darauf versetzten jene: Die Schweiz habe kein Recht, Gesandte

[1] Dieselbe bestand aus dem Berner Professor von Tscharner und den Gesandtschaftssekretären Meyer von Knonau und C. L. von Haller. **Handbuch des Congresses zu Rastadt**, 29. — Ueber ihren Besuch am Karlsruher Hofe vergl. **Sammlung der eidgenössischen Abschiede**, VIII, 295 u. 720. — Mengaud bezeichnet sie als die wüthendsten Aristokraten, «qui avaient plus de titres que personne à la défaveur de France». **Kochlin**, Ann. de l'école libre etc., II, 205.

anhero zu senden, und qua tales könnten solche dahier nicht existiren. Sie seien also als bloße Privati, wie Reisende oder Fremde anzusehen, und in dieser Eigenschaft seien sie lediglich der landesherrlichen Polizei unterworfen. Sie verlangten übrigens nicht, daß man sie auf der Stelle fortweise, vielmehr wünschten sie selbst, daß alles Aufsehen vermieden werden möge, und sie hofften, Ew. Hf. D. würden schon Mittel und Wege finden, ihrem Ansuchen ohne allen Eclat zu entsprechen, auch würde ihnen ihre Privatexistenz dahier ohne öffentlichen Charakter nicht entgegen sein. Vergebens bemerkten wir hierauf, es bleibe immer eine höchst unangenehme Zumuthung, denen Abgeordneten der Schweiz, mit der man im besten Vernehmen stehe, zu insinuiren, daß sie bei ihrem hiesigen Aufenthalt den Gesandtschaftscharakter ablegen sollten, und dieser verliere sich ja in effectu von selbst, da sie mit der Reichsdeputation nicht zu traktiren und bei ihr sich nicht zu accreditiren hätten, auch von der französischen Legation als Gesandte nicht agnosciret würden, mithin ihre etwaigen Vollmachten in der Tasche behalten müßten. Auch die Vergleichung zwischen der helvetischen und batavischen Ablegation[1] haben wir nicht unberühret gelassen. Sie beharrten aber auf dem obigen Ansinnen, das wir dann hiermit unterthänigst einberichten, in dem wir uns vorbehalten, das weitere desfalls devotest nachzutragen.

Erst vor Abgang dieses haben wir von dem Legations-Secrétaire Rosenstiel die abschriftl. beigehende Note[2] erhalten, die wir für das uns versprochene Communicat ansehen, und stellen unterthänigst anheim, welcher Gebrauch von der Anzeige derer Emigrantenclubs in Lörrach, Weil und Balbingen (Haltingen) zu machen gut gefunden werde. Das beigefügte weitere namentliche Emigrantenverzeichniß haben wir denen Oberämtern Rastadt und Eberstein zur Ausmusterung zugefertiget.

---

55. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 31. Jan. 1798.

[Das linke Rheinufer. Antwort der Deputation auf die französische Note. Gefahr der revolutionären Propaganda. Ungewißheit über Badens Schicksal.]

.... On parle maintenant du retour de Bonaparte comme d'une chose tout-à-fait certaine et fort prochaine. En attendant la Députation vient ajuster aujourd'hui une nouvelle réplique à la réponse des plénipotentiaires français[3], dont le projet a été minuté par Mr. d'Albini d'une manière à lui mériter le suffrage unanime de tous les membres de la Députation

---

[1] Als Vertreter der Batavischen Republik, übrigens ohne officiellen Charakter, war der Agent Buch erschienen. Seine Berichte bilden die Grundlage von van Dijk's: Précis des négociations du Congrès de Rastadt.

[2] Die Note verweist auf die Existenz von Emigrantenclubs an den genannten Orten und enthält ein Verzeichniß von Emigranten, die sich in der Nähe von Rastadt aufhalten.

[3] Die französische Note vom 9. Pluv. (28. Jan.) im Protokoll, IV, 235; die Antwort der Reichsdeputation vom 31. Jan., Protokoll, IV, 268 ff. Vergl. Häffer, I, 94 ff.

et la plus parfaite approbation du plénipotentiaire impérial; il serait bien à désirer qu'on pût s'en promettre autant de la part des ministres de la République et de leur gouvernement; mais il est bien plutôt à présumer que toutes nos meilleures raisons ne feront que blanchir vis-à-vis de la sentence dictatoriale qu'on nous prépare probablement ou qu'on nous réserve, pour l'arrivée de Bonaparte. . . . . . Toutefois les progrès de la révolution qui s'étend toujours plus loin en Suisse et qui paraît devoir immanquablement y devenir générale ne laisse rien augurer pour l'avenir qui ne soit fort alarmant pour tous les voisins de ces puissantes républiques. Le pis de tout dans une situation si précaire, c'est — ce me semble — de ne pas savoir, quel serait le parti le plus sage et le plus efficace à prendre maintenant pour prévenir les dangers qui nous menacent sous différents rapports.

. . . . Le Bon de Reitzenstein nous laisse toujours encore languir dans la plus cruelle incertitude et même ignorance, mais Rosenstiel doit avoir dit ces jours-ci à quelqu'un: „Der Herr Markgraf können ganz ruhig sein, Sie sind geborgen und werden sehr wol versorgt werden", mais tout cela ne sont cependant que des propos flatteurs qui ne nous procurent aucune espèce de certitude réelle et solide relativement à notre sort. . . . . .

---

56. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 3. Febr. 1798.

[Ausweisung der Schweizer Gesandten abgelehnt.]

. . . . Je mehr wir die Sache überdenken, desto härter und unbefugter dünkt uns die Zumuthung, daß ersagten Gesandten[1] von Seiten Ew. Hf. D. die Insinuation geschehen solle, sich von hier zu entfernen oder wenigstens den Gesandtschaftscharakter abzulegen, zumalen da wir nicht wissen, ob sie nicht an die k. k. Gesandtschaft accreditiret sind, und es im Gegensatze äußerst auffallend ist, daß denen batavischen, cisalpinischen, ligurischen 2c. Gesandten quaestio status nicht formiret wird, ohnerachtet sie unter keinem andern Vorwand als eben jene dahier auftreten können.

Die Frage, von welchen Mächten Gesandte auf dem Friedenscongreß zuzulassen seien, gehört für die paciscirenden Theile und nicht für die Herrschaft des Congreßorts, als welche nur für Unterkunft, Bequemlichkeit und Sicherheit sorgt, mit jener Frage aber nicht zu compromittiren ist, am wenigsten aber alsdann, wenn nur einer der paciscirenden Theile diese oder jene Gesandtschaft eliminiren will, in welchem Fall derselbe nicht mit der Ortsherrschaft, sondern mit denen übrigen Paciscenten conveniren und inmittelst an seiner Befugniß sich genügen muß, die anstößige Gesandtschaft nicht anzuerkennen und mit ihr keine Unterhandlungen zu pflegen.

---

[1] Die schweizerischen Gesandten. Vergl. oben Nr. 54.

Durch eine solche Verweigerung erreicht in dem vorliegenden Fall die französische Gesandtschaft vollkommen ihren Endzweck, da der Gegenstand der schweizerischen Mission von der Art ist, daß er principaliter mit jener unterhandelt werden muß.

Diese und andere damit verbundenen Gründe haben bei denen französischen Ministres in unserer ersten Unterredung keinen Eingang gefunden, und wir müssen besorgen, daß ihre Wiederholung ebensowenig wirken werde, da die Abneigung gegen die Schweiz, besonders gegen Bern, überaus stark zu sein scheinet.

Gleichwolen müssen sie von unserer Seite äußerst behutsam behandelt werden, und insbesondere werden wir auf den Ausweg nicht verfallen dürfen, die kaiserl. Gesandtschaft mit einzumischen, um nicht aus Uebel Aerger zu machen.

Hingegen dürfte man wol hoffen, die helvetischen Gesandten selbst, wenn man ihnen die französische Zumuthung, die geschehenen Versuche zu ihrer Ablehnung und die Verlegenheit, in der Ew. H. Dl. sich desfalls befinden, vertraulich eröffnet, würden die Sache von der hiesigen Seite nicht ungleich aufnehmen, die vorliegenden Verhältnisse in billige Betrachtung ziehen, und da sie jede öffentliche Contestation gerne vermeiden werden, etwa schickliche Auswege an Handen geben, wie denen Unannehmlichkeiten auf ihrer und hiesiger Seite auszuweichen sein möchte[1].

57. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 5. Febr. 1798.

[Ungeduld der französischen Minister. Drohende Enthüllungen.]

...... Einer der Partikularabgeordneten, der gestern mit den französischen Bevollmächtigten sich vertraulich unterredet hat, soll geäußert haben, sie wären entschlossen, gar keine weitere Triplik der Deputation abzuwarten, sondern wollten derselben ungesäumt den Hafen ganz aufdecken und über die verlangenden Indemnisationen für die betheiligten Reichsfürsten sich ganz unumwunden erklären. Das würde dann freilich vieles abkürzen, die Lage und Verlegenheit aber der hochansehnlichen Reichsfriedensdeputation und ihrer einzelnen fürtrefflichen Mitglieder um nichts erleichtern. Indessen muß man denn doch einmal mit der Sprache heraus[1]......

[1] Nach Koechlin auf Grund der französischen Akten hätten in der That die Badener sie zur Abreise bewogen. Ann. de l'école libre etc., II, 206. Von schweizerischer Seite wird des Zwischenfalls nicht gedacht. Sammlung eidg. Abschiede, VIII, 294—96; Strickler, Aktensammlung aus der Zeit der helvetischen Republik, I, 70. Die Berner Akten enthalten, nach gütiger Mitteilung des Hr. Dr. Strickler, nichts darüber. Vermuthlich hat man badischerseits bemerkt, daß die Schweizer Abgesandten ohnedies willens waren, nach Hause zurückzukehren, und darum sich jeder weiteren Insinuation enthalten. Die Abreise erfolgte am 11. Febr.

[1] Vergl. Hüffer, I, 95 ff.



58. Der Geh. Rath an den stellvertretenden Comitialgesandten von Seckendorff.

Karlsruhe, 5. Febr. 1798.

[Einwirkung auf den Reichstag. Gefahr einer Abweisung der französischen Forderung.]

Der Geh. Rath ersucht Seckendorff, die in gleicher Lage befindlichen Reichsstände, namentlich die der vorderen Kreise, zur Beschleunigung der Friedensverhandlungen aufzufordern. Der Reichstag hemme durch seine Haltung, speciell in der Vollmachtsfrage, die Thätigkeit der Deputation auf Schritt und Tritt.

Frankreich habe seine erste Forderung, die Abtretung des linken Rheinufers, gestellt, die Deputation befinde sich in großer Verlegenheit, ob die Forderung zu bewilligen oder der früheren Instruktion gemäß zu verwerfen sei. Im letzteren Falle habe man voraussichtlich den sofortigen Abbruch der Friedensverhandlungen zu gewärtigen, die exponirten vorderen Reichsstände wären dann jedem feindlichen Einfalle preisgegeben, da man auf Hilfe nicht rechnen könne und wolle, zumal dadurch die Lage nur verschlimmert werde.

Dann aber stehe zu befürchten, daß durch das Uebermaß des Druckes und des Elends die Unterthanen ihrem Landesherrn entfrembet, die auf den Umsturz der bestehenden Ordnung gerichtete Bewegung sich allgemein verbreiten und den Ruin des ganzen Reiches herbeiführen würde, während man jetzt durch Preisgebung eines Theiles doch die Verfassung retten und Aussicht auf Frieden gewinnen könne.

Wenn man jeweils erst an den Reichstag Bericht erstatten und dessen Bescheid erwarten solle, werde dies nichts helfen, im Gegentheil den Gang der Rastadter Verhandlungen nur verzögern; der Vorbehalt der Ratifikation gestatte dem Reichstage genügenden Einfluß auf die Dinge.

Man sehe zwar voraus, daß Baden als Mitglied der Deputation beim Reichstage der Ueberhebung geziehen werde, allein man wolle des Vorwurfs ungeachtet die Beruhigung erlangen, daß man zur Rettung des Vaterlandes alles, was dienlich scheine, beigetragen habe.

Abschrift.

---

59. Graf Fugger an den Minister von Thugut.

Stuttgart, 6. Febr. 1798.

[Allgemeine Panik unter den kleinern Reichsständen Schwabens. Aufforderung an Würtemberg zur Wiederherstellung der Ruhe.]

Auf einer Reise nach Augsburg beobachtet Fugger, wie weit sich schon die revolutionäre Gesinnung verbreitet. Die Gerüchte von Säkularisationen rauben in den kleinen Staaten manchem Herrn „die Kraft zu befehlen, und den Unterthanen den Willen zu gehorchen". Andere Reichsstände, die sich am Ende ihrer Existenz glauben, verkaufen alles, was zu verkaufen ist, unter dem Preise und ziehen alle ausstehenden Forderungen mit einer schonungslosen Härte ein, die überall im Volke böses Blut macht. Schwaben befindet sich am Rande eines Abgrunds.

Fugger bespricht sich daher mit dem Herzoge von Würtemberg und legt demselben nahe, in seiner Eigenschaft als kreisausschreibender Fürst und Kreisfeldmarschall im Interesse der innern Ruhe Schwabens die nöthigen Vorkehrungen zu treffen; der Herzog erklärt sich dazu bereit, es wird einhellig beschlossen, „eine bedeutenbe Streitkräftenzahl von theils regulärer, theils Landmiliz schleunigst zu errichten". Der detaillirte Plan wird in einigen Tagen fertiggestellt sein.

Wien. St. A.

---

60. Subdelegationsdiarium.

7. Febr. 1798.

[Aufnahme schweizerischer Emigranten. Warnung Rosenstiels.]

...... Der Legations-Secrétaire Rosenstiel, dem wir heute die Ausweisung der angezeigten Emigranten in den Oberämtern Rastadt und Eberstein notificiret haben, hat uns bei dieser Gelegenheit angerathen, höchsten Orts anzuempfehlen, man möchte sich durch die Aufnahme schweizerischer Emigranten in der Nähe der Schweiz in keine neuen Unannehmlichkeiten setzen. Die Passionen — fügte er hinzu — reichten nicht weiter als die Augen, und jene Flüchtlinge würden außerhalb dem nahen Anblick ihrer Landsleute niemanden hindern oder reizen.....

---

61. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 7. Febr. 1798.

[Reitzensteins Rückkehr. Ernennung zum Partikulargesandten. Vortheile.]

.... Reitzenstein wird am 12. d. M. in Rastadt eintreffen [1].

..... Quoique le Bon de Reitzenstein ait signé sa lettre de son nom de guerre — Müller — ce qui me fait supposer qu'il comptait devoir conserver l'incognito ici, je crois bien au contraire qu'à moins qu'il n'ait des objections incontestables à opposer à notre plan, il sera infiniment convenable qu'il soit mis ici en évidence sur le même pied que M^r le Bon de Waitz de Cassel et Mr de Mandelsloh de Stoutgard, et qu'en conséquence V. A. S. lui fasse expédier une légitimation particulière telle que le Landgrave de Darmstadt entretient aussi ici un délégué particulier pour ses propres intérêts [2] indépendamment de Mr. de Gatzert, qui est, comme Mr Meier et moi, subdélégué à la Députation de l'Empire. Il faudra toutefois avant que d'annoncer haut ce dessein parler à Mr de Reitzenstein et se concerter avec lui à ce sujet, mais pour peu que cela soit faisable, il en peut résulter des avantages fort essentiels pour les intérêts particuliers de Votre maison, Monseigneur, et cette négociation intermédiaire nous sauvera [de] tous les inconvénients qui résulteraient de notre double représentation de député ou subdélégué à la Députation de l'Empire et de sollicitant pour les intérêts particuliers de V. A. S. Mon collègue et moi sommes si parfaitement d'accord pour cette très humble proposition que nous nous proposons d'envoyer dès demain à Votre Altesse les formules des légitimations mentionnés de Darmstadt, afinqu'on puisse en expédier éventuellement de conformes pour le Bon de Reitzenstein, pour qu'il puisse en faire usage dès le lendemain de son arrivé, à moins qu'il n'y ait de son côté des obstacles imprévus. Votre Altesse se rappellera au reste qu'il n'y aurait

---

[1] Vergl. Abschnitt 3.

[2] Regierungsrath Strecker.

rien de plus avantageux pour nous et le bien de la chose que sa présence ici, et je puis avoir l'honneur d'assurer que nous avons souvent réitéré ce vœu entre M[r] Meier et moi. . . . .

62. Karl Friedrich an den Kurfürsten Karl Theodor von Pfalz-Baiern.

Karlsruhe, 8. Febr. 1798.

[Bedenken gegen die Ausführbarkeit der baierischen Vorschläge. Zurückhaltung.]

Antwort auf die Vorschläge vom 27. Januar [1].

Der Gedanke eines hierbei möglichen Verbesserungsweges konnte Uns daher nicht anders als sehr willkommen sein, und dessen Vorlegung von Euer Liebden erhält durch die von jeher Hochdenenselben gewidmete ehrerbietige Freundschaft noch einen ganz vorzüglichen Werth. Soweit dabei Euer Liebden solches Mittel für Deutschlands Wolfahrt als in einer engen und biederen Verbindung zwischen den deutschen Reichsständen liegend, andeuten, trifft Hochdero Ueberzeugung ohnehin auf einen schon längst bei Uns festgestandenen Satz, in Absicht dessen Wir nur immer bedauern mußten, daß er bisher jene praktische Gemeingültigkeit nicht erlangt, die Wir ihm gewünscht, und, so viel an Uns ist, zu jeder Zeit zu verschaffen Uns bestrebt haben. Nur wann Euer Liebden weiter darin ein Mittel gegen die Nothwendigkeit zu finden hoffen, auf Frankreichs Forderungen absichtlich auf das linke Rheinufer Sich im gewöhnlichen Weg einer Friedensnegociation einzulassen, dann sehen Wir bei der Vorerwägung der ganz verschiedenen Verhältnisse, in welchen sich dermalen die deutschen Reichsstände durch die Verschiedenheit theils ihrer geographischen, theils ihrer politischen Lage befinden, noch nicht durch, wie die Vereinigung in der durch alle concurrirenden Umstände mit gebietender Nothwendigkeit dem Friedensgeschäft vorgemessenen Zeitkürze zu Stand gebracht werden könne, noch was eigentlich dem unstreitig im merklichen Vortheil stehenden Gegentheil als Friedensbedingung vorzuschlagen mittelst solcher Convention getrachtet werden wolle, noch worin der Nachdruck der standhaften Sprache, auf welche angetragen wird, nach der eigentlichen Absicht und Willensmeinung Eurer Liebden bestehen sollte? Wir können also auch noch nicht bestimmen, ob und was Wir Unseres Theils nach Liegenheit der Sachen dazu beizutragen vermögend wären, und müssen Uns daher vor der Hand darauf beschränken, Hochdenenselben zu eröffnen, daß Wir Unsere Congreßgesandtschaft heute wiederholt und besonders anwiesen, sich mit der Deroseitigen, welche vermuthlich instruirt sein wird, der Unserigen je nach Entwicklung der Umstände mit den erforderlichen weiteren Aufschlüssen an Handen zu gehen, in vertraulichen Relationen stets zu halten und zu Unseres Vaterlands Wolfahrt nach bester Einsicht mitzuwirken oder nach Ergeben jenes, was Unsere eigene weitere Dazwischenkunft forderte, Uns vorzuschlagen.

---

[1] S. oben Nr. 53.

Wir wünschen übrigens, daß der Erfolg des von Euer Liebden rühmlichst gemachten Versuchs der Bewerkstellung einer engern Vereinigung zwischen Deutschlands Ständen, — die, wann sie auch an dem jetzigen Verhängniß etwas zu ändern wol nicht mehr Raum finden wird, dennoch für eine mehrere Solidität und Selbständigkeit Unserer Reichsverfassung in der Zukunft nothwendig von den besten Folgen sein muß, — der Reinheit und Ruhmwürdigkeit Hochihrer Absichten entsprechen möge, und verbleiben Denenselben zu angenehmen freundnachbarlichen Diensten stets geflissen. . . .

Abschrift.

63. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 8. Febr. 1798.

[Bedingte Aufenthaltserlaubniß für die Schweizer Emigranten.]

Der Geh. Rath beschließt, denjenigen Schweizer Emigranten, „welche sich ohne Belästigung des Staats fortbringen können und nicht besondere für diesseitige Lande bedenkliche Verhältnisse wider sich haben“, den Aufenthalt in den badischen Landen, mit Ausnahme jedoch der Oberämter Rötteln und Badenweiler, sowie der Umgegend von Rastadt von der Acher bis zur Alb, zu gestatten[1].

64. Subdelegationsbericht.

9. Febr. 1798.

[Deputation und Reichstag. Zwist wegen der Vollmacht und Instruktion. Das badische Comitialreskript vom 5. Febr.]

In der Sitzung vom 8. Febr. kommen auch die mit dem Reichstage noch immer bestehenden Differenzen wegen der Vollmacht zur Sprache; in einem Schreiben an den letzteren erklärt die Deputation „klar und deutlich“, daß sie „durch die ihr ertheilte neue illimitirte Reichsvollmacht sich befugt erachte, ohne vorgängige Berichtserstattung und Instruktionseinholung über die alte 1795er Reichsinstruktion hinauszugehen“. Die badischen Subdelegirten benützen den Anlaß, um auf das Reskript an Seckendorff vom 5. Febr. zu verweisen.

Dasselbe hat ganz außerordentlichen Beifall gefunden, und wir sind von mehreren Gesandtschaften um dessen abschriftliche Mittheilung ersucht worden, wir haben auch geglaubt, sie omissis omittendis um so eher zusichern zu dürfen, da sie einestheils ähnliche Instruktionsertheilungen nach Regensburg veranlassen mag, anderntheils der Zweifel gegen uns geäußert worden ist, ob wol auch der Herr von Seckendorff den ihm beschehenen Auftrag vollständig ausrichten werde, da er in dem Verdacht stehet, einer der Widersacher der hiesigen Deputation zu sein, und hier sich viele unleugbare Beweise finden, daß die Reichstagsgesandten in der vorliegenden Sache ziemlich leidenschaftlich zu Werke gehen. . . .

[1] S. oben Nr. 60.

65. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 12. Febr. 1798.

[Nachgiebigkeit der Deputation gegen die französische Forderung. Vorschlag Badens. Militärgrenze. Bevorstehende Ankunft Reitzensteins.]

. . . . Uebrigens ist Deputatio mit Ausnahme des österreichischen Gesandten, der sich nicht äußert, einmüthig der Meinung, daß man in der nächsten Antwort an die französische Gesandtschaft nicht mit leerer Hand kommen dürfe, sondern ein ansehnliches Angebot von Landen jenseits Rheins thun müsse, und Moguntinus hat sich darüber zum Stimmen angeboten[1]. Niemand will aber zuerst ad speciem gehen, nämlich namentlich diese und jene Lande zum Abtritt vorschlagen.

Wir haben discursive den Gedanken hingelegt, ob es nicht, um vorerst noch jener am Ende unvermeidlichen Unannehmlichkeit auszuweichen, dennoch aber endlich einmal einen Schritt voranzugehen, thunlich wäre, ohne specielle Benennung ein bestimmtes Quantum, z. B. einen Drittel, die Hälfte rc. derer geforderten Reichslande jenseits Rheins anzubieten, womit denn doch der Weg zum Bieten und Wiederbieten geöffnet, auch der Ernst zum Unterhandeln bewiesen würde.

Andere meinen, man solle eine schickliche, für Frankreich annehmliche Militärgrenze, jedoch vom Rhein entfernt, ausfindig machen und damit von den jenseitigen Landen soviel wie möglich zu retten trachten. Man wird nun aber in kurzem auf ein oder die andere Art sich dem Ziel nähern müssen. Da wir stündlich allhier die Ankunft des Kammerherrn und Landvogts von Reitzenstein aus Paris erwarten[2] und von ihm mancherlei Aufschlüsse zu hoffen haben, so hat uns dies bewogen, in der heutigen Sitzung etwas mehr, als wir sonst nicht gethan haben würden, an uns zu halten[3].

---

66. Subdelegationsdiarium.

13. Febr. 1798.

[Unterredung mit Treilhard. Klage über schleppenden Geschäftsgang.]

Heute hatten wir, den Herrn von Reitzenstein miteingeschlossen, eine sehr bedeutende Unterredung mit dem Ministre Treilhard und Secrétaire Rosenstiel. Beide geriethen in außerordentlichen Eifer über die Verzögerung der hiesigen Negociation, nämlich über die Verweigerung der geforderten Friedensbasis, und prognosticirten daraus Uebel über Uebel.

---

[1] Häffer, I, 97.

[2] Seine Ankunft erfolgte in der Nacht vom 12./13. d. M.

[3] Protokoll, I, 330. Baden tritt dem Votum Kursachsens bei, welches vorerst das Eintreffen der Instruktionen für die österreichische Gesandtschaft abzuwarten beantragt.



67. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 14. Febr. 1798.

[Nachgiebigkeit Lehrbachs. Angebot der Hälfte des linken Rheinufers.]

Nach der vorgestrigen 24ten Deputationssitzung, die eine gefährliche Geschäftspause besorgen ließe[1], hat man doch noch Gelegenheit gefunden, den erzherzogl. österreichischen Gesandten dahin zu vermögen, daß er sich bereit erklärte, auf die Cession eines Theils der jenseitsrheinischen Lande zu stimmen, und man ist mit ihm auf die Hälfte übereingekommen[2]. . . . . Es ist nicht zu erwarten, daß dieses Angebot statt der verlangten Basis werde angenommen werden, aber es wird doch damit ein beträchtlicher Schritt weiter vorwärts geschehen. . . .

68. Subdelegationsdiarium.

15. Febr. 1798.

[Französische Einschüchterungsversuche.]

. . . . Der Ministre Treilhard, der statt seiner vorhin schon starken — nun eine heftige Sprache führet, hat sich heute, äußerst aufgebracht über den ihm bereits bekannten gestrigen Deputationsschluß, gegen die würtembergischen Abgeordneten dahin herausgelassen: er habe seit 3 Stunden Depeschen von seinem Gouvernement in Handen, die ihn aufs gemessenste beorderten, nicht mehr länger mit sich spaßen zu lassen, indem es fest entschlossen seie, wenn man nicht ungesäumt sich zum Ziele lege, zu den ernstesten Mitteln zu schreiten, wobei er freilich Baden, Würtemberg und andere vorliegende Lande bedauern müsse, indem man die Truppen nicht in Luftballons über solche hinausführen könne[3]. . . . .

69. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 16. Febr. 1798.

[Angebot der Hälfte des linken Rheinufers. Weitergehendes Votum Badens und seine Rechtfertigung. Mißfällige Aufnahme.]

In der heutigen 26ten Deputationssitzung ist der in der letzteren Session beschlossene Aufsatz an die französische Gesandschaft, worinnen dieser die Hälfte der linken Rheinseite angeboten werden soll, verlesen und ajustiret worden.

Wir haben bei diesem Aufsatz, insoferne er dem vorliegenden Concluso vollkommen gemäß gefaßt ist, nichts zu erinnern gefunden, hingegen durch die Gesinnungen Ew. Hf. D., die ich, Höchstdero Minister von Edelsheim, dieser Tagen

[1] In Folge der Haltung des österreichischen Gesandten, der noch immer ohne Instruktion war. Hüffer, I, 97 ff.

[2] In der Sitzung vom 14. d. M. wird dies Angebot auf den von Baden unterstützten Antrag Hessen-Darmstadts zum Beschlusse erhoben; Baden verweist in seinem Votum ausdrücklich auf die Gefahr einer rechtsrheinischen revolutionären Bewegung, welche durch längere Weigerung entstehe. Protokoll, I, 342.

[3] Baden hat diese Aeußerungen theilweise in der Sitzung vom 16. Febr. bekannt gegeben. Protokoll, I, 349.

von Höchstdenselben vernommen habe, und durch die uns zugekommene Nachricht, daß die französischen Gesandten über jenes Angebot der Hälfte äußerst aufgebracht seien, uns bewogen gesehen, das in dem angeschlossenen Protokoll enthaltene Votum abzulegen[1].

Wir haben aber damit bei den meisten Vorstimmenden keine beifällige Sensation erweckt, und sie haben geglaubt, daß es um so mehr bei dem letzten Concluso verbleiben müsse, da keine neuen Thatsachen officiell angekündigt worden seien, die eine Aenderung erforderten, ohnehin auch das eröfterte Conclusum dem Publico sowol als der französischen Gesandtschaft bereits bekannt seie, es also ungleich angesehen werden müßte, wenn man es nun ohne eine von Seiten dieser Gesandtschaft dazwischen gekommene officielle Veranlassung abändern wollte.

Wir hätten uns gefallen lassen, daß unsere Abstimmung nicht in das öffentliche Protokoll aufgenommen, sondern in eine geheime Registratur gebracht werde. Directorialis hat aber für besser gehalten, daß sie in dem Protokoll verbleibe, da ohnehin die Nachstimmenden sich darauf bezogen hätten, sie auch schwerlich geheim verbleiben würde und alsdann nur Mißdeutungen veranlassen dürfte.

Wir hatten vor der Session die volle Ueberzeugung und haben sie nach derselben befestiget gefunden, daß Frankreich von seiner geforderten Basi schlechterdings nicht abgehe, und daß wir also durch unseren Vortrag schlechterdings nichts geschadet haben.

---

70. Subdelegationsdiarium.

16. Febr. 1798.

[Badisches Votum. Drohung mit einem Ultimatum.]

In der heutigen Session haben wir einen Vortrag gethan, den uns die Lage der Umstände abgenöthiget und der nicht allgemeinen Beifall gefunden hat. . . .

Während solcher war der Herr von Reitzenstein bei dem Ministre Treilhard, der ihm die gestern von Paris erhaltenen Originaldepeschen[2] *ad inspiciendum* vorgewiesen und ihn daraus überzeugt hat, daß das französische Gouvernement auf dem Abtritt der linken Rheinseite unabweichlich beharre, deren hiesigen französischen Gesandtschaft injungire, keine längere Nachsicht als etwa noch von einigen Tagen

---

[1] Protokoll, I, 349 ff. Baden giebt unter Hinweis auf die jüngsten französischen Drohungen zu erwägen, ob nicht von vornherein die Abtretung des ganzen linken Rheinufers vorzuziehen sei, da Frankreich doch von seinen Forderungen nicht abgehen werde, die Spekulation wol aber jetzt noch „die Zulassung billiger Modifikationen" erhoffen dürfe. Protokoll, I, 349. — Hüffer a. a. O. I, 98. Für die Vermuthung Hüffers, daß die badische Erklärung im Auftrage der französischen Gesandten erfolgt, findet sich in den Akten kein Beleg.

[2] S. oben Nr. 68. Bei Koechlin findet sich kein Beleg dafür, daß derartige Weisungen ergangen sind.



zu gebrauchen, und dabei bemerke, daß es alsdann andere Mittel einzuschlagen wissen werde.

71. Karl Friedrich an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Karlsruhe, 19. Febr. 1798.

[Geusau nach Berlin. Glückwunsch zum Regierungsantritt. Unklare Verhältnisse. Bitte um Unterstützung der badischen Entschädigungsansprüche.]

Beglückwünschung zur Thronbesteigung[1] durch den Oberstkammerherrn von Geusau. Der Markgraf empfiehlt sein Haus der „Gewogenheit und Protektion" des Königs. Die Hoffnung, „es werde der Gang des Friedensgeschäftes mit der französischen Republik inmittelst sich so weit aufklären, daß ich Höchstdenenselben eine näher bestimmte Eröffnung nicht nur meiner billigen Wünsche und Erwartungen vortragen und mir zu deren Erfüllung Höchstdero vielvermögenden Schutz und Interposition ehrerbietigst erbitten, sondern darmit auch noch die vertrauliche Mittheilung desjenigen Resultats verbinden könnte, welches die von meinem Abgeordneten in Paris gemachte Schritte haben würden" — diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt; „mein vor einigen Tagen aus Paris anhero gekommener Gesandte meldet mir ...", wie ihm das französische Gouvernement verschiedentlich die sehr bestimmte und deutliche Aeußerung gemacht habe, daß eine dortseitige verbindliche Erklärung über die Thunlichkeit dieser oder jener Art meiner Entschädigungen vordersamst noch auf die von Ew. Kgl. M. erwartende Entschlüsse in Hinsicht des Pacifikationswesens und der Grundlage der Entschädigungen überhaupt ausgesetzt bleiben müsse".

Der Markgraf ersucht, die preußische Gesandtschaft zu Rastadt anzuweisen, die badischen Desiderien, sobald dieselben näher formulirt werden könnten, nachdrücklichst zu unterstützen.

Concept Edelsheims.

72. Subdelegationsdiarium.

20. Febr. 1798.

[Abberufung des Grafen Preysing. Motive.]

Der fürstenbergische Geh. Rath von Kleiser theilt bei seiner Rückkehr von Donaueschingen dem Geh. Rath Meier mit, daß überall im Lande Ruhe herrsche.

.... Ueber die Abberufung des baierischen Gesandten Grafen von Preysing wird sehr verschieden geurtheilt werden[2]. Er hat mir solche heute beim Abschiednehmen wiederholt und ohne allen Rückhalt dahin eröffnet:

„Sein Votum, worin er darauf angetragen, man möchte sich den Inhalt der österreichischen Friedensverträge mit Frankreich verschaffen, um zu wissen, woran er[3] seie, habe ihm auf Veranlassung des Grafen von Lehrbach, den er darüber zur Rede gestellt, von seinem Kurfürsten den Vorwurf einer begangenen Unvorsichtigkeit zugezogen, und schon damalen habe er mit seiner Rechtfertigung um seine Entlassung angehalten.

Erst mehrere Wochen nachhero seie ihm ein kurfürstliches Reskript zugekommen, worin ihm unter der Voraussetzung, welche Beschwerde der kaiserl. Minister Graf

[1] Der König hatte diese durch den Major von Wintzingerode in Karlsruhe notificirt.

[2] Vergl. Hüffer, I, 45 u. 106. Hüffers Vermuthung, daß Lehrbach die Abberufung veranlaßt, wird durch das folgende bestätigt.

[3] sic! man.



Seilern[1] auf Ordre seines Hofs über ihn geführt habe, sein obiges Benehmen und, daß er sich mit seinen Abstimmungen nicht an Oesterreich, sondern an andere anschließe, in sehr harten Ausdrücken verwiesen worden.

Noch ehe er hierauf habe antworten können, seie ihm weiters bedeuten worden: der Kurfürst hätten den Herrn von Dalberg[2] anhero beordert: diesem habe er alle gesandtschaftlichen Papiere vorzulegen, um zu sehen, ob nicht Intentions- und Instruktionswidriges vorgegangen sei.

Den baierischen Revisionsrath von Branca habe er zurückzusenden und sich übrigens anders nicht zu benehmen, als wie der H. von Dalberg und die hiesigen pfälzischen Partikularabgeordneten per maiora bestimmen würden.

Dieses gleichsam inquisitorische Verfahren und die unwürdige Beschränkung in seinem officio habe er sich schlechterdings verbeten, hingegen seinen Rappell absolute verlangt und erhalten, den Grafen von Lehrbach aber, der nun an der ganzen Geschichte keinen Antheil haben wolle, durch die Vorweisung der kurfürstl. Ordre und der darin enthaltenen Graf Seilernschen Ausrichtung in nicht geringe Verlegenheit gesetzt[3]".

73. Subdelegationsdiarium.

26. Febr. 1798.

[Differenzen zwischen Metternich und Lehrbach. Nachgiebigkeit des letzteren gegen die französische Forderung.]

Bericht über die Sitzung vom 26. Febr.[4].

. . . . . Discursive wurde geäußert, die k. Plenipotenz werde einem etwaigen Antrag auf den Abtritt des ganzen linken Rheinufers nicht beitreten, sich also auch weigern, ihn der französischen Gesandtschaft zu übergeben.

Dagegen hat Austriacus, der schon oft, wenigstens pro forma, die Parthie der Deputation gegen die k. Plenipotenz genommen, sich sehr stark herausgelassen und bei dieser Gelegenheit sind ihm die Worte entfallen: der kaiserl. Plenipotentiarius habe hier schon 40000 fl. verzehrt, die nicht der Kaiser bezahle, sondern Oesterreich bezahlen müsse.

Einige weitere Aeußerungen z. B., ob die Plenipotenz einen neuen Krieg excitiren wolle, zu dem man es nimmermehr dürfe kommen lassen, geben zu vermuthen, daß Austriacus in der Friedensbasis auch noch weiter, als schon geschehen ist, nachgeben werde[5].

[1] Graf Seilern, kaiserl. Minister in München.

[2] Vermuthlich der Geh. Rath Wolfg. Heribert von Dalberg, der bekannte Mannheimer Intendant.

[3] An Stelle des Grafen Max v. Preysing tritt Graf Topor Morawitzky.

[4] Dieselbe hat vorwiegend die Modifikationen, unter denen die Abtretung des linken Rheinufers erfolgen würde, zum Gegenstand. Das badische Votum, Protokoll, I, 382 ff.

[5] Entsprechend erklärt sich Lehrbach denn auch in seinem Votum bereit, mehr als die Hälfte des Rheinufers preiszugeben. Protokoll, I, 365.

74. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 26. Febr. 1798.

[Abneigung der Deputation gegen die Abtretung des ganzen linken Rheinufers. Metternichs Zustimmung von weiteren Instruktionen abhängig. Einfluß auf das badische Votum.]

Am 25ten Abends findet sich bei dem Grafen Metternich die Mehrzahl der Deputationsmitglieder ein. Aus verschiedenen einzelnen Unterredungen entnehmen die badischen Gesandten, daß man noch keineswegs gesonnen ist, die französische Forderung in ihrem vollen Umfange zu bewilligen, sondern die unbestimmte Hälfte des linken Rheinufers bestimmt anzubieten gedenkt und die Hoffnung auf eine weitere Zugabe höchstens durchblicken lassen wird.

.... Es will mit einem Wort keiner der erste sein, der diesen Antrag wagt, und außerdem können wir keinen andern Grund von diesem Benehmen entdecken als um die Beruhigung zu erhalten, daß man es aufs äußerste habe ankommen lassen, und etwa auch um Zeit zu gewinnen, ob nicht binnen solcher die Mächte, Oesterreich und Preußen, irgend einen entscheidenden Schritt thun werden.

Gegen das Ende der Assemblée war außer uns niemand mehr vorhanden als der mainzische und der würzburgische Abgesandte. Der Herr Plenipotentiarius hielt an uns einen überdachten Vortrag und beschloß ihn mit der wiederholten Erklärung:

> er könne und werde, wenn auch die Deputation einstimmig auf die Cession des ganzen linken Rheinufers antragen würde, ohne vorhersamste neue Instruktion des Kaisers nicht darauf eingehen, es möge daraus entstehen, was da wolle.

Auf unsere Instanz, was dann nach 8 Tagen zu thun seie, wenn die französische Gesandtschaft abermalen auf ihrer Forderung beharre und damit, wie verlaute, die Drohung verbinde, sie würde eine nochmalige Verweigerung als eine neue Kriegserklärung ansehen, — erhielten wir die unmaßgebende Antwort:

> das soll sie thun, sie soll diese Drohung officiell und schriftlich ankünden und dann wird sich schon das weitere ergeben.

Der Beisatz: die Herren Ministres (welche?) mögen sich alsdann erklären, — ist uns dunkel geblieben.

Durch alle diese Wahrnehmungen und Aeußerungen ist uns das Conzept unseres vorgefaßten Voti ziemlich verrückt worden, wir haben jedoch mit allem Vorbedacht getrachtet, unsere übel aufgenommene Abstimmung in der 26ten Sitzung zu salviren[1], als die wir immer weniger zu bereuen Ursache haben. ....

---

[1] S. das Votum, Protokoll, I, 386, wo Baden, wenn „auch nur ein Anschein von Hoffnung vorhanden", dem Angebote der Hälfte des linken Rheinufers beipflichtet.

75. Geheimer Bericht Reitzensteins an Karl Friedrich.

Rastadt, 26. Febr. 1798.

[Unterredung mit Treilhard. Erkundigung nach dem Resultat der Sitzung. Drohung mit Abbruch der Verhandlungen. Treilhards Darstellung der Unterredung mit Lehrbach. Beschwichtigungsversuche. Reitzenstein vermuthet geheime Abmachungen wegen Kurköln. Bonaparte.]

Heute war ich, nebst der Hfstl. Gesandtschaft bei dem französischen Minister Bonnier zu Mittag gebeten. Sein College Treilhard benutzte die starke halbe Stunde, die man auf das Essen warten mußte, dazu, um mich unter einem gleichgiltigen Discours in ein besonderes Zimmer zu führen, wo er mich dann auf der Stelle und ganz bestimmt fragte, welchen Schluß die Deputation in ihrer heutigen, langen Sitzung genommen habe. Voraus schon von der Antwort unterrichtet, die man den französischen Ministern auf ihr desfalls zu vermuthendes Anbringen vor der Hand zu geben übereingekommen war, erwiderte ich ihm: es habe zwar meines Wissens in der heutigen Sitzung noch kein eigentliches Conclusum gefaßt werden können, da sämmtlich abgelegte Vota zu weitläufig ausgefallen, als daß es Directoriali möglich gewesen, auf der Stelle ein passendes und den Sinn der Majorität erreichendes Résumé daraus zu formiren, inzwischen glaube ich doch vermuthen zu können, daß sich majora auf eine Proposition vereinigen würden, die, wenn sie auch nicht auf die volle Abtretung des linken Rheinufers gehe, derselben doch ziemlich nahe komme, indem der vermuthlich gemacht werdende Vorschlag kaum ein mehreres als das Kurfürstenthum Köln und etwa einen Theil des Jülichschen davon ausnehmen werde. Treilhard bezeugte mir hierüber seine große Entrüstung vorerst nur im allgemeinen und setzte darauf die Unterredung folgendermaßen fort.

Treilhard: Wie dann das diesseitige Votum ausgefallen?

Ego: Diesseits gehe man seinen geraden, ihm bereits bekannten Weg fest und unwandelbar fort, ein gleiches sei also auch in der heutigen Sitzung geschehen. Daß die badische Gesandtschaft das eifrigste und aufrichtigste Verlangen hege, den Frieden je eher, je lieber auf dauerhaften Grundlagen abgeschlossen zu sehen, und dazu aus allen Kräften mitwirke, davon werde er sich ohne Zweifel überzeugt halten, zugleich aber auch beherzigen, daß eben unsere Kräfte unserm guten Willen nicht gleich kämen, und wir also nicht soviel wirken könnten, als wir wünschten, so klar wir auch alle die gefahrvollen Folgen voraussähen, die ein noch lange dauernder Verzug oder vollends der Abbruch der Unterhandlungen nach sich ziehen müßte.

Tr.: Er sei mit unserm ihm bereits quoad substantialia bekannten Voto, sowie mit dem ganzen diesseitigen Benehmen aufs vollkommenste zufrieden; ob uns dann aber niemand beigetreten sei?

E.: Ich wüßte dieses nicht, glaubte es aber beinahe befürchten zu müssen.

Tr.: Frankfurt habe ja ebenfalls sehr gut votirt.

E.: Ich hätte davon gehört, daß in der Frankfurter Abstimmung, wie solches bereits in Sessione XXVI geschehen, die mehreren Gründe, die den schleunigen Friedensabschluß, selbst mit Bestimmung der Rheingrenze wünschenswerth machten, entwickelt seien, müsse jedoch zweifeln, daß die dortigen Subdelegirten es hätten wagen dürfen, ohne Vorausgang von Oesterreich ihrem voto eine bestimmte Conclusion zu geben.

Tr.: Wie denn Augsburg votirt habe?

E.: Dies sei mir unbekannt; nach dem bisherigen zu urtheilen, wahrscheinlich wie Oesterreich. Ihm sei ja die Dependenz nicht unbekannt, in der die Reichsstädte von dieser Macht stünden.

Tr.: Und doch hätten jetzt die Reichsstädte eine so schöne Gelegenheit, sich Independenz zu verschaffen. Ob uns nicht wenigstens Darmstadt beigetreten sei?

E.: Ich könne ihm auf meine Ehre versichern, daß ich — die Session war den Augenblick erst ausgegangen — noch nicht von allen Votis informirt sei, und unter anderm auch vom Darmstädtischen noch kein Wort wisse.

Tr.: Ob ich nicht heute Abend das Sessionsprotokoll erhalten würde und ihm daraus den nähern Inhalt der einzelnen Abstimmungen mittheilen wolle?

E.: Ich würde nicht im Stande sein, dieses zu thun, weil, wie eben gesagt, die Vota so weitläufig ausgefallen seien, daß das Protokoll schwerlich vor 2—3 Tagen vervollständigt sein werde.

Tr. (mit anscheinend vieler Theilnahme und Bewegung): Die Deputation mache üble Schritte und das schlimmste sei, daß sich Sachsen in allem von Oesterreich souffliren lasse, auch mit Preußen hätten sie Ursache höchst unzufrieden zu sein, weil diese Macht keinen Zug thue. Was den Vorschlag betreffe, von der Cession des linken Rheinufers das Erzstift Köln auszunehmen, so wisse er schon, daß ihn Bremen gemacht habe[1], und er vorher mit Oesterreich concertirt worden sei. Die großen Mächte hätten keine andere Absicht, als dem ganzen Geschäft Hindernisse in den Weg zu legen und das Friedenswerk aufzuhalten, damit die bisherige Anarchie in Deutschland fortdaure und sie desto besser im Trüben fischen könnten.

E.: Von all diesem könne niemand lebhafter überzeugt sein, als ich es seit langer Zeit gewesen; es könne auch wol noch dazu kommen, daß Rußland den beiden Höfen von Wien und Berlin proponire, gegen Abtritt ihrer Besitzungen auf dem rechten Weichselufer ganz Deutschland unter sich zu theilen; ich wisse nun freilich nicht, ob dies gerade die Affäre der französischen Republik sein werde.

Tr.: Par Dieu non! Und sie würde einen solchen Plan mit Nachdruck zu vereiteln wissen. Oesterreich calculire sehr falsch, wenn es die Nachgiebigkeit der andern Reichsstände zu verhindern oder zu beschränken suche. Frankreich habe bereits deutlich genug erklärt, was es wolle; wenn also jetzt abermals eine un-

[1] Protokoll, I, 378.

vollständige Proposition erfolge, so würden sie gar nicht mehr darauf antworten, sondern sogleich die Feindseligkeiten wieder erneuern lassen. Dies sei jedoch nicht gegen Baden, mit dem man völlig zufrieden sei, gemeint.

E.: Da er aus einem solchen Ton mit mir spreche, so müsse ich ihm ebenfalls ganz offenherzig reden. Ich wolle ihm daher nur gestehen, daß mir mehrere Glieder der Deputation sowol als von Partikularabgeordneten in der Vermuthung zu stehen schienen, daß es Frankreich selbst mit der gänzlichen Abtretung des linken Rheinufers nicht voller Ernst sei, daher auch der heutige Vorschlag, von dieser Cession das Kölnische auszunehmen, de concert mit ihnen, den französischen Ministern, gemacht worden sein möge. Zu noch mehrerer Bekräftigung dessen — (hier wollte er mich aus Ungeduld nicht weiter reden lassen) — könne ich ihm sagen, daß mir bereits in Paris, unmittelbar nach dem Abschluß des Friedens von Campo Formio, von sehr wolinstruirten Personen versichert worden, daß ein geheimer Artikel dieses Friedens aus Rücksicht auf die Verwandtschaft des Kurfürsten von Köln mit dem Kaiser die Conservation dieses Erzstifts, sei es nun auf dem linken oder rechten Rheinufer, je nachdem man darüber zu Rastadt werde übereinkommen können, garantire. Sollte nun diese nämliche Meinung ein oder andern hiesigen Gesandten ebenfalls suggerirt worden sein, so sei ihre dermalige Zurückhaltung leicht zu erklären.

Tr.: Von einem solchen geheimen Artikel wisse er kein Wort, ob er gleich dafür halte, daß er wol auch davon instruirt sein müßte[1]. Von der integralen Abtretung des linken Rheinufers weiche Frankreich ein für allemal nicht ab; könne Köln auf dem rechten conservirt werden, so habe er nichts dagegen, allein die mindeste Garantie selbst in Ansehung dieses letzteren Punktes existire durchaus nicht. Um mir über alles besonders in Ansehung des vorgeblichen Conzerts mit Oesterreich keinen Zweifel übrig zu lassen, wollte er mir, ohne daß ich jedoch davon weiteren Gebrauch machen sollte, — im engsten Vertrauen die Unterredung mittheilen, die er soeben mit dem österreichischen Subdelegirten gehabt habe[2]. Es sei nämlich augenblicklich nach der Session Graf Lehrbach zu ihm gekommen und habe ihm den ganzen Verlauf sowol als die einzelnen Abstimmungen mit dem Beisatz hinterbracht[3], wie er hoffe, daß sie sich nun wol einander ziemlich genähert haben würden, indem sich die Deputation wahrscheinlich zu dem Abtritt des ganzen linken Rheinufers, nur etwa mit Ausschluß Kölns, verstehen würde. Darauf habe er ihm sogleich erwidert:

> Sie wollen also Krieg? Nun gut, sie sollen ihn morgen haben. Wir werden auf einen solchen Vorschlag sogleich die Truppen vorrücken lassen.

---

[1] Vergl. den geh. Artikel 12 des Friedens von Campo Formio.

[2] Vergl. im folgenden die Darstellung Lehrbachs bei Hüffer, I, 105 ff., die in einer Reihe von Punkten abweicht.

[3] Man wird den Widerspruch beachten, der zwischen diesen Behauptungen Treilhards und seinem Verhalten im Eingange der Unterredung liegt. Daß in dem Falle in der

Graf Lehrbach sei hierüber äußerst betroffen gewesen und habe ihm gesagt, es werde doch nicht so böse gemeint sein, das Anerbieten der Deputation sei doch sehr ansehnlich 2c., allein er habe ihm kurz nochmals wiederholt:

> Sehen Sie zu, was Sie thun! Sie werden die Folgen davon augenblicklich wahrnehmen, wir werden gar keine Antwort mehr geben, sondern die Feindseligkeiten gleich wieder erneuern lassen.

En disant cela — fuhr Treilhard fort — je lui ai tourné le dos et je l'ai planté là.

Wie ernstlich es ihnen gemeint sei, könne ich hieraus sehen, und wirklich seien sie fest entschlossen, wenn die angegebene Proposition komme, sie nicht mehr zu beantworten, sondern ohne weiteres den Krieg seinen Fortgang nehmen zu lassen.

Ich suchte ihm hierauf begreiflich zu machen, daß dies doch keineswegs der rechte modus procedendi sei, weil ihre jetzige feste Willensmeinung der Deputation ja noch nicht schriftlich bekannt gemacht worden, allein er replicirte, daß alles dies sowol als der Vollzug ihrer auf den Weigerungsfall gemachten Drohungen in ihren vorigen Noten schon deutlich genug enthalten sei, und sie also gar keine Ursache mehr hätten, sich länger herumziehen zu lassen. Ich sagte ihm nun, en badinant: ich hätte bereits vor einigen Tagen seinen Collegen Bonnier damit getröstet, daß das linke Rheinufer, von dem sie so viel sprächen, eine jolie fille wäre, die sich dann doch nicht mit Anstand gleich auf die erste Sommation ergeben könnte, allein er wurde darüber sehr unwillig und sagte, der Sommations seien schon überflüssig gewesen, und sie verstünden jetzt keinen Scherz mehr. Endlich suchte ich ihn zu dem Versprechen zu bringen, der Deputation auf ihre in wenig Tagen erfolgen werdende Note doch wenigstens, wann es auch nur mit 6 Zeilen wäre, zu antworten, daß sie keine Restriktion der anverlangten Cession annähmen und jeder weitere Aufschub oder Verweigerung die augenblickliche Erneuerung der Feindseligkeiten zur Folge haben werde, damit dann doch die Deputation das, was er mir hier nur mündlich sage, officiell erfahre, und dadurch ihre Einwilligung in ein so großes Opfer vor dem Reich rechtfertigen könne. Er gab mir zwar hierauf kein bestimmtes Versprechen, sondern wollte immer noch auf seinem Satz, gar keine Antwort mehr zu geben, stehen bleiben; inzwischen konnte ich doch bemerken, daß er meinen Gründen Gehör gegeben.

Während dieser Unterredung suchte ich dem Minister die idée geläufig zu machen, daß das ganze Säkularisationsprojekt viel leichter gehen würde, wenn ein geistlicher Kurfürst mit der Erzkanzlerwürde gelassen würde, — er nahm sie auch sehr auf.

Thal Lehrbach geplaudert hat, und nicht die badischen Gesandten, wie Häffer, I, 109 annimmt, die Rolle der Zwischenträger gespielt haben, ergiebt sich auch aus Aeußerungen Edelsheims, der mit Erstaunen wahrnahm, daß Treilhard ihm alsbald nach der Sitzung „das Resultat aller einzelnen in der heutigen Session gefallenen Stimmen hersagte".

Ich ließ auch einige Worte von der Drohung fallen, die sich die geistlichen Herren laut genug erlauben, daß, wenn man sie durch eine gänzliche Sécularisation ruiniren wolle, sie eine Vendée in Deutschland erregen könnten. . Er antwortete mir darauf kurz:

«Toute votre prêtraille sera bientôt à bas.»

Während Tische theilte Treilhard seine Unterredung mit Graf Lehrbach auch Herrn Minister von Edelsheim mit, allein das interessanteste ist, daß sie gedachtem Herrn Minister beim Herausgehen aus Bonniers Zimmer in dem untern Gang des Schlosses von Graf Lehrbach selbst, der eben zu Bonnier kommen wollte, nur mit wenig Abänderungen hinterbracht worden. Er sagte nämlich: Wissen Ew. Exc. auch, was mir heute von Treilhard widerfahren ist? Nach Beendigung der Session begegne ich ihm von ohngefähr! und sage, daß wir hoffentlich nun nahe beisammen sein würden, da die Deputation ihr voriges Offertum wahrscheinlich näher bestimmen werde, so daß Frankreich alsdann bloß die Wahl haben würde, und statt mit dieser Eröffnung zufrieden zu sein, giebt er mir die Antwort: u. s. w. wörtlich, wie oben.

Aus allen diesen Diskursen lassen sich mehrere Vermuthungen ziehen. Am meisten Probabilität sehe ich für die Unterstellung, daß die ganze Sache eine abgeredete Comödie zwischen Oesterreich und Frankreich ist. Das Wiener Ministerium will sich nicht öffentlich vorwerfen lassen, daß es den eigenen Oncle des Kaisers von Land und Leuten depouillirt habe. Es hat ihm daher fortwährend die besten Vertröstungen gegeben und ihn versichert, daß er ganz ruhig sein könne. Daher also die erste generelle Weigerung der österreichischen Gesandtschaft, überhaupt nur bei abmangelnder Instruktion zu votiren; daher der von Oesterreich eingeblasene Vorschlag, die Hälfte anzubieten; daher der heutige, Oesterreich ebenfalls als Vater erkennende bremische Vorschlag; daher die Lehrbach'schen Sincerationen in der heutigen Sitzung, daß er sich nun auch nicht weiter vom Fleck bringen lassen, daß mit Drohungen bei ihm nichts ausgerichtet sei 2c. Nun glaubt Köln, es ist geborgen, der Gesandte berichtet seinem Kurfürsten, Oesterreich sei denn doch ehrlicher, als man geglaubt habe, und der günstige geheime Artikel des Friedens von Campo Formio werde demnächst zur Ausführung kommen.

Allein nun muß auch Lehrbach das Unglück haben, gerade von der Session weg dem französischen Minister „von ohngefähr" zu begegnen und ihm in aller Unschuld den muthmaßlichen Schluß der Deputation eröffnen; darüber muß sich nun Treilhard gewaltig entrüsten und auf der Stelle den Krieg wieder anfangen wollen, und Lehrbach, dem ja bekanntlich das Herz immer auf den Lippen sitzt, hat auch gegenwärtig die bonhomie, das schreckliche Geheimniß geschwind seinen Herrn Collegen im engsten Vertrauen mitzutheilen. Nun geräth die Deputation in Angst, die Partikularabgeordneten drängen und treiben; Treilhard läßt morgen seine Armee marschiren; es ist also nichts zu thun, als abzuschließen und alles abzutreten, was Frankreich will. Oesterreich blamirt diesen Schritt

der Deputation auf's äußerste, es läßt mündlich sagen, daß die Treulosigkeit des französischen Gouvernements, das gegen seine geheimen Verbindungen handle, unerhört sei; allein der Schritt ist einmal geschehen, der Drang der Umstände hat die Deputation geleitet, und nun muß man sich bemühen, Köln auf dem rechten Rheinufer desto vollständiger zu entschädigen! Freilich lassen sich auch andere Unterstellungen machen, allein man müßte gar zu sehr Noviz sein, um die gegenwärtigen nicht wenigstens sehr glaubhaft zu finden[1]. —

Nach Treilhards Privatnachrichten aus Paris soll Bonaparte heute (den 26. Febr.) von da abreisen, um sich hieher zu begeben. Ist nicht gut für das diesseitige Interesse, in keiner Rücksicht, besonders aber in Ansehung des Breisgaues.

---

76. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 28. Febr. 1798.

[Bedenken Badens gegen den Deputationsschluß.]

Berathung über die Beantwortung der französischen Note vom 20. Febr., die erneute Forderung des linken Rheinufers betr.

. . . . Eine lange Diskussion veranlaßten alsdann die ebenfalls in das Conclusum aufgenommenen Modifikationen und Bedingungen[2], unter welchen man sich zu obgedachtem Abtritt verstehen wolle, und hierbei machten wir die dringendsten Vorstellungen; wenn man den Petitionslibell so sehr überlade und zu viel fordere, werde man nichts erlangen. Mehrere waren auch unserer Meinung. Es hat jedoch die Stimme derer überwogen, welche dafür gehalten haben, es seie Pflicht der Deputation und eine Schutzwehre gegen nachmalige Vorwürfe von Sorglosigkeit, alles in Forderung zu bringen, was sich nur immer mit Billigkeit fordern lasse. . . . . Am meisten ist uns der 6te Artikel in Verbindung mit dem Schluß des 3ten in verbis «salvis tamen iuribus» aufgefallen, und wir sind auf unsere Frage, was man denn eigentlich denen Franzosen cedire, da sie denen Cedenten fast alles belassen oder abkaufen sollen? — mit der Antwort sehr wenig befriediget worden, daß z. B. unter denen Hoheitsrechten nur regalia minora verstanden seien.

Wir übergehen eine Menge derartiger Ausstellungen, die wir gemacht haben, und bemerken nur noch, daß in dem letzten Artikel die Bestätigung derer älteren Friedensschlüsse erwähnt werden sollte.

Subdelegati Augustanae confessionis haben aber behauptet, daß sie alsdann, man möge sie namentlich oder auch nur überhaupt anführen, eine Ver-

[1] Der Schluß, den Reitzenstein aus den Aeußerungen Treilhards und Lehrbachs zieht, ist bekanntlich irrig: nicht die Erhaltung des Kurfürstenthums Köln, sondern die Auslegung des geh. Art. 7 des Friedens von Campo Formio bildete den Gegenstand der beiderseitigen Verhandlungen.

[2] Das Conclusum s. Protokoll, I, 400 ff. Die Bedingungen sind in 18 Punkten zusammengefaßt. Vergl. Hüffer, I, 102 ff.



wahrung gegen den Ryswicker Frieden beifügen müßten, und man hat sofort allerseits gut gefunden, noch zur Zeit hiervon ganz zu abstrahiren. . . . .

---

77. Subdelegationsdiarium.

1. März 1798.

[Kriegsdrohungen Treilhards. Beruhigung durch Rosenstiel.]

Der Ministre Treilhard hat heute gegen den Herrn von Reitzenstein im heftigsten Unwillen geäußert: Die französische Gesandtschaft werde auf die neuen Vorschläge der Deputation kein Wort antworten, auch in 6 Tagen schwerlich mehr hier sein, und die Hostilitäten werden unverzüglich wiederum angefangen werden. Von Indemnisationen zc. seie alsdann keine Rede mehr. Frankreich werde behalten, was es habe, und sich um Deutschland weiter nicht bekümmern, außer etwann um diejenigen Fürsten und Stände, die sich alsdann mit Frankreich alliiren würden[1].

Aeußerst betreten hierüber habe ich, der Geh. Rath Meier, den Secrétaire Rosenstiel zu sprechen gesucht und dieser hat mich ziemlich beruhiget, auch mir zugleich eröffnet, daß der heftige Unwille des Ministre Treilhard von denen — wie er sich ausdrückte — meistentheils unsinnigen Bedingungen herrühre, die in der Deputationserklärung enthalten sein sollen.

Er wußte unser Votum verbotenus und die von uns vorgeschlagenen Bedingungen sind ihm nicht anstößig. . . . .

---

78. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 9. März 1798.

[Verhalten Albini's. Seine Aeußerungen von französischer Seite dementirt. Vereinbarung eines Votums. Oesterreichische Gegenvorstellungen. Die Sitzung vom 9. März. Bedingungslose Abtretung des linken Rheinufers.]

Die badischen Gesandten hegen anfangs geringe Hoffnung, daß man bei der Schlußabstimmung über die erste Friedensbasis zu einem einmüthigen Beschlusse kommen werde, da Sachsen unentschlossen schwanke, Oesterreich — und mit ihm wol auch Baiern und Würzburg — sich ablehnend verhalte und der kurmainzische Vertreter der französischen Forderung auf's heftigste opponire.

. . . . Letzterer[2] hat nämlich geradezu erkläret, wenn der Kurfürst von Mainz auf der linken Rheinseite alles verlieren und außerdem seiner Existenz auf der rechten nicht gewiß sein solle, so werde er in dieser Ungewißheit auf die volle Basin schlechterdings nicht eingehen, sondern er könne in diesem Falle für sich und seinen Herrn nichts Besseres thun, als die ganze Sache, soviel nur

---

[1] Ueber diese «politique d'intimidation», wie Talleyrand sie bezeichnet, das nähere bei Koechlin, Ann. des scienc. pol., II, 194. — v. Gagern: Mein Antheil an der Politik, I, 88 ff., — neuerdings Pallain, Le ministère de Talleyrand sous le Directoire, 213, 216 ff.

[2] Der Minister von Albini. Vergl. im folgenden Häffer, I, 111—115.



immer möglich, zu verwirren und alles auf's äußerste ankommen zu lassen, wo denn doch vielleicht aus dem Chaos noch etwas Gutes für ihn entstehen könne.

Diese Gesinnungen sind nun aber in der Zwischenzeit merklich umgestimmet worden.

Schon vor einigen Tagen haben die preußischen Gesandten sich absichtlich und daß es auf Herrn von Albini wirken solle, verlauten lassen, es seie wol kaum daran zu zweifeln, daß der erste Kurfürst und Erzkanzler des Reichs seine Existenz behalten werde und eben dieses hat ihm nun vorgestern der Ministre Treilhard bei einem ihm abgestatteten freundschaftlichen Besuch zuverlässig, wie er es wenigstens vermeinet, mit dem Beisatz zugesichert, daß, wenn auch der Kurfürst bei denen Ausgleichungen diesseits Rheins etwas verlieren sollte, er dafür an einem anderen Ort könne entschädiget werden. Diese Zusage hat bei dem Freiherrn von Albini die zwar egoistische, jedoch in seiner und seines Herrn Committenten besonderer Lage eher verzeihliche Sinnesänderung hervorgebracht, daß er sich auf der Stelle in Absicht auf die Basin nachgiebig bezeigte, nur aber dem Ministre Treilhard vorstellig machte:

„er möchte vor's erste die Reichsdeputation nicht übertreiben und ihr in Rücksicht auf das Urtheil des Publici die kleine Beruhigung vergönnen, der jenseitigen Forderung so spät, wie möglich, nachgegeben zu haben; er möchte vor's andere bedenken, daß ohne die österreichische Beistimmung auf die volle Basin kein einmüthiges und ohne den Beitritt der Plenipotenz kein wirksames Conclusum zu Stande zu bringen seie, welcher gedoppelte Anstand aber durch den Versuch einer nochmaligen Gradation — wobei die französische Gesandtschaft außer dem Verlust von einigen Tagen nichts verliere, sondern ihre Hauptabsicht dennoch und vielleicht ultra tenorem des Friedens zu Campo Formio erreiche — sich ohne Zweifel beseitigen lasse. Er gedenke daher seinesorts in proxima auf die Bewilligung der geforderten Friedensbasis anzutragen und nur ausnahmsweise das Stück Landes unterhalb der Ruhr vorzubehalten, in welchen Vorschlag Oesterreich leicht und alsdann am Ende desto eher auch in das Totum eingehen werde."

Der Herr von Albini hielt sich beglaubiget und versicherte wenigstens, der Ministre Treilhard seie diesem Vorschlag nicht entgegen, vorausgesetzt jedoch, daß jene Länderausnahme nicht als conditio sine qua non gefordert werde, indem an irgend eine Ausnahme nun und nimmermehr zu denken seie.

So stund die Sache am Mittwoch Abends, den 7ten l. M., und der Freiherr von Albini hatte nun nichts Angelegeneres, als Oesterreich und Sachsen für seinen Vorschlag zu gewinnen. Wir hatten, als uns vorstehende Eröffnungen geschahen, unser Votum,

„auf die Bewilligung der ganzen Basis mit Vorbehalt des Truppenabzugs vom rechten Rheinufer und mit Vorbehalt einer näheren Uebereinkunft über die Modifikationen der Cession"

bereits verfaßt; wir wußten auch, daß Darmstadt, Augsburg, Frankfurt, wahr-

scheinlich auch Bremen, ziemlich gleichförmig mit uns stimmen würden, und wir waren fest entschlossen, uns an dessen Ablegung durch vorstehende Geschichte nicht abhalten zu lassen, da wir auf die Erzählung so buchstäblich uns nicht verlassen mochten, in der Annahme der vollen Basis mit Ausnahme eines großen Landesstriches einen auffallenden Widerspruch befanden, und es überhaupt uns nicht einleuchten wollte, die Comödie oder vielmehr die Tragödie mitspielen zu helfen.

Nur darüber waren wir noch unschlüssig, ob wir, wenn Kurmainz als letztstimmender mit seinem Vorschlag zum Vorschein komme und darüber eine neue Umfrage veranlassen würde, unserem alsdann schon abgelegten Voto lediglich inhäriren oder einigermaßen jenem Vorschlag beitreten sollten. Gründe dagegen haben wir soeben erwähnet; dafür aber kam in Betracht, daß man desto eher zu einem Concluso gelange, mithin das Geschäft um einen Schritt weiter befördere.

Ehe wir hierüber bei uns einig waren, erhielten wir von dem Ministre Treilhard durch seinen Privat-Secrétaire Bertolio die mündliche Ausrichtung: er müsse zu seinem Verdruß vernehmen, daß seine gehabte Unterredung mit dem Freiherrn von Albini stadtkundig geworden und unrichtig dahin gedeutet werde, als ob er mit demselben gleichsam übereingekommen seie, sich dessen Vorschlag als Bedingung gefallen zu lassen. Er seie davon weit entfernt, verlange die Bewilligung seiner Basis ohne alle Ausnahme und könne nur zugeben, daß man diese Ausnahme wünsche und hoffe, keineswegs aber daß man sie anbedinge.

Um uns hiervon näher zu überzeugen, machten wir ihm einen Besuch, und er bestätigte die vorstehende Ausrichtung, gab uns auch zu verstehen, Austriacus werde auf die mainzische, obschon unhinlängliche Proposition schwerlich eingehen, es bedürfe aber nur ein Wort und eine Zusage von französischer Seite, so stimme Oesterreich morgen auf die volle Basin.

Heute, den 9ten März, unmittelbar vor der Conferenz eröffnete uns die augsburgische Gesandtschaft, die sich bishero vertraulich mit uns benommen hat, daß sie soeben von dem kaiserl. Herrn Plenipotentiario durch den Legationsrath Schraut beschickt und dringendst abgemahnt worden seie, nicht so wie Bremen, Baden, Darmstadt und Frankfurt — deren Vota er zu wissen behauptete — auf die Bewilligung der Basis zu stimmen.

Sie blieb aber ihrer Instruktion, ihrem Vorsatz, und wir können hinzufügen, ihrer mit uns genommenen Abrede getreu, erklärte jedoch, sich dem österreichischen Voto anzuschließen, wenn dieses die officielle Versicherung enthalte:

daß und welche gegründete Hoffnung der Kaiser gebe, wie man einen Theil der jenseitigen Rheinlande retten könne und daß man für neue Hostilitäten gesichert seie,

worauf aber nichts als ein Achselzucken erfolgte. . . . . .

Unter diesen Constellationen wurde die heutige Session eröffnet, und sie wurde auf eine Art geendiget, die wir uns nicht erwartet hatten, — mit einem

einmüthigen Schluß, zu dem wir nach dem traurigsten Verhängniß, das sich gedenken lässet, gratuliren müssen, indem wir ihn mit Wehmuth niederschreiben. Kursachsen, als es zum Abstimmen kam, lavirte, Oesterreich hielt sich abermalen einen Panegyricum und schien keinen Schritt weiter vorwärts zu gehen; Baiern abhärirte, Würzburg blieb weniger unter der Decke und präludirte auf nachkommende Vorschläge. Die Nachstimmenden, nämlich Bremen, ... Baden, Darmstadt, Augsburg und Frankfurt accedirten pure, soviel die Landescession betrifft, der französischen Basi. Und nun gab Mainz zur Majorität den Ausschlag, indem es die Basin ebenfalls pure in obigem Sinn acceptirte und nur bitt- oder wunschweise eine Strich Landes jenseits Rheins vorbehielte. Es wurde nun de novo gestimmt. Sachsen und Oesterreich diktirten aus hervorgezogenen, mithin in Bereitschaft gehaltenen Zettelchen ihren Beitritt zu dem mainzischen Antrag; Baiern — wir wissen nicht nolens oder volens, und Würzburg accedirten und die übrigen ließen sich solchen ohne Bedenken gefallen[1]. . . .

So kam denn ein Conclusum zu Stande, das bald ein weiteres ohne Wünschen und Hoffen zur Folge haben wird und weniger nichts als einen Abtritt von Landen beträchtlicher als manches Königreich zum Gegenstand hat. . . .

79. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen an Karl Friedrich.

Berlin, 16. März 1798.

[Unterstützung der badischen Wünsche. Weisungen an die Rastadter Gesandtschaft.]

Dank für die Beglückwünschung durch Geusau[2]. Versicherung unbeschränkter Hochachtung und Freundschaft. Der König ist gerne bereit, „bei den vorseienden Unterhandlungen zum Reichsfrieden“ sich dem Markgrafen „gefällig und nützlich zu erweisen“.

Meine Gesandtschaft zu Rastadt wird jede ihr von Dero Seite zugehende nähere Mittheilung mit größter Bereitwilligkeit vernehmen; und wie derselben schon überhaupt meine freundschaftsvolle Aufmerksamkeit für Ew. Lbd. Wünsche bekannt ist, so werde ich auch mit größtem Vergnügen sie noch nach jedesmaliger Erforderniß zu bestmöglicher Unterstützung deroseitiger Anliegen anzuweisen nicht verfehlen. . . .

---

[1] Protokoll, I, 437 ff.; Häffer, I, 116 ff.

[2] Vergl. oben Nr. 71.

3. Pariser Verhandlungen bis zur Abreise Reitzensteins nach Rastadt.
Nov. 1797—Febr. 1798.

80. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 5. Nov. 1797.

[Verstimmung der elsässischen Partei über Abtretung des Breisgaus an Modena. Schérers Aufforderung zu Gegenvorstellungen. Günstige Aussichten Badens.]

|: L'article de la paix touchant la cession du Brisgau au Duc de Modène a fait une vive sensation et surtout auprès des Alsaciens (et ceux-ci influent beaucoup) étant fortement prononcés pour le système d'éloigner pour jamais l'Autriche des frontières françaises et à donner le Brisgau à un prince de l'Empire, particulièrement à Msgr. le Margrave. Il paraît même que le Directoire exécutif lui-même ne serait pas éloigné de favoriser ce système et que c'est surtout notre incompréhensible répugnance à ratifier qui nous prive des fruits que nous devrions retirer de ces dispositions. Déjà Rewbell du Directoire m'a parlé quelquefois sur ce chapitre, ... avanthier soir le ministre de la guerre, Schérer[1], qui m'a toujours témoigné beaucoup d'amitié — m'impose[2] le devoir de Vous importuner encore une fois. Il a commencé par me marquer son étonnement de ce que nous eussions laissé échapper le Brisgau. .... Lui ayant répondu alors, qu'effectivement de tout le contenu du traité de paix l'article en question était celui que j'approuvais le moins, n'ayant jamais pu m'imaginer que le Directoire exécutif en opposition évidente avec les intérêts généralement reconnus de la France .... disposerait de ce pays en faveur de tout autre prince que Msgr. le Margrave. Il me répondit qu'il croyait que le Directoire exécutif avait les mêmes vues ci-dessus énoncées et qu'ainsi l'affaire n'était pas encore perdue sans retour, mais que nous n'avions pas un seul instant à perdre; qu'il fallait que le S^me^ Margrave écrivît sans délai une lettre .... obligeante à Rewbell du Directoire, dans laquelle, en lui développant les raisons qui lui faisaient désirer cette acquisition et son intention sincère de reconnaître l'appui de la France par la meilleure intelligence et un bon voisinage, Monseigneur demanda sans détour que le Directoire exécutif

[1] Gleich Rewbell ein Elsässer, aus Delle gebürtig. Nouv. biogr. univ., 43, 507 ff. —
[2] sic! wol statt m'a imposé.

prenne des mesures pour procurer à l'Archiduc Ferdinand un autre établissement et faire céder ce territoire à nous-mêmes. . . . . Il y insista tellement qu'il insista [?] que j'envoyasse sur le champ un courrier avec cet avis à Carlsrouhe en ajoutant encore ces paroles remarquables: «croyez que j'ai lieu de Vous dire cela et que je ne le ferais pas sans raison, mais je Vous prie cependant de ne pas me nommer». Il est difficile de croire que Schérer se soit avancé si loin sans s'être assuré au préalable de Rewbell du Directoire, son compatriote, ami et principal appui, et de ce qu'il attend pour les réaliser. C'est pourquoi je n'ai pas pu me dispenser de Vous rendre compte de cet entretien. Je ne saurais à la vérité empêcher qu'on ne croie que j'aie inventé tout cela pour extorquer la ratification de notre traité et que jusqu'à [sic!] mes efforts de préparer au S^me^ Margrave une plus ample indemnisation ne sont que de nouvelles preuves de Jacobinisme, aussi ne veux-je être que le porteur du message. . . . .:|

---

81. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 11. Nov. 1797.

[Abreise der französischen Gesandten nach Rastadt. Ungeduld über Tissots Ausbleiben.]

Reitzenstein theilt mit, daß Treilhard und Bonnier noch in der Nacht vom 11./12. abreisen werden, und ersucht Edelsheim, er selbst oder Geh. Rath Meier möge sich zu ihrem Empfange nach Rastadt begeben, woselbst die beiden Gesandten am 15. oder 16. einzutreffen gedächten.

Berthier wird am 13ten abgehen.

|: Que dira-t-on à Treilhard s'il demande précisément, si nous sommes en état de paix avec la République française ou non. Mr. Tissot n'arrive pas, quoiqu'il pourrait déjà être ici[1]. . . . .:|

---

82. Reitzenstein an Edelsheim[2].

Paris, 16. Nov. 1797.

[Zurückhaltung gegen Sandoz Rollin. Vorsicht gegen Preußen. Jakobi.]

|: Que Rollin-Sandoz s'explique maintenant cette énigme comme il voudra. Je me suis excusé envers lui, en disant qu'il savait bien que les deux traités eux-mêmes ne m'étaient pas encore revenus avec la ratification, qu'ainsi je ne pouvais pas lui donner les renseignements demandés que tels que je croyais m'en rappeler encore. . . . .

---

[1] Der mehrfach erwähnte Prof. François Thuy Tissot, seit 1781 als Sprachlehrer der Kinder des Erbprinzen in badischen Diensten, später in der Geh. Kanzlei als Legationsrath beschäftigt, † 27. Sept. 1831 zu Cabanes in Frankreich. Er überbrachte am 12. Nov. die badische Ratifikation des Separatfriedens nach Paris. Vergl. Polit. Correspondenz, II, 624.

[2] Folge der Depesche vom 11. Nov., an deren chiffrirten Schluß sie sich anschließt. Zur Sache vergl. Polit. Correspondenz, II, 623.



Je crois Vous devoir communiquer tous ces détails, parceque, craignant que la Prusse pour brouiller les affaires et en profiter ne s'applique à jeter des bâtons dans tous (sic!) les roues, je suis intimement persuadé comme je l'étais toujours de la nécessité de ne laisser pas voir à cette cour tout le dessous de nos cartes et que je crains que Jacobi [1], préférant les devoirs de son service à ceux de l'amitié, ne cherchera de tirer parti de celle dont Vous l'honorez pour se faciliter des découvertes dont nos intérêts pourraient ne se trouver pas trop bien. :|

---

83. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 19. Nov. 1797.

[Klagen über Oesterreich. Etwaige Vorwürfe wegen des Separatfriedens energisch zurückzuweisen. Auswechselung der Ratifikationen beschlossen.]

|: Reitzenstein hat Kunde erhalten von dem kaiserlichen Hofdekret [2]. Oesterreich — davon ist er überzeugt — will damit den Kampf gegen diejenigen Reichsfürsten eröffnen, welche sich durch Säkularisationen zu entschädigen streben.

Si Vous me demandez mon opinion, j'aurai l'honneur de Vous communiquer quelques idées sur la réponse qu'on pourrait donner verbalement aux ministres impériaux, s'ils étaient assez imprudents pour nous faire la guerre sur nos relations avec la France. D'après mon avis on devrait répondre sans détour, que Monseigneur se trouvait maintenant vis-à-vis de la République française absolument dans la même situation que S. M. I. Elle-même, à cette différence près que quant au traité patent les cessions faites par Msgr. le Margrave étaient bien loin de comprendre tout un Cercle de l'Empire germanique et que nos stipulations secrètes étaient sûrement beaucoup plus compatibles avec l'intégrité de la Constitution et de l'Empire germanique que celles qui avaient sans doute légitimé d'avance les récentes démarches par lesquelles le Directoire venait de manifester ... son intention d'étendre les frontières de la France jusqu'au Rhin.

Je Vous ouvre avec franchise mon opinion là-dessus, mais qu'on ose leur parler une seule fois sur ce ton, je parie, qu'ils ne nous diront plus le mot ... et que nous éprouverons moins d'obstacles à nos indemnisations. ... Je sais bien que notre rôle exige que toutes nos demandes en notre faveur ne soient pas faites par nous, mais par la France, mais que même dans ce rôle purement passif nous soyons opiniâtres et inexorables, car autrement nous serons sûrement la dupe de notre délicatesse et la victime de notre bonhomie et l'honneur d'être membre de la députation nous coûtera bien cher. Sachons donc aussi représenter un double personnage comme l'Autriche.

---

[1] Preußischer Congreßgesandter, bisher Gesandter zu London. Ueber seine freundschaftlichen Beziehungen zu Edelsheim vergl. Polit. Correspondenz, II, 76 ff.

[2] Vom 1. Nov. d. J. Vergl. oben S. 4.

En attendant je Vous prie de dire aux ministres plénipotentiaires français que le Directoire a arrêté l'échange des ratifications de notre paix. Je suis à la vérité encore à attendre la résolution définitive du Directoire exécutif à cet égard, mais je crois déjà être sûr de la majorité ..... et il est bien essentiel de s'informer dès à présent auprès des min. plénip. français, quel moyen la France veut et peut employer pour faire valoir ses bons offices et réaliser ses promesses... Talleyrand Périgord est chargé de faire un rapport sur les nouvelles demandes du Margrave. :|

---

84. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 1. Dec. 1797.

[Unterredung mit Bonaparte. Breisgau. Absichten auf Baden.]

|: Il ne paraît pas que les plénipotentiaires de la République aient reçu depuis leur départ de Paris la moindre instruction relativement à nous. Mais les conversations que nous avons eues avec Bonaparte et Treilhard ne peuvent plus nous laisser aucun doute sur toute l'étendue des conditions qu'on dictera à l'Empire.....

Edelsheim theilt die betreffenden Stellen aus der Unterredung mit Bonaparte mit[1]. Bezüglich des Breisgaus bemerkt er:

Je ne négligerais pas de toucher quelque chose de la cession du Brisgau au Duc de Modène, ... mais j'eus lieu de m'apercevoir que Bonaparte étant vraisemblablement l'auteur de cette disposition, il ne s'en départira pas; d'ailleurs l'échange des ratifications s'étant fait aujourd'hui entre lui et les C^tes Cobenzl et Merveldt[2], il semble qu'il nous faudra renoncer pour le présent à un changement à cet égard en notre faveur.

Une ouverture assez remarquable que Bonaparte m'a faite avanthier soir dans une 3me visite, ... c'est «qu'il faudrait donner une telle consistance aux états du Margrave, que le théâtre de la guerre ne pût jamais plus s'y établir et qu'il n'y eût en aucun temps d'autres troupes que les siennes». Je répondis que je le priai de ne pas se contenter d'être seulement l'apôtre de cette religion, mais d'en devenir aussi le fondateur. ... :|

C'est à Vous maintenant à nous éclaircir sur le véritable motif du départ subit de Bonaparte que nous regrettons infiniment. Cependant il nous a fait espérer que dans 8 ou 10 jours il serait de retour ici..... Tous ceux qui ont eu l'occasion de l'approcher pendant son séjour ici, souhaitent véritablement son heureux retour en vertu de la considération qu'il s'est généralement acquise. Il se proposait de faire ces jours-ci une visite à Msgr. le Margrave, auquel il s'était fait annoncer fort poliment... Nous n'avons qu'à nous louer infiniment du bon accueil du général Bona-

---

[1] S. oben N. 21.

[2] Hüffer, I, 10 ff.

parte ainsi que des manières obligeantes des citoyens ministres Treilhard et Bonnier.

Concept.

85. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris. 19. Dec. 1797.

[Versuche, den Breisgau zu retten. Warnung vor Preußen und Zweibrücken. Urlaub für Karlsruhe. Ständige Vertretung in Paris.]

|: Comme je ne saurais absolument pas me consoler de la perte du Brisgau, je négocie encore sans lâcher prise, et soyez sûr que sans compromettre Msgr. le Margrave j'employerai les derniers moyens pour l'arracher aux Autrichiens. Tout ce que je Vous prie d'effectuer auprès du Sme Margrave, c'est de n'être pas contrarié [sic!] comme jusqu'ici. Pour cet effet il sera surtout nécessaire de ne pas faire croire aux ministres plénipotentiaires français que cet objet nous pût être indifférent.

.... J'aurai encore plusieurs conférences avec Talleyrand Périgord. Quant à l'ambassade prussienne il me paraît toujours nécessaire de ne lui faire aucune confidence. Le Cte de Gœrtz pourrait encore s'aviser de nous donner des conseils dont Msgr. le Margrave s'est déjà si mal trouvé. La même réserve est nécessaire vis-à-vis du Duc de Deuxponts. Je me suis proposé de Vous apporter moi-même la ratification française avec ce que j'aurai pu négocier ici de mieux. Oserais-je Vous prier de m'en procurer la permission avec l'autorisation de laisser en attendant Mr. Tissot ici? Merlin de Douai[1] m'a dit tout nettement que le Directoire exécutif supposait que j'eusse des lettres de créance, comme ministre plénip. du Sme Margrave, et qu'il y avait même déjà fixé le jour où je devais les présenter. J'y ai donné une réponse évasive, mais Msgr. le Margrave ne pourra pas éviter d'envoyer ici bientôt un chargé d'affaires pour épargner les frais d'un ministre plénipotentiaire. :|

86. Reitzenstein an Talleyrand.

3 Nivôse an 6 (23. Dec. 1797)[2].

[Vorschläge zur Abänderung, bezw. Ergänzung des Separatfriedensvertrages; Bezeichnung weiterer Entschädigungsobjekte.]

Les observations que le soussigné a été chargé de soumettre au Gouvernement français, relativement à plusieurs articles du traité de paix conclu le 5 fructidor de l'année passé peuvent être rangées en 4 classes.

I. La première regarde les articles 6, 8, 9 et 10 du traité *patent*, par lesquels le Margrave de Bade a cédé à la République les îles et bras du Rhin avec le cours entier de ce fleuve, ainsi que la souveraineté sur

[1] Seit dem Staatsstreiche vom 18. Fructidor Mitglied des Direktoriums.

[2] Datum der Zustellung.



un chemin de halage de 36 pieds de largeur sur la rive droite. Le soussigné ne se dissimule pas les difficultés que le Directoire exécutif peut trouver à accorder des modifications d'une concession faite par un traité devenu loi d'état par la ratification du Corps législatif et par conséquent obligatoire pour le Pouvoir exécutif.

Mais aussi tous ses vœux se bornent uniquement à désirer que le Margrave ne se trouve pas par suite de cette paix dans une situation plus désavantageuse que les autres princes possessionnés sur la rive droite du Rhin, et qu'il ne soit pas établi de différence sous ce rapport entre lui et ceux-ci. Il ne peut exister que deux cas: *Ou* la République exigera et obtiendra du Corps Germanique que les conditions imposées au Margrave soient communes à toute la ligne du Rhin et dès lors ce prince ne pourra pas demander une exception en sa faveur; *ou bien* on adoptera pour les autres états limitrophes des principes différents, par exemple que la ligne de frontière soit marquée (comme effectivement elle l'a été depuis la paix de Westphalie entre la ci-devant Alsace et la Souabe) par le grand courant du fleuve, que l'établissement d'un chemin de halage soit réciproque en laissant la supériorité territoriale au souverain de chaque rive. Dans ce dernier cas le Margrave, pour avoir traité séparément avec la République, se verrait réduit à une condition pire que celle de tous ses co-états qui n'ont pas eu cet avantage. Il pense avec confiance que telle ne peut pas être l'intention du Gouvernement français. Non, le Directoire exécutif est trop juste pour souffrir une distinction aussi flétrissante: il ne voudra fournir aucun prétexte aux rapprochements odieux que les ennemis de la France s'estimeraient trop heureux d'en pouvoir tirer, il trouvera donc dans sa sagesse les moyens de rendre applicables au Margrave les principes qui seraient de règle vis-à-vis des autres états dont la situation géographique est la même.

II. En second lieu, les représentations du Margrave se sont portées aux articles 16 et 17 du traité *secret*, par lesquels il lui a été imposé une contribution double, l'une de 20 000 livres par mois à compter du 1er vendémiaire an 5, jusqu'à la signature des préliminaires avec l'Autriche (ce qui fait par conséquent un objet de 140 000 livres), et l'autre de 8000 pieds d'arbre propres aux constructions maritimes. Le soussigné observe à cet égard qu'il avait été expressément chargé lors des négociations de la paix de solliciter une juste remise de la très forte contribution stipulée par la convention d'armistice conclue le 7 thermidor précédent. Il avait présenté sur cet objet une note détaillée, mais il n'a pas été assez heureux de réussir, quoique le pays de Wurtemberg [qui?] avaient été déjà à l'époque d'alors beaucoup moindres [sic], eût obtenu un rabais d'un quart de celle qui lui avait été déjà imposée. La régularité du Margrave à faire

payer cette forte contribution a été très grande; car le décompte général dressé par la chambre des finances de Carlsrouhe prouve de la manière la plus évidente, qu'en ne mettant même en compte que les livraisons pour lesquelles on a été à même de se procurer des bons (ce qui n'en fait que la plus petite partie), la contribution imposée a été acquittée en entier et même surpayée d'à peu près [de] 3000 livres dès la fin de l'année passée. Le Margrave se flattait de faire jouir son pays moyennant ce sacrifice des avantages que les privilèges d'un pays devenu neutre et les engagements réciproques que le chef de l'armée de Rhin et Moselle avait pris dans le traité d'armistice, pouvaient faire espérer. On sait assez de quelle cruelle manière il a été frustré de cet espoir par les tristes événements qui ont accompagné la retraite de cette armée, par laquelle les habitants des deux seuls grands-baillages d'Emmendingen et de Lœrrac ont perdu au-delà de 3 millions de livres, c'est à dire plus du *sextuple* de la nouvelle imposition stipulée par les articles 15 et 16 du traité secret. Le soussigné se dispense de dérouler le triste tableau de ces événements connus des membres du Gouvernement et sur lesquels leur humanité les a fait beaucoup gémir. Il se contente donc de faire apprécier au citoyen ministre la grande justice du vœu que le Margrave a exprimé, d'être déchargé de la double contribution en argent et en bois, ci-dessus indiquée, moyennant sa rénonciation aux dédommagements auxquels les pertes essuyées après le traité d'armistice ont donné des droits trop fondés à son malheureux pays.

III. Les raisons par lesquelles le Margrave a appuyé dans sa lettre au citoyen Charles Delacroix ses réclamations contre l'article 18 du traité secret, sont trop frappantes pour qu'il soit nécessaire de les répéter ici. Mais ce qu'il y a de plus important, c'est:

IV. Le point des *indemnisations* promises ou à accorder encore au Margrave. L'article 1er du traité secret les indique de la manière suivante:

a. L'évêché de Constance avec ses appartenances à l'exception de la partie située dans le territoire Suisse.

b. Le baillage de Schliengen: il consiste en cinq villages misérables et extrêmement pauvres.

c. La partie de l'évêché de Spire, située sur la rive droite du Rhin.

d. Le baillage d'Ettenheim ne comprenant que la petite ville de ce nom et 4 villages.

e. Une portion déterminée de l'électorat de Mayence pour l'échanger contre les seigneuries de Lahr et Geroldseck et la petite partie du comté de Hanau-Lichtenberg, située sur la rive droite du Rhin.

Pendant la négociation de la paix, il avait été suffisamment démontré par des calculs statistiques irréfutables, que ces indemnisations n'égalaient aucunement les pertes que le Margrave faisait par la cession de ses pays sur

la gauche du Rhin. Posant constamment pour principe, qu'il était conforme aux intentions et à la générosité du Gouvernement français d'accorder aux princes allemands, qui eussent séparément traité avec la République des dédommagements équivalents aux cessions qu'ils avaient faites et que la plus saine politique ne pourrait qu'avouer toutes les mesures propres à agrandir même un peu ces princes, supposant d'ailleurs que le Directoire estimerait peut-être convenable aux intérêts de la République et à la plus longue durée de la paix continentale d'éloigner la maison d'Autriche des bords du Rhin, le soussigné avait fortement sollicité *d'ajouter* aux indemnisations mentionnées, les suivantes:

Le Brisgau autrichien avec l'Ortenau et les villes forestières à l'exception de la partie de ces dernières située sur la gauche du Rhin;

le landgraviat de Nellenbourg;

le comté supérieur et inférieur de Hohenberg pour le donner à la maison de Wurtemberg en échange des villages de Sponeck, Nordweil, Grünwettersbach, Palmbach, Ober- et Nieder-Oewisheim, ainsi que de la partie de l'évêché de Strasbourg qui a été garantie à cette maison dans sa paix avec la République;

le comté de Bonndorf appartenant à l'abbaye de St Blaise.

Si les sollicitations faites à cet égard furent inutiles, elles le furent, à ce qu'il paraît, moins par la persuasion que ces demandes eussent été exagérées que par l'incertitude où le Gouvernement même fut peut-être alors sur le sort qu'il serait convenable de préparer aux possessions autrichiennes en Souabe. Il est permis de croire, que cette incertitude n'existe maintenant plus. En effet les raisons qui doivent conseiller à la France de faire disparaître le *dernier* point de contact qu'elle a encore avec la maison d'Autriche et de n'avoir depuis les frontières de la Suisse jusqu'au Palatinat qu'un seul voisin dans la personne du Margrave de Bade, dont le système politique ne pourra jamais s'éloigner de celui de la République, ces raisons sont trop frappantes pour qu'il ne soit pas inutile de les détailler ici. C'est de cette mesure, si peu importante en apparence, qu'il dépendra peut-être de fixer la paix du continent, et d'empêcher le retour d'une nouvelle guerre. Quant aux moyens d'exécution, ils sont faciles, le Gouvernement de la grande nation ne voudra rien faire à demi dans les conjonctures décisives dans lesquelles l'Europe se trouve actuellement. L'entière sécularisation de tous les états ecclésiastiques de l'Allemagne peut donc être supposée avec raison et dès lors rien n'est plus aisé que de faire entrer dans un plan de partage proportionné un évêché pour l'Archiduc Ferdinand qui y trouverait un établissement incomparablement plus considérable que le Brisgau, dont les revenus, comme tout le monde le sait, n'excèdent pour ainsi dire pas les frais d'administration. —

Enfin, il y a en faveur du Margrave de Bade des raisons bien fortes qui justifient les vues énoncées ici, en ajoutant même encore quelques enclaves peu considérables, mais nécessaires à la contiguité du margraviat.

1. Sans répéter ce qui est assez démontré par les notes et les pièces justificatives présentées par le soussigné en août de l'année passée, que la surface des pays cédés à la République par le Margrave est plus grande que celle des territoires par lesquels il va être dédommagé, le soussigné doit surtout insister sur la différence plus grande encore des revenus. Le Sponheim comprenait une quantité considérable de domaines, et quiconque connait la partie financière des états de l'Allemagne, sait assez que les domaines en font partout la partie la plus intéressante. Dans les portions au contraire promises au Margrave il n'y en a presque aucuns, excepté quelquesuns dans l'évêché de Spire, d'une médiocre importance. En outre les possessions transrhénanes du Margrave comprenaient les plus belles forêts de la rive gauche du Rhin, notamment dans la seigneurie de Grævenstein et le grand-baillage de Birkenfeld, et ces forêts, ménagées avec le plus grand soin, promettaient dans la suite une abondante et presque intarissable source de revenus. Sur la rive droite le Margrave n'aura qu'une seule forêt, très maltraitée, dans l'évêché de Spire.

2. La perte de six années de revenus du Sponheim et des péages du Rhin est un objet de près de 4 millions de livres qui n'a pas encore été mis en compte.

3. Une considération incomparablement plus forte, c'est l'état malheureux, et, pour dire une triste vérité, désespéré, dans lequel tout le margraviat a été réduit par les suites militaires de la fatale retraite de l'armée de Rhin et Moselle en septembre de l'année passée. Dès l'entrée des Autrichiens dans le pays, il fut décidément traité en pays ennemi. Une armée de 60 à 80 mille hommes ne vivait que de réquisitions journalières et insupportables qui, ne se bornant même pas aux besoins du soldat, s'étendaient jusqu'à des objets de luxe et furent exigées par des exécutions militaires et accompagnées généralement de violences inouies. Qu'on ajoute à cela une rigoureuse campagne d'hiver dont le margraviat a été le seul et unique théâtre, le siège de la tête du pont d'Huningue, mais surtout celui de Kehl, et l'on aura tout dit. Une suite bien évidente de ces malheureux événements a été l'évacuation totale de toutes les caisses du Margrave, du pays, des villes et des communautés surchargées maintenant de dettes énormes, la dévastation des forêts, objet incalculable et irréparable pour une longue suite d'années, la désolation et la misère complète de tous les habitants. Le margraviat de Bade jouissait de la réputation d'être le pays le mieux administré de l'Allemagne, et en vérité, il était, il y a six ans, florissant sous tous les rapports. Les finances

étaient réglées, toutes les institutions publiques prospéraient, les habitants étaient si non riches, du moins dans un honnête état d'aisance. A présent, le pays ressemble à un désert, et les pertes, qu'il a éprouvées depuis le mois de juin de l'année passée, ont été calculées seulement par approximation à 16 jusqu'à 18 millions de florins, c'est à dire à 36 millions de livres et au-delà. Le soussigné est loin de prétendre que ces malheurs sont la suite *unique* de la paix séparée du Margrave et de vouloir étayer par là une espèce d'obligation pour la République d'indemniser ce prince pour tout ce qu'il a souffert, ce qui au reste serait impossible: mais toujours est-il vrai de dire, que cette paix séparée qui fit alors une grande sensation en Allemagne et la vengeance que l'Autriche se proposa sur le champ d'en tirer, y contribua beaucoup et que les pays des autres princes de l'Empire furent infiniment ménagés en comparaison du margraviat. Mais en voilà déjà trop dit pour l'élévation d'âme des membres du Directoire et du citoyen ministre; ils pèseront ces circonstances, peut-être même y ajouteront-ils deux autres considérations: l'une, que le Margrave ait été le seul prince qui par la cession solennelle d'un pays tel que le Sponheim et non enclavé dans les anciennes limites de la France ait ouvertement reconnu le principe de la frontière du Rhin; l'autre, que l'importance de Kehl mérite à elle seule un considérable surcroît d'indemnisation. Cette place est la clef de l'Allemagne et le Margrave est le seul des princes de l'Empire qui soit dans le cas de céder à la France une place forte sur la droite du Rhin.

5[1]. Dans les conférences que le soussigné eut l'année passée avec le citoyen Delacroix, il s'était expressément réservé de faire encore valoir les droits du Margrave pour être dédommagé de la perte éventuelle de l'autre portion du Sponheim possédée jusqu'ici par les deux branches de la maison Palatine. Il est nécessaire d'observer que ce pays (savoir le comté de Sponheim) n'a été partagé par les traités de 1707 et de 1776 que quant à l'administration et aux revenus, mais que la propriété et ce qu'on appelle la possession civile était censée commune aux deux maisons Palatine et de Bade en vertu des pactes de 1425 et 1437 qui établissaient l'indivisibilité du pays. Or, pour comprendre l'importance de cette seconde portion, il suffit de savoir qu'elle comprend deux des plus beaux grands-baillages de toute la rive gauche du Rhin, ceux de Kreuznach et de Trarbach, avec quelques autres baillages. D'après la réservation susmentionnée il fut présenté en son temps un mémoire y relatif aux citoyen ministre des relations extérieures, qui sans doute par des motifs impérieux a été empêché d'entrer là-dessus en négociation.

Toutes ces raisons et d'autres qu'il serait facile d'y ajouter ne permettent pas de douter que la justice des demandes faites dans l'année passée

[1] sic! Ziffer 4 fehlt.

ne soit pas reconnue par le Gouvernement français. Le soussigné ose même se flatter que la considération des malheurs cruels que le Margrave a essuyés depuis, le justifiera, s'il profite du moment actuel pour augmenter l'énumération des territoires nécessaires au Margrave de quelques articles peu importants, sur lesquels il avait précédemment négligé de fixer l'attention du citoyen ministre. Les voici:

1. Un territoire suffisant pour l'échanger avec la maison Palatine contre le village de Dettenheim enclavé dans le grand-baillage de Carlsrouhe, le petit baillage de Weingarten et le pays le long de la rive gauche de l'Elzbach[1] jusqu'à la frontière de l'évêché de Spire. La maison de Bade recouvrerait par là un district qu'elle possédait autrefois et qu'elle a perdu par les malheurs des guerres de religion[2].

2. Les trois villes impériales de Offenburg, Gengenbach et Zell sur le Hammersbach. On sait qu'elles sont les dernières dans le rang, et en même temps les plus petites de la Souabe, qu'il y en a 31 dans ce cercle, dont plusieurs, comme celles de Ulm, Hall, Rothweil etc., ont un territoire très considérable et que la situation géographique du margraviat l'empêchera probablement de participer à leur partage.

3. Les abbayes de Gengenbach et Petershausen.

4. Un petit établissement pour les fils puînés du Margrave de son second mariage. L'une ou l'autre des abbayes suivantes de Irsée, Roggenburg, Schussenried, Wettenhausen, ou Zwifalten y suffirait. Enfin,

5. les bons offices de la République auprès du canton de Bâle pour la cession des villages de Riehen et Bettingen, ainsi que des revenus ecclésiastiques que les fondations de Bâle perçoivent sur la rive droite du Rhin.

Moyennant ces acquisitions le Margrave aurait enfin un pays non interrompu et réintégré dans ses frontières naturelles, le Rhin, la Forêt Noire, la Suisse et le Palatinat. Le soussigné avoue que c'est le seul moyen d'indemniser complètement ce prince, le seul pour lui donner quelque consistance et de l'indépendance politique, le seul qui puisse lui permettre d'aspirer à l'avantage d'être un allié utile de la République française surtout si (comme le Margrave le souhaite ardemment) elle insiste auprès du Corps Germanique sur la reconnaissance formelle de la neutralité future, stipulée par l'article 3 du traité secret et qu'il sera mis à même par cette reconnaissance d'agir dorénavant à l'abri de toute atteinte d'après les dispositions qui ne cesseront de l'animer envers la République.

---

[1] Gemeint ist die Elsenz, die auf der von Reitzenstein vermuthlich benützten Kohlleffel'schen Karte von Schwaben irrig als Elzbach bezeichnet wird.

[2] Im wesentlichen also das pfälzische Oberamt Bretten. Bekanntlich sind diese Gebietstheile aber nicht im 30j. Kriege, sondern in Folge der Schlacht von Seckenheim i. J. 1463 verloren gegangen. v. Weech, Badische Geschichte, S. 94.



Le soussigné se flatte que le citoyen ministre des relations extérieures voudra bien lui accorder l'honneur d'entrer avec lui en négociation sur ces différents points.

Parif. Arch.

---

87. Projet de Traité additionnel et secret [1].

o. D. (23. Dec. 1797.)

Le Directoire exécutif de la République française voulant faire participer S. A. S. le Margrave de Bade aux effets de la bienveillance dont la République est animée envers ses voisins et ayant à cet effet autorisé son ministre des relations extérieures, le citoyen Talleyrand Périgord, d'entrer en négociation avec le ministre plénipotentiaire de sa dite Altesse sur les différents objets de ses représentations, les deux plénipotentiaires ci-nommés sont convenus des articles suivants lesquels serviront d'explication et de complément au traité de paix tant patent què secret conclu le 5 fructidor an 4 ou 22 août 1796.

Art. I.

Le Directoire exécutif promet de rendre applicables au Margrave de Bade les stipulations qui seront convenues avec le Corps Germanique par la paix future de Rastadt par rapport à la fixation des limites des deux états le long du cours du Rhin. Le Margrave jouira en conséquence des mêmes avantages qui pourraient être accordés relativement à ce point aux autres princes de l'Empire possessionnés sur la rive droite de ce fleuve et l'exécution des articles 6, 8, 9 et 10 du traité patent ainsi que de l'article 3 du traité secret sera réglée conformément à cette disposition. De même le Margrave s'engage à accéder aux stipulations futures de la paix de Rastadt par rapport à ces objets, quand même elles lui seraient plus défavorables que le contenu des articles cités.

Art. II.

Le Directoire exécutif ayant pris en grande considération les pertes essuyées par les habitants du margraviat de Bade après la conclusion du traité d'armistice du 7 thermidor an 4, ainsi que l'entier acquittement de la contribution imposée par ce même traité d'armistice décharge son Altesse de celle stipulée tant en numéraire qu'en bois de construction par les articles 16 et 17 du traité secret, à condition cependant que le Margrave s'arrange sans autre concurrence avec ceux de ses sujets qui auraient souffert des pertes mentionnées et qu'aucun d'eux ne puisse réclamer à cet effet contre des citoyens français.

---

[1] Beilage zu Nr. 86. Man vergleiche im folgenden den geheimen Vertrag vom 22. August 1796. Polit. Correspondenz, II, 280 ff.



Art. III.

Le Directoire n'ayant eu d'autre but dans l'obligation imposée au Margrave par l'article 18 du traité secret que d'empêcher que les habitants d'un pays dont la République aurait effectué l'incorporation à un autre état ne soient réduits à une situation plus désavantageuse par l'effet de ce changement, et voulant donner au Margrave une preuve éclatante de la confiance qu'il met dans les principes équitables manifestés de tout temps par le système d'administration adopté par S. A. déclare qu'il ne sera donné aucun effet ultérieur à l'article 18 mentionné.

Art. IV.

Outre les pays indiqués dans l'article 1er du traité secret, les pays, districts et territoires suivants seront encore incorporés aux états de S. A. le Margrave, savoir:

1. Le Brisgau autrichien avec l'Ortenau et la partie des villes forestières et dépendances, située sur la rive droite du Rhin.

2. Le comté supérieur et inférieur de Hohenberg. La République accordera ses bons offices au Margrave pour l'échange de ce pays contre la partie du ci-devant évêché de Strasbourg, garantie à la maison de Wurtemberg par son traité de paix avec la République[1], ainsi que contre les villages de Sponeck, Nordweil, Grün-Wettersbach, Palmbach, Ober- et Nieder-Oewisheim appartenants à la même maison.

3. Le landgraviat de Nellenbourg. La République interviendra également pour qu'il soit échangé avec la maison de Furstenberg contre la seigneurie de Hausen dans la vallée de la Kinzig et la partie du landgraviat de Stühlingen, située sur la rive droite de la Wutach.

4. Le comté de Bonndorf appartenant à l'abbaye de St Blaise.

5. Un territoire suffisant pour l'échanger avec la maison Palatine contre le village de Dettenheim, enclavé dans le grand-baillage de Carlsrouhe, le baillage de Weingarten et le pays le long de la rive gauche de l'Elzbach jusqu'à la frontière de l'évêché de Spire.

6. Les trois villes impériales de Offenburg, Gengenbach et Zell sur le Hammersbach avec leurs territoires.

7. Les abbayes de Gengenbach et de Petershausen.

8. L'une des abbayes de Irsée[2], Roggenburg[3], Schussenried, Wettenhausen[4] ou Zwifalten pour servir d'établissement aux fils puînés du Margrave de son second mariage.

---

[1] Das Amt Oberkirch, Art. 1 des geh. Separatfriedens.

[2] Benediktinerabtei, an der Wertach.

[3] Prämonstratenserabtei, an der Günz, im Sprengel von Augsburg.

[4] Augustinerpropstei, an der Günz.

Art. V.

La République française s'entremettra auprès du canton de Bâle pour la cession au Margrave des villages de Riehen et Bettingen, ainsi que des revenus que les fondations ecclésiastiques de Bâle et du district qui sera incorporé au canton, perçoivent sur la rive droite du Rhin.

Art. VI.

Dans ce cas que par suite des arrangements qui seront faits dans l'Empire Germanique les biens des deux ordres Teutoniques et de Malte seraient sécularisés, le Margrave aura pour sa part, outre les revenus perçus jusque à présent dans les limites de ses états tant anciens que nouvellement incorporés, la commanderie de Mainau dans le lac de Constance et un bien suffisant pour pouvoir être échangé avec le Prince de Schwarzenberg contre la petite partie du landgraviat de Klettgau située sur la droite de la Wutach.

Art. VII.

L'article 1er du traité secret du 5 fructidor an 4 recevra les explications suivantes:

a. La dénomination du baillage de Schliengen comprendra la prévôté d'Istein.

b. Le baillage d'Ettenheim comprendra l'abbaye d'Ettenheimmünster.

c. Pour assurer d'autant plus l'incorporation aux états du Margrave des pays désignés sous Nr. 5 de l'article premier susdit, la portion y déterminée de l'archevêché de Mayence ne servira que pour équivalent de la partie du comté de Hanau-Lichtenberg y indiquée, et le Directoire fera assigner à la maison de Nassau-Usingen et aux comtes de Leyen d'autres indemnisations suffisantes pour la seigneurie de Lahr et celle de Hohen-Geroldseck.

d. L'abbaye de Salmansweiler ne tenant lieu aux Princes Frédéric et Louis de Bade que de leur portion de la seigneurie de Kutzenhausen qu'ils ont cédée à la République française, de sorte que les capitaux, que ces Princes ont placés dans la ci-devant Alsace avec les arrérages des intérêts leur appartiennent de plein droit, le Directoire exécutif insistera à ce que S. A. le Landgrave de Darmstadt, sur les terres alsaciennes duquel une partie de ces capitaux est hypothéquée, leur assigne une autre hypothèque sur ses terres à la rive droite du Rhin.

e. La suppression et sécularisation des biens, fonds et revenus ecclésiastiques mentionnée sous Nr. 6, comprendra nommément les abbayes de Schwarzach, Frauenalb, Lichtenthal et Schuttern.

Art. VIII.

Les articles 5 et 6 du traité secret du 5 fructidor an 4 seront également exigés par la République française des deux branches de la maison Palatine, électorale et de Deux Ponts, ainsi que de la maison de Darmstadt, avec lesquels (sic!) celle de Bade a des pactes de succession et de réversion.

Art. IX.

Nonobstant les dispositions précédentes, la République française ne garantit à S. A. que les pays et districts énumérés dans l'article premier du traité secret du 5 fructidor an 4 avec les explications y ajoutées par l'article 7 de la présente convention, ainsi que les avantages mentionnés sous Nr. 4, 7 et 8 de l'article 4 et dans l'article 6. Quant aux autres, la République n'en prend pas la garantie sur elle, et le Margrave se contentera des mesures que le Directoire exécutif sera dans le cas d'employer dans les négociations de paix avec le Corps Germanique pour les lui procurer, ou en défaut d'iceux, d'autres dédommagements en surrogat.

Art. X.

La République française demandera et insistera avec force auprès du Corps Germanique pour la reconnaissance formelle de la neutralité future du margraviat de Bade stipulée par l'article 9 du traité secret.

Art. XI.

Le présent traité additionnel ne sera rendu public que du consentement mutuel des deux parties contractantes. Il sera ratifié et les ratifications échangées dans l'espace de deux mois au plus tard.

Original von Reitzensteins Hand. Paris. Arch.

---

88. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 30. Dec. 1797.

[Vorstellungen wegen Mahlberg. Abhilfe. Requisitionsverbot.]

Die fortgesetzten Drangsale, welchen das Oberamt Mahlberg ausgesetzt ist, veranlassen Reitzenstein zu energischen Gegenvorstellungen beim Direktorium. In Folge dessen erläßt dasselbe unterm 29. Dec. die Weisung, Baden künftig mit allen Requisitionen zu verschonen und Zuwiderhandelnde kriegsgerichtlich zu bestrafen [1].

---

89. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 2—16. Jan. (prs. 1. Febr.) 1798.

[Das Memoire vom 23. Dec. Dupont. Verhandlungen mit Talleyrand. Geneigtheit Talleyrands. Erläuterung des Vertragsentwurfs. Parteien im Direktorium. Künftige Grenzlinie.]

. . . . . V. Exc. s'apercevra que j'ai partagé la dépêche en mettant le mémoire et le projet de traité additionnel que j'ai remis au ministre dans la boîte aux pastilles [2]. Je La dois prévenir au reste qu'à mesure que je fis pour le ministre la copie de ces dernières pièces, j'y fis de petits

---

[1] Vergl. oben Nr. 31. Der Erlaß wird indeß nicht ernstlich berücksichtigt. Berichte vom 8. Jan. 1798 aus Mahlberg melden, daß die alten Zustände noch fortbauern. Vergl. weiter Nr. 48.

[2] Oben Nr. 86 u. 87. Abschriften der Aktenstücke hatte Reitzenstein in einem an Frau von Edelsheim adressirten Packete durch einen Augsburger, Wohnlich, dem Minister zustellen lassen.

changements en quelques endroits, mais seulement quant au style et sans que le fond en ait été sensiblement altéré.

Tout l'espace du papier étant déjà pris par la minute je ne pouvais plus insérer ces légers changements dont il n'y a qu'un seul d'essentiel; c'est à dire l'addition d'un article dans le projet de traité par lequel il est stipulé qu'en cas de sécularisations des deux ordres Teutonique et de Malte le Margrave aurait outre les biens situés dans l'arrondissement de son pays actuel et futur encore la commanderie de Mainau et des biens suffisants pour les échanges avec le Prince de Schwarzenberg contre la petite partie de landgraviat de Klettgau située sur la rive droite de Wutach[1].

. . . . Dès l'échange des ratifications je n'eus rien de plus pressé que de demander à Mr. Talleyrand une entrevue particulière pour y discuter les objets de nos demandes. V. Exc. est maintenant sans doute assez persuadé qu'il y avait une impossibilité absolue d'entamer une nouvelle négociation avant cet échange. . . .

Le ministre m'avait même témoigné alors des dispositions si défavorables et tant de dédain que dans l'intervalle du temps qui s'écoula entre mon annonce officielle de l'arrivée de l'acte de ratification et l'échange susdit, il me fallut employer l'ancienne amitié qui l'unit a Mr. Dupont et l'attachement constant de celui-ci à Monseigneur pour ramener cet homme à des sentiments tant soit peu plus honnêtes. . . Enfin Mr. Talleyrand consentit à ce que je lui présentasse un nouveau mémoire sur lequel il voulut conférer avec moi. Je sentis que, pour faire marcher la négociation, il fallait le simplifier, réduire la multitude de nos réclamations et les accomoder aux circonstances. Le point le plus important sous tous les rapports me parut celui des indemnisations et d'après la manière de négocier ici, je savais qu'il fallait faire de demandes exorbitantes pour obtenir des conditions raisonnables. C'est dans ce sens que j'ai rédigé les pièces ci-jointes. J'ai eu sur leur contenu plusieurs conférences avec le ministre — la dernière le 29 déc. —; je fus même obligé de lui apporter à la fin mes cartes géographiques, parceque — le croiriez-Vous? — il n'en a que de détestables. . . .

Dans ces différents entretiens j'ai fait mon possible pour démontrer la justice de nos demandes et surtout pour nous procurer le Brisgau et l'évêché de Strasbourg. Quant à ce dernier objet, il m'a paru qu'on n'était pas éloigné de nous l'accorder encore, parceque le ministre s'appliqua surtout à faire beaucoup valoir cette concession disant entre autres que nous arracherions par là un beau pays à la République française elle-même. Cet argument portait à faux; aussi le fis-je taire, en lui répondant qu'il pouvait être assez sûr, que, dèsque la République voulût sérieusement garder ce petit district, nous ne serions jamais ses concurrents; qu'ainsi

[1] Vergl. oben S. 72, Art. VI.



ma demande ne partait que de la supposition contraire. . . . Quant au Brisgau, le ministre soutint toujours que c'était évidemment trop demandé et qu'il ne savait même pas, s'il serait possible de revenir encore sur la stipulation y relative du traité de Campo Formio. Enfin il demanda brusquement que je lui disse, quelle pouvait être la différence entre la situation dans laquelle le S^me Margrave avait été avant la guerre et celle dans laquelle il se trouverait par les résultats de la paix. Je lui répondis, que tout autre s'efforcerait sans doute à ma place de lui présenter des tableaux dans lesquels la valeur des pays cédés à la République serait *exagérée* et celle des indemnisations promises *diminuée*, mais que moi, haïssant toute imposture, . . . je ne balançais pas de lui avouer que, si mon maître aurait tout ce que je venais de demander pour lui, il serait non seulement dédommagé, mais même un peu agrandi, peut-être d'un tiers; que cependant je le priais de considérer que toutes les Altweltfürstliche Häuser se trouvaient dans ce cas avantageux; . . . . que parmi ces princes il y en avait qui, loin d'avoir fait des pertes dans cette guerre, avaient immensement gagné par elle, que lui — le ministre — était trop éclairé pour n'être pas persuadé depuis longtemps que l'amélioration de la condition des Altweltfürstliche Häuser entrait pour beaucoup dans le seul bon système politique qui convînt à la France et que surtout le Margrave méritait . . . . que le Directoire ne négligeât aucune mesure qui pourrait l'y faire parvenir. Mr. Talleyrand me répliqua alors en souriant, qu'en partant de l'explication que je donnais complaisamment à sa question, il n'aurait jamais douté de l'importance d'une telle indemnisation, mais qu'il n'avait entendu parler que du contenu de notre traité secret. Dans ce cas — fut ma réponse — je Vous déclare avec la même franchise et véracité que le Margrave n'y peut trouver non seulement aucun équivalent complet pour ses cessions à la France, mais surtout aucun dédommagement pour les 30 millions de livres et plus qu'il a perdus sur la rive droite, qu'ainsi il se verrait plus maltraité que tous ceux qui ont ou tout-à-fait négligé de traiter séparément avec la République ou qui . . se sont épargné par l'avantage de leur situation tous les sacrifices que le Margrave a portés; . . . le discours parut faire une impression assez avantageuse sur le ministre. Dans la dernière conférence il finit par me dire, que la lecture de mon mémoire l'avait convaincu, qu'il serait en effet juste de nous accorder encore un supplément d'indemnité et surtout de donner à notre pays plus de consistance, mais que, mon plan ne s'accordant pas avec d'autres projets qui avaient été présentés à la légation française à Rastadt, il était nécessaire, qu'il entrât là-dessus préalablement en communication avec Mr. Treilhard. . .

Avant que d'aller plus loin, il est peut-être nécessaire que je justifie quelques articles de mon projet de traité, sur lesquels il serait possible

que d'autres différassent d'opinion avec moi. 1) L'engagement réciproque ajouté au premier article est juste en lui-même. . . . 2) La restriction à la fin de l'article second facilitera la remise en question et elle me parut d'autant moins préjudiciable qu'il est plus douteux, si nous pourrons jamais obtenir un sou de dédommagement pour les pillages de l'armée de Moreau. Vers la fin de 1796 où l'indignation du Directoire sur ces scènes était encore dans toute sa force, on m'avait fait espérer des indemnisations et l'on nous aurait accordé sans répugnance des assignations sur les sommes que le cercle de Souabe doit encore depuis son traité d'armistice, mais dans les circonstances actuelles des poursuites pareilles ne seraient probablement que de la peine perdue. 3) L'article 8 nous donnera une bonne raison de plus contre Messieurs de Schwarzach auxquels nous avons promis par le traité de 1790 de ne les point séculariser. 4) L'article 9 est relatif à une ouverture que Mr. Vierordt m'a fait faire. Maintenant il écrit que ces dettes ont une hypothèque générale sur toutes les possessions de la maison de Darmstadt, mais mon mémoire était déjà remis au ministre. 5) L'article 10 est une précaution superflue peut-être, mais qui du moins ne peut pas nous nuire.

Mais c'est surtout 6) l'article 11 qui pourrait étonner V. Exc. au premier abord. J'observerai cependant à cet égard que l'acquisition du Brisgau dépend uniquement de la faveur du Gouvernement français qu'ainsi l'espèce de condescendance exprimée dans cet article n'est qu'apparente, et qu'elle était nécessaire pour faire glisser de bonne manière la garantie des autres objets que je ne pouvais pas demander directement. . . . .

Il s'agit maintenant de faire goûter tout ce projet-là aux ministres français à Rastadt . . . et leur faire sentir de bouche ce que je ne pouvais pas me permettre plus clairement par écrit, c'est à dire, la mauvaise politique de laisser un prince autrichien sur les bords du Rhin. Je pense que toute notre politique doit se tourner autour de ce plan, car ce que nous n'attrapons pas à présent, nous ne l'aurons jamais à moins d'une nouvelle révolution qu'assurément personne ne souhaite. . . . Pour trouver une autre indemnité pour le Duc de Modène j'ai déjà travaillé à un nouveau plan de partage de l'Allemagne, que je tâcherai de faire parvenir à V. Exc., dèsque je pourrai voir, s'il est goûté par le Directoire. . . . .

Die Lage erheischt allerdings Vorsicht gegen Frankreich. Zwei Parteien stehen einander gegenüber: die Partei Barras, Bonaparte und Talleyrand, die zu Oesterreich neigt und die Interessen der deutschen Fürsten preisgiebt, und die Partei Rewbell-Merlin de Douai, welche dieselben begünstigt. Die letztere zeigt sich über den Frieden von Campo Formio wenig erbaut; der Vertrag enthält in der That Bestimmungen, die geeignet sind, Oesterreich ein gewaltiges Uebergewicht im Reiche einzuräumen[1]. Diesen Mängeln abzu-

[1] Vergl. Bailleu, Preußen und Frankreich, I, 156. — Roechlin, a. a. O. I, 103.

helfen, hat man Treilhard nach Rastadt geschickt. Reitzenstein glaubt nicht an das Gerücht, als sei in einem geheimen Friedensartikel dem Herzoge von Modena auch die obere Markgrafschaft zugesichert worden. Bonaparte habe dies bei der Durchreise durch die Schweiz bestimmt in Abrede gestellt, vor allem hätte dann Frankreich sicherlich die Gelegenheit benützt und den Austausch der Ratifikationen abgelehnt.

Auch von einem Theilungsprojekte liest man in den Blättern.

On donne maintenant à la vérité une autre autorité à ce bruit: c'est le plan de partage qui vient de Hambourg et Londres, suivant lequel le Duc de Modène aurait nos possessions dans le Brisgau[1]. . . . Mr. Lotzbeck[2] de Lahr soutient d'avoir vu et lu ce plan à Rastadt et qu'il portait, que les limites du duché de Brisgau devaient s'étendre jusqu'à la Bleich et les nôtres depuis la Bleich[3] jusqu'au Palatinat, y compris néanmoins le grand-baillage de Bretten, mais les ministres français ont été inondés de projets pareils, auxquels on n'a pas encore donné de suite. Toute la prétendue indemnisation, qu'on voudrait nous donner étant au surplus déjà comprise dans notre traité secret, . . à l'exception près de l'Ortenau, de l'évêché de Strasbourg et des trois villes impériales, je me suis déjà proposé, au cas qu'on me parlât du haut Margraviat, de dire que nous ne pourrions pas en être indemnisés, les revenus de ces 3 grand-baillages, y compris ceux des fondations ecclésiastiques, se montant à 1½ millions de livres et de demander en outre . . . . si l'on prétendait que nous devions nous contenter de la partie du Palatinat sur la gauche du Necker et du duché de Wurtemberg sur la gauche de l'Enz. . . . .

Au reste V. Exc. remarque bien par mon projet, . . . que je désirerais que notre pays eût les frontières suivantes: à commencer de Ketsch le long du Rhin à Bâle, de là à Waldshut, ensuite le long de la Wutach jusqu'à sa source, enfin le long des frontières de Wurtemberg et du Palatinat. Quant à l'abbaye de Petershausen et l'île de Mainau, je l'aurais destiné [sic!] pour surcroît de dédommagement à nos deux Princes Frédéric et Louis, qui m'ont fait prévenir qu'ils craignent de faire la perte de la plupart de leurs capitaux en Alsace et que Salmansweiler est endetté. Je ferai à cet égard tout ce qui me sera possible, mais dans une crise pareille on ne peut pas s'attendre à aplanir toutes les montagnes. Quant au plan de partage du cercle de Souabe, V. Exc. se rappelle qu'il en fut déjà fait un vers la fin de 1796 par Messieurs de Mandelsloh et de Mackau

---

[1] Dasselbe weist u. a. Schweden die Obermündung, Dänemark die Hansestädte Hamburg und Lübeck sowie den Sundzoll zu, streift mithin, wie Reitzenstein bemerkt, so sehr an's ungeheuerliche, daß im Ernste davon nicht die Rede sein kann.

[2] Welches Mitglied der bekannten Lahrer Tabakfabrikantenfamilie hier gemeint ist, läßt sich nicht ersehen. Ueber die Familie vgl. Stein, Gesch. v. Lahr, 198; v. Weech, Bad. Biographien, I, 80.

[3] Bleiche, Nebenflüßchen der Elz.

qui me pressèrent tous les deux d'y prendre part ce que je n'osais pas, quoiqu'il eût sans doute mieux valu pour nos intérêts de le faire alors[1]. . . .

Finalement je préviens V. Exc. que j'ai fondu dans un mémoire les notes qu'Elle a eu la bonté de me transmettre relativement à nos titres sur le Brisgau[2], je suis occupé dans ce moment d'y ajouter un projet qui démontrera la possibilité d'indemniser tout le monde et d'établir le Duc de Modène — dût cela même se faire en Allemagne — d'une manière plus avantageuse encore pour lui. . . . .

90. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 13. Jan. 1798.

[Theilungsprojekt des schwäbischen Kreises. Die französischen Gesandten ohne Specialinstruktion.]

. . . . Nous sommes d'autant plus impatients des éclaircissements que nous procurera la dépêche que Vous Vous proposez de m'expédier par Mr Boccardi[3] que l'on s'entretient sous mains d'un projet de division du cercle de Souabe en quatre parties dont on ne nous réserverait nullement la plus considérable, mais où le Duc de Deuxponts trouverait une indemnisation si non complète, du moins acceptable en quelque sorte. . . . . Les ministres plénipotentiaires de la République ici ne paraissent pas avoir la moindre instruction spéciale à notre sujet et nous n'avons garde de rompre ce silence avant d'être parfaitement éclairé par Vous[4]. . . . .

91. Denkschrift Reitzensteins.

Paris, 24 Jan. 1798 (6 pluviose an 6)[5].

(Collection de quelques faits historiques, qui prouvent les droits de la maison de Bade sur le Brisgau.)

[Ansprüche Badens auf den Breisgau.]

Ausführung über die ältere Geschichte des Zähringer Hauses und seines Verhältnisses zum Breisgau und wie dasselbe rechtswidrig in den Besitz des Hauses Oesterreich gekommen sei. Baden hat dagegen vergeblich protestirt, die Uebermacht des kaiserlichen Hauses war zu stark — man mußte abwarten, bis eine günstige Zeit kam, die eigenen Rechte geltend zu machen.

Peut-être l'occasion en est-elle venue dans le moment actuel, où la République française, réparatrice de tant de torts, va fixer les destinées de l'Allemagne. Un article du traité de Campo Formio paraît à la vérité s'y

[1] Vgl. Polit. Correspondenz, II, 536.

[2] S. Nr. 91.

[3] Gesandter der ligurischen Republik.

[4] Die Instruktion Bonaparte's für die Rastadter Bevollmächtigten vom 9. Dec. 1797 weist dieselben lediglich an, den badischen Gesandten zu erklären, «que la République Française règlera sa conduite sur celle qu'ils vont tenir». Correspondance de Napoléon I, III, 599.

[5] Randvermerk des Originals: «transmis à Rastadt le 17 pluviose». Talleyrand, dem Reitzenstein die Denkschrift übergiebt, meint, es sei «une belle déduction académique», man dürfe sich aber nicht viel davon versprechen.

opposer; mais le principe de la sécularisation des états ecclésiastiques admis, l ne sera plus difficile de trouver pour le Duc de Modène, ou plutôt pour l'Archiduc Ferdinand un autre établissement bien plus avantageux que le Brisgau. L'Autriche qui ne saurait ignorer la source impure de cette acquisition, sera elle-même charmée de profiter de la première occasion qui se présente pour faire retourner à la maison de Bade ses anciens domaines, dans lesquels on voit encore les ruines du château de Zæhringen, première possession de ses ancêtres. On doit s'attendre à un pareil empressement des sentiments qui animent à présent la maison d'Autriche, et quant à la République française il y a assez de motifs et des raisons politiques assez puissantes qui ne sauraient que lui faire voir avec plaisir le rétablissement de la maison de Bade.

Orig. Parif. Archiv. — Abschrift Karlsruhe.

---

92. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 25. Jan. 1798.

[Schicksal des Oberlandes. Entschädigung Darmstadts. Rewbell über Preußen. Anderweitige Entschädigung Modena's.]

J'y [1] avais annoncé que j'aurais sans faute un entretien avec le citoyen Rewbell au sujet de la prétendue perte de notre haut margraviat. J'ai eu cet entretien avanthier au lieu d'hier et le C. Rewbell m'a témoigné sa surprise de ce que j'avais pu ajouter foi à un pareil bruit, m'assurant très positivement qu'il n'y avait que le Brisgau *autrichien* qui était promis au Duc de Modène.

Reitzenstein befürchtet, Hessen-Darmstadt möchte dank der Verwendung Oesterreichs reichlicher als Baden entschädigt werden, obgleich Frankreich allen Grund habe, diejenigen Fürsten mehr zu berücksichtigen, die Verträge mit ihm geschlossen; die Gerechtigkeit verlange eine gleichmäßige Bemessung der Entschädigungen. Rewbell beruhigt ihn über diesen Punkt.

Man wartet in Paris ungeduldig auf eine Entschließung Preußens und wünscht, daß es sich mit den protestantischen Reichsständen zu gemeinsamem Vorgehen einige [2]. «Si cette cour — bemerkt Rewbell — continuait toujours à ne pas vouloir se décider, la France, lasse de ces lenteurs, pourrait enfin dire: je garde ce que j'ai, la rive gauche du Rhin, pour le reste arrangez Vous comme Vous voudrez, je ne m'en mêlerai plus.» So lange Haugwitz am Ruder, bezweifelt Reitzenstein, daß der Berliner Hof eine entschiedene Haltung annehmen werde.

.... Vers la fin de notre entretien je demandai au Directeur, si donc la cession du Brisgau autrichien au Duc de Modène était irrévocable et s'il serait tout-à-fait impossible d'y revenir en notre faveur. Je lui récapitulai les principales raisons qui doivent faire souhaiter à la France cette opération. Il me répondit: je sais très bien que, que ce soit le Duc de Modène ou l'Archiduc Ferdinand qui possède le Brisgau, nous aurons toujours affaire à l'Autriche, je ne serais donc pas contraire à Vos désirs, mais wo sollen wir ihn hinschicken? Je l'assurai qu'il n'aurait qu'à me favoriser

---

[1] Vergl. Bailleu, I, 177; Hüffer, I, 198.

[2] Vergl. Bailleu, Preußen und Frankreich, I, 177; Hüffer, I, 198.

d'un entretien un peu plus long avec la permission de me rendre chez lui avec des cartes géographiques et que je me faisais fort de soumettre à ses lumières des projets de partage qui le satisferaient peut-être; mais il ne s'est pas déclaré sur cette offerte dont j'aurais sûrement pu profiter et que je répèterai sans perte de temps.

Auch Merlin de Douai giebt wegen der Oberlande beruhigende Versicherungen. «Tous ces projets-là — erklärt Merlin — ne sont que des bêtises; il n'y a pas un mot de vrai là-dessus, et tous ces bruits-là ne sont répandus que pour semer de la méfiance contre le gouvernement français.»

93. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 25. Jan. 1798, Abends.

[Hessen-Kassel. Fürstenbundspläne. Badens Vertretung in Paris durch den schwedischen Gesandten von Staël.]

Ueberbringer des Schreibens ist der Hessen-Kassel'sche Minister von Waitz.

Je ne doute pas que Mr de Waitz n'ait fait de bien bonnes affaires ici, car que ne peut-on pas faire avec des connexions telles que la cour de Cassel en a, avec 20000 hommes de troupes disponibles et ce qui plus est avec des coffres fort remplis de millions? Il n'aura donc pas manqué d'acheter des lieues quarrées en Allemagne à meilleur marché encore qu'on n'achète ici les biens nationaux. . . . .

Il paraît toujours encore beaucoup tenir à son projet favori d'une union entre les Princes de l'Empire, à laquelle il voudrait que la Prusse s'associât pour le moment à l'effet de faciliter les sécularisations nécessaires pour le maintien du nouveau système politique que la force majeure des circonstances va introduire en Allemagne. . . . .

Reitzenstein dankt bezüglich der ferneren Vertretung Badens in Paris für das Vertrauen, welches der Markgraf in ihn setze. Er müsse aber zweierlei bemerken: einmal sei der Aufwand, den die Anstellung eines bevollmächtigten Ministers erfordere, ein beträchtlicher, auch werde es schwer fallen, später zu einer einfacheren Form der Vertretung zurückzukehren, ohne das Direktorium nicht dadurch zu beleidigen. Ferner biete sich gerade jetzt eine günstige Gelegenheit, dem auszuweichen: Schweden, mit welchem Baden ja durch persönliche Beziehungen eng verbunden sei und dessen Interessen mit denen des Markgrafen wol nie collidiren würden, habe soeben den Herrn von Staël zum Gesandten ernannt. Der Markgraf möge daher diesem Diplomaten auch gleichzeitig die Vertretung seiner Lande übertragen. — Er selbst wünsche nichts dringender, wie Ruhe.

94. Reitzenstein [1] an Edelsheim.

Paris, 1. Febr. 1798.

[Abreise nach Rastadt.]

Zeigt an, daß er, da während der nächsten Wochen sein Aufenthalt in Paris überflüssig sei, um die Mitte des Monats in Rastadt eintreffen werde, um mündlich mit Edelsheim zu conferiren [2].

[1] Unterzeichnet: Müller. Reitzenstein bedient sich hier desselben Pseudonyms, wie im Mai 1797, als er incognito in Offenburg weilte. S. oben, Band II, 585.

[2] Seine Ankunft erfolgt in der Nacht vom 12./13. Febr.



4. Die revolutionäre Bewegung am Oberrhein im Frühjahr 1798.

Januar—März 1798.

95. Hofrath Hugo an den Präsidenten von Gayling.

Lörrach, 19. Jan. 1798.

[Revolutionäre Propaganda im Oberlande. Anschlag gegen die Regierung. Beschwerden und Forderungen. Vorstellungen bei der französischen Gesandtschaft in Basel.]

Schon seit einiger Zeit wußte man, daß französische Propagandisten sich in der Schweiz nicht wenig geschäftig zeigten, das Landvolk zu bearbeiten, und fürchtete, das nämliche möchte auch im hiesigen Oberamte geschehen [1], konnte aber nicht auf den Grund kommen, bis der Gerichtsmann und Blumenwirth Klaiber von Kandern zuerst dem Herrn Oberforstmeister und nachher dem Herrn Oberamtsassessor Meier die Anzeige machte, daß sich bei dem Waldhornwirth Pfundten, seinem Schwager, bei Grenzach Leute einfänden, die Böses zu stiften suchten. Zugleich sagte der hiesige Bürgermeister Weidenbach, er sei schon dreimal aufs Horn berufen worden, aber nicht gegangen und fragte, ob er sich hin begeben solle. Man hieß es ihn und er brachte mit, es sei ein von Karlsruhe bis Stockach reichender Plan, daß man die Beamten fangen, sich der Kassen bemächtigen, Nationalgarden bilden und den Congreß in Rastatt sprengen wolle ꝛc. ꝛc., und brachte mehrere Punkte schriftlich mit.

Man überlegte mit der Dienerschaft, was zu thun sei, und wurde einig, daß ein Vertrauter nach Müllheim und Emmendingen geschickt werde, um mit den dortigen Oberämtern Abrede zu nehmen, und jemand nach Karlsruhe gehe, daß aber vor allen Dingen in Basel sondirt werden solle, ob die Gesandtschaft von Frankreich Einfluß habe. Zu letzterem erbot ich mich, und Herr Oberamtsassessor sollte erst reisen, wenn ich zurückkäme. Nachts nach 11 Uhr schickte er mir aber den Herrn Revisor, er könne meine Rückkunft nicht abwarten und reise heute Morgens um 7 Uhr. Ich ließ ihm das Uebereilte hiervon vorstellen, es fruchtete aber nichts. Um halb 7 Uhr fuhr ich mit RR. Lenz nach Basel, erfuhr, daß es dort wieder etwas ruhiger sei, indem das Landvolk sich mit den erhaltenen Versprechungen einstweilen begnüge und 600 Mann zur Bewachung der Stadt schicke und daß man glaube, es brüte auch etwas im Markgräflichen, Würtembergischen ꝛc. ꝛc.

[1] Eine eingehende Darstellung der revolutionären Bewegung in Baden in den Jahren 1798 und 1799 behalte ich mir in der Zeitschrift f. Geschichte des Oberrheins vor; ich gebe deshalb hier nur die wichtigsten Aktenstücke ohne Literaturverweise.

Die Unterthanen des hiesigen Oberamts hätten verlauten lassen, sie verlangten 1) Erleichterung in den Abgaben, 2) Abschaffung des Kelterweins, 3) willfährige Antwort auf die Vorstellung der Vorgesetzten vom Augst 1796, 4) Auszahlung des Kriegsfrohndgeldes, 5) Herstellung der Landstände u. dergl.

Weil Mengaud nicht zu Hause war und noch in Aarau ist, so ging ich zu seinem ersten Sekretär, der mich sehr artig aufnahm, mir zu Entdeckung meiner Besorgnisse Anlaß gab und mich zu drei wiederholten Malen versicherte, daß die französische Regierung dergleichen Leute nicht kenne und sich in ihre Sachen nicht mische, sondern sie als Landstreicher anzusehen seien.

Zugleich sagte er mir, es würden einigen Ausgewanderten Billets gegeben werden, in hiesigem Oberamte ihre endliche Radiation abzuwarten, und fragte mich, ob man sie alsdann dulden werde. Ich versicherte ihn, daß ich nicht daran zweifle, und frage deswegen an. Daraus schließe ich auch, daß man es wegen anderer dort auch nicht eben so genau nimmt.

Einer meiner Freunde hatte den Gedanken, wenn S^mus^ nicht sogleich etwas den Unterthanen zusichern wollten, so möchte man 1 oder 2 beliebte Räthe hierher schicken und ihnen ausgedehnte Vollmachten geben. . . . .

Nachschrift.

. . . . Die Exekutionen der hiesigen Burgvogtei und besonders der Einnehmerei Kandern machen sehr widrigen Eindruck.

96. Meldung des k. k. Lieutenants Allmann an den Oberstlieutenant Grafen von Morzin.

Kuft, 19. Jan. 1798.

[Französische Emissäre in Sand und Altenheim. Aufreizung zum Aufstande.]

Am 18. Jan. sind ein französischer Advokat und zwei Straßburger Bürger in Sand und Altenheim erschienen und haben durch Emissäre gedruckte Zettel in Umlauf gesetzt, die einen Aufruf zur Erhebung enthalten. Wenn sich in jedem Orte nur 30 Unterschriften fänden, werde man den Leuten Hilfe senden, um loszuschlagen.

Abschrift. Wien. St. A.

97. Präsident von Sumerau an den Grafen Lehrbach.

Freiburg, 20. Jan. 1798.

[Revolutionäre Unruhen. Requisition militärischer Hilfe.]

Nachrichten über revolutionäre Umtriebe. Die übelgesinnten Elemente denken sogar daran, wie es heißt, die Gesandten in Rastadt aufzuheben. Auch im badischen Oberland sehe es stürmisch aus. Vermuthlich sei alles nur ein Werk „der tollkühnen Propagandisten" Man werde daher in der Stille ohne alles Aufsehen die nöthigen Gegenmaßregeln ergreifen.

Wünschenswerth erscheine es indeß, daß der F.-M.-L. von Staader angewiesen werde, die erforderliche Anzahl Truppen nach dem Breisgau zu beordern.

Wien. St. A.



98. Subdelegationsdiarium.

21. Jan. 1798.

[Unruhen im Oberlande und Breisgau. Berathung mit Brauer. Untersuchung.]

In der verwichenen Nacht hat uns eine sofort weiter an ihre eigentliche Behörde nach Karlsruhe spedirte Estaffette die unangenehme Nachricht von besorglichen Volksunruhen in den Oberlanden überbracht. Der kaiserl. Herr Plenipotentiarius, dem wir gelegentlich davon die Eröffnung gethan haben, ist darauf um so aufmerksamer geworden, da ihm gleiche und noch stärkere Nachrichten von dem Freiburger Regierungs-Præsidio, von dem dasigen Militärcommando und von der hessen-darmstädtischen Subdelegation zugekommen sind. Er inklinirt auf sehr ernste Maßregeln dagegen und wartet nur auf officielle nähere Veranlassung.

Abends ist der Herr Geh. Rath Brauer dahier angekommen, um sich über diese Angelegenheit mit uns zu bereden, die sich viel weiter als nur auf die badischen Oberlande zu erstrecken scheinet. Wir haben deswegen auch den fürstenbergischen Abgeordneten davon benachrichtiget, damit er seine Regierung darauf aufmerksam machen möge.

---

99. Landvogt v. Liebenstein an Karl Friedrich.

Emmendingen, 22. Jan. 1798.

[Besprechung mit Sumerau wegen der Unruhen. Mittheilungen über die Entdeckung der Umtriebe. Anerbieten militärischer Hilfe.

Berichtet über eine Berathung mit Sumerau und dem General von Kempf in Freiburg, die am 21. d. M. stattgefunden:

Als ich zu dem Herrn Präsidenten von Sumerau kam, erzählte mir dieser, die erste Entdeckung des vorgehabten und noch nicht ganz gedämpften, obgleich glücklicher Weise verrathenen Revolutions-Plans habe ein Emigrant gemacht, der dem k. k. dermaligen Geschäftsträger zu Basel nachstehende Eröffnung gemacht habe.

Er sei kürzlich zu Lausanne gewesen und habe daselbst einen badenschen bediensteten Unterthan angetroffen, welcher ihm die Proposition gemacht, ob er nicht in der neuen Republik auf dem obern diesseitigen Rheinufer eine Stelle annehmen wolle, die er verschaffen könne, und er, der Emigrant, den Herr von Sumerau nicht nannte, als auch den angeblichen Dienstvergeber nicht zu nennen wußte, habe sich verpflichtet gehalten, den obengenannten k. k. Geschäftsträger hiervon zu unterrichten.

Den Aufruf an das Landvolk am rechten Rheinufer habe ein k. k. Officier, der seine Station zu Rust hat, in diesem Ort abschriftlich zu erhalten gewußt, solchen an den Oberstlieutenant Grafen von Morzin dieses Regiments eingeschickt[1] und durch diesen sei er dem Herrn General von Kempf zugekommen, von diesem aber habe Herr Präsident von Sumerau denselben erhalten, von welchem solcher sodann theils den badenschen, theils österreichischen Stellen mitgetheilt worden sei.

[1] Oben N. 96.

Herr von Sumerau erzählte mir dann, was wir hier schon abends vorher erfuhren, daß ein Commando Cavallerie und Infanterie in die Gegend von Lörrach aufgebrochen sei, daß dieses an den zu Rheinfelden sich befindenden Obristen von Wachenburg angewiesen sei und das Oberamt Rötteln könne von diesem die nöthige Assistenz gleich erhalten. . . . .

---

100. Graf Lehrbach an den Minister von Thugut.

Rastadt, 22. Jan. 1798.

[Räumung der Ortenau. Revolutionäre Umtriebe. Gegenvorstellungen.]

Die Ortenau ist endlich auf Lehrbachs Vorstellungen von den Franzosen geräumt worden.

„In der hiesigen Gegend, besonders in denen an der Ortenau gelegenen badischen und nassauischen Ortschaften suchen die Franzosen ihr Revolutionssystem einzuführen.“ Verweist auf Berichte Sumerau's aus Freiburg vom 20ten und des Landvogts Kleinbrod aus Offenburg vom 21ten d. M. Gleiche Nachrichten laufen bei der badischen und darmstädtischen Gesandtschaft ein und gelangen auf diesem Wege zur Kenntniß der Deputation, welche darüber Vorstellungen an den kais. Bevollmächtigten richten wird.

Wien. St. A.

---

101. Regierungspräsident von Sumerau an den Grafen Lehrbach.

Freiburg, 22. Jan. 1798.

[Die Unruhen im badischen Oberland; ihre Förderung von französischer Seite. Militärischer Schutz nöthig. Beschwerde bei den französischen Bevollmächtigten. Verhaftung der Verschworenen.]

In Gemäßheit dessen, was ich jüngsthin E. Exc. von dem hiesigen Divisionscommando in Betreff der Verbreitung eines aufrührerischen Flugblattes zu Aneiferung eines gewaltsamen Aufstandes des Landvolks anzuschließen die Ehre hatte, trage ich nun auch gehorsamst nach, was mir in dieser traurigen Angelegenheit von dem badischen Oberamt in Müllheim zugekommen ist.

Im Eingang dieses Schreibens glaubte zwar das Amt in Müllheim, daß dieser Volksaufruhr nicht oder nicht öffentlich von fremder Macht unterstützt werde.

Es hat mir aber der Müllheimische Hofrath Walz gestern Abend das Originalconstitut von einem der eingezogenen zween badischen Unterthanen, von denen in dem Schreiben Meldung geschieht, vorgelesen, woraus erhellet, daß der General Augereau nicht nur von diesem Plane Nachricht gehabt habe, sondern daß er denselben gutgeheißen und sich vernehmen lassen hat, daß er nicht fehlen könne.

Doch besagt der mir soeben von dem Hofrath Walz zugekommene hier beigefügte Protokollauszug nicht so viel, als er mir gestern aus dem Protokoll vorgelesen hat. Darüber wird aber der markgräflich badische Gesandte Freiherr von Edelsheim E. Exc. nähere Auskunft geben können.

Hieraus ist ersichtlich, daß, wenn die Franzosen diesen Volksaufstand auch dermalen nicht mit offenbarer Gewalt unterstützen, sie doch denselben unter der

Hand auf alle Art begünstigen, wie dann auch nach der Aussage des Hofraths Walz der beiliegende Aufruf in Straßburg in Druck gelegt worden sein solle[1].

So lange die Franzosen noch Kehl und Kastel bei Mainz innehaben, und in Basel, wie dermalen im höchsten Grade, den Meister spielen, so bleibt die ganze Strecke der am Rhein gelegenen, wegen den bevorstehen sollenden Austauschungen und Abtretungen ohnehin höchst mißvergnügten Provinzen der immerwährenden Aufwieglung gegen ihre gegenwärtige und künftige Landesherren ganz bloßgestellt, und am Ende ist zu befürchten, daß sie noch das Schicksal von dem Hochstift Basel, der cisalpinischen Republiken und so vieler anderer verführten Provinzen haben werden, wenn nur einige Schwindelköpfe davon ihren eigenen bösen Willen für den Wunsch des ganzen Volkes in Paris erklären und um Unterstützung einer eigenen Republik oder Einverleibung mit der französischen ansuchen. Dann kommen einige französische Truppen und revolutioniren vorerst das Land, welches so viel sagen will, als Religion und Sittlichkeit gänzlich vernichten, Klöster, Adelige und wolbemittelte Leute ausplündern, das Land durch die Contributionen erschöpfen, mit dem Raub davongehen und das Volk der verzweifeltsten Anarchie preiszugeben [sic!].

Eine starke, vertraute militärische Macht, die nicht nur in den österreichischen, sondern vorzüglich über vorher getroffene Einverständniß in badisch- und anderen reichsständischen Ortschaften, die es am nöthigsten haben und mehr als die österreichischen bedürfen, könnte einem gewaltsamen Ausbruch scheinbarlich noch einigen Einhalt thun. Das beste Rettungsmittel dürfte aber wol sein, wenn E. Exc., sofern es möglich ist, bei der französischen Friedensgesandtschaft zu bewirken geruhen wollten, daß den Franzosen ernstlich eingeboten werde, sich weder heimlich noch öffentlich einzumischen und diesen Volksaufstand zu begünstigen; vorzüglich aber zu verhindern, daß in Straßburg und anderswo in Frankreich keine aufrührerische Schriften mehr gedruckt und auf diesseitiges Gestade zur Volksaufwiegelung herüber gebracht werden.

Um die Gefahr, in der wir uns befinden, noch mehr zu bestätigen, schließe ich zugleich den abschriftlichen Bericht des Polizeidirektors Schmidlin, den ich zur Auskundschaftung der Lage der Umstände in die Gegend von Basel geschickt, und nun über den Wald nacher Waldshut zu eben diesem Ende und zu einsweiliger genauer Beobachtung des Doktors, wovon in dem Müllheimischen Schreiben Meldung geschieht, abgeordnet habe, ehrerbietigst bei[2]. Daraus werden E. Exc. zu ersehen geruhen, wie übel es in der Gegend von Basel mit der Ruhe der diesseitig angrenzenden Ortschaften aussieht. Es hat mir auch der Hofrath Walz soeben das Verzeichniß der Mitverschworenen, das bei einem der eingezogenen badischen Unterthanen vorgefunden worden ist, mitgetheilt; ich schließe es E. Exc. hier ebenfalls gehorsamst an, mit der geziemendsten Unterstellung, ob nicht durch die reichs-

[1] Fehlt.

[2] Fehlt gleichfalls.

ständische betreffende Gesandtschaften die Verhaftung dieser Mitschuldigen, besonders des Amtsschulzes Hänle von Lahr, auch seines Bruders, des Apothekers, und auf welche Art, dienlich erachtet werde? Ich vermuthe aber, daß der markgräflich badische Herr Gesandte Freiherr von Edelsheim E. Exc. hierüber schon ein Mehreres vorzutragen wird die Ehre gehabt haben.

Von E. Exc. gnädigen Fürsorge erwarte ich die thätigste Rettung des guten, unserm besten Monarchen so treuen Landes, das ich mit mir zu Gnaden empfehle und in tiefer Verehrung verharre. . . . .

Abschrift. Wien. St. A.

102. Subdelegationsdiarium.

22. Jan. 1798.

[Rosenstiel lehnt jede Verantwortung seiner Regierung für die Unruhen ab.]

Von Badenweiler sind beruhigende Nachrichten eingelaufen.

Abends unterhielten wir uns sehr umständlich hierüber mit dem Legations-Secrétaire Rosenstiel und er verblieb auf seiner uns gestern geäußerten Meinung, daß das französische Gouvernement hieran keinen Antheil habe, daß es das Werk liederlicher Gesellen und Geldschneider seie, und daß man ihnen nur mit Ernst und Nachdruck begegnen müsse. . . . .

103. Beilage zum Subdelegationsdiarium[1].

22. Jan. 1798.

[Verhör des Amtsschaffners Ströhlin über die revolutionäre Propaganda französischer Emissäre.]

Actum Rastadt, den 22. Jan. 1798.

Nachdem man erfahren, daß in den diesseitigen Aemtern und der Nachbarschaft verschiedentlich Revolutionszettel ausgestreut worden, um die Einwohner aufzumuntern, sich gegen ihre Herrschaft und Obrigkeit, sowie die bisherige ganze Landesverfassung zu empören, und man vermuthet, daß davon der H. Amtsschaffner Ströhlin[2] unterrichtet worden sein möchte, so hat man denselben ersucht, sich anheute hierher zu begeben, worauf derselbe wirklich erschienen und folgendes ad protocollum erklärет hat:

Bei Gelegenheit, als er am letzten Samstag den 20ten dieses in Straßburg gewesen, hätten ihm mehrere dasige Einwohner im Vertrauen eröffnet, daß

1) mehrere und zwar an 12 Emissarien diesseits des Rheins gegangen wären, um die Revolution zu bewirken[3], und zwar vorzüglich in den würtembergischen Landen, von woher Einwohner nach Straßburg gekommen wären und Cocarden von schwarz, grün und rother Farbe[4] gezeigt und erklärt hätten, daß die Franzosen nicht allein Cocarden hätten, sondern sie auch;

[1] Mitgetheilt durch den darmstädtischen Minister v. Gatzert.

[2] Hessen-darmstädtischer Amtsschaffner in der Grafschaft Hanau-Lichtenberg.

[3] Protokoll, IV, 288 ff.

[4] Weiß, roth, grün: nach der Note vom 1. Febr. 1798. Protokoll, IV, 292.

2) am Freitag den 19. huius 6000 Stück 4 farbiger Cocarden von Straßburg über den Rhein herüber geschickt worden seien;

3) einer der Emissaires selbst erkläret, daß in den hessen-darmstädtischen Aemtern die Revolution nicht auszuführen und nichts zu tentiren wäre, weil die Unterthanen zu sehr wol mit ihren Landesherrn und deren Officianten zufrieden wären;

4) der Friedenscongreß zu Rastadt kaum noch 2 Tage dauern würde, indem sie solchen auseinanderjagen und die Gesandten umbringen wollten.

5) Eines der Hauptanstiftungsmittel seie, daß man den diesseitigen Unterthanen insinuire, daß man nunmehr von Seiten der Herrschaften alle rückständigen Gelder einfordern lassen werde, wovon sie aber durch die Revolution befreiet sein würden.

Actum quo supra Ströhlin.

---

104. Hofrath Hugo an Edelsheim.

Lörrach, 22. Jan. 1798.

[Oesterreichische Hilfe zur Unterdrückung der Unruhen. Zurückhaltung.]

.... Herr von Sumerau schickte den Oberpolizei-Commissaire Schmidlin, dem Oberamt militärische Hilfe, wenn sie nöthig wäre, anzubieten. Ich dankte aber und bat, die höchste Entschließung darüber abwarten zu dürfen. Diesen Morgen waren die Vorgesetzten versammelt, und ich habe in meinem Berichte an's Geh. Rathscollegium den Erfolg davon angezeigt, der nicht ganz übel ist, wie mich dünkt, ob er gleich mancherlei Beschwerliches enthält.

Der in Rheinfelden befindliche Oberste von Wachenburg hat dem Oberamte heute gemeldet, daß Truppen in die Nachbarschaft gezogen würden, wovon ich aber nur im äußersten Nothfall Gebrauch gemacht zu sehen wünschte.

---

105. Graf Metternich an den Reichs-Hof-Vicekanzler Colloredo.

Rastadt, 24. Jan. 1798.

[Die Unruhen am Oberrhein. Entdeckung des Verschwörungsplanes. Berathung mit den Subdelegirten über Gegenmaßregeln. Requisition militärischer Hilfe.]

Metternich übersendet vorläufig im Auszuge einige Berichte über die revolutionären Bestrebungen am Oberrhein und behält sich ausführlichere Mittheilung derselben vor.

Einstweilen werden aber Euer ꝛc. hinreichend von dem Empörungsgeiste unterrichtet, welchen öffentliche Ruhestörer in den hier angrenzenden badischen Aemtern der Obern Markgrafschaft, in dem Breisgauischen, Hanau-Lichtenbergischen und der Grafschaft Lahr zu verbreiten trachten, und welche Fortschritte diese Versuche bereits gehabt haben. Die betreffende Landesobrigkeiten haben dahero alle Aufmerksamkeit angewandt, diesem Unwesen zu steuern, und wie ich heute auf eine ganz zuverlässige Weise erfahren, so hat es der Ortsobrigkeit zu Müllheim im Badischen geglückt, ein an einen dortigen Einwohner überschicktes Paquet zu

erhalten, und in demselben mehrere Plane der Verschwörung mit Anzeigung der hierin verflochtenen Individuen zu entdecken, welche man auch auf der Stelle in Verhaft gezogen und der Criminal-Untersuchung überliefert hat. Man weiß bereits hiervon so viel, daß dieser Verschwörungsplan einen ordentlichen Zusammenhang und ausgedehnte Zweige unter thätiger Begünstigung fremder Einmischung hat. Ich kam gestern und heute mit sämmtlichen Herren Reichsdeputations-Subdelegirten über diesen Gegenstand, auch im Beisein des erzherzogl. österreichischen, zur Sprache und machte ihnen die vertrauliche Eröffnung, daß mir nothwendig scheine, von denen hierinfalls eingelaufenen Nachrichten den französischen Ministern die schriftliche Mittheilung, jedoch nur in der Gestalt öffentlicher und bestätigter Nachrichten zu machen, ohne hiebei den mindesten Argwohn eines fremden Einflusses zu erkennen zu geben, vielmehr sie selbsten auf die Vorgänge aufmerksam zu machen und sich von ihnen ihre Gegenäußerung zu erbitten. Da ich gleichwol nach dem bis anher angenommenen Geschäftsgange, ohne die Theilnahme der Deputation diesen Schritt zu machen Bedenken trug, so veranlaßte ich zugleich, daß mir hiezu die Deutung gegeben werden möchte, welches ich auch laut des hier anliegenden ..... Protokollar-Auszuges bewirkte und nunmehr auch der Sache Folge geben und Euer ꝛc. von der an die französischen Minister abzugebenden Note die Abschrift nachtragen werde. Da indessen der Samen der Unruhe ausgestreuet ist, und der Geist in den würtembergischen Landen, vorzüglich aber die Unzufriedenheit der Unterthanen in dem Hohenzollerischen bereits einen hohen Grad erreicht hat, so scheint mir diese politische Vorkehr allein nicht ausgiebig genug zu sein, den jetzigen Sturm der Zeit abzuwenden, und ich habe mich daher entschlossen, an den kaiserlichen Reichsfeldmarschall-Lieutenant von Staader beigefügtes Schreiben .... vorläufig zu erlassen, um auf allen Fall mit bewaffneter Hand dem Erfolge dieser empörenden Unruhe mit Zuziehung der betreffenden bundesfürstl. Truppen Schranken zu setzen; jedoch werde ich hiebei die Vorsehung eintreten lassen, wenn ein bewaffneter Vorschritt zu geschehen die Nothwendigkeit erheischen sollte, hierüber das förmliche Ansuchen an mich von Seiten der Reichsdeputation zu erwarten.

Wien. St. A.

106. Graf Lehrbach an Thugut.

Rastadt, 25. Jan. 1798.

[Die Unruhen beschränken sich auf die Markgrafschaft. Drückende Contributionen die Ursache.]

Nachrichten an den Prälaten von Schuttern zufolge beschränken sich die Unruhen z. Zt. noch ganz auf die Markgrafschaft. „Die Ursache habe die harte badische Regierung selbst gegeben, da sie jüngst noch die ausständigen Contributionen mit Gewalt eingetrieben hätte. Ueberhaupt fürchten sich alle fremde Unterthanen badisch zu werden und äußern laut, daß sie eher zur französischen Republik übergingen[1]."

Wien. St. A.

[1] Umgekehrt will man im badischen Oberlande, als das Gerücht einer Vereinigung mit dem Breisgau verlautet, um keinen Preis „modenesisch" werden.



107. Graf Fugger[1] an Thugut.

Stuttgart, 26. Jan. 1798.

[Unruhen im badischen Oberland. Persönliches Einschreiten des Markgrafen. Orientirungsreise Fuggers.]

Gährung in Schwaben. Die Vorgänge in Basel haben die badischen Unterthanen im Amte Lörrach gleichfalls zum Aufruhr gereizt. Der Markgraf soll entschlossen sein, zur Wiederherstellung der Ruhe, „welche schon so weit unterbrochen war, daß sie ihre Beamte abgesetzt und sich für die französische Constitution erkläret haben", selbst in's Oberland abzureisen. Sumerau hat, wie verlautet, den F.-M.-L. von Staaber um militärische Hilfe ersucht.

Gerüchte über geheime Verhandlungen der Reichsritterschaft Cantons Donau mit der französischen Regierung. Fugger beabsichtigt, um die Dinge in der Nähe besser verfolgen zu können, eine Reise nach Lörrach, Meersburg und den umliegenden Abteien anzutreten.

Wien. St. A.

108. Subdelegationsdiarium.

26. Jan. 1798.

[Günstigere Nachrichten aus Mahlberg und Basel. Das Volk dem Markgrafen ergeben.]

Aus heute eingelaufenen Privatbriefen bemerken wir hier folgendes:

Vom Herrn von Blittersdorff[2]:

Die hiesigen Gemeinden sind im allgemeinen gut gesinnt. Einige Bauern sollen sich schon haben verlauten lassen, wenn ein Emissär käme, so würden sie ihn, ohne lange der Obrigkeit die Anzeige zu machen, geradezu umbringen. Sie hätten den Krieg über Elend genug erlitten, sie bedürften keine neuen Auftritte. Sie seien mit dem Herrn Markgrafen zufrieden und verlangten keine Aenderung. Die Absendung der Emissaires soll in dem Club des citoyens actifs zu Straßburg beschlossen worden sein.

Ferner von meinem — Geh. Rath Meiers — Sohn in Basel:

Das kann und darf ich Ihnen sagen, daß das ganze Volk im Markgräfischen unsern Fürsten zärtlich liebt und allgemein und öffentlich ausruft, es würde mit Freuden Gut und Blut für ihn aufopfern. . . . .

109. Extrait des délibérations du Directoire exécutif[3].

Paris, 8 Pluviose l'an VI (27. Jan. 1798).

[Maßregeln gegen die der Teilnahme an revolutionären Umtrieben auf dem rechten Rheinufer verdächtigen Franzosen.]

Le Directoire exécutif informé que des mouvements insurrectionnels se sont récemment manifestés sur la rive droite du Rhin, que la cause en est attribuée aux manœuvres de l'Angleterre qui désespérée de voir la

[1] Maria Josef Graf Fugger, k. k. Gesandter beim schwäbischen Kreis.

[2] Landvogt zu Mahlberg.

[3] Beilage zum Subdelegationsdiarium vom 13. März 1799. — Vergl. die französische Note an Metternich v. 13. Pluv. (2. Febr.). Protokoll, IV, 296.

erhalten, und in demselben mehrere Plane der Verschwörung mit Anzeigung der hierin verflochtenen Individuen zu entdecken, welche man auch auf der Stelle in Verhaft gezogen und der Criminal-Untersuchung überliefert hat. Man weiß bereits hiervon so viel, daß dieser Verschwörungsplan einen ordentlichen Zusammenhang und ausgedehnte Zweige unter thätiger Begünstigung fremder Einmischung hat. Ich kam gestern und heute mit sämmtlichen Herren Reichsdeputations-Subdelegirten über diesen Gegenstand, auch im Beisein des erzherzogl. österreichischen, zur Sprache und machte ihnen die vertrauliche Eröffnung, daß mir nothwendig scheine, von denen hierinfalls eingelaufenen Nachrichten den französischen Ministern die schriftliche Mittheilung, jedoch nur in der Gestalt öffentlicher und bestätigter Nachrichten zu machen, ohne hiebei den mindesten Argwohn eines fremden Einflusses zu erkennen zu geben, vielmehr sie selbsten auf die Vorgänge aufmerksam zu machen und sich von ihnen ihre Gegenäußerung zu erbitten. Da ich gleichwol nach dem bis anher angenommenen Geschäftsgange, ohne die Theilnahme der Deputation diesen Schritt zu machen Bedenken trug, so veranlaßte ich zugleich, daß mir hiezu die Deutung gegeben werden möchte, welches ich auch laut des hier anliegenden ..... Protokollar-Auszuges bewirkte und nunmehr auch der Sache Folge geben und Euer ꝛc. von der an die französischen Minister abzugebenden Note die Abschrift nachtragen werde. Da indessen der Samen der Unruhe ausgestreuet ist, und der Geist in den würtembergischen Landen, vorzüglich aber die Unzufriedenheit der Unterthanen in dem Hohenzollerischen bereits einen hohen Grad erreicht hat, so scheint mir diese politische Vorkehr allein nicht ausgiebig genug zu sein, den jetzigen Sturm der Zeit abzuwenden, und ich habe mich daher entschlossen, an den kaiserlichen Reichsfeldmarschall-Lieutenant von Staader beigefügtes Schreiben .... vorläufig zu erlassen, um auf allen Fall mit bewaffneter Hand dem Erfolge dieser empörenden Unruhe mit Zuziehung der betreffenden bundesfürstl. Truppen Schranken zu setzen; jedoch werde ich hiebei die Vorsehung eintreten lassen, wenn ein bewaffneter Vorschritt zu geschehen die Nothwendigkeit erheischen sollte, hierüber das förmliche Ansuchen an mich von Seiten der Reichsdeputation zu erwarten.

Wien. St. A.

106. Graf Lehrbach an Thugut.

Rastadt, 25. Jan. 1798.

[Die Unruhen beschränken sich auf die Markgrafschaft. Drückende Contributionen die Ursache.]

Nachrichten an den Prälaten von Schuttern zufolge beschränken sich die Unruhen z. Zt. noch ganz auf die Markgrafschaft. „Die Ursache habe die harte badische Regierung selbst gegeben, da sie jüngst noch die ausständigen Contributionen mit Gewalt eingetrieben hätte. Ueberhaupt fürchten sich alle fremde Unterthanen badisch zu werden und äußern laut, daß sie eher zur französischen Republik übergingen[1].“

Wien. St. A.

[1] Umgekehrt will man im badischen Oberlande, als das Gerücht einer Vereinigung mit dem Breisgau verlautet, um keinen Preis „modenesisch“ werden.



107. Graf Fugger [1] an Thugut.

Stuttgart, 26. Jan. 1798.

[Unruhen im badischen Oberland. Persönliches Einschreiten des Markgrafen. Orientirungsreise Fuggers.]

Gährung in Schwaben. Die Vorgänge in Basel haben die badischen Unterthanen im Amte Lörrach gleichfalls zum Aufruhr gereizt. Der Markgraf soll entschlossen sein, zur Wiederherstellung der Ruhe, „welche schon so weit unterbrochen war, daß sie ihre Beamte abgesetzt und sich für die französische Constitution erkläret haben", selbst in's Oberland abzureisen. Sumerau hat, wie verlautet, den F.-M.-L. von Staader um militärische Hilfe ersucht.

Gerüchte über geheime Verhandlungen der Reichsritterschaft Cantons Donau mit der französischen Regierung. Fugger beabsichtigt, um die Dinge in der Nähe besser verfolgen zu können, eine Reise nach Lörrach, Meersburg und den umliegenden Abteien anzutreten.

Wien. St. A.

108. Subdelegationsdiarium.

26. Jan. 1798.

[Günstigere Nachrichten aus Mahlberg und Basel. Das Volk dem Markgrafen ergeben.]

Aus heute eingelaufenen Privatbriefen bemerken wir hier folgendes:

Vom Herrn von Blittersdorff [2]:

Die hiesigen Gemeinden sind im allgemeinen gut gesinnt. Einige Bauern sollen sich schon haben verlauten lassen, wenn ein Emissär käme, so würden sie ihn, ohne lange der Obrigkeit die Anzeige zu machen, geradezu umbringen. Sie hätten den Krieg über Elend genug erlitten, sie bedürften keine neuen Auftritte. Sie seien mit dem Herrn Markgrafen zufrieden und verlangten keine Aenderung. Die Absendung der Emissaires soll in dem Club des citoyens actifs zu Straßburg beschlossen worden sein.

Ferner von meinem — Geh. Rath Meiers — Sohn in Basel:

Das kann und darf ich Ihnen sagen, daß das ganze Volk im Markgräfischen unsern Fürsten zärtlich liebt und allgemein und öffentlich ausruft, es würde mit Freuden Gut und Blut für ihn aufopfern. . . .

109. Extrait des délibérations du Directoire exécutif [3].

Paris, 8 Pluviose l'an VI (27. Jan. 1798).

[Maßregeln gegen die der Teilnahme an revolutionären Umtrieben auf dem rechten Rheinufer verdächtigen Franzosen.]

Le Directoire exécutif informé que des mouvements insurrectionnels se sont récemment manifestés sur la rive droite du Rhin, que la cause en est attribuée aux manœuvres de l'Angleterre qui désespérée de voir la

[1] Maria Josef Graf Fugger, k. k. Gesandter beim schwäbischen Kreis.

[2] Landvogt zu Mahlberg.

[3] Beilage zum Subdelegationsdiarium vom 13. März 1799. — Vergl. die französische Note an Metternich v. 13. Pluv. (2. Febr.). Protokoll, IV, 296.

paix continentale sur le point d'être conclue définitivement, cherche par tous les moyens possibles à dissoudre le congrès de Rastadt, et que des Français sont soupçonnés de s'être rendus les agents de ces coupables tentatives,

arrête ce qui suit.

Article 1.

Les ministres plénipotentiaires de la République française au congrès de Rastadt sont chargés de prendre les renseignements sur les individus qui ont pris part soit directement, soit indirectement aux tentatives et mouvements dont il s'agit, et s'il se trouve parmi eux des Français qui soient actuellement en pays non occupé par les troupes de la République, ils en requerront l'arrestation et l'extradition.

Article 2.

Les commissaires du Directoire exécutif près les administrations centrales et près les tribunaux criminels du Haut et du Bas Rhin sont chargés de recueillir tous les renseignements nécessaires pour s'assurer, si parmi les citoyens domiciliés dans ces départements ou y résidants momentanément il existe des instigateurs, fauteurs ou complices des tentatives et mouvements ci-dessus [mentionnés] et dans ce cas ils les dénonceront aux accusateurs publics pour être poursuivis et punis conformément aux lois.

Article 3.

Les généraux en chef des armées du Rhin et de Mayence donneront sans délai les ordres nécessaires pour faire constater, si soit parmi les militaires qui sont sous leurs ordres, soit parmi les individus attachés à ces armées ou employés à leur suite, soit parmi les habitants des pays occupés par les troupes françaises et non encore réunis au territoire de la République, il se trouverait pareillement des instigateurs, fauteurs ou complices des dites tentatives et mouvements; auquel cas ils les feront traduire devant tels conseils de guerre qu'il appartiendra pour y être jugés et punis suivant la rigueur des lois.

Article 4.

Les ministres de la justice, de la guerre, des relations extérieures et de la police générale sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté.

Pour expédition conforme:
Le Président du Directoire exécutif
signé: Barras.

Par le Directoire exécutif:
Le secrétaire général
signé: Lagarde.

Abschrift.



110. Subdelegationsdiarium.

28. Jan. 1798.

[Rosenstiel. Emigranten die Unruhestifter.]

.... Ich [Geh. Rath Meier] war heute über Mittag mit Herrn Rosenstiel in Bickesheim[1]. Es war von denen Unruhstiftungen in denen diesseits rheinischen Reichslanden viel die Rede. Er will es schlechterdings nicht aufkommen lassen, daß das französische Gouvernement daran den mindesten Antheil habe, sondern behauptet im Gegentheil, die hiesige französische Gesandtschaft habe die sichersten Spuren, daß die französischen Emigranten die Triebfeder davon seien[2], und wenn schon auch irregeführte oder schlechtdenkende französische Bürger mit dabei wirkten, so seien doch jene die Urheber, und er müsse seinen Rath wiederholen, nur nicht blöde zu sein, sondern jeden, der sich über solchem Unwesen betreten lasse, gleich beim Kopf zu nehmen und nach aller Strenge zu behandeln. ....

111. Bericht der Hofräthe Maler und Eichrodt an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 3. Febr. 1798.

[Untersuchung gegen Hoyer und Ehrler. Aussagen über ihre Beziehungen zu den französischen Propagandisten. Augereau.]

Maler und Eichrodt berichten als Untersuchungscommissäre über das Ergebniß der Untersuchung gegen Ehrler und Hoyer[3]. Daß der Plan bestanden, eine schwäbische Republik zu gründen, steht darnach fest. Ehrler giebt zu, er habe von seinem Stiefbruder, dem in Straßburg bei der Magazinverwaltung angestellten französischen Commissär Kreutner, während dessen Aufenthalt zu Theningen (17.—20. Jan.) gehört:

„es gingen wichtige Sachen vor, von denen die ganze Welt reden werde, es gebe eine allgemeine Veränderung, es komme alles unter französischen Schutz und werde nächstens zum Ausbruch kommen; er, Kreutner, habe in allen Ortschaften längst dem Rhein, durch die er auf seiner Reise von Straßburg gekommen, Unterschriften dazu gesammelt, und sein General Augereau, von dem er geschickt sei, werde dabei recht emporkommen. Dieser letztere Umstand ist in Verbindung mit dem merkwürdigen Artikel im Rédacteur[4], wo unter der Rubrik «Straßburg» vom 2ten Pluviose deutlich gesagt wird, daß dieser General hierbei unter der Mitwirkung seiner beiden Agenten, des Lists und Wedekinds, dann der Generale Isar und Groß und seines Adjutanten Agut bloß für sich arbeite und die Armee dazu vorzubereiten suche, besonders bedeutend". ....

---

[1] Dorf, nordöstlich von Rastadt, Bez.-A. Rastadt.

[2] Derartige Insinuationen kehren wieder, sie sind augenscheinlich lediglich darauf berechnet, Baden zu schärferem Vorgehen gegen die Emigranten zu veranlassen. Am 30. Jan. übergiebt Rosenstiel eine Liste der Emigranten mit der Anzeige, daß zu Weil, Lörrach und Haltingen sich contrerevolutionäre Comités bildeten, deren Gegenwart in diesen Orten äußerst gefährlich werden könne. Vergl. oben S. 36.

[3] Beide in die Umsturzpläne verwickelt, zu deren Aufdeckung ihre Verhaftung wesentlich beitrug.

[4] Bekanntlich das Pariser Blatt, welches officiös die Anschauungen des Direktoriums vertrat. Der citirte Artikel findet sich in Nr. 774 vom 9 Pluv. an VI.



Mehr will Ehrler nicht um die Sache gewußt haben: nach Ansicht der Untersuchungsrichter besteht seine Schuld auch lediglich darin, „daß er den gefährlichen Handel der Obrigkeit nicht angezeigt und sich zum Briefträger hat gebrauchen lassen". Anders Hoyer, der weit mehr belastet erscheint, wenngleich er seine Mitschuld möglichst abzuleugnen sucht. Angeblich „ganz zufällig" will er auf einer Geschäftsreise am 11. Jan. in Offenburg mit List und Meier zusammengetroffen sein,

„welche ihm in Beisein und auf dem Zimmer des Generaladjutanten von Augereau, Namens Albi (soll wol nach dem vorhin angezogenen Artikel des Rédacteur Agut heißen), eröffnet hätten, daß wieder ein Anschlag wie der von 1796 unter der Mitwirkung des Generals Augereau vorsei, jetzt aber besser als damals, wo man nicht gewollt habe, gelingen — und vom Dienstag auf den Mittwoch i. e. vom 16ten auf den 17ten werde ausgeführt werden. Er, List, sei deswegen gegenwärtig hier, um mit gedachtem General die letzte Rücksprache zu nehmen, und nehme am verabredeten Tag einige Dorfschaften zusammen, marschiere damit nach Rastadt, besetze diese Stadt, gebe den Gesandten Sauves-Gardes und haranguire die französische Gesandtschaft mit einer dem Zweck, sich frei zu machen, angemessenen Rede, unterdessen würden die Bruchsaler nach Karlsruhe rücken, und er, List, begebe sich sodann auch dahin.

Der Generaladjutant habe zwar dem List hierbei den Vorwurf gemacht, daß er die Sache zu leicht nehme, ihm aber doch allen Beistand versprochen und zur Erinnerung für den General einen kleinen Denkzettel von dem List erhalten. Zugleich sei vom Aufstecken von Cocarden, wie die neuen Basler seien, die Rede gewesen. Noch späterhin habe ihm Meier den in seiner, des Hoyer, Schreibtafel gefundenen Zettel mit dem Namen der andern Theilhaber am Complott unter der Erklärung, daß dieselben in ihren Briefen sich nur des vor eines jeden Namen stehenden Buchstabens statt der Unterschrift bedienen würden, zugestellt, aber keine nähere Beschreibung von solchen gemacht. Und beide, List und Meier, hätten ihn wiederholt angewiesen, bis auf den nächsten Sonntag zu dem Schmidt im Lohnhof zu Basel zu kommen, welches er auch zugesagt habe; weiter sei er vom List gefragt worden, wie die Leute droben gesinnt seien? worauf er zur Antwort gegeben, er wisse nicht anderst, als daß sie noch so seien wie vorhin, womit er sagen wollen, daß sie zwar im allgemeinen unzufrieden und viele Raisonneurs unter ihnen seien, es ihnen aber doch an der nöthigen Thätigkeit, Entschlossenheit und Kühnheit zu solchen Neuerungen fehle"…..

Hoyer versichert, er sei dann allein nach Hause weiter gereist, ohne sich mehr um die Sache zu kümmern; Kreutner kenne er ebensowenig, als er um die Zusendung von Briefschaften gewußt habe; auch mit den Straßburger Emissären, Chirurg Schwan, Obsthändler Stampf und Baumgärtner sei er nie in Verbindung gestanden[1]. Ueberhaupt habe er sich auf die Sache nur eingelassen, um mit guter Art von List und Meier loszukommen. Nach Ansicht der Untersuchungscommissäre sind diese Angaben aber durchaus

[1] Von den Verschworenen will er außer List und Meier nur die beiden Jägerschmidt, Kreuzwirth Fischer in Karlsruhe und den Posthalter von der Kaltenherberge kennen.



unwahrscheinlich, wenn man erwäge, was Hoyer zugestehe, daß List und Meier ihre Freude über das Zusammentreffen in Offenburg geäußert, ihn geduzt, daß Meier dann später wieder in Emmendingen mit ihm zusammengetroffen und gereist sei, daß Kreutner in dem bewußten Briefe an ihn einen sehr vertraulichen Ton anschlage, daß er endlich schon bei den Unruhen im J. 1796 ein Werkzeug der Revolutionäre gewesen sei.

112. Landvogt von Liebenstein an Meier.

Emmendingen, 7. Febr. 1798.

[Der Emissär Kreutner und Augereau. Antrag auf Verhaftung des ersteren.]

Es geht das Gerücht, daß General Augereau, eines Complottes gegen Bonaparte verdächtig, nach Perpignan abberufen worden[1].

.... Der infame bekannte Kreutner, von Bahlingen gebürtig, der sich aber jetzo in Straßburg aufhält und welcher den Aufruhr diesseits betrieb, ist eine Creatur von Augereau und hat sich gar oft gerühmt, wie gut er bei ihm stehe. Das neue Verhältniß, in welchem nun Augereau erscheint, giebt mir den Aufschluß, daß wol dieser den Plan gefaßt haben mag, das diesseitige Land in Aufruhr zu bringen, um hiervon bei seinem Mordanschlag gegen Bonaparte, er gelinge, oder nicht, Nutzen zu ziehen. Wäre er nicht gelungen, so hätte er doch Vertraute diesseits gehabt, die er hätte benützen können, vielleicht gegen die französische Gesandtschaft zu Rastadt selbst.

Des Herrn Ministre von Edelsheim Excellenz und Euer Hochwolgeboren höherer Prüfung gebe ich gehorsamst anheim, ob nicht der französischen Gesandtschaft zu Rastadt vertraulich eröffnet werden könnte, daß dieser Kreutner ein Emissaire von Augereau war. Da Augereau wenigstens in großem Verdacht ist, so würde vielleicht dieses den Anlaß geben, daß Kreutner in Straßburg verhaftet werden könnte. Vielleicht würde er über die Absichten Augereau's Auskunft geben können, und für die diesseitige Ruhe würde es gewiß äußerst erwünscht sein, wenn seine Anhänger am rechten Rheinufer seine Verhaftnehmung gewahr würden. Dies würde sie ganz zu Boden schlagen. So könnte man vielleicht auch an Jägerschmidt endlich gelangen. ....

113. Fürst Colloredo[2] an den Grafen Fugger.

Wien, 10. Febr. 1798.

[Gährung in Schwaben. Colloredo's Antrag auf militärische Intervention abgelehnt. Verweisung auf die Hilfsmittel der Kreisverfassung.]

Veranlaßt durch die Berichte Fuggers, wie des Grafen Metternich aus Rastadt über die bedenkliche Gährung in Schwaben habe er Sr. Kais. Majestät Vortrag darüber gehalten

[1] Die Abberufung Augereau's, dem nach Auflösung der Rheinarmee das Commando über das portugiesische Invasionsheer übertragen wird, durch Bonaparte scheint zum Theil mit Rücksicht auf die Beschwerden Oesterreichs über seine Wühlereien am Oberrhein erfolgt zu sein. Vergl. v. Sybel, Gesch. der Revolutionszeit, V, 36 Anm. — Ueber seine Intriguen gegen Bonaparte s. Bailleu, a. a. O. I, 169 ff.

[2] Fürst Franz Colloredo Mansfeld, Reichshofvicekanzler.

und im Hinblick auf die „weitaussehenden Folgen“ beantragt, daß das Reichsinterimgeneralcommando ermächtigt werde, bei wachsender Gefahr den bedrohten Ständen militärische Hilfe zu leisten. Hierauf sei die allerh. Resolution erfolgt, daß, da die bedrohten Reichsstände Baden, Hohenzollern und Würtemberg noch nicht einmal die Hilfe des Kreises nachgesucht, das Reichsinterimgeneralcommando ohne Aufforderung des schwäbischen Kreises keine Truppen dort vorrücken lassen könne; falls die Kreisstände Maßregeln zur Wahrung der inneren Ruhe nöthig erachten sollten, habe der kaiserliche Minister beim schwäbischen Kreise auf „Herstellung der militärischen Verfassung im Kreise und reichsverfassungsmäßige Vereinigung mit den benachbarten Kreisen“ angetragen.

Bei dieser Resolution sei es auch nach erneuten Vorstellungen geblieben.

Wien. St. A. Concept.

114. Obervogt von Harrant an Geh. Rath Reinhard.

Bühl, 8. März 1798.

[Der Spion Schulmeister. Seine Angaben über einen revolutionären Club in Straßburg.]

Der hiesige Handelsmann Berger war Geschäfte halber in Straßburg und traf daselbst einen seiner Bekannten, den Handelsmann Schulmeister von Freistett[1], der nun in Straßburg etablirt ist, an; derselbe sagte ihm, dem Berger, im Vertrauen, es existire in Straßburg ein Club von 80 Personen, von dem er, Schulmeister, Mitglied seie und der zum Zweck habe, die Lande diesseits Rheins wie die jenseitige zu revolutioniren, Emissaires deswegen halte, und bereits bei 5000 Unterschriften diesseits Rheins gesammelt habe, auch nicht nachlassen werde, bis alles zwischen Rhein und Donau aufgewiegelt seie. Schulmeister habe ihn, Berger, in diesen Club selbst mitnehmen wollen, er habe dies aber aus Furcht verdächtig zu werden nicht gethan, übrigens habe Schulmeister noch beigesetzt, daß bei diesem Club alle die revolutionäre Schriften in der Schweiz und dem Oberland ausgestreut worden seien. . . . .

Harrant bezweifelt, daß „die Sammlung einer solchen Menge Unterschriften“ so in aller Stille hätte erfolgen können, ohne ruchbar zu werden. Um indeß Gewißheit zu erhalten, ertheilt er Berger den Auftrag, mit Schulmeister das nächstemal den Club zu besuchen[2].

---

[1] Zweifelsohne Karl Ludwig Schulmeister, der berüchtigte Spion Napoleons. Die Spuren seiner Thätigkeit ließen sich bisher nur bis z. J. 1805 zurückverfolgen; aus dieser Stelle ergiebt sich, daß er schon beträchtlich früher sein Spionagehandwerk getrieben. Seine Uebersiedelung nach Straßburg ist i. J. 1798 erfolgt. Vergl. Dieffenbach, K. L. Schulmeister. Leipzig 1879. S. 12 u. passim.

[2] Weitere Nachrichten fehlen.

5. Die Rastadter Verhandlungen bis zur Annahme des französischen Ultimatums vom 6. Dec. 1798. März—Dec. 1798.

115. Der Comitialgesandte von Seckendorff an Karl Friedrich.

Regensburg, 11. März 1798.

[Widerstreben der geistlichen Fürsten gegen die Säkularisation. Revolution vorzuziehen. Schwaben durch letztere gefährdet.]

Seckendorff klagt über die traurige Lage. Einen Abbruch der Friedensverhandlungen, der neues Elend nach sich ziehe, müsse man verhüten. Die Säkularisation biete allein ein Mittel der Entschädigung, gerechter wäre freilich eine Vertheilung der letzteren auf das gesammte Reich, aber sie sei undurchführbar, namentlich bei Oesterreich und Preußen. Die geistlichen Höfe widerstreben allerdings der Annahme dieses Principes.

Sie hängen, nicht immer in dem Geist der primitiven Kirche, gar sehr an der Territorialrepräsentation. Einige ihrer Repräsentanten am Reichstage äußern es laut, daß Revolutioniren besser sei als Säkularisiren[1].

Ob sie alsdann auch noch irgend etwas von ihrer vorigen Größe und ihrem Reichthum behalten und ob die katholische Religion hierbei nicht etwa auf die Spitze gestellt werden dürfte, dies bedenken sie wol nicht. Ihr Losungswort auf diesen Fall ist: Krieg, ewiger Krieg! Wir müssen es erwarten, ob die Vorsehung diesen Mißbrauch ihrer Gewalt auf Erden zulassen werde. . . . .

Frankreich nutze den um sich greifenden Revolutionsschwindel wie einen „Alliirten“, der ihm den Rücken frei erhalte.

. . . . Es ist mir, ich leugne es nicht, am meisten für Schwaben bange. Auf der einen Seite grenzt es an der schon für Neuerungen ergriffenen Schweiz und durch und durch ist es mit Infulen besäet, unter welchen nicht selten durch Selbstsucht und überspannten Religionseifer schon manches Unglück ausgebrütet wurde. . . . .

---

[1] Wenn der französische Geschäftsträger in Regensburg, Bacher, an Talleyrand berichtet, die geistlichen Fürsten seien geneigt «à faire un don patriotique de leurs principautés, sachant très bien que leur règne n'est plus de ce monde», so beruht dies auf völliger Verkennung der Verhältnisse. Vergl. Koechlin, Ann. de l'école libre, II, 208. — Dagegen decken sich die Mittheilungen Seckendorffs völlig mit dem Inhalte eines Berichtes des k. Concommissärs v. Hügel, dat. 21. März. Koechlin, a. a. O. III, 408.

116. Subdelegationsdiarium.

19. März 1798.

[Das Säkularisationsprincip. Baden und Darmstadt einig. Vorläufige Bedenken. Abrede zwischen Albini und Treilhard.]

.... Noch sind die Subdelegati äußerst unschlüssig, wohin sie in der nächsten Sitzung über die proponirte Basin stimmen werden[1].....

Der Darmstädtische hat, wie schon vor der Abstimmung am 9ten curr. geschehen ist, sich anerboten, unsere Vota übereinstimmend zu concertiren. Wir sind einig, daß es für Baden und Darmstadt schlechterdings nicht rathsam seie, jetzo schon und vor allen andern auf das Säkularisationsprojekt einzugehen, auch einig, daß die Deputation hierzu in der Reichsinstruktion weder angewiesen noch bevollmächtiget seie, hingegen einig, daß die illimitirte Reichsvollmacht alsdann dazu autorisire, wenn die Indemnisation vermittelst Säkularisirungen von den Franzosen als conditio pacis sine qua non gefordert wird.

Jedermann vermuthet sich, daß es dazu kommen werde. Man wird dahero laviren, wozu selbst die letzte französische Note, da sie verschiedenes übergangen und in suspenso gelassen hat, die Gelegenheit darbietet.

Späterhin hat mir der Legations-Secrétaire Rosenstiel anvertraut, der Freiherr von Albini habe sich hierüber mit dem Ministre Treilhard besprochen und ihm vorgestellt, wie schwer es sei, auf die geschehene Aufforderung hin sogleich in das Säkularisations-Principe einzugehen, wobei insbesondere die geistlichen Subdelegationen sich selbst das Todesurtheil sprechen müßten; letzterer habe auch die Schwierigkeiten eingesehen, und so erwartet sich die französische Gesandtschaft vorerst nichts anders als eine ausweichende Antwort von Seiten der Deputation, auf die eine dringendere, für unnachläßig erklärte Aufforderung folgen wird.....

117. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 24 März 1798.

[Bonaparte's Rückkehr. Französisches Lob über Badens Haltung. Frankreichs Vorgehen in der Säkularisationsfrage. Versprechungen.]

.... Il est bien décidé maintenant que le général Bonaparte ne viendra pas du tout; son adjudant, le général Lavalette, et son secrétaire Perret[2] ont reçu hier soir l'ordre de le suivre à l'expédition d'Angleterre..... Je suis presque tenté de croire que la certitude de la non-venue de Bonaparte a rendu hier le ministre Treilhard de bien bonne humeur[3]. M'étant

[1] In der Note vom 13. März stellten die Franzosen als weitere Basis die Annahme des Säkularisationsprincipes auf. Protokoll, IV, 400. — Ueber die Wandlungen der französischen Politik in der Säkularisationsfrage, Koechlin, a. a. O. III, 398—406.

[2] Camille Perret, neben Bourienne, Privatsekretär Bonaparte's. Handbuch des Rastadter Congresses, I, 9. —

[3] Vergl. dagegen Koechlin, Ann. de l'école libre etc. III, 420. «Voilà la légation privée de son influence.» Treilhard an Talleyrand, 24. März.



rendu dans l'après-dînée, c'est à dire vers les 7 heures du soir chez lui, il n'y [avait] sorte d'obligeance qu'il ne m'ait témoignée et en me parlant avec beaucoup de calme et de tranquillité de la note de la Députation dont il est parfaitement informé, quoique le Cte de Metternich ne la lui ait pas encore remise jusqu'à ce soir, il m'assura que le gouvernement était infiniment satisfait de notre conduite à la Députation, mais que la Saxe et Brème n'avaient pas le sens commun avec leur rétinence, que cependant la prochaine réponse que la légation de la République donnerait à la Députation, sans rien prononcer encore sur les distributions à faire relativement aux indemnisations, préciserait toutefois bien positivement et expressément que sans des sécularisations la paix ne pouvait pas se faire, conséquemment qu'elles étaient indispensablement nécessaires; qu'alors je pouvais compter que Darmstadt, les deux villes et Mayence voteraient à peu près avec nous et que l'Autriche même s'en approcherait beaucoup. Que d'après les conservations qu'il avait eues lui, le ministre Treilhard, avec Mr. d'Albini sur cet objet, il avait senti que la Députation avait besoin de ce petit répit, mais que les choses s'achemineraient maintenant avec plus de célérité etc.; qu'au surplus je devais être bien persuadé que, quoique [sic!] les cours de Vienne et de Berlin pussent faire pour s'emparer de la détermination des sécularisations et des indemnités, la France ne se laisserait jamais gagner la main à cet égard, mais qu'elle prendrait soin de l'exécution et bien particulièrement des objets qui concernaient V. A. S., que la République remplirait religieusement les engagements qu'elle avait contractés à cet égard. . . . .

118. Subdelegationsdiarium.

27. März 1798.

[Geheime Verhandlungen wegen Anschlusses der schwäbischen Reichsstädte an Würtemberg. Opposition der Magistratspartei. Zwist mit der Bürgerschaft.]

Rathsconsulent Müller aus Ulm als Abgeordneter des schwäbischen Städtecollegiums ist in Rastadt eingetroffen.

Er hat mir [Geh. Rath Meier] die Originalcorrespondenz des würtembergischen Landschaftsconsulenten Kerner mit dem Ulmer Rathsherrn Hörlin, der sie seinem Magistrat vorlegte, vertraulich vorgewiesen.

Kerner thut darin den förmlichen Vorschlag, Ulm, das doch seine Immedietät verlieren werde, und der nicht leeren Sage nach an Baiern fallen solle, möchte sein Loos selbst wählen und sich mit Würtemberg, dessen Constitution so große Vorzüge habe, zu vereinigen trachten[1].

[1] Schon früher berichtet die badische Gesandtschaft, man vermuthe, daß einige schwäbische Reichsstädte insgeheim mit Würtemberg über Subjektionsverträge unterhandelten; der Bürgermeister von Rottweil, Hofer, sei durch derartige Gerüchte beängstigt nach Rastadt gekommen, habe aber nichts erfahren können. Diarium vom 20. Febr. 1798.

Der Magistrat hat ihm antworten lassen, Ulm werde seine Unmittelbarkeit so lange, wie immer möglich, behaupten. Ferner hat seinen Vorschlag wiederholet und von der Nothwendigkeit, daß Schwaben in eine engere Vereinigung komme, um nicht forthin das Spiel jeder Willkür zu bleiben, in einem solchen Ton gesprochen, der nicht undeutlich zu verstehen giebt, daß es bei diesem und ähnlichen Vorschlägen sowol um die Vergrößerung des Herzogs von Würtemberg als um die Vergrößerung der landschaftlichen Maße zu thun seie.

Er hat mir ferner eröffnet, der Kaufmann Müller von Ulm — eigentlich ein Banqueroutier von Kehl, namens Bärenstecher, — von dem neulich hier viel gesprochen wurde[1], seie mit einer Vollmacht von mehreren Ulmer Bürgern wirklich in Stuttgart mit Subjektionsanträgen und dann hier bei der französischen Gesandtschaft gewesen, sofort nach Kehl, und wie einige behaupteten, nach Paris abgegangen.

Die vom Magistrat hierüber zur Rede gestellten Bürgerdeputirten hätten ohnverhohlen erwidert: daß zwar sie nicht alle diese Vollmacht ausgestellt hätten, sie alle aber genehmigten solche und würden auch die Genehmigung der gesammten Bürgerschaft beibringen. Ihr Antrag bei Würtemberg gehe nur auf den Fall, wenn sie ihre Immedietät verlieren und wie eine Heerde Schafe vertauscht werden sollten. Auch hätten sie die hiesige französische Gesandtschaft um ihre Protektion angesprochen und diese Schritte deswegen ohne Vorwissen des Magistrats gethan, weil er bei der Bürgerschaft alles Vertrauen verloren habe.

Endlich will er wissen, daß auf eben diese Weise die Eßlinger Bürgerschaft Anträge zu Stuttgart gethan und daß solchen der Herzog seiner Note an den Grafen Fugger ohngeachtet mehr Gehör gegeben habe, als sein eigenes Interesse zu rathen scheine[2]. . . . . .

119. Subdelegationsdiarium.

29. März 1798.

[Die Franzosen mit dem Entschädigungsplan beschäftigt.]

Nach einer bedeutenden Unterredung, die ich [Geh. Rath Meier] mit dem Secrétaire général Rosenstiel und der Herr von Reitzenstein mit dem Ministre

[1] Am 3. März erfährt die badische Gesandtschaft, daß ein gewisser Müller aus Ulm in der Absicht, Subjektionsverträge abzuschließen, sich nach Stuttgart und Paris begeben habe. Mandelsloh widerspricht jedoch damals in einer an den kaiserl. Minister Grafen Fugger gerichteten Note diesen Insinuationen mit aller Entschiedenheit. — Derselbe Müller hat dann ein paar Monate später durch den Senator Ochs, angeblich im Namen der Ulmer Bürgerschaft, dem helvetischen Direktorium den Plan einer Revolutionirung Schwabens vorgelegt, — allerdings gleichfalls ohne Erfolg. Strickler, Aktensammlung aus der Zeit der helvetischen Republik, II, 368.

[2] Bei Vreede, La Souabe après la paix de Bâle, findet sich über diese geheimen Verhandlungen nichts näheres; eine Stelle der Instruktion für die herzogliche Gesandtschaft in Paris v. 9. Febr. 1798 (ibid. S. 73) scheint darauf hinzudeuten. — Interessante Aufschlüsse darüber enthalten die Berichte des Grafen Fugger an Thugut v. 15. u. 18. Febr. u. 18. März. Wien. St. A.



Treilhard gehabt habe, ist die französische Gesandtschaft mit dem Entschädigungsplan diesseits Rheins stark beschäftigt. Wir finden immer mehr, daß das günstigste Tempo für Badens Interesse im Spätjahre 1796 versäumt worden seie.

120. Subdelegationsdiarium.

1. April 1798.

[Die Majorität für die Säkularisation gesichert. Oesterreich.]

...... Herr von Reitzenstein hatte eine abermalige Conferenz mit dem Ministre Treilhard und beim Diner bei Ministre Bonnier haben wir entnehmen können, daß an der Majorität der Stimmen für die Annahme der zweiten Base kaum zu zweifeln seie, daß aber Oesterreich dem Säkularisationssystem nicht beitreten und dem Ausdruck: Alteration in seinem neulichen Voto eine andere Deutung geben werde[1].

121. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 2. April 1798.

[Frankreich seinen Verpflichtungen gegen Baden getreu. Unterstützung der Regierung gegen die revolutionären Umtriebe.]

..... En attendant je m'empresse, Monseigneur, de marquer à V. A. S. que les dits ministres[2] ainsi que Rosenstiel continuent à nous donner dans toutes les occasions les plus fortes assurances de l'exactitude avec laquelle on remplirait envers V. A. S. tous les engagements du gouvernement de la République et, ce qui ne me paraît pas moins important, ce (sic!) que Rosenstiel a donné confidemment à Mr de Reitzenstein les preuves les plus convainquantes que la République bien loin de vouloir seconder ou fomenter l'esprit révolutionnaire dans les états de Votre Altesse, regardait comme un objet digne de son attention particulière d'en écarter constamment de pareils principes et d'y maintenir au contraire la forme présente du gouvernement si sagement établi sous les auspices de Votre Altesse. . . .

122. Subdelegationsdiarium.

2. April 1798.

[Annahme der Säkularisationsbasis. Badens Haltung.]

In der heutigen 38ten wichtigen Sitzung ist per maiora die zweite Friedensbasis angenommen worden[3]. Der Ministre Bonnier hat sich unmittelbar nach

[1] In einer früheren Unterredung hatte Treilhard erklärt, er zähle darauf, daß außer Baden, Darmstadt und den beiden Reichsstädten auch Oesterreich für die Säkularisation stimmen werde. Diarium vom 28. März. Vergl. auch Nr. 117.

[2] Treilhard und Bonnier.

[3] Baden giebt in seinem Votum den Landstrich zwischen Nette und Roer preis, beantragt auf's neue die sofortige Zurückziehung der französischen Truppen vom rechten Rheinufer und stimmt für die Durchführung des Säkularisationsprincips, jedoch „nur in dem Maße, daß sie nur nach Nothdurft angewendet werde". Die Angabe Häffers, I, 212 (nach ihm wol Koechlin, a. a. O. III, 410), Baden habe „in der weitesten Ausdehnung" für die Säkularisation gestimmt, beruht demnach auf einem Irrthume. — Protokoll, I, 506.

der Session erkundiget, wohin der Beschluß ausgefallen seie, und über das österreichisch und augsburgische Votum vieles Befremden bezeugt, über das letztere umsomehr, da nur durch Säkularisationen die Reichsstädte gerettet werden könnten.

Das gegen vorhin abstechende baierische Votum ist sehr wol aufgenommen worden[1].

123. Précis einer Unterredung mit dem preußischen Minister Herrn von Jacobi.

(Von Edelsheim.)

23. April 1798.

[Die preußische Entschädigung. Anschluß Süddeutschlands an Frankreich bei Wiederausbruch des Kriegs. Frankreich mißbilligt die revolutionären Umtriebe.]

Edelsheim frägt an, ob die durch Zeitungen verbreitete Nachricht, die preußische Gesandtschaft habe bei der französischen „gegen das Revolutioniren diesseits Rheins Vorstellungen gemacht" und beruhigende Antwort erhalten, der Wahrheit entspreche. Jacobi versichert, daß „schon vor geraumer Zeit davon im allgemeinen ...., neuerdings aber davon keine Rede gewesen seie". In vertraulicher Weise theilt er mit, „dem König seie im geheimen Frieden mit Frankreich Münster, Osnabrück, ein Arrondissement in Franken und für den Erbstatthalter Bamberg und Würzburg versprochen worden[2]", der König werde sich aber lieber mit einer sehr mäßigen Entschädigung begnügen, wenn der Kaiser auf Erwerbungen in Deutschland, speciell in Baiern, verzichte, und stehe darüber mit dem Wiener Hof in Unterhandlung.

.... Wenn der unglückliche Vorfall mit dem französischen Gesandten in Wien die Kriegserneuerung zwischen Oesterreich und Frankreich zur Folge haben sollte, so hoffe er zu Gott, daß sich der König zur Theilnahme nicht werde verleiten lassen. Er sei aber auch alsdann zu entfernt, um denen südlichen Erbfürsten kräftig zu assistiren, und diesen bleibe in jenem unglücklichen Fall nichts anders übrig, als sich zusammen zu einer gemeinsamen Defensive zu verbinden und sich eher in die Arme von Frankreich zu werfen, als sich zu einer neuen Offension zu verstehen. ....

Legationsrath Abel berichtet aus Paris an den Stuttgarter Hof, das Direktorium denke nicht im entferntesten daran, „im Würtembergischen zu revolutioniren".

Aeußerungen Treilhards gegen Jacobi stimmen damit überein: Treilhard urtheilt abfällig über die revolutionären Clubs in Hamburg und andern deutschen Städten; würtembergische Deputirte, die sich in Paris mit Revolutionsprojekten eingefunden, seien mit dem Bescheid zurückgewiesen worden, das Direktorium werde keineswegs „zur Aenderung der Landesconstitution die Hände bieten[3]".

---

[1] Koechlin, Ann. de l'école libre, III, 410.

[2] Die Angaben Jacobi's sind unrichtig: Bestimmungen des Vertrages vom 5. August 1796 und des französischen Vertragsentwurfes vom 1. April 1796 werden vermengt. Hüffer, Oesterreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution, 303, 311.

[3] Vergl. oben S. 98.

124. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 25. April 1798.

[Neue Forderungen der Franzosen. Erwiderung auf die 18 Punkte. Badische Gegenvorstellungen. Vertrauliche Berathung mit andern Subdelegirten.]

Wir haben heute mit denen französischen Ministres eine merkwürdige Unterredung gehabt, zu der wir von ihnen eingeladen worden sind. Sie eröffneten solche damit, daß, da nunmehro die Cession des linken Rheinufers und die Basis der Entschädigungen durch Säkularisationen zugestanden, auch, wie sie hinzusetzten, ratificiret worden seie, die Reichsdeputation aber auf die Beantwortung ihrer Bedingungen oder Voraussetzungen bringe, die jezo noch in dem Versprechen, nichts weiter an das deutsche Reich zu fordern, und in der Erledigung der bekannten 18 Punkte bestünden, so gedächten sie nun, sich näher darüber herauszulassen.

Was die französische Republik annoch als Satisfaktion fordere [1], seie eigentlich nur als eine Folge obgedachter Cession anzusehen, und könne keine sonderlichen Schwierigkeiten finden.

Sie verlange nämlich einen Strich Landes zu einem

1) tête de pont, Hüningen gegenüber,

2) den Abtritt von Kehl, worüber sie mit Baden bereits einig seie,

3) den Abtritt von Kastel bei Mainz,

4) die Demolirung der Feste Ehrenbreitstein,

5) eine Rheinbrücke zwischen Alt- und Neubreisach,

6) alle Inseln im Rhein, folglich den vollen Fluß,

7) einen Leinpfad an beiden Ufern,

8) die Abolition der Rheinzölle,

9) ein Verkommniß, daß kein Theil am Rhein dem andern zum Schaden baue, noch auch die Rheinschifffahrt auf ungleiche Art belästige [2].

Wir haben nicht unbemerkt gelassen, daß die meisten dieser Forderungen äußerst schwer auffallen würden und insbesondere in Ansehung der 1ten, 2ten, 6ten und 7ten vorgestellet, daß solche die Ratifikation des badischen Friedensschlusses über Jahr und Tag aufgehalten hätten, daß die ununterbrochene Negociation des Abgesandten von Reitzenstein in Paris dagegen gerichtet gewesen, und daß er die wiederholte Versicherung erhalten habe, Baden werde hierunter nicht härter als alle anderen Reichsstände am Rhein nach dem allgemeinen Frieden mit dem deutschen Reich behandelt werden.

Das letzte Wort hierauf war und blieb: Frankreich werde auf diesen Forderungen nicht bloß insistiren, sondern davon nicht im mindesten desistiren. Nur in Ansehung des Leinpfades auf der rechten Rheinseite und der dazu abzutretenden Landesstrecke schienen die Ministres nachgiebiger zu sein, und nur soviel zu intendiren, daß auf beiden Rheinseiten ein tüchtiger Leinpfad unterhalten werde.

---

[1] Hüffer, II, 162 ff.

[2] Im wesentlichen der Inhalt der französischen Note vom 14 Floréal an 6 (3. Mai 1798). Protokoll, V, 5.



In Ansehung der eröfterten 18 Punkte haben sie sich nur über zwei derselben herausgelassen. Sie werden nämlich für's erste darauf bestehen, daß die auf den cedirten überrheinischen Landen haftenden Schulden auf die dagegen erhaltenden Entschädigungsobjekte übernommen werden sollen. Alle Vorstellungen darwider waren vergebens, sondern sie glaubten sie damit zu heben, daß man sie evaluiren und die Entschädigung desto stärker auswerfen müsse, wodurch aber die Anstände keineswegs beseitiget werden.

Für's andere wollen sie von einem bleibenden Patrimonial- und Privateigenthum der Stände jenseits Rheins, als welches unter der französischen Constitution ohnehin fast allen Werth verliere, schlechterdings nichts wissen und halten für sie selbst gar viel zuträglicher, daß sie diesseits Rheins entschädiget werden.

Vergebens hielten wir entgegen, daß dadurch die Indemnisationsmasse unendlich vergrößert und die Entschädigung selbst äußerst erschweret werde. Die Finalantwort war, daß man das Säkularisationssystem desto weiter ausdehnen und sich gratuliren müsse, daß Frankreich außer obigen Punkten diesseits Rheins unter keinem Vorwand etwas verlange. . . . .

Der eigentliche Zweck vorstehender Unterredung und Eröffnung war nun, unter Bezeigung besonderer Vertraulichkeit uns zu befragen, ob es nicht dienlich und dem Geschäft beförderlich seie, wenn sie über oberwähnte und andere noch rückständige Gegenstände mit ein und dem andern Subdelegaten mündlich conferiren würden, auch von uns zu vernehmen, wen oder welche wir zu solcher vorläufigen mündlichen Unterhandlung in Vorschlag bringen.

Wir haben das erstere bejahet und zu sothaner Besprechung vor allen anderen den kurmainzischen, dann aber auch den kursächsischen und baierischen Subdelegaten vorgeschlagen, da diese ohnehin schon als Vorstimmende auf die übrigen stark influiren. Gegen letzteren scheint einiges Mißtrauen vorzuwalten, wiewol nicht gegen seine persönliche Denkungsart, sondern man vermuthet, daß Oesterreich auf seinen Hof und auf seine Instruktion immer noch starken Einfluß habe. Auf Darmstadt hingegen und auf die Reichsstädte scheint man ziemlich sicher zu zählen[1]. . . . .

---

125. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 4. Mai 1798.

[Französische Note vom 3. Mai. Ermäßigung der Forderungen zu erwarten. Hoffnung auf Verzicht auf Kehl und den Hüninger Brückenkopf.]

Theilt die Note der französischen Gesandten vom 3. Mai abschriftlich mit; dieselbe gehe allerdings über die in der jüngsten Unterredung angedeuteten Forderungen hinaus[2];

[1] Der Inhalt der Unterredung, wiewol badischerseits strengstens geheim gehalten, wird bald darauf bekannt und erregt die Eifersucht der andern Subdelegirten und den Unwillen der kaiserl. Gesandten. Diarium vom 3 Mai.

[2] Vergl. oben S. 101.



in manchen Punkten aber, wo mehr ein Wunsch als eine kategorische Forderung zum Ausdruck gebracht werde, wie bei der Frage der Schifffahrtsfreiheit, sei wol auf ein Entgegenkommen zu rechnen.

Les déterminations relativement aux chemins de halage, sont tout-à-fait conformes à la réciprocité la plus exacte et la plus équitable, mais il y a d'autres points encore sur lesquels le Bon de Reitzenstein a été informé sous le sceau du plus grand secret qu'il serait à espérer que la République se prêterait encore à des modifications raisonnables et précises que la Députation lui ferait présenter par ses ministres ici. Cet avis paraît particulièrement applicable aux propriétés transrhénanes des petits états de l'Empire et des nobles immédiats, — ainsi qu'aux dettes dont ces propriétés sont grevées. Toutefois la discussion sur cette note deviendra fort embarrassante pour les membres de la Députation sous plusieurs rapports et malgré l'intimation qui se trouve à la fin de cette ouverture, savoir: qu'ils attendent une prompte réponse; que «le moment des temporisations est passé», je doute fort que l'on puisse convenir de sitôt d'une réplique précise. . . . .

Quoique le Bon de Reitzenstein ne puisse absolument rien garantir des espérances secrètes que la personne en question [1] lui a laissé concevoir hier sur les modifications qu'on pourrait obtenir peut-être encore, il a pourtant lieu de se flatter qu'il ne serait nullement impossible que la République se désistât aussi encore de la possession du fort de Kehl et des 50 arpents de terre près de Huningue [2] ou plutôt de l'établissement d'une nouvelle tête de pont et qu'elle se contenterait peut-être de la démolition du fort de Kehl. Mais cela est sans doute encore fort incertain. . . . .

126. Graf Fugger an Thugut.

Stuttgart, 5. Mai 1798.

[Beschwerde über Posselt. Antrag auf Einführung der Zeitungscensur.]

Wiederholter Antrag auf Einführung der Zeitungscensur. Beschwerde über den „berüchtigten" Posselt, der sich in seiner Zeitung „Weltkunde" die maßlosesten Ausfälle gegen Oesterreich erlaube. Sein Gedicht in Nr. 120 enthalte geradezu eine Verherrlichung der Revolution; ein weiterer Artikel stellte Oesterreichs Verhalten in der Affaire Bernadotte in gehässigster Weise dar. Ersucht um Weisungen, wie dem Preßunfuge zu steuern sei, da alle Vorstellungen beim Stuttgarter Hofe nichts fruchten.

127. Entwurf des Geh. Raths Meier für das Votum vom 11. Mai 1798 [3].

o. D.

[Antwort auf die französische Note vom 3. Mai. Abtretung von Kehl verweigert.]

Der Entwurf stimmt in Wortlaut völlig mit dem Protokolle, II, 62—69 überein, nur die Stelle, die sich auf die Abtretung von Kehl bezieht, lautet hier ursprünglich anders.

---

[1] Rosenstiel?

[2] Bekanntlich durch Art. 4 des geh. Friedens von 1796 von Baden garantirt; vgl. Polit. Correspondenz, II, 482.

[3] Der Entwurf liegt schon am 8. Mai den Geh. Räthen Brauer und Seubert zur Begutachtung vor.

Das Fort Kehl, dessen Ueberlassung an die Republik hiernächst gefordert werde, seie bekanntlich ein Schutthaufen, sein kleines unbedeutendes Gebiet seie verwüstet und seine unglückliche, verarmte Inwohnerschaft seie hin und her zerstreut. Insoferne seie es freilich kein Gegenstand zur Vergrößerung für die Republik und für den bisherigen Ortsherrn auf viele Jahre hinaus mehr eine lästige, als einträgliche Besitzung. Allein eben die Gründe, welche die französische Gesandtschaft für dessen Cession angezogen habe — künftige Sicherheit, Ruhe und Entfernung alles Anlasses zu einem Bruch —, seien die stärksten Gründe für Deutschland, solches beizubehalten, denen schon seine Lage diesseits Rheins das Uebergewicht gebe.

Nur in der sichern Voraussetzung, daß alle jenseitige Anforderung sich auf das linke Rheinufer beschränke, habe die Reichsfriedensdeputation in dessen Ueberlassung eingewilliget und die eigenen Worte in der ersten Note der französischen Gesandtschaft vom 9ten Pluviose:

la République française veut les limites du Rhin et sa demande repose sur un motif impérieux commun aux deux puissances, celui de pourvoir par des limites invariables à leur tranquillité future. —

Worte, welche die unveränderliche, mithin nicht zu überschreitende Rheingrenze als das einzige Mittel der künftigen Ruhe unterstellten, hätten eine Ausdehnung über diese Grenze hinaus nicht vermuthen lassen. Wollte man auch noch zu allem Ueberfluß zur Demolirung der Kehler Festungswerke sich verbindlich machen, so würde damit vollends jeder Schein irgend einer jenseitigen Besorgniß gehoben werden[1].

---

128. Gutachten des Geh. Raths Brauer.

Karlsruhe, 8. Mai 1798.

[Vorbehalt der Entschädigungsforderung. Aufnahme in das Votum. Gründe.]

Auf die von des H. Ministers von Edelsheim Exc. unterredungsweise vorgelegten Fragen, ob nicht in Betrachtung, wie Baden keinen legitimirten Privatgesandten in Rastadt angestellt und durch diesen die Forderung der Entschädigungen bisher angebracht habe, räthlich sein möchte, bei Gelegenheit in einem diesseitigen Deputationsvoto den deshalbigen Vorbehalt und Erwartung einfließen zu lassen, um nicht sich den Schein zu geben, als ob man sich allein auf französische Unterstützung so verlasse, daß man die seiner Mitstände nicht nöthig zu haben glaube, und ob nicht das dermal vorliegende Votum wegen den neuen Cessionen der Rheininseln und Kehler, auch Hüninger Brückenköpfe, dazu eine schickliche Gelegenheit sei: — ist meine ohnmaßgebliche Meinung, daß, da die Anbringung eines solchen

[1] Auf den Vorschlag des Geh. Raths Brauer, nach dessen Ansicht diese Aeußerungen zu sehr in Widerspruch mit den geh. Friedensartikeln stehen, wird die Stelle abgeändert; Baden begnügt sich mit der Erklärung, es werde nicht hindern, was die Deputation in dieser Hinsicht als ersprießlich beschließe.



Vorbehalts bei denen von andern schon gemachten ähnlichen Vorgängen räthlich sei, daß die Frage, ob das jetzige Votum einen schicklichen Anlaß dazu gebe, nur alsdann zu bejahen sei, wenn sich voraussetzen lasse, daß sich so leicht nicht wieder eine bessere finde, d. i. eine solche zeige, welche nicht so nahe an den Gedanken, daß man durch den diesseitigen Frieden die jetzt vorkommenden, so drückenden Punkte schon lang vorausgewußt und durch diesen mehr oder minder präparirt habe, bei den übrigen Deputirten anstoße, daß übrigens, wenn das jetzige Votum dazu benützt werden wolle, nicht die Cession von Kehl, die besonders zu reklamiren in mancherlei Hinsicht nicht räthlich ist, sondern die Cession der Rheininseln dazu zu benützen sein möchte, welches durch die Wendung leicht geschehen kann, wenn man darauf aufmerksam macht, daß nicht leicht ein anderer Stand in der Lage ist, einen so schmalen und dagegen so unverhältnißmäßig langen Strich Landes am Rhein zu besitzen, also auch niemand nach Proportion so hart durch diese Cession betroffen wird [1].

129. Bericht der Subdelegation an den Geh. Rath.

Rastadt, 12. Mai 1798.

[Publikation der Friedensartikel und deren Räthlichkeit. Art. 14.]

Antwort auf den Erlaß des Geh. Raths vom 10. Mai [2].

Eine vollständige Publikation der Friedensartikel vor Schluß des Congresses hält man für bedenklich, da die Subdelegation dadurch in eine unangenehme Lage versetzt werde. Bei verschiedenen Artikeln hofft man zudem, beim Reichsfriedensschlusse eine Modifikation durchzusetzen, manche erlangen erst durch denselben ihre Bestätigung. Es werden daher nur solche Artikel zur Publikation vorgeschlagen, bei denen dies nicht der Fall ist.

In Ansehung der Emigrirten und Deportirten lautet der articulus 14 klar und deutlich [3]. Uns ist nicht bekannt, daß indessen das französische Gouvernement gelindere Gesinnungen gegen dieselben angenommen habe. . . . .

Wenn die hiesigen französischen Gesandten die Entfernung der Emigranten verlangt haben, so sind sie nicht von dem badischen Frieden, sondern von dem Satz ausgegangen, daß der hiesige Aufenthaltsort für sie sicher sein müsse, daß sie ihn aber unter und in der Nähe von Emigranten nicht für sicher hielten. Gewiß waren sie weit entfernt, damit eine Einschränkung des befragten Artikels zu statuiren. . . . .

---

[1] Der letzte Absatz geht fast wörtlich in das Votum vom 11. Mai über. Protokoll, II, 65.

[2] In demselben wird die Frage vorgelegt, ob nicht zur Erleichterung des Verkehrs zwischen beiden Rheinufern eine vollständige Bekanntmachung des Separatfriedens durch Druck angemessen sei.

[3] Art. 14 fordert bekanntlich die Ausweisung aller Emigranten und deportirten Priester aus Baden, geht also über die Vereinbarung mit der französischen Congreßgesandtschaft, wornach die Emigranten nur aus der Nachbarschaft von Rastadt entfernt wurden, hinaus.

Wenn man wünscht, die Erfüllung dieses Artikels soweit wie möglich hinauszuschieben, und es darauf ankommen lassen will, ob man, fein oder unfein, daran erinnert werde, so scheint besser zu sein, nicht von ferne anzufragen, um sich nicht in stärkeren Tort zu setzen, falls die Antwort gegen Wunsch ausfällt und man sich nicht darnach richten will. . . . .

Am sichersten bleibt man bei dem Friedensartikel stehen. Sein Inhalt ist klar. Gewinn und Verlust dabei ist leicht berechnet, und, was die Klugheit anrathe, wird sich von selbst ergeben[1].

---

130. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 14. Mai 1798.

[Antwort der Deputation auf die Note vom 3. Mai. Aussicht auf weitgehende Nachgiebigkeit der Franzosen. Treilhards Eintritt in das Direktorium. Ehrenbezeugungen.]

Die Antwort auf die französische Note vom 3. Mai ist in der Deputationssitzung vom 14. Mai beschlossen worden. Im wesentlichen werden die übermäßigen Forderungen Frankreichs, jedoch in möglichst schonender Weise, zurückgewiesen.

. . . . La conversation que j'ai eue cette après-dînée avec Treilhard et Bonnier a servi un peu à les calmer, mais celle que M^r le conseiller privé Meier a eue en attendant séparément avec Rosenstiel a été infiniment plus importante et en même temps des plus favorables pour nous en particulier et pour l'objet de la pacification de l'Empire en général. Mr Meier qui compte de se rendre mercredi au soir ou jeudi matin à Carlsrouhe. . . aura l'honneur de rendre verbalement compte à Votre Altesse de tout son entretien très confidentiel avec le susdit secrétaire général. En attendant je puis Lui annoncer secrètement que selon toutes les apparences on insistera sur la démolition des fortifications d'Ehrenbreitstein, mais qu'en revanche on rendra Kastel et Kehl non fortifiés et qu'on renoncera aux 50 arpents vis-à-vis de Huningue; qu'on se désistera également de la possession prétendue de toutes les îles du Rhin, en se contentant de celles dont le cours du fleuve principal détermine la possession à la rive gauche du Rhin; qu'enfin on admettra des modifications raisonnables relativement à l'égard des dettes qui pourraient être transférées sur les objets des indemnisations situées sur la notre rive etc. Il résulte de tout ceci que le présent gouvernement de la République française a sérieusement l'intention de conclure la paix avec l'Empire germanique.

---

[1] Man verzichtet in Karlsruhe in Folge dieser Vorstellungen auf vollständige Publikation; in einem Dekret an sämmtliche Oberämter wird aber eine Reihe den Friedensbestimmungen entsprechender Verordnungen erlassen, durch welche die Art. 7, 8, 11, 12, 14, 15 u. 16 in Kraft treten; insbesondere werden unter Aufhebung der früheren Concessionen (S. oben S. 30) alle Emigranten angewiesen, binnen 2 Monaten das Land zu verlassen. Dekret v. 14. Mai.



Die Wahl Treilhards zum Mitgliede des Direktoriums steht bevor. Edelsheim empfiehlt, ihm und seiner Regierung zu Ehren und um sich beider Wolwollen zu erhalten, den Antheil, den Baden an seiner Ernennung nehme, in besonderem Maße zum Ausdruck zu bringen. Nach Reitzensteins Vorschlägen soll er eine Ehrenwache erhalten, die Glückwünsche der badischen Gesandtschaft, des Polizeicommissärs und der Stabsofficiere empfangen, ein Hofcavalier soll ihn im Namen des Markgrafen beglückwünschen und bei der Abreise bis Kehl begleiten, ein Commando Husaren bis Stollhofen eskortiren.

131. Treilhard an Karl Friedrich.

Rastadt, 29 floréal an 6 (18. Mai 1798).

[Dank für Glückwünsche und Aufnahme in Rastadt.]

Les témoignages d'estime et de considération que V. A. S. veut bien me donner dans le moment où mes concitoyens m'appellent à partager les fonctions du gouvernement de la République française me sont infiniment flatteurs, puisqu'ils émanent d'un prince connu dans l'Europe par ses sentiments d'humanité et par ses soins paternels pour les peuples qui vivent sous son administration. Je prie V. A. S. d'agréer les expressions de toute ma gratitude pour les choses obligeantes renfermées dans Votre lettre ainsi que pour toutes les attentions que j'ai reçues de Vous et par Vos ordres pendant mon séjour à Rastadt. Il ne pourra m'arriver rien de plus agréable que de me voir à portée de Vous prouver, Monsieur le Margrave, la sincérité des sentiments de la haute considération que je porte à V. A. S.[1]

132. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 18. Mai 1798.

[Treilhards Abreise. Verzicht auf Eskorte und weitere Begleitung.]

Le nouveau Directeur a été infiniment sensible et reconnaissant à toutes les attentions que V. A. S. lui a fait marquer. Mr. de Montpernis, qui lui a fait un Spitsch (sic!) parfaitement bien tourné rendra un compte très exact de tout ce qu'il nous a dit dans cette circonstance et apportera la lettre dont il sera encore chargé ce soir. Cependant ce citoyen Directeur a prié avec infiniment de politesse qu'on voulût bien faire agréer à Votre Altesse ses motifs pour ne pas accepter l'escorte d'houssards et la conduite du Mis de Montpernis. En revanche il a accepté l'attelage qui le mènera cette nuit ou vers les 2 heures du matin jusqu'à Lauterbourg, voulant éviter de passer par Strasbourg pour se soustraire à toute espèce de réceptions et de démonstrations d'honneurs en chemin. . . . .

[1] Die Ehrungen von badischer Seite verfehlten ihre Wirkung auf Treilhard nicht. Frankreich, versprach er beim Abschiede, werde seine Zusicherungen getreulich erfüllen, er selbst das Seinige dazu beitragen. Diarium v. 17. Mai.



133. Bericht Reitzensteins.

Précis secret de l'entretien que j'ai eu à Selz avec le ministre François de Neufchâteau.

Rastadt, 3. Juni 1798.

[Klagen Rosenstiels über die Deputation. Heftige Ausfälle gegen Preußen. Charakteristik der preußischen Congreßgesandten. Reitzenstein bei François de Neufchâteau. Betheuerung der Friedensliebe. Zweck der Selzer Conferenzen. Preußen der Säkularisation abgeneigt.]

Ayant prévenu hier matin Mr. Rosenstiel, qui en avait déjà parlé précédemment, qu'il me paraissait convenable d'aller faire une visite à l'ex-directeur François de Neufchâteau [1], il me proposa de nous y rendre dans la journée même, y ayant été mandé par le ministre pour affaires. Nous partîmes conséquemment après les 11 heures. Chemin faisant Mr Rosenstiel commença par me marquer son espoir de voir bientôt se renouer les négociations du congrès par l'arrivée du nouveau plénipotentiaire Jean Debry, qu'il attendait le soir même ou bien le lendemain. Il ajouta que ce ministre apporterait de nouvelles instructions du Directoire et tous les matériaux nécessaires à une prompte rédaction d'une réponse à la dernière note de la Députation. Quant à la nature de ces instructions je n'ai pas pu remarquer qu'elles seront, — d'après ce qu'il a paru supposer, — aussi conciliatoires qu'il avait fait espérer il y a 15 jours. Car il ne m'a dit là-dessus, sinon qu'il aurait été superflu d'envoyer un nouveau ministre, si on voulait repousser *toutes* les représentations de la Députation. Il dit encore que d'après son opinion rien était mieux fait pour accélérer l'œuvre de la paix que d'en fixer d'abord toutes les bases principales et de commettre ensuite à une commission spéciale l'application de certains principes dont le détail entraînerait trop de longueurs vis-à-vis d'une Députation aussi composée; qu'il fallait fixer à cette commission un terme définitif et assurer les bases de ses travaux, de manière qu'elle même ne pourrait plus retrograder et qu'il serait impossible de prétendre y trouver des obscurités. Comme je lui observai sur cela que sans doute son intention ne saurait être de laisser l'application du principe des sécularisations à la Diète de l'Empire par exemple, parcequ'il était sûrement convaincu que ce serait précisément le moyen de ne finir jamais, il m'assura que le Gouvernement français, prévenu déjà que c'était le principal but de l'ambassade que la cour de St. Petersbourg venait d'envoyer à celle de Berlin [2], ne donnerait jamais dans ce piège, mais qu'au contraire il était si fortement décidé à ne point abandonner les princes de l'Empire que dans le cas même qu'ils viendraient aussi peu à bout de l'Autriche que de la Prusse, ils commenceraient par régler peremtoirement les indemnités des princes avec lesquels

[1] Häffer, I, 277. — Seine Ankunft in Selz erfolgte am 26. Mai.

[2] Vergl. v. Sybel, Gesch. der Revolutionszeit, V, 174 ff.; Häffer, II, 41 ff.

ils avaient des traités secrets, bien persuadés que les autres princes séculiers s'adresseraient alors également à eux et que ni la Prusse, ni l'Autriche ne pourraient dès lors empêcher la conclusion de la paix d'après le système des sécularisations. Le reste de ses discours ne fut que des plaintes amères de la mauvaise conduite de la cour de Berlin depuis l'automne de 1795 jusqu'à ce jour, de la versabilité continuelle de ce cabinet et du peu de confiance qu'il méritait. Il avoua ingénuement que ce n'était que pour son propre intérêt que la France dût protéger la Prusse et qu'elle serait perdue, si le Directoire se voulût détâcher d'elle; que Mr de Dohm était le seul homme d'esprit et de bon sens dans la légation prussienne, que Mr de Gœrtz pouvait avoir rendu précédemment des services, mais qu'à cette heure il n'était bon à rien et continuellement égaré par son imagination qui ne lui faisait rêver que révolutions ce qui était le vrai moyen de les rendre possibles; qu'enfin Mr de Jacobi était tellement Anglais qu'il y avait des occasions où il ne pouvait pas même s'en cacher, et que lui, Rosenstiel, venait, il y a peu de jours, de s'en confier avec intention au Chev. de Bray, espérant que celui-ci qui voyait tous les jours Mr de Jacobi ne tarderait pas de lui rendre ce qu'il avait entendu.

Arrivé à Selz et m'étant présenté chez le citen François, je commençai par lui dire que j'avais cru de mon devoir, de m'empresser d'autant plus à lui faire agréer mes respects, que j'avais déjà eu l'honneur de l'approcher à Paris; que S. A. le Sérénissime Margrave m'avait expressément chargé de saisir cette occasion pour lui renouveler les assurances de ses sentiments dévoués envers le Directoire et pour lui exprimer la haute considération que le mérite distingué du citen ministre avait depuis longtemps inspiré à Son Altesse ainsi que son regret de ce qu'Elle paraissait devoir renoncer à l'avantage de le voir à Carlsrouhe et de faire une connaissance personnelle aussi intéressante. Le ministre me reçut très poliment et me témoigna affectueusement que tous les regrets devaient être de son côté, de ce que, lié par les lois de la République, il ne lui était pas permis de passer le Rhin[1] et de présenter en personne ses hommages et son respect à un prince dont tout le règne n'avait été employé qu'à rendre heureux ses sujets; qu'il m'engageait de faire agréer ces sentiments à mon maître et qu'il avait déjà chargé le citen Geoffroy, son premier secrétaire, de se rendre au premier jour à Carlsrouhe, les y porter en personne.

Je ne pus pas avoir un long entretien avec le ministre avant le dîner, parcequ'il était très pressé de conférer avec Mr Rosenstiel. Je passai donc ce temps avec Mr Koch, ancien professeur du droit public à Strasbourg[2],

[1] Die ausscheidenden Mitglieder des Direktoriums durften nach Art. 157 der Verfassung vor Ablauf von zwei Jahren den französischen Boden nicht verlassen.

[2] S. Polit. Correspondenz, I, 238.

qui est venu à Selz pour recevoir, dit-il, son ancien disciple, Mr. le Cte de Cobenzl. . . . . A table je fus surtout surpris d'entendre en présence des domestiques les propos les plus forts contre la mauvaise politique de la Prusse. Après le dîner j'eus occasion de parler plus à mon aise au ministre. Celui-ci commença par où Mr. Koch l'avait fait, en me témoignant, combien il eût été désirable que la Députation eût tâché de terminer plus vite sa besogne. Je lui observai là-dessus que nous étions tous persuadés de la nécessité d'une prompte paix, et que la subdélégation de Msgr. le Margrave en particulier n'avait rien négligé pour y parvenir, ayant de fondation [sic] devancé d'une quinzaine de jours tous les autres suffrages; mais qu'un seul membre d'une Députation qui en comptait dix ne pouvait pas être responsable de tous les délais; qu'au surplus j'espérais qu'après une stagnation qui sûrement ne venait pas du côté de la Députation, l'arrivée du cit^en Debry allait incessamment renouer les négociations et que j'étais persuadé que lui, le ministre, aimerait à y travailler avec une ardeur égale. J'y ajoutai, en lui faisant remarquer les débris des maisons détruites de Selz que, quand on avait continuellement sous les yeux les malheurs de la guerre, on ne saurait qu'en être plus disposé à concourir au rétablissement de la paix. Il me répondit que ses sentiments étaient tels qu'il n'aurait sûrement pas besoin de l'exhortation de ces tristes monuments et qu'il ferait de son mieux pour accélérer le retour de la tranquillité, *pourvu que cela lui fût possible.* Il prononça ces derniers mots avec une espèce de saisissement qui, joint à quelques autres propos vagues, me fit conjecturer que ses deux conférences avec Mr. de Cobenzl ne l'avaient guères édifié et que les propositions de la cour de Vienne étaient encore loin de se rapprocher du système du gouvernement français. Il ne me fut d'ailleurs pas difficile de remarquer tant par ses discours que par ceux de Mr Rosenstiel que le but de sa mission à Selz ne se bornait pas à l'arrangement amiable de l'affaire peu conséquente de Vienne[1], qui paraît presque être mise de côté, mais qu'il est réellement chargé d'entamer avec l'Autriche une négociation ultérieure sur les suites nécessaires du traité de Campo Formio.

Il me dit entre autres qu'on pouvait presque prévoir qu'il faudrait en venir à la fin à une sécularisation totale et qu'on avait lieu de s'étonner qu'on ne s'occupait pas encore d'avance des mesures à prendre dans cette supposition; puis il ajouta tout d'un coup: «mais qui est-ce qui s'oppose au système des sécularisations? qui est-ce qui parle de conserver les états ecclésiastiques? Le croiriez-Vous, que c'est la Prusse?» On conçoit aisément que je ne pouvais que hausser les épaules pour toute réponse à des reproches malheureusement trop fondés pour pouvoir être démentis. . . .

---

[1] Des Zwischenfalles Bernadotte. — Ueber die Selzer Conferenzen s. Hüffer, I, 281 ff.



134. Kammerconsulent Roth an Gayling.

Lörrach, 9. Juni 1798.

[Abschaffung des Zehnten in der Schweiz. Wirkung im Oberland. Bitte um Verhaltsbefehle.]

Nachricht von der Abschaffung aller Zehnten durch die Schweizer Nationalversammlung auf Anbringen der Bauern. Sie wird, wie Roth befürchtet, auch im Oberlande einen „fatalen Eindruck" machen, er ist aber fest entschlossen, „nicht einen Halm von dem jetzt einzuheimsenden Heuzehnten nachzulassen", im Nothfalle werde er Truppen requiriren. Zeige man die geringste Schwäche, so werde der Geist der Widersetzlichkeit „sich wie ein Lauffeuer überall verbreiten".

Wie soll man sich verhalten, wenn der Canton Basel seine Zehnten im Badischen einziehen will, wie gegenüber den Zehnten, die Baden im Gebiete von Basel besitzt, die nun auch abgeschafft sind?[1]

135. Subdelegationsdiarium.

12. Juni 1798.

[Ausweisung des Cardinals Rohan.]

Rosenstiel erfährt, der Cardinal von Rohan halte sich in Baden-Baden der Bäder wegen auf.

Er seie neben seiner reichsständischen Eigenschaft ein wahrer französischer Emigrant und ein abgesagter Feind der Republik, der ein eigenes Corps gegen sie bewaffnet habe, gegen dessen Aufenthalt in Baden die hiesige französische Gesandtschaft Vorstellung machen müsse. Wir bezweifeln, ob er noch in Baden seie, und erkundigen uns darüber bei dem Oberamt.

136. Hofrath Hugo an Meier.

Lörrach, 13. Juni 1798.

[Aufhebung des Zehnten in der Schweiz. Gleiche Wünsche im Oberlande.]

.... Das Aufheben des Zehntens in der Schweiz, das man für ungezweifelt annimmt, macht viele Leute in dieser Gegend auch darnach lüstern und wird keine guten Folgen weder für die Schweiz, noch für die Nachbarschaft haben, wie man vermuthet. ....

137. Subdelegationsdiarium.

13. Juni 1798.

[Absichten auf die Aemter Oberkirch und Bretten.]

.... Der Herr von Reitzenstein conferirte heute mit dem Herrn Rosenstiel, um ihm die Eintauschung der Oberämter Oberkirch und Bretten nebst einigen detachirten würtembergischen Ortschaften als schicklich und thunlich darzustellen.

---

[1] Am 31. Juli d. J. erklärt sich das Vollziehungsdirektorium der helvetischen Republik bereit, mit Baden wegen eines Ausgleichs in Unterhandlung zu treten; im Nov. d. J. beginnen die Verhandlungen mit der Verwaltungskammer des Cantons Basel, die sich aber bald zerschlagen haben. Vergl. Strickler, Aktensammlung zur Gesch. der helvet. Republik, II, 365, 380, III, 869.

138. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 14. Juni 1798.

[Sieyès in Rastadt.]

.... Le citoyen Sieyès vient de passer ici en allant à Berlin[1]. Il n'a fait que dîner chez Jean Debry, a traversé ensuite le jardin à pied, où j'ai été faire le badaud avec le ministre électoral Cte de Lœben, pour voir passer cet homme marquant dans toute la révolution....

---

139. Der Coadjutor von Dalberg[2] an den Fürstbischof Maximilian Christoph von Constanz.

Wien, 17. Juni 1798.

[Entschädigung von Kurtrier in Schwaben. Rücksichtnahme des Wiener Hofs auf Baden wegen der russischen Verwandtschaft.]

Ew. Hochfürstliche Gnaden können über das Vorhaben des Ministers von Duminich [sic!] beruhigt sein, es wird höchstwahrscheinlich nicht zu Stand kommen[3]. Die Häuser Würtemberg und Baden wünschen, daß in Schwaben kein mächtiger geistlicher Staat entstehe, der kaiserliche Hof nimmt auf beide Häuser natürlicherweis um so mehr Rücksicht, da dieselben durch persönliches Verhältniß und Verwandtschaft in Petersburg Einfluß haben. . . .

Univ.-Bibl. Heidelberg.

---

140. Edelsheim an Karl Friedrich.

(Rastadt,) 18. Juni 1798.

[Ernennung Roberjots. Persönliches. Angebliche Motive seiner Berufung.]

Man erwartet die Ankunft eines dritten französischen Bevollmächtigten, des citoyen Roberjot, «dont la station diplomatique a été jusqu'à présent à Hambourg, qui était destiné à remplacer Charles La Croix en Hollande»[4].

. . . Il jouit au reste d'une fort bonne réputation et ayant déjà été employé sous l'ancien régime dans la diplomatie[5], on pense qu'il apportera beaucoup plus de connaissances dans cette mission que ses collègues. Il doit avoir particulièrement étudié la partie politique du commerce des différents états de l'Europe et on le croit par là fort propre à établir et épurer les principes relatifs à cet objet. . . .

---

[1] Zur Mission von Sieyès vergl. Hüffer, II, 66 ff; Bailleu a. a. O., I, Einl. S. 36 ff. Ueber die Berliner Verhandlungen liegen auf Grund vertraulicher Mittheilungen der preußischen Gesandtschaft eingehende Berichte Edelsheims an den Markgrafen vor.

[2] Dalberg weilte seit Febr. d. J. in Wien, eifrig bemüht, eine Säkularisation der geistlichen Stände Schwabens, vor allem des Hochstifts Constanz, zu hintertreiben. v. Beaulieu-Marconnay, Karl von Dalberg, 232 ff.

[3] Entschädigung des Erzstifts Trier in Schwaben.

[4] Hüffer, II, 173.

[5] Ungenau; Roberjot war als Gesandter der Republik 1795 in Holland.

Man glaubt, daß Treilhards Klagen über Bonnier seine Berufung veranlaßt haben, um auf diese Weise Bonniers Launen und deren störenden Einfluß auf die Friedensverhandlungen unschädlich zu machen.

141. Fürst Colloredo an Graf Fugger.

Wien, 20. Juni 1798.

[Man wünscht in Wien keine Berufung des schwäbischen Kreistages. Gründe.]

„Aus wichtigen Gründen, die selbst auf das Interesse des Kreises Beziehung haben", erscheint dem kaiserlichen Hofe die Abhaltung einer schwäbischen Kreisversammlung unerwünscht[1]. Graf Fugger möge daher, da Würtemberg damit einverstanden sei, die Gesinnung seines Hofes dem Fürstbischof von Constanz bekannt geben, damit die Berufung des Kreistages unterbleibe oder, falls sie schon erfolgt, „auf eine gute Art und ohne besonderes Aufsehen zu erregen", wieder zurückgenommen werde.

Wien. St. A. Concept.

142. Subdelegationsdiarium.

22. Juni 1798.

[Jean Debry. Das Direktorium gegen Baden günstig gestimmt.]

Reitzenstein hat den Nachfolger Treilhards, Jean Debry[2], besucht.

. . . Er hat übrigens von den Gesinnungen des französischen Directorii gegen Baden die bündigsten Versicherungen gegeben mit dem Beisatz, es hätten zwar gewisse Puissancen Baden bei dem Directorio anzuschwärzen getrachtet, dieses habe aber die Beweggründe hierzu gar wol zu schätzen gewußt. Es werde Baden seine médiation puissante angedeihen lassen und es der Diskretion von Oesterreich und Preußen gewiß nicht preisgeben. . . .

143. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 25. Juni 1798.

[Rosenstiel. Voraussichtlicher Verzicht auf die Rheininseln und Kehl.]

Je m'empresse de prévenir V. A. S. sous le sceau du secret que hier au soir tard Rosenstiel nous a assuré sous la même condition de la plus stricte discrétion — que nous devions être tout-à-fait tranquilles sur le résultat définitif de la négociation avec l'Empire; qu'on se relâcherait encore sur plusieurs articles essentiels conformément à nos désirs, nommément les îles du Rhin et Kehl dont on se contenterait très vraisemblablement de stipuler la démolition. . . .

---

[1] Als einen der triftigsten Gründe führt Colloredo später an, daß auf einem Kreistage sicherlich die Aufhebung der Getreidesperre nach der Schweiz angeregt werde, bei der Anwesenheit französischer Truppen in der Schweiz der Zeitpunkt dazu aber noch nicht gekommen sei. Colloredo an Fugger. Wien, 4. Juli 1798. – Die Berufung des Kreisconvents unterbleibt in der That.

[2] Seine Ankunft in Rastadt erfolgt am 12. Juni. Vergl. Hüffer, II, 172 ff.; Pingaud, Jean de Bry et Joseph Bonaparte. Rev. d'hist. diplomatique, I, 548 ff.

144. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 27. Juni 1798.

[Entschiedenes Auftreten Lehrbachs. Schwäche der preußischen Politik.]

In der Sitzung vom 25. Juni wird die französische Note vom 22. Juni verlesen[1].

. . . . La déclamation du Cte de Lehrbach d'avant hier[2] a causé quelqu'étonnement et son but ayant vraisemblablement été d'intimider préoccupatoirement — du moins une partie des votants — pour la délibération prochaine, il y a grande apparence qu'il y aura passablement réussi et on ne peut pas disconvenir que du moins il soutient avec dignité l'honneur de son auguste commettant, en tenant à la députation un langage respectable, tandisque M^rs^ les Prussiens se rendent vraiment méprisables par l'instabilité et l'inconséquence de leurs principes et du système qu'ils semblaient suivre à leur début ici. Ils attendent à un changement essentiel dans leur mission, dèsque le Roi sera de retour à Berlin, trouvant eux-mêmes que c'est une véritable satyre que la solennité de leur triple ambassade qui contraste si ridiculement avec l'inefficacité de leur ministère et l'insuffisance de toutes leurs démarches. . . .

145. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 2. Juli 1798.

[Ablehnung der französischen Forderungen. Badisches Votum. Verlegenheit.]

Berathung über die französische Note vom 22. Juni. Erneute Ablehnung der französischen Forderungen[3].

. . . Wir haben der Intention Eurer ꝛc. gemäß den Antrag auf die Abolition der Rheinzölle wiederholet, und darin ist unser Votum ein Votum singulare geblieben, das in seinem übrigen Inhalt weniger aufgefallen ist, als wir vermuthet hatten.

Besonders verlegen waren wir über die erneuerte Forderung der Brückenanlagen bei Hüningen und Breisach, und es wird in dem einkommenden Protokoll nicht unbemerkt bleiben, daß wir einer bestimmten Erklärung hierüber ebensowol als Diskussion der Frage, ob die Einwilligung denen Landesherren zustehe, oder für Kaiser und Reich gehöre, auszuweichen getrachtet haben[4]. . . .

146. Subdelegationsdiarium.

5. Juli 1798.

[Vorwurf der Franzosenfreundlichkeit. Schrift über die geheimen Friedensartikel.]

. . . Der hier durchpassirte Herr General Gmelin[5] hat uns mit patriotischer Besorgniß ohnverhalten, in Aschaffenburg und anderwärts werde der badischen

---

[1] Protokoll, V, 24 ff. Sie fordert die Errichtung eine Handelsbrücke bei Hüningen und Erhaltung des Kehler Brückenkopfes; auf die 50 Hufe Land bei Hüningen wird Verzicht geleistet.

[2] Protokoll, II, 116.

[3] Protokoll, II, 122 ff. Häffer, II, 175. — Baden bezieht sich im wesentlichen auf sein Votum vom 11. Mai.

[4] Vergl. die Stelle im Protokoll, II, 163.

[5] Vergl. Polit. Correspondenz, I, 98.

Subdelegation nachgesagt, daß sie in ihren Votis etc. die französischen Anforderungen sehr begünstige und solchen sogar zuvorkomme. Wir haben ihn, um darüber wahre Auskunft zu erlangen, an die beste Quelle, an seinen Freund, den Direktorialen von Albini, verwiesen, und dieser hat ihn eines besseren belehrt.

Er will eine Druckschrift gesehen haben und uns womöglich verschaffen, worin ein badischer geheimer Friede sammt der darüber gepflogenen geheimen Correspondenz enthalten sein solle[1].

147. Edelsheim an Karl Friedrich.

(Rastadt,) 13. Juli 1798.

[Klagen der preußischen Gesandten über die Zurückhaltung der Oesterreicher. Ihr Vermittelungsanerbieten abgelehnt. Cobenzl. Der Wiener Hof und die baierisch-pfälzische Entschädigung.]

Die preußischen Bevollmächtigten, darüber ungehalten, daß ihnen von österreichischer Seite über die Motive des Abbruchs der Selzer Conferenzen nichts mitgetheilt worden, haben sich, wie Edelsheim vertraulich erfährt, — «d'une source irrécusable, mais à condition d'en garder scrupuleusement le secret envers tout autre que Vous, Monseigneur» — am 8ten zu Cobenzl begeben und ihm ihre Vermittelung zur Erneuerung der Verhandlungen angeboten. Cobenzl, anfangs augenscheinlich verlegen, lehnt ab: Neufchâteau sei bereits abgereist, er selbst kenne die Dispositionen seines Hofes nicht, doch könne er versichern, daß keinerlei feindselige Absichten bei dem Abbruche — oder wie er sich stets geflissentlich ausdrückt: «la *cessation* des conférences» — vorgelegen. Komme es trotzdem zum Krieg, so wünsche Oesterreich, daß das Reich völlige Neutralität wahre und die Friedensverhandlungen fortsetze[2].

Diese Erklärungen, «qu'on pourrait plutôt nommer des phrases insignifiantes», finden bei den preußischen Gesandten geringen Glauben, zumal sie aus bester Quelle wissen, daß Thugut sich gegen den Pfalzgrafen von Birkenfeld bei dessen Abreise von Wien dahin geäußert: «que cette cour ne pourrait jamais voir avec indifférence qu'il dût être question à la pacification de l'Empire germanique d'indemnisations pour la maison Bavaro-palatine, vu que toute acquisition quelconque en sujets et territoire pourrait aisément la rendre fort incommode et peut-être même redoutable en de certaines circonstances à ses voisins».

148. Subdelegationsdiarium.

18. Juli 1798.

[Abendgesellschaft in der Favorite.]

„Um die öfteren Einladungen derer mehreren hiesigen Gesandten, welche Tafel geben, einigermaßen zu erwidern", lädt Edelsheim das gesammte diplomatische Corps zu einer

[1] Eine solche Druckschrift existirt nicht; die geheimen Artikel sind vor dem Frühsommer 1799 nicht bekannt geworden. Vermuthlich handelt es sich um die oben, Band II, 477, citirte Flugschrift: „Fragment zur Beurtheilung des deutschen Nationalgeistes am Ende des 18. Jahrhunderts", welche die öffentlichen Artikel im Anschluß an eine Correspondenz des Markgrafen mit Kaiser Franz mittheilt; möglicherweise auch um eine Verwechselung mit der Broschüre: „Betrachtungen eines patriotischen Würtembergers über die geh. Friedensartikel des verstorbenen Herzogs von Würtemberg. Reuttlingen, 1798".

[2] Bei Häffer findet sich über den Zwischenfall nichts.



Abendgesellschaft auf die Favorite ein, zu der sich gegen 200 Personen einfinden[1]. Auch der Markgraf, der Erbprinz und Gemahlin, sowie Prinz Ludwig nehmen daran Theil.

149. Edelsheim an Karl Friedrich.

(Rastadt,) 20. Juli.

[Der Wiener Hof und die baierisch-pfälzische Entschädigung. Bedingungen derselben. Lehre für die andern Reichsstände.]

Bei dem erwähnten Empfange des Pfalzgrafen von Birkenfeld[2] habe Thugut, wie Edelsheim weiter hört, nachdrücklich erklärt: „Nur durch gänzliche Aufopferung, durch rücksichtslose Anstrengung aller dem Kurhause noch übrigen oder erschwinglichen und nach den diesseitigen Absichten disponiblen Landeskräfte, kurz durch eine Verbindung von der engsten Art könnte nicht nur die Hoffnung einer in quali et quanto günstigeren Indemnisation, sondern sogar auch eine schriftliche Garantie der dermaligen baierischen Lande erworben werden ꝛc." Je tiens ceci de bien bonne part ou source, et on pourrait se dire à l'oreille: autant on nous en prendrait également à l'oreille, si jamais nous nous avisions de rechercher plus spécialement la protection de cette cour, peu disposée à épouser les intérêts d'aucun Prince de l'Empire qui ne se soumet pas sans aucune restriction à ses vues et volontés, en se sacrifiant s'il le faut plutôt jusqu'à sa propre existence pour le service de la maison d'Autriche. . . .

150. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 21. Juli 1798.

[Albini's Friedensentwurf. Bedenken und Eifersucht Bremens. Stellungnahme Badens.]

Albini gedenkt demnächst einen Friedensentwurf vorzulegen[3].

. . . . Dagegen hat insbesondere Bremen im allgemeinen seine Bedenklichkeit geäußert, gegen einen und den anderen aber sich dahin näher herausgelassen, daß das Direktorium sich damit zuviel anmaße, vielleicht manches, was nicht per majora beliebt worden seie, hineintrage und sich das Verdienst der Friedensstiftung allein zueigne.

Der Directorialis hingegen will hierin dem Plenipotentiario zuvorkommen, sein Projekt blos auf die Conclusa bauen und es nur als Projekt der strengsten Prüfung der Deputation unterwerfen. Austriacus ist so sehr auf seiner Seite, daß er geradezu erklärte, von niemanden als dem Directorio einen solchen Entwurf anzunehmen.

Wir halten ihn für das schicklichste Mittel, weiter voranzukommen und die vielen Punkte endlich einmal zur entscheidenden Sprache zu bringen, auf die sich die französischen Ministres noch gar nicht oder nicht bestimmt und vollständig eingelassen haben.

---

[1] Wenn der Ritter v. Lang in seinen Memoiren, I, 318, zu berichten weiß, der „lange, kalte" Edelsheim habe nicht versäumt, zu des Reiches Leichenfeier „jede Woche den gehörigen Leichentrunk zu geben", so ist diese Angabe, wie manche andere, aus der Luft gegriffen.

[2] S. oben Nr. 147.

[3] Protokoll, II, 206 ff.

Dabei haben wir aber die wichtigere Besorgniß, ob nicht hierunter zugleich auch die Absicht verborgen liege, über die Hauptbasen abzuschließen, dann aber die Anwendung der zweiten, nämlich des Entschädigungspunkts durch Säkularisationen für eine rem domesticam auszugeben oder gar an den Reichstag verweisen zu wollen.

Wir werden dagegen auf unserer Hut sein. . . .

151. Subdelegationsdiarium.

29. Juli 1798.

[Albini's Friedensentwurf. Protest der Franzosen. Albini mit dem badischen Votum einverstanden. Friedensentwurf von Martens.]

Am 28. Juli hat eine vertrauliche Berathung über den Friedensentwurf Albini's stattgefunden, die mit Vertagung endigte. Noch am gleichen Abend erscheinen die Franzosen bei Albini und fordern ungesäumte Antwort auf ihre Note vom 19. d. M.[1], vorher sei nicht an eine Erörterung des Friedensprojekts zu denken.

Albini ersucht um vertrauliche Mittheilung des badischen Votums[2], „weil er mit dem seinigen noch nicht gefaßt seie"; dasselbe findet seinen Beifall.

Es ist übrigens jetzt nicht mehr bloße Vermuthung, sondern eine gewisse Sache, daß Bremensis durch den Göttinger Professor, Hofrath von Martens[3], ebenfalls ein Friedensinstrument hat entwerfen lassen, das er jedoch bis jetzt nicht zum Vorschein gebracht, sondern nur einigen Vertrauten vorgewiesen hat.

Die Subdelegirten von Frankfurt und Augsburg werden durch Roberjot ernstlich ermahnt, dafür Sorge zu tragen, daß die Antwort der Deputation nicht abermals verzögert werde.

152. Subdelegationsdiarium.

30. Juli 1798.

[Stürmische Sitzung. Vorwürfe gegen Mainz und seine Anhänger.]

Es war wol vorauszusehen, daß die heutige 53te Sitzung etwas stürmisch ausfallen würde, und indem ein Theil der Deputation im Verdacht steht, daß er immer nur zu verzögern trachte, so möchte dieser die anderen gerne beschuldigen, daß er selbst die französischen Ministres veranlaßt habe, das Friedensprojekt hinterstellig zu machen[4]. Directorialis fand sich durch das kursächsische Votum,

[1] Dieselbe erkennt im allgemeinen den Thalweg des Rheins als Grenze an, besteht jedoch auf Abtretung der Petersau bei Mainz und erneuert die alten Forderungen vom 3. Mai. Protokoll, V, 68 ff.

[2] Protokoll, II, 257 ff.

[3] Georg Friedr. v. Martens, der bekannte Völkerrechtslehrer.

[4] Nach Häusser, II, 178, hätten die badischen Gesandten, die „gewöhnlichen Zuträger" der Franzosen, das Friedensprojekt den letzteren verrathen und in der Sitzung vom 30. deshalb von Löben und Lehrbach harte Worte über ihre unerlaubte Gesprächigkeit hören müssen: beide Angaben werden durch die diesseitigen Akten nicht bestätigt. Wären jene angeblichen Vorwürfe wirklich erfolgt, so hätten die badischen Subdelegirten sicherlich dagegen Verwahrung eingelegt; sie sind aber bei der Debatte „zwar aufmerksame, aber stille Zuhörer geblieben". Bericht vom 30. Juli. Vergl. im übrigen Protokoll, II, 219 ff.

dem Maiora beigefallen und einige bittere mündliche Aeußerungen vorausgegangen sind, nicht geschmeichelt und er expektorirte sich mit der Freimüthigkeit, die ihm eigen ist[1].

153. Subdelegationsdiarium.

5. August 1798.

[Unterredung mit Bonnier. Nachgiebigkeit nicht zu hoffen. Kriegsdrohungen und Lockungen. Zufriedenheit mit Baden.]

Aus einer heutigen sehr ernsthaften Unterredung mit dem Ministre Bonnier bemerke ich[2] hier einige seiner Aeußerungen:

An den Forderungen der letzten französischen Note[3], die das wahre Ultimatum enthalte, gehe nicht ein Jota ab. Die französische Gesandtschaft erwarte darauf keine Diskussionen, keine Widerlegungen, keine Vorstellungen sondern punctatim ein Ja oder Nein, und ihre Antwort auf das, was die Deputation dem Vernehmen nach an sie gelangen lasse, werde in wenigen Worten auf einer solchen ununwundenen Erklärung bestehen. Davon werde Krieg oder Frieden abhängen und von letzterem die Indemnisation, die sie unmittelbar alsdann, wenn ihre Forderungen zugestanden seien, zur Sprache bringen und durchsetzen würden.

Viele machten sich die Illusion, als ob Deutschland, wenn es zum Bruch kommen sollte, neutral bleiben könne und wenig zu riskiren habe. Das sei aber ein gewaltiger und ebenso gefährlicher Irrthum. Frankreich unterhandle schon 8 Monate mit dem deutschen Reich den Frieden. Wenn dieses keinen Frieden wolle, sondern durch Verweigerung der obgedachten Forderungen den Bruch veranlasse — hier ist ein starker saltus oder lapsus im Argument —, so sei der Krieg gegen ganz Deutschland entschieden und dieser, welcher der letzte sein solle, werde von Frankreich mit solcher Impetuosität geführt werden, daß er der letzte sein und bleiben müsse[4].

Mit der Conduite von Baden sei man übrigens wol zufrieden[5], nur wünsche man noch, daß der Herr von Reitzenstein als Partikularabgeordneter mehrere andere Partikularen veranlasse, daß sie conjunctim bei der Deputation den Friedensabschluß ernstlich betreiben. . . .

[1] In der Sitzung vom 3. Aug. beschließt die Deputation die Schleifung von Ehrenbreitstein; als conditio sine qua non et resolutiva wird dabei, freilich gegen den Willen von Kurmainz und Baden, der völlige Verzicht auf das rechte Rheinufer vorausgesetzt.

[2] Geh. Rath Meier.

[3] Vom 19. Juli. Protokoll, V, 68.

[4] Eine Unterredung „mit Jemand von der französischen Legation" [Rosenstiel?] am folgenden Tage beruhigt Meier in dieser Hinsicht: „Der Inhalt der gestrigen seie nicht durchaus wörtlich zu nehmen, und ob es schon nicht nothwendig seie, gegen uns eine solche Sprache zu führen, so führe man sie doch um anderer willen". Diarium vom 6. August.

[5] Diese Befriedigung findet in jenen Tagen ihren Ausdruck in einem unzweifelhaft officiösen Artikel des «Publiciste» vom 3. Aug. (Bulletin de Rastadt, 28 Juli), welcher



154. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 21. Aug. 1798.

[Note wegen Ehrenbreitstein. Metternichs Zwist mit der Deputation.]

Der kaiserliche Plenipotentiar von Metternich, der sich bisher hartnäckig geweigert, von der am 3. Aug. beschlossenen Schleifung Ehrenbreitsteins der französischen Gesandtschaft Mittheilung zu machen, hat sich endlich gefügt und, vorbehaltlich einer Nachtragserklärung, eine entsprechende Note überreicht[1]. Baden war im Weigerungsfalle entschlossen, das Direktorium zu ersuchen, die erforderliche Mittheilung selbst zu übernehmen, um jeden weitern Aufschub der Verhandlungen zu verhindern.

155. Subdelegationsdiarium.

22. August 1798.

[Französische Drohungen und Beeinflussung der Partikularabgeordneten. Gesuche um Beschleunigung der Friedensverhandlungen. Baden vorläufig dagegen.]

Die französischen Ministres empfehlen seit einiger Zeit sehr dringend und ernstlich, daß die hiesigen Partikularabgeordneten zusammentreten und durch vereinigte Vorstellungen bei der Reichsfriedensdeputation die Beschleunigung des Friedensgeschäfts betreiben sollen.

Sie verbinden damit die Drohung, daß, wer sich nicht rege, auch bei der Indemnisation, die nicht wie gebratene Tauben in's Maul fliege, übersehen werde.

Es sind darüber schon öftere Unterredungen von badisch-würtembergisch-hessisch-zweibrückischen und anderen Abgeordneten gepflogen worden, und jene haben vermeinet, daß bis jetzo der schickliche Zeitpunkt noch nicht erschienen seie, mit einiger Wirkung solche Vorstellungen zu machen, die gerade in dem jetzigen Moment als ein unverdienter Vorwurf gegen die Deputation angesehen werden dürften. . . .

Die Abgeordneten der Fürsten und Grafen von Salm, Leiningen, Wartenberg, sowie die schwäbische Grafencurie übergeben indeß ähnliche Vorstellungen[2].

156. Subdelegationsdiarium.

25.—26. Aug. 1798.

[Vorstellung der Partikularabgeordneten. Badens Beitritt. Antrag auf preußische Vermittelung. Verzicht.]

Die Partikularabgeordneten sind mit Abfassung der Vorstellung an die k. Plenipotenz und die französische Gesandtschaft beschäftigt. Sie „zählen auf den badischen Beitritt,

---

den Markgrafen als das Muster eines Fürsten und Familienvaters feiert und die innere Verfassung der Markgrafschaft in anerkennendster Weise bespricht. «La cour de Bade — schließt die Schilderung — est le séjour des mœurs, on n'y voit ni orgueil ni luxe, ni ce fracas qui étourdit ceux qui en sont les auteurs comme ceux qui en sont les témoins.»

[1] Vergl. über den Zwischenfall Häffer, II, 179 ff.; Van Dijk, Précis des négociations du Congrès de Rastadt, 134.

[2] Vergl. Protokoll, V, 102—108; Häffer, II, 184 ff.; außerdem die charakteristischen Berichte des Würtembergers Georgii vom 2. und 16. Aug. in der „Sammlung von Lebensbeschreibungen rc. betr. die Georgiische Familie“, S. 174 u. 177.



womit man um so weniger zurückbleiben kann, da sich die französischen Ministres zuerst und vorzüglich an die badischen Abgeordneten desfalls gewendet haben".

.... In dem projektirten Aufsatz an die Deputation geschieht auch

„einer allenfallsigen in constitutionellen Wegen zu suchenden höheren Verwendung"

obiter Erwähnung, worunter die königlich preußische gemeint ist. Die hiesigen preußischen Gesandten stehen aber noch im Zweifel oder wollen wenigstens keine Gewißheit haben, wie die französischen diesen Vorschlag aufnehmen werden[1], und diese scheinen mißtrauisch zu sein, ob Preußen aufrichtig zu Werk gehen und nicht von Oesterreich sich gewinnen lassen werde, jene Imploration als ein Mittel zur Verzögerung zu benutzen. Andernfalls scheinen sie die preußische Verwendung zu wünschen und sie als ein Mittel anzusehen, daß sich die Reichsstände mehr an Preußen als an Oesterreich anschließen.

Sonntag, den 26. August.

So schien es; die französischen Gesandten sollen sich nun aber dagegen erkläret haben, und die Imploration wird unterbleiben. Sie ist auch in der Vorstellung der Partikularabgeordneten[2], die sie unterzeichnet haben, ausgelassen worden. Der Ministre Bonnier hat den Herrn von Reitzenstein eigens ersucht, es dahin einzuleiten, daß diese Stelle wegbleibe. ....

157. Subdelegationsdiarium.

27. Aug. 1798.

[Sitzung vom 27. Aug. Lehrbach und die Eingabe der Partikularabgeordneten.]

In der Sitzung vom 27. Aug.[3], in welcher über die Antwort auf eine französische Note vom 22. d. M.[4] berathen wird, gelangt die Vorstellung der Partikularabgeordneten zur Anzeige. Lehrbach kann seinen Unwillen darüber nicht völlig verbergen, „indem er äußerte, sie seie sehr mäßig von einem Herrn Markgrafen von Baden, aber sehr auffallend von einem Grafen von Solms".

158. Subdelegationsdiarium.

Rastadt, 28. Aug. 1798.

[Französische Einschüchterungsversuche. Die badischen Gesandten rechnen auf Nachgiebigkeit. Vermittelungsbemühungen.]

Die französischen Gesandten sind erbittert über das Resultat der Sitzung vom 27. August und drohen mit ihrer Abreise, was auf viele Gesandte großen Eindruck macht.

[1] Nach Hüffer, II, 186 waren Görtz und Dohm dagegen.

[2] Die Eingabe s. Protokoll, V, 108; sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten von Darmstadt, Pfalz-Zweibrücken, Nassau, Baden und dem Grafen Solms namens der wetterauischen und westfälischen Grafen. Reitzenstein hat sich zu dem Ende noch am gleichen Tage als Partikularabgeordneter bei der Deputation legitimirt. Protokoll, II, 354.

[3] Am 26. Aug., einem Sonntage, fand keine Sitzung statt; die Datirung des Protokolls, II, 337, ist, wie Hüffer übersieht, irrig.

[4] Protokoll, V, 100. — Die Deputation beharrt in der Mehrheit auf ihren früheren Erklärungen, nur Baden und Darmstadt tragen „auf die weitere Cession der Petersau" an und erklären sich bereit, auf weitere Modifikationen einzugehen. Subdeleg.-Bericht vom 27. Aug. — Protokoll, II, 347 ff.; Hüffer, II, 186.

Wir aber halten uns ziemlich überzeugt, daß es mit jener Drohung so ernstlich nicht gemeint seie; wir zählen vielmehr, ob wir schon zweifeln, daß die französischen Ministres von der Petersau und pure von Kastel abstehen werden, auf ihre gewisse Nachgiebigkeit in Ansehung der wichtigen Punkte des Schuldenwesens und der deutschen Emigranten. Nur kommt es äußerst darauf an, und wir verwenden uns eifrigst dahin, damit in dem morgenden Concluso bei dem zu wiederholenden Versprechen, Ehrenbreitstein zu schleifen, der dagegen verlangende Verzicht auf feste Punkte diesseits des Rheins nicht wieder als conditio sine qua non et resolutiva, über welchen Ausdruck die französischen Ministres so sehr erbittert sind, aufgestellet werde[1]. . . . .

---

159. Subdelegationsdiarium.

Rastadt, 4. Sept. 1798.

[Abtretung der Petersau, andernfalls französisches Ultimatum.]

. . . . Die französischen Minister haben heute den 18ten Fructidor gefeiert. Ich, der Geh. Rath Meier, besuchte sie diesen Abend und hatte ein schweres Examen auszustehen. Alles Ein- und Widerreden gegen ihre vermeintlichen argumenta war, wie immer vergebens und endigte mit ihrer einstimmigen Behauptung:

„Es seie eine boshafte Intrigue, daß man ihre letzte Note[2] für so hart verschreie. Eine gelindere und bessere hätten sie noch nicht gegeben, indem sie der Deputation den Weg öffne und zeige, von ihnen weitere Nachgiebigkeiten zu erhalten. Wenn die Deputation in der nächsten Antwort die Petersau cedire, so könnten und würden sie sich über die übrigen Gegenstände in Unterhandlung einlassen. Geschehe dieses nicht, so würden sie auf allen ihren Forderungen unnachsichtlich bestehen und einen kurzen Termin anberaumen, binnen welchem man zwischen dem Nachgeben per totum oder zwischen dem Krieg zu wählen habe. . . . ."

---

160. Subdelegationsdiarium.

Rastadt, 5. Sept. 1798.

[Vermittelnder Vorschlag Badens wegen Abtretung der Petersau.]

Der Herr von Albini glaubt, die Majorität in der Reichsdeputation würde sich leicht dazu verstehen, die Petersau alsdann zu cediren, wenn die französische Gesandtschaft die Erklärung vorausschicke, daß sie gegen diese Cession auf Kehl und Kastel verzichte. Er zweifle aber, und finde auch nicht rathsam, daß die Deputation mit solchem Anerbieten vorangehe, ehe zuvor eine solche Erklärung geschehen seie, die den Verzicht außer Zweifel setze.

---

[1] Vergl. Hüffer, a. a. O. II, 186. Ihre Bemühungen waren erfolgreich.

[2] d. d. 1. Sept. — Protokoll, V, 115.



Da aber nach der Lage der Umstände, wozumalen die Reihe zu antworten an der Deputation stehet, diese Vorerklärung, worauf ich bei den französischen Ministres vergebens gedrungen habe, nicht zu erwarten ist, und man stets das mit keiner Heeresmacht zu widerlegende Argument des Stärkeren hören muß: „Frankreich seie im Besitze dessen, was es fordere, und wolle sehen, wer es ihm mit Gewalt abnehme“ .... so haben wir, da ohnehin Bremen, Baden und Darmstadt quodammodo auf jene Cession bereits angetragen haben, den Vorschlag geäußert, ob nicht die Deputation statt einer simpeln, nicht weiter führenden Inhæsiva erklären könnte, sie würde sich zur Ueberlassung der Petersau verstehen, wenn die französische Gesandtschaft ihre diesseits rheinischen Forderungen hierauf beschränke und auf Kehl und Kastel verzichte. Der Herr von Albini hat dieses zum Bedenken genommen und nach einer heutigen Unterredung mit Jemand von der französischen Gesandtschaft dürfte sie damit zufrieden sein[1].....

161. Subdelegationsdiarium.

Rastadt, 7. Sept. 1798.

[Abtretung der Petersau. Lehrbach billigt das badische Votum.]

Heute war die 64te Sitzung, und maiora haben positis ponendis auf die Cession der Petersau gestimmt. Diesmal war der Herr Graf von Lehrbach mit unserem Voto[2] — worin wir von dem Reitzenstein'schen Projekt nichts aufnehmen konnten — wol zufrieden, so daß er äußerte, in der Maße, wie Baden auf die Cession gestimmt habe, würde er auch darauf antragen, wenn seine Instruktion es ihm erlaubte[3].....

162. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 8. Sept. 1798.

[Verzicht auf den Reitzenstein'schen Votumsentwurf. Eindruck der letzten Abstimmung auf die französischen Gesandten. Verzicht auf Kehl und Kastel Der Münster'sche Distrikt. Anerkennung des badischen Votums.]

.... D'abord nous n'avons pas jugé conforme aux circonstances et aux principes auxquels nous avions nous-mêmes disposé les ministres des différents partis — aussi bien que la plupart des membres de la Députation, de faire usage des idées passagères, sur ce que nous aurions à voter dans la séance d'hier que le Bon de Reitzenstein avait proposées[4], et quoique

[1] In einer Zusammenkunft bei Albini am 6. Sept. verabreden Baden, Darmstadt und die Reichsstädte, in der angedeuteten Weise wegen Abtretung der Petersau zu votiren.

[2] Protokoll, II, 172. Dasselbe entspricht der Abrede vom 6. Sept.

[3] Lehrbach erklärt nach der Sitzung, „man solle keinen Augenblick anstehen, die Petersau auch noch hinzugeben, wenn damit und ohne ein weiteres Opfer der Friede sicher erzielet werden könne“. Subdelegationsbericht vom 7. Sept.

[4] Reitzenstein hatte empfohlen, die Schleifung Ehrenbreitsteins sowie die Abtretung von Kehl zu bewilligen, um so entschiedener aber von Frankreich Nachgiebigkeit in der Schulden- und Emigrantenfrage zu fordern. d. d. Lörrach, 4. Sept.

son zèle pour le bien du service de V. A. S. et de Ses intérêts l'ait guidé uniquement dans cette ébauche précipitée de son avis à cet égard, je suis persuadé qu'il a supposé d'avance que nous saurions mesurer nos démarches dans cette circonstance importante d'après les considérations que la combinaison précise des opinions réciproques et la certitude des résultats qu'on pouvait en attendre[1], et qu'étant sur les lieux nous serions à même de porter un jugement plus solide que lui dans le lointain. Il paraît jusqu'à présent, comme V. A. S. l'apercevra par les extraits susmentionnés[2], que nos soins et nos peines n'ont pas été inutiles, parceque non seulement nous avons à peu près réuni tous les suffrages de la Députation par la tournure de notre vote — dont j'avais le premier proposé l'idée à Mr d'Albini dès lundi au soir —, mais que d'autre part cette presqu'unanimité des membres de la Députation, combinée avec la sensation défavorable de la dernière note française dont on ne s'est caché nulle part a fait une impression assez sérieuse sur la légation de la République française pour les engager à employer aussi de leur côté tous les moyens les plus propres pour calmer le ressentiment de la Députation et pour lui inspirer plus de confiance, qu'on y était disposé auparavant dans les assurances préalables des modifications essentielles que les ministres français ont promis de donner incessamment à l'égard des points que la Députation juge avec raison comme absolument inadmissibles. Outre les insinuations qu'ils nous ont fait faire à nous particulièrement sur ce sujet, ils s'en sont expliqués d'une manière précise envers le Directoire de la Députation et envers la mission prussienne. Bonnier et Roberjot surtout ont laissé entrevoir à la dernière d'une manière qu'on pourrait même qualifier d'engagement positif, qu'en obtenant la cession de l'île de St Pierre la République non seulement renoncerait aux points demandés sur la rive droite du Rhin, mais qu'elle ne ferait plus aucune autre prétention pareille à l'Empire. L'un de ceux a même ajouté pour preuve de sa sincérité, mais sous le sceau de la confidence la plus inviolable, que la seule demande qu'on eût voulu encore faire à l'Empire germanique aurait été le district de l'évêché de Munster qu'on était convenu dans la convention de Berlin du 5 août 1796 de procurer à la République Batave[3], mais que présumant l'éloignement que le Roi de Prusse pourrait avoir maintenant de consentir encore à cet arrangement on n'en ferait aucune mention, quoiqu'on se crût bien sûr de pouvoir aisément obtenir cette cession ultérieure de l'Empire germanique. Il n'est pas probable toutefois que la plus prochaine note des Français contienne déjà la renonciation complète

---

[1] Das Verbum fehlt.

[2] Sie betreffen die jüngsten Congreßverhandlungen.

[3] Hüffer, Oesterreich und Preußen, 310; Bailleu, Preußen und Frankreich. I, Einl. 26.

des points de Kehl et de Kastel, on présume que — ne fût-ce que pour les formes — les ministres plénipotentiaires se contenteront de proposer premièrement la démolition des points en question, en conservant la possession du territoire de ce côté-ci du Rhin, mais que sur une résistance ultérieure ils renonceront aussi à cette modification [1].

Quoiqu'il en soit, notre vote a eu le plus grand succès, les ministres impériaux en font les plus grands éloges et les ministres français ne peuvent pas le désapprouver, parcequ'ils savent fort bien que nos persuasions n'ont pas peu contribué à rapprocher ainsi à la conclusion ceux même qui s'étaient proposé de suspendre leur suffrage, ce qui aurait aisément pu entraver la délibération au point qu'il eût fallu suspendre encore de quelques séances la conclusion.

163. Subdelegationsdiarium.

Rastadt, 7. October 1798.

[Rosenstiels Erläuterungen zu der französischen Note vom 3. Oct. — Das badische Votum vom 11. Oct.]

.... Ueber die vorliegende französische Note[2] habe ich [Edelsheim] von dem Secrétaire général Rosenstiel folgende wichtige Aufschlüsse erhalten:

In Ansehung des Rheinthalwegs zur Grenze werde nichts Neues verlangt, und die Worte: Le Gouvernement français ne consentira jamais que l'Empire puisse conserver quelque propriété sur des parties situées à la gauche du Thalweg — gingen auf das præsens, nicht auf das futurum, und für die Zukunft bleibe es bei dem Grundsatz, daß die Veränderung des Thalwegs an den Souveraineté-Rechten über die Inseln nichts ändere[3].

Der Ausdruck: en aucune manière gehe nicht auf das Privateigenthum der Gemeinden, denen solches auch jenseits des Thalwegs verbleibe. Was tecte hier gegen Preußen vorkomme, werde Frankreich mit Preußen arrangiren.

Beim Leinpfad verstehe sich die Clausul: Nach Möglichkeit, per se, und die weitere: nach Nothdurft, — an der uns vorzüglich gelegen ist, könne man durch einen andern Ausdruck modificiren.

In Ansehung des reichslehenbaren Elsflether Zolls habe es nur die Meinung, daß das Reich in seine Abolition willige und Frankreich werde sich alsdann mit dem Zollinhaber darüber einvernehmen.

[1] In der That kehrte die Forderung der beiden Punkte in der angedeuteten Weise in der französischen Note vom 14. Sept. wieder (Protokoll, V, 147); erst als die Deputation in ihrer Antwort v. 23. Sept. auf ihrer Weigerung beharrte (Protokoll, V, 177), erfolgte in der französischen Note vom 3. Oct. der Verzicht auf die beiden Plätze, allerdings unter Aufstellung einer weiteren Reihe von Forderungen (Protokoll, V, 182 ff.).

[2] Vom 3. Oct.

[3] Daran anknüpfend die Erörterung dieser Stelle im badischen Votum. Protokoll, III, 515.

In Ansehung der Schulden werde man vom aufgestellten principio schwerlich weiter abgehen, bei dessen Anwendung aber, dem eine strenge Liquidation vorangehen müsse, werde man sich zu helfen wissen, die meisten so zu qualificiren, daß sie zum Bedürfniß und zum Nutzen gedient hätten.

In Ansehung der émigrés habe man zu viel gefordert und damit viel verdorben. Den belgischen Emigranten seie im Frieden zu Campo Formio die Amnestie verheißen und es sei ungerecht, daß man sie nicht halte.

Frankreich könne aber auch sein Versprechen nicht eher halten, als bis der Ruhestand eintrete, in der Besorgniß, daß ihm Oesterreich eine Menge Ruhestörer nach Belgien zuschicken werde. Mit dem Frieden könne und werde dieses Uebel repariret und alsdann Lüttich, Stablo und Malmedy auf gleichem Fuß behandelt werden. Denen Baslern, Elsässern und Lothringern seie im allgemeinen nicht mehr, im einzelnen aber dadurch zu helfen, daß die gewesenen und ihren Herrschaften gefolgten Diener als Fremde angesehen und behandelt würden[1].

Den Verzicht des Reichs auf das Frickthal, das Oesterreich im Frieden zu Campo Formio cedirt zu haben scheint, habe man mit Vorbedacht unter die allgemeinen Renunciationen rangirt. Man verlange solchen nur auf den Fall, daß Oesterreich das Frickthal abtrete. Trete solcher nicht ein, so zerfalle die Verzichtsleistung des Reichs eo ipso.

Das Verlangen, binnen 3000 Toises vom Rhein keine Befestigungen anzulegen, verstehe sich nur von der Gegend von Kehl und Kastel.

Für Hamburg, Bremen und Frankfurt verwende sich Frankreich in der geschehenen Maße bloß wegen seiner starken Handelsverhältnisse mit ersagten Städten, in welchen es mit Lübeck nicht stehe[2]. Auch habe es damit dem Appetit der Nachbarn begegnen wollen[3]. . . . .

164. Subdelegationsdiarium.

5. Nov. 1798.

[Scheinbare Wiederannäherungsversuche der Franzosen. Ultimatum.]

Auf morgen ist zur Berichtigung des Conclusi die 76te Sitzung angesagt. Man glaubt an den französischen Ministres zu bemerken, daß ihnen sehr daran gelegen seie, eine solche Antwort zu erhalten, die sie in den Stand setze, die

[1] S. das badische Votum, Protokoll, II, 521.

[2] Hüffer, II, 194.

[3] Am 11. October fand die Abstimmung über die französische Note statt. Wenn Hüffer, II, 199 — wol auf Grund eines Lehrbach'schen Berichts — bemerkt: „nur Baden stimmte wieder, wie die Franzosen es wünschten", so ist dies nicht richtig Das Conclusum stimmt fast in allen wesentlichen Punkten mit dem badischen Votum überein; speciell in der Schuldenfrage hat sich Baden gegen die Uebernahme der Kriegs- und Communalschulden linksrheinischer Gebiete erklärt, während beispielsweise Kurmainz und Darmstadt dieselbe befürworten und auch durchsetzen.



durch ihre letzte unfreundliche Note[1] gleichsam gehemmte Unterhandlung wiederum anzuknüpfen.

Man hat aber auch die Ahndung, daß ihnen vom Gouvernement bereits ein Ultimatum vorgeschrieben seie.

165. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 7. Nov. 1798.

[Das Votum vom 3. Nov. Beifall, auch von österreichischer Seite.]

V. A. S. se trouvera déjà complètement informée du résultat de la séance de la Députation d'hier, mais ce que je puis avoir l'honneur de Lui certifier aujourd'hui, c'est que notre vote à l'avant-dernière délibération paraît avoir réuni le suffrage de tous les partis[2]. Mon collègue s'était assuré d'avance que la légation française ne l'improuverait pas, mais outre les éloges que presque tous les membres de la Députation nous en ont fait à l'instant même que je l'avais énoncé, le plénipotentiaire impérial Cte de Metternich m'a dit en propres termes hier soir dans une assemblée où nous nous rencontrâmes: „Das ist wahr, das badische Votum hat sich wieder recht ausgezeichnet, ich wollte wünschen, daß unser Hr. Directorialis sich bei Abfassung des Conclusi ganz an die darinnen vorzüglich liegende fürtreffliche Darstellung gehalten hätte".

166. Subdelegationsdiarium.

17. Nov. 1798.

[Stürmische Sitzung. Erwähnung der Entschädigungsfrage. Lehrbach empfindlich. Verhalten Frankfurts.]

Die heutige 78te Sitzung war sehr stürmisch[3]. Es wurde über den Elsflether Zoll, über die oberrheinischen Inseln heftig gestritten. Die Majorität war für Unnachgiebigkeit auch in Worten.

Das Frankfurter Votum wurde in der Stelle, wo von Erwähnung der französischen Verwendung für die Reichsstädte Hamburg, Bremen und Frankfurt die Rede war, von Austriaco mit dem unwilligen Ausruf unterbrochen:

Dafür wird gesorgt werden!

und aus mehreren andern starken Aeußerungen konnte man abnehmen, daß man

---

[1] Vom 28. Oct.; in derselben beharrten die Franzosen kurzweg auf ihren Forderungen vom 3. Oct.

[2] Vom 3. Nov. Dasselbe weist die Entschuldigung, als ob es der Deputation nicht um Frieden zu thun sei, zurück, constatirt, daß seit dem Conclusum vom 15. Oct. in den meisten wesentlichen Punkten Uebereinstimmung herrsche, rechnet aber auch auf Nachgiebigkeit der Franzosen in der Schulden- und Emigrantenfrage. Protokoll, II, 599 ff.

[3] Vergl. Hüffer, II, 212; Protokoll, 622 ff. Baiern, Baden, Darmstadt und Augsburg sprachen bereits die Hoffnung aus, daß nach voraussichtlicher Berichtigung der ersten die zweite Friedensbasis, die Säkularisationsfrage, zur Berathung gelange.

den Satz aufzustellen gedenke, der Entschädigungspunkt gehöre nicht für die Reichsdeputation. Die generelle Erwähnung der zweiten Friedensbasis in dem augsburgischen voto hat dem Stimmführer die Frage zugezogen: Also wollen Sie baierisch werden?[1]

Frankfurt, das uns heilig versichert hatte, diesen Punkt mit uns zu berühren, das alsdann auch Mainz gethan hätte, hat durch sein Stillschweigen die Majorität verhindert. Er wird dahero in Concluso schwerlich erwähnt werden.

167. Subdelegationsdiarium.

27. Nov. 1798.

[Albini und Bonnier. Vorstellungen wegen der Emigranten.]

Der Directorialis von Albini hat mit dem Ministre Bonnier auf des letzteren Veranlassung eine interessante Unterredung gehabt.

Dieser machte ersterem dringende Vorstellung, man möchte den Punkt der Emigrationsgesetze von Seiten der Deputation nicht weiter treiben, indem es der französischen Gesandtschaft, ja selbst dem französischen Gouvernement schlechterdings unmöglich seie, über solche Gesetze, die vor Ablauf von 7 Jahren nicht geändert werden dürften, hinauszugehen, wohingegen man durch Zulassung von Ausnahmen das äußerste thun werde.

Der Herr von Albini hat die ebenso absolute Unmöglichkeit, die französischen Reunionsgrundsätze anzuerkennen, entgegengehalten, jedennoch vom Ministre Bonnier aufgefordert, über sich genommen, auf ein etwa mögliches, beiderseits annehmliches Expediens zu denken. Hieraus ergiebt sich dann doch, daß den französischen Ministres daran gelegen sei, über die vorwaltenden Schwierigkeiten hinauszukommen.

168. Subdelegationsdiarium.

30. Nov. 1798.

[Büderichinsel und Elsflether Zoll. Preußens Verlegenheit. Drohungen von Görtz. Einfluß auf das badische Votum. Stürmische Sitzung vom 1. Dec. Bonniers Erbitterung über ihr Resultat. Neuer Vorschlag in der Emigrantenfrage.]

.... Es ist mir aufgefallen, daß der Herr von Dohm bei seinem heutigen Besuch mehr für den Elsflether Zoll als für die Büdericher Insel gesprochen hat[2]. Die Verweigerung der letzteren hält er nur für eine dermalige Neckerei der Franzosen, die sich legen werde, und die Elsflether Zollsache hält er, wie er sehr wünscht, für abgethan, wenn man, wie er sehr darauf bringt, erkläre, daß das Reich hiebei keine Rechte habe. Die von ihm angezogene Wahlcapitulation Art. 8, § 24, 25 hat mir hieher nicht passend geschienen.

Dann räth er sehr, in Ansehung des Emigrationspunkts irgend ein dienliches Expediens zu treffen und überhaupt das jetzige Moment der französischen Ge-

[1] Häffer, II, 213, Anm. 1.
[2] Vergl. Häffer, II, 194, 205.



neigtheit zum baldigen Friedensabschluß über kleinen Bedenklichkeiten nicht verstreichen zu lassen, als wodurch die Deputation die öffentliche Meinung gegen sich kehren würde.

Des obigen ohngeachtet ist die preußische Gesandtschaft wegen der Büdericher Insel in wahrer Verlegenheit. Der Zeitpunkt ist versäumt, wo deren Ueberlassung leicht hätte bedungen werden können, und jetzt möchte man gerne die Deputation vorschieben, daß sie in [sic] sothane Ueberlassung als eine ihrerseits gemachte Bedingung anspreche und durchfechte. Der Herr Graf von Görtz hat sogar gegen den H. Grafen von Lehrbach in einer sehr lebhaften Conversation geäußert, der König werde es so gut als eine Hostilität ansehen, wenn man für ersagte Büdericher Insel sich nicht ferner verwende. Diese Aeußerung, die wir

Sonnabend, den 1. Dec. 1798,

erst unmittelbar vor der heutigen 81ten Sitzung erfahren haben, hat auch noch in unserem Voto eine kleine Abänderung veranlaßt[1]. Es war uns nicht ohne Ursache bang auf diese Sitzung, vor welcher ich, der Ministre von Edelsheim, hier eingetroffen und nach deren Beendigung wieder nach Karlsruhe zurückgekehrt bin. Sie gehört mit unter die unangenehmsten. Austriacus war, einige Bitterkeiten und den bedeutenden Nachdruck abgerechnet, den er im Ablesen seines Voti auf einige die Entschädigungen betreffenden Stellen legte, gelassener, als bei solchen Fällen gewöhnlich. Desto heftiger waren Saxonicus und Bremensis. . . . . Indessen wird nun ein Conclusum erfolgen, das schwerlich den Frieden sehr befördern wird.

Während der Session erhielt ich — Geh. Rath Meier — ein Billet vom Ministre Bonnier mit dem Ersuchen, nach solcher bei ihm anzusprechen; und hier kam ich aus der Hölle in's Fegfeuer oder umgekehrt. Er wollte das Resultat der Deliberation wissen und war alleräußerst aufgebracht über das, was ich ihm sagen konnte und mit möglichstem Glimpf eröffnete. Auch die bloße Berührung der Büdericher Insel hält er für eine unverzeihliche Sünde, eine mehrere Nachgiebigkeit im Emigrationspunkt für absolute unmöglich, die nur sub conditione erklärte Nachgiebigkeit im Schuldenpunkt für eo ipso zurückgefallen und das Benehmen der Majorität für den klarsten Beweis, daß man den Frieden nicht wolle, sondern immer nur neue Anstände hervorsuche, wo inmittelst andern das Spiel der Intriguen seien, wovon Krieg und Verderben das Ende sein würden.

Der von Mainz, Baden, Darmstadt und accedendo von der Reichsstadt Frankfurt geschehene Vorschlag, für die reunirten Lande gegen die Emigrationsgesetze eben das zu erwirken, was für Belgien im Frieden von Campo Formio stipuliret worden[2], hat unter anderm auch deswegen so vielen Widerspruch ge-

---

[1] Der Passus über die Büderichinsel, der auf's neue die Angelegenheit der französischen Regierung empfiehlt, wird in das Votum aufgenommen. Protokoll, III, 41.

[2] Man will Art. 9 des Friedens von Campo Formio auch auf die reunirten linksrheinischen Reichslande anwenden: derselbe bestimmt, daß die Beschlagnahme des Ver-



funden, weil bekanntlich die Franzosen den Art. 9 bis jetzo nicht erfüllet haben, indem sie behaupten, er gehe nicht auf eigentliche Emigranten, weil sonst nicht nöthig gewesen wäre, per modum exceptionis quae firmat regulam dem Erzherzog Karl und der Erzherzogin Christine in Art. 19 ihr niederländisches Vermögen zu sichern.

Aber jedermann hält dieses Argument für eine offenbare Chikane, und um dieser im Reichsfrieden zu entgehen, darf man sich nur ganz bestimmt darin ausdrücken.

---

169. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 4. Dec. 1798.

[Conclusum vom 4. Dec. Weitere Nachgiebigkeit gegen Frankreich.]

Uebersendung des Protokolls und Conclusums der 82ten Sitzung vom 4. Dec.

Die französischen Ministres finden darin die weitere Nachgiebigkeit in Ansehung der oberrheinischen reichsständischen Inseln auf der linken Seite des Thalwegs[1], und in Ansehung der Büdericher Insel, des Elsflether Zolles und des Emigrationspunktes[2] ist dasselbe so glimpflich gefaßt, als es die vorliegenden Vota nur immer gestatten mochten.

---

170. Subdelegationsdiarium.

8. Dec. 1798.

[Das französische Ultimatum. Erste Abrede. Französische Einschüchterungsversuche. Neue Vereinbarung der Majorität.]

Nach der gestrigen Conferenz[3] haben — Sachsen, Oesterreich und Bremen ausgenommen — die übrigen 7 Subdelegationen sich verabredet, im Emigrationspunkt einmüthig dahin zu stimmen, daß man den Art. 2 und 9 des Friedens zu Campo Formio sich gefallen lasse. Hiernach wurden auch die Vota, wenigstens das unserige, sogleich entworfen. Allein schon gestern abends, noch mehr aber heute frühe mußte man vernehmen, daß die französischen Ministres sich mit diesem Ausweg nicht begnügen würden und den Frieden von Campo Formio mit dem Reichsfrieden gar nicht in irgend eine Verbindung wollten setzen lassen. Dieses

mögens der Einwohner der cedirten Lande, die in Folge des Krieges verhängt worden, wieder aufgehoben werde; wer im Lande bleiben will, hat dies binnen 3 Monaten zu erklären; wer auswandern will, erhält eine dreijährige Frist zum Verkauf seiner Güter. Protokoll, III, 37, 41. — Hüffer, II, 217.

[1] Ein Antrag auf Rückgabe, wie Hüffer, II, 218 angiebt, wird nicht gestellt; man glaubt nur, sich „noch immer .... gewährigen Erfolg" der früheren Anträge versprechen zu können. Protokoll, III, 63.

[2] Des badischen Vorschlages, Verweisung auf den Frieden von Campo Formio, wird in Folge der Opposition Sachsens und Bremens nicht weiter gedacht. Hüffer, II, 218.

[3] Dieselbe war veranlaßt durch das französische Ultimatum vom 6. Dec., in welchem die Gesandten mit ihrer Abreise drohten, falls nicht binnen 6 Tagen ihre sämmtlichen Forderungen vom 28. Oct. angenommen würden. Protokoll, VI, 24 ff.

erwahrte sich auch noch diesen Vormittag, wo die Ministres Jean Debry und Roberjot bei mehreren Subdelegationen Besuche machten und obiges netto erklärten[1]. Letzterer war in dieser Absicht bei mir, dem Ministre von Edelsheim. Er betheuerte: Ihre letzte gemessene Instruktion sei:

que si la Députation ne répond pas complètement et affirmativement sur tous les points des notes du 12 vendémiaire etc., leurs pouvoirs doivent cesser.

Und in dem Emigrationspunkt wisse er nur den einzigen Ausweg, nämlich zu erklären:

qu'on s'en rapportait à la justice du gouvernement français à l'égard de toutes les personnes *injustement* regardées comme émigrés.

Ohngefähr das nämliche mußte ich, der Geh. Rath Meier, gelegentlich bei dem Secrétaire Rosenstiel und dem Ministre Jean Debry mit dem oft wiederholten Beisatz vernehmen, man möchte ja bedenken, daß ihre letzte Note im wahren Sinn des Worts ein Ultimatum sei. . . . . Confidentiores werden noch heute Abend zusammentreten. —

Das geschahe bei der baierischen Gesandtschaft[2]. Sie haben verabredet, im Emigrationspunkt nachzugeben, ohne jedoch das jenseitige principium anzuerkennen, und die Erledigung derer noch unerörterten Modifikationen bei denen übrigen Punkten bis zur Redaktion der Definitivartikel anstehen zu lassen, mithin das französische Ultimatum zu acceptiren, indem dieses schlechterdings das einzige Mittel seie, die Ruptur der Unterhandlungen zu verhüten, da die französischen Ministres die gemessene Ordre haben, andernfalls von hier abzureisen. . . . .

171. Subdelegationsdiarium.

9. Dec. 1798.

[Neue Drohungen. Annahme des Ultimatums.]

Wir gehen nur mit schwerem Herzen und mit banger Sorge in die 83te Conferenz, nachdem wir diesen Morgen schon fast von Sinnen gekommen sind.

Die französischen Ministres haben richtig und unrichtig erfahren, was gestern verabredet worden ist, und heute früh durch Billets an mehrere wissen lassen, daß, wenn das Ultimatum nicht in allen Punkten angenommen werde, der Bruch unvermeidlich seie.

Darüber ist nun ein neues Beschicken und Conferiren entstanden. Wir haben unserem Voto nur noch die Worte: in allen Punkten beigesetzt[3].

[1] Häffer, II, 221.

[2] Häffer, II, 222.

[3] Protokoll, III, 95. — Das Conclusum vom 10. Dec. acceptirt bedingungslos das französische Ultimatum, indem es die Regelung der Emigrantenfrage, in der allein keine Einigung erzielt ist, der Gerechtigkeitsliebe der französischen Regierung überläßt. Der hierauf bezügliche Passus wird fast wörtlich dem badischen Votum entlehnt. Protokoll, III, 110.

6. Der Rastadter Congreß und die Entschädigungsfrage. Dec. 1798—Jan. 1799.

172. Subdelegationsdiarium.

13. Dec. 1798.

[Bonniers Kammerdiener. Erläuterungen Rosenstiels zu den Noten vom 12. Dec. Erleichterung der rechtsrheinischen Lande.]

Die französischen Antworten[1] haben die Ansage zur morgenden Sitzung und mich zur Rücksprache mit dem Directoriali veranlaßt.

Zuvor war ich bei dem Secrétaire général Rosenstiel, der mich versicherte, der Ministre Bonnier seie äußerst gerührt über die Attention, die S^mus bei Gelegenheit der Verunglückung seines Bedienten gegen ihn bezeugt hätten, und vollkommen zufrieden mit den Anordnungen, die allhier getroffen worden seien[2].

In der Friedenssache erwiderte er mir auf mein Desiderium, warum in der ersten Note von den quasi vorbehaltenen Modifikationen nichts enthalten sei? die desfallsigen Wünsche der Deputation seien in der Stelle: elle est assurée qu'ils concourront de tous leurs efforts à tout ce qui pourra faire servir la face actuelle des choses à l'utilité réciproque des deux parties contractantes — wesentlich einbegriffen, und in derselben habe auch die Zusicherung wegen Erleichterung des rechten Rheinufers begriffen sein sollen. Er habe aber die Ministres vermocht, über diesen bedeutenden Punkt sich klarer auszudrücken und dieses seie nachtragsweise in der zweiten Note wegen Ehrenbreitstein geschehen.

Auf diese Erleichterung der Lande diesseits Rheins und selbst der Festung Ehrenbreitstein hätten die Ministres nicht nur in ihren officiellen Berichten,

[1] Die beiden Noten vom 12. Dec. s. Protokoll, VI, 42 ff. Die erste derselben enthält die Ankündigung, daß nun der Deputation demnächst die französischen Vorschläge zur Regelung der Entschädigungsfrage zugehen würden.

[2] In der Nacht vom 10/11. Nov. war Bonniers Kammerdiener, nachdem er zuvor im Raufhandel mit Bedienten der baierischen Gesandtschaft einige Verletzungen erlitten, in der Trunkenheit in die Murg gestürzt und ertrunken. Das Verhalten Bonniers, der sich alsbald von Mördern und Banditen umringt wähnte und die unsinnigsten Drohungen ausstieß, entspricht durchaus dem von ihm überlieferten wenig erfreulichen Charakterbilde. Als er schließlich über allzu gelinde Bestrafung der an dem Raufhandel Betheiligten schalt, ließ ihm die badische Regierung kurzweg erklären, sie würde sich verächtlich machen, wenn sie, um seiner Leidenschaft zu schmeicheln, anders geurtheilt hätte, als das Gesetz es erfordert. Vergl. auch v. Drais, Die Polizei auf dem Reichsfriedenscongreß. S. 18 ff.

sondern auch in Privatschreiben auf das allerdringendste und mit dem stärksten Nachdruck bei dem französischen Gouvernement angetragen und er zweifle keineswegs an einem gewährigen Erfolg. . . .

173. Note der französischen Gesandtschaft an Edelsheim.

Rastadt, 24 frimaire an VII (14. December 1798).

[Erneuerung des Aufenthaltsverbots für die Emigranten. Paßcontrole der fremden Franzosen in Rastadt.]

La légation française au Congrès de Rastadt désire que la défense, portant que les émigrés et les déportés français ne peuvent séjourner dans les états du Margrave, soit renouvelée et que les officiers civils et militaires soient tenus d'y veiller strictement[1].

Quant aux Français ou se disant tels qui viendraient à Rastadt, elle invite Mr. le Baron d'Edelsheim de prévenir la police de cette ville d'examiner d'abord leurs passeports et autres papiers dont ils seront porteurs et de les renvoyer ensuite au secrétariat de la légation pour y être examinés et inscrits; ceux des Français ou prétendus tels qui ne produiraient pas un visa du secrétariat seront sur le champ arrêtés et conduits hors du territoire de Bade.

Le secrétaire de la légation française
Rosenstiel.

174. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 14. Dec. 1798.

[Dankbezeugung für den Abzug der französischen Truppen vom rechten Rheinufer.]

. . . . Wir haben mit Hessen-Darmstadt verabredet, etwas von Danksagung für die in den französischen Noten enthaltenen günstigen Zusicherungen in unsere kurzen Abstimmungen einfließen zu lassen[2].

175. Subdelegationsdiarium.

15. Dec. 1798.

[Roberjots Entschädigungsplan. Beischaffung des badischen Materials. Verlegenheit Meiers und deren Ursachen.]

Die französischen Gesandten arbeiten eifrig am Entschädigungsplan[3]. Roberjot, der dabei hauptsächlich betheiligt ist, hat gebeten, ihm eine Zusammenstellung „a) über die

[1] In der Sitzung vom 24. Dec. 1798 entspricht der Geh. Rath diesem Ansuchen. Erhebungen, die gleichzeitig angestellt wurden und theilweise vorliegen, ergaben, daß in den Aemtern Hochberg, Rötteln und Durlach keine, im Amte Baden nur zwei Emigranten sich aufhielten.

[2] Dies geschieht in der Sitzung vom 29. Dec. Protokoll, III, 124—5. In gleicher Weise äußern ihren Dank Baiern und Kurmainz, während Lehrbach sich gegen jede Dankbezeugung verwahrt, da der Abzug der französischen Truppen nicht aus gutem Willen, sondern nur, um sie anderwärts zu gebrauchen, erfolge. Subdelegationsbericht vom 29. Dec. — Hüffer, II, 233.

[3] Hüffer, II, 227 ff.



badischen Cessionen, b) über deren Ertrag, c) über die Gegenforderungen und d) deren ebenmäßigen Ertrag" zu überreichen. Nun differiren aber quoad a) die Berechnungen der Subdelegation sehr erheblich von denen, die Reitzenstein seiner Zeit mittels einer Note den französischen Gesandten übergeben habe[1]; quoad c) wisse man nicht, wie weit Reitzensteins Verhandlungen in Paris in dieser Hinsicht gediehen seien; quoad d) habe man sich bis jetzt nur sehr wenige Ertragsberechnungen verschaffen können.

Meier theilt seine Verlegenheit Reitzenstein mit, und versucht, so gut als möglich, einen Etat auszuarbeiten, „in den unter die weiteren Desideria nichts von Oesterreich und nichts von Reichsstädten aufgenommen werden sollte". Während der Arbeit erfährt er aber durch Edelsheim, Roberjot verzichte darauf, „indem er [Roberjot] sich selbst an dieses Geschäft gemacht und solches — der Himmel weiß, wie! — bereits vollendet habe"[2].

---

176. Précis du plan général des indemnités fait par le ministre Roberjot[3].

o. D. (Oct. — Dec. 1798.)

[Badens Entschädigung nach dem Plane Roberjots.]

. . . . La maison de Bade

demandait les restes des évêchés de Bâle, de Strasbourg, Spire et Worms à la rive droite, l'évêché de Constance avec toutes ses appartenances et nommément la co-direction du cercle de Souabe, les abbayes de Schwarzach et de Frauenalb, et le baillage de Steinheim de Mayence, situé sur le Mein, vis-à-vis de Hanau.

La maison de Bade

perdait la part du comté de Sponheim lui appartenante et la seigneurie de Niederbronn en Alsace, appartenance des Princes puînés.

La maison de Bade

devait obtenir les restes de l'évêché de Bâle à la droite du Rhin, le baillage Strasbourgeois de Oberkirch avec l'abbaye de Tous-les-saints qui y est située, de plus les abbayes de Schwarzach et Frauenalb, Philippsbourg avec la part de l'évêché de Spire à la droite de la Kraich, excepté les villages de Neibsheim, Büchig et Bauerbach . . . .

Abschrift. Berl. St. A.

---

[1] Die letzteren waren um ein Drittel höher gegriffen. Subdelegationsbericht vom 10. Jan. 1799.

[2] Beendet hat Roberjot seinen Entschädigungsplan erst im Jan. 1799. Hüffer, II, 275, wo auch einzelne Angaben über den Inhalt.

[3] Beilage zu dem Berichte des Grafen Görtz an König Friedrich Wilhelm III. vom 14. Nov. 1799. Das Schriftstück, dessen Authenticität Görtz verbürgt, mag im Auszuge hier seine Stelle finden; seiner Angabe nach stammt es aus den letzten Monaten des Jahres 1798. Wol einer der beiden Entwürfe Roberjots vom 7. Oct. und 14. Dec., welche Hüffer II, 228 Anm. 3 citirt. Man habe, bemerkt Görtz, dabei keinerlei Rücksicht auf frühere friedensschlußmäßige Verpflichtungen genommen; Würtemberg und Baden wären sehr schlecht bei dem Plane gefahren, auch Kurmainz; am besten sei für Hessen-Darmstadt gesorgt worden.



177. Subdelegationsdiarium.

20. Dec. 1798.

[Rosenstiel empfiehlt gemeinsame Verständigung und Vorschläge der Interessenten in der Entschädigungsfrage.]

Der Secrétaire Rosenstiel meint, das Indemnisationsgeschäft würde sehr befördert werden, wenn die bedeutendsten Interessenten, vorzüglich Pfalz-Zweibrücken, Baden, Würtemberg, Hessen und selbst Mainz, zusammentreten, ihren Verlust conferiren und vorschlagsweise die Entschädigungsgegenstände mit besonderer Rücksichtnahme auf die in Anschlag zu bringende Convenienz der Länderlage unter sich ausmitteln würden, als woran bereits vorhandene Separatverträge nicht hindern könnten, indem diese eine bessere Convenienz der Lage nach, wodurch eine mindere Entschädigung ergiebiger werde, nicht ausschlössen.

Dahin wird es aber ohne eine imponirende höhere Veranlassung, da kein Theil dem andern traut, schwer zu bringen sein. . . . .

---

178. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 22. Dec. 1798.

[Schleunige Ausweisung des Emigrantenführers Danican. Warnung vor einem gewissen St Ginier.]

Je suis obligé d'importuner de nouveau V. A. S. ce soir pour un objet qu'on pourrait presque nommer une motion d'ordre.

La dénonciation ci-jointe[1] Vous exposera, Monseigneur, de quoi il s'agit; mais je dois en conscience y joindre les plus instantes prières que V. A. S. ne dédaigne pas d'y prêter une attention très sérieuse et qu'Elle veuille bien faire prendre sans délai les mesures les plus convenables et, s'il est possible, les plus secrètes, pourque ce fameux général émigré[2] soit engagé d'une manière pressante à prendre sans le moindre délai le parti de quitter les états de Votre Altesse, parceque peut-être dans deux jours cette précaution deviendrait infructueuse et nous serions encore par-dessus taxés d'avoir toléré et laissé en pleine liberté ici et à Carlsrouhe l'impudent le plus arrogant qui existe peut-être parmi tous les Français émigrés, tandisque nous aurions plutôt été dans le cas de le faire arrêter et délivrer à la vindicte républicaine! . . . . Notre position exige nécessairement la plus grande circonspection, et il serait fâcheux de perdre par une indulgence insouciante le fruit de tant de soins et de peines invariables et dont l'heureux effet a écarté jusqu'à présent les contretemps dont nous étions souvent menacés.

---

[1] S. Nr. 179.

[2] Aug. Danican, der Gegner Bonaparte's vom 13. Vendémiaire. Vgl. über ihn Nouv. biographie universelle, 12, 934; Helfert, Rastadter Gesandtenmord, 44 ff., 84.

Pardonnez, Monseigneur, si mon zèle et mon dévouement pour les intérêts de V. A. S. rend mes sollicitudes sur les dangers auxquels nous pourrions être exposés par notre propre faute si pressantes. Mais je ne puis pas le déguiser, la juste méfiance que j'ai eue de tous temps contre le Comte, Marquis ou Chevalier de *St Ginier* et ses liaisons avec des personnes assez équivoques etc. me persuadent de plus en plus que ce personnage est fort suspect et qu'il peut y avoir de grands inconvénients à l'admettre aussi assiduément qu'il l'est jusqu'à présent[1].

V. A. S. en pesant cet avis réitéré se souviendra que mon opinion à ce sujet n'a jamais varié.

---

179. Obervogt von Drais an Edelsheim[2].

[Rastadt,] 22. Dec. [1798.]

[Der Emigrantenführer Danican in Karlsruhe. Seine Umtriebe.]

Derjenige, welcher unter dem Namen Hauptmann Bersy im verflossenen Sommer den mit einem italienischen Grafenpatent versehenen Livio aus Petersburg auf der Landstraße gegen Baden zu geprügelt hat[3] und welcher deswegen, laut Ministerialbefehls an die Rastadter Polizeicommission, auch an die Oberämter Karlsruhe und Baden, bei der Wiederhabhaftwerdung arretirt werden sollte, ist eigentlich der in der Vendée als General commandirt habende nunmehr emigrirte General Auguste Danican, der Verfasser mehrerer, das jetzige französische Gouvernement auf das heftigste angreifender Schriften, besonders der berüchtigten neuen Flugschrift Cassandra[4].

Es hat Grund, was der Straßburger Weltbote sagt, daß er sich in Karlsruhe und in der Gegend aufhält. Mehrere Personen in Rastadt wissen sicher

---

[1] Der Name findet sich sonst nirgends in den Akten, vermuthlich handelt es sich um den im folgenden noch mehrfach zu erwähnenden Mr de St Génié.

[2] Das Schriftstück ist unterzeichnet: D. Es rührt aber unzweifelhaft von der Hand von Drais' her, wie auch das Siegel dessen Wappen aufweist.

[3] Der Vorfall hatte sich Ende Juni abgespielt; auf Grund desselben hatte der Graf Jean Bapt. de Livio eine Klage wider Bersy eingereicht, war aber als Verfasser einer „sittenverderbenden" Schrift zugleich mit dem Beklagten ausgewiesen worden. Schon damals war der Verdacht rege geworden, daß Bersy mit dem Emigrantenführer Danican identisch sei. Protokoll der markg. Polizeicommission in Rastadt v. 2. Juli; Berichte derselben an den Markgrafen vom 5. u. 11. Juli. — Die Untersuchungsakten fehlen. Danican scheint sich dann auch in Rastadt herumgetrieben zu haben, wenigstens warnt Laharpe am 4. Sept. Jean Debry vor den Umtrieben der Emigranten mit dem Bemerken: «Danican et son aide-de-camp La Rochelle ont été à Rastadt il y a six semaines, sous le nom de Berzyn, et sont rentrés en France; maintenant ils sont à Paris». S. Pingaud, Correspondance de Laharpe et Jean de Bry, Arch. de la société d'histoire du Canton de Fribourg, IV, 345.

[4] «Cassandra ou quelques réflexions sur la révolution française et la situation actuelle de l'Europe. Juillet 1798. Au Caire.»

genug, daß er in der Nähe des Mühlburger Thors zu Karlsruhe sein Quartier hat; daß er öfters im Darmstädter Hof speist und bei Gelegenheiten gerne haranguirt; daß er ungescheut spazieren reitet und sonst sich sehen läßt, besonders daß er öfter mit dem Herrn Grafen von Fersen[1] zusammen ist. Man vernimmt jetzt erst, daß er es schon einigemale gewagt hat, von Karlsruhe aus sogar nach Rastadt zu kommen, wo er bei dem emigrirten, bloß nur aus Barmherzigkeit wegen seiner kranken Schwester geduldeten de Vauché[2] zuzusprechen pflegt. . . . .

Herr Graf von Metternich Exc., von dem ich soeben zurückkomme, erwiderte mir, daß er den befragten Mann nicht vor sich gelassen und per tertium ihm habe bedeuten lassen, nicht mehr hieher und lieber aus dem badischen Land zu gehen.

180. Subdelegationsdiarium.

23. Dec. 1798.

[Hessen-Kassel'scher Vorschlag einer Vereinigung der vordern Reichsstände.]

. . . . Der Herr von Steube[3] meint, wie sein Vorgänger, der Herr von Waitz, es werde von Tag zu Tag räthlicher und nothwendiger, daß die vordersten Reichsfürsten, besonders Baden, Pfalz, Darmstadt und Kassel sich auf alle Fälle in eine nähere Verbindung unter sich einlassen. . . . .

181. Reitzenstein an die badische Subdelegation.

Paris, 26. Dec. 1798.

[Die Entschädigungsfrage. Warnung vor zu niedriger Schätzung der linksrheinischen Verluste. Motive. Die Sponheim'schen Lande.]

Beruhigt Meier wegen seiner Bedenken[4].

. . . . Ueberhaupt muß man die Gutmüthigkeit, die wir seit sæculis zu unserem größten Schaden stets ausgeübt haben, nicht gar zu weit treiben und exempli gratia bei unserem Verlust bloß die reinen Revenuen deductis oneribus deducendis rechnen; man muß Zeitumstände, deren Erneuerung kein Mensch wünschen wird, um so emsiger benutzen, Acquisitionen von Territorien zu machen, die im Grund als res nullius anzusehen sind, und man muß den wichtigen Umstand nicht aus den Augen verlieren, daß, um Deutschland pro futuro eine Verfassung zu geben, die es für der Rapacität seiner hohen Mitstände und Nachbarn schützt, es weit mehr auf Gründung neuer politischer Verhältnisse, bei denen

[1] Dem bekannten schwedischen Diplomaten.

[2] Wol identisch mit dem bei Mendelssohn-Bartholdy, Der Rastadter Gesandtenmord, 51, citirten Vaugé; der nach dem Tode der Schwester Ende März 1799 gegen denselben erlassene Ausweisungsbefehl wird auf Verwendung des Grafen Metternich, der für seinen Unterhalt sorgt, auf unbestimmte Zeit zurückgezogen. Akten der Rastadter Polizeicommission.

[3] Hessen-Kassel'scher Partikularabgeordneter.

[4] Vergl. oben Nr. 175.

die altweltfürstl. Häuser die Hauptrolle zu spielen berufen sind, als bloß auf kärgliche Entschädigungen ankomme. Ich zweifle sehr, ob irgend einer der hier befangenen Reichsstände noch mit so viel Gewissenhaftigkeit zu Werke geht, als hier geschieht, wie man denn z. B. erst jetzt die ganz neuen statistischen Entdeckungen gemacht hat, daß die preußisch überrheinischen Lande 900 000 Rthl. und die nassau-saarbrückischen zwischen 5—600 000 fl. eintragen[1]. Zudem tritt bei uns noch der besondere und wichtige Umstand hinzu, daß der privative Besitz des ganzen Sponheimischeu so neu ist, daß dieses Land für uns als ein neoacquisitum anzusehen ist, daß wir also noch nicht Zeit hatten, es aus dem verwilderten Zustand, in dem wir es erhielten, ganz herauszureißen, daß wir noch säeten, um in der Folge desto mehr ernten zu können, daß daher, wenn uns dieser Verlust 20—30 Jahre später betroffen hätte, die Landesrevenuen, mithin auch unsere Entschädigungsansprüche, weit beträchtlicher als jetzt gewesen wären; in welchem Fall sich beinahe kein einziger weltlicher Besitzer überrheinischen Landes so sehr als wir befinden dürfte. Dieser Umstand macht es uns um so mehr zur Pflicht, bei der Angabe unsers Verlustes nichts zu vergessen, was ihn erhöhen kann. . . . .

182. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 8. Jan. 1799.

[Vandamme fordert Haftbefehl gegen Danican. Mahnung zur Vorsicht.]

Ce que j'ai prévu et prédit à l'égard du général Danican est arrivé[2]. Le général Vandamme . . . . vient de me faire visite ce soir et après m'avoir chargé de Vous présenter, Monseigneur, ses respects et hommages, il m'a confié qu'il était chargé de la part du général en chef Jourdan à Strasbourg de demander qu'on fît arrêter le plutôt possible le susdit Danican qui d'après des renseignements particuliers devait s'être trouvé encore il y a 4 jours à Carlsrouhe, rôdant toujours entre Constance et nos environs. . . . .

Edelsheim versichert, die bisherigen Bemühungen der Polizei, des Mannes habhaft zu werden, seien vergeblich gewesen, und ersucht um nähere Anhaltspunkte für weitere Verfolgung; Vandamme verspricht dieselben noch am gleichen Abend mitzutheilen.

Eine Auslieferung Danicans werde, wenn man ihn festnehme, zweifellos erfolgen müssen.

Je me hâte de prévenir V. A. S. de tout ceci, afin qu'Elle prenne dans Sa profonde sagesse les mesures qu'Elle jugera les plus propres à Lui éviter toute espèce d'embarras et de désagrément pour un objet où la moindre connivence ou soupçon de faveur déplacée pourrait avoir des suites bien funestes pour Elle et Ses états[3]. . . . .

[1] Vergl. die Angaben bei Lang, Tabellen über Flächeninhalt ꝛc. der deutschen Reichslande. Basel, 1798. S. 8.

[2] S. oben S. 134.

[3] Anspielung auf die Beziehungen des Markgrafen zu St Ginier (Génié), s. oben S. 135. — Es wird in der Folge festgestellt, daß Danican unter dem Namen Bert oder

183. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 10. Jan. 1799.

[Roberjots Entschädigungsplan. Zusammenstellung des statistischen Materials. Badisches Promemoria, die linksrheinischen Verluste und den Kriegsschaden betr. Erläuterung desselben.]

Vor einigen Wochen hat Roberjot verschiedene Etats zur Ermittelung der badischen Verluste und Entschädigungen verlangt[1]. Man hat ihm dieselben versprochen, „jedoch mit dem Bemerken, daß eigentlich der badische Verlust und die dagegen zu hoffende Entschädigung schon aus dem Separatfrieden mit Baden zu entnehmen, außerdem aber der hiesige Abgeordnete in Paris über einige weitere Desideria, die er bei seinem Hiersein auch der hiesigen französischen Gesandtschaft schriftlich vorgetragen habe, mit dem dortigen Gouvernement in Unterhandlungen begriffen seie, über deren erwünschten Ausgang wir noch in der Erwartung stünden."

Da Roberjot dann darauf verzichtet, hat man es inzwischen dabei bewenden lassen.

Inzwischen haben das Gesammthaus Pfalz, das fürstl. Haus Hessen-Darmstadt und der Herr Graf von Sickingen der Reichsdeputation summarische Verlustsberechnungen zur Rücksichtnahme bei der Berichtigung der zweiten Friedensbasis überreichen lassen. . . .

Und obschon das fürstl. Haus Baden sich desfalls in einem verschiedenen und besonderen Verhältniß befindet, so wird man doch nicht wol umgehen können, ein Gleiches zu thun, das selbst die Achtung für die Reichsdeputation erfordern dürfte...

Ob, wann und durch wen es nun geschehen solle, darüber erbitten wir uns Eurer Hf. D. gnädigste Befehle. Eile dünkt uns aber nicht vonnöthen zu sein, da noch so viele andere Reichsstände damit zurückstehen (unter welchen Würtemberg nach der Sage seines Abgeordneten sich nach dem Vorgang von Baden richten will), und wie früher man mit dem Etat herausrückt, desto früher und länger ist er der Kritik unterworfen. Indessen ist es doch gut, sich auf alle Fälle im voraus damit gefaßt zu halten, und in dieser Hinsicht überreichen wir in den Anschlüssen den unmaßgeblichen Entwurf einer kurzen Note an die Deputation und des beizufügenden Status über den Verlust[2].

Die angegebene Einwohnerzahl gründet sich auf die uns zugestellten Seelentabellen. Nach solchen enthalten die jenseitsrheinischen Lande exclusive Rodemachern, Hesperingen und des Antheils der Durchlauchtigsten Prinzen an der Herrschaft Rutzenhausen 28976 Seelen[3]. Die Mehrzahl bis auf 34 300 haben wir für nur gedachte Landestheile angenommen.

Berton bei dem Hofschuster Burkhard in Karlsruhe gewohnt und dem letzteren an Zahlungsstatt bei seiner Abreise eine Anzahl Exemplare der „Cassandra" in deutscher Uebersetzung zum Vertrieb überlassen. G. R. Prot. vom 7. Febr.

[1] S. oben Nr. 175.

[2] S. die beiden folgenden Nummern.

[3] Die Angaben der statistischen Literatur schwanken: Lang schätzt den Verlust ziemlich oberflächlich auf 12 Quadratmeilen, 23000 Seelen und 160000 fl. Einkünfte; der Verfasser der „Tabellarischen Uebersicht der Staatskräfte von Deutschland rc., Mannheim, 1802" auf 12 Quadratmeilen, 26900 S. und 115000 fl. Einkünfte.



In der Angabe der jährlichen Renten sind wir der Berechnung des Geh. Raths von Reitzenstein gefolgt. Es sind darunter auch begriffen die geistlichen Gefälle im Sponheimischen, die Elsässer Gefälle des Klosters Schwarzach, das Einkommen mehrerer diesseitigen Gemeinden aus ihren jenseitsrheinischen Besitzungen und der Ertrag von Kutzenhausen. Onera sind nirgends abgezogen. Der uns unbekannte Ertrag des vordersponheimischen Antheiles an dem Rheinzoll zu Boppard ist ausgeblieben, wenn er nicht unter denen berechneten Einnahmen der Amtskellerei Kirchberg steckt.

Der Kriegsschaden ist von der fürstl. Rentkammer von 1792 bis in den Oct. 1797 berechnet worden auf

16 253 026 fl. 15 xr.

Hierzu gehört noch: der Schaden bis Ende Jenners 1798 für weitere 8 Monate, ferner die Entbehrung der Sponheimischen, der Kutzenhauser, der Kloster Schwarzacher und mehrerer Gemeinds-Revenuen binnen dieser Zeit, womit unsere Berechnung auf 19 Millionen ansteigt.

Wir stellen nun alles dem Höchsten Ermessen unterthänigst anheim[1].....

184. Promemoria der badischen Subdelegation an die Reichsfriedensdeputation.

o. D. (10. Jan. 1799.)

[Empfiehlt die badische Verlustsberechnung bei Feststellung der Entschädigungen.]

Des regierenden Herrn Markgrafen zu Baden Hochfürstliche Durchlaucht haben denen Endsunterzeichneten aufgetragen, einer hochansehnlichen Reichsfriedensdeputation einen summarischen Statum desjenigen Verlustes, welchen das fürstliche Haus Baden durch die Ueberlassung der linken Rheinseite an Frankreich an Landen, Leuten und Renten erleidet, zum kurzen Ueberblick und mit der angelegentlichen Bitte geziemend vorzulegen, hierauf bei der Berichtigung der festgestellten zweiten Friedensbasis gerechte und geneigte Rücksicht zu nehmen.

Die Unterzeichneten entledigen sich andurch dieses Auftrags, indem sie zugleich einer hochansehnlichen Reichsfriedensdeputation ihre vollkommenste Verehrung bezeugen.

Concept Edelsheims.

185. Status[2].

o. D. (10. Jan. 1799.)

Das fürstliche Haus Baden verliert durch die Ueberlassung der linken Rheinseite an Frankreich:

An Landen:

1) Zwei Fünftheile an der vorderen Grafschaft Sponheim, nämlich: die Aemter Kirchberg, Koppenstein[3], Naumburg, Sprendlingen und die Pflege Hottenbach.

[1] Durch Geh. Rathsbeschluß vom 14. Jan. wird die Ermächtigung zur Uebergabe des im Entwurf genehmigten Promemorias ertheilt.

[2] Beilage zu Nr. 184.

[3] Nicht Kazzenstein, wie Kleinschmidt in Meiers Diarium gelesen hat. A. a. O. S. 135.

2) Die Hälfte an der hinteren Grafschaft Sponheim, nämlich: die Aemter Birkenfeld, Dill, Herrstein, Winterburg und Winningen.

3) Das Amt Ibar.

4) Das sog. Züscher Lehen.

5) Die Herrschaften Martinstein und Weiler.

6) Das Amt Gräfenstein.

7) Das Amt Rhodt.

8) Das Amt Beinheim.

9) Die Herrschaft Rodemachern.

10) Die Herrschaft Hesperingen.

11) Zwei Drittheile an der Herrschaft Kutzenhausen.

12) Das Schloß Landskron oder die dafür festgesetzte jährliche Rente.

Der Flächeninhalt dieser Lande kann bei ihrer abgesonderten Lage nicht genau angegeben werden. Sie enthalten aber: 4 Städte, 9 Marktflecken, 140 Dorfschaften, 3 Schlösser und 18 Maierhöfe.

An Einwohnern: 34 300 Seelen.

An Einkünften: 313 841 fl. jährlich[1].

Bemerkungen.

1) Hierunter sind nicht begriffen die beträchtlichen, jenseits Rheins gelegenen, von der Markgrafschaft Baden und von der Grafschaft Sponheim relevirenden Aktivlehen.

2) Auch nicht die ebenso beträchtlichen sponheimischen Pfandschaften, deren vorgewesene Einlösung einen ansehnlichen Zuwachs an Landen und Leuten wieder verschafft hätte.

3) Der Kriegsschaden, den die Markgrafschaft Baden erlitten, hat sich bis in den Monat Jenner des Jahres 1798 belaufen auf (18 892 358 fl.) 19 Millionen Gulden.

[1] Ein österreichischer Entschädigungsplan aus dieser Zeit berechnet den Verlust Badens an Einkünften auf 130 000 fl. und weist Baden als Entschädigung das Oberamt Ettenheim, event. die Klöster Schwarzach und Frauenalb, zu. v. Vivenot, Geschichte des Rastadter Congresses, 331, 338. — Den Domanialrentenertrag der linksrheinischen Lande beziffert die Rentkammer im Mai 1798 auf 120 479 fl.

7. Die Verhandlungen in Paris und die Entschädigungsfrage. Aug. 1798—Febr. 1799.

186. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 25. Aug. 1798.

[Reitzensteins Rückkehr nach Paris.]

.... D'ailleurs la combinaison des circonstances nous paraissant exiger que le Bon de Reitzenstein retourne bientôt à son poste à Paris, il compte partir mercredi et venir prendre les ordres de V. A. S. à Badenweiler[1].....

187. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 30. Aug. 1798.

[Der Zeitpunkt für Reitzensteins Rückkehr günstig. Hoffnung auf Abänderung der geh. Friedensartikel. Reitzensteins Ernennung zum Geh. Rath.]

.... D'après l'opinion de toute la légation française on ne pouvait pas faire retourner Mr de Reitzenstein[2] plus à propos à Paris que dans ce moment-ci. Il dira lui-même à Votre Altesse, combien les ministres sont contents de nous et des attentions personnelles qu'on leur marque de la part de Votre Altesse. On nous assure que leurs dépêches sont remplies d'éloges à cet égard, et arrivant sous ces auspices à Paris Mr de Reitzenstein ne peut pas manquer d'y être très favorablement accueilli; il est même à espérer que dans une position si avantageuse il lui sera peut-être possible d'obtenir encore des objets assez essentiels et de faire goûter quelques réclamations importantes relativement au traité secret dont quelques articles cependant se trouveront déjà aplanis par les bases fixées maintenant dans la négociation avec l'Empire germanique. Mr de Reitzenstein éclaircira cette assertion plus précisément. Je ne sais si M^r le conseiller privé Brauer aura trouvé l'occasion de parler *seul* à V. A. S. d'une idée que j'ai eue à l'égard de Mr. de Reitzenstein et que je l'avais chargé de

[1] Der Markgraf weilte daselbst seit Anfang August zum Kurgebrauche. Vergl. Schwäbische Chronik, J. 1798, S. 323.

[2] Derselbe tritt die Rückreise über Badenweiler und Basel am 30. Aug. an. Am 12. Sept. trifft er wieder in Paris ein.

rapporter très humblement à V. A. de ma part, savoir que sous tous les rapports, ce me semble, il serait fort convenable qu'Elle décorât le Bon de Reitzenstein de la qualité de Son conseiller privé titulaire; cette faveur inattendue à son départ ne pourrait que le flatter et l'encourager infiniment en la recevant immédiatement de Votre Altesse Elle-même. Je puis assurer en conscience que je ne lui en ai jamais parlé ainsi qu'il en aura sûrement toute la surprise, si V. A. s'y resout gracieusement. . . . .

Des weiteren ersucht Edelsheim den Markgrafen, die von Reitzenstein aufgestellte Kostenberechnung für seinen Pariser Aufenthalt zu genehmigen. Daraus geht u. a. hervor, daß die Pariser Gesandtschaft jährlich über 30000 Fr. kostet.

---

188. Karl Friedrich an den Präsidenten des Direktoriums Treilhard.

Badenweiler, 2. Sept. 1798.

[Empfiehlt die Interessen seines Landes. Ersucht um freundliche Aufnahme und Unterstützung Reitzensteins.]

Le souvenir des assurances bienveillantes et amicales que Vous avez bien voulu me réitérer, Citoyen Président, lors de Votre départ de Rastadt et les dispositions que Vous n'avez pas cessé de manifester en faveur de ma maison et des intérêts de mon pays pendant Votre important ministère au Congrès de pacification me sont trop inappréciables pour ne pas me permettre de les rappeler à Votre souvenir et de m'en prévaloir à l'occasion du retour de mon ministre plénipotentiaire, le Bon de Reitzenstein . . . . j'ose espérer, Citoyen Président, que Vous daignerez lui accorder particulièrement Votre haute protection et l'accueillir favorablement dans les différentes commissions dont il pourra être chargé de ma part. . . . .

Versicherung freundschaftlicher Gesinnung gegen die Republik[1].

Concept Edelsheims.

---

189. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 16. Sept. 1798.

[Vorwürfe wegen Mittheilung der geheimen Friedensartikel an Gayling.]

|: . . . . Je ne saurais Vous dissimuler M^r^ qu'il m'est inconcevable et j'y aurai peut-être bien de la peine à jamais l'oublier, comment Vous ayez pu Vous laisser induire à découvrir à Mr de G.[2] les articles secrets que suivant l'intention du Margrave nous avions pris tant de soin de dérober depuis plus de 2 ans à sa connaissance. Il me semble qu'il y eût eu pourtant un raisonnement bien simple à opposer à ses instances indiscrètes, en lui présentant l'alternative suivante: ou qu'il n'ignorait pas ces articles, comme

---

[1] Ein Schreiben ähnlichen Inhalts ging an den Minister des Auswärtigen, Talleyrand, ab.

[2] Wie aus einem späteren Schreiben hervorgeht, handelt es sich um Indiskretionen gegenüber dem Präsidenten v. Gayling.



Vous le supposiez, ou bien qu'il n'en était en effet pas informé; qu'au premier cas ce serait une confidence fort inutile et superflue maintenant, mais qu'au second cas elle serait d'autant plus déplacée sous différents rapports qu'il ne Vous semblait pas convenable de communiquer de propre chef un secret quelconque dont Msgr. le Margrave n'aurait pas jugé à propos de lui faire part; que cependant Vous étiez bien plutôt porté à croire qu'il ne cherchait qu'à Vous mettre à l'épreuve à cet égard; parceque Vous ne pouviez pas Vous persuader qu'il voulût consigner dans un livret de poche, exposé journellement à toutes sortes d'hazards, peut-être même à être égaré involontairement, un secret important que je prenais le plus grand soin de garder sous double clef; que Vous étiez néanmoins bien éloigné de douter que nous ne fussions réciproquement empressés, lui et moi, à nous faire dans toutes circonstances les communications que le bien du service et les intérêts de notre S^me^ maître pouvaient rendre nécessaires ou du moins autoriser.

Il est presque superflu de remarquer encore que la personne en question est souvent enluminée l'après-dînée . . . . et que dans cette occasion le genre même de son indiscrétion suffirait seul, pour rendre, sinon ses intentions, au moins sa prudence et sa circonspection infiniment suspectes. . . . . Je m'en lave les mains et ne prends nullement à ma responsabilité les suites . . . ., mais je Vous avoue franchement que, si je pouvais penser que Vous Vous crussiez dorénavant obligé de faire encore de temps en temps des confidences sur les objets de cette catégorie, je préférerais de me débarasser dès à présent de toute cette besogne en abandonnant bien volontiers le soin à qui S. A. S. jugerait à propos de la confier à l'avenir. . . . .:|

Concept.

---

190. Talleyrand an Karl Friedrich.

Paris, 7 vendémiaire l'an 7 (28. Sept. 1798).

[Pflege freundnachbarlicher Beziehungen. Anerkennung der badischen Friedensbestrebungen.]

M^r^ le Baron de Reitzenstein m'a remis la lettre en date du 16 fructidor que Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire [1].

V. A. S. ne peut douter du zèle que j'apporterai toujours à concourir avec son ministre plénipotentiaire au maintien de la parfaite harmonie et du bon voisinage qui existent si heureusement entre les deux états et dont l'un et l'autre recueilleraient déjà tous les fruits, si les efforts constants du Directoire exécutif qu'il s'est applaudi d'avoir vu secondés par ceux de Votre Altesse avaient enfin opéré la paix générale et définitive

---

[1] S. oben S. 142 Anm. 1.

entre la République française et l'Allemagne. Certain que tous Vos vœux appellent cet heureux moment j'ose y joindre l'expression des miens.

Recevez, Prince, les assurances de ma profonde estime et de ma haute considération.

191. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 1. Oct. 1798.

[Drohender Wiederausbruch des Kriegs. Preußens Stellungnahme. Vorkehrungen gegen weitere Indiskretionen bezüglich der geheimen Friedensartikel.]

Mittheilungen Sandoz Rollins über die Selzer Conferenzen. Derselbe zweifelt so wenig als Reitzenstein am Wiederausbruch des Kriegs. «Il désirerait beaucoup que la Prusse se déclarât avec énergie et prît en Allemagne la place d'Autriche, mais il ne saurait se faire illusion sur la nécessité d'avoir alors d'autres personnes en place».

.... Il ne me reste qu'à ajouter deux mots en réponse au Nro. 4 de Votre Excellence [1]. Quant à ce qui m'est personnel dans cette lettre, je n'en dirai rien. J'en aurai assez pour y réfléchir pendant le reste de ma vie et pour m'en tirer des leçons quoiqu'achetées par des cruelles expériences, mais son ensemble m'a fait une blessure qui saignera longtemps et dont je ne guérirai jamais. La malheureuse perspective d'avoir pris sur ma responsabilite des suites futures qui pourraient être facilement prévenues m'a mis dans la nécessité d'écrire la lettre ci-jointe à M^r le conseiller privé Brauer [2], parcequ'il est informé de cette histoire et qu'il me rendra le témoignage de m'être adressé à lui dans le moment même. .... Je suis toujours persuadé qu'on pouvait s'assurer du secret de la manière que j'ai pris la liberté d'indiquer dans cette lettre. Si — ce qui serait assurément la voie plus convenable — V. Exc. voulût en prendre l'initiative, ma lettre à Mr Brauer deviendrait inutile. ....

192. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 11 vendémiaire an 7 (2. Oct. 1798).

[Dringt auf Verhandlungen über einen Additionalvertrag.]

Bringt dem Minister das Memoire vom 3 Nivose vor. J. und das gleichfalls von ihm eingereichte Projekt eines Additionalvertrags in Erinnerung [3]. Es kommt besonders auf die Frage der Contribution und auf die der Entschädigungen an. Was die letztern betrifft, so sind die Vorschläge Badens in dem Projekt des Additionalvertrags enthalten. R. bittet den Minister, über dieses Projekt, wenn nicht in seinem ganzen Umfang, so doch über die wichtigsten einzelnen Artikel mit ihm in Unterhandlung zu treten.

Zugleich übersendet er ihm Abschrift eines Schreibens, welches er vor 6 Monaten an die französischen Gesandten in Rastadt gerichtet habe (dat. 24 Germinal an 6, 13. April 1798).

Paris. Archiv.

[1] S. oben Nr. 189.
[2] Fehlt.
[3] S. oben Nr. 187.

193. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 10. Oct. 1798.

[Vorläufige Ablehnung von Verhandlungen über das Memoire vom 12. Oct. Opposition in Paris gegen das Entschädigungsprincip. Roberjots Einfluß auf den Entschädigungsplan. Warnung vor Trouvé. Beruhigung wegen des Separatfriedens.]

Talleyrand ist noch nicht auf eine Erörterung des Memoires eingegangen, das Reitzenstein bei seiner Ankunft überreicht: «il m'a fait comprendre qu'il n'avait pas encore eu le temps nécessaire pour fixer son opinion sur le contenu de mon mémoire».

Die Rastadter Verhandlungen werden auf Schwierigkeiten stoßen:
ce qui y mettra le comble, ce sera le terrible mot d'application du principe d'indemnité. Le parti contraire au bon système, contraire aux intérêts des princes de l'Empire s'était donné ici une peine extraordinaire pour faire en sorte que la France n'y voulût pas intervenir. Bourgoing qui se remue en tout sens pour regagner du crédit était assez de ce système qui d'après des assurances positives que j'ai reçues ne prévaudra pas.

Je dois .... remarquer à cette occasion, que c'est presqu'exclusivement à *Roberjot* que V. Exc. voudra avoir la grâce de s'adresser de préférence dans tout ce qui aura rapport à notre indemnité, parceque je sais à n'en pouvoir douter que c'est lui qui a la confiance du Gouvernement en ce qui concerne le travail et qu'il est plus particulièrement chargé de la besogne des sécularisations et des indemnités. On ne saurait donc trop le caresser et lui témoigner de la confiance, en lui communiquant sans réserve nos plans de dédommagements et les objets que nous convoitisons le plus.....

Trouvé, bisher Gesandter in Mailand, ist nach Stuttgart versetzt worden [1].

Ce Trouvé est un homme d'esprit et qui écrit parfaitement bien; il est entièrement *directorial* et avec cela fort *républicain,* très épris de la dignité d'un homme libre et pourrait être par conséquent fort exigeant. Il est un peu en disgrâce pour avoir été trop aristocrate à Milan. Gare à la Souabe qu'il ne veuille y prendre sa revanche et nous donner une constitution à sa façon, comme il en a donné à la République Cisalpine [2]. J'ai l'honneur d'assurer V. Exc. que la manière dont il se conduira à Stoutgard mérite toute notre attention et que nous devrions y avoir pour cet effet un correspondant affidé et intelligent.

Pour ce qui est de nos rapports individuels avec la République, ils me paraissent être aussi bons qu'on peut le désirer. Les Directeurs Rewbell et Treilhard m'ont assuré que le Gouvernement français tiendrait ferme à ses engagements et qu'il ne s'en désisterait jamais. D'ailleurs Mr Paganel, secrétaire général du département des relations extérieures, m'a décidément

[1] Ueber Trouvé s. Vreede, La Souabe après la paix de Bâle, 107 ff.; Hüffer, II, 300.
[2] Capefigue, L'Europe pendant la Révolution franç., IV, 170.

affirmé que l'intention du Gouvernement était que les indemnités de ceux des princes de l'Empire qui avaient fait des traités particulières avec la République fussent nominativement insérés dans le traité de paix. . . .

194. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 17. Oct. 1798.

[Die Reitzenstein'schen Indiskretionen. Gegenvorkehrungen. Persönliche Spannung zwischen den beiden Diplomaten.]

|: Edelsheim wird das Schreiben Reitzensteins dem Geh. Rath Brauer übergeben; auch Geh. Rath Meier ist von der ganzen Correspondenz Edelsheims mit Reitzenstein während der letzten Wochen informirt.

Cela Vous persuadera du moins que le même objet peut être envisagé différemment selon le point de vue sous lequel il est considéré, et c'est d'après ce principe que je tâcherai de m'expliquer la divergence assez essentielle de quelquesunes de nos opinions particulières au sujet de certaine participation d'influence et de dépendance d'objets que je ne puis regarder que comme étant privativement du ressort de mon département.

Cependant je ne saurai seconder le moyen que Vous proposez, Monsieur, pour résoudre ou décider cette question en dernière analyse, parcequ'à moins de vouloir employer la voie de l'impression, je n'en connais en vérité pas qui pût procurer une plus grande publicité à des choses que — d'après nos sentiments uniformes pour le bien et l'avantage du service et des intérêts de notre S^me maître — nous ne voudrions pourtant certainement pas divulguer. Mais ce qui va mettre fin à ce que j'espère à toute disaction ultérieure sur cet objet, c'est que j'ai prévenu Vos intentions, en me trouvant dimanche passé à portée d'engager S. A. S. à prendre précisément les mêmes mesures que Vous proposez pour se faire remettre incessamment l'intéressante pièce en question[1]. Et afin que Monseigneur n'ignore rien de ce qui concerne cette affaire, je ne manquerai pas de lui lire aussi d'un bout à l'autre la lettre dont Vous m'avez ménagé l'inspection préalable à bonnes intentions. Je pense moyennant toutes ces précautions n'avoir rien négligé de ce qui peut Vous convaincre de ma probité et de la droiture de mes intentions. . . . Sous ce rapport je regretterai toujours indiciblement de me voir brouillé personnellement avec Vous, Monsieur, sans que toutefois cela puisse rejaillir le moins du monde sur nos relations diplomatiques, tant que je conserverai la place que j'ai l'honneur d'occuper présentement. Mais je ne prétends pas gêner l'opinion de personne sur mon compte particulier et quant à l'étendue de mes devoirs je règlerai toujours ma conduite d'après mon propre jugement. :|

Concept.

---

[1] Eine Abschrift der geheimen Friedensartikel?



195. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 29. Oct. 1798.

[Die Rückgabe des fraglichen Aktenstückes durch Gayling betr.]

|: Malgré toutes les peines que je me suis données je n'ai pu encore parvenir à déterminer le Margrave à se faire rendre certaine feuille de M^r le président[1], mais je ne saurais m'imaginer que nos conseils étant parfaitement d'accord à cet égard S. A. S. puisse encore hésiter plus longtemps à terminer nos sollicitudes communes pour s'épargner un peu d'embarras réciproque. :|

Concept.

196. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 16 frim. an 7 (6. Dec. 1798).

[Erneutes Drängen wegen eines Additionalvertrags. Loyale Haltung des Markgrafen gegen Frankreich.]

Erneuert seine früheren Bitten, in die Verhandlung über einen Additionalvertrag einzutreten.

Il serait tout à fait superflu, de Vous faire observer, Citoyen Ministre, que depuis la date de la première de ces notes, c'est à dire depuis le commencement du Congrès de Rastadt pas un seul prince de l'Empire n'a donné des preuves aussi fortes de ses dispositions loyales et sincères, ni a manifesté avec autant d'énergie, d'uniformité et de constance son désir de contribuer à fonder la paix continentale sur les seules bases qui puissent en assurer la stabilité, et dont les résultats seront incontestablement aussi avantageux pour le véritable bien-être de la France que pour celui de l'Allemagne.

Paris. Archiv.

197. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 12. Dec. 1798.

[Neutralität der Reichsfürsten bei Wiederausbruch des Krieges. Drohende Spaltung. Feindselige Haltung Oesterreichs gegen die Reichsfürsten. Schreiben des Herzogs von Würtemberg.]

|: Erwägung der Folgen, welche der Wiederausbruch des Krieges für Deutschlands Gestaltung nach sich ziehen wird. Aufgabe der Reichsfürsten wird es sein, «à faire en sorte que cette guerre ne se fasse qu'entre la France et l'Autriche isolément».

. . . . Ce que (sic!) ces efforts qu'on attend ici de la part des princes de l'Empire ne puissent amener une scission parmi les membres du Corps Germanique, l'Autriche ayant pour elle tous les ecclésiastiques, les nouveaux princes, peut-être la Bavière et la Saxe, conséquemment la majorité; mais il me paraît que cette crainte d'une scission ne nous doit pas arrêter un

[1] Präsident von Gayling. S. oben Nr. 189.

seul moment, parceque les dangers qui s'en suivraient infailliblement d'une détermination contraire sont incomparablement plus éminents et plus terribles. . . . . D'ailleurs nous devrions, à ce que je crois, assez connaître enfin — ne fût-ce que par ce que le général Bonaparte Vous a dit sur ses disputes avec le Cte Cobenzl à Campo Formio relativement aux indemnisations[1] — les mauvaises dispositions de l'Autriche à l'égard de nous et de tous les autres princes de l'Empire sans distinction et l'assujetissement complet, qui, si cette puissance dût être victorieuse de la France, nous tomberait en partage, quelqu'aurait pu être notre conduite pour ne pas balancer et pour soutenir invariablement le seul bon système politique que nous puissions embrasser.

Déjà avant l'événement . . . . le Duc de W[urtemberg] a été assez fin et prévoyant pour faire grande parade de ces sentiments qu'il conservera sans doute aussi longtemps que les Français seront le plus près de lui que les Russes. Il a écrit il y a quelques semaines à Mr Abel une lettre fort étendue de propre main[2] que celui-ci m'a montrée en original et dans laquelle il parle dans ces propres termes que je traduis ici mot à mot:

> «Je n'ai jamais douté de la possibilité de la paix de l'Empire sans la participation de l'Autriche; aussi suis-je fermement décidé à déployer ou seul ou avec d'autres de mes coétats qui auront à ce que j'espère les mêmes sentiments les mesures les plus énergiques, dès que les moindres apparences d'une guerre entre la France et l'Autriche se manifesteront et à faire tenir tant à Rastadt qu'à Ratisbonne un langage tellement énergique qu'il fera tomber les écailles en Allemagne des yeux de tout le monde et y fera voir à chacun que les princes de l'Empire ne sont plus disposés à prendre part à une entreprise folle et à une lutte qui leur est absolument étrangère, ni de servir plus longtemps de jouet et d'instrument à l'ambition et aux projets d'envahissement des grandes puissances. Je Vous ordonne, Monsieur, — continue le Duc — de déclarer partout que telle est ma ferme résolution[3].» :|

---

198. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris. 15. Dec. 1798.

[Neue Mahnung an Talleyrand. Erwerbung von Oberkirch und dem Oberamte Bretten. Publikation des Separatfriedens.]

|: Talleyrand, den R. auf's neue an die rückständige Antwort auf seine früheren Memoires erinnert, sichert in den nächsten Tagen den erwarteten Bescheid zu; über seine Trägheit werde übrigens allgemein geklagt.

---

[1] S. oben Nr. 22 und 84.

[2] d. d. Stuttgart, 29. Oct. Vergl. Vreede: La Souabe, 99 ff.

[3] Während Abel dieses Schreiben dem Direktorium mittheilte, verhandelte Graf Zeppelin im Auftrage des Herzogs zu Wien über eine Allianz mit Oesterreich. v. Vivenot, Vertraul. Briefe des Freih. von Thugut, II, 143 ff.

J'observe que j'ai envoyé à Mr le conseiller privé Meier la minute d'une note remise à Rastadt[1] et qu'il me paraît que nos demandes ultérieures doivent surtout se diriger sur Oberkirch et tout le baillage de Bretten.

Vous aurez remarqué par le contenu du manifeste contre les Rois de Naples et de Sardaigne ... qu'une des raisons alléguées contre la cour de Turin est qu'on n'y a pas publié le traité de paix. Ceci pourrait nous servir d'avertissement, parceque nous sommes dans le même cas. :|

199. Reitzenstein an Meier.

o. D. [Nov. 1798], prs. 2. Dec. 1798.

[Angebliche Bevorzugung des fremden Adels in Baden. Reibereien zwischen adeligen und bürgerlichen Officieren.]

.... Im Anschlusse lege ich zwei Zeitungsextrakte bei. Man wird wol fragen, was daran ist. Allem Ansehen nach ist das meiste übertrieben.....

Beilage. Auszug aus dem «Clef des cabinets». Carlsrouhe — Margraviat de Bade.

Notre gouvernement si sage à tant d'égards prend une mesure qui n'est nullement compatible avec l'esprit du temps et qui pourrait avoir pour lui des suites fâcheuses. Il continue d'attirer dans le pays des nobles étrangers. C'est presque exclusivement à eux que sont donnés les emplois les plus lucratifs, dont ils perçoivent nonchalamment le revenu en en abandonnant les fonctions à des subalternes plus éclairés que les titulaires, mais sans aïeux. — Il vient de s'élever des rixes violentes à Durlach entre les officiers nobles et ceux du tiers-état. La bourgeoisie de Durlach s'intéresse très vivement à ceux-ci qui outre qu'ils ont le bon droit de leur côté ont perdu un de leurs capitaines par un moyen qui tient de bien près à l'assassinat. Le Margrave, embarrassé de prendre un parti dans une circonstance qu'il trouve délicate se propose, dit-on, de licencier tout le bataillon qui se trouve livré à ses (sic!) funestes divisions[2]. — Aehnlich ein Artikel des «Ami des lois».

200. Karl Friedrich an Reitzenstein.

o. D. (Dec. 1798?)

[Machtverstärkung der altweltfürstlichen Häuser. Vereinigung zu dem Zwecke.]

Je me souviens toujours des conversations que nous avons eues à Badenweiler[3] au sujet de l'intérêt qu'avait la France de donner de la con-

[1] Wol die oben erwähnte Note vom 24 germinal an 6. S. Nr. 192.

[2] Die Nachrichten der beiden französischen Blätter gehen, wie mir scheint, auf einen Artikel des Straßburger Weltboten von 28 Brumaire zurück, der sich darüber angeblich aus Karlsruhe berichten läßt. — Die Karlsruher Akten geben über die Vorgänge keinerlei Aufschluß; offenbar liegt nur eine tendenziöse Erfindung vor.

[3] Undatirte Abschrift aus Reitzensteins Nachlaß von der Hand des Hrn. Archivdirektors v. Weech. Karlsruher Archiv. Das Schreiben, anscheinend Fragment, fällt, wie der Hinweis auf die Begegnung in Badenweiler (S. oben S. 141) nahelegt, vermuthlich in die letzten Monate des J. 1798, wo in Rastadt die Entschädigungsfrage zur Diskussion gelangte.

sistance aux princes d'ancienne maison (altweltfürstlicher Häuser) et qu'en ce cas comme toujours il serait de leur intérêt d'être unis entre eux. Le moment présent me paraît être la grande époque où des souhaits aussi salutaires pour notre patrie pourraient se réaliser. Cette idée, Monsieur, Vous appartient comme à moi, nous l'avons eue simultanément, et je sais que Vous en avez préparé Vous pendant Votre séjour à Paris.

---

201. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 18. Dec. 1798.

[Verständigung unter den Reichsfürsten. Gemeinsame Schritte der deutschen Friedenspartei zur Förderung der französischen Politik.]

|: Der würtembergische Gesandte Abel versichert, er habe dem Herzoge angerathen, sich an Baden anzuschließen.

Mais quoiqu'il en soit, il n'en est pas moins vrai que, comme on n'est pas encore entièrement sûr ici de la bonne volonté de la cour de Vienne, il serait très utile de se concerter sur des mesures vigoureuses qui puissent amener même contre le gré de l'Empereur la conclusion et immédiate exécution de la pacification générale de l'Empire germanique moyennant les sécularisations et généralement de se prononcer même isolément, mais toujours assez fortement pour seconder les bons offices du Gouvernement français. J'ai déjà marqué précédemment qu'on m'avait donné à entendre quoique d'une manière indirecte seulement que le Gouvernement français désirerait vivement de pareilles démarches et avanthier encore le Directeur Rewbell m'a dit que la majorité actuelle de la Députation était à la verité une grande victoire pour les princes de l'Empire, mais que ceux-ci devraient aussi prendre maintenant des mesures combinées pour profiter dans une plus grande extension de la bonne volonté de la France, parcequ'ils pouvaient bien sentir que les grandes puissances n'étaient nullement disposées à leur procurer les moindres indemnisations. . . .

Aehnlich äußert sich Treilhard. :|

---

202. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 19. Dec. 1798.

[Voraussichtliche Entlassung Talleyrands. Sein Nachfolger.]

|: . . . . Si la guerre dût à la longue recommencer avec l'Autriche, . . . il y a grande apparence que Talleyrand Périgord qui n'a fait preuve ni d'activité ni d'esprit de conduite sera obligé de donner sa démission. Rewbell y insiste depuis longtemps, mais Barras y met le prix de celle du ministre de la guerre. En ce cas on donne pour successeur à Talleyrand Périgord Jean Debry et au ministre de la guerre Dubois Rancé. . . . :|



203. Talleyrand an Reitzenstein.

Paris, 2 nivôse an 7 (22. Dec. 1798).

[Die Noten vom 23. Dec. 1797 und 2. Oct. 1798. Prüfung und thunlichste Berücksichtigung der badischen Desiderien.]

Le silence que j'avais gardé sur les mémoires que Vous m'aviez remis en date du 3 nivôse de l'année passée et du 11 vendémiaire de l'année courante[1] ne tenait ainsi que Vous l'avez sûrement pensé qu'à l'état longtemps indécis dans lequel se trouvait la négociation de Rastadt, mais les bases décisives qui viennent d'être posées devant indécessament amener par l'application du principe des sécularisations la fixation des dédommagements auxquels les princes et états d'Empire dépossédés ont droit, c'est le moment où les observations, les demandes de S. A. S. le Margrave de Bade deviennent susceptibles d'une discussion approfondie. Je vais en conséquence m'empresser de les mettre sous les yeux du Directoire exécutif et de réclamer ses ordres. Sachant combien il apprécie la conduite qui a été tenue par le Margrave depuis la conclusion de sa paix particulière et depuis l'ouverture des négociations du Congrès, je ne doute pas qu'il ne contribue volontiers à remplir les vœux de ce prince en tout ce qui pourra s'accorder avec la meilleure disposition des arrangements intérieurs de l'Allemagne. Recevez etc.

---

204. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 22.—26. Dec. 1799.

[Bedenken wegen des Entschädigungsplans. Frauenalb und Schwarzach als badische Entschädigung. Aeußerungen Roberjots. Ablehnung einer Publikation des Separatfriedens.]

|: Edelsheim bezweifelt, daß der Entschädigungsplan Roberjots seine Aufgabe genügend erfüllen werde.

«Roberjot . . . ne semble pas suffisamment instruit des intérêts multipliés que ce plan doit embrasser. . . . Les ministres français aperçoivent maintenant que la somme des objets d'indemnisations suffira d'autant moins à toute l'étendue des réclamations qu'on leur présente, qu'ils veulent excepter des sécularisations d'abord tous les établissements ecclésiastiques fondés pour l'entretien des écoles ou de quelque autre bienfaisance publique; ensuite les trois Électeurs ecclésiastiques devant aussi être conservés ceux-ci se croiront bien fondés à demander également des indemnisations de leurs pertes. . . .

---

[1] S. oben Nr. 86 und 192.

Aussi les ministres français cherchent-ils présentement à faire apprécier au lieu de dédommagements jusqu'aux moindres parcelles étrangères ou présumées telles qui peuvent se trouver enclavées dans les territoires de ceux qui doivent être indemnisés, — objets qui en partie ne devraient pas du tout être mis en ligne de compte. — (24 déc.) C'est ainsi qu'on se propose, à ce que nous avons appris indirectement, de nous régaler de Frauenalb et Schwarzach en compensation d'autres objets qu'on voudra ou sera forcé par la nécessité des circonstances de retrancher des indemnisations qu'on nous avait fait espérer. . . .

Apparemment que c'est pour calmer préalablement nos sollicitudes à cet égard que le ministre Roberjot m'a dit sans entrer dans d'ultérieurs détails, qu'il nous arrangerait bien mieux que nous ne l'avions imaginé, qu'il nous fallait des contiguités, que des vues vers Constance p. e. ne pouvaient pas nous convenir aussi bien qu'Oberkirch et que ce serait véritablement une sottise au Gouvernement français de le donner à tout autre qu'au Margrave [1]. Dans une occasion précédente il m'a prévenu aussi qu'ayant déjà entièrement achevé son travail d'indemnisation relativement à nous il n'avait plus besoin d'un tableau, qu'il m'avait demandé la veille, lequel devait présenter sous un même coup d'œil nos cessions, leurs revenus, les objets d'indemnisation désirés de notre part et leur valeur approximative. Il ajouta alors que dans ce tableau il ne fallait absolument pas qu'il fût question des échanges qu'on pourrait désirer de faire avec d'autres prétendants, que cela ne pouvait être considéré que comme un soin d'un intérêt postérieur qui s'arrangerait mieux après la conclusion de la paix définitive de l'Empire germanique. . . . .

(Suite du précédent; exp. 26 déc.)

Eine Publikation des Separatfriedens erscheint zur Zeit nicht räthlich [2]. Edelsheim erinnert an die Abrede, die man darüber im Mai mit Reitzenstein getroffen.

On a donné dès lors les directions nécessaires aux préposés des baillages et communes, en suspendant une publication solennelle jusqu'à la conclusion de la paix de l'Empire. . . . Au surplus notre position diffère pourtant assez essentiellement de celle du Roi de Sardaigne sous plusieurs rapports; entr'autres si la résidence du Margrave et les villes principales de son pays eussent été occupées par les troupes françaises, nous n'eussions pu ni voulu risquer de ne pas publier notre traité de paix avec la République. . . . . :|

Concept.

---

[1] S. oben Nr. 176.

[2] S. oben Nr. 198.

205. Maison de Bade et frontière de la France vers le Haut-Rhin[1].

(o. D. Dec. 1798—Jan. 1799.)

[Vortheile einer Gebietsvergrößerung Badens für Frankreich. Baden als Vormauer gegen Oesterreich.]

J'ai causé avec Mr de R.[2] sur ce qui peut être donné à la maison de Bade dans les nouveaux arrangements de l'Allemagne.

Il me semble que cette affaire peut être envisagée sous un autre rapport qu'elle ne l'a été jusqu'à ce jour. Ce n'est point une chose à calculer d'après le nombre des toises, la quantité des florins. La République doit son appui en vraie République romaine selon son intérêt. Le Margrave de Bade est certainement par ses principes de philosophie et d'humanité le prince de l'Europe qui doit être le plus agréable au Gouvernement français. C'est une considération et ce n'est point encore une raison déterminante.

La raison déterminante la voici:

La maison de Bade est par sa position une alliée fidèle, sûre ou pour mieux dire dépendante de la République française.

Et il importe fort aux grandes Républiques d'être ainsi environnées de princes dépendants, de rois de Pergame, de Cappadoce et de Bithynie. Mais il faut qu'ils puissent être à leurs frais et par leurs forces de quelque utilité. Jusqu'à présent et selon ce qui est convenu par le traité actuel, le Margrave de Bade, très sincère ami de la République, n'était et ne serait cependant qu'un grand seigneur. Qu'est-ce qu'un grandseigneur? Un homme qu'on est réduit à protéger. Il est nécessaire ou au moins convenable à la République que ce grandseigneur devienne prince, qu'il ait par sa situation topographique et militaire une influence réelle dans l'Empire, qu'il éloigne de la France la maison d'Autriche et qu'il fasse contre cette maison une barrière qui soit par elle-même de quelque résistance qui n'ait besoin que d'être appuyée, qui nous donne l'avantage en cas de guerre de la porter à volonté chez l'ennemi, de ne l'avoir jamais chez nous. Par cela que faut-il? Que ses états soient bornés au midi par le Rhin et comprennent les villes forestières, qu'ils embrassent au nord l'évêché de Spire et ses dépendances naturelles et qu'à l'est il ait pour frontière la crête et une partie du revers des montagnes de la Forêt-noire.

Le Brisgau donné au Duc de Modène, c'est à dire conservé à la maison d'Autriche, est une erreur de Bonaparte qui ne peut nous convenir. Le Wurtemberg qui est réversible aussi à la maison d'Autriche, étendu à

---

[1] Welcher Feder das Memoire entflammt, ist mit Sicherheit nicht zu ermitteln: jedenfalls ist der Verfasser in den Pariser Regierungskreisen (Talleyrand? Dupont?) zu suchen. Ueber die Zeit der Abfassung s. S. 154 Anm. 1.

[2] Reitzenstein vermuthlich.

l'ouest des montagnes, ne nous convient pas davantage. Point de maison d'Autriche près de nous, cela est indispensable à notre paix et à celle de l'Europe. Sinon, l'Angleterre la soulèvera toujours, la soldera toujours, nous la jetera toujours sur les bras comme une puissante diversion.

Le Rhin est devenu notre courtine, elle est bonne et l'Helvétie la flanque d'un très utile bastion. Mais en avant de cette courtine il nous faut sous le nom de la maison de Bade une demi-lune ouverte de notre côté et dont le chemin couvert et le glacis du côté de l'ennemi soient, si nous le pouvons, le revers du second rang des montagnes noires ou du moins celui du premier.

C'est par ces grandes dispositions géographiques, topographiques, politiques et militaires que les nations prennent leur place et les gouvernements leur rang dans l'opinion publique et dans l'histoire. Tout le reste est minutie.

L'imprudence du roi de Naples nous ouvre la voie à des combinaisons[1] et des compensations nouvelles qui délient ce qui pourrait nous gêner dans le traité de Campo Formio. Aujourd'hui la maison de Modène ni celle d'Autriche ne doivent plus prétendre au Brisgau ni aux villes forestières. La maison de Wurtemberg sur laquelle celle d'Autriche a un droit de successibilité ne doit rien garder ni prétendre à l'ouest des montagnes noires et depuis Philippsbourg et les dépendances jusqu'à Rhinfeld, Sæckingen, Laufenbourg et Waldshut le pays doit être d'une seule tenure au service, au secours et en avant-poste de la France sous l'alliance et la souveraineté de la maison de Bade. Voilà ce que disent la gloire et l'intérêt de notre République aidés par des circonstances heureuses.

Abschrift.

---

206. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 26. Dec. 1798.

[Alle Entschädigungspläne zur Zeit noch verfrüht. Man wird Oesterreichs Entscheidung abwarten.]

Die Zeitungen melden, daß in Rastadt alle Welt Entschädigungspläne entwerfe.

J'avoue cependant que je ne conçois aucunement, comment on peut faire de pareils projets, tandis que les questions principales, savoir quelle étendue on donnera au système des sécularisations, si l'on y comprendra ou non la majorité des villes impériales, si l'Autriche et la Prusse y veulent participer ou non et de quelle manière elles y participeront, questions dont la solution doit former la première base de tout travail raisonnable

[1] Am 24. Nov. 1798 hatte Neapel der römischen Republik den Krieg erklärt, am 24. Jan. 1799 war das Bourbonische Königthum gestürzt und die parthenopäische Republik proklamirt worden. In dieser Zeit, in der man sich zu Paris und Rastadt mit dem Entschädigungsplane beschäftigt hat, dürfte wol das Memoire entstanden sein.

sur cette partie, ne sont pas encore décidées. Aussi ne saurais-je me persuader que les ministres français à Rastadt aient l'intention de communiquer à la Députation un projet d'indemnité avant qu'il n'ait été médité ici. . . . .

On ne s'en occupera probablement que lorsque l'on saura à quoi s'en tenir vis-à-vis de la cour de Vienne. . . .

207. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 8. Jan. 1799.

[Der Markgraf verzichtet auf weitere Schreiben an Talleyrand; die Antwort des letzteren befriedigt nicht.]

Der Markgraf hält es nicht für angemessen, Reitzensteins Rath folgend ein neues Schreiben an Talleyrand abgehen zu lassen, um ihm die Interessen des Landes zu empfehlen, zumal Privatnachrichten aus Berlin melden, daß Talleyrand voraussichtlich durch Sieyès ersetzt werde.

. . . . D'ailleurs je ne Vous dissimulerai pas que Monseigneur n'a pas trouvé dans la lettre de Talleyrand que Vous veniez de transmettre de grands motifs de confiance dans ses intentions favorables envers nous, mais bien plutôt un choix d'expressions véritablement recherchées pour ne pas prendre un engagement trop obligatoire et se conserver même la faculté de rejeter en effet l'inaccomplissement de nos vœux et des avantages stipulés ci-devant sur l'incompatibilité . . . . avec ce qui pourra s'accorder avec la meilleure disposition des arguments intérieurs de l'Allemagne. . . .

Concept.

208. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 13. Jan. 1799.

[Weitere Verzögerung der Verhandlungen mit Talleyrand. Dupont. Abwartende Haltung Frankreichs.]

|: Talleyrand Périgord n'a pas encore voulu entamer une négociation directe avec moi, mais pressé vivement non seulement par moi, mais encore par son ancien respectable ami, Mr Dupont, qui m'est d'une bien réelle utilité, il m'a fait dire par celui-ci qu'aimant mieux ne me dire que des choses sûres et certaines que purement hypothétiques, il me priait de prendre encore patience jusqu'à l'arrivée de certaines dépêches de Rastadt. Il est inutile de Vous dire que cela veut dire de Vienne et qu'on veut attendre la décision de la paix ou de la guerre avec l'Autriche avant que de se prononcer tout-à-fait. :|

209. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 26 nivôse an 7 (15. Jan. 1799).

[Die Entschädigungsfrage. Frankreichs Interesse an Badens Vergrößerung.]

Lebhaften Dank für die «réponse infiniment bienveillante». Auch der Markgraf ist jetzt völlig beruhigt über den weiteren Verlauf der Dinge — «sur le sort propice que

l'amitié de la France lui prépare et sur la décision généreuse des points contenus dans mes précédents mémoires.»

Les nouvelles publiques de Rastadt font présumer, que les ministres plénipotentiaires de la République auront mis la dernière main à leur travail; sans doute il se trouve donc soumis dans ce moment à Votre examen, et je suis peut-être très excusable en nourrissant l'espoir, que celui que Vous m'avez permis de concevoir, va être près de se réaliser. . . . Je ne fais qu'ajouter une seule réflexion: c'est que les avantages de la République française me paraissent tellement liés à ceux des princes séculiers de l'Empire Germanique et particulièrement du Margrave de Bade comme plus proche voisin de la France, qu'en plaidant sa cause je ne suis pas étranger à celle du Gouvernement français. Cette considération peut véritablement donner un caractère d'impartialité à mes vœux, et ce point de vue m'a suggéré l'idée trop présomptueuse peut-être, qu'il me serait possible de Vous offrir des renseignements de détail et de localité, qu'il n'est pas permis à un Allemand d'ignorer et qui pourraient servir à concilier les contradictions qui se feront probablement remarquer dans les différents projets remis jusqu'ici aux ministres plénipotentiaires de la République à Rastadt.

Paris. Archiv.

---

210. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 20.—22. Jan. 1799.

[Widerlegung der Bedenken Edelsheims in der Säkularisations- und Entschädigungsfrage.]

Reitzenstein beantwortet die Depeschen vom 22.—26. Dec. 1798. Er hält es für durchaus richtig, daß die französischen Minister von den Säkularisationen die zu Schul- und anderen öffentlichen Zwecken bestimmten ferneren Stiftungen ausschließen, «parceque le projet de fiscaliser ces fondations rendrait aussi justement que généralement odieuse toute l'opération des sécularisations dont l'ensemble doit avoir des suites favorables à la moralité et à la culture de l'esprit». Auch wenn die geistl. Kurstaaten fortbestehen sollten, was noch keineswegs feststeht, werden noch genügend Entschädigungsobjekte vorhanden sein, sobald Oesterreich auf eine Entschädigung in Deutschland verzichte. Daß man französischerseits daran denke, Baden mit Frauenalb und Schwarzach abzufinden, bezweifelt Reitzenstein; die französische Regierung werde, wie man ihn wiederholt versichert, ihre Versprechungen erfüllen; ein Machtzuwachs der ihr befreundeten Reichsstände liege in ihrem eigensten Interesse. Ebensowenig ist anzunehmen, daß die Republik dabei sich des Vorwandes bedienen werde, daß sie ja nur ihre guten Dienste (bons offices) versprochen habe. Der Ausdruck stehe in einem formellen Vertrage und beziehe sich auf ganz bestimmte Versprechungen; durch ein früheres Schreiben des Ministers Delacroix sei er überdies im Auftrag des Direktoriums erläutert «d'une manière bien propre à dissiper les craintes d'un pareil subterfuge».

Die Aeußerungen Roberjots sind weit eher geeignet, Baden zu beruhigen, als Bedenken zu erregen.

. . . . Car quant à la restriction ajoutée que les échanges ne devraient s'opérer qu'après la paix on peut dire que ce n'est peut-être que l'opinion particulière du ministre dont le résultat peut subir des altérations essentielles

par mille petits incidents et si l'on nous donne seulement les moyens d'opérer ces échanges, cela doit bien nous équivaloir, parcequ'on ne saurait s'en représenter aucun de possible, à moins que par les localités ou d'autres circonstances il ne soit avantageux en même temps aux deux parties contractantes. Dans ce sens nous aurons par exemple par l'acquisition de Spire de beaux moyens d'échange avec Wurtemberg par les deux baillages Spirois enclavés dans ce duché et avec le Palatinat par la co-propriété d'un baillage considérable, situé dans l'évêché de Worms — sur la rive droite cela s'entend — et par la cession de Ketsch qui nous est très inutile. Ensuite quant à l'autre idée de Roberjot, que des vues vers Constance ne nous arrangeraient pas aussi bien qu'Oberkirch qu'il fallait nous donner, elle s'accorde parfaitement avec les demandes contenues dans mes mémoires, à cela près que la différence d'étendue, de population et de revenus entre ces deux objets étant trop forte nous devrons nous appliquer . . . à acquérir encore la comté de Hausen. Or, j'ai toujours pensé et nous avons été, ce me semble, tous d'accord sur ce point, que nous pourrons nous estimer très heureux, si l'abandon de Constance dont au commencement de ma négociation je ne voulus même pas, nous vaudra l'acquisition d'Oberkirch et de Hausen. . . .

Bezüglich der Veröffentlichung des Separatfriedens pflichtet Reitzenstein der Ansicht Edelsheims bei.

Die Antwort Talleyrands auf seine Note habe, meint er, zur Zeit, so lange die allgemeine Lage sich noch nicht mehr geklärt habe, nicht anders ausfallen können: «l'ensemble de cette lettre ne concerne que les demandes ultérieures que j'ai faites *en sus* des stipulations de notre traité secret, de sorte que les expressions y contenues ne me paraissent pas pouvoir être appliquées d'une manière défavorable à ces dernières à l'égard desquelles au contraire l'obligation du Gouvernement français reste dans toute sa force».

---

211. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 4. Febr. 1799.

[Zusicherung strikter Erfüllung der geheimen Friedensartikel. Weitere Entschädigung von den Verhandlungen mit Oesterreich abhängig. Aufforderung zur Neutralität.]

. . . . Le ministre des relations extérieures m'a fait de nouveau répondre par le canal connu[1] et cela d'une manière plus étendue que la 1ère fois. En voici la substance. Le ministre a dit que le premier soin du Gouvernement devait être de remplir à la lettre les promesses contenues dans notre traité secret, que c'était cela payer ses dettes, puisqu'en effet le Directoire ne cesserait de regarder comme une dette sacrée tous les engagements qu'il avait contractés dans ses traités . . ., qu'ainsi les efforts du

[1] Dupont de Nemours.

Gouvernement devaient se porter premièrement sur ces objets; qu'après ce qu'on pourrait faire de plus, ce serait l'effet d'une bienveillance particulière, que la France exercerait assurément envers les princes qui s'étaient montrés ses amis . . .; que par suite de ces dispositions il négocierait sûrement avec moi et qu'il le ferait dès à présent, s'il était possible de déterminer ou de prévoir l'étendue qu'on pourrait donner à cette bienveillance surérogatoire avant un arrangement définitif avec la maison d'Autriche . . ., qu'au surplus cet état d'indécision ne durerait plus longtemps et que ce serait alors seulement le moment convenable pour entrer dans des discussions plus approfondies. . . .

Tous les conseils qu'on me donne ici se concentrent dans un seul, celui de tenir ferme à notre système et en cas de la guerre de donner par des démarches non équivoques et énergiques la preuve que non seulement nous n'avons pas été parmi les provocateurs, mais encore que nous ne voulons absolument n'y prendre la moindre part ni directe ni indirecte. On me fait assez espérer que si plusieurs princes de l'Empire adopteraient cette marche, la neutralité de l'Empire pourrait encore être reconnue et l'Allemagne préservée en conséquence de la révolution qui serait peut-être la première suite d'une participation quelconque de l'Empire. . . .

Die Entscheidung steht bevor, ein Curier ist mit dem französischen Ultimatum an den Wiener Hof abgegangen.

---

212. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 8. Febr. 1799.

[Abreise der französischen Gesandten. Drohungen Lehrbachs gegen Baden. Wirkung.]

|: Die französischen Gesandten haben «avec une sorte d'affectation» von ihrer bevorstehenden Abreise am 15. d. M. gesprochen; seit der Durchreise eines spanischen Curiers nach Wien ist es davon stille geworden, die Franzosen führen eine ruhigere Sprache.

Lehrbach ist über Baden erbittert.

. . . . Le Cte de Lehrbach, s'entretenant confidemment ces jours-ci avec quelqu'un sur les suites d'une nouvelle guerre, dit en propres termes, que si l'armée autrichienne revenait dans les états du Margrave et que lui en fût le commissaire, il garantirait bien qu'il ne resterait pas une cuillerée à aucun habitant de ce pays; que la subdélégation de Bade au Congrès s'était conduite indignement dans les délibérations les plus importantes de la Députation de l'Empire.

Il faut espérer que nous ne serons pas dans le cas de subir cette vengeance atroce, mais la connaissance de ces belles dispositions envers nous ne peut que nous affermir davantage, s'il en était besoin dans les nôtres à l'égard du système que nous avons à suivre invariablement. . . . :|

Concept.

---

213. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 13. Febr. 1799.

[Nothwendiges Verbleiben des Markgrafen im Lande. Rührigkeit der deutschen Republikaner. Umtriebe in Würtemberg. Werth der preußischen Neutralität.]

Räth bringend, der Markgraf möge im Kriegsfalle nicht außer Landes gehen. Die revolutionären Elemente würden diesen Anlaß sonst ausbeuten. Man habe ihm zwar versichert, «qu'on avait assez de Républiques et qu'on sentait bien que le voisinage d'un prince était moins inquiet que celui d'un pays révolutionné . . ., mais ce qui m'inquiète ce sont les mouvements des soi-disants patriotes allemands, leurs physionomies satisfaites, leurs confidences singulières et toujours équivoques avec le ministre des relations extérieures». — In Würtemberg arbeite man eifrig am Umsturze der Verfassung, die helvetische Republik begünstige augenscheinlich diese Pläne und hoffe, Schwaben mit sich zu vereinigen. Die würtembergische Regierung habe sich in Paris darüber beschwert.

Falls Preußen neutral bleibe, werde Frankreich diese bedrohlichen Elemente wol im Zaume halten, andernfalls stehe zu befürchten, daß es sie in seinem Interesse gewähren lassen werde.

8. Der Reichstag und der russische Truppeneinmarsch. Jan.—März 1799.

214. Subdelegationsbericht.

6. Jan. 1799.

[Der russische Truppeneinmarsch. Berathung mit Albini über die Schritte beim Reichstag. Bedenken wegen der Kaiserhöfe. Alternative. Eventualinstruktion für Görtz.]

Wir haben uns heute über dasjenige, was nun in Comitiis wegen des k. russischen Truppenmarsches zu thun sein möchte[1], mit dem hiesigen Deputations-Directoriali vertraulich besprochen und wir verabsäumen nicht, seine Aeußerungen sogleich unterthänigst einzuberichten. . . .

Er, der hiesige Directorialis, hat seinem Committenten, dem Herrn Kurfürsten zu Mainz, vorgeschlagen, seinen Reichstagsdirektorialgesandten dahin zu instruiren:

daß er die Proposition auf keine Weise behindern, sondern vielmehr bestens befördern und in der Sache selbst gegen die Verwilligung des Einmarsches russischer Truppen in das Reichsgebiet stimmen solle, da solcher die Ruptur des Waffenstillstandes und der Reichsfriedensunterhandlungen mit Frankreich zur Folge haben, eines und das andere aber gegen die eigenen dem Reich geschehenen Zusicherungen Sr. Majestät des Kaisers streiten würde.

Dagegen, meint er, könne man dem französischen Gouvernement anbedingen: daß auch dieses keine Truppenein- oder durchzüge verlange, sondern desfalls eine vollkommene Neutralität beobachte.

So weit gehen die Aeußerungen des Herrn von Albini, und er zweifelt nicht im mindesten, daß sein gnädigster Herr seinen Vorschlag bereits genehmigt haben werde.

Außerdem wissen wir von denen hiesigen Abgeordneten der schwäbischen Reichsstädte, daß sie bei ihren Committenten ebenfalls auf bestimmte Instruirung

[1] Den Vereinbarungen zwischen Rußland und Oesterreich entsprechend hatte im Oct. 1798 ein russisches Hilfscorps unter General Rosenberg die Grenze überschritten und war Mitte Dec. in Mähren eingerückt. In einer Note vom 2. Jan. hatten darauf die französischen Gesandten mit Abbruch der Verhandlungen und Wiederaufnahme des Kriegs gedroht, falls der Reichstag sich dem Einmarsche dieser Truppen in das Reich nicht widersetze.

der Comitialgesandten zur Ablehnung des befragten Truppeneinmarsches angetragen haben.

Wir unsersorts können uns nicht verhehlen, daß, wenn je das Erzhaus Oesterreich die Absicht hatte, sich der russischen Hilfstruppen in Deutschland zu bedienen oder auch nur sie durchzuführen, man durch die Verweigerung ihres Einmarsches bei dem römischen sowol als bei dem russisch kaiserlichen Hof sich nicht wol empfehlen werde. Beides wäre sehr unangenehm, und es bleibt daher ein angelegentlicher Wunsch, daß man dessen überhoben bleiben möchte. . . .

Auf die Eventualität, daß der Wiener Hof den Durchmarsch versagen werde, dürfe man sich nicht verlassen; für alle Fälle müsse der Comitialgesandte instruirt werden.

Das Quomodo hängt von der Wahl ab, entweder die französische Drohung realisiren zu lassen oder den etwaigen Unwillen der beiden Kaiserhöfe sich zuzuziehen.

Wenn der Wunsch nach Friede über die letztere Besorgniß die Oberhand behält, so wäre der Comitialgesandte ohnmaßgeblich anzuweisen über die Frage, ob die Sache in Proposition gestellt werden solle, mit dem Directoriali und anderen Gesandten, besonders der vorliegenden Reichsstände, sich einzuverstehen und denen Bejahenden sich anzuschließen, allenfalls auch auf das Ersuchen an die kaiserlichen Ministres um eine vorläufige beruhigende Erklärung mit anderen den Antrag zu machen, in der Hauptsache aber, wenn es zum Votiren kommen sollte, den Wunsch und die Hoffnung auszudrücken, Kaiserliche Majestät möchten vom Reich, das den Frieden so dringend bedürfe, die angedrohte Gefahr dadurch abwenden, daß sie das Reichsgebiet durch fremde Truppen nicht betreten lassen.

215. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 7. Jan. 1799.

[Reichstagsvotum. Räthlichkeit einer vertraulichen Verständigung mit Würtemberg.]

Es wird beschlossen, bei der Subdelegation anzufragen, ob sie es für räthlich erachte, „daß Serenissimus sich entweder mittelst einer eigenen Ablegation nach Stuttgart oder ohne solche durch ein Schreiben an des Herrn Herzogs Hf. D., welche in allen Rücksichten mit Ihnen in gleicher Lage hierbei zu sein schienen, über das wegen dieses wichtigen Gegenstands[1] in comitiis abzugebende Votum in nähere Communikation zu setzen“.

216. Gutachten der badischen Subdelegation.

Rastadt, 9. Jan. 1799.

[Gegen ein Zusammengehen mit Würtemberg. Gründe. Hessen-Darmstadt. Zurückhaltung und Geheimhaltung der Comitialinstruktion. Preußens Intervention unsicher und unwirksam.]

Es ist eine richtige Voraussetzung, daß des Herrn Herzogen zu Würtemberg Hf. D. in dieser Angelegenheit mit S^{mo} nostro in aller Rücksicht sich in gleicher Lage befinden, und es sollte sich dahero auch ein gleiches Benehmen vermuthen lassen.

[1] Des russischen Truppeneinmarsches.



Wir bezweifeln aber ein solches Einverständniß und noch mehr eine aufrichtige jenseitige Vertraulichkeit. Den letzteren Zweifel dürfen wir nicht begründen, den ersteren schöpfen wir aus den neueren Vorgängen in Comitiis, wo Würtemberg mehrmalen, wenn es darauf ankam, eine entscheidende, hie oder da aber mißbeliebige Sprache zu führen, die Partie ergriffen hat, gar nicht zu stimmen. Es würde — das wissen wir von guter Hand — den Herrn Herzogen sehr schwer ankommen, gegen den Einmarsch der russischen Truppen votiren zu lassen, und dafür zu stimmen, würde ihm von seinem Lande ebensosehr verdacht werden, wiewol es nach der gegen uns geschehenen Aeußerung des hiesigen landschaftlichen Abgeordneten der geheime Wunsch des Herrn Herzogen sein solle, daß ersagte Truppen sich nähern möchten.

Wir können hingegen auch nicht bergen, daß uns der herzogliche Abgeordnete, Geh. Rath von Mandelsloh, versichert hat, er habe seinem Hof gutachtlich vorgeschlagen, in Comitiis darauf anzutragen, daß Kaiserl. Majestät ersucht werde, den befragten Truppeneinmarsch abzuwenden, auch hat er den Wunsch beigefügt, man möchte ihm die diesseitige Meinung anvertrauen, um in deren Einverständniß seine weitere consilia ertheilen zu können.

Wenn wir alles pro et contra erwägen, so dünkt uns der Rekurs an den würtembergischen Hof eine gewagte Sache, von dem wir uns wenig Vortheil versprechen und eher besorgen, auf ein oder die andere Art dadurch compromittiret zu werden.

Statt dessen würden wir nicht widerrathen, dem Geh. Rath von Mandelsloh von der Entschließung S^mi die vertrauliche Eröffnung zu thun und ihn zu vermögen, bei seinem Hof eine übereinstimmende Instruktion auszuwirken.

In der Hauptsache selbst müssen wir zu unserem unterthänigsten Bericht vom 6ten annoch nachtragen, daß der Hessen-darmstädtische Subdelegatus, der sich in der letzten Session unserem Voto pure angeschlossen hat, nicht daran zweifelt, sein Hof werde, wenn es in Comitiis zum Stimmen kommen sollte, im wesentlichen jenem Voto gemäß sich äußern, nämlich auf Ablehnung des Truppeneinmarsches antragen. Er wünscht aber angelegentlich dessen überhoben zu bleiben, und meint, der Kaiser, dem unmittelbar von dem französischen Gouvernement eine Erklärung abgefordert worden, worauf nothwendig eine Antwort erfolgen müsse, werde mit dieser seiner Erklärung dem Reichstag zuvorkommen und ihn der Deliberation überheben. Wir vermuthen das erstere ebenfalls, aber wir können nicht voraussehen, wie sie ausfallen und ob sie dem französischen Verlangen entsprechen werde. Indessen verdient doch dieser Umstand seine gewisse Rücksicht, um nämlich mit einer unangenehmen Erklärung weder vor der Zeit voran zu gehen, noch auch im voraus sie vermerken zu lassen, immer den möglichen Fall vorausgesetzt, daß es gar nicht zur Comitialberathschlagung komme. Ersagter Subdelegatus will vom hiesigen Directoriali vernommen haben, er seie noch zweifelhaft, ob er dem Kurfürsten von Mainz vorschlagen werde, seinen

Reichstags-Directorialem zur Beförderung und Beschleunigung der Proposition anzuweisen. . . . .

Auf den Fall aber, daß das Abstimmen unvermeidlich werde, gebietet uns Pflicht und Gewissen, unseren vorigen unterthänigsten Antrag zu wiederholen, aber auch in Ansehung einer solchen Instruktion könnte in obiger Rücksicht dem Comitiali aufgegeben werden, sie so lange wie möglich geheim zu halten.

In unserem eröfterten Bericht ist der Vorschlag berühret, dem französischen Gouvernement das reciprocum, daß es nämlich ebenfalls keine Truppen über die Waffenstillstandslinie führe, anzubedingen. Im Grunde liegt eine solche Versicherung in der französischen Note[1]. . . Sie ist auch sehr billig, und mehrere werden sie dahero als Bedingung aufstellen. Wir haben aber Bedenken getragen, sie in unseren Vorschlag aufzunehmen, jedoch in der Hoffnung, daß sie auch ohne diesseitiges Zuthun dürfte beliebt werden.

Der Herr Graf von Görtz hat hie und da vermerken lassen, es möchte nicht undienlich sein, eine höhere Macht um ihre Verwendung zur Abwendung der drohenden Gefahr zu bitten; desgleichen veranlaßte Implorationen sind schon mehrere ohne einigen Erfolg geschehen, und die dermalige Stimmung zwischen Preußen und Frankreich scheint nicht so geartet zu sein, daß man von einer solchen Intercession, wenn sie auch eintreten würde, woran jedoch das eigene Verhältniß Preußens gegen Rußland sehr zweifeln läßt, sich etwas Gedeihliches versprechen könnte.

---

217. Obervogt von Liebenstein an den Geh. Rath.

Emmendingen, 9. Jan. 1799.

[Intercessionsgesuch der vorderösterreichischen Landstände.]

Der Sekretär der vorderösterreichischen Landstände, Schnetzler, theilt im Auftrage derselben dem Freih. von Liebenstein mit, sie hätten den Grafen Lehrbach ersucht, sich in Rastadt dafür zu verwenden, daß auch ihre Lande in den Reichsfrieden miteingeschlossen würden; auch die badische Subdelegation möge ihr Gesuch befürworten; jedoch wünsche man sehr, daß dieser Schritt geheim gehalten werde, damit derselbe nicht etwa in Wien mißdeutet werden könne.

---

218. Karl Friedrich an den Comitialgesandten von Seckendorff.

Karlsruhe, 10. Jan. 1797.

[Der russische Truppeneinmarsch. Proposition zur Comitialberathung. Man wünscht die Ansicht der vorderen Reichsstände zu kennen.]

Seckendorff wird angewiesen, wofern nicht etwa bezüglich des russischen Truppeneinmarsches bereits ein kaiserliches Hof- oder Commissionsdekret eingelaufen, sich zu erkundigen, ob nicht von anderer Seite die Proposition des fraglichen Gegenstandes zur Comitialberathung nachgesucht worden, und gegebenen Falls sich dem Ansuchen anzuschließen. Die

[1] Vom 2. Jan. 1799. Protokoll, VI, 53.

Abstimmung selbst belangend wird er ersucht, baldigst zu berichten, „wie diese Angelegenheit besonders von Unsern bei einem Wiederausbruch des Kriegs gleich stark interessirten Reichsmitständen angesehen werde, ... weil Uns bei dieser gemeinsamen wichtigen Angelegenheit ein möglichstes Einverständniß derer abstimmenden Reichsstände, wenigstens der vorderen Reichsstände, erwünschlich scheinet".

---

219. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 17. Jan. 1799.

[Französische Note an Lehrbach. Forderung einer kategorischen Antwort wegen des russischen Truppendurchmarsches. Hoffnung auf preußische Intervention.]

Erörtert die Stellung, welche das Wiener Cabinet gegenüber dem Durchmarsche der Russen einnehmen wird.

Il n'est pas possible d'en préjuger le résultat, mais il est bien évident que la cour de Vienne ne peut pas éviter de s'expliquer catégoriquement, en faisant répondre à la note particulière que les ministres plénipotentiaires français ont remise au Cte de Lehrbach. Je suis enfin parvenu à m'en procurer un extrait littéral dont voici exactement les propres expressions:

«Les ministres français observent en même temps au Cte de Lehrbach que la Russie s'étant mise en état de guerre vis-à-vis de la République française, le passage des troupes russes à travers le territoire de S. M. le Roi d'Hongrie et de Bohème, l'Archiduc d'Autriche, pourqu'elles atteignent les troupes françaises, ne pourrait être regardé que comme une rupture des liens d'amitié qui unissent la maison d'Autriche à la République française et que le Directoire espère d'avoir là-dessus une réponse prompte et franche de S. M. Impériale et Royale.»

Le préambule qui précède cette espèce de provocation dit que les ministres plénipotentiaires etc. ont l'honneur de communiquer particulièrement à M^r^ le Cte de Lehrbach en sa qualité de ministre plénipotentiaire d'Hongrie et de Bohème la note qu'ils viennent de transmettre à la Députation de l'Empire germanique, ainsi qu'il suit; la dite note s'y trouve alors insérée littéralement et enfin l'article précité qui termine le tout[1]. Faudra voir maintenant ce qui en résultera. . . .

Vertraulichen Eröffnungen von zuverlässiger Seite zu Folge glaubt Edelsheim vermuthen zu dürfen, daß Preußen im Begriffe stehe, sich energisch zu Gunsten der Pacifikation und der Neutralität des Reiches im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Oesterreich zu erklären. Auch habe Roberjot sich ihm gegenüber geäußert, Preußen könne vielleicht noch eine sehr ruhmvolle Rolle spielen, wenn es bei der gegenwärtigen kritischen Lage seine guten Dienste anbiete, und ganz Europa den Frieden verschaffen.

---

[1] Vergl. Hüffer, II, 269, Anm., wo der Wortlaut der Instruktion Talleyrands zum Theil angeführt wird.



220. Karl Friedrich an den Comitialgesandten von Seckendorff.

Karlsruhe, 17. Jan. 1799.

[Die bevorstehende Reichstagsberathung. Zwiefache Bedenken. Im Collisionsfalle die Rücksicht auf die Kaiserhöfe unterzuordnen. Verzögerung der Protokolleröffnung. Eventualinstruktion.]

Durch die Beschlüsse des Reichstags vom 10. Jan. ist das Reskript vom 10. Jan. zum Theil erledigt[1]. Es ist nun aber „die weitere Frage eingetreten, ob die reichstägliche Berathschlagung in der Hauptsache auf die Einlangung einer kaiserlichen Requisition oder andere nähere Voraussetzungen auszusetzen seie, oder aber, ob nach eingelangten Instruktionen die Deliberation vorgenommen werden solle".

Die Bedenklichkeiten, die hierbei vorwalten, können der tiefen Einsicht des Herrn Gesandten nicht entgehen. Es wäre dahero überflüssig, sie hier näher zu entwickeln, und Wir beschränken Uns deswegen nur auf die gedoppelte Bemerkung, einmal daß Wir den dringendsten Wunsch hegen müssen, es möchten die Friedensunterhandlungen nicht unterbrochen, sondern vielmehr durch Beseitigung aller Anstände zum baldigsten Ausgang befördert werden. Und dann auf der anderen Seite, daß Wir ebenso angelegentlich wünschen, Wir und Unsere Reichsmitstände möchten der Unannehmlichkeit überhoben bleiben, gegen die beiden Kaiserhöfe anzustoßen, welches letztere unvermeidlich zu sein erscheinet, wann sie dasjenige durchzusetzen gemeint sein sollten, worauf die Drohung des französischen Gouvernements gerichtet ist.

Die letztere Betrachtung, so wichtig sie Uns immer ist und bleibt, würde jedoch der Rücksicht auf die Wolfahrt des gesammten Reiches, sowie Unseren Pflichten für die Erhaltung Unseres fürstlichen Hauses und Unserer Lande nachstehen müssen, wann der Fall von Collisionen wirklich eintreten sollte.

Wir hoffen aber immer noch, daß kaiserliche Majestät bei Allerhöchst Ihrer entschiedenen Friedensneigung und in Beherzigung der traurigen Lage, worin das Reich bei einem neuen Kriegsausbruch versetzt würde, diesem Unglück durch eine beruhigende Erklärung zuvorkommen und daß dadurch alle Verlegenheiten verschwinden, zum mindesten, daß die unfehlbar zu gewartenden künftigen Aufschlüsse nach des Herrn Gesandten eigenem Ermessen das Weitere sicherer und zuverlässiger bestimmen werden.

In dieser Hinsicht möchten Wir Unseres Orts, soviel die erste Frage in dem Direktorialvortrag betrifft, nicht gerne darauf antragen, daß das Protokoll zur förmlichen Deliberation geöffnet werde, so lange nämlich die Hoffnung bestehet, daß Solches ohne nachtheilige Folgen für das Reich umgangen werden könne. Sollte aber hiezu ein kaiserliches Commissionsdekret den Anlaß geben oder,

[1] Man hatte auf den kurmainzischen Direktorialvortrag beschlossen, zunächst nähere Instruktionen einzuholen und hiervon die Friedensdeputation zu benachrichtigen, mit dem Bemerken, „daß an die Reichsversammlung weder eine Anzeige, noch eine Requisition wegen eines russischen Truppenmarsches gekommen sei". Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, I, S. 106.



um auf den fünften Punkt der Direktorialproposition zu kommen, irgend ein solcher Umstand erscheinen, der einen Aufschub der reichstäglichen Deliberation und Entschließung nicht wol verstattet, so ersuchen und ermächtigen Wir den Herrn Gesandten, an der Berathschlagung auch in Unserem Namen theilzunehmen und in der Hauptsache nach dem angeschlossenen Aufsatz zu stimmen[1].

Wir übergeben solchen dem Herrn Gesandten, um nur in dem soeben unterstellten unvermeidlichen Fall davon Gebrauch zu machen, mit dem angelegentlichen Ersuchen, ihn bis dahin vor Jedermann ohne Unterschied sorgfältig geheim zu halten, indem Wir die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, einer unangenehmen Erklärung überhoben zu bleiben, sowie Wir Uns auch vorbehalten, ab- und zuzuthun, je nachdem es die ferneren näheren Aufschlüsse räthlich machen werden, zu welchem Ende Wir den Herrn Gesandten ebenso angelegentlich ersuchen, Uns allenfalls durch eine eigens abzufertigende Staffette von allem demjenigen schleunig zu benachrichtigen, was auf die Bestätigung oder Abänderung der vorstehenden Instruktion einen Einfluß haben mag.

---

221. Separatbericht Edelsheims an Karl Friedrich.

Rastadt, 24. Jan. 1799.

[Der badische Votumsentwurf ist bekannt geworden. Die Vota von Würtemberg, Baden und Darmstadt divergiren. Anhang zum badischen Votum mit Rücksicht auf Rußland.]

Wie Edelsheim aus einer vertraulichen Unterredung mit Albini erfährt, kennt derselbe bereits im wesentlichen den Inhalt des badischen Reichstagsvotums; eine weitere Geheimhaltung ist zwecklos geworden, Edelsheim wird den Entwurf nun auch den Gesandten v. Görtz, v. Mandelsloh, v. Gatzert und v. Rechberg mittheilen. Albini billigt den Entwurf vollkommen, meint aber, es werde schwer halten, die Vota von Würtemberg, Baden und Darmstadt, die „so weit von einander entfernt wie Feuer und Wasser", in dieser Materie zu vereinigen.

„Um allen widrigen Eindrücken bei dem kaiserl. russischen Hofe in Hinsicht jener reichstäglichen Erklärung vorzubeugen", empfiehlt Edelsheim, dem badischen Votum noch den Anhang beizufügen:

„Auch bei Ihro Majestät dem russischen Kaiser dürfe das deutsche Reich besonders in seiner gegenwärtigen mißlichen Lage ganz übereinstimmender Gesinnungen zur Beförderung des für die Erhaltung der noch übrigen Reichslande unumgänglich benöthigten Reichsfriedens sich um so gewisser überzeugt halten, als Allerhöchstdieselben jederzeit die lebhafteste Theilnahme an der Wolfahrt des deutschen Staatskörpers zu bezeugen geruhet hätten"[2].

---

[1] Der Kaiser, der das Reich wiederholt seiner Fürsorge für „Herstellung eines allgemeinen Reichsfriedens" versichert, wird angesichts des russischen Truppendurchmarsches, der das Rastadter Friedenswerk zu vernichten drohe, ersucht, „die angedrohte Gefahr durch Beseitigung ihres Anlasses reichsväterlich abzuwenden". Substantialia voti Badensis. — Vergl. Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, III, S. 85.

[2] In der Weisung an Seckendorff, d. d. 25. Jan. 1799, wird entsprechend auf fernere Sekretirung des Entwurfs verzichtet und der Anhang nach Edelsheims Vorschlag beigefügt.



222. Subdelegationsdiarium.

25. Jan. 1799.

[Reskript an Seckendorff. Bedenken über Bedenken. Görtz billigt das badische Votum.]

Heute bin ich, der Geh. Rath Meier, wiederum anhero zurückgekehrt, mit dem Originalreskript versehen, das Smus in Betreff des russischen Truppenmarsches pro ulteriori instructione an den Reichstagsgesandten sub hodierno haben ausfertigen lassen. Wir haben uns darüber sogleich mit dem hiesigen Directoriali besprochen, und er hat solches im wesentlichen damit vollkommen übereinstimmend gefunden, wornach der Reichstags-Directorialis bereits angewiesen worden. Er selbst hat den Vorschlag gethan, dem russischen Kaiser irgend ein Compliment zu machen, und er billiget dahero den Anhang zum diesseitigen Comitial-Voto in der vorgeschriebenen Maße, nämlich nur alsdann davon Gebrauch zu machen, wenn auch andere eine ähnliche Aeußerung thun werden[1].

Wir haben also das belobte Reskript mit der heutigen Post nach Regensburg abgehen lassen, jedoch mit dem Ersuchen an den H. Comitialgesandten, die Communikation mit dem dortigen Hessen-darmstädtischen Comitialgesandten noch so lange zu verschieben, bis wir vorerst mit dem hiesigen Hessen-darmstädtischen Subdelegato würden conferiret haben[2].

Dieser und verschiedene andere sind der Meinung, man solle in den Comitial-Votis sich sorgfältig hüten, aus ménagement gegen Rußland der russischen Truppen zu erwähnen. Wir können aber mit dem Directoriali nicht wol begreifen, wie die Reichsversammlung über einen Gegenstand deliberiren und ihn nicht benennen solle. Indessen besorgt der Directorialis, daß dergleichen allzuschüchterne und wässerige Vota in Menge fallen werden. Er besorgt noch mehr, nämlich daß im kurfürstlichen Collegio das mainzische Votum das einzige in seiner Art bleiben dürfte, und daß man im Fürstenrath alles Mögliche von Seiten des Directorialis anwenden werde, um die Deliberation in das weite zu spielen. ...

Auch dem H. Grafen von Görtz ist von dem Entwurf des badischen Voti die vertrauliche Eröffnung geschehen, und er glaubt, daß Smus in ihrer Lage nicht anders könnten stimmen lassen. Außerdem vermeint er, daß man wol schon bei dieser Gelegenheit den Kaiser imploriren könnte, sich dahin zu verwenden, daß dem Reich auf alle Fälle die Neutralität verschafft werde.

---

223. Seckendorff an Karl Friedrich.

Regensburg, 3. Febr. 1799.

[Lage der Dinge in Regensburg. Bedenkliche Stimmung im Reich. Die Erhaltung des Friedens jetzt gerade dringend nöthig. Kurmainz. Vorwurf gegen Steigentesch.]

Ew. rc. gnädigsten Erlasse vom 24. und 25. eben abgelaufenen Monats hatte ich den 30. darauf zu erbrechen die Ehre; so sehr ich auch gehofft habe,

---

[1] Reskript an Seckendorff, d. d. 25. Jan.

[2] Minister von Gatzert wünscht möglichst eine Erwähnung des russischen Truppeneinmarsches zu vermeiden; auch das „Compliment gegen den russischen Kaiser" behagt ihm

nun nach drei vollständig verflossenen Wochen über den die jüngste französische Note veranlaßten Gegenstand etwas entscheidendes unterthänigst einberichten zu können, so muß ich doch leider noch fortdauernd bemerken, daß hierinnen eben nicht zu eilen, mancherlei Interessen und Absichten sich zu verbinden scheinen. K. k. oder österreichischer-seits sucht man anhaltend sich in einer bedrohenden Stellung zu erhalten und solche zu seinen noch ununterbrochenen Negociationen, es sei mit Frankreich oder mit den Coalisirten, vortheilhaft zu benutzen. Ein noch unentschiedener Reichsfrieden vermehrt demnach ebenfalls die Vortheile der Combinationen, während der Zeitgewinn auch mancher neuen Vorbereitung Raum giebt. Wie darf man also erwarten, daß Oesterreich sich so frühe prononciren werde?! Auch Brandenburg hat wahrscheinlicherweise seine Gründe, warum es in dieser Sache nicht die erste Stimme zu erheben gedenket. Auf diesen höchsten Hof ist demohngeachtet die Aufmerksamkeit des hinter der Demarkationslinie liegenden Deutschlands gerichtet, während dessen geistliche Hälfte ganz in dem Geiste so vieler unglücklichen, aber darum nicht weiser gewordenen Ausgewanderten alles auf's Spiel setzt, um alles zu behalten, was ihr und andern doch so oft lästig geworden ist. Einige zwar sehr ansehliche, aber nicht überall unterstützt werdende höchste und hohe Reichsstände sind es demnach allein, welche bei der verschiedenen Deliberation schon jetzt vorbereitet erscheinen, aber werden diese allein in ihre Vornahme bringen wollen? Man muß befürchten, daß bei der Ungewißheit, ob man auf ihre Stimme hören und solche mit Nachdruck geltend zu machen suchen, oder was überhaupt noch die Vorsehung über Deutschland gebieten werde, nicht überall das Bedürfen laut erklärt werde; denn das im Fall eines Krieges auf mancherlei Weise bedrohte mittägige Deutschland kann, wie noch nicht verjährte Beispiele solches beweisen, darüber auch seiner Zeit mit rächendem Arm heimgesucht werden. Man klagt jetzt schon bitterlich da, wo die russischen Truppen stehen, über ihr Betragen; ihre Rohheit und Unsittlichkeit empört überall; wer wird sich ihrer Ankunft freuen können, wenn sie nur zerstören, nicht erhalten helfen? So vermindert sich aber auch die Furcht für französische Heere (sic!) merklich, und das Volk stimmt immer mehr zu einer freundlichen Aufnahme, worinnen es den Schutz gegen ein größeres Uebel zu finden hofft. Ebendarum wird man sich nun noch weniger über die in Schwaben, Baiern, Franken, ja sogar in Sachsen hin und wieder immer bedrohlicher werdenden inneren Bewegungen wundern dürfen. Sie sind die Folge eines so sehr verzögerten Friedens und werden durch die Besorgnisse eines in seinen Folgen noch greulicheren Kriegsausbruchs gemehrt und endlich zur Reife gebracht. Es muß einem jeden gut vaterländisch gesinnten Fürsten das Herz darüber bluten, wenn er alles dieses kommen sieht, ohne mit aller anwendbaren Klugheit dagegen arbeiten zu können; so sehr sind alle Umstände durch ihre unglückliche Combinirung

nicht, dasselbe könnte bei Frankreich, möglicherweise selbst beim römischen Kaiser, Anstoß erregen. Subdelegationsdiarium vom 27. Jan.



verdorben und unnütze geworden! Nur Kraftlosigkeit, — [1] kann durch Mangel an Vertrauen in diejenigen, welche den Krieg bisher geleitet haben, aus ihrem Schlafe nie geweckt werden, so lange dieses Verhältniß besteht; aber sollte es sich damit ändern, so darf man befürchten, daß Uebereinstimmung im Denken und Handeln die bisher gelähmten Kräfte sammeln und gegen jene bedeutend nützen werde. Um alles also, was unser Vaterland Theures für uns hat, um der guten Fürsten willen, die seine Hoffnungen stärken, wenn Unglück es beugt, um der Besserung willen, deren unsere Verfassung fähig ist, wenn man ruhig und mit ungestörtem Gemeinsinn durch einen meisterlich geleiteten Friedensabschluß hierzu vorbereitet, und zu gleichem Zweck nicht erst den Ausbruch aller Leidenschaften erwartet, um alles Unsegens willen, das (sic!) längeres Blutvergießen über das alsdann gewiß zum Kampfplatz ausersehene Deutsche Reich nothwendig bringen muß, ist Beharrlichkeit in den Gesinnungen des uns unentbehrlichen, jetzt nöthigen Friedens[2], und ich wünsche mir Glück, gerade solche Gesinnungen bei Eurer &c. bemerken zu dürfen, und solche, während ich Höchstdero Stimme hier substitutionsweise zu vertreten die Ehre habe, mit so gutem Willen das mir gnädigst Anbefohlene befolgen zu können. Aber bedauerlich ist es demohngeachtet, überall Hindernisse und Kleinmuth zu finden. Ich habe mit dem Reichs-Directorialis von Steigentesch mich gnädigst befohlenermaßen besprochen, aber es ist auf seiner Seite jetzt nicht wol möglich, ohne von seinem Hofe eigens hierzu aufgefordert zu werden, weiter vorzugehen, als es schon geschehen ist, so lange nicht mehrere Instruktionen eintreffen. Er hat gleich anfangs sich etwas verfehlt, daß er nicht bei der Prädeliberation am 9ten v. M. einen Tag bestimmte, an welchem er die Sache auf's neue zum Vortrag bringen und nach den allenfalls eingegangenen Instruktionen öffentlich sich erkundigen konnte. Die inzwischen vom 25. Jänner bis 11. Febr. eingetretenen Fastnachtsferien lassen dem Reichs-Directorio nun hiezu keine Gelegenheit offen, und er fürchtet bei ein oder der andern Behörde sich compromittirt zu sehen, wenn er extraordinaire[3] zu Rath ansagen ließe, um die Beschleunigung der Deliberation zu veranlassen. Man muß erwarten, ob dieser hier oder anderwärts erzeugte Aufschub der Sache selbst schaden werde, allenfalls aber hoffen, daß auf dem Congreß in Rastadt dem vorgebaut werde[4].

..... Abschrift von ungeübter Canzleihand.

---

[1] Das Subjekt fehlt. Etwa: „Kraft" zu ergänzen.

[2] sic! Zu lesen ist wol: des unentbehrlichen Friedens jetzt nöthig.

[3] sic! extraordinarie.

[4] Inzwischen hatte die französische Note vom 31. Jan. einen erneuten Anstoß zur Beschleunigung der Verhandlungen gegeben; in außerordentlicher Sitzung vom 8. Febr. wird die Protokolleröffnung auf den 18. Febr. festgesetzt. Reuß, J. 1799, 3, 46.

224. Staatsrath von Koch[1] an Edelsheim.

Petersburg, 25. Jan./5. Febr. 1799.

[Der russische Truppeneinmarsch. Ein russischer Wink bezüglich der Reichstagsberathung.]

Je dois avoir l'honneur d'entretenir aujourd'hui V. Exc. confidentiellement sur un objet de la plus haute importance. Il concerne la marche des troupes russes au sujet de laquelle les ministres français à Rastadt ont donné depuis peu des notes conçues dans le même style tranchant et comminatoire dont il existe déjà tant d'autres échantillons frappants dans les archives de la Députation. Rien ne prouve mieux, ce semble, que cette conduite constamment arrogante du Directoire français la nécessité indispensable d'y mettre enfin un frein efficace. . . .

C'est en conséquence que S. M. a envoyé à l'Empereur des Romains le corps auxiliaire qu'Elle lui devait en vertu du traité d'alliance subsistant entre les deux cours. . . . .

Vous sentez bien, Monsieur, qu'il serait fort disgracieux, si dans une époque de crise pareille les délibérations de la Diète de Ratisbonne eussent jamais l'air de contrarier le moins du monde des intentions aussi pures que directement tendantes à préserver l'Allemagne et tous les gouvernements bien constitués des maux que l'intolérante République française paraît vouloir tôt ou tard leur préparer à tous. Il est donc essentiel que les instructions qui seront adressées entr'autres au ministre comitial qui gère dans ce moment-ci le suffrage de la S^{me} maison de Bade soient telles à l'autoriser à la discussion des susdites notes françaises, d'employer tous ses efforts pour empêcher que la pluralité des voix ne puisse prendre une résolution quelconque capable de mettre des entraves à la marche des troupes impériales de Russie[2]. Je sais qu'une réquisition officielle parviendra à cet égard à Votre S^{me} cour par la voie de notre mission à Francfort[3]. . .

---

[1] Nach seiner Rehabilitirung und Ernennung zum Chef der deutschen Abtheilung des Auswärtigen Amts im Herbst 1798 hatte Koch auch die Funktionen eines badischen Geschäftsträgers wieder übernommen. Koch an Karl Friedrich. Petersburg, 28. Sept./9. Oct. 1798. Vergl. Polit. Corr., I, 238 Anm. 5.

[2] Schon Mitte Jan. hatte Thugut es als unerläßlich bezeichnet, daß Rußland bei Baden und Würtemberg seinen Einfluß in dem Sinne geltend mache (An Ludwig Cobenzl in Petersburg, d. d. 10. Januar; v. Vivenot, Rastadter Congreß, S. 269); vielleicht ist Kochs Schreiben durch seine, bezw. Cobenzls Vorstellungen veranlaßt worden.

[3] In den Karlsruher Akten findet sich nichts darüber; der Schritt ist wol unterblieben.



225. Subdelegationsdiarium.

14. Febr. 1799.

[Vorwürfe gegen Seckendorff. Der Fürst von Salm-Kyrburg.]

Bonnier beschwert sich über den badischen Comitialgesandten; derselbe hätte auf früherer Eröffnung des Protokolls bestehen, andernfalls trotz allen Widerspruchs sein Votum allein ablegen müssen. „Der Fürst von Salm-Kyrburg sei der einzige gewesen, der das Herz gehabt habe, gegen den Reichskrieg zu votiren, und diesem werde es Frankreich zu allen Zeiten gedenken."

---

226. Seckendorff an Karl Friedrich.

Regensburg, 15. Febr. 1799.

[Die Friedenspartei am Reichstag. Bedenken gegen den Zusatz im badischen Votum.]

.... Noch ist in der Stimmung auf dem Reichstage keine weitere Veränderung noch irgend ein Zuwachs für die für das Reich so wünschenswerthe Entfernung aller und jeder Friedenshinderniſſe vorgegangen. Für diese Meinung stehen mit Ew. Hf. D. fortwährend nur Würtemberg, Pfalz-Zweibrücken, Hessen-Darmstadt, Worms, die Grafen und vielleicht einige kleine Stände Schwabens, wie der auch am meisten exponirte Fürst von Fürstenberg. Ich stehe indessen noch immer an, den in Ew. Hf. D. verehrlichem Erlaß vom 25 v. M. mir vorgeschriebenen Beisatz in der diesseitigen Abstimmung anzuführen[1], da Ew. Hf. D. ohne Zweifel damit allein erscheinen würden, und verhoffe daher, Höchstdieselben werden mir dessen allenfallsige Hinweglassung nicht etwa ungnädig aufnehmen...

---

227. Seckendorff an Karl Friedrich.

Regensburg, 18. Febr. 1799.

[Fahnenbergs Bemühungen, die Protokolleröffnung zu vertagen. Seckendorff beharrt auf der Abstimmung. Ersucht um weitere Instruktion, falls die Protokolleröffnung vereitelt werde.]

... Noch gestern Abends, fast in demselben Augenblick als der russische Gesandte Baron v. Bühler aus Stuttgart hier eingetroffen war, ließe sich der erzherzogl. österreichische Direktorialgesandte v. Fahnenberg bei mir melden und eröffnete mir, daß er von seinem allerhöchsten Hofe beauftragt worden seie, mir und andern der vorbristen fürstl. Gesandtschaft zu eröffnen, daß jeder von selbst wahrnehmen würde, wie unangenehm K. K. Majestät die so schnelle Vornahme der in Frage stehenden Deliberationseröffnung sein müsse, inmaßen es dem allerhöchsten Hofe unmöglich — obschon höchst nothwendig — sei, mit Ihren hohen Alliirten hierüber die erforderliche Rücksprache zu pflegen; Sie wünschten daher, daß der Eröffnung des Protokolls annoch einiger Aufschub gegeben werde, und würden es

[1] S. oben Nr. 221.



dahero gerne sehen, wenn ich und andere Gesandten hierauf nicht besonders bringen[1], widrigenfalls aber solches für eine Geringschätzung und gleichsam für ein Hohnsprechen anerkennen müssen, wenn dieser Erinnerung ohngeachtet auf die alsbaldige Vornahme zu einer Zeit gedrungen werden wolle, wo nur noch sehr wenige Instruktionen zur Stimmenablegung vorhanden seien. Der Gesandte von Fahnenberg hatte indessen seinen Vortrag in so sanften Ausdrücken eingekleibet, als ihm, den erhaltenen, ohne Zweifel unangenehmen Auftrag zu versüßen, nur immer möglich gewesen.

Ich erwiderte hierauf: Es könne dem allerhöchsten Hof der Drang der Umstände und der Gefahren nicht unbekannt sein, welchen Ew. Hf. D. bei einem wieder von neuem ausbrechenden Kriegsfeuer ausgesetzt sich befinden würden; ebendaher aber auch Hochdenenselben nicht verdacht werden, wenn Ew. Hf. D. bei der ohnverlängerten Eröffnung der Deliberation sich vorzüglich theilnehmend bezeugten. Mir sei es nicht überlassen, nach Willkür hierinnen zu verfahren und einer gegen Ew. Hf. D. höchste Absicht laufenden Aufforderung so gerade- zu und eigenmächtig mich zu unterziehen. Sofern also das Reichsdirektorium die bereits beschlossene heutige Eröffnung des fürstl. Protokolls bewirken sollte, würde ich die diesseitige Stimme abzulegen ebenfalls nicht umhin können; wenn man aber die Eröffnung des fürstl. Protokolls, wie der österreichische Gesandte versichert hatte, durch Vereinigung bis kommenden Rathstag — Freitags den 22ten — verschiebe, so würde ich auf eine gegenseitige Meinung hauptsächlich darum ebenfalls nicht bestehen, weil ich wol überzeugt sei, daß es Ew. Hf. D. Absicht wenig entsprechen würde, wenn ich mich denen Absichten K. K. Majestät hierinnen entgegenstellen wollte, als wozu ich ebensowenig angewiesen seie, als es in meiner eigenen Empfindung liege.

Ich sprach indessen hierüber mit dem Kurmainzischen..... Der kur- mainzische Gesandte von Steigentesch äußerte, er müsse durchaus auf die Er- öffnung des Protokolls in allen 3 Reichscollegien bestehen; wolle es verhindert werden, so müsse er seine Direktorialrechte durch Protestation wahren, er sei hierzu ausdrücklich von seinem Kurfürsten angewiesen, überlasse aber einem jeden Gesandten, nicht mehr hierbei zu thun, als was er sich zu verantworten getraue[2]...

Je mißlicher nunmehr die Lage der Dinge wird, um desto nothwendiger ist es einem jeden Gesandten, von dessen zu vertreten habenden höchsten und hohen Fürsten ausdrücklich auf diesen oder jenen Fall angewiesen zu werden. So wird es mir also erforderlich genau zu wissen, was auf dem Fall, wenn

---

[1] Noch weiter ging Hügel, er forderte die Gesandten der Reichsstädte geradezu auf, am 18ten nicht zu erscheinen und dadurch die Protokolleröffnung zu vereiteln.

[2] Die Protokolleröffnung findet indeß am 18. Febr. nur im Kurcollege statt, wo die Friedenspartei die Majorität gewinnt. Hüffer, II, 272 ff.

die Eröffnung des Protokolls noch weiter hinaus verschoben[1] werden und durch eine russisch kaiserliche Erklärung am Reichstage vielleicht ganz und gar gehindert werden sollte, namens Ew. Hf. D. zu thun und zu handeln sei, wozu ich allenfalls durch etwas Ostensibles angewiesen zu werden gehorsamst bitten müßte. Was die Selbsterhaltung fordert, kann, wo man richtigen Grundsätzen nachgehet, niemals verargt werden, da keine der kriegführenden Mächte mit dem besten Willen im Stande sein dürfte, das Verlorene wieder gutzumachen und Ew. Hf. D. so wie andere, der Gefahr am meisten ausgesetzte Staaten zu quartiren. . . . . .

228. Seckendorff an Karl Friedrich.

Regensburg, 22. Febr. 1799.

[Einschüchterungsversuche der österreichischen Partei am Reichstage.]

Die Protokolleröffnung im Fürstenrathe soll heute erfolgen. Der kurtrierische Gesandte von Lynker ersucht Seckendorff, weder auf die Eröffnung zu dringen, noch zu votiren, „da solches bei dem russisch kaiserl. Hofe sehr übel aufgenommen würde". Seckendorff läßt sich nicht einschüchtern[2]. Alles habe seine Grenzen, „die nicht weiter sich erstrecken dürfen, als die Verfassung und die Besorgniß, daß die Comitialdeliberationen auf solche Art nach Willkür gelähmt und in Ewigkeit hingehalten werden, das Ziel steckt". Im vorliegenden Falle gelte es, „das Wol vieler einzelnen höchsten und hohen Stände und von Millionen von Individuen vorzüglich zu beherzigen".

229. Seckendorff an Karl Friedrich.

Regensburg, 22. Febr. 1799.

[Verzögerung der Protokolleröffnung. Protest und Klage darüber. Der russische Gesandte respektirt das badische Votum.]

P. S.

Hat die Eröffnung des fürstlichen Protokolles auf ausdrücklich wiederholtes Begehren von Worms, Baden, Würtemberg, Hessen-Darmstadt und der Grafencurie abermals nicht stattgehabt, und wurde von dem österreichischen Fürstenraths-Directorio aus nichtigen Vorwänden . . . vertagt, wogegen wir uns zwar verwahrten, aber doch nichts weiter bewirken konnten[3]. Ich stunde zwar im Begriff, meine in Bereitschaft gehabte Abstimmung ad acta imperii schriftlich überreichen und . . . das weitere abwarten zu wollen, allein der Kurmainzische hielte mich davon noch ab, indem er mich versicherte, er habe darüber selbst angefragt und

[1] Es verbleibt für den Fall bei der früheren Instruktion, nach der Seckendorff „die baldigste Vornahme der Deliberation" möglichst zu betreiben habe, jedoch mit allem Glimpf und „Vermeidung von Schritten, wo Wir allein in dieser difficilen Sache dastehen würden". Karl Friedrich an Seckendorff, d. d. Karlsruhe, 25. Febr.

[2] Vergl. die Aeußerungen Thuguts bei v. Vivenot, Rast. Congreß, 104, 108. — Die Verhandlungen in den 3 Collegien bei Reuß, a. a. O. J. 1799, 3, S. 50—169.

[3] Reuß, 1799, 3, S. 53.

hoffe, bis Montag hierüber das nähere zu erhalten, es seie auch vielleicht besser, daß man alle Grade erschöpfe. — Dieser Vorgang ist ein wahres Comitialungeheuer und kann schlimme Folgen haben, weil Stimmfreiheit der höchst und hohen Stände, ihre Selbstständigkeit und die Verfassung darunter in Gefahr kommen. . . .

Der russische Gesandte von Bühler, mit dem Seckendorff wiederholt spricht, scheint in Berücksichtigung der besonderen Lage, in der sich Baden und Würtemberg befinden, nicht weiter auf Abänderung beider Vota dringen zu wollen.

Abschrift.

---

230. Subdelegationsdiarium.

26. Febr. 1799.

[Unterredung mit Albini. Vorkehrungen für den Fall einer Ablehnung der französischen Wünsche durch den Reichstag. Association der Kreise.]

Edelsheim hat mit Albini die Lage der Dinge besprochen. Albini glaubt, Frankreich werde den Ausfall des Reichstagsconclusums abwarten, ehe es die Verhandlungen abbreche. Aber selbst wenn dasselbe den Wünschen der Franzosen nicht entspreche, werde man annehmen dürfen, daß sie die überstimmte Minorität, namentlich die Stände, die stets den Frieden ernstlich gewünscht und gegen den Einmarsch der Russen votirt, nicht mit Krieg überziehen werden. „Müßig werden aber diese Stände nicht bleiben dürfen, sondern jener unterstellten friedlichen Disposition des französischen Gouvernements sich zu versichern trachten müssen, und je mehrere sich zu einem hierauf abzweckenden, gemeinsamen Benehmen vereinigten, desto eher und sicherer lasse sich ein guter Erfolg erwarten. Es dürfte aber nun wol an der Zeit sein, vorläufig darauf zu denken, was eigentlich zu thun seie?"

Albini meint, wenn die Reichstagsberathung verzögert werde, würde die Deputation wol durch eine neue französische Note um Beschleunigung derselben ersucht werden, für den Fall zähle er auf die Majorität, da Baiern nun zweifellos beitreten werde[1].

Wenn aber ein widriges Reichsconclusum erscheine, so halte er es für die dringendste Nothwendigkeit, daß die anders sentirenden, besonders die vorliegenden Stände sich zusammenhalten und die Friedensnegociationen fortzusetzen trachten, zu welchem Ende eine Association der vordern Kreise ein constitutionelles und zugleich das wirksamste Mittel sein würde.

Bei der nun erfolgten pfalz-baierischen Regierungsveränderung zweifle er nicht an dem Zusammentritt des oberrheinischen, niederrheinischen und baierischen Kreises, auch kaum an dem Beitritt des schwäbischen, so wie auch, wenn Preußen dafür gewonnen werde, an der Accession des fränkischen Kreises, und dann bleibe außer dem österreichischen Kreis nichts mehr von Deutschland im Kriegs-

---

[1] Am 16. Febr. war Kurfürst Karl Theodor gestorben; sein Nachfolger, Herzog Max Josef von Pfalz-Zweibrücken, war der Schwiegersohn des badischen Erbprinzen. Ueber den politischen Einfluß des Regierungswechsels s. Häffer, II, 284. — Denkwürdigkeiten des baier. Staatsministers Grafen von Montgelas. S. 29 ff.

zustand übrig, indem die westfälisch- und sächsischen Kreise theils schon im Frieden, theils in der Neutralität begriffen seien[1].

Der casus in terminis seie præcise während des in der Folge abrumpirten Frankfurter Congresses im J. 1682 eingetreten, dem man nur nachgehen dürfe[2]. . . . .

231. Karl Friedrich an Seckendorff.

Karlsruhe, 28. Febr. 1799.

[Weisung zur Abstimmung. Verzicht auf den Anhang des Votums.]

Das kluge, standhafte Verhalten Seckendorffs in der Sitzung vom 22. Febr. wird belobt. Falls „bis zur Einlangung dieses" das Protokoll im Fürstenrathe wider Verhoffen noch nicht eröffnet sein sollte, ist der Markgraf damit einverstanden, daß der Gesandte sein Votum, jedoch mit Weglassung des auf Rußland bezüglichen Anhangs, ad acta imperii übergebe[3].

232. Seckendorff an Karl Friedrich.

Regensburg, 9. März 1799.

[Der englische Gesandte Paget in Regensburg. Empfiehlt dem Markgrafen, sich außer Landes zu begeben. Gegengründe Seckendorffs.]

Der englische Gesandte Sir Paget ist zu kurzem Aufenthalt in Regensburg eingetroffen, um gemeinsam mit dem russischen Staatsrath von Bühler und dem Freih. von Hügel die Reichsstände zu Gunsten des russischen Truppeneinmarsches zu bearbeiten.

Mich hatte Mr Paget auf eine sehr lange Zeit festgehalten und dahin hauptsächlich zu überreden gesucht, daß, da die Partikularfrieden nun keine Sicherheit mehr bei der fränkischen Republik gewähren, die hierbei interessirten Reichsfürsten nun doch ihre Lande verlassen und durch das Beispiel der Könige von Sicilien und Neapel sich belehren lassen würden. Ich konnte, wie ich wol gemerkt habe, mich weder über das eine, noch über das andere auf eine dem englischen Gesandten genugthuende Weise erklären: denn ohne einzusehen, was man dem geschlossenen Partikularfrieden Befriedigendes schon dermalen zu surrogiren im Stande sein möge, und überzeugt, daß jeder, wer er auch sei, gerade in der höchsten Zeit der Gefahr, auf seinem durch die Vorsehung und seine Würdigkeit ihm ver-

[1] Vergl. v. Vivenot, Rastadter Congreß, 113.

[2] Die Angabe ist irrig. Die Frankfurter Conferenz von 1681/82 hat sich weder mit Associationsprojekten befaßt, noch haben die Kreise sich an ihr betheiligt. Vergl. Fester, Die armirten Stände und die Reichskriegsverfassung. 1681—97. S. 40 ff.

[3] Die Protokolleröffnung im Fürstenrathe erfolgt am 1. März. Nach wiederholten Verschleppungen kommt am 12. April ein Beschluß zu Stande, durch welchen alles vertrauensvoll dem Kaiser überlassen wird. Baden bleibt in der Minorität. Ein gemeinsames Conclusum der drei Collegien ist überhaupt nicht erzielt worden. Die Einzelbeschlüsse s. Geh. Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen, V, Theil II, Anhang S. 113 ff.



liehenen Posten am sichersten sei, auch überzeugt, daß am Ende sein vorwurfsfreies Gewissen ihm dennoch selbsten mitten im Unglück noch Gewinn und Genugthuung gewähren werde, überdies die Nähe des Regierers ihn jederzeit viel leichter in den Stand zu setzen vermag, jedes geneigteren Umstandes sich auf der Stelle zu bemeistern, während in dessen Abwesenheit die Lage der Dinge mancher schnellen Veränderung unterliegt und dann nicht mehr so leicht verbessert werden könnte, — sagte ich ihm meine Gründe und hörte nichts anderes dagegen, als worauf ich schon längst vorbereitet sein konnte, was aber Alles unserem verlassenen Vaterland nicht helfen, sondern nur viel mehr dazu beitragen kann, im glücklichen oder im unglücklichen Fall dasjenige nach dem Gesetz der Nothwendigkeit gewaltsam herbeizuführen, was nach manchen vorhergegangenen Beispielen weder gehindert werden konnte noch wollte [1]. . .

[1] Am 10. März verläßt Seckendorff seinen Posten, um in besonderem Auftrage des Herzogs nach Berlin zu gehen; die Vertretung Badens am Reichstage wird dem würtembergischen Staatsminister v. Wöllwarth übertragen. (Vollmacht v. 11. März.)

9. Das Projekt einer schwäbischen Republik im Frühjahr 1799. Febr.—April 1799.

233. Trouvé an Talleyrand.

Stuttgart, 18 pluv. an VII (6. Febr. 1799).

[Einschüchterung der kleinen Reichsfürsten durch Umtriebe der Emigranten und Reichsritterschaft. Danicans Cassandra.]

Tandis que les lenteurs du Congrès de l'Empire et la mauvaise foi des cabinets lassent la patience du Directoire exécutif, les plus vils folliculaires écrivent aux gages de la noblesse immédiate pour effrayer les petits princes d'Allemagne et leur faire craindre de la part du Gouvernement français des tentatives révolutionnaires dans leurs états. Sans doute Vous avez eu connaissance d'un libelle de ce genre, publié il y a 5 ou 6 mois et dont l'auteur est ce Danican, ex-général, l'un des plus furieux provocateurs des mouvements réactionnaires de Paris en vendémiaire de l'an 4[1]. Ce libelle est intitulé «Cassandra».

... Il tend à faire croire qu'il existe un corps de Jacobins allemands qui cherche à renverser tous les trônes; le pays de Wurtemberg est représenté comme le foyer d'une conspiration qui a pour but la dissolution générale des états de l'Empire. On cite en preuve une histoire d'un plan projeté par le général Augereau et on désigne comme instruments de cette faction les nommés Hoffmann, Isar, Kern, Kastner, Fournier, Schwan, Maier et List.

Mit Beihilfe einiger Mitglieder der Ritterschaft habe Danican eine Uebersetzung der Flugschrift in's Deutsche veranstaltet, die zu Karlsruhe oder Heilbronn erschienen.

Paris. Archiv. Fonds de Wurtemberg.

234. Präsident v. Kleiser[2] an Edelsheim.

Donaueschingen, 8. Febr. (1799).

[Absichten der Schweiz auf Schwaben.]

... Das helvetische Geheimniß ist Ihnen wol schon lange bekannt. Diese fruchtarme Republik, welche nun auch bald geldarm werden muß, wünschte sehr

[1] S. oben S. 134 ff.

[2] Josef Kleiser v. Kleisheim, fürstenbergischer Regierungspräsident. Huhn, Lexikon von Baden, S. 1222.

einige fruchtreiche Departements von Schwaben einverleibt zu haben, allenfalls bis an die Donau und Kinzig, um die neuen größeren Administrationskosten eher bestreiten zu können. Die helvetischen Négociateurs in Paris sollen den Wunsch einiger Mißvergnügter in Schwaben als einen nationalen Wunsch von Schwaben geltend zu machen suchen[1].

Gegen diese helvetische Negociation werden hoffentlich die mächtigen Fürsten Schwabens, welche in guten Verhältnissen mit Frankreich stehen, die thunlichen Gegennegociationen anzubringen suchen.

---

235. Herzog Friedrich von Würtemberg an Karl Friedrich.

Stuttgart, 10. Febr. 1799.

[Revolutionäre Umtriebe. Nothwendigkeit gemeinsamen Zusammengehens. Wunsch nach Nachrichten über eine Versammlung der Umsturzpartei in Rheinfelden.]

Monsieur!

Le moment critique dans lequel se trouvent tous les souverains de l'Allemagne en général, mais particulièrement V. A. S. et moi, par la position de nos états respectifs, semble réunir plus particulièrement nos intérêts communs, celui de notre conservation. Depuis plusieurs mois V. A. S. aura sûrement reçu tout autant d'avertissements que moi sur les projets de révolutionner la majeure partie de l'Empire, depuis peu ces bruits souvent vagues, presque toujours dépourvus des détails qui seuls peuvent leur donner quelque valeur, se renouvellent très fréquemment, on parle plus que jamais d'émissaires secrets, d'assemblées ou clubs révolutionnaires, de pétitions déjà présentées par eux à un gouvernement voisin et, ce que j'aime à ne pas croire, accueillies par lui. Parmi une foule d'avertissements pareils il s'en trouve un sur la valeur duquel V. A. S. est seule à même de m'éclairer, et rempli de confiance dans Ses sentiments et dans l'intérêt, qui nous unit comme voisins à tant de titres, j'ose l'attendre d'Elle avec certitude; une voie non suspecte m'assure qu'il s'est tenu depuis peu à Rheinfelden une assemblée pareille composée en partie de Ses sujets, du moins d'Alsaciens, de Suisse[s] et d'habitants de l'évêché de Spire; que V. A. S. a été à même de s'assurer de ceux qui Lui appartiennent et que par ce moyen il sera possible de connaître les autres; dans ce cas je La prie très instamment de vouloir bien me communiquer les découvertes qu'Elle aurait faites et surtout les noms de ceux de ce pays-ci qui y ont part. Ma demande est trop juste, pour que je ne puisse avec assurance me flatter que V. A. S. voudra bien y avoir égard. . .

Eigenhändig.

---

[1] Vergl. oben Nr. 213.



236. Karl Friedrich an Herzog Friedrich von Würtemberg.

Karlsruhe, 11. Febr. 1799.

[Die revolutionäre Versammlung in Rheinhausen. Untersuchung gegen die angeblichen Theilnehmer aus Karlsruhe. Weitere Namen unbekannt.]

Die Gerüchte über revolutionäre Versammlungen entbehren allerdings gar häufig jeder Begründung.

L'assemblée qui à ce qu'on assure s'est tenue le 19 du mois passé à Rheinhausen vis-à-vis de Spire (non à Rheinfelden, comme on a dit à V. A. S.) est encore pour moi dans le même cas. Deux personnes d'ici avaient été nommées par la voie publique comme y ayant assisté; l'une, un aubergiste d'ici, m'a demandé de faire vérifier la chose, parce qu'il prétend n'être pas sorti de la ville dès six semaines, de quoi la police d'ici s'occupe actuellement[1], et on m'assure que l'autre a été malade à l'époque de cette assemblée.

Quant aux autres personnes qui peuvent y avoir assisté, on n'en a nommé aucun, excepté un certain Hoffmann de Mayence, de sorte que je me trouve hors d'état d'apprendre (sic!) à V. A. S. les noms de personnes de Ses états qui y ont été.

Verspricht, falls er näheres erfahre, den Herzog in Kenntniß zu setzen, «étant intimement persuadé qu'il n'y a qu'une confiance réciproque et une harmonie parfaite entre les princes de l'Empire, et encore plus particulièrement entre des voisins comme V. A. S. et moi, qui puisse contribuer au maintien de notre existence. . . .

Eigenh. Concept.

237. Die französische Congreßgesandtschaft an die badische Subdelegation.

Rastadt, 24 pluv. an 7 (12. Febr. 1799).

[Verbreitung von Schriften zur Aufwiegelung der französischen Truppen. Beschwerde. Einschreiten der badischen Regierung.]

Anzeige, daß die Feinde des französischen Namens, «les ennemis du nom français», mehrere Ballen mit aufrührerischen Schriften in die Markgrafschaft eingeschmuggelt haben behufs Vertheilung unter die französischen Soldaten.

Einer dieser Ballen ist von unbekannter Seite aus Würzburg an einen Rastadter Privatmann gelangt, der ihn bei der Gesandtschaft deponirt hat. Uebersendung eines Exemplars der inliegenden Broschüre[2] mit der Bitte, auf polizeilichem Wege zu ermitteln, wer derlei Schriften im Lande empfange und colportire, sowie den Verkehr mit dem linken Rheinufer strengstens zu überwachen[3].

Abschrift.

---

[1] Der mit der Untersuchung beauftragte Hofrath v. Marschall constatirt, daß die Nachrichten über jene angebliche Versammlung im Adler zu Rheinhausen auf müßiger Erfindung beruhen (3. März).

[2] Dieselbe trägt den Titel: Lettres pour servir à l'histoire de la révolution française. — De l'imprimerie des Requins, l'an I de l'espérance. Nach Vermerk des Polizeiprotokolls enthält sie „heftige Ausfälle und Schimpfworte gegen das französische Direktorium", preist „am Ende einen ungenannten agent de Louis XVIII an" und verspricht „dessen Anhängern militärische Beförderungen". Die Schrift selbst blieb mir unzugänglich.

[3] Seitens der Polizeicommission ergeht am 13. Febr. in der Folge ein scharfes Verbot gegen jede Verbreitung derartiger Schriften, „die aufrührerische Bewegungen . . . . bezielen". Rastadter wöchentliche Nachrichten, J. 1799, Nr. 13.

238. Der k. k. Legationssekretär v. Schwind an Thugut.

Stuttgart, 15. Febr. 1799.

[Französische Truppenansammlung am Rhein. Congreß der Revolutionäre zu Rheinhausen.]

Beängstigende Gerüchte. Truppenansammlung zu Straßburg; man warte nur auf den 14. Febr. zum Vormarsch. Zu Rheinhausen bei Speier, heißt es, soll ein „Congreß von schweizerischen, würtembergischen und andern schwäbischen, besonders reichsständischen sog. Deputirten unter französischem Vorsitze zur Republikanisirung des südlichen Deutschlands existiren“.

Wien. St. A.

---

239. Sp[ohn][1] an Gmelin[2] (zu Lörrach).

[Basel,] 5. März 1799.

[Der Mainzer Clubbist Maier. Badisches republikanisches Siegel. Druck der Constitution für Deutschland.]

Ob revolutionirt wird oder nicht, wissen nur diejenigen, so im Geheimniß sind. Gewiß aber ist, daß durch den Mainzer Clubbisten Maier ein Insiegel durch den hiesigen Petschierstecher Huber verfertigt und gestern Mittag abgeholt worden, wovon ich den Abdruck gesehen mit der Umschrift: souveraines badisches Volk, in der Mitte eine Säule und Basis, oben mit der Freiheitskappe, und daß der gleiche Maier am Samstag mit einigen Markgräflern sich hier unterredet.

Flick druckt die Constitution für Deutschland, 6 Bogen stark, zwei sind bereits davon abgedruckt, bis Freitag oder Samstag soll sie fertig werden. Man habe mit Ferino[3] darüber gesprochen, er habe gesagt, daß er keine Ordre dazu habe. Wenn das Volk aber eine andre Constitution annähme, so würde er es dabei beschützen.

Abschrift.

---

240. Amtmann Roth[4] an Gayling (?).

[Lörrach,] 6. März 1799.

[Mittheilungen Spohns. Der Mainzer Clubbist Maier. Frankreich begünstigt die Umtriebe.]

Heute frühe erhalte ich anliegendes merkwürdiges Billet durch H. Gmelin von hier. Der Verfasser ist der dem H. Geh. Rath Reinhard bekannte rechtschaffene Sp[ohn]. Der Mainzer Clubbist Maier ist der nämliche, welcher schon vor'm Jahr an dem Revolutionsplan gearbeitet hat. Sie sehen, man rückt dem

[1] Unterzeichnet: Sp—. Spohn, wie der Name in andern Berichten wiedergegeben wird.

[2] Welches Mitglied des oberbadischen Zweiges der Familie hier gemeint ist, läßt sich nicht mit Sicherheit ermitteln.

[3] General Ferino, der den rechten Flügel der Donauarmee befehligte, stand zur Zeit in der Gegend.

[4] Unterzeichnet R.— Benj. Heinr. Roth, früher Kammerconsulent, seit kurzem Amtmann und dritter Oberbeamter der Herrschaft Sausenberg und Rötteln.

Standpunkt immer näher. Ich kann nicht glauben, daß bloß Bauern mit Theil daran haben sollen..... Wie können wir uns mit unsern paar Hatschiers gegen solche Frevler wehren, die vom französischen Militär favorisirt werden?....

Die Anwesenheit des Landvogts von Drais erscheine dringend nothwendig, man wisse bald nicht mehr, wem man sich anvertrauen dürfe.

241. Amtmann Roth an Geh. Rath Reinhard.

[Lörrach,] 7. März 1799.

[Revolutionirungsplan. Umtriebe der literarischen Gesellschaft in Basel und deren Wirkung.]

Die Nachrichten vom 6. März werden durch Erkundigungen, die man in Basel bei Dr. Stückelberger eingezogen, bestätigt. Ein großer Plan zur Revolutionirung eines Theiles von Deutschland liege bestimmt vor, man warte nur bessere Zeiten zur Ausführung ab und bereite Alles dazu vor; zu dem Zwecke verbreite man die gedruckte Constitution und wühle durch Agenten.

....Die neue literarische Gesellschaft zu Basel, die, wie ich Ihnen schon gemeldet habe, nichts mehr und nichts weniger als ein Propagandistenclub ist, scheint auf unsere aufgeklärten Leute am gefährlichsten zu wirken. Und dabei verschlägt's lediglich nichts, wenn die französischen Truppen sich noch so ungebührlich aufführen. Ich habe durch die Erfahrung das als sehr wahr und richtig erfunden, was mir schon vor zwei Jahren ein französischer Officier gesagt hat: On haït nos soldats à cause de leur mauvaise conduite, mais on aime pourtant nos principes....

242. Amtmann Roth an Gayling (?).

[Lörrach,] 9. März 1799.

[Absatz der deutschen Constitution. Cocardenvertheilung. Gährung auf dem Lande. Ohnmacht.]

....Die sog. deutsche Constitution ist nunmehr in Basel gedruckt und geht vor die hiesige Gegend reißend hinweg. Ich lege hier ein Exemplar davon an[1]. Ebenso vertheilt man auch s. g. deutsche Nationalcocarden in Basel häufig unter unsere Leute. Von Geistlichen erhalten wir, was noch nie geschehen ist, vertrauliche Anzeigen und Berichte von bedenklichen Bewegungen ihrer Untergebenen.... Will das französische Gouvernement Schwaben revolutioniren, so können wir's keinen Augenblick hindern. Aber höchst traurig wäre es, wenn eine solche Operation bloß vom Landvolk geschähe.... Mit den Salzvorräthen belauft sich der Werth der herrschaftlichen Naturalienvorräthe in hiesigem Ober-Amt auf mehr als 150000 fl. Bei einem Volksauflauf geht dies alles in etlichen Stunden zu Grunde....

[1] Fehlt. Wie weitere Nachrichten ergeben, identisch mit der von Häusser, II, 281 citirten Verfassungsurkunde. Der volle Titel lautet: „Entwurf einer republikanischen Verfassungsurkunde, wie sie in Deutschland taugen möchte. Im 7ten Jahre der Mutterrepublik." — Kleinschmidt, Karl Friedrich, S. 137, verlegt sie irrthümlich in's Frühjahr 1798.



243. Subdelegationsdiarium.

9. März 1799.

[Sorge vor revolutionären Umtrieben im Oberlande. Rosenstiel leugnet Begünstigung derselben durch Frankreich.]

Die Nachrichten von Revolutionsbewegungen von der Schweiz aus werden immer bedeutender und beunruhigender.

Wir haben von vorgedachten beunruhigenden Nachrichten aus den Oberlanden dem Secrétaire général Rosenstiel die unumwundene Eröffnung gethan. Wir haben seine schriftliche und mündliche Antwort. Er dolirt darüber im höchsten Unwillen, betheuert bei allem, was heilig ist, daß an diesen Schurkereien, wie er sich ausdrückt, das französische Gouvernement keinen Antheil habe, und daß die hiesige Gesandtschaft sie ernstlich verabscheue. Er beschwört uns ruhig zu sein, hält aber für gut, daß wir von jenen Machinationen dem Herrn von Reitzenstein, um das Gouvernement davon zu informiren, und auch der hiesigen Gesandtschaft Nachricht ertheilen, welches geschehen wird. . . .

244. Amtmann Roth an Gayling (?).

[Lörrach,] 11. März 1799.

[Verbreitung der deutschen Constitution in Würtemberg. Unterzeichnung der Revolutionsakte durch Markgräfler.]

. . . . Von der s. g. deutschen Constitution werden ganze Ballen auf Güterwägen von Basel in's Würtembergische geschickt, wie der brave Sp[ohn] als Augenzeuge versichert. Der nämliche sagt auch, daß gegen 200 Markgräfler die Revolutionsurkunde in Basel unterzeichnet hätten. Indessen hat doch der bekannte Thurneisen von Basel, einer der heftigsten Demokraten, die sehr wahrscheinliche Bemerkung gemacht, daß den Revolutionslustigen von höhern Orten her der Wink gegeben worden seie, nicht zu voreilig und hitzig darauf los zu gehen, sondern vorerst den Ausgang der Kriegsoperation abzuwarten[1]. . . .

245. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 12. März 1799.

[Vorkehrungen der Regierung gegen die Unruhen. Beschwerde beim helvetischen Direktorium.]

In Folge der sorglichen Nachrichten aus dem Oberlande wird in zwei Sitzungen am 9. und 12. März — der letztern wohnen auch Edelsheim und Meier bei —, über die erforderlichen Gegenmaßregeln berathen. Es ergeht an die betreffenden Oberämter des Oberlandes die gemessene Weisung, alle Verdächtigen scharf zu überwachen und jeden, der durch Wort oder That wirklich Strafbares sich zu Schulden kommen lasse, sofort zu verhaften und zur Untersuchung nach Pforzheim zu schicken. Sie werden des weitern beauftragt,

[1] Ihren Hauptsitz hat, wie v. Drais berichtet, die Propaganda in Auggen, Efringen und der Kaltenherberge, wo revolutionäre Schriften jeder Art im Umlaufe sind. Verdächtig erscheinen vor allem der Altvogt Sutter in Auggen, sowie ein gewisser Muser in Müllheim.

eine „Association der gutgesinnten Unterthanen" unverzüglich einzuleiten und zu organisiren, um sich ihrer im Nothfalle gegen die Revolutionäre zu bedienen. Die Entsendung eines Militärcommandos hält man dagegen zur Zeit nicht für räthlich[1]. Amtmann Roth wird mit Erhebungen in Basel über die badischen Unterthanen, die sich dort Cocarden verschafft, betraut. Geh. Rath von Edelsheim übernimmt es, mit dem würtembergischen Partikulargesandten v. Mandelsloh zu sprechen und ihm anheimzugeben, ob man nicht auch würtembergischerseits sich wegen der „Aufwiegelung der schwäbischen Kreisunterthanen" in Luzern beschweren wolle.

246. Amtmann Meier an Gayling.

Lörrach, 12. März 1799.

[Bestätigung der Nachrichten über revolutionäre Pläne. Frankreich begünstigt dieselben. Verlegung badischer Truppen in's Oberland nothwendig.]

Meier berichtet über einen Besuch in Basel bei dem „bewußten Freunde".

.... Er sagte, daß troz der in öffentlichen Proklamationen und Schriften enthaltenen Versicherungen der Plan zu einer Revolution in Deutschland wirklich gemacht sei und ausgeführt werde, sobald Frankreich durch Waffenglück gegen die Coalition begünstigt werde. Daß solche mithin auch im Badischen um so unvermeidlicher sei, als viele reiche dessfallsige Bauern solches durchaus verlangten. ....

Frankreich werde sich anfänglich seinem Versprechen gemäß nicht einmischen, ein Commando Franzosen aber, welches angeblich zur Deckung des Basler Magazins dahin verlegt werde, würde „gerade das Gegentheil von dem thun, was man dabei beabsichtige". Er rathe daher, dem Markgrafen schleunigst über alle Vorfälle Bericht zu erstatten und anheim zu stellen, ob es nicht räthlich sei, einige Compagnieen fürstlicher Haustruppen in's Oberland zu schicken und der französischen Congreßgesandtschaft die geeigneten Vorstellungen zu machen.

247. Der helvetische Gesandte Zeltner an den helvetischen Minister des Auswärtigen, Bégoz.

Paris, 23 vent. an 7 (13. März 1799).

[Würtemberg beschwert sich über die Revolutionirungspläne. Die französische Regierung desavouirt dieselben.]

.... Des bruits s'étant répandus dans le duché de Wurtemberg que la Souabe devait être révolutionnée et remise à la Suisse[2], Mr Abel, ministre de ce prince, s'est plaint par une note au citoyen Talleyrand dont il doit avoir reçu une réponse satisfaisante, c'est à dire que les bruits en question étaient sans fondément. . . .

Bern. St. A.

[1] Sie unterbleibt in Folge der Bedenken, die von verschiedenen Beamten dagegen geäußert werden, auch in der Folge. Auch jene Association, gegen die sich gleichfalls vielfach Widerspruch erhebt, scheint nicht eigentlich in's Leben getreten zu sein; wenigstens liegen keine Berichte darüber vor.

[2] Derlei Gerüchte waren vor allem in Stuttgart durch den französischen Agenten Thérémin in Umlauf gesetzt worden und hatten Anlaß zu der Beschwerde Abels gegeben. Vgl. den Bericht Sandoz Rollins vom 14. März 1799. Berlin. St. A.

248. Note der badischen Subdelegation an die französische Congreßgesandtschaft.

Rastadt, 13. März 1799.

[Anzeige der revolutionären Umtriebe im Oberland. Man ersucht um Einschreiten der französischen Regierung und entsprechende Weisung an das helvetische Direktorium.]

Citoyens Ministres Plénipotentiaires!

Pénétré de la plus vive reconnaissance pour les témoignages réitérés de la bienveillance de la République française dont le S^me Margrave a souvent eu particulièrement l'obligation à Vos soins et à l'efficacité de Vos bons offices, S. A. S. a chargé les soussignés, son ministre d'état des affaires étrangères B^on d'Edelsheim et son conseiller privé actuel Meier, de quelques circonstances qui ne peuvent manquer d'affecter actuellement sa sollicitude, parcequ'elles sont confirmées par plusieurs rapports de ses grand-baillages dans — ce qu'on appelle — le Haut-Margraviat de Bade.

Savoir:

1) que l'imprimeur Flick à Bâle imprime et vend publiquement le plan d'une nouvelle constitution pour l'Allemagne ou pour une République teutonique;

2) que le graveur Huber, de la même ville, vient de fabriquer pour un certain Müller — nommé quelquefois Mayer — fameux depuis longtemps comme perturbateur du repos public[1], un sceau dont on a déjà vu l'empreinte, représentant une colonne, ornée de faisceaux et d'un bonnet de liberté avec la devise: «Peuple souverain de Bade»;

3) que ce même Müller — ou Mayer — entretient des conventicules assez fréquents à Bâle avec quelques habitants de sa trempe du susdit Margraviat;

4) qu'on débite en quantité et publiquement à Bâle des cocardes — soi-disantes — pour la prochaine République souabe.

Ces faits qui paraissent tendre évidemment à fomenter des insurrections contraires aux intentions de la République française mériteront sans doute une attention d'autant plus sévère de la part du Directoire exécutif, qu'ils se trouvent déjà condamnés d'avance par les dispositions précises de son arrêté du 8 pluviôse an 6 de la République[2].

Plein de confiance dans la constance des principes qui ont été manifestés alors, le Margrave ose espérer que dans sa profonde sagesse le Directoire exécutif prendra également maintenant les mesures les plus efficaces, pour détruire de pareilles tentatives insurrectionnelles et qu'en renouvelant les ordres qu'il jugera nécessaires à cet égard aux généraux des armées de la République, ainsi qu'aux commissaires et employés à

---

[1] Ob identisch mit dem oben Nr. 240 genannten Agitator?

[2] Oben Seite 89 ff.

leur suite, il daignera aussi inviter le gouvernement de la République helvétique non seulement à désapprouver publiquement les entraves qu'on chercherait à apporter de ce côté-là à la tranquillité intérieure des états du S^me Margrave, mais bien plus à les empêcher efficacement.

En recommandant instamment cet objet aux soins et à l'intérêt particulier des citoyens ministres plénipotentiaires, les soussignés ont l'honneur de leur renouveler à cette occasion l'hommage de leur haute considération.

Abschrift.

---

249. Note der badischen Subdelegation an die französische Congreßgesandtschaft[1].

Rastadt, 13. März 1799.

Der Eingang bis — sa sollicitude entspricht dem Wortlaut der ersten Note.

Des hommes turbulents qui séjournent dans les pays limitrophes du Haut-Margraviat bordé d'un côté par une partie de l'Helvétie et de l'autre par le département du Haut-Rhin, se donnent tous les mouvements pour y troubler l'ordre public et y exciter des fermentations révolutionnaires. Tous les rapports des grand-baillifs sont remplis de ces tentatives, ils apprennent qu'on y colporte un imprimé, présentant le plan d'une nouvelle constitution pour l'Allemagne, que l'on nomme République teutonique; qu'on a vu l'empreinte d'un sceau, représentant une colonne, ornée de faisceaux et d'un bonnet de liberté, ayant pour inscription: Peuple souverain de Bade, et que l'on a montré des cocardes destinées aux républicains de la Souabe.

Ces pratiques ne peuvent qu'éveiller l'attention sérieuse du S^me Margrave, elles prennent évidemment le caractère à fomenter des insurrections que le Directoire exécutif a réprouvées solemnellement dans son arrêté du 8 pluviôse de l'an 6 de la République française qui ordonne expressément d'en poursuivre les auteurs.

Plein de confiance (etc. wie oben) . . . le Margrave espère que le Directoire exécutif voudra bien prendre en considération l'exposé ci-dessus et aviser dans sa sagesse aux mesures répressives les plus efficaces de ces tentatives insurrectionnelles qui se pratiquent sur les confins du Haut-Margraviat en les faisant connaître aux autorités civiles et militaires des départements du Rhin. Il ose encore prier le Directoire exécutif d'interposer ses bons offices auprès du Directoire helvétique pourqu'il veuille aussi de son côté prendre les mesures convenables pour empêcher que la tranquillité des états du Margrave soit troublée par des gens qui demeurent ou qui s'arrêtent sur le territoire helvétique limitrophe du Haut-Margraviat. En recommandant avec instance cet objet etc. (Schluß wie oben).

Abschrift.

---

[1] Die zweite, nach Rosenstiels Entwurf abgeänderte Note; rückdatirt. S. Nr. 251.

250. Subdelegationsdiarium.

14. März 1799.

[Die revolutionäre Propaganda. Rathschläge Rosenstiels. Misverständniß. Beruhigung über die Absichten der französischen Regierung.]

Noch gestern Abend haben wir der französischen Gesandtschaft wegen besorglicher Insurrektionen die Note (Beilage 25)[1] übergeben, und der Secrétaire général Rosenstiel kam noch in der späten Nacht zu uns, um sich weiter darüber zu besprechen. In der irrigen Unterstellung daß man auch in der hiesigen Gegend dergleichen motus vermerke, und daß Franzosen die Anstifter oder Theilnehmer sein möchten, that er den Vorschlag, man solle die Polizei hier, zu Karlsruhe rc. anweisen, auf alle sich einfindenden Franzosen oder die sich dafür ausgeben, das wachsamste Aug zu halten, sie täglich zu consigniren und von Tag zu Tag das Verzeichniß derjenigen, deren Thun und Lassen im mindesten verdächtig scheine, der französischen Gesandtschaft einzureichen, die alsdann mit aller Strenge nach Maßgabe des arrêté vom 27. Jenner 1798 gegen sie verfahren werde.

Er versicherte uns, hierüber mit den 3 französischen Ministres sich unterredet zu haben, und sie hätten einstimmig erklärt, daß sie von einer revolutionären Absicht ihres Gouvernement nicht nur schlechterdings nichts wüßten, sondern vielmehr vom Gegentheil sich fest überzeugt hielten.

Und wenn sie auch das Gegentheil sich als möglich gedenken wollten, so hielten sie es doch für unmöglich, daß man sich dem Schimpf aussetzen würde, gegen einen Fürsten etwas Nachtheiliges zu thun oder zu begünstigen, der ihre ganze Verehrung verdiene, in dessen Landen sie so viele Wohlthaten genossen hätten und dem die heiligsten Verträge zur Seite stünden. Die Bewegung sei eine Intrigue schlechter Leute, und wenn französische Bürger daran Antheil nähmen, so fielen sie unter die vorhin angezogene Verordnung, welche sie verdamme. Der Ministre Bonnier habe hinzugefügt, er würde sich eher selbst persönlich zwischen den Fürsten stellen, um zu verhindern, daß ihm kein Leid widerfahre.

Wir notiren getreu, was man uns gesagt hat, und können zwar die Herzen nicht prüfen, sind aber überzeugt, daß der Sprecher uns nur die Wahrheit habe sagen wollen; dafür bürgt uns seine allgemein anerkannte Redlichkeit. . . .

---

251. Subdelegationsdiarium.

15. März 1799.

[Abänderung der Note vom 13. März durch Rosenstiel. Gründe.]

. . . . Späterhin machte uns der Secrétaire Rosenstiel die vertrauliche und freundschaftliche Ausrichtung, der Ministre Bonnier nehme keinen Anstand, ersagte Note an das Gouvernement einzusenden, er habe aber dabei das Bedenken, daß sie ohne Wirkung bleiben dürfte, weil darinnen keine französischen Bürger inculpirt würden, sondern nur von Bewegungen außer Frankreich und ohne Theilnahme

[1] Nr. 248.

von Franzosen die Rede seie, mithin das Direktorium sagen könnte, daß es bei dieser Beschaffenheit nichts zu verordnen habe. Rosenstiel hat uns deswegen an Handen gegeben, die unmittelbare Nachbarschaft mit Frankreich zu erwähnen und immerhin etwas von französischer Theilnahme einfließen zu lassen, um dadurch das Einschreiten des französischen Gouvernement zu begründen. Er hat sich sogar erboten, den Aufsatz hiernach selbst abzuändern und ihn alsdann so zu spediren, daß der Ministre Jean Debry die Abänderung nicht inne werde.

Heute früh hat er uns auch den neuen Entwurf zugefertigt, den wir nach Beilage 26[1] umgeschrieben und sofort re-exhibirt haben. . . .

252. Amtmann Roth an Gayling (?).

[Lörrach,] 16. März 1799.

[Baille's Angaben über revolutionäre Umtriebe im Lande. Klagen über allzu hohe Abgaben. Befürchtung einer Revolution beim Vorrücken der Franzosen. Scene in Basel.]

Der Festungscommandant von Hüningen, Baille, erwähnt gelegentlich eines Gegenbesuches bei Kammerrath Hugo in Lörrach, es seien in letzter Zeit wiederholt Leute aus der Gegend zu ihm gekommen und hätten ihre Absichten auf Revolutionirung des Oberlandes entdeckt.

Die Leute, sagt er, hätten als Motiv ihres Vorhabens die Last von Abgaben angegeben, welche sie drücke und die unendlich vermehrt worden seie. Darunter wird vermuthlich die Kriegssteuer, deren doppelte Erhebung ich, wie Sie wissen, schon im Sommer dringend abgerathen habe, gemeint sein[2]. Auf die Bemerkung, daß die Revolution in Frankreich und der Schweiz die Leute nicht glücklicher gemacht habe, hätten sie ihm erwidert, daß es dem Bauernstand in hiesiger Gegend auf keinen Fall schlimmer gehen könne. Uebrigens stimmte der ehrliche Baille mit noch vielen andern eben auch darin überein, daß die Revolution beim weiteren Vorrücken der französischen Truppen unvermeidlich seie. Wären alle Franzosen so brav, wie dieser und Pelissard, so könnten wir ganz ruhig schlafen. . . .

Am Tage zuvor habe man „mehr als 100 von unsern Leuten zum Theil unter Vorhaltung der Flintenkolben unter'm Basler Thor republikanische Cocarden aufgedrungen". Es sei daher wiederholte Beschwerde in Basel eingereicht worden[3].

253. Der helvetische Gesandte Beltner an den Minister Bégoz.

Paris, 28 vent. an 7 (18. März 1799).

[Die Pariser Regierung mit Baden und Würtemberg zufrieden. Trotzdem die Revolutionirung Schwabens vorauszusehen.]

. . . . Il y a du froid entre la République française et le Landgrave de Hesse-Cassel. En revanche paraît-on content de Bade et de Wurtem-

[1] Nr. 249.

[2] Vergl. den Bericht Lehrbachs an Thugut vom 25 Jan. 1798. Oben S. 88.

[3] Vergl. Helfert: Rastadter Gesandtenmord, S. 88. Die Basler Behörden entschuldigen den Vorfall nachträglich als Misverständniß; man werde dafür sorgen, daß er sich nicht wiederhole.

berg. Cela n'empêchera également pas, à ce que je pense, que la Souabe soit bientôt révolutionnée. . . .

Bern. St. A.

254. Christian von Mechel[1] an Legationsrath Wielandt.

Basel, 23. März 1799.

[Das republikanische Siegel. General Desenfants und Jägerschmidt. Der Verfasser der Constitution in Stuttgart.]

. . . . Kein Abdruck des elenden bewußten Petschafts ist nicht zu haben[2]. Es stellt ein Bund Pfeile vor mit der Inschrift umgeben; ist aber bis dato ohne Gebrauch und Wirkung und wird es, wo Gott will, bleiben, obgleich die Jägerschmidt und Mayer und Gelichter gewaltig herumspucken. Vorgestern passirten hier 2 Generale — Souchet, de l'armée d'Italie, und der im Oberland sich beliebt gemachte General Desenfants[3]. Ich sah sie beide, wie der Blitz fand sich Jägerschmidt bei letzterem. Allein ungebeten und, wie es mir schien, eben nicht gar willkommen. . . .

Die Brochüre der deutschen Constitution ist zwar hier bei Flick Sohn gedruckt, allein der Verfasser sei in Stuttgart; konnte aber nicht errathen noch ergründen: Wer? Allein Flick selber sagte mir bestimmt, dort sei er. . . .

255. Markgraf Karl Friedrich an das helvetische Direktorium[4].

Karlsruhe, 26. März 1799.

[Beschwerde über die Basler Umtriebe. Ansuchen um Einleitung von Recherchen und Unterstützung der badischen Untersuchungsbehörde.]

Schon seit geraumer Zeit müssen Wir aus Unsern an die helvetische Republik angrenzenden fürstlichen Oberlanden bedenkliche Gerüchte von staatsverrätherischen Planen übelgesinnter Unterthanen vernehmen, die seit einigen Monaten immer mehr um sich zu greifen scheinen und Unsere Aufmerksamkeit verdienen. Nach sicheren Nachrichten und Beobachtungen finden dieselben besonders in Basel und in den umliegenden Gegenden der Schweiz ihre Nahrung.

Bei dem mit der helvetischen Republik von Uns bisher sorgfältig unterhaltenen und durch wechselseitige Zusicherungen und Gefälligkeiten erprobten freundnachbarlichen Einvernehmen, bei dem ruhigen Bewußtsein Unsers steten von dem größten Theil unserer Unterthanen nicht verkannten Bestrebens, ihr Glück und ihren Wolstand so viel möglich zu befördern, und bei der Ueberzeugung,

[1] Der bekannte Basler Kupferstecher. Allg. D. Biogr., 21, 153.

[2] Eine Zeichnung, die Roth sich verschafft, liegt bei den Akten.

[3] Bisher in Lörrach, wegen seiner Mäßigung überall belobt.

[4] Zum Theil abgedruckt bei Strickler: Aktensammlung aus der Zeit der helvetischen Republik, III, 879, vervollständigt nach gütiger Mittheilung des Herrn Dr. Strickler.

daß Sie, Bürger Direktoren, solche einzelne Uebelgesinnte in ihren geheimen Machinationen gegen Uns — welche die Verfassung eines mit der helvetischen sowol als auch mit der französischen Republik in friedlichen und freundschaftlichen Verhältnissen stehenden Staates zu untergraben sich bemühen — nicht begünstigen können, glauben Wir sicher, daß Sie vor sich selbst alles würden angewendet haben, um solche zu hintertreiben, wenn Sie genauer davon unterrichtet gewesen wären; desto sicherer erwarten Wir daher, daß Sie, Bürger Direktoren, jede zweckmäßige und ernstliche Vorkehr zu Entdeckung und Bestrafung solcher Ruhestörer zu treffen und den einzelnen helvetischen Bürgern oder in dem helvetischen Gebiet sich aufhaltenden Ausländern, welche Unsere bisher treu gebliebenen Unterthanen durch falsche Vorspiegelungen irre zu führen oder einzelne Uebelgesinnte in ihrem Irrwahn noch mehr zu unterstützen und zu staatsverrätherischen Handlungen hinzuleiten und vorzubereiten suchen — Einhalt zu thun nicht säumen werden, sobald Wir Sie, wie hiermit geschiehet, näher werden damit bekannt und darauf aufmerksam gemacht haben.

Es hat nämlich 1) der Graveur B. Huber zu Basel nach in Händen habenden untrüglichen Beweisen, zu Anfang dieses Monats in aller Eile den Auftrag zu Fertigung eines Stempels erhalten, welcher von ihm auch wirklich gefertigt und an seine Besteller abgegeben worden, und wovon er noch einen Abdruck besitzt, worauf die römischen Fasces mit dem Beil, oben mit der Freiheitsmütze, von einem doppelten Eichenzweig umschlungen, abgebildet und in der Umschrift die Worte zu lesen sind: Das souveraine badische Volk, von dem wir übrigens noch nicht mit Gewißheit angeben können, ob er für ein Siegel oder für eine Münze bestimmt gewesen sei, da hierüber die uns zugekommenen Nachrichten variiren. — Wie Uns nun sehr viel daran gelegen sein muß, die Besteller und dermaligen Besitzer dieses gefertigten Stempels zu entdecken, und damit vielleicht das schwache Gewebe einiger wenigen unruhigen Köpfe zu entfalten und zu vernichten, so ersuchen Wir Sie, Bürger Direktoren, die gleichbaldige gefällige Einleitung zu treffen, daß gedachter B. Huber zu Basel durch seine dortige Behörde angehalten werde, die bei Bestellung, Uebernahme und Bezahlung der obigen von ihm gefertigten Stempels ihm vorgekommenen oder ihm sonst als damit enfilirt bekannten Personen und die Umstände der Bestellung sofort dem [den?] von dem Besteller vorgegebenen Zweck und Gebrauch anzugeben, wobei es Uns vorzüglich angenehm sein würde, wenn Sie . . die geneigte Weisung an betreffende Behörde . . dahin erlassen wollten, daß sie die von Unserm Oberamt Rötteln aufzusetzenden und derselben mitzutheilenden Frage über die demselben vorzüglich gut bekannten, hierbei in Betracht kommenden näheren Umstände bei einer zu veranstaltenden desfallsigen Untersuchung abhibire und zu diesem Ende gedachtes Oberamt sogleich von dem erhaltenen Auftrag benachrichtige, auch seiner Zeit das Untersuchungs-Protokoll demselben zur weiteren berichtlichen Einbeförderung an Uns übermache. —

2) Ferner werden seit einiger Zeit in Basel dreifarbige Cocarden — roth, gelb und blau — für eine mögend existirende Schwäbische Republik gefertigt und an Unsere Unterthanen ausgetheilt oder verkauft, diese aber damit, zu ihrer Exaltation, in den Wahn gestürzt, als ob auswärtige angrenzende Staaten eine Staats-Umwälzung bei Uns intendirten, worüber Wir von der französischen Republik die hinlänglichen Gegenversicherungen haben und desto weniger von Ihrer Seite einer solchen feindlichen Intention oder eines Wolgefallens daran Uns versehen können. — Endlich 3) wird bei Buchhändler Flick, dem Sohn daselbst, welcher mit Abgabe obiger schwäbischer Cocarden sich ein Nebengeschäft macht, der Entwurf einer „Constitution, wie sie für Deutschland taugen solle", an Unsere Unterthanen öffentlich und mit einer anpreisenden Zudringlichkeit ausgegeben. . . . Auch wegen dieser beiden, Uns nicht gleichgültigen, zum Umsturz der deutschen Verfassung im allgemeinen und zur Aufwiegelung Unserer Unterthanen insbesondere hinleitenden offenkundigen Thatumstände, denen noch manche andere für jetzt zu übergehende beigefügt werden könnten und welchen Wir im ähnlichen gegenseitigen Fall durch die gewissenhafteste Ausübung der bei Uns bestehenden Censur und anderen Gesetze den Eingang und die Ausbreitung in Unseren fürstlichen Landen verhindern würden, — auch wegen dieser beiden Beschwerden dürfen Wir von Ihnen, Bürger Direktoren, baldige und sichere Remedur durch Einstellung des ferneren öffentlichen oder heimlichen Verkaufs und Ausbreitung solcher aufrührerischen Schriften und Cocarden und durch Entdeckung des etwa schon bekannten oder durch nähere obrigkeitliche Nachforschung in Basel ohne Zweifel leicht zu entdeckenden Verfassers des vorgedachten Plans einer deutschen Constitution, auch seiner etwaigen Mitinteressenten, wie nicht weniger des ersten Urhebers oder des in Basel befindlichen Ausgebers der vorhin bemerkten aufwieglerischen Staatsverbindungs-Zeichen um so mehr mit Zuversicht erwarten, als auch Wir durch Nichtduldung derjenigen Personen, die aus Ihren Gegenden wegen veränderter Ordnung der Dinge ausgewandert sind und zu revolutionären Planen gegen das jetzige Gouvernement hätten Gelegenheit suchen mögen, Ihnen mit Erweisung solcher Rechtswillfährigkeit schon zuvorgekommen sind, und Sie auch daraus wol ermessen mögen, wie sehr Wir gute Nachbarschaft zu unterhalten Uns befleißen, daß Wir ohnerachtet der sehr erheblichen Uns zur Seite stehenden Gegenbetrachtungen, die noch dazu ohne Unser Vorwissen von Ihnen verfügte Einräumung des oberen Stockwerks Unseres Hauses zu Basel zum Gefängniß für helvetische Staatsverbrecher und den Gebrauch anderer Uns zuständigen Neben-Gebäude zu Aufbewahrung mehrerer der helvetischen Nation gehörigen Effekten Uns vor der Hand haben gefallen lassen.

Hieran hoffen Wir die Wirksamkeit Ihrer Uns schon mehrmals bestätigten freundnachbarlichen Gesinnungen noch weiter werkthätig zu erkennen und werden dagegen Unser lebhaftes Dankgefühl und Unsere aufrichtige Ergebenheit bei jeder vorkommenden Gelegenheit zu bethätigen suchen.



256. Das helvetische Direktorium an den Markgrafen Karl Friedrich[1].

10. April 1799.

[Die helvetische Regierung steht den Umsturzplänen fern. Man mißt denselben keine Bedeutung bei und weicht einer Untersuchung aus.]

Ueber die Besorgnisse, die Euer Fürstl. Durchlaucht in dem Schreiben vom 26. März äußern, giebt die helvetische Regierung ebenso offen als feierlich die Erklärung, daß es ihr niemals einfallen kann, in der Markgrafschaft Baden weder eine Veränderung der gegenwärtigen Regierungsform zu wünschen, noch viel weniger sie zu befördern. Wol ist freilich auch uns der Entwurf einer neuen germanischen Constitution zu Gesicht gekommen; die Idee selbst aber schien uns so seltsam und lächerlich, daß wir darauf nicht die geringste Rücksicht nahmen. Wofern sich mit einer solchen Idee der eine und andere Fremdling beschäftiget, so geschieht es durchaus ohne den geringsten Erfolg. Bereits erhielt ein solcher den Befehl sich zu entfernen, und andere, die ebenfalls als unruhige Leute bekannt sind, werden genau beobachtet. Alle übrigen Leute dieser Art sind so unbedeutend, daß sie gerade nur alsdann einiges Gewicht oder Ansehen gewinnen, wenn man sie auch nur der geringsten Nachfrage würdigt. Da sie diesseits unsern Grenzen ebensowenig Unterstützung als jenseits derselben viel Gehör finden werden, so würde man ihnen durch größere Aufmerksamkeit zu viel Ehre anthun[2]. Einzig aus solchen Betrachtungen . . entzieht sich die helvetische Regierung nähern und doch am Ende fruchtlosen Nachforschungen. . . .

---

[1] Abgedr. Strickler, Aktensammlung, III, 880—891.

[2] Vergl. auch den Briefwechsel der Brüder J. G. Müller und J. v. Müller, Frauenfeld, 1891, I, 145, wo Joh. Georg schon im Sept. 1798 jeden Antheil der Schweiz an den schwäbischen Umtrieben entschieden bestreitet.

10. Der Wiederausbruch des Krieges gegen Oesterreich und die Auflösung des Rastadter Congresses. Febr.—April 1799.

257. Denkschrift des k. k. Legationssekretärs von Schwind.

o. O. u. D. (Stuttgart, 19. Dec. 1798.)

[Ohnmacht des schwäbischen Kreises und ihre Ursachen. Seine Aufgabe im nächsten Feldzuge. Militärische Besetzung und Militärdiktatur dringend geboten.]

Der schwäbische Kreis hat im letzten Kriege die Aufgabe der Vertheidigung nicht erfüllt: die Vielheit der Stände, die Verschiedenheit der Interessen, die ungleichmäßige Vertheilung der Kriegslasten, die Abneigung der Schwaben gegen den Kreismilitärdienst überhaupt, der vielfach vorhandene Mangel an Patriotismus und deutschem Ehrgefühl, die wachsende Schuldenlast, Zerrüttung des Militärwesens, die Spaltung endlich unter den Kreisständen selbst, insofern Würtemberg und Baden mit Frankreich Separatfrieden geschlossen, in Folge dessen bei Wiederausbruch eines Krieges der Kreis zwei Fünftel seiner Streitkräfte einbüße, der Herzog aber als Kreisdirektor einen lähmenden Einfluß auf die Berathungen des Kreises ausüben werde, — all' diese Verhältnisse und Zustände sind als Ursachen der Ohnmacht des Kreises zu betrachten.

Auf diplomatischem Wege läßt sich, wie die Erfahrung lehrt, eine Besserung nicht erreichen: außerordentliche Maßregeln müssen Platz greifen. Man muß das Prævenire spielen, mit starker Macht vorrücken, das Land besetzen und ihm eine Militär- oder Civiladministration geben. Auf die deutsche Verfassung kann dabei keine Rücksicht genommen werden: inter arma silent leges!

Schwaben ist vermöge seiner geographischen und politischen Lage berufen, im Kriegsfall eine wichtige aktive Rolle zu spielen: lasse man das Land von den Franzosen besetzen, so habe man neben diesen auch noch 100000 deutsche Mitbrüder zu bekämpfen der Kreis aber werde in jeder Hinsicht auf Menschenalter hin ruinirt; komme man dem Feinde vor, so gewinne man jene 100000 Mann für die Vertheidigung des Vaterlandes.

Wien. St. A.

258. Subdelegationsdiarium.

3. Febr. 1799.

[Drohende Kriegsgefahr. Hoffnung auf Fortbestehen des Congresses. Oesterreichische und französische Lockungen. Fünf süddeutsche Erbfürstenthümer. Vereinigung eines Theils von Schwaben mit der helvetischen Republik.]

Der Wiederausbruch des Krieges zwischen Oesterreich und Frankreich gilt den meisten als unvermeidlich[1]; „doch wollen einige Personen, die den vertrautesten Zugang bei

[1] Am 31. Jan. stellen die französischen Gesandten Lehrbach ihr Ultimatum. Die Frist, binnen welcher die Entfernung der russischen Truppen aus den österreichischen Erblanden stattfinden soll, läuft am 15. Febr. ab; am 1. März erfolgt die Kriegserklärung gegen Oesterreich.

denen französischen Gesandten haben, noch nicht ganz die Hoffnung aufgeben". Je lauter letztere von ihrer Abreise sprechen, desto weniger scheine es ihnen Ernst zu sein. Voraussichtlich würden allerdings die französischen Truppen wieder ihre früheren Positionen diesseits des Rheins einnehmen, der Congreß aber versammelt bleiben, um je nach Lage der Dinge die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

.... Sowie einerseits [Oesterreich] nicht undeutlich zu erkennen gegeben wird, wann der Krieg wieder angehe, so werde es von einem jeden Reichsstand lediglich abhangen, welcher Partei derselbe sich anschließen wolle, um das Schicksal der andern zu theilen, — so wird auch andererseits [Frankreich] weitlos von der Absicht gesprochen, dem deutschen Reich eine neue Verfassung zu verschaffen und, da man das nördliche Deutschland ohnehin schon als abgesondert von dem ganzen Staatskörper ansehen könne, in dem übrigen oder südlichen Theil nur fünf Erbfürstenthümer zu gründen, die von jeder äußern Macht und Gewalt ganz unabhängig sein und bleiben sollten — doch wol nicht von der französischen Republik!

Nichtsdestoweniger vermuthet man, daß der Gedanke, einen Theil von Schwaben mit der helvetischen Republik zu vereinigen, noch nicht völlig verworfen seie[1]. Mehrere unruhige Würtemberger, die sich in Paris befinden und mit ihrem Revolutionsschwindel das Vollziehungsdirektorium unaufhörlich behelligen sollen, unterhalten eifrig dieses größtentheils von ihnen allein veranlaßte Projekt.

Vermuthlich, um im Namen des Herzogs „dieserwegen die dringendsten Vorstellungen ... einzulegen", sei vor wenigen Tagen der Regierungsrath Oertinger nach Paris durchgereist.

---

259. Karl Friedrich an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Karlsruhe, 8. Februar 1799[2].

[Drohende Kriegsgefahr. Bitte um Abwendung derselben.]

Die mit dem wärmsten Dankgefühl allgemein verehrte lebhafteste Theilnahme Ew. Kgl. M. an der Wolfahrt des deutschen Vaterlandes und das besondere Wolwollen, welches Höchstdieselben mir und meinem fürstl. Hause huldreichst angedeihen zu lassen geruhen, geben mir die tröstliche Beruhigung, daß ich mich in den gegenwärtigen äußerst bedenklichen Zeitumständen an Ew. Kgl. M. vertrauensvoll wenden[3] und mit mehreren jetzt so sehr bedrängten Reichsmitständen, — auch insbesondere mir Höchstdero mächtigen Schutz und Rettung devotest erbitten dörfe. Von dem bisherigen Gang der Rastadter Friedensunterhandlungen sind Ew. Kgl. M. jederzeit genauest unterrichtet. Die nahe Aussicht zum allgemeinen Reichsfrieden wird aber seit kurzem durch die bangesten Besorgnisse

[1] Auf ähnliche Befürchtungen bezieht sich wol das Schreiben Talleyrands an Abel, d. d. 19 Pluviôse (7. Febr. 1799). Vreede: La Souabe après la paix de Bâle, p. 103—104. — Vergl. ferner Häusser, II, 281.

[2] Mundirt und expedirt am 10. Febr.

[3] Der Schluß des Satzes von Edelsheims Hand.



verdrängt und statt des gehofften baldigen Friedensabschlusses bedrohen die neuesten Ereignisse das ganze Reich wieder mit dem Ausbruch eines verheerenden Kriegs, dessen weitere unselige Folgen sich nur allzusehr ahnden, aber vielleicht nicht vollständig genug berechnen lassen.

In dieser gefahrvollen Lage, worinnen sich zunächst alle vorliegenden Reichslande befinden, ist zwar bis nun noch zu hoffen, daß Kaiserl. Majestät solche mildest beherzigen und in Ihrer Weisheit die Mittel und Wege finden werden, denen von einer Seite schon eingestellten Reichsfriedensunterhandlungen wiederum den erspriesslichsten Fortgang zu verschaffen und den Ausbruch neuer Feindseligkeiten reichsväterlich abzuwenden. Wenn dieses aber dem Allerhöchsten Reichsoberhaupt nicht möglich und durch ein trauriges Verhängniß der Krieg .... unvermeidlich werden sollte, so bleibt nur allein Ew. Kgl. M. das über allen Ausdruck erhabene glorreiche Werk vorbehalten, auch den vorgedachten schutzlosen Theil Deutschlands von seinem unausbleiblichen Untergang zu retten, zugleich dem gesammten deutschen Vaterland den eben so sehnlichst gewünschten, als unumgänglich nothwendigen Reichsfrieden zu verschaffen und dessen schleunige Vollendung mit ernstem Eifer und thätigster Verwendung zu bewirken[1].

Höchstdieselben sind schon durch vordere Reichsschlüsse um Ihre kräftige Verwendung zur Erhaltung der so nöthigen Reichsruhe eigens und angelegentlichst ersucht worden; wie viel mehr wird also auch solche unschätzbare Wolthat in einem so entscheidenden Zeitpunkt, als der gegenwärtige ist, alle Reichsmitstände — ja selbst die späteste Nachkommenschaft Ew. Kgl. M. zum unverbrüchlichsten Dank verpflichten!

Ich aber und mein fürstliches Haus und meine noch übrigen unglücklichen Lande werden insbesondere diese einzige Rettung in derjenigen tiefsten Devotion unablässig verehren, in welcher ich jederzeit zu bestehen die Gnade habe ꝛc.

Concept Meiers mit Zusätzen von Edelsheim.

260. Subdelegationsdiarium.

10. Febr. 1799.

[Debry. Wahrung der Satzungen des Völkerrechts; Gewaltstreich gegen den Congreß. Unwille über Lehrbach.]

Bei einer geselligen Zusammenkunft mehrerer Mitglieder der Deputation bei Debry wendet sich derselbe, die Stimme absichtlich erhebend, mit aller Heftigkeit gegen das abgeschmackte Gerücht, als ob im Falle einer Erneuerung des Krieges die französische Regierung in Rastadt mit völkerrechtswidrigen Handlungen vorzugehen beabsichtige; „nur Schafsköpfe könnten eine solche Absurdität verbreitet haben, deren unreine Wünsche nach Rache und Zerstörung geizten"[2]. Das französische Gouvernement habe sich solche Thaten

[1] Der folgende Absatz von Edelsheim eingeschaltet.

[2] Dies der wahre Wortlaut der bei Mendelssohn-Bartholdy, Der Rastadter Gesandtenmord, S. 16, angeblich nach dem badischen Subdelegationsbericht citirten Stelle. — Ebenso unrichtig ist es, beiläufig bemerkt, wenn Mendelssohn in seiner Ab-

nie erlaubt, obgleich das entgegengesetzte Verfahren anderer Mächte dazu hätte berechtigen können. In Turin z. B. genössen auch die Gesandten der mit Frankreich kriegführenden Mächte völlige Ruhe und Sicherheit, — in München hingegen habe man den französischen Gesandten bedeuten lassen, man werde ihn aufheben sobald der Krieg ausbreche. Schließlich versichert Debry, er werde sein Möglichstes thun, um den Frieden, soweit es in seiner Macht stehe, zu erhalten. Görtz — und er wendet sich zu diesem — sei, wie er ja wisse, von gleicher Gesinnung beseelt, er zähle daher auf seine Mitwirkung.

Edelsheim, der diese Rede mit anhört, bezweifelt, ob es Jemandem entgangen sei, auf wen sie gemünzt gewesen sei.

„Zur Ehre des Congresses und der Menschheit gereicht es allerdings, daß eine Stimme über denjenigen sich nur verbreitet, dessen Wahnsinn dieser Tage fast bis zum Frohlocken über den nahen Anschein des Kriegs ausbrach, und der heute, da die hin und wieder eingegangenen tröstlichen Nachrichten diese Besorgniß in etwas vermindert haben, ganz betroffen und traurig schien[1].“

261. Edelsheim an den Geh. Rath.

Rastadt, 10. Febr. 1799.

[Kurmainz sucht preußische Intervention nach. Rücksicht auf Oesterreich und Frankreich. Baden und andere Reichsstände folgen nach.]

Der Gedanke, die preußische Intervention behufs Erhaltung des Friedens nachzusuchen, gewinnt ein anderes Aussehen, nachdem nun Kurmainz sich thatsächlich zu dem Ende an den König gewendet. Man habe sich, theilt Albini mit, in dem Schreiben „blos auf die gegenwärtige gefahrvolle Lage und auf die vorbern Reichsschlüsse beworfen, wodurch der König um seine kräftige Verwendung ... ersucht worden seie“. Baden werde gut daran thun, auch für sich „diesen ganz verfassungs- und reichsgesetzmäßigen Grund“ anzuführen. Ein derartiges Gesuch sei durchaus unverfänglich.

Um aber auch nicht bei den Franzosen anzustoßen, hat es ebenfalls räthlich geschienen, alles im allgemeinen auf Rettung vom gänzlichen Untergang und Erhaltung der Reichsruhe zu stellen und nichts von der Neutralität insbesondere zu erwähnen. Minister Bonnier soll diese Wendung, wovon man ihm vermuthlich nur suppositionsweise gesprochen haben wird, wenn nämlich der König in Preußen sich des deutschen Reichs vielleicht noch in solcher Maße annehmen sollte, ganz gutgeheißen haben. Von einer andern bedeutenden Person dieser Legation habe ich auch zufällig bemerkt, daß man eine solche Einschreitung des Königs in Preußen eher wünschen als tadeln dürfte.

Diesen Bemerkungen entsprechend wird das Schreiben an den König, das Geh. Rath Meier entworfen hat, abgeändert.

Auch Würtemberg, „das einen eigenen Abgeordneten dieserwegen sub rosa nach Berlin gesandt haben soll“, hat den gleichen Schritt gethan. Würzburg wird sich voraussichtlich gleichfalls dazu verstehen[2].

fertigung der Zandt'schen Broschüre mit Berufung auf das Diarium vom 10. März die Abreise Lehrbachs auf den 9. März verlegt. Der Rastadter Gesandtenmord und die Anekdotensammlung des Herrn Zandt, S. 17.

[1] Die Stelle bezieht sich auf Lehrbach.

[2] Ueber diese Bemühungen um die preußische Intervention s. van Dijk, Précis du Congrès de Rastadt, S. 164 ff.



262. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 16. Febr. 1799.

[Weisungen an die Aemter für den Fall eines französischen Einmarsches. Berufung auf den Separatfrieden.]

Seitens verschiedener Aemter sind Anfragen eingelaufen, wie man sich im Falle eines Einmarsches französischer Truppen zu verhalten habe. Durch geh. Rathsbeschluss wird sämmtlichen Aemtern eröffnet, auf Grund des Separatfriedens dürfe man mit Fug und Recht erwarten, nicht als Feinde, sondern als Freunde behandelt zu werden. Die Aemter hätten daher alle Contributionen und Requisitionen standhaft abzulehnen, insbesondere jeden Versuch einer „Aenderung in der Staatsverfassung“, den Irrgeleitete etwa unter angeblichem Schutze der französischen Waffen inscenieren könnten, energisch zurückzuweisen, dagegen nach Maßgabe des Friedensvertrages den Truppen all' denjenigen Vorschub willig zu leisten, „den jede Armee in Freundesland zu erwarten habe“[1].

263. Subdelegationsdiarium.

27. Februar 1799.

[Französische Winke wegen der bevorstehenden Ereignisse. Zusicherung schonender Behandlung von Karlsruhe und Rastadt. Rheinübergang der Franzosen.]

Der Herr Ministre von Edelsheim ist gestern Abend zurückgekommen, und noch gestern Abend hatte ich [Edelsheim] Gelegenheit, einen dritten Versuch zu machen, ob sich nichts Näheres von denen bevorstehenden Ereignissen ergründen lasse[2].

Die mir geschehenen Aeußerungen:

ich solle in diesen Tagen nicht, wie ich vorzuhaben fingirte, von hier weggehen, — es würden starke Demonstrationen geschehen, — es seie ein Sturm im Anzug, der schon andeuten werde, wo man sich hinter dem Winde zu halten habe, man solle ihn nur ruhig abwarten, —

geben Stoff zu ziemlich nahen Vermuthungen.

Ich bemerkte unter anderem, daß ich den Rheinübergang für unausbleiblich ansehe[3], alsdann aber darauf zähle, es werde die hiesige Congreßstadt sowol als Smi Residenz von Durchzügen und Einquartierungen befreit bleiben. Letzteres wurde bei den bestehenden Verhältnissen für billig, ersteres für nothwendig erkannt und nicht bezweifelt. . . .

---

[1] Wenige Tage später beschließt der Geh. Rath, die öffentlichen Artikel des Separatfriedens auszugsweise drucken und jedem Amte verschlossen zustellen zu lassen, mit der Weisung, beim Einmarsche französischer Truppen davon den dienlichen Gebrauch zur Wahrung der diesseitigen Rechte zu machen. Protokoll des Geh. Raths. 21. Febr.

[2] Die Ankunft eines französischen Curiers, die allgemein Aufsehen erregte, hatte Edelsheim zu wiederholten Erkundigungen bestimmt.

[3] Am 28. Febr. beginnt der Rheinübergang der französischen Donauarmee unter Jourdan bei Kehl und Basel. Vorhut und Centrum rücken durch das Kinzigthal über Hornberg gegen Villingen vor, der linke Flügel unter St Cyr marschirt nach dem Kniebis, der rechte unter Ferino über Rheinfelden und Waldshut. Dumas, Précis des événements milit. sur les campagnes de 1799 à 1814. I, 30.

264. Subdelegationsdiarium.

1. März 1799.

[Vereinbarung der Abstimmung über die Note vom 1. März mit Albini und Gatzert.]

Ueber das morgen abzulegende Votum[1] haben wir mit dem Herrn von Albini conferirt und sind einverstanden, daß die französische Note nicht simpliciter, sondern mit einer dringenden Empfehlung zur Beschleunigung der Comitialdeliberation an die allgemeine Reichsversammlung zu senden, auch daß den französischen Ministres eine Antwort zu geben und darinnen ihre Versicherung der fortdauernden Friedensneigung zwar zu acceptiren, zugleich aber auch die Härte des neuen Truppenüberzugs bemerklich zu machen seie.

Wir conferirten ferner mit dem Herrn von Gatzert und communicirten ihm unser fertiges Votum, das er sich als Vorstimmender eigen machen will, dergestalten, daß wir ihm simpliciter accediren, wie er in Sessione 88 gethan hat[2]. . . .

265. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 2. März 1799.

[Die preußische Intervention. Ausdehnung der Neutralität auf Süddeutschland. Bisherige Bedenken wegen Oesterreich.]

. . . . Le Cte de Gœrtz m'a dit ce soir qu'on venait d'informer la légation prussienne officiellement que le Roi avait reçu de V. A. S., de l'Electeur de Mayence etc. des lettres que S. M. prendrait incessamment en grande considération, que S. M. n'avait jamais perdu de vue le désir qu'Elle avait formé depuis longtemps de pouvoir étendre sa neutralité sur la partie méridionale de l'Empire germanique, mais que le silence obstiné de la cour de Vienne sur ce qui concernait cet objet, comme sur beaucoup d'autres, avait entravé jusqu'à présent Ses vues à cet égard; que S. M. ne tarderait plus maintenant à S'en occuper sérieusement et que Ses ministres devaient préalablement donner cette assurance à ceux qui se trouveraient ici de la part des princes intéressés et qui avaient réclamé l'assistance et la protection du Roi dans cette vue. . . .

266. Herzog Friedrich von Würtemberg an Karl Friedrich.

Stuttgart, 3. März 1799.

[Gleiche Lage und gleiche Interessen gegenüber Frankreich. Sorge um persönliche Sicherheit. Bitte um Aufschluß über das badische Verhalten.]

Les circonstances infiniment pénibles du moment m'engagent à m'adresser itérativement à V. A. S. pour Lui demander Son avis sur les

[1] Veranlaßt durch die französische Note vom 1. März, in welcher die französischen Gesandten von dem Rheinübergange Jourdans Mittheilung machen, zugleich aber ihre Bereitwilligkeit zur Fortsetzung der Friedensverhandlungen betheuern, falls das Reich sich gegen den Einmarsch der Russen erkläre. Protokoll, VI, 72.

[2] Protokoll, III, 153—154.



mesures qu'elles exigent; Elle est convenue avec moi dans Sa lettre infiniment obligeante que jamais l'accord n'a paru plus nécessaire qu'en cet instant entre les princes de l'Empire[1]. Les mêmes obligations que j'ai dû contracter avec la République française La lient également et les difficultés de leur exécution nous sont communes; certainement nous mettrons les mêmes soins à les remplir et à éloigner tout ce qui pouvait nous rendre suspects vis-à-vis de cette puissance, mais malgré cela je dois dans la plus parfaite confiance vis-à-vis de V. A. S. Lui demander, si ce qui vient d'avoir lieu à Mannheim et Philippsbourg nous permet de nous flatter d'avoir sûreté pour nos personnes, lorsque les troupes françaises entreront chez nous; j'aimerais beaucoup que l'expérience et la sagesse de V. A. S. m'éclairât sur ce point et en général sur la manière de se conduire dans cette pénible circonstance sans se compromettre. J'espère qu'Elle voudra bien regarder cette démarche de mon part comme une suite de la très humble considération et de l'attachement le plus sincère avec lequel j'ai l'honneur d'être etc.[2]

Eigenhändig.

---

267. König Friedrich Wilhelm III. an Karl Friedrich.

Berlin, 3. März 1799.

[Theilnahmebezeugung. Friedensbemühungen. Fremde Hinderniſſe.]

Die gefällige Zuſchrift vom 8. v. M. iſt Mir wol zugegangen, in welcher ſich Ew. Durchlaucht und Liebden über die gegenwärtige Criſis der allgemeinen Reichsangelegenheiten gegen Mich haben eröffnen wollen[3]. Ich erkenne vollkommen und mit wahrer herzlicher Theilnahme Dero unangenehme Lage, bei welcher Sie die entſtandenen Beſorgniſſe wegen eines neuen Kriegsausbruchs allerdings ſehr tief empfinden müſſen, und es würde Meine lebhafteſten Wünſche erfüllen, wenn die Abwendung derſelben von mir abhängen könnte. Gewiß habe Ich es bis hiehin an Meiner angelegentlichſten Einwirkung niemals ermangeln laſſen, um das Meinige zu Deutſchlands endlicher allgemeiner Beruhigung beizutragen. Aber Ich kann es nur bedauern, daß Verhältniſſe, die zum Theil außer Meinem Wirkungskreis liegen, Meinen Wünſchen und Bemühungen entgegenſtanden und nicht erlaubten, die Wolthat des friedensmäßigen Zuſtandes, welchen Ich bereits dem nördlichen Deutſchland gewähren konnte, mit auf das ſüdliche erſtrecken zu laſſen.

---

[1] S. oben Nr. 236.

[2] Das Schreiben ſteht im Zuſammenhange mit den Fluchtplänen des Herzogs. Vergl. Vreede: La Souabe après la paix de Bâle, S. LIII—LVIII. Gleich war die Lage der beiden Fürſten keineswegs, nachdem der Herzog ſich längſt in Verhandlungen über eine Militärconvention mit Oeſterreich eingelaſſen. S. v. Vivenot: Thugut und Cobenzl, II, 143 ff.

[3] S. oben Nr. 259.

Ew. Durchlaucht und Liebden wollen Sich indeß überzeugt halten, daß Ich zur Erlangung eines allgemeinen Reichsfriedens auch fernerhin Meine theilnehmendste Sorgfalt und Meine eifrigsten Bemühungen anwenden und daß Ich insbesondere jede vorkommende Gelegenheit bestens benutzen werde, um zur Erleichterung und Sicherung der Lage eines von Mir so aufrichtig geschätzten Fürsten beizutragen.

Abschrift Edelsheims.

---

268. Karl Friedrich an Herzog Friedrich von Würtemberg[1].

o. O. 4. März 1799.

[Der Markgraf wird seine Lande nicht verlassen. Gründe.]

Je me croirais heureux, si je me trouvais en état de répondre d'une manière satisfaisante à la lettre que V. A. S. m'a fait l'honneur de m'écrire et qui m'a été remise par Mr. le Baron de Mandelsloh. Je crois ne pouvoir mieux faire que de dire sincèrement ce qui m'a déterminé à rester ici et à me résigner aux décrets de la Providence.

D'abord je crois qu'en m'éloignant d'ici mon absence pourrait être regardée comme une marque de défiance par le Gouvernement français qui contrasterait avec les obligations que nous avons été dans la nécessité de contracter tous deux avec ce Gouvernement. En autre l'esprit révolutionnaire que des personnes mal intentionnées tâchent de répandre gagne beaucoup par l'absence du Prince. Enfin le motif qui a achevé de fixer ma résolution est le vœu de tous mes bons sujets, que je ne les abandonnasse pas dans cette circonstance infiniment importante[2].

Voici les raisons principales qui m'engagent à rester avec toute ma famille[3] dans mon pays[4]; elles seraient susceptibles d'un plus ample développement, mais je me borne présentement à assurer à V. A. S. que la confiance dont Elle m'a bien voulu honorer dans cette occasion me pénètre de la plus sensible reconnaissance. Je La supplie de vouloir être

---

[1] Der Markgraf theilt das Concept Edelsheim mit und ersucht, ihm seine Ansicht mitzutheilen, «surtout à l'égard de l'entrevue que le C[te] de Gœrtz ne m'a pas paru goûter», d. d. Karlsruhe, 4. März.

[2] Enfin — importante, Zusatz Edelsheims.

[3] Avec — famille, Zusatz Edelsheims.

[4] Im Concepte folgten hier ursprünglich von der Hand des Markgrafen die Worte: «qu'un entretien verbal en lieu tiers, s'il pouvait avoir lieu, pourrait donner lieu de développer davantage. V. A. S. pourrait demander par son ministre à Paris et par celui de France qui est à Sa cour des sûretés pour Sa personne et Sa famille en conséquence de la paix qu'Elle a conclue avec la France (auf Anrath des H. Grafen von Görtz)» — die von Edelsheim gestrichen und durch die Worte elles—que ersetzt sind.

bien persuadée des sentiments de la très haute considération avec lesquels j'ai l'honneur d'être etc.

Eigenhändiges Concept mit Zusätzen Edelsheims.

269. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 4. März 1798.

[Antwort an Würtemberg. Bedenken gegen eine Zusammenkunft, sowie gegen den Vorschlag, eine französische Sauvegarde nachzusuchen.]

Conformément aux ordres de V. A. S. j'ai pris la liberté de marquer sur la minute de la réponse qu'Elle se propose d'écrire au Duc de Wurtemberg les petites corrections que j'ose, Monseigneur, proposer à cet égard; je vais en développer ici les motifs.

D'abord dès que le Bon de Mandelsloh m'a confié ce matin qu'il avait une lettre du Duc à remettre à V. A. S., je n'ai pas été un moment en doute sur l'objet de cette épître. Le Duc ayant le désir de quitter son pays actuellement, il ne peut pas lui être indifférent de voir un voisin qui a, en ce moment, une grande identité d'intérêts avec lui suivre une conduite toute différente de la sienne.

Ensuite je suis de l'opinion du Cte de Gœrtz à l'égard de l'entrevue; outre que le Duc ne répondrait certainement pas à la candeur que V. A. S. y apporterait, Elle se trouverait encore fort compromise par cette démarche, parceque la moindre petite absence de Sa part dans les circonstances présentes serait bien aisément interprétée par les malveillants comme une apparence d'intention d'éloignement dont le préjugé se communiquerait aisément jusqu'à Paris même, avant qu'on pût le détruire, et donnerait un ombrage bien alarmant à Ses propres fidèles sujets. Mais je ne partage nullement le conseil que M^r le Cte de Gœrtz a suggéré à V. A. S.; vu que rien ne prouverait plus évidemment, ce me semble, le peu de confiance que le Duc prendrait dans la solidité de son traité avec la République française que cette demande de sûretés ou de sauvegarde pour sa personne et sa famille: que le Landgrave de Darmstadt ait cherché à s'en procurer une, n'ayant pas de traité de paix avec la France, cela me paraît fort à sa place; mais c'est trop s'abaisser le prix qu'on doit attacher à un traité formel que de présumer qu'une sauvegarde puisse procurer de plus grandes sûretés.

Enfin j'ai osé ajouter encore un troisième motif a ceux que V. A. S. a allégués en faveur de Sa détermination de rester dans Son pays; j'espère qu'Elle ne le désapprouvera pas, parcequ'il est non seulement bien conforme à la vérité, mais qu'il est en effet aussi très puissant[1]. . . .

---

[1] Vergl. hierzu die Ausführungen Seckendorffs. Oben Nr. 232.



270. Subdelegationsdiarium.

7. März 1799.

[Metternich weigert den Beitritt zum Conclusum vom 2. März. Albini und Gatzert acceptiren den badischen Votumsentwurf.]

Diesen Morgen kam der Herr von Albini und unmittelbar darauf der Herr von Gatzert zu mir [Meier], um über die nächste Session zu conferiren[1]. Auf diese hatte ich über den Erlaß der k. Plenipotenz, worin der Beitritt zum letzten Concluso verweigert wird, ein kurzes Votum entworfen, und dieses wurde bei der Unterredung zum Grund gelegt. Es beharrt in der glimpflichen Fassung auf ersagtem Concluso, und obgedachte beide Herren waren damit einverstanden. Sie meinen, der Wunsch der Minorität gehe dahin, daß sich die Majorität durch starke Erklärungen in den Tort setzen, nämlich die Plenipotenz zum Abzug veranlassen und dann die Schuld des rumpirten Congresses tragen soll. Dafür wird man sich aber sorgfältig hüten. . . .

271. Subdelegationsdiarium.

13. März 1799.

[Berathung mit Rosenstiel wegen der revolutionären Unruhen. Hinweis auf den Erlaß vom 27. Jan. 1798. Vorkehrungen gegen Truppendurchmarsch durch Karlsruhe.]

. . . Mit ersagtem Secrétaire Rosenstiel haben wir uns über die besorglichen Insurrektionen in den Oberlanden abermalen besprochen.

Er hält für das sicherste und wirksamste Gegenmittel eine Verordnung des französischen Gouvernement oder im Grund eine Erneuerung der bis jetzo noch bestehenden Verordnung vom 8 Pluviôse an VI (27. Jan. 1798), die er uns in Abschrift mittheilte[2]. . . Wir haben den Secrétaire Rosenstiel sondiret, ob er nicht dienlich finde, einiges Haus-Militaire in die Oberlande abzusenden, er hat aber solches nicht räthlich erachtet.

Er will übrigens nicht glauben, daß gegen die Zusage, die der Herr von Reitzenstein von dem Kriegsministre erhalten hat[3], französische Truppen nach Karlsruhe kommen werden, hält jedoch für räthlich, daß wir die französischen Ministres ersuchen, dieserwegen an den General Bernadotte zu schreiben, und auf allen Fall findet er es ganz zweckmäßig, daß die Wachen unter den Thoren mit einer schriftlichen Note versehen werden, worinnen in Bezug auf jene Zusage und auf den Armistice-Vertrag Art. 2 der Ein- und Durchzug von Truppen abzulehnen getrachtet wird. Sollte aber wider Verhoffen ein Trupp sich dadurch

[1] Dieselbe war veranlaßt durch die Weigerung Metternichs, die Beschlüsse der Deputation vom 2. März den Franzosen mitzutheilen. Note Metternichs v. 4. März. Protokoll, VI, 79. — In der Sitzung vom 11. März wird auf's neue eine entsprechende Aufforderung an den kaiserlichen Bevollmächtigten gerichtet. Das badische Votum: Protokoll, III, 163.

[2] S. oben Nr. 109.

[3] S. die Depesche Reitzensteins v. 17. Febr. d. J.

nicht abweisen lassen, sondern auf dem Einzug bestehen, so überläßt er der Weisheit S^mi, mit welcher Ordre auf diesen unvermutheten Fall die Thorwachen versehen werden wollen, und er scheint zu unterstellen, daß man Gegengewalt zu gebrauchen nicht räthlich finden dürfte. . . .

---

272. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 16. März 1798.

[Preußen beschränkt sich auf die nördliche Demarkationslinie. Süddeutschland hat von der Seite nichts zu hoffen.]

Ein Curier ist nach Berlin durchgereist, vermuthlich mit der Nachricht von der Kriegserklärung.

Mais rien n'étant capable de faire sortir cette puissance[1] de sa léthargie politique, cet incident ne servira comme tant d'autres qu'à lui faire réitérer les plus fortes assurances de sa ferme résolution à laisser plutôt détruire et anéantir tout ce qui l'entoure que de transgresser sa ligne de démarcation, sauf à attendre tranquillement peut-être jusqu'à ce qu'il plaise à d'autres de trouver à leur gré quelque prétexte de l'enfreindre tôt ou tard.

Alle Nachrichten bestätigen diese Auffassung der Dinge. Dem Münchner Hofe habe Preußen, wie Edelsheim im Vertrauen erfährt, bedeutet, man wisse zur Zeit keinen bessern Rath zu ertheilen, «que de suivre l'*ancien* système». Auch die letzten Weisungen des Königs an die Rastadter Gesandtschaft vom 4. März lassen keinen Zweifel mehr übrig «que Sa Majesté Prussienne est invariablement déterminée à ne pas faire la moindre chose pour le Sud de l'Allemagne».

---

273. Subdelegationsdiarium.

18. März 1799.

[Preußen lehnt die Mitwirkung zur Auflösung des Congresses ab, ehe für die Sicherheit Süddeutschlands Sorge getragen sei.]

. . . . Die Antwort des Berliner Ministerii auf das Ansinnen der beiden Kaiserhöfe, zur Auflösung des hiesigen Congresses mitzuwirken[2], hat uns der Herr von Dohm mit dem Bemerken, die preußische Gesandtschaft seie ermächtiget, sie vertraulich bekannt zu machen, dahin eröffnet:

> Der König könne sich hierauf nicht erklären, ohne vorerst zu wissen, wie im Fall eines neuen Krieges zwischen Oesterreich und Frankreich für den Schutz und die Sicherheit des südlichen Deutschlands gesorgt seie, so wie er ohnehin noch der Erklärung auf seine ältere Anfrage entgegensehe, wie dem gesammten Reich die Neutralität verschafft werden könne. . . .

---

[1] sc. Preußen.

[2] Hüffer, II, 280—281; v. Vivenot, Rastadter Congreß, 91 ff.

274. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 19. März 1799.

[Das preußische Schreiben vom 3. März. Süddeutschland hat keine Hilfe von Preußen zu erwarten. Verhängnißvolle Politik.]

.... La réponse du Roi de Prusse à la lettre de V. A. S. — toute gracieuse qu'elle est — ne donne cependant pas le moindre espoir d'une assistance ou protection réelle[1]. On a chanté la même gamme à l'Electeur de Mayence, et il semble qu'il n'y ait absolument rien à attendre de cette puissance pour le Sud de l'Allemagne. Gare qu'on ne s'aperçoive peut-être trop tard à Berlin, combien on s'est trompé dans ses calculs et dans le système d'indolence politique auquel on paraît s'être déterminé irrévocablement!

---

275. Subdelegationsdiarium.

23. März 1799.

[Französische Nationalgarden in Rastadt. Verletzung der Neutralität des Congresses. Badische Remonstrationen.]

.... Gegen Abend kamen sehr unerwartet 10 gardes nationales zu Pferd von Straßburg nebst einem Capitaine und einem Trompeter hier an, deren Erscheinung allerlei ungleiche Vermuthungen erzeugte. Sie stellten sich en parade nächst der Wache außerhalb am Schloß, und der Officier ließ sich zu dem Ministre Bonnier führen[2]. Aber kaum war derselbe ¼ Stunde angelangt, als schon die französischen Ministres den Legations-Secrétaire Rosenstiel zu mir sandten, um mich von diesem Vorfall ausführlich zu präveniren und zu ersuchen, S^mo gleichbaldigen Bericht davon zu erstatten.... Aus dem mir in originali vorgezeigten Brief des Commandanten von Straßburg, General Chateauneuf-Randon, war zu entnehmen, daß derselbe aus zudringlicher Fürsorge diese Trupp[e] hieher geschickt hat, um den Ministern zur desto bequemeren Beförderung ihrer Correspondenz als Ordonnanzien zur Disposition zu stehen. Diese aber finden, daß sie an denen bereits hierzu bestimmten 4 berittenen Ordonnanzien .... übrig genug bedient sind, wobei sie auch die gewöhnlichen Curiere mitgebrauchen; so haben sie dieser neuen Abtheilung bereits die Weisung ertheilt, sich morgen frühe wieder zur Rückreise nach Straßburg anzuschicken, einstweilen aber sich

---

[1] Das Schreiben vom 3. März, das erst am 18ten d. M. in Karlsruhe präsentirt wurde. S. oben Nr. 267.

[2] Ueber den Vorfall s. Hüffer, II, 296, ferner die übrigens vielfach unrichtigen Angaben bei Mendelssohn-Bartholdy, Rastadter Gesandtenmord, S. 16; Helfert, Rastadter Gesandtenmord, S. 81 und Kleinschmidt, Karl Friedrich, S. 139; speciell zu berichtigen ist die angeblich dem badischen Subdelegationsdiarium entlehnte Behauptung Mendelssohns, die französischen Gesandten selbst hätten die Truppe kommen lassen.



diese Nacht über recht ruhig hier zu verhalten; den H. General hingegen wollen sie ersuchen, fürhin sie mit dergleichen unverlangten Anerbieten zu verschonen, bis sie nöthigenfalls selbst ihn darum ansprechen würden[1]....

276. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 28. März 1799.

[Jourdans Niederlage. Baden droht Kriegsschauplatz zu werden.]

|: Nachricht von der Niederlage und dem Rückzug der Armee Jourdans[2].

... D'après toutes nos lettres du Haut-Margraviat et d'autre part nous sommes à la veille de voir le théâtre de la guerre de nouveau établi comme il y a deux ans dans notre pays.... :|

277. Subdelegationsdiarium.

29. März 1799.

[Verwendung Preußens für Fortdauer des Congresses. Bedingungen. Vorschläge der Rastadter Gesandtschaft.]

Die preußische Gesandtschaft ahndet aus dem in Berlin geäußerten Wunsch des kaiserlichen Hofes, den hiesigen Congreß zu dissolviren, daß es letzterem darum zu thun sei, ihm das Reichsfriedensgeschäft in die Hand zu geben.

Diesem möchte sie gerne entgegenarbeiten und wünscht nun sehr die Fortdauer des Congresses, zugleich möchte sie dem König das Verdienst verschaffen, bei dem Reich Dank zu erwerben, und sie ist auf den Vorschlag verfallen, der König sollte gegen Frankreich erklären, er werde nie der Coalition beitreten, die Neutralität nicht verlassen und die Demarkationslinie nicht erweitern, wenn das französische Gouvernement dagegen in vim pacti verspreche, in Deutschland nie zu revolutioniren[3]. Und um irgend eine solche Erklärung sollten Baiern, Baden, Würtemberg, Darmstadt rc. den König bittlich angehen.

[1] Trotz dieses Versprechens verweilen die Nationalgarden noch an den beiden folgenden Tagen in Rastadt. Am Montag suchen einige sogar bei Edelsheim um die Erlaubniß nach, Karlsruhe besuchen zu dürfen. Edelsheim eilt sofort zu Rosenstiel und macht energische Vorstellungen: Die Leute wären besser fortgeblieben, denn wenn nun bei einem Umschlage des Kriegsglücks die Oesterreicher in die Nähe kämen, so müsse man gewärtig sein, daß auch diese eine Patrouille in die Stadt schickten, damit werde beiderseits die Neutralität des Congresses verletzt. Den Zusicherungen Rosenstiels gemäß kehren die Mannschaften am 26. wieder nach Straßburg zurück.

[2] Zur Situation: am 19.—20. März Sieg des Erzherzogs Karl bei Ostrach über die französische Vorhut; am 25. Niederlage Jourdans bei Stockach, Rückzug nach der Linie Neustadt-Hornberg-Freudenstadt; am 3. April Uebergabe des Commando's an Ernouf; Besetzung von Triberg durch die Oesterreicher, Rückzug der französischen Hauptarmee durch das Kinzigthal nach Kehl; der Division Ferino durch das Höllenthal nach Alt-Breisach, Vormarsch der österreichischen Division Sztaray in das Rheinthal. Aufhebung der Blokade von Philippsburg durch Bernadotte.

[3] Ueber die preußischen Befürchtungen nach dieser Seite s. Häusser, II, 281.

Auf die gemachte Instanz: damit würde für das südliche Deutschand nur unvollständig gesorgt, auch dürfte es von Frankreich sehr ungleich angesehen werden, wenn jetzo der König seine öftere Zusicherung der beizubehaltenden Neutralität an eine neue Bedingung knüpfe —, ist der Vorschlag dahin abgeändert worden, das französische Gouvernement solle dem König, um ihm seine Achtung zu bezeugen, verbindlich zusichern, keine Revolution in Deutschland zu unternehmen, wogegen der König daran sein würde, daß die hiesigen Friedensverhandlungen auf die bereits übereingekommenen Bases fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden. Sie soll darüber bereits mit den französischen Ministres gesprochen haben; man glaubt aber nicht, daß etwas dabei herauskommen werde. . .

---

278. Der Oberkriegscommissär der Donauarmee, Pierre Vaillant, an die Amtsvorstände der obern Markgrafschaft.

Hauptquartier Freiburg, 11 Germinal an VII (31. März 1799).

[Requisitionen für die Donauarmee. Drohung im Falle der Nichterfüllung.]

Je vous demande, Messieurs, une demande en prestation de denrées pour la subsistance de l'armée du Danube dont le remboursement Vous sera fait par le Gouvernement français.

Je ne doute pas que d'après la bonne intelligence qui existe entre S. A. le Margrave de Bade et la République Vous ne Vous empressiez pas d'y déférer et de donner cette preuve de Votre attachement à une nation amie[1]. . . .

Abschrift.

---

279. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 1. April 1799.

[Beschwerde über die Requisitionen. Befürwortung durch die französischen Gesandten.]

Auf die Nachricht von der Requisition im Oberlande eilen Edelsheim und Meier sofort zu den französischen Gesandten und beschweren sich über das Vorgehen Vaillants. Diese finden dasselbe dem Separatfrieden so wenig wie den neuerlichen Zusicherungen des Kriegsministers angemessen und versprechen, den Vorfall zur Anzeige zu bringen[2]. Gleichzeitig läßt Edelsheim eine Abschrift des Requisitionsschreibens dem Gesandten in Paris zugehen, damit dieser dort Beschwerde führe.

---

[1] Die Lieferung soll laut Beilage bestehen in 9000 Zentner Korn, 3000 Ztr. Roggen, 200000 Scheffel Hafer, 45000 Ztr. Heu, 15000 Ztr. Stroh und 1000 Ochsen. Personen und Eigenthum sollen geschont werden, wie es denn Grundsatz der Armee sei, die Einwohner der eroberten Lande (!) eher wie Brüder, als wie Feinde zu behandeln. Falls die Forderung freilich nicht pünktlich erfüllt werde, mache man die Bevölkerung selbst für die Folgen verantwortlich.

[2] Reskript an das Oberamt Hochberg, d. d. Rastadt, 1. April.



280. Note der badischen Subdelegation an die französische Gesandtschaft.

Rastadt, 1. April 1789.

[Protest gegen die Requisitionen und die Bezeichnung: pays conquis. Berufung auf den Separatfrieden.]

Beschwerde über die Requisition Vaillants.

L'énormité de cette demande ne pouvait qu'affecter douloureusement le S^me Margrave qui fera fournir aux besoins de l'armée de la République les avances proportionnées à ses moyens, et il en avait déjà donné précédemment les ordres en conséquence; mais les fournitures demandées au seul pays du Haut-Margraviat ne pourraient pas même être faites par tout l'ensemble des possessions du Margrave; l'impossibilité est trop manifestée, pourqu'elle ait besoin d'être prouvée. Il paraît aussi que le C^en Vaillant, commissaire ordonnateur en chef de l'armée du Danube, est tombé dans une grande erreur relativement aux Margraviats de Bade; il considère le Haut-Margraviat comme pays conquis et assure «que les peuples de ces pays seront traités plutôt en frères qu'en ennemis»; cependant il est notaire qu'il existe un traité particulier de paix entre la République française et le Margrave et ce fait seul s'oppose à considérer aucune partie de ses possessions comme pays conquis. . . .

Bitte um Mittheilung der Beschwerde an die französische Regierung und Abhilfe. Abschrift.

---

281. Edelsheim an Gayling.

Rastadt, 10. April 1799.

[Nothlage im Oberland. Französische Erpressungen.]

Hier sind abermalen die traurigsten Nachrichten aus dem Oberland, und hiernach öffnet sich immer [mehr] die Aussicht zu einer unvermeidlichen Vernichtung des Ganzen, wenn uns die göttliche Vorsehung nicht bald aus diesem wahrhaft verzweifelnden Nothstand ziehet[1]. . . .

---

282. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 11. April 1799.

[Abreise Metternichs. Oesterreichische Truppen in der Nähe. Furcht der französischen Gesandten vor Repressalien und Gefangennahme.]

. . . . Quant à notre position ici, il y a grande apparence qu'elle éprouvera encore quelqu'altération peu après le départ de la plénipotence impériale. Les troupes autrichiennes qui se trouvent dans notre voisinage

---

[1] Während des Rückzuges der französischen Heere wird das Oberland auf's äußerste heimgesucht. Berichte von dort, speciell aus dem Oberamte Rötteln, melden von fortgesetzten Repressalien und Contributionen. Die glatten französischen Proklamationen, meint der wackere Roth, seien keinen rothen Heller werth. Nirgends sehe man einen Kriegscommissär und jeder Officier requirire nach Gutdünken.

se tiennent à vérité fort tranquilles maintenant, mais le jeune Cte de Metternich qui a été aujourd'hui à Gernsbach voir les Szekler qui y sont m'a dit que demain il arriverait deux régiments d'infanterie commandés ainsi que tout ce corps par le général Georger (sic!) qui, si je ne me trompe, est natif d'ici[1].

Je sais de bonne part que les ministres français eux-mêmes présument qu'après le départ du Cte de Metternich[2] on viendra établir ici une place d'armes pour faire dissoudre entièrement l'assemblée de la Députation et ils sentent parfaitement que le procédé de Bernadotte envers les ministres impériaux qui se trouvaient à Francfort, où il n'avait pas même des troupes, fournira un motif de plus aux Autrichiens pour exiger alors aussi l'éloignement des ministres français de Rastadt. Par-dessus cela ils paraissent avoir passablement peur qu'on aille peut-être plus loin encore et qu'on ne les amène à quelque forteresse dans les états héréditaires. Mais cela n'est nullement vraisemblable. . . .

---

283. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 11. April 1799.

[Die französischen Gesandten rufen den landesherrlichen Schutz an. Berathung der Deputation. Wechselseitige Garantie der Neutralität des Congreßortes.]

Auch hat die gestrige Nachricht, daß k. k. Truppen in Kuppenheim, Rothenfels und dasige Gegend einrücken, folglich der Congreßstadt sich bis auf eine Stunde nähern, die Aufmerksamkeit der hiesigen französischen Ministres rege gemacht und sie zur Erklärung gegen uns veranlaßt, sie hoffen außer der hier bestehenden Neutralität insbesondere auch den landesherrlichen Schutz zu genießen und daß man von dieser Seite bei dem Commandanten der k. k. Truppen sich verwenden werde, damit er sie von der Congreßstadt eine hinlängliche Strecke zu ihrer Sicherheit entfernt halte.

Da die hiesige, in der Karlsruher Zeitung bereits aufgehobene Neutralität[3], oder wie man sie nennen mag, und die Sicherheit der französischen Gesandtschaft unter den vorliegenden Umständen nicht sowol auf dem landesherrlichen Schutz,

---

[1] Generalmajor Philipp von Goerger.

[2] Metternich hatte am 8. April der Deputation eröffnet, daß er laut allerhöchster Weisung an den Verhandlungen ferner nicht theilnehmen und alsbald Rastadt verlassen werde. Protokoll, VII, 100. Seine Abreise erfolgte am 13. April.

[3] Die Karlsruher Zeitung vom 10. April brachte die Note Metternichs vom 8. April, in welcher derselbe seine Abberufung anzeigte, mit dem redaktionellen Zusatze, die Neutralität des Congreßortes höre nunmehr auf, zum Abdruck. Die darauf bezüglichen, vielleicht durch die Kemptner Zeitung vom 17. April Nr. 61 veranlaßten ungenauen Angaben bei Helfert, S. 82, hat schon Hüffer, II, 305 Anm. 3 berichtigt. — Der Zusatz rührt nicht von Metternich her; damit wird auch die Argumentation Boehtlingks, Napoleon Bonaparte, II, 381 hinfällig.



als auf völkerrechtlichem Treu und Glauben beruhet, und für dessen Erhaltung zu sorgen uns die Sache der Deputation zu sein geschienen hat, so haben wir, dazumalen die k. Plenipotenz sich der Geschäfte bereits entschlagen, das Direktorium veranlaßt, die Sache in der heutigen Session zur Sprache zu bringen.

Hier ist man, nachdem sie stando in circulo hin und her erwogen und die Beispiele von Wetzlar, von Regensburg nebst anderen mehr angezogen wurden, wo sich die Armee-Commandi an Neutralitätsversprechungen nicht gebunden haben, wenn die Militärdispositionen ein anderes erforderten, dabei stehen geblieben, daß die französischen Ministres, wenn sie nun die Beobachtung der Neutralität von kaiserlicher Seite verlangten, vorerst ihrerseits mit einer Erklärung, daß auch die französischen Truppen sie beobachten würden, vorangehen und dann es dahin einleiten müßten, daß ihre Generalität mit der kaiserlichen darüber convenire, indem es doch hauptsächlich eine von den Militäroperationen und Dispositionen abhängige Sache seie.

Wir haben hiervon dem Secrétaire général Rosenstiel zum Vortrag an die französischen Ministres die Eröffnung gethan; diese glauben aber, daß eine Erklärung, wie von ihnen verlangt werde, in ihrer dieser Tagen unter'm 20. Germinal an den k. Plenipotentiarium abgegebenen Note[1] bereits enthalten seie, und sind bis jetzo beordert und entschlossen, es abzuwarten, daß man sie mit Gewalt entferne. . . .

---

284. Bericht des Oberamts Hochberg an Edelsheim.

Emmendingen, 11. April 1799.

[Franzosen plündern Ihringen. Erbitterung der Bauern. Oesterreichische Requisitionen im Oberlande.]

Französische Truppen sind am 7. April bei Altbreisach über den Rhein gegangen und haben in den Orten am Kaiserstuhl geplündert. Auch die markgräfl. Ortschaften Bickensohl, Bötzingen und Ihringen haben dabei gelitten; vor allem Ihringen, wo es zu groben Ausschreitungen kömmt. Gegenvorstellungen bleiben erfolglos[2]. Die badischen Bauern scheinen trotz der Warnung des Oberamts in ihrer Erbitterung entschlossen, falls die Franzosen wieder kommen sollten, im Verein mit den österreichischen Nachbarn bewaffneten Widerstand zu leisten.

Um das Maß des Elends voll zu machen, ergeht am 7. April von Seiten des Erzherzogs Karl an die vier oberländischen Oberämter die Ordre, binnen vier Monaten für die k. k. Armee 12000 Zentner Mehl, 56000 Metzen Haber und 60000 Zentner Heu zu den i. J. 1796 festgesetzten Lieferungspreisen zu liefern.

---

[1] Note vom 9. April. Protokoll, VI, 101. Der Vorwurf, als ob von ihrer Seite die Sicherheit des Congresses gefährdet werde, wie Metternich in seiner Note vom 8. April unterstellte, wird darin zurückgewiesen.

[2] Aehnliche Klagen kehren wieder; bei einem erneuten Einfall der Franzosen wurden sogar Ihringer Bürger als Geiseln nach Neubreisach geschleppt.



285. Subdelegationsdiarium.

14. April 1799.

[Sorge der französischen Gesandten um ihre Sicherheit.]

Die französischen Ministres sprechen jetzo fast von nichts als von der hiesigen Neutralität und von ihrer persönlichen Sicherheit. Sie finden es sehr unbequem, daß sie sich nicht aus der Stadt entfernen können, ohne zu risquiren, auf eine österreichische Patrouille zu stoßen, und meinen, das sollte nicht sein, sowie auch die französischen Truppen sich immer auf eine beträchtliche Strecke von dem Congreßort entfernt gehalten hätten. . . .

---

286. Subdelegationsdiarium.

15. April 1799.

[Entschiedenes Einschreiten der französischen Regierung gegen die Ausschreitungen ihrer Truppen. Zurechtweisung Vaillants.]

Heute Vormittag haben die französischen Ministres gelegentlich zu erkennen gegeben, daß sie von ihrem Gouvernement auf ihre Vorstellungen gegen die Bedrückungen und Räubereien der französischen Truppen sehr beruhigende Resolutionen erhalten hätten, und gegen Abend kam der Secrétaire général Rosenstiel, der über diese Unthaten den Ausbruch einer Gallenkrankheit besorgt, zu uns, um uns die desfalls eingegangenen Originaldepeschen vorzulegen.

Sie bestehen:

a) in einem Schreiben des Ministre des relations extérieures an die hiesige Gesandtschaft, vom 21. Germinal (10. April);

b) in seinem Berichte an das Direktorium, worin er die Mißhandlungen aus denen Berichten der hiesigen Gesandtschaft mit aller Indignation referirt und die prompte Remedur vorschlägt;

c) in seinem Schreiben an den Kriegsminister vom 19. Germinal, worinnen er diesen auf Ordre des Directorii requirirt, nach seinen genehmigten Vorschlägen das Armeecommando schleunigst anzuweisen;

d) in seiner Antwort an den badischen Gesandten H. von Reitzenstein de eod. dato, worin er ihm auf seine Beschwerungsnote über die ungeheure Requisition des Commissaire Vaillant von der Zurechtweisung desselben Nachricht giebt.

Lit. b enthält die gemessenste Ordre, vorzüglich Baden und Würtemberg wegen der bestehenden Separatfrieden, dann aber auch Pfalz-Baiern, Mainz, Darmstadt, Nassau, Leiningen — hierauf folgt ein et cetera — mit aller nur immer möglichen Schonung, und die zwei ersteren anders nicht als wie Freundeslande zu behandeln, schlechterdings nichts zu fordern, als was die unumgängliche Kriegsnothwendigkeit erheische, keine Requisitionen geschehen zu lassen, als die der Obergeneral selbst anordne, und in allem, was dahin einschlägt, mit der hiesigen französischen Legation Rücksprache zu nehmen.

Diese Ordre ist schon auf die ersteren Berichte der hiesigen Ministres, denen indessen viele andere über die verübten Greuel nachgefolgt sind, gegeben worden und muß schon bei dem Generalcommando eingetroffen sein[1].

287. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 16. April 1799.

[Oberst Barbaczy hat Weisung, nicht vorzurücken. Die französischen Gesandten scheinen sich zu beruhigen.]

D'après les renseignements que le colonel qui commande le corps de Szekler à Gernsbach[2] a donnés verbalement au Cte Stadion sur les lieux même où il est allé lui parler depuis Bade, le connaissant de longue main, il a les ordres les plus précis de se tenir le long des montagnes, d'observer la plaine, mais de ne pas faire le moindre pas en avant[3]. De cette manière il n'est pas question d'occuper Rastadt, comme bien des personnes et même le Cte de Metternich paraissaient s'y attendre.

Les ministres français auxquels je n'ai pas hésité de faire parvenir convenablement cet avis semblent s'être un peu calmés depuis sur les appréhensions qu'ils avaient pour leur sûreté individuelle, croyant pendant quelques jours à peine oser risquer de se promener ici au jardin de la cour. Le ministre Bonnier a le premier rompu la glace, en poussant hier sa promenade jusqu'à Steinmauern. . . .

288. Roth an Gayling.

(Lörrach,) 17. April 1799.

[Ausschreitungen der Franzosen. Bekehrung von revolutionären Gelüsten. Erhaltung der herrschaftlichen Vorräthe.]

Klagen über die Erpressungen der französischen Truppen[4].

„Unsere Revolutionsschurken sind wieder radicaliter geheilt. Die Cur geht aber auch auf Haut und Haar!“ Die herrschaftlichen Vorräthe sind bis jetzt noch gerettet worden; wachse die Noth, werde man damit aber die unglücklichen Bauern unterstützen müssen.

---

[1] Die Bedrückungen und Excesse dauern indeß fort. In den Aemtern Hochberg und Badenweiler wird der von französischer Seite während der Monate März und April zugefügte Kriegsschaden allein für die Gemeinden Ihringen, Haslach und Thiengen (bei Freiburg) auf 31110 fl. 77 kr. berechnet. Badischer Militäralmanach, J. 1861, S. 41. Am 16. April überreichen die badischen Gesandten eine neue Beschwerde.

[2] Der in der Geschichte des Gesandtenmords vielgenannte Oberst Josef v. Barbaczy.

[3] Die Weisung, gegen Rastadt vorzurücken und die Stadt zu besetzen, erging erst am 25. April an den Obersten. Helfert, S. 89.

[4] Nach einem Vorpostengefechte vom 8. April bei Lörrach sind franz. Truppen in die Stadt eingerückt; noch Mitte Mai halten 2000 Mann Lörrach und Umgegend besetzt.

289. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 19. April 1799.

[Belästigung von Gesandten durch österreichische Husaren. Vorfall in Plittersdorf. Die Congreßpolizei incompetent. Vorwürfe von französischer Seite über Saumseligkeit der badischen Behörden.]

Eine Husarenpatrouille hat den würzburgischen Gesandten v. Stadion auf seinem Spazierritte vor der Stadt am Vormittag angehalten, ihn befragt, ob er kaiserlich oder preußisch sei, und trotzdem er sich zu erkennen gegeben, mit sich nach Gernsbach zu führen gedroht: „sie hätten einmal den Befehl nichts durchzulassen und, wen sie anträfen, mit sich zu führen". Als Stadion sie aufgefordert, ihn zur Stadt zu begleiten, wo er ihnen einen Brief an den ihm persönlich wolbekannten Obersten Barbaczy mitgeben wolle, weigern sie sich, da „ihnen jede Erscheinung in Rastadt ausdrücklich verboten seie". Schließlich begnügen sie sich damit, dem Gesandten seine Briefschaften abzunehmen[1]. Nachmittags informiren Dohm und Mandelsloh, die nach Plittersdorf gefahren, auf Ersuchen des Schultheißen Edelsheim von den dortigen Vorgängen. Der Minister ordnet sofort eine Untersuchung durch den Assessor Bordolo an, deren Protokoll er noch gegen Mitternacht erhält[2].

.... Den Nachmittag schickte Directorialis zu mir und ließ mich befragen, ob dieserwegen schon etwas von Seiten der hiesigen Landesstelle geschehen seie, und welcher Erfolg davon erwartet werden dürfte. Ich erwiderte hierauf, daß mir die bisher bekannten Vorgänge nicht dazu geeignet schienen, in die Competenz der Landespolizei gezogen werden zu können, vielmehr aber sowol die Reichsfriedensdeputation als auch das sämmtliche hier anwesende diplomatische Corps sehr wesentlich zu interessiren, und somit auch, was etwa dieserwegen verfügt werden könne und solle, von daher zu erwarten stehen werde[3].

Minister Bonnier ließ sich demnächst ebenfalls bei mir anfagen, ich lehnte aber diesen Besuch höflich ab und begab mich nach einer Weile zu ihm hin, wo ich anfänglich zwar nicht angenommen, bald hernach aber von dem Herrn von Albini, wohin ich mich begeben hatte, abgerufen und durch den Legations-Secrétaire Rosenstiel zu einer förmlichen Unterredung mit den drei vereinigten französischen Gesandten eingeladen wurde, wozu ich mich dann ungesäumt bei Minister Bonnier wieder einfand.

Er führte anfänglich das Wort allein und äußerte in seinem gewöhnlichen, ziemlich aufbrausenden Ton, doch ohne irgend einen beleidigenden Ausdruck, der gesammten französischen Legation äußerstes Befremden, daß ich noch bis dahin keine officielle Anzeige von allem, was sich in Ansehung der kaiserlichen Patrouille in diesem Tage zugetragen habe, an die Reichsfriedensdeputation abgestattet und sie dadurch behindere, über einen so wichtigen Gegenstand in Zeiten zu deliberiren und die desfalls nöthigen Maßregeln zu ergreifen; man hätte vielmehr erwartet, daß von Seiten der Landesstelle schleunige Maßregeln würden verfügt werden,

[1] Hüffer, II, 30 ff.
[2] Abgedruckt: Protokoll, VI, 113. Helfert, S. 85.
[3] Vergl. die Erklärung Albini's, Protokoll, III, 196.

um alles behörig aufzuklären und dem besonderen Vertrauen, welches die französische Republik auch dadurch Ew. ꝛc. bezeugt hätte, Ihren Landen, einer Ihrer Residenzstädte, sozusagen das Dépôt ihrer gesammten Reichsfriedenslegation anzuvertrauen, vollständig zu genügen. Da sie aber aus dem gegenwärtig sorglosen Benehmen eine hinreichende Ueberzeugung hiervon zu schöpfen nicht vermöge, so sehe sie sich ermüßiget, mir eigens aufzutragen, Ew. ꝛc. von allem, sowie auch von der eben erwähnten ersten Aeußerung so schleunig als möglich Bericht abzustatten und inzwischen gleichwol die näheren legalen Untersuchungen zu veranlassen. Uebrigens wundere Herr von Albini selbst sich darüber, daß ich noch nichts dieserwegen an die Deputation hätte gelangen lassen, und es seie der französischen Legation bekannt, daß er mir dieses habe bemerken machen. Nachdem ich nun den Minister Bonnier ganz ruhig bis an's Ende angehört hatte, erwiderte ich vorderſamst die letztere Angabe verneinend, in Ansehung des übrigen versicherte ich ihn aber, daß, wenn er meinen vorhinigen Besuch anzunehmen für gut befunden hätte, so würde er sich aus demjenigen, was ich ihm gleich damalen zu hinterbringen willens gewesen wäre, leicht überzeugt haben, daß er sich einen großen Theil der mir gemachten Vorwürfe vollkommen hätte ersparen können, indem, was von unserer Seite nur immer thunlich gewesen wäre, bereits geschehen seie und eingeleitet worden, auch fernerhin verfügt werden würde. Der Ministre J. Debry stimmte ziemlich in den nämlichen Ton mit Ministre Bonnier ein, Roberjot aber sagte kein Wort dazu und schien den exasperirten Aeußerungen seiner beiden Collegen keinen sonderlichen Beifall zu gewähren. Indessen muß ich doch ihnen das gerechte Zeugniß geben, daß beide erstgedachte sich deutlich erklärten, wie sie weitentfernt seien, nur den Gedanken zu hegen, als ob von Ew. ꝛc. erwartet werden könnte, daß Höchstdieselbe den Unternehmungen der kaiserl. Truppen durch einige, in jedem Betracht sehr unzureichende und daher ganz überflüssige Wehrmittel sich widersetzen sollten; allein was immer zu beruhigenden Aufschlüssen führen könne, würden Ew. ꝛc. gewiß gerne von Ihrer Seite befördern sehen.

Am Ende waren wir in den Hauptgrundsätzen ziemlich übereinstimmend und wir schieden bis auf weiteres sehr höflich von einander. . . .

290. General Masséna an die französische Congreßgesandtschaft.

Basel, 2 Floréal an VII (21. April 1799).

[Untersuchung der badischen Beschwerden. Zusicherung schonender Behandlung.]

Beantwortet die Zuschriften vom 28 und 29 Germinal, die Requisitionen in Baden betreffend. Er habe eine Untersuchung der Beschwerden angeordnet und Weisung ertheilt, «de traiter les pays en paix avec la République française et ceux qui se sont bien conduits à son égard avec les ménagements prescrits par notre gouvernement». Bedauert die Vorfälle, dieselben gehören aber einer Zeit an, wo das Commando der Donauarmee in anderen Händen lag[1].

[1] Masséna hatte an Stelle Jourdans den Oberbefehl über die nunmehr mit der helvetischen vereinigte Donauarmee übernommen.

291. Note der badischen Subdelegation an die französische Congreßgesandtschaft.

Rastadt, 23. April 1799.

[Erneute dringende Klagen über die Ausschreitungen der Truppen. Wachsende Erbitterung des verzweifelten Volkes. Die Verantwortung für etwaige Folgen wird abgelehnt.]

Autant l'assurance flatteuse des ordres précis émanés de la part du Gouvernement français, pour procurer aux Margraviats de Bade les soulagements et ménagements dûs à un pays ami, avait fait concevoir un espoir consolant, autant l'expérience douloureuse et journalière de la rigueur la plus soutenue, des excès de tous les genres et des traitements les plus durs, que les troupes de la République ne cessent d'y exercer, est faite pour pénétrer des sentiments les plus pénibles à cet égard.

Tous les endroits des grands-baillages de Rœtteln, de Hochberg, de Mahlberg, d'Yberg et des baillages de Stauffenberg et de Schwarzach, occupés par elles, sont les tristes victimes des maux susmentionnés, et hélas! le malheureux village de Ihringen — porté par un second pillage au comble du désespoir, s'est avisé d'opposer aussi de son côté la force pour se soustraire à des traitements vraiment inouis.

L'on croit devoir épargner aux citoyens ministres plénipotentiaires l'énumération de tous les nouveaux excès qui viennent d'être commis, qui ne sont que la continuation aggravée de ceux qui leur ont déjà été dénoncés et qui ont fait naître en eux la plus juste indignation.

Les soussignés d'après les ordres spéciaux du Margrave se bornent maintenant à leur représenter:

Que S. A. S. étant pénétrée de la certitude de l'improbation du Directoire exécutif de la République française à l'égard des excès et vexations commises à son insçu et contre sa volonté prononcée, Elle doute aussi peu qu'il voudra bien considérer dans sa sagesse, que la prolongation des maux aussi insupportables qu'inattendus d'après les traités existants ne peut manquer de porter à la fin les habitants qui en sont les malheureuses victimes à l'excès du désespoir; et que, si alors réduits à la plus affreuse misère ils deviennent enfin sourds aux représentations les plus instantes de leur préposés et croient ne plus voir de salut que dans l'opposition de leurs propres forces, le Directoire exécutif de la République française dans sa justice et à la vue d'un désespoir provoqué par des malheurs auxquels — au mépris de ses ordres — on n'a encore porté aucun remède, ne peut l'interpréter ni comme un doute de l'intention inaltérable de S. A. S., de remplir avec la plus scrupuleuse exactitude les engagements qu'Elle a contractés avec la République, ni comme une malveillance de la part de ses sujets. . . .

Erneutes dringendes Ersuchen, das Direktorium «aussi promptement que l'exige l'urgence des circonstances» zu durchgreifender Abhilfe zu veranlassen.

Concept.

---

292. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 23. April 1799.

[Unsicherheit des Congreßortes. Auflösung des Congresses. Gegenbemühungen vereitelt.]

Die Erklärung des Obersten Barbaczy, daß er die ungestörte Sicherheit des diplomatischen Corps nicht garantiren könne, da Rastadt nicht mehr als Congreßort zu respektiren sei[1], veranlaßt eine Conferenz. Der kursächsische und würzburgische Gesandte zeigen ihre Abberufung an. Baden erklärt, die Deputation bestehe so lange fort, als ihre Vollmacht vom Reiche nicht zurückgenommen und zwei Drittel ihrer Mitglieder anwesend seien; wegen der Unsicherheit möge man sich an das k. k. Generalcommando wenden[2]. Aehnlich votiren Baiern, Hessen-Darmstadt und Frankfurt. Da aber auch Albini und der Delegirte von Bremen, Freih. von Reden, ihre Abreise ankündigen, mithin die erforderlichen zwei Drittel nicht mehr vorhanden, bleibt den übrigen Gesandten nichts anderes übrig, als in die Auflösung des Congresses einzuwilligen[3]. „Damit haben nun die 17monatlichen, beschwerlichen und kostbaren[4] Unterhandlungen ein fruchtloses, betrübtes Ende."

---

293. Subdelegationsdiarium.

24. April 1799.

[Französische Ausschreitungen in Kehl. Fortdauernde Belästigung durch österreichische Patrouillen.]

.... Das Dorf Kehl klagt uns schriftlich seine Noth und sucht Hilfe[5]. Wir antworten ihm sogleich, können aber nicht helfen, nur trösten, und selbst das nicht, da wir selbst trostlos sind. ...

Neue Belästigungen. „Eine starke kaiserliche Patrouille ist diesen Nachmittag durch die Stadt und eine andere um die Stadt gegen Plittersdorf gezogen, wodurch die französischen Couriers hier abermalen zurückgehalten werden."

---

[1] Protokoll, VI, 117.

[2] Das badische Votum drückt diesen Wunsch allerdings sehr verblümt aus. Protokoll, III, 207.

[3] Protokoll, III, 208 ff. Hüffer, II, 309 ff.

[4] Der Gesammtaufwand der badischen Subdelegation und ihres Personals während des Rastadter Aufenthalts wird auf 12633 fl. 53 Kr. berechnet. Subdelegationsbericht v. 6. Mai. — Zum Vergleiche: Albini's Gesammtkosten im Betrage von 36549 fl. Hüffer, I, 53 Anm.

[5] Der Schultheiß berichtet, aller Mundvorrath, Früchte 2c. sei von den Franzosen bei ihrem Einrücken weggeschleppt, die Saaten ruinirt, auf den Feldern Schanzen aufgeworfen worden. Die Einwohner flüchten mit dem Vieh in die Nachbarorte. Bericht vom 23. April.

294. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 24. April 1799.

[Französische Vorwürfe wegen Auflösung des Congresses, auch gegen Baden. Mäßigung Roberjots.]

Voilà donc le dénouement de ce malheureux Congrès! Quoiqu'en dise Mr. le Baron d'Albini, qui nous assurait à la Députation que les ministres français étaient entrés fort raisonnablement dans toutes ses raisons, ils n'en sont pas moins outrés et particulièrement contre lui. On prétend que leurs injustes préjugés à son égard vont maintenant jusqu'à le soupçonner d'avoir fomenté secrètement l'insurrection des paysans de l'Odenwald. Je ne suis pas épargné non plus par Bonnier, pour n'avoir pas engagé V. A. S. à faire des choses impossibles pour garantir la prolongation ou la permanence de la légation française au lieu du Congrès contre toutes les infractions de son inviolabilité. Jean Debry s'exaspère aussi quelquefois à ce sujet, Roberjot seul est juste et raisonnable .... Quoiqu'il en soit, ils partiront successivement, on croit même que Jean Debry fera dès ce soir le commencement du débouché. ...

---

295. Die französische Congreßgesandtschaft an Karl Friedrich.

Rastadt, 6 Floréal an 7 (25. April 1799).

[Verabschiedung. Dank für die gastfreundliche Aufnahme.]

Prince!

La Députation de l'Empire Germanique ayant déclaré que le défaut de sûreté, de tranquillité, de liberté, et l'état d'oppression où elle se trouve, la mettait dans l'impossibilité de continuer, quant à présent, les négociations pour la paix avec la République, nous nous voyons forcés de quitter Rastadt.

Aux regrets, que nous cause cet événement inattendu, nous joignons et nous portons avec nous le souvenir précieux de l'accueil bienveillant, de l'hospitalité généreuse que nous avons reçus dans les états de V. A. S. Nous eussions préféré sans doute en confondre l'expression avec les sentiments que la conclusion de la paix entre la France et l'Empire eût excités en nous. Mais sans renoncer à ce dernier espoir, et quelque soit la gravité des circonstances pénibles qui semblent l'éloigner, il nous sera doux d'avoir été Vos obligés; il nous l'est en ce moment de le reconnaître et de Vous offrir l'hommage d'une reconnaissance que le Gouvernement francais partage. ...

---

296. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 26. April 1799.

[Gefangennahme eines französischen Curiers. Vergebliche Gegenvorstellungen von preußischer und badischer Seite. Voraussichtliche Anrufung der Intervention des Markgrafen bei dem Erzherzoge Karl.]

Am 25ten abends trifft in Rastadt die Nachricht von der Gefangennahme des französischen Curiers Lemaire ein. Die badischen Subdelegirten, eben im Begriffe zu berathschlagen, was zu thun sei, werden von Dohm und Jacobi davon in Kenntniß gesetzt, daß die französischen Gesandten ihre, die preußische, Vermittelung nachgesucht haben. Sie fragen an, ob und wie weit Baden an event. Schritten theilzunehmen gedenke. In der Ueberzeugung, nicht unthätig bleiben zu dürfen, erklären Edelsheim und Meier sich bereit mitzuwirken. Man kommt überein, den preußischen Legationsrath v. Bernstorff und den Landvogt von Drais nach Gernsbach abzusenden und nicht nur die Freilassung des Curiers, sondern auch Garantieen für die sichere, ungefährdete Abreise der französischen Bevollmächtigten zu fordern. Edelsheim theilt den Entschluß den letzteren mit; da diese seine persönliche Mitwirkung wünschen, begiebt er sich selbst an Stelle von Drais am 26ten früh 5 Uhr mit dem Grafen Bernstorff nach Gernsbach.

Oberst Barbaczy ist indeß nicht zu bewegen, „über die Fragen, in welcher Absicht und auf welche Ordre er gehandelt habe, einen Aufschluß, noch für die Zukunft einige Versicherung zu geben“, er habe über den Vorfall lediglich seinen Vorgesetzten zu berichten und deren Ordre abzuwarten[1].

Verlegenheit der französischen Gesandten.

Falls keine beruhigende Antwort einlaufe, dürften sie voraussichtlich den Markgrafen ersuchen, sich bei dem Erzherzoge Karl schleunigst für ihre ungestörte Abreise zu verwenden. „Es läßt sich aber auch noch ein anderer Ausweg gedenken, der unsere Besorgnisse nur vermehrt und nicht vermindert.“

---

297. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastatt, 26. April 1799.

[Verzicht der französischen Gesandten auf militärische Hilfe von Straßburg. Besorgniß einer Sinnesänderung.]

Verweist auf den Subdelegationsbericht. Die französischen Gesandten haben seine Bemühungen bei Barbaczy mit Dank anerkannt.

En attendant les ministres français resteront vraisemblablement ici. Toutefois il se peut fort bien qu'ils adoptent maintenant la proposition du commandant de Strasbourg d'envoyer ici une force armée suffisante pour les délivrer.

Parmi les dépêches qu'on a enlevées au courrier français il s'en trouve une par laquelle les ministres exhortent le commandant de Strasbourg de ne pas faire pour tout au monde la moindre démarche — ni même démonstration pour les tirer d'ici.

---

[1] Vergl. Authentischer Bericht von dem an der französischen Friedensgesandtschaft bei ihrer Rückreise von dem Congreß in der Nähe von Rastatt verübten Meuchelmord 1799. Neuer Abdruck. Karlsruhe 1869. S. 2 u. 23.



298. Subdelegationsdiarium.

27. April 1799.

[Man widerräth den französischen Gesandten, vorerst abzureisen. Widerstand und Gegenbedingungen der letzteren.]

Edelsheim und andere Subdelegirte rathen den französischen Gesandten dringend, „die Reise nicht zu unternehmen, ehe die erzherzogliche Resolution eingelangt sei, die in dieser Nacht eintreffen kann, indem sie solche hier sicher erwarten können, die Verlegenheit aber sehr vermehret ...., wenn ihnen auf der Reise eine Unannehmlichkeit widerfahren sollte".

Weil sie aber öffentlich erkläret haben, daß sie morgen abzureisen sich festgesetzt hätten, so waren sie gesonnen, in einer Note zu deklariren, daß sie ihrem Wort getreu, die Reise unternehmen und das Reich für jeden Insult verantwortlich machen würden. Jedoch haben sie auf ferneres Zureden geneigt geschienen, die Antwort abzuwarten, wenn man sie schriftlich darum ersuche, somit ihnen einen Beweis an die Hand gebe, daß sie nicht aus eigener Bewegung, sondern auf die Vorstellung von andern ihren Entschluß geändert hätten.

Zu diesem schriftlichen Ersuchen haben aber die preußischen Gesandten keine sonderlichen Lusten ....

---

299. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastatt, 27. April 1799.

[Reisevorbereitungen der Franzosen. Überlassung von Pferden aus dem markgräfl. Marstall. Anerkennung der Verdienste Rosenstiels durch ein Ehrengeschenk.]

Eine Antwort des k. k. Generalcommandos ist noch nicht eingetroffen, wird aber vermuthlich noch heute überbracht.

.... Les ministres français y comptent avec tant de confiance et doutent si peu qu'elle ne soit satisfaisante et favorable, qu'ils persistent dans leur dessein de partir d'ici demain dans la matinée. Cependant pour être bien sûrs de pouvoir partir à la fois et sans dépendre des retards accidentels qu'ils pourraient éprouver, en se servant de la poste, ils ont donné à connaître qu'ils m'auraient une obligation particulière, si je voulais m'employer à leur faciliter les moyens pour sortir des états de V. A. S., n'en ayant pas d'autres heureusement à traverser pour arriver sur le territoire de la République .... Il faut enterrer la synagogue avec honneur, je pense, et il ne vaut pas la peine pour sept chevaux de plus ou de moins qui n'auront pas à courir plus loin que jusqu'à Plittersdorf, de désobliger les citoyens ministres plénipotentiaires d'une grande République qui restera toujours notre voisine. J'ai été si pénétré de la nécessité indispensable où V. A. Se trouve de condescendre à l'accomplissement de ce désir à la vérité un peu indiscret que j'ai cru remplir Ses gracieuses intentions, en me chargeant de bonne grâce de cet arrangement .... Ensuite je ne puis pas refuser au secrétaire Rosenstiel la



justice que dans toutes les occurences il s'est toujours employé avec zèle et empressement à tout ce qui a pu concerner les intérêts de V. A. S. et du pays et que sans lui et ses services empressés nous aurions été souvent fort embarrassés et bien peu secondés par ses supérieurs. Il n'a pas été assez heureux, pourque l'effet ait toujours répondu entièrement à son attente, mais nous lui devons toujours une reconnaissance bien fondée pour les soins actifs qu'il n'a jamais manqué d'employer pour faire réussir nos vœux et nos réclamations et pour leur donner la suite la plus prompte possible. . . .

Je soumets donc à la sagesse de V. A. S., si Elle jugerait peut-être à propos de lui faire remettre une marque de reconnaissance ou de soi-disant souvenir, p. e. d'une boîte d'or de 60 à 70 Louisd^r ou environ? Si Elle daignait s'y résoudre, il faudrait m'envoyer ce cadeau ce soir, car il ne se trouve rien ici dans ce genre dont on puisse faire l'emplette. . . .

11. Der Rastadter Gesandtenmord. April—Juli 1799.

300. Subdelegationsdiarium.

28/29. April 1799[1].

[Die Katastrophe vom 28. April. Verhalten der badischen Subdelegirten.]

Der Sicherheit wegen hat Albini nochmals sich bezüglich der Abreise der französischen Gesandten an den Obersten Barbaczy gewandt. Abends gegen 7 Uhr erst kommt die Ordonnanz zurück, mit ihr ein kais. Officier, der Edelsheim eröffnet, die Stadt werde unverzüglich besetzt werden. Dies geschieht kurz darauf durch 60 Szekler Husaren. Ein zweiter Officier überbringt zugleich Schreiben an Albini[1] und die französischen Gesandten, in welchem die letzteren aufgefordert werden, binnen 24 Stunden Rastadt zu verlassen; sie erhalten indeß von dem Officier „die mündliche Zusage ihrer Sicherheit". Sie setzen sich in Reisebereitschaft, nach 8 Uhr erfolgt die Abfahrt. Am Rheinauer Thor weigert sich die Wache, sie passiren zu lassen. Man schickt hin und her, die Gesandten begeben sich zu Fuß zu Albini und erst nach einem Aufenthalt von 1½ Stunden können sie ihre Reise fortsetzen. Noch ehe die Wagenreihe jedoch die Rheinauer Brücke erreicht, werden sie von „dort flanquirenden Husaren" überfallen.

.... Der ligurische Gesandte[2] als der letzte im Zug rettete sich zuerst und stürzte mit seinem Gefolge in unser Quartier mit der Anzeige von dem, was vorgehe. Wir eilten zum Herrn von Albini und den andern noch anwesenden meistens versammelten Gesandten. Unter der Thüre wurden wir von den zwei Bedienten des Ministre Bonnier angeschrieen, daß ihr Herr ermordet werde oder ermordet seie. Das erste war nun, bei dem Commandanten, der zum Unglück vor dem Ettlinger Thor in der „Laterne" logirt, schleunige Hilfe zu suchen. Dem Herrn von Albini mit dem H. Major von Harrant[3] glückte es zuerst, durch einen kurzen Weg dahin zu gelangen. Alle übrigen Gesandten wurden über eine halbe Stunde am Thor aufgehalten .... Noch am Ettlinger Thor wurde uns gemeldet, daß der Bediente des Secrétaire Rosenstiel und bald darauf

---

[1] Die Angabe des Diariums ist unrichtig; bei Albini handelte es sich nur um mündlichen Auftrag. Hüffer, II, 313 ff.

[2] Boccardi.

[3] Valentin von Harrant, Platzcommandant zu Rastadt, später Oberstcommandirender der badischen Truppen in den Feldzügen von 1805 und 1809. v. Weech, Badische Biographien, I, 333.

er selbst in unserm Quartier[1] angekommen seie. Ich, Geh. Rath Meier, ging eilends dahin zurück und fand ihn in dem allertraurigsten Gemüthszustand. Wir brachten ihn mit Mühe zu Bett, bald versammelte sich da das ganze Gesandtschaftspersonale, und nach und nach kam er wieder so zu sich, daß er seinen Angriff, und wie er sich durch den Schloßgarten herein salvirt habe, erzählen konnte.

Gegen Mitternacht bringt Major von Harrant die Wagen mit den Damen der Gesandtschaft zurück; die Husaren wollen dieselben weiter transportiren, stellen sie dann aber auf Befehl beim Ettlinger Thor auf, „wo sie stark geplündert der hiesigen Stadtwache übergeben wurden".

(29. April.) In der Frühe ist Jean Debry „schwerverwundet" in das Quartier des Grafen Görtz gelangt. Auf Vorstellung der noch versammelten Gesandten bewilligt Oberst Barbaczy zur Sicherheit des französischen Gesandtschaftspersonals bei der Abreise eine Eskorte. Die Abfahrt erfolgt nachmittags 2 Uhr. Beim Abschied „sahe und hörte man nichts als Thränen und Seufzer". Major von Harrant geleitet die Reisenden mit einem Commando badischer Husaren.

Jean Debry, dem unter anderm 626 Louisdor aus seiner Tasche geraubt wurden, stellte uns ein rouleau von 100 Louisdor zu, um sie unter die hiesigen Armen zu vertheilen[2], zu welchem Ende wir sie dem hiesigen Oberamt und der Polizei übergeben haben.

Es ist ein Glück für die hiesige Stadt und Land, daß er und Rosenstiel gerettet worden sind. Sie werden nun, und wir haben sie darum auf's allerinständigste gebeten, auch die heiligste Zusage von ihnen erhalten, am glaubwürdigsten bezeugen, daß die hiesige Inwohnerschaft an dem in ihrem Stadtbezirk begangenen Frevel ohne Beispiel unschuldig seie, also auch keine Rache dafür zu befahren haben solle, als worüber die Stadt in großen Aengsten ist und durch einen Rathsausschuß unsere Fürsprache besonders verlangt hat. . . .

Die vier herrschaftlichen Postillione werden „als die fast einzigen Augenzeugen" über ihre Wahrnehmungen sofort amtlich summarisch zu Protokoll vernommen[3].

Außer der Chaise des Ministre Bonnier hat man noch einige zerstreute Effekten desselben theils vorgefunden, theils vom Rittmeister extradirt erhalten, welche das Oberamt in Verwahr nehmen und ad inventarium bringen wird. Die vielen Briefschaften und Skripturen aber, nebst verschiedenen Chatoullen, Portefeuilles und dergleichen hat er alles Bittens ohngeachtet nicht herausgeben wollen, sondern vorgegeben, daß er dazu Ordre erwarten müsse. Viele davon sind bereits nach Gernsbach abgeschickt. Rosenstiel verliert unter anderm einen ganzen Koffer voll wichtiger Akten, worin auch 200 Louisdor in Silber waren.

---

[1] Dem Oberforsthaus; damit fällt auch der angebliche Widerspruch der Aussagen Rosenstiels mit den Angaben bei Eggers, Briefe über die Auflösung des Rastadter Congresses I, 375, auf den Boehtlingk zum Theil seine Verdachtsgründe gegen Rosenstiel stützt, hinweg. A. a. O. II, Nachwort zur zweiten Ausgabe, S. 61.

[2] Frau Debry, nach dem „Auth. Bericht" S. 18.

[3] Das Protokoll, welches der badische Hofrath Posselt aufnimmt, s. Authentischer Bericht &c., S. 45–49.

Wäre die heutige Antwort des Commandanten in Gernsbach nicht günstig ausgefallen, so hätten die Gesandten sich unmittelbar an des Erzherzogs Karl K. Hoheit gewendet und von S^{mo} nostro ein gleiches erwartet. . . .

301. Edelsheim an Karl Friedrich.

Rastadt, 29. April 1799.

[Der Gesandtenmord.]

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht vermag ich den Schmerz [nicht] auszudrücken, mit welchem ich Höchstdenselben die unbegreiflichst traurige Scene anzeigen muß, die wir gestern Abend hier zu erleben das Unglück hatten.

Nachdem den französischen Ministern abends gegen 7 Uhr der Befehl von dem Vorpostencommandanten H. Oberst der Szeklerhusaren zugegangen war, binnen 24 Stunden Rastadt zu verlassen, und sie darauf sich entschlossen, sogleich abzureisen, mittlerweile diese Truppen dann die Stadt besetzt hatten, und niemand anders als eben diese französischen Minister auspassiren lassen zu dürfen, an allen Thoren sich erklärten, so wurde dann auch wirklich die Abreise, zu welcher man eine Eskorte vergeblich gebeten hatte[1], bei Fackeln angetreten. Kaum waren sie aber halbweg der Rheinaubrücke gekommen, so wurden sie von einer Abtheilung zu Pferd überfallen, jeder der 3 Minister aus ihren Wagen gezogen, sodann, — soviel man bis jetzt zuverlässig weiß, Bonnier und Roberjot in Stücke gehauen, ihre untröstlichen Weiber resp. Töchter aber unter bedeutender Eskorte wieder hierher gebracht. Die Wägen mit allem Gepäcke, was sich nicht etwa unterwegs davon verloren haben mag, sollen heute nach Gernsbach gebracht werden. Herr Major von Harrant und Graf Solms haben heute frühe die Erlaubniß erhalten, die todten Leichname von der Landstraße wegbringen zu lassen und den Minister J. Debry, der noch nicht gefunden ist, vielleicht von dem Tode zu retten[2]. Sämmtliche hier anwesenden fremden Gesandten begaben sich, sobald man dies unerklärbare Unglück erfuhr, sogleich zu dem Husarenrittmeister, der vor dem Thor in der „Laterne“ sich aufhält, und bewirkten, aber leider nachdem die Katastrophe schon vorbei war, eine Eskorte für die zurückgekommenen Familien der Minister. . .

Sekretär Rosenstiel hat sich zwar selbst hierher geflüchtet, war aber wenigstens gestern Abend bis nach Mitternacht abwechselnd ganz wahnsinnig. Die Damens des noch vermißten J. Debry hat die Frau des hannöverischen Gesandten B^{on} von Reden, nachdem sie anfänglich wieder auf das Schloß gebracht worden waren, wo meine Frau sie so gut als möglich assistirte, zu sich in's Haus genommen. Die unglückliche Roberjot aber liegt bei der preußischen Gesandtin von Jacobi und bekömmt eine Ohnmacht über die andere. Gott stehe uns bei!

---

[1] Auch eine Eskortirung durch badische Husaren unter dem Hauptmann von Bothmer hatte der österr. Rittmeister abgelehnt. Bericht Bothmers an Karl Friedrich, 29. Apr. 1799.

[2] Der Bericht ist, wie Edelsheim bemerkt, früh morgens niedergeschrieben; gegen 7 Uhr hat sich Debry bekanntlich bei Görtz eingefunden.



302. Subdelegationsbericht.

Rastadt, 29. April 1799.

[Rückkehr der badischen Subdelegirten nach Karlsruhe.]

.... Da noch heute Abend .... sämmtliche noch hier anwesende, reichsständische Gesandten bis auf zwei, die morgen früh nachfolgen werden, von hier abgereist sind, so werden wir morgen ebenfalls zurückkehren, und es wird uns in unauslöschlichem, traurigem Angedenken verbleiben, was wir in 17 beschwerlichen, sorgenvollen Monaten, besonders aber in den letzteren und vollends am Beschluß des fruchtlosen Congresses erfahren haben.

Ueber unser Betragen haben wir mit jedem Tag Nachricht und Rechenschaft gegeben. Wir gehen mit der innern Ueberzeugung zurück, daß wir uns gewissenhaft, treu und eifrigst beflissen haben, die uns obgelegenen Pflichten zu erfüllen, und trösten uns daneben mit der Hoffnung, daß unser Benehmen Ew. Hf. D. wenigstens nicht mißfällig gewesen seie....

---

303. Legationsrath v. Hoffmann an Reichsschultheiß Spinner zu Zell a. H.

Rastadt, 29. April 1799.

[Gerüchte über den Gesandtenmord.]

Bericht über die Ermordung.

.... Ueber die Ursachen der Begebenheit hat man noch nichts gewisses, bald wird sie einer Wiedervergeltung, die an ermordeten k. k. oder toskanischen Gesandten und Parlamentärs verwirkt worden sei, bald einer Verrätherei zugeschrieben, welche die französischen Minister von hier aus in der k. k. Armee angesponnen und welche die Papiere des neulich aufgefangenen Curiers verrathen hätten. Doch ist auf keine dieser Sagen zu bauen.

---

304. Subdelegationsdiarium.

30. April 1799.

[Dank der Geretteten. Der Wittwe Roberjot wird gastfreundliche Aufnahme in Karlsruhe angeboten.]

Jean Debry und Rosenstiel haben durch die zurückkehrenden Postillione nochmals ihren Dank bezeugen lassen, mit der Versicherung, ihre erste Sorge werde sein, „zu verhüten, daß nie an der unschuldigen Stadt, wo die französische Gesandtschaft mißhandelt worden, eine ungerechte Rache ausgeübt werde“.

... Meine, des Ministre von Edelsheim, Frau hat der Frau Roberjot, die von einer Ohnmacht in die andere gefallen ist, anerboten, sie, wenn sie die Reise nach Frankreich Schwachheitshalber nicht unternehmen könne, mit sich nach Karlsruhe zu nehmen und bestens zu verpflegen, allwo sie übrigens auf S^{mi} kräftigste Protektion sicher zählen könne.

Sie hat das Anerbieten mit dem verbindlichsten Dank abgelehnet, und ihr Begleiter, der ligurische Gesandte von Boccardi, hat mit ebensoviel Rührung

hinzugesetzt, daß, wenn er dieses gerettete Schlachtopfer dem französischen Gouvernement präsentire, er auch jenes menschenfreundliche Anerbieten dankbar anzurühmen sich verpflichtet halte. . . .

305. Hofrath Oehl an Fürstbischof Wilderich v. Speier[1].

Bruchsal, 1. Mai 1799.

[Gerüchte über den Gesandtenmord. Verdächtigung der Dienerschaft.]

Der Malthesercommandeur v. Pfirdt[2] erzählt in Bruchsal, man sei in Rastadt allgemein erstaunt, daß keiner der Kutscher und Bedienten, ja selbst nicht die Insassen der Wagen anzugeben wüßten, wer den Ueberfall verübt habe, ob es Soldaten gewesen und wie viele und wie die vielen Fackeln, welche die Diener getragen, zu gleicher Zeit ausgelöscht worden seien. Die Wittwe Roberjot habe mitgetheilt, während ihr Mann von ihrer Seite aus dem Wagen gerissen worden, sei sein Kammerdiener in den Wagen gesprungen und habe ihr die Ohren zugehalten, damit sie das Röcheln des Sterbenden nicht höre[3]; ob aus „Mitleid oder aus Mitschuld", wisse man in Rastadt nicht. Auffallend sei, daß der Ueberfall so nahe bei Rastadt stattgefunden, „anstatt daß fremde Mörder den Wald bei Plittersdorf über der Murg noch füglicher hätten benutzen können", daß ferner niemand aus dem Gefolge verletzt worden. Der k. k. Officier habe sich entschieden geweigert, die Gesandten zur Nachtzeit reisen zu lassen, und sie dringend gebeten, den Tag zu erwarten[4], und sich erst gefügt, als sie hartnäckig auf der Abreise bestanden. Der Umstand, daß kurz vorher der Kammerdiener der beiden Boccardi seine eigenen Herren habe ermorden wollen[5], sowie das „Mißvergnügen der französischen Bedienten mit ihren Herren" gebe im Zusammenhang mit den obigen Mittheilungen zu denken.

306. Sekretär Belin[6] an Edelsheim.

Straßburg, 13 Floréal an 7 (2. Mai 1799).

[Dankesbezeugungen. Verschiedene Anliegen.]

Dankt im Auftrage von Debry für die freundlichen Bemühungen Edelsheims bei der Abreise. Debry ist fast fieberfrei, er wird in einigen Tagen wieder ausgehen können.

---

[1] Helfert hat eine Abschrift des Berichts gekannt u. benützt. A. a. O. S. 110.

[2] Der spätere badische Gesandte in Paris, Bailli de Ferette. Es braucht wol nicht bemerkt zu werden, daß die folgenden Angaben vielfach unrichtig sind. Der Bericht ist aber charakteristisch, insofern er zeigt, wie rasch der thörichtste Klatsch entstanden und Verbreitung gefunden, mit welcher Vorsicht daher alle Nachrichten, die nicht nachweislich von Augenzeugen herrühren, aufgenommen werden müssen.

[3] Vergl. die Aussage des Kammerdieners im „Authent. Bericht", S. 12.

[4] Die Angabe findet sich, soweit ich sehe, nur noch in der ziemlich seltenen Flugschrift: „Nähere Nachricht über das traurige endliche Schicksal der französischen Friedensgesandten in Rastadt. Mai 1799", die augenscheinlich durch die Darstellung v. Pfirdts vielfach inspirirt ist; nach allem, was wir sonst über Burckhards Verhalten wissen, ist diese Nachricht durchaus unglaubwürdig.

[5] Die badischen Akten, auch die der Polizeicommission, die darüber sicher Aufschluß geben müßten, wenn die Angabe richtig wäre, enthalten nichts von einem solchen Plan. Ein Diebstahl, den ein paar Wochen früher ein Bedienter des ligurischen Gesandten bei seinem Herrn verübt, und dessen Bestrafung scheint zu solchem Gerede aufgebauscht worden zu sein.

[6] Privatsekretär von Jean Debry.

Ersucht um Uebersendung der Originalporträts der beiden ermordeten Gesandten, die sich in der Decker'schen Buchhandlung finden, an Debry, «pour qu'il les fasse graver à son retour à Paris», des weiteren um eine Copie der Antwort, die der Markgraf auf das Abschiedsschreiben der französischen Gesandtschaft erlassen[1].

307. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 3. Mai 1799.

[Berichte über den Gesandtenmord. Verhalten des Markgrafen. Schreiben an Kaiser und Erzherzog. Widerstand gegen die badischen Behörden.]

Das Oberamt Rastadt übersendet mit dem Bericht über den Gesandtenmord vom 30. April das Protokoll über den Leichenbefund; gleichzeitig werden der von den zu Karlsruhe versammelten Gesandten verfaßte „Authentische Bericht", sowie schriftliche Gutachten der Geh. Räthe Seubert und Brauer, die von badischer Seite einzuschlagenden Wege betr., vorgelegt[2].

Der Markgraf beschließt, nunmehr dem Kaiser Bericht darüber zu erstatten, wie er sich seiner landesherrlichen Pflichten und des allerhöchsten Auftrages vom 3. Nov. 1797 bezüglich der Congreßpolizei entlebigt habe[3], des weiteren aber den Oberstkammerherrn von Geusau an den Erzherzog Karl abzusenden, den letzteren von dem Vorfall zu Rastadt zu benachrichtigen, mit dem Bedauern, „daß Ihre obrigkeitlichen Stellen abgehalten worden seien, hierbei sowol zur Verhütung als zur Untersuchung des Vorfalls durch polizeiordnungsmäßige Vorkehrungen sich wirksam zu zeigen", sowie „um einige sowol zur Beruhigung Ihrer . . . besorgten Unterthanen, als Ihrer, wenngleich nur zufällig dadurch gekränkten landesherrlichen Würde dienende Aufschlüsse" angelegentlichst zu ersuchen[4].

308. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 3. Mai 1799.

[Beschwerde über Verdächtigung österreichischer Officiere. Verbot aller öffentlichen Gespräche über den Gesandtenmord.]

Der Oberlieutenant von Kaiser hat sich im Auftrage des k. k. 13. Dragonerregiments bei dem Präsidenten von Gayling darüber beschwert, „daß in den hiesigen Landen von dem den französischen Gesandten jüngst begegneten Unfall auf eine für gedachtes Regiment und die im kaiserl. Dienst sich befindende französischen Ausgewanderte nachtheilige Art gesprochen werde". Man beschließt, „alle dergleichen Gespräche und Aeußerungen über jenen Vorfall an öffentlichen Orten" nachdrücklichst zu verbieten[5].

---

[1] d. d. Karlsruhe, 26. April.

[2] Sämmtliche Aktenstücke haben sich bis jetzt nicht gefunden. Der Leichenbefund ist im Authent. Bericht, S. 49 ff. abgedruckt. Zu bedauern ist vor allem, daß der Oberamtsbericht selbst verloren gegangen ist.

[3] Das Schreiben des Markgrafen an den Kaiser, d. d. 3. Mai 1799, bei Reuß, Teutsche Staatskanzlei, J. 1799, Bd. VIII, S. 211 ff.

[4] Schreiben des Markgrafen an den Erzherzog Karl, d. d. 3. Mai, bei Reuß, a. a. O. VIII, 218 ff.

[5] Helfert, a. a. O., S. 116.

309. Karl Friedrich an den Grafen Axel Fersen.

Karlsruhe, 4. Mai 1799.

[Ein undurchdringlicher Schleier ruht auf der That.]

Antwort auf ein Schreiben des Grafen, d. d. Leipzig, 28. April, mit welchem derselbe Schreiben des Königs und der Königin von Schweden übersandt hatte.

.... Le B^on d'Edelsheim .... aura l'honneur de Vous mander quelques détails du massacre dont la nouvelle Vous sera sans doute déjà parvenue, mais dont la cheville-ouvrière restera peut-être à jamais ensevelie sous l'ombre d'un secret impénétrable ....

Abschrift Edelsheims.

---

310. Der speirische Reichstagsgesandte von Steigentesch an Bischof Wilderich von Speier.

(Regensburg,) 5. Mai 1799.

[Beschuldigung des Direktoriums.]

Nachrichten über den Gesandtenmord.

Aus Karlsruhe schreibt man, daß dieses ein von den Französischen selbst, nämlich vom Directorio, um die Nation wieder aufzubringen und den Krieg desto stärker zu empfehlen, veranlaßter Handel sei, und daß Leute dazu erkauft worden, wofür man verschiedene data und selbst einen schon früher hierher gekommenen und solche Vermuthungen führenden Brief anführt. ...

---

311. Graf Lehrbach an Erzherzog Karl.

München, 5. Mai 1799.

[Stimmung in München über den Gesandtenmord. Verhalten Lehrbachs.]

.... Ich kann Ew. K. H. nicht genug beschreiben, was für einen nachtheiligen Eindruck der Vorfall in Rastadt allenthalben und mithin hier am Hof und in der ganzen Stadt macht.

Der Herr Kurfürst hat mir öffentlich gesagt: ich habe darüber geweint. Die regierende Frau Kurfürstin ist wegen dem badischen Land kaum zu trösten. Man äußert, nun werde das Reich von Frankreich vollkommen in den Krieg verwickelt werden, die ganze Nation werde durch das Direktorium zur Rache aufgefordert werden.

Ew. K. H. sind von mir überzeugt, wie ich alle diese Ungereimtheiten ansehe und beantworte und dabei äußere, daß diese ganze Sache allererst in das klare kommen müsse und die Befehle Ew. K. H. sowol vor, als nach dem Zufall vollkommen angemessen und in der Ordnung wären. ...

Abschrift. Wien. St. A.

---

312. Reitzenstein an Edelsheim.

(Paris,) 5. Mai 1799[1].

[Beruhigender Empfang bei Treilhard. Erbitterung gegen Oesterreich.]

Am Abend des 3. Mai erfährt Reitzenstein von dem Vorfalle bei Rastadt; in fieberhafter Aufregung verbringt er die Nacht. Treilhard, bei dem er sich am folgenden Tage melden läßt, empfängt ihn mit ausnehmender Liebenswürdigkeit, sichtbar bemüht, ihm über das Peinliche seiner Situation wegzuhelfen. Er erinnere sich sehr wol, versichert Treilhard, der völligen Sicherheit, die zu Rastadt geherrscht habe, solange allein die badischen Truppen dort gestanden; «que le respectable caractère moral de Monseigneur était trop généralement connu, pourque tout le monde ne dût pas repousser l'idée seule de pouvoir nous imputer ce crime . . ., mais qu'il fallait espérer que toute la nation allemande demanderait vengeance d'une si horrible violation d'un territoire neutre, parceque sans cela l'Allemagne ne devrait qu'à elle-même d'être enchaînée sous le despotisme de l'Autriche dont personne ne voudrait avoir l'impudence de méconnaître les vues et les projets maintenant qu'elle avait jugé à propos de jeter le masque par un crime inouï». . . .

313. Regierungsrath Kappler[2] an Edelsheim.

Bischofsheim, 6. Mai 1799.

[Debry ersucht um Verhör der markgräfl. Kutscher und des Ortsvorstands zu Plittersdorf.]

Ersucht im Auftrage des Ministers Jean Debry, den er in Straßburg besucht, die fürstl. Kutscher und Knechte, die bei der Mordscene zugegen gewesen, gerichtlich verhören zu lassen und das Protokoll einzusenden, sowie den Ortsvorsteher zu Plittersdorf darüber zu vernehmen, „was den Tag, ehe der Mord geschehen, die kaiserl. Patrouille dorten in Ansehung der französischen Ministres Abreise gesagt habe".

Jean Debry ist trotz seiner Wunden fieberfrei und ziemlich munter. Rosenstiel dagegen liegt an Gichtschmerzen und Schwäche zu Bett.

314. Graf Schlick an Thugut.

Würzburg, 6. Mai 1799.

[Vermuthungen über die Urheber des Rastadter Mordes. Aeußerungen des dänischen Gesandten von Rosenkrantz.]

Ueber den Rastadter Vorfall wird verschieden geurtheilt. Man beschuldigt die Emigranten, die über Bonnier aufgebrachten elsässischen Bauern, auch das Direktorium zu Paris. Der dänische Gesandte von Rosenkrantz erzählt, er habe wesentlich die gemäßigte Fassung des Schreibens an den Erzherzog in Karlsruhe veranlaßt, freilich nicht ohne „das sehr dunkle und höchst unschickliche Betragen des Rittmeisters Burkhard und des Obersten Barbaczy" lebhaft zu rügen[3].

Wien. St. A.

---

[1] Die Depesche gelangt erst am 3. October in Edelsheims Hände, ebenso alle übrigen aus der Zeit vom 27. April — 29. Juli, — die Berichte vom 22. Mai, 21. Juni und 11. Juli, die mit sicherer Gelegenheit befördert wurden, ausgenommen. Da sie nicht chiffrirt waren, trug R. Bedenken, sie fremden Curieren anzuvertrauen; so blieben sie liegen, bis der baierische Gesandte v. Cetto bei seiner Abreise am 29. Juli sie zur Bestellung mitnahm. Vergl. Edelsheim an Reitzenstein, 11. Oct. 1799.

[2] Hessen-darmstädtischer Regierungsrath in der Grafschaft Hanau-Lichtenberg.

[3] S. Authent. Bericht, 10.



315. Graf Seilern[1] an Thugut.

München, 7. Mai 1799.

[Görtz und Rechberg über den Gesandtenmord. Aufnahme des ersteren am Münchener Hofe.]

Graf Görtz und sein Schwiegersohn, der Freih. von Rechberg, sind Sonntag Abend aus Rastadt eingetroffen; sie geben an, „daß es erwiesen, daß diese Mordthat von Szeller Husaren ausgeführt worden seie“. „Da man die Abneigung des Grafen von Görtz gegen den Allerh. Hof kennet, so wird er allhier ausgezeichnet empfangen und suchen, durch seine Verbindung sich noch größeres Zutrauen zu erwerben.“

Wien. St. A.

---

316. Edelsheim an Reitzenstein.

(Karlsruhe,) 7. Mai 1799.

[Der Gesandtenmord. Verdacht gegen den Rittmeister Burckhard. Zweideutiges Verhalten bei der zweiten Abreise. Vorstellungen des Markgrafen in Wien und bei Erzherzog Karl. Maßregeln zur Sicherung der Geretteten. Energisches Auftreten Harrants.]

|: Maintenant il paraît fort vraisemblable que le capitaine du détachement de houssards de Szekler à Rastadt a été complice de l'abominable meurtre et du pillage des ministres français; il l'est également que sans l'escorte de nos houssards et l'attitude imposante du major de Harrant qui a accompagné le lendemain le ministre J. Debry, celui-ci aurait encore couru le même danger peut-être alors que la veille. Des indices assez marquants, du moins fort équivoques semblent appuyer ce préjugé[2]. Cependant il répugne d'admettre seulement la possibilité qu'une impulsion majeure ait pu déterminer ou même commander une trahison si noire. Mais il ne serait pas impossible toutefois qu'en conséquence de la saisie que le Directoire exécutif doit avoir fait faire à ce qu'on prétend à Florence des papiers des ministres de Vienne, de Petersbourg et de Londres, on ait eu l'intention d'user des représailles seulement à cet égard. Comme qu'il en soit, l'Archiduc Charles vient de mander le colonel du régiment et les capitaines du détachement mentionné à Stockach ou à Villingen pour y être, dit-on, examinés et jugés par une commission militaire. . . .

Die zu Karlsruhe versammelten Gesandten von Preußen, Dänemark, Hannover u. a. haben durch den dänischen Kammerherrn von Eyben dem Erzherzoge einen gemeinsamen eingehenden Bericht überreichen lassen[3].

---

[1] K. k. Gesandter beim baierischen Hofe.

[2] Vergl. die darauf bezüglichen Angaben von Debry, Rosenstiel, Belin und Boccardi (Häberlin, Staatsarchiv, VII, 233 passim), welche hiermit von badischer Seite zum Theil bestätigt werden. Auch der Frankfurter Legationsrath von Hoffmann bezeugt, daß die Fahrt, „nicht ohne einige beunruhigende Bewegungen einzelner Leute aus der k. k. Bedeckung“ verlaufen ist. An Spinner in Zell a. H., d. d. 1. Mai.

[3] Authentischer Bericht, S. 1—20. Unter den demselben beigefügten Zusätzen des dänischen Legationsraths Eggers gewinnt der vielbesprochene 18te Zusatz über das Geständniß des Husaren dadurch eine besondere Bedeutung, daß Markgraf Karl Friedrich selbst den Vorfall Dohm und dem Grafen Görtz mitgetheilt hat. Häffer, II, 326, Anm. 1.

Msgr. le Margrave ne s'est pas borné à une démarche pareille près de l'Archiduc auquel il a dépêché pour donner plus de poids et de relief à ses réclamations son grand chambellan le Bon de Geusau, mais S. A. S. a adressé en même temps à l'Empereur même un mémoire détaillé et pourvu de quelques pièces de justifications, où on n'a pas négligé de faire sentir entr'autres: combien la souveraineté territoriale et la sauve-garde particulière du lieu du Congrès de pacification commise expressément au Margrave par le chef de l'Empire germanique ont été affectées et enfreintes déjà par l'approche des troupes autrichiennes de Rastadt[1]. . . . Rien ne peut sans doute réparer un crime si atroce, mais Vous saurez tirer parti de ces circonstances préalables, Monsieur, pour insinuer verbalement là où Vous le jugerez utile, combien nous avons apporté de zèle et d'empressement à employer au possible tous nos moyens pour garantir et sauver contre tout attentat ultérieur les malheureux restes de la légation française. Il y a eu en effet des données effrayantes sur les dangers auxquels elle semblait encore être exposée à son dernier trajet. Jugez-en, Vous-même, par les renseignements suivants.

Peu de moments après l'heureuse apparition du ministre J. Debry chez le Cte de Gœrtz, j'appris que le fameux capitaine d'houssards avait fait arrêter militairement les deux paysans qui avaient eu le bonheur d'être les principaux guides pour faire rentrer sûrement le ministre en ville, sous prétexte d'avoir seulement voulu apprendre d'eux les circonstances particulières de ce salut; cet incident ainsi que quelqu'autres indices malévoles me déterminèrent à faire mettre tout de suite une garde de grenadiers devant l'asyle que cette victime heureusement échappée des griffes de ses traitres assassins avait pris chez le Cte de Gœrtz, où tout le corps diplomatique demeura avec J. Debry sans le quitter un instant jusqu'au moment de son second départ de Rastadt. Ensuite je fis sommer le capitaine d'houssards de relâcher sur le champ nos deux paysans, en le rendant responsable en le même temps des suites les plus funestes, si l'on se permettait de porter la moindre atteinte à la sauve-garde[2]. . . . Enfin le major de Harrant et le jeune Jordan[3], qui accompagnèrent le ministre J. Debry avec notre escorte, jurèrent à l'officier d'houssards qui commanda celle des Szekler, qu'au moindre mouvement attentatoire d'aucun des siens ils s'en prendraient personnellement à lui et lui tomberaient sur le corps etc[4].

[1] S. das Schreiben Karl Friedrichs bei Reuß, Teutsche Staatskanzlei, J. 1799, VIII, 214.

[2] Die Angaben Debry's über seine Rettung durch die beiden Bauern und deren Verhaftung beruhen also keineswegs, wie Böhtlingk, II, 397, Nachwort 47, anzunehmen geneigt ist, auf Fiktion.

[3] v. Jordan, preußischer Legationssekretär.

[4] Bestätigung der von Helfert, Anm. 96 in Zweifel gezogenen Aussage Boccardi's bei Häberlin, VII, 164.

Ceux qui ont échappé à cet imminent danger attesteront certainement le mieux qu'on s'est parfaitement bien prononcé de toute part dans cette malheureuse circonstance. :|

317. Reitzenstein an Edelsheim.

(Paris.) 7. Mai 1799.

[Geplante Demonstration des diplomatischen Corps. Aufforderung zur Theilnahme.]

Auch Talleyrand hat Reitzenstein freundlich aufgenommen, theilt ihm aber mit, daß Mitglieder des diplomatischen Corps unter Führung des Chev^er^ d'Azzara, spanischen Gesandten, in einer gemeinsamen Note dem Direktorium ihre Entrüstung über die zu Rastadt verübte Verletzung des Völkerrechts zu bezeugen beabsichtigten, und legt ihm nahe, die Akte gleichfalls zu unterzeichnen.

318. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 9. Mai 1799.

[Boccardi über den Gesandtenmord. Erster Eindruck auf den Markgrafen.]

Der ligurische Gesandte Boccardi ist gestern Nacht mit der Wittwe Roberjot eingetroffen.

Ce qu'il raconte fait frémir; il fait les plus grands éloges du corps diplomatique et, si j'ose le dire, de V. Exc. en particulier. Il dit que selon ce qui lui est intimement démontré par le rapprochement de plusieurs circonstances, lui et les restes de la légation française doivent leur salut du lendemain au major Harrant et à notre escorte. Il a ajouté . . . que Monseigneur, en apprenant cette cruelle nouvelle, s'était laissé tomber par terre, de sorte qu'on craignit un coup d'apoplexie. . . .

319. Der ligurische Gesandte Boccardi an den Direktor Treilhard[1].

Paris, 20 flor. an 7 (9. Mai 1799).

[Bericht über den Rastadter Gesandtenmord.]

Il n'en coûte pas peu à mon cœur, citoyen Directeur, de Vous tracer ici quelques détails de l'affreux assassinat dont j'ai été témoin en partie

[1] Der Bericht Boccardi's ist abgedruckt in der in der deutschen Literatur über den Gesandtenmord wenig beachteten Broschüre: «Déclaration individuelle sur l'assassinat des ministres plénip. français à Rastadt avec un plan topographique. Paris an 7», S. 86—95; ein Auszug bei Häberlin, Staatsarchiv, VII, 162—164. Es ist mir nicht gelungen, ein Exemplar dieser seltenen Schrift in einer deutschen Bibliothek aufzutreiben. Wie eine Collationirung der vorliegenden Originalcopie mit dem Exemplare der Pariser Nationalbibliothek, welche mein Freund, Hr. Referendär von Reck, an Ort und Stelle anzustellen die Güte hatte, erweist, giebt auch die Broschüre nur einen Auszug des Berichtes in stark gekürzter Fassung, übrigens, so weit sich erkennen läßt, ohne tendenziöse Entstellung. Auch aus diesem Grunde habe ich mich für eine Veröffentlichung des vollen Wortlautes auf Grund einer Abschrift des kgl. Staatsarchives zu Genua entschieden. Zur Beurtheilung des Texts, der von Sprachschnitzern wimmelt, vergl. Boccardi's Bemerkung S. 239.

et dont j'ai failli être une des victimes. Je m'empresse cependant de Vous satisfaire.

Vous connaissez la sommation qui fut faite à Vos ministres le 9 floréal à 7 heures du soir par l'officier autrichien, qui devança de quelques moments à peine l'entrée de 400 houssards de Szekler qui occupèrent la ville de Rastadt. Ce fut une heure après que nous montâmes en voiture. Nous étions à peine sur la place de Rastadt, qu'on nous empêcha de continuer notre route. Vos ministres se rendent sur le champ au château chez le Baron d'Albini, ministre de Mayence; celui-ci sur leur demande envoie son secrétaire de légation, le Baron de Münch, chez le commandant autrichien, colonel Barbaczy, pour savoir les motifs de cet événement, pour réclamer le libre passage de la légation et une escorte pour la protéger. Münch rapporte bientôt la réponse, la voici: Que c'est par un équivoque que la marche des voitures a été arrêtée, mais que les ordres venaient d'être donnés pour que la légation pût sortir; que ce serait faire tort à l'armée impériale que de demander une escorte, mais que les ordres avaient été donnés, pour que le passage de la légation fût libre et sûr jusqu'au Rhin, qu'elle ne rencontrerait pas même une seule patrouille.

On remonte en voiture; mais nous n'étions pas encore à la barrière que l'on fait halte de nouveau. Les ordres n'étaient pas encore parvenus à la garde, ou plutôt tout n'était pas encore prêt pour notre massacre. On nous retient encore pour une bonne demi-heure.

Pendant cet intervalle, je vois qu'un houssard de Szekler tout près de ma voiture me remarquait attentivement. Un moment après un homme enveloppé dans une houppelande grise s'approche de lui, lui parle à l'oreille, me regardant toujours tous les deux (sic!). Mon frère saisit ce dernier mot: Ligurichen, Ligurien; et un instant après les deux hommes disparaissent allant vers la barrière. L'homme à houppelande grise a été vu ensuite parmi les assassins et reconnu.

J'ai cru[1] que les deux hommes étaient allés dire à la garde qui j'étais, et, comme je savais que dans la sommation on n'avait fait mention que des ministres français et que les ordres avaient été donnés de ne laisser sortir de la ville qui que ce fût, j'ai craint qu'on m'empêchât de suivre Vos ministres.

Pas du tout; nous nous remettons en route. Le ministre de Bade, le Baron d'Edelsheim, était allé lui-même à la barrière pour aplanir toutes les difficultés avec des officiers du Margrave. Il me voit, il me reconnaît, il me dit adieu. Les Autrichiens étaient en file à la barrière. Nous sortons.

Nous étions dans l'allée que Vous connaissez, le long du canal de la Murg à 500 pas à peu près de Rastadt, lorsque tout d'un coup les

[1] Dieser Satz fehlt in der Broschüre.



voitures s'arrêtent. Je crois d'abord, qu'étant tout près du pont de la Rhinau, qui a été fort endommagé lors du dégel, les dames voulaient le passer à pied, comme je leur avais conseillé. Je le dis à mon frère, et nous nous disposions à leur donner les bras. Je n'ai pas encore fini de parler que j'entends et je vois ce que je ne puis Vous exprimer assez. Je vois les premières voitures investies par des houssards, le sabre à la main, plusieurs d'entr'eux se saisissant des torches que tenaient les domestiques. Les cochers descendent de leurs sièges et se sauvent de tout côté. J'entends les coups de sabre sur les voitures, sur les personnes; les hurlements horribles des assassins, les cris des victimes. Mon frère, témoin de cette scène épouvantable, s'écrie: nous sommes assassinés, sauvons nous! nous sautons de voiture. Il me dit: sauvez-Vous dans le bois; je m'y élance en sautant le fossé, mais je courais à la mort, présumant l'éviter, car mon valet de chambre qui me suivait, aperçut de loin des houssards dans les champs qui couraient sur nous ventre à terre, le sabre nu à la main. Il m'engage a regagner la chaussée; je suis son conseil, et pour déjouer d'avantage les projets de nos assassins, je me lance, toujours en courant au plus vite du côté opposé, je tombe au-delà des arbres qui bordent la route, et peu s'en est fallu que je me précipitasse dans le canal; je dois la vie à mon valet de chambre qui m'aida à me relever. Nous regagnons la chaussée.

Mon frère[1] en descendant de ma voiture s'était lancé vers celle du malheureux Roberjot qui précédait la nôtre immédiatement; il voulait l'avertir lui et son épouse du danger qui les menaçait, les inviter et les aider à se sauver; il était presque à la portière, lorsqu'il aperçoit deux houssards qui allaient au petit trot, la tête de leurs chevaux était presqu'à l'avant-train. Il a franchi aussitôt le fossé; il voit d'autres houssards qui longaient la chaussée par les champs; il doute que d'autres peut-être les ont déjà devancés sur la même ligne; il fait un demi-cercle dans les champs, il parvient à gagner la chaussée et me rencontre au moment que je la remontais du côté du canal; il me reconnait, il m'appelle, nous courons toujours. La nuit était obscure n'ayant d'autre lumière que celle de nos voitures. Bientôt nous sommes enveloppés dans les ténèbres qui nous dérobent à la vue de nos assassins. Nous voilà à la barrière. Elle était gardée par des houssards du même régiment hongrois de Szekler; nous remarquâmes qu'ils causaient entr'eux en cercle, et qu'il y avait d'un côté assez d'espace pour passer; nous retardâmes notre marche, nous nous glissons sans être remarqués, mais de si près que mon frère touchât par le gras de sa jambe le sabre d'un Autrichien. Nous vîmes qu'heureusement il n'y en avait pas dans l'intérieur de la ville; nous volons chez le Baron

[1] Der folgende Abschnitt bis zur Ankunft bei Edelsheim fehlt in der Broschüre.



d'Edelsheim; il était par bonheur chez lui avec Mr Meier, ministre de Bade au Congrès et membre de la Députation de l'Empire conjointement avec le Baron d'Edelsheim, ministre d'état, et le Baron de Drais, chef de la police; il est étonné de nous voir; je lui dis: voilà, Mr le Baron, les débris d'un affreux assassinat. Je n'ai pas encore achevé le récit très rapide de ce que j'avais vu et entendu, que le valet de chambre du malheureux Bonnier entre tout éploré et nous dit, d'avoir vu tomber son maitre sous le fer des assassins; je presse d'Edelsheim de prendre les mesures convenables pour sauver, s'il en était encore temps, mes malheureux compagnons d'infortune. Je lui propose d'aller avec moi chez les ministres prussiens; il donne des ordres à Drais, il dit à Mr Meier d'aller chez Albini. Je ne puis pas Vous exprimer l'étonnement, la surprise, les sentiments dont tous les trois ont été pénétrés. Edelsheim en fut frappé comme d'un coup de foudre.

Nous sortons. Mon frère vole seul chez le comte de Gœrtz, premier plénipotentiaire prussien au Congrès, qui demeurait dans ces derniers temps dans la maison, où était le casino, lorsque Vous étiez à Rastadt. Edelsheim et moi, nous allons chez Jacobi, second plénipotentiaire prussien au Congrès. Il n'était pas chez lui, nous passons chez Gœrtz; il n'était pas encore rentré non plus. Mon frère était entré au casino qui est au rez-de-chaussée. Il [y] avait déjà du monde, il avait déjà fait le récit de ce qu'il savait et était saisi d'une terrible convulsion, et je le trouve dans cet état, lorsque j'entre.

Bientôt Gœrtz, Jacobi, Dohm, troisième plénipotentiaire prussien au Congrès, Bernstorff, premier conseiller de la légation prussienne, Reden, ministre de Brême (Hanovre), membre de la Députation de l'Empire, Rosenkrantz, ministre de Danemark, Solms, comte régnant de Solms-Lambich [sic! Laubach], député pour les comtes protestants de Wetteravie, Franconie et Westphalie, Rechberg, ministre bavaro-palatin, membre de la Députation de l'Empire, tout, en un mot, le corps diplomatique qui était encore à Rastadt s'y rend. On envoie sur le champ chez le commandant autrichien qui était à Niederbühl, tout près de Rastadt, allant à la Favorite, pour obtenir la permission de sortir de la ville et apporter du secours à ceux de Vos malheureux ministres qui étaient encore en vie, le barbare s'y refuse; il n'a permis que plus tard au commandant de Rastadt pour le Margrave, le brave major de Ahirant [sic! Harrant], de sortir avec quelques ordonnances. Il est arrivé que tout était fini; il est parvenu à faire ramener dans Rastadt les voitures; les dames et demoiselles Debry et Me Roberjot étaient dans les leurs. Elles sont rentrées deux heures après le massacre, entourées de houssards. Celle de Me Roberjot s'arrêta devant la maison de Jacobi; nous voulons, moi et mon frère, nous élancer à sa portière;

nos amis, qui nous entouraient, nous l'empêchèrent, craignant pour notre vie. Le Baron d'Edelsheim, couvert de ses crachats, pour en imposer, si cela était possible, à nos bourreaux, éclairé par des domestiques, se présenta le premier et fut repoussé et menacé par ces barbares. Ce fut le courageux Baron de Rosenkrantz et le Chevalier de Bray, français chevalier de Malte et conseiller de légation du Grand-Prieur de l'ordre de Malte, Prince de Heitersheim, qui franchirent tous les obstacles, ouvrirent la portière, prirent cette femme infortunée et la portèrent dans la maison de ministre de Prusse, où se rendirent entr'autres la sensible Me de Reden.

Me Debry et les deux demoiselles avaient été ramenées au château. On jugea convenable de les tirer d'un endroit où on ne pouvait rester peut-être sans danger et où au moins elles étaient entourées d'objets qui devaient leur rappeler de trop tristes souvenirs. Me de Reden s'offrit avec empressement de les recevoir chez elle. Elle me pria de les persuader de vouloir bien accepter ses offres, je cours au château avec Solms et d'autres qui ne me quittaient jamais. Je parviens à persuader Me Debry et les demoiselles. Me de Reden arrive elle-même, les prend dans sa voiture et les amène chez elle.

Vous savez peut-être, citoyen Directeur, comme Rosenstiel, secrétaire général de la légation française à Rastadt, s'est échappé à la mort[1]; c'est un prodige; il fut si étourdi qu'il restait immobile, sans savoir que faire. Son domestique l'arrache de la voiture, il le lance dans le bois. Il tombe fort heureusement dans un fossé et disparaît à la vue des égorgeurs; après une demi-heure il reprend ses sens; il ne voit plus personne; il se relève, s'enfonce dans le bois, s'apportant dans la ville; il grimpe sur les murailles des jardins, qui entourent la ville et gagne la maison d'Edelsheim; on me l'annonce, j'y cours avec mon frère; sa raison était si altérée que d'abord il ne me reconnaît pas, il me reconnaît enfin et, les yeux égarés, exclame: Ah, les bourreaux, les assassins, les barbares! Ah, mon cher Boccardi, ils nous égorgeront cette nuit ici où nous sommes! Je tâche de le consoler, de le rassurer, je lui dis, qu'il était entouré de ses amis; il était entre Meier et Kappler qui lui serraient les mains.

Vous savez aussi, citoyen Directeur, que Jean Debry doit sa vie à un prodige. Et pour parler des circonstances qui y ont contribué, je Vous dirai qu'il la doit d'abord à sa perruque, à son chapeau, à ses habits. Etant naturellement frileux, il était très habillé ce qui a amorti les coups, dont plusieurs auraient dû être mortels. Je crois que sans toutes ses cravates et ses collets aux gilets, à l'habit, à la redingote le coup dont

---

[1] Die Schilderung der Rettung Rosenstiels und Debry's wird in der Broschüre nur summarisch wiedergegeben.



il a été frappé dans cette partie lui aurait fait sauter la tête; il doit aussi sa vie à sa présence d'esprit.

Errant dans les bois dans cette nuit affreuse, ne sachant que devenir, il entend tout d'un coup la marche d'un cheval; il aperçoit un buisson très épais; il s'élance derrière, s'étend par terre, s'enfonce le plus qu'il peut dans la crotte, s'y tient immobile, au bout de quelques secondes le houssard passe à quatre pas de lui et ne le voit pas.

Le lendemain matin, à 7 heures environ il sort du bois, se confond avec des paysans et se glisse dans la ville sans chapeau, tout crotté, défiguré, il risquait d'être remarqué. Il le fut en effet par un houssard; il crut de lire sur la physionomie de ce barbare le projet de l'arrêter; il court et se sauve chez le comte de Gœrtz, où on lui prodigue tous les soins possibles.

Vous savez, comme Bonnier a été massacré. Roberjot était quelque temps après moi descendu de voiture avec son épouse et son valet de chambre, apparemment du côté du canal où les houssards n'étaient pas encore arrivés; ils pensèrent d'abord à se sauver, ils arrivèrent jusqu'à la portière de ma voiture qu'il trouvèrent ouverte; ils auraient dû par cela se convaincre davantage du danger qui les menaçait. Pas du tout, Roberjot croit que j'en étais descendu pour soutenir que j'avais le droit de suivre la légation française et que j'étais à cause de cela aux prises avec une patrouille autrichienne. Quel raisonnement absurde! Il revient sur ses pas; il paraissait même avoir le projet d'aller m'avouer. Il était arrivé à la portière de son carosse, lorsque les assassins tombèrent sur lui.

Il lui demandent, s'il est ministre français. Il répond que oui; il dit son nom; il le répète, son épouse, ses domestiques le confirment; il croit trouver là sa garantie, il y trouve la mort. Les houssards lui portent des coups terribles sur la tête, il tombe, son épouse infortunée avait voulu se jeter sur lui, pour le couvrir de son corps, les barbares l'en empêchent, la tiennent et l'obligent à être témoin du massacre de son mari. Les assassins s'élancent aussitôt sur ma voiture. Je n'y étais plus. Ils reviennent: l'infortuné Roberjot se mouvait encore, ils l'achèvent, ils en font une boucherie.

Sa femme, tout éperdue, remonta en voiture et y attend la mort. Après quelque temps deux houssards reviennent et éteignent, on ne sait pas pourquoi, les bougies des lanternes. Ce fut alors que cette femme infortunée crut voir la mort; mais les houssards disparurent.

Le corps[1] qui nous a attaqué a semblé à ceux qui ont été plus à portée de le calculer assez nombreux. Cependant les égorgeurs n'étaient que cinq à six autant qu'on a pu à juger. Jean Debry assure d'avoir vu

[1] Der folgende Abschnitt fehlt in der Broschüre.



parmi eux l'homme á houppelande grise dont je Vous ai parlé d'abord et qu'il désignait les victimes; les domestiques ont dit être un palefrenier ou cocher ou sous un autre qualité que je ne saurais pas bien dire, attaché aux écuries du comte de Metternich à Rastadt. (Cet homme s'appelle George, il n'était plus à cette époque au service du Comte de Metternich.) Le valet de chambre de Roberjot l'ayant reconnu et le croyant là comme par hazard lui a remis une de ses montres pour la soustraire au pillage qui en partie avait précédé même le massacre[1]. A côté de ces lâches bourreaux il y avait des hommes qui paraissaient ne pas avoir déposé tout sentiment d'humanité. Des houssards qui entouraient la voiture de Debry paraissaient émus de la situation plus que pénible de Me Debry et des deux jeunes personnes. Ils leur ont offert avec beaucoup d'insistance de l'eau de vie, et pour les rassurer, ils en ont bu les premiers sous leurs yeux. Un jeune homme habillé de même que les autres d'une physionomie douce et sensible s'est tenu constamment à la portière du côté où était l'ainée des deux demoiselles qui a appris à Rastadt l'allemand; il causait avec elle, il la rassurait, en disant qu'elles n'avaient rien à craindre; il paraissait infiniment ému, il lui a serré la main pendant plus d'une demi-heure, la baignant de ses larmes.

Le corps diplomatique se tint en séance toute la nuit, il écrivit d'abord une lettre infiniment énergique au colonel Barbaczy. Elle a été telle que devaient l'écrire des hommes qui étaient profondément pénétrés des sentiments qu'une si grande circonstance devait inspirer. Ils lui ont écrit qu'après un forfait si inoui ils ne voulaient plus demeurer un seul instant dans un endroit qui avait été souillé par un si grand crime; qu'ils voulaient partir tous le lendemain en deux colonnes et qu'ils demandaient une escorte, mais qu'avant tout ils demandaient formellement que les débris de la légation française et la légation ligurienne fussent escortées et mises en sûreté sur les frontières de la France; ils lui déclarèrent solennellement qu'il répondrait sur sa tête à l'Empereur, à l'Empire, à l'humanité entière de la moindre insulte qui serait faite à qui que ce fût des individus appartenants aux deux légations et à ceux du corps diplomatique. Je n'ai point lu cette lettre. Je Vous répète à peu près les mêmes mots qui m'ont été dits par le Baron de Jacobi, lorsqu'il m'en donna connaissance, en rentrant chez lui à une heure du matin.

Le conseiller de la légation prussienne, Mr de Jordan, fut le porteur de cette lettre; il trouva le colonel Barbaczy saisi de stupeur, désolé, agité par la fièvre[2]. Il lui dit qu'il était au désespoir de ce qui venait d'arriver,

[1] Die Angabe findet sich nur hier.

[2] Auch hier ist die Angabe ungenau; Jordan ist bekanntlich von Barbaczy nicht vorgelassen worden. In der Broschüre fehlt der Absatz.

qu'il ne pouvait concevoir un pareil événement, que son imagination en était étourdie et son cœur déchiré; qu'il était très fâché que le mauvais état de sa santé ne lui permettait pas de se mettre lui-même à la tête de son régiment et de nous accompagner jusqu'au Rhin; mais qu'il nous donnerait une escorte, pourque notre passage fût libre et sûr, et qu'il engageait pour cela sa parole d'honneur.

On lui fit répondre qu'on la voulait par écrit. Il l'envoya. On lui fit dire que l'on garderait sa lettre comme un dépôt sacré et comme un monument irrécusable de l'engagement qu'il avait pris.

Je ne pus pas m'empêcher de dire au Baron de Jacobi et à d'autres qu'infiniment sensibles à tous les soins généreux que le corps diplomatique prenait pour la légation française et pour la mienne, nous ne pouvions voir sans frémir notre vie confiée de nouveau à ceux mêmes qui avaient été tout à l'heure nos assassins; j'ai su après que le citoyen Jean Debry a fait le lendemain la même observation.

On me dit que l'on avait prévu nos justes inquiétudes; qu'on avait songé aux moyens de les calmer, que le corps diplomatique avait même voulu partager nos dangers, qu'ils s'étaient proposé de nous accompagner en masse jusqu'au Rhin; que l'on avait en outre demandé qu'une escorte des troupes du Margrave fût réunie à l'escorte hongroise; mais que le commandant autrichien, adhérant à cette seconde mesure, s'était absolument refusé à la première, déclarant qu'il ne permettrait pas que l'on rendît à la République française un témoignage si éclatant de considération et d'égard.

Cependant[1] plusieurs membres du corps diplomatique voulurent faire encore une dernière tentative à cet égard. Dès le matin du 10 floréal le Baron de Rosenkrantz et son secrétaire de légation, Baron d'Eyben, étaient déjà en uniforme; le Comte de Solms, le Baron Othon de Gemmingen, beau-frère de Sickingen, dont Vous Vous rappellerez peut-être, le Baron de Rechberg de Bavière et d'autres voulaient les suivre; mais l'Autrichien fut inflexible.

Le courageux Major d'Ahirand [Harrant], commandant des troupes du Margrave à Rastadt, s'offrit alors à répondre de nous. Nous devons beaucoup à ce brave officier. Je l'ai vu, lorsqu'un moment avant notre départ il s'approcha de l'officier qui devait commander l'escorte autrichienne, lui montra l'ordre et la parole d'honneur, donnée par écrit par son chef, le colonel Barbaczy et exigea la sienne. Jordan de Prusse qui seul a obtenu la permission de suivre le major d'Ahirant comme officier, y était présent. J'ai remarqué que pendant la route le major d'Ahirant se

[1] Auch dieser Absatz findet sich nicht in der Broschüre.



tenait constamment à côté de l'officier autrichien. D'après sa contenance j'ai cru voir son plan. Il me semblait le voir prêt à brûler la cervelle à l'officier autrichien au moindre mouvement qui eût pu lui faire croire que celui-ci allait manquer à la parole qu'il lui avait donnée. Lorsqu'au bord du Rhin je l'ai embrassé, en le remerciant, il ne me dissimula point qu'il avait eu beaucoup d'inquiétude. Je suis persuadé que l'escorte de Bade était prêt à le seconder. En effet lorsque les premières voitures s'arrêtèrent un moment en route, pour attendre les dernières qui se trouvaient un peu éloignées, mon frère qui était dans celle de Me Roberjot, vit que les houssards de Bade prirent aussitôt leurs carabines.

Je reprends le fil de la narration. Dans la même nuit de 9 floréal le corps diplomatique écrivit une lettre à l'Archiduc Charles que le Baron Othon de Gemmingen s'est chargé de lui porter; je ne l'ai point lu; ce qu'on m'en a dit annonce que le corps diplomatique de Rastadt dans cette occasion unique dans les annales de l'Europe civilisée s'est montré pénétré du sentiment de sa dignité; il s'est vraiment couvert de gloire; il a prouvé que, si l'Allemagne a le malheur de recéler dans son sein des monstres qui font horreur à l'humanité, elle a aussi des hommes qui l'honorent; la lettre écrite à l'Archiduc contient le récit de l'horrible événement qui — l'on y dit — *ne pouvait pas être assez qualifié* que l'on appelle *forfait inouï que l'Allemagne voit pour la première fois.* On observe à l'Archiduc *que les conséquences de ce forfait sont déjà irréparables;* on en appelle à son cœur pour la réparation qui est dûe à la France, à l'Empire, aux ministres qui le représentaient à Rastadt, à l'humanité entière. — Toutes ces lettres seront imprimées et il sera rendu de tout un compte public et éclatant.

Notre départ avait été fixé à une heure de l'après-midi du 10 floréal. Tout Rastadt était sur notre passage; les ministres nous faisaient leurs derniers adieux. L'intérêt que tout le monde s'empressait de nous témoigner a dû être le plus grand supplice de nos assassins. Une trompette et six houssards de Szekler, ayant à leur tête leur officier et le major d'Ahirant [Harrant], ouvraient la marche. Un autre officier hongrois se tenait tout près du premier carosse où était le C^n^ Jean Debry; le conseiller de Prusse, de Jordan, à été aussi presque toujours à sa portière; les dix houssards de Bade marchaient des deux côtés des voitures; six autres houssards autrichiens fermaient la marche. À trois heures nous arrivâmes à Plittersdorff sur le Rhin, sous aucun accident et sans avoir rencontré personne. A notre arrivée un piquet autrichien de 7 à 8 houssards se mit sous les armes. Avant de sortir du village on fit halte. L'officier autrichien eut l'attention de nous en dire le motif. Il fit avancer la trompette pour avertir les Français qui étaient sur la rive gauche d'envoyer les barques pour un passage paisible et de ne pas tirer le canon. Pendant cet

intervalle l'officier autrichien s'approche des voitures et les parcourut, en nous saluant assez honnêtement. Remontant à la tête de la colonne, il nous salua de nouveau et il nous souhaita un bon voyage. Nous descendîmes de voiture, et après avoir remercié tout le monde, nous montâmes tous sur la première barque. Nous fûmes bientôt sur la rive gauche. Nos voitures passèrent en suite le fleuve et les deux escortes ne partirent qu'après que tout fut embarqué. — Vous savez que nos voitures ont été pillées dès la nuit du 9; que la malle qui contenait les papiers de Votre légation à été portée chez le commandant autrichien; qu'elle a été réclamée le lendemain et qu'on a refusé de la rendre.

Voilà, citoyen Directeur, les détails qui sont à ma connaissance, je puis en avoir oublié quelques-uns; il y en a d'autres que je n'ai pas encore vérifiés et que je n'ai pas osé Vous soumettre. Ils sont pourtant très intéressants. J'abandonne à Votre sagesse et à Votre prudente discrétion tout ce recit.

Très empressé de ne pas manquer tout à fait à Votre attente, j'ai été forcé de l'écrire avec précipitation. Permettez, citoyen Directeur, que je réclame Votre indulgence et que je Vous présente l'hommage de ma plus haute considération.

Abschrift. Genua. Staatsarch.

---

320. Der ligurische Gesandte Boccardi an den ligurischen Minister Ruzza.

Paris, 12. Mai 1799.

[Reise nach Paris. Treilhard ersucht um einen Bericht. Die Wittwe Roberjot.]

Boccardi ist mit seinem Bruder und der Wittwe Roberjot am 3. Mai in der Frühe von Straßburg abgereist und am 7. abends in Paris eingetroffen. Am folgenden Tage besucht er Talleyrand und überreicht Barras das Schreiben Jean Debry's: «che la vedova Roberjot mi aveva commesse di presentare in di Lei nome». Treilhard, den Boccardi nicht angetroffen, läßt, da er auf's Land geht, den Gesandten durch Talleyrand um einen Bericht über den Rastadter Vorfall bitten.

Questo impegno mi ha fatto paura, non potendo scrivere ne parlare di questo orribile soggetto, senza che la mia anima ne sia sommamente alterata. Ma non potero rifiutarmi sodisfare alle domanda di un Direttore. Ho steso in tre ore di tempo una memoria che per il soggetto e le circonstanze e riuscita un pezzo interessante di storia.

Ein Verzeichniß der bei dem Ueberfalle mit seinem Mantelsacke verloren gegangenen Effekten habe er noch nicht aufstellen können. Das Dekret des Corps législatif bezüglich der Wittwe Roberjot werde durch die Zeitungen bekannt sein.

Il Direttorio ha fatto annunziare alla prima che voleva pagar le spese del di lei viaggio. Essa ha risposto che sono state queste fatte per intiero dal ministro Ligure che l'ha accompagnata a Parigi. . . .

La copia che ho potuto avere della memoria, di cui ho sopra parlato, e cosi mal fatta che quasi non volevo compiegarvela. Ma ho stimato profittare del corriere. L'ho coretta meglio che ho potuto, ma sento che avrete pena a legerla, se non la fate porre a netto da persona assai pratica di legere una cattiva scrittura francese.

Genua. St. A.

321. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 12. Mai 1799.

[Ablehnung einer Beileidsadresse des diplomatischen Corps. Proclamation und Manifest des Direktoriums. Aufnahme im Publikum. Angebliche Zeitungsberichte aus Karlsruhe und ihre Tendenz.]

In Folge des Widerstandes des preußischen Gesandten hat Talleyrand auf eine Beileidsadresse des diplomatischen Corps verzichtet[1], statt dessen hat er in einer Circularnote alle fremden Gesandten und Agenten von dem Rastadter Vorfall informirt. Die letzteren, auch Reitzenstein, beantworten die Note einzeln.

La proclamation au peuple français est très mal écrite[2], le manifeste aux puissances étrangères[3] est sans contredit bien meilleur; cependant on se moque avec raison du *concert d'exécration* qui y est provoquée. Les mauvais plaisants disent que ce serait sûrement un exécrable concert; qu'à la vérité la musique française est depuis longtemps en possession de l'être, mais que les amateurs de la bonne musique italienne ne sauraient y applaudir[4]. . . . Ces plaisanteries prouvent ce qui n'a pas besoin d'être prouvé que ces expressions impropres si fort à la mode dans nos jours sont surtout déplacés dans des écrits publics d'un genre aussi grave qui demandent une dignité de style soutenue.

On lit dans quelques gazettes l'article suivant, sous la date de Carlsrouhe, 1er de mai:

> Il serait difficile de rendre l'impression que l'événement affreux arrivé a Rastadt a faite ici et dans tous les environs. Les officiers autrichiens eux-mêmes en sont confondus et avouent que cet assassinat leur fait mille fois plus de honte que la perte de deux batailles. . . Nous connaissons en effet trop bien les Français pour n'être pas persuadés à l'avance que le récit seul de cette horrible action électrisera une nation naturellement généreuse, en excitant sa trop juste indignation. Nous nous attendons à être incessamment inondés par ses

[1] Hüffer, II, 335.

[2] Reuß, Staatskanzlei, J. 1799, VI, 227 ff.

[3] Reuß, J. 1799, VI, 229 ff. Das Manifest schließt mit dem Wunsche, «d'obtenir pour les victimes . . . un regret senti, pour la République française un suffrage honorable et contre l'Autriche un concert d'exécration».

[4] Anspielung auf die Niederlagen in Italien. Ueber die Gleichgiltigkeit, mit der man in Paris im allgemeinen die Nachricht vom Gesandtenmorde aufnahm: Bailleu I, 421.



armées et nous nous effrayons de voir nos campagnes le théâtre d'une lutte qui sera terrible. Tous les amis des Français et tous les partisans de leurs principes sont actuellement muets et immobiles d'étonnement, mais ils prendront part sans doute aux événements qui se préparent. Aujourd'hui ils ne peuvent que s'entretenir avec mystère et se communiquer tout bas leur indignation: les assassins sont là, menacent à chaque instant leur existence et les maintiennent dans un calme apparent qui ne *fait qu'enflammer leurs désirs et leurs espérances.* À Rastadt tout est dans la confusion. . . . les habitants osent à peine se montrer dans les rues. Notre Margrave ne sait à quelle partie s'arrêter dans cette circonstance malheureuse, mais l'impression qu'elle fait sur lui est profonde et sincère. Il paraît au surplus, que le coup était prémédité, l'on assure même que le commandant autrichien avait reçu un ordre cacheté qu'il ne devait ouvrir qu'à une époque déterminée etc.

Je voudrais bien savoir, si cet article vient en effet de notre résidence; dans ce cas il faut véritablement s'attrister qu'il reste toujours des personnes qui voudraient faire tourner tous les événements au profit d'une révolution allemande. On commence cependant à se dégoûter ici un peu des révolutions dans les pays étrangers. . .

---

322. Graf Lehrbach an Thugut.

München, 12. Mai 1799.

[Bekanntwerden des Rastadter Vorfalls in München. Unterredung mit Görtz.]

. . . Den Rastadter Vorfall betreffend, so ist mir derselbe auch erst durch den von Sr. Kgl. Hoheit nach Wien gesandten, den 3ten hier angelangten Curier bekannt geworden. . . . .

Kaum war dieser Curier weg, so kam jener des baierischen Subdelegirten Barons von Rechberg aus Rastadt und der ganze Vorfall wurde gleich in der Stadt bekannt, wie ich dann über denselben gleich hierauf unter'm 4ten Nr. 663[1] berichtet habe, und damit unterm 5ten dieses Nr. 664 fortgefahren bin.

„Wegen Enge der Zeit" behält Lehrbach sich vor, sich über das Reskript vom 7. d. M.[2] mündlich zu äußern.

Am 11. abends sucht er eine Unterredung mit Graf Görtz wegen der Rastadter Vorgänge; „ich glaube ihm mit aller Mäßigung und Rücksicht viel treffendes und zum Besten der Sache gereichendes gesagt zu haben[3]".

Wien. St. A.

---

[1] Der Bericht liegt nicht bei den Akten. Im Auszuge mitgetheilt von Mendelssohn, S. 39.

[2] Liegt ebenfalls nicht vor.

[3] Vergl. darüber Mendelssohn, S. 40.

323. Edelsheim an den Regierungsrath Kappler.

Karlsruhe, 13. Mai 1799.

[Verhalten der badischen Regierung nach dem Morde. Edelsheim hat vor der Abreise gewarnt. Bonniers Widerstand.]

Das gewünschte Verhör hat längst stattgefunden; der Markgraf hat das Protokoll dem Kaiser überschickt.

Weitere gerichtliche Schritte werden aber wol unterbleiben müssen, da der Erzherzog Karl eine militärische Untersuchungscommission niedergesetzt hat und entschlossen scheint, „dieser unseligen Geschichte recht auf den Grund zu kommen".

Der Oberstkammerherr von Geusau hat in dieser Hinsicht aus dem Hauptquartiere zu Stockach „die verbindlichste Zusicherung" des Erzherzogs mitgebracht.

Ohne je ein solches Ereigniß nur im mindesten ahnden zu können, habe ich gleichwol noch an dem Rheinauerthore, wo man die Abfahrt so lange aufhielt, dem Minister Jean Debry, der es sich gewiß erinnern wird, dreimal angerathen, wieder umzukehren und in dem herrschaftlichen Schloß den Tag abzuwarten: er ließ seine beiden Collegen darüber befragen und sich ihre Entschließung, die nun einmal angetretene Reise fortzusetzen, gefallen[1]. Minister Bonnier entschied am bestimmtesten hierzu, und dieser sonderbare Umstand hat mich seitdem schon oft an die Bemerkung erinnert, die Bonaparte in seinem Bericht von der Bataille des Pyramides bei der Nachricht der Ermordung des Brigadegenerals Muirer anführt, der seinen Meuchelmördern so zu sagen unwiderstehlich entgegengegangen, „er habe auch bei dieser Gelegenheit das unvermeidliche Verhängniß wahrgenommen, das oft die Menschen bei der Annäherung ihrer letzten Stunde begleite". Nachdem die französischen Ministres das erste Mal am Thor angehalten worden, ausgestiegen und wieder zum General Albini gekommen waren, sagte Minister Bonnier laut mit außerordentlichem Nachdruck: «Je suis sûr que ce sera la nuit de ma mort», und bald hernach bestand dennoch niemand mehr als er auf der gleichbaldigen Abreise! . . .

324. Obervogt v. Holzing an Karl Friedrich.

Rastadt, 14. Mai 1799.

[Allseitige Klagen über die Emigranten. Ausweisung.]

Bei seinem Amtsantritt[2] erstatten allerorten die Ortsvorstände „und zwar aus Forcht . . . nur insgeheim" Anzeige, daß die umliegenden Ortschaften noch zahlreiche Emigranten beherbergen, die man entfernt wünsche, da „sie die Jugend verderbten und alles Uebel und Unheil in den Gemeinden nur von ihnen herkomme".

Auf die Aufforderung zu schriftlicher Begründung ihres Anbringens habe bis jetzt nur der Schultheiß von Plittersdorf Bericht erstattet.

Bitte um Verhaltsbefehle.

Es erfolgt darauf die Weisung, die Individuen, die Anlaß zu Klagen geben und den Gemeinden beschwerlich fallen, auszuweisen. Geh. Rathsprot. v. 14. Mai 1799.

---

[1] Diese und die folgenden Angaben eines Augen- und Ohrenzeugen sind beachtenswerth, sie fallen gegenüber der Debry-Hypothese Böhtlingks schwer in's Gewicht.

[2] v. Holzing trat anfangs Mai an die Stelle des Obervogts von Drais, der als Landvogt nach Lörrach berufen wurde.

325. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 15. Mai 1799.

[Die Wittwe Roberjot; unzufrieden mit ihrer Pension. Neue Beschwerdenote über die Truppenexcesse in Baden. Zur innern Lage Frankreichs.]

.... Me Roberjot est comme on se l'imagine bien plongée dans une profonde tristesse, je sais d'ailleurs qu'elle est très mécontente de la médiocrité de la rente de 3000 ₶ en biens fonds qu'une loi du corps législatif lui assigne[1]. Elle s'en est expliquée envers plusieurs personnes, disant qu'à Rastadt elle avait donné autant à son maître d'hôtel, qu'elle ne pouvait pas sans ingratitude renvoyer le fidèle domestique qui lui avait sauvé la vie..., enfin qu'elle était sûre que, si elle voulait s'adresser aux puissances neutres ou accepter leurs offres, chacune d'elles lui assignerait au moins une pension pareille.

Reitzenstein hat Talleyrand eine neue Note wegen der Excesse der französischen Truppen überreicht; zwei Noten, über den gleichen Gegenstand, die er dem neuen Kriegsminister, General Millet Mureau, über dessen Unthätigkeit übrigens allgemein geklagt werde, übergeben, waren ohne Antwort geblieben. Talleyrand verspricht, dem Direktorium darüber Bericht zu erstatten.

Wachsende Mißstimmung gegen das Direktorium. Dasselbe bietet alles auf, den Eintritt von Sieyès[2] zu verhindern und die Wahl des Polizeiministers Duval durchzusetzen. Siegt Duval, so wird ein Bürgerkrieg losbrechen; man wird dann das Palais Luxembourg stürmen, wie man im Jahre 1792 die Tuilerien gestürmt.

---

326. Bericht des Oberstkammerherrn von Geusau.

Karlsruhe, 16. Mai 1799.

[Mission in's k. k. Hauptquartier. Zusicherung strengster Untersuchung des Rastadter Vorfalls. Erleichterung der Oberlande unzulässig. Bedauern über die Nothlage des Markgrafen.]

Den 6ten Mai reiste ich von hier ab und den 8ten des Nachmittags kam ich zu Stockach an. Ich kam sogleich bei Seiner K. H. dem Erzherzog vor, Sie waren äußerst betreten und aufgebracht über den traurigen Vorfall bei Rastadt; Sie sagten, daß so wie Ihnen der Rapport hiervon zugekommen wäre, Sie sogleich dem General Masséna hierüber geschrieben hätten[3]; daß Sie Ihre gegebene Befehle in Betreff der Sicherheitsanstalten für die französischen Minister im Druck würden erscheinen lassen[4]; daß Diejenigen, so sich dieser Verletzung des Völkerrechts schuldig gemacht, nach der Größe dieses Verbrechens bestraft werden würden; daß Sie diese Sache auf das weitläufigste und genaueste untersuchen lassen würden, um so mehr, da der Verdacht immer weiter ginge und

---

[1] Das Dekret bei Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, VI, 239.

[2] Erfolgt am 16. Mai.

[3] d. d. 2. Mai. Häberlin, Staatsarchiv, VII, 171.

[4] Ist bekanntlich unterblieben.

immer größer würde, indem bei der Ermordung zu rein französisch gesprochen worden sein soll, eine Fähigkeit, welche die Szekler Husaren nicht besäßen[1].

Höchstdieselben bezeugten Ihr aufrichtiges Leidwesen über die unglückliche Lage von Serenissimo, die durch diesen verheerenden Krieg Ihre Oberlande in das Verderben gestürzt sehen müßten, Sie fügten hinzu, daß Sie um so mehr bedauerten, wegen der Bedürfnisse der Armee keine Linderung verschaffen zu können[2].

Da ich eine halbe Stunde allein bei dem Erzherzog gewesen bin, so konnte ich Alles anbringen, wozu ich beauftragt war, den Punkt aber über die Einquartierung im Rastadter Schloß berührte ich mit Vorbedacht nicht, sondern bat hernach den Oberst Ducka, solches bei dem Erzherzog anzubringen und dabei zu sagen, daß ich solches nicht selbst gethan hätte aus der Ursache, der Sache nicht das Ansehen einer Klage zu geben. Ich bin auch überzeugt, daß hierin abgeholfen werden wird.

Den folgenden Mittag bei der Tafel sagten Seine K. H., daß Ihnen von den Vorposten gemeldet worden, daß Schopfheim von den Franzosen rein ausgeplündert worden wäre, Sie bedauerten, daß so viele Unglücksfälle Serenissimum, welche ein besseres Schicksal verdienten, beträfen. Nach der Tafel wiederholte der Erzherzog alles dasjenige, was ich bereits schon angeführt habe. . . .

327. Graf Görtz[3] an Edelsheim.

Regensburg, 17. Mai 1799.

[Antwort des Erzherzogs Karl vom 4. Mai. Eybens Mission und ihr Resultat.] Dank für die freundliche Aufnahme während des Congresses zu Rastadt.

. . . . Je n'ai pu en trouver le moment et encore dans ce moment le recueillement nécessaire pour Vous épancher mon cœur, pour entretenir V. E. — un des objets essentiels —, pour Lui parler encore particulièrement de ce qui aurait quelque rapport au cruel événement du 28 au 29. Accordez-moi généreusement un indulgent pardon tant sur ce retard que sur la confusion de cette présente épître. J'espère que cela reviendra, mais j'ai jusqu'à présent perdu la faculté de penser et de m'exprimer. Si c'est l'effet du Congrès ou du dernier événement, j'espère qu'il ne m'est que personnel et que pour le bien du Margrave Vous ne partagiez pas mon sort.

Sur l'estafette de V. E. qui m'a atteint à Stoutgart au moment de mon départ j'espère que mon digne collègue Dohm Vous aura fait parvenir avec mes excuses les pièces demandées; quoique probablement la réponse

[1] Vergl. dagegen die entschiedenen Angaben der markgräfl. Kutscher und die Aussagen des französischen Gesandtschaftspersonals. Auth. Bericht, S. 45 ff.; Häberlin, Staatsarchiv, VII, 119 ff.

[2] S. oben Nr. 284.

[3] Graf Görtz war am 13. Mai nach Regensburg zurückgekehrt und hatte am 16ten die Berichterstattung an den badischen Hof wieder aufgenommen.

de S. A. R. Msgr. l'Archiduc à notre lettre de Carlsrouhe Vous sera déjà connue[1], je préfère pourtant pour compléter les actes de Vous la présenter ci-jointe. Mr d'Eyben a été accueilli le plus gracieusement, en a eu deux audiences et par son ordre un entretien de quatre heures avec le conseiller Fassbinder (sic!) et nous a apporté les assurances que S. A. R. croiait devoir à nous et à l'Europe et à son propre honneur de faire examiner le plus rigoureusement cette affaire et de lui donner toute la publicité[2]. Je ne doute d'après cela aucunement que la démarche de notre Sme Margrave aura éprouvé le même accueil. Partout où j'ai passé cette catastrophe a fait la plus vive sensation et la Darstellung de Mr de Dohm a eu tous les suffrages. J'aurai la plus vive reconnaissance à ma chère Excellence, si Elle voudra me faire part de ce qui peut servir à l'éclaircissement ultérieur de cet événement. . . .

---

328. Der speirische Comitialgesandte von Steigentesch an Bischof Wilderich von Speier.

(Regensburg,) 17. Mai 1799.

[Die Villinger Militärcommission. Rechtfertigungsversuche Barbaczy's.]

Die Untersuchung der That vom 28. April geht, wie gestern ein Schreiben des Erzherzogs Karl an den kaiserlichen Herrn Concommissarius sagt, in Villingen ununterbrochen streng und unparteiisch fort, es soll aber vor deren Beendigung nichts davon bekannt werden, weil in dem Laufe sich immer neue Umstände zeigen könnten; so viel weiß man aber, daß der Oberst Barbaczy die Ehre und die Unschuld seines Regiments sehr vertheidige und selbst die Unmöglichkeit einer Theilnehmung zu beweisen suche; keiner seiner Leute könne nur ein Wort französisch, die wenigsten deutsch, beide Sprachen hätten die Thäter nach allen bis jetzt bekannten Aussagen gesprochen[3]. Ihm, dem Obristen, seien noch an dem nämlichen Tage, wo er nach der erhaltenen Kundschaft habe sollen angegriffen werden, auf seiner dreimaligen Recognoscirung und Visitirung Patrouillen von Latour-Dragonern, und den ehemaligen Sachs- und Perchini-Husaren begegnet, beide letztere habe er wegen der Aehnlichkeit der Uniformen besonders im Dunklen oft für seine eigene Leute gehalten; er sei weit entfernt auf die ohnehin schon unglücklichen Emigranten einen Verdacht zu ziehen, aber von seinen Husaren müsse er ihn um so thätiger entfernen, als er sich durch seinen unbegrenzten Glauben auf die Würde und auf das Ansehen der eilf Gesandten in Rastatt, welche am 28. April[4] in ihrem Schreiben seine Posten dieser That

---

[1] Häberlin, Staatsarchiv, VII, 173.

[2] Häffer, II, 328.

[3] Vergl. dagegen die Aussage des Kutschers Glatzer, der ausdrücklich sich auf ein ungarisches Commando eines Corporals beruft. Auth. Bericht, S. 48.

[4] sic! soll heißen 29. April. Auth. Bericht, S. 25—28.

beschuldiget hätten, in dem ersten Schmerze habe verleiten lassen, jene Imputation auf das Regiment zu nehmen u. s. w.

329. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 20. Mai 1799.

[Geschäftsstille. Die Reichsstände unter österreichischem Einflusse.]

Stillstand der Geschäfte. Der Druck, der auf den Reichstag seit geraumer Zeit ausgeübt wird, ist „dergestalt unter allem Begriff, daß Stimmenfreiheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit der deutschen Stände bald nur noch leere Worte sein werden". Ueber den Rastadter Vorfall „erlaubt man sich kaum zu sprechen".

330. Graf Fugger an den Erzherzog Karl.

Augsburg, 21. Mai 1799.

[Ausstreuungen eines Bedienten Bonniers über den Gesandtenmord.]

Ein Bedienter Bonniers, aus Zweibrücken gebürtig, der in Augsburg Dienste sucht, schildert die Mordscene, bei der er zugegen gewesen, in gehässiger Weise und erzählt, in seinen Armen sei seinem Herrn der Kopf gespalten worden. Szekler Husaren hätten andern Tags mit Thränen öffentlich gesagt: „soweit ist es mit uns gekommen, daß wir nun Straßenräuber und Meuchelmörder werden mußten, allein wir hatten die strengsten Befehle dazu ꝛc". Fugger läßt den Menschen verhaften und bittet um Verhaltsbefehle. —

Der Erzherzog weist den Gesandten an, den Mann mit einem ernsten Verweise laufen zu lassen.

Wien. St. A. Abschrift. Beilage zu dem Berichte Fuggers an Thugut, d. d. 1. Juni 1799.

331. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 21. Mai 1799.

[Auffindung des Roberjot'schen Entschädigungsplanes. Aufklärung über das Fehlen der badischen Unterschrift bei dem Schreiben an Barbaczy und dem Karlsruher Gesammtberichte. Verlust von Gesandtschaftspapieren.]

|: Der Markgraf hat Rosenstiel bei seiner Abreise ein Andenken im Werthe von 1000 fl. zukommen lassen[1], das derselbe, durch glücklichen Zufall, da er es in der Tasche mit sich führte, gerettet.

Une autre anecdote très confidente dont je Vous communiquerai la preuve évidente, dèsqu'il se présentera une occasion bien sûre, c'est que parmi les papiers de la légation française sauvés de la Murg où les houssards les avaient jetés en partie, nous avons découvert un fragment du mémoire ou du plan de Roberjot sur les indemnisations où il nous avait fort mal lottés[2] (sic!). :|

Il me reste encore à Vous donner une petite explication sur l'omission peu essentielle au fond de notre signature au bas de la lettre du corps diplomatique au colonel Barbaczy, en date du 29 avril, ainsi que de celle à l'Archiduc. La première[3] fut expédiée, dans un moment où accablé de

[1] S. oben Nr. 299.
[2] S. oben Nr. 176.
[3] Authentischer Bericht, S. 25.

la douleur . . . je m'étais retiré quelques moments chez moi et que mon collègue fut encore occupé des soins éfficaces qu'il voua au rétablissement du secrétaire général Rosenstiel. . . .

Quant à la seconde lettre[1] adressée à l'Archiduc, il ne nous parut pas convenable de la signer, parceque le Margrave se proposait d'écrire lui-même sur cet objet à S. A. R. Toutefois j'ai certifié la species facti, mais l'éditeur a trouvé bon, je ne sais pas pourquoi, de retrancher ma signature de celles qu'il a marquées dans sa publication imprimée.

Maintenant la commission militaire établie à Villingen poursuit ses recherches, on nous a demandé aujourd'hui la communication du visum repertum qui a été expédié sur le champ. . . .

Une observation qui paraît entièrement détruire le préjugé qu'on aurait pu peut-être en avoir voulu particulièrement aux papiers des ministres, c'est que bien loin d'avoir apporté le moindre soin à leur conservation, des objets les plus importants qui peuvent s'être trouvés rassemblés dans le coffre du secrétaire Rosenstiel on a jeté plus de ²/₃ à peu près dans le canal de la Murg[2]. Une partie en a même été repêchée sur la rive gauche près de Germersheim et ailleurs[3]. . . .

332. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 22. Mai (prs. 5. Juni) 1799.

[Drohende Staatsumwälzung. Jean Debry. Anerkennung und Tadel der badischen Regierung. Pensionsgelüste der Wwe Roberjot.]

|: Je me borne maintenant à mander en substance qu'il y a grande apparence que d'ici au 15 juin des changements peut-être salutaires équivalents à une révolution auront lieu dans le gouvernement pour le concentrer par le fait dans les mains de Sieyès ou de gré ou de force. . . .

J'ai aussi vu J. Debry. Rosenstiel étant encore à Strasbourg, cet exministre m'a avoué qu'il devait son salut à nos bonnes dispositions du lendemain et à la contenance du major Harrant, mais il m'a marqué moins de satisfaction de notre conduite antérieure depuis l'enlèvement des bateliers français[4] à Plittersdorff jusqu'au jour fatal où il prétend que nous aurions déployé beaucoup de faiblesse et timidité ce qui avait peut-être enhardi davantage les Autrichiens; surtout il m'a marqué la plus grande

[1] Auth. Bericht, S. 20 und 29.

[2] Die Angabe ist zu hoch gegriffen. Aus dem Protokoll über die Rückerstattung der Papiere ergiebt sich, daß nur ein kleiner Theil fehlte. Reuß, Teutsche Staatskanzlei, J. 1799, VII, 31 ff. Vergl. Hüffer, II, 358, Anm. 1. — Weitere Papiere, die sich gefunden, sind erst im J. 1802 Rosenstiel in Paris zugestellt worden. Reitzenstein an Edelsheim, 29. April 1802.

[3] Helfert, S. 260.

[4] 19. April 1799.

humeur, de ce que le S^me Margrave ne lui avait donné aucune marque de sensibilité à ce sujet durant tout son séjour à Strasbourg, quoiqu'il avait même mis Monseigneur dans le cas de le faire, Vous ayant demandé copie de la réponse de S. A. S. à la lettre du congé des ministres français, réponse charmante à laquelle toute la légation française avait mis le plus grand prix[1]. . . .

Me Roberjot accepterait volontiers une pension de cent louis. :|

333. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 31. Mai 1799.

[Befriedigung in Paris über den „gemeinschaftlichen Bericht". Beileidschreiben des Markgrafen an das Direktorium.]

Talleyrand hat vor drei Tagen eine Uebersetzung des zu Karlsruhe von Dohm redigirten gemeinschaftlichen Berichts der Gesandtschaften erhalten. «Le gouvernement en est indiciblement satisfait et j'admire en effet le courage avec lequel on y a osé dire la vérité.»

Reitzenstein vermißt die Unterschrift Edelsheims[2]. Ueberhaupt wäre es wünschenswerth gewesen, wenn ebenso, wie der König von Preußen dies gethan, der Markgraf dem Direktorium in einem eigenen Schreiben sein Bedauern über den Vorfall, der sich in seinen Landen zugetragen, ausgedrückt hätte.

334. Erzherzog Karl an Graf Lehrbach.

Winterthur, 31. Mai 1799.

[Oesterreichische Flugschrift und ihre Verbreitung.]

Uebersendet die Broschüre: „Kurze Bemerkungen über den authent. Bericht ꝛc.", die man möglichst zu verbreiten suche, um den übeln Eindruck, „den die Adresse des französischen Gouvernements auf die öffentliche Meinung verbreitet haben dürfte", zu verwischen. „Die vorläufige Bekanntmachung dieser Broschüre hält man umsomehr für zweckmäßig, als vor beendigter Untersuchung über die Hauptsache selbst doch noch nichts Officielles bekannt gemacht werden kann[3]."

Abschrift. Wien. St. A.

335. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 3. Juni 1799.

[Das Villinger Kriegsgericht. Verhörprotokolle der Nachbarorte von Rastadt, die Vorgänge vom 28/29. April betr.]

Der mit der kriegsgerichtlichen Untersuchung des Rastadter Vorfalls betraute k. k. Feldmarschallieutenant Graf Spork ersucht um Mittheilung, ob und zu welcher Zeit zwischen dem 28. und 29. April sich in den Ortschaften Iffezheim, Hügelsheim, Stein-

[1] S. oben Nr. 306. Edelsheim hatte übrigens im Auftrage des Markgrafen Debry seiner Theilnahme versichert, d. d. 13. Mai, das Schreiben scheint jedoch nicht an seine Adresse gelangt zu sein.

[2] S. oben Nr. 331.

[3] Die Flugschrift wurde anfangs Juni in der Augsburger Zeitung abgedruckt. Vergl. Helfert, S. 127.



mauern und Umgegend k. k. Patrouillen gezeigt, ob und was dieselben mit den Einwohnern gesprochen und ob angegeben werden könne, welchem Regimente die betr. Leute angehörten.

Das Oberamt Rastadt wird daher angewiesen, die Ortsvorgesetzten auf's schleunigste „mit möglichster Genauigkeit und erforderlicher Vorsicht" zu Protokoll zu vernehmen. Mit Bericht vom 4. und 6. Juni werden die Protokolle eingesandt und, nachdem davon Abschriften zu den Akten genommen[1], an den Grafen Spork weiterbefördert.

---

336. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 6. Juni 1799.

[Pension für die Wittwe Roberjot abgelehnt.]

|: . . . Quant à ce que Vous avez insinué touchant une pension pour Me Roberjot, je Vous avoue ingénuement que la chose ne nous ayant pas du tout paru proposable, j'ai préféré de n'en pas faire non plus aucune mention envers Msgr. le Margrave. . . . :|

Concept.

---

337. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 6. Juni 1799.

[Der Wiener Hof ersucht um Mittheilung weiteren Materials über den Gesandtenmord. Görtz außer Stand. Anonyme Zuschrift aus Augsburg.]

Mes plus tendres remerciments, ma très chère Excellence, pour Ses deux épîtres en date du 25 et 30 mai ainsique pour la communication de la réponse de S. A. R. l'Archiduc à notre respectable et Sme Margrave[2] sur cette malheureuse affaire, dont il nous reste maintenant à attendre le résultat des recherches. À ma très grande surprise j'ai reçu hier du ministère de Berlin un ordre par lequel on me fait connaître que la cour impériale tant par le Cte de Keller que par le chargé d'affaires à Berlin[3] a requis le susdit ministère de lui procurer de *ma part* toutes les notions relatives à cet assassinat des plénipotentiaires français qui pourraient mener à découvrir le fond de ce malheureux événement, — qu'on y a répondu, qu'il serait difficile de rien ajouter à la relation détaillée qui en avait [été] dressée à Carlsrouhe par les ministres et dont la cour de Vienne avait connaissance depuis longtemps, — que cependant, si j'en avais recueilli depuis quelques circonstances supplétoires, j'étais autorisé de les faire passer par la voie du Cte de Keller au Bon de Thugut. — Votre Excellence sentira facilement que, depuis mon départ de Carlsrouhe me trouvant hors d'état de me procurer aucune ultérieure notion sur cet objet, je ne pourrai que me borner à dire que notre dite relation détaillée contient tout

---

[1] Auch diese Abschriften, wie die Akten überhaupt, haben sich trotz sorgfältigster persönlicher Nachforschung im Karlsruher Archive bis jetzt nicht gefunden.

[2] Die drei Schriftstücke fehlen.

[3] von Hudelist. — Im übrigen vergl. Hüffer, II, 330.

ce que je pourrais me permettre de dire sur un événement de cette nature. — Il doit Vous être, chère Excellence, d'autant plus désagréable qu'on ne Vous laisse pas passer les lettres du Bon de Reitzenstein, que j'ai vu par celle de Cetto, arrivée à Munic, que lui et ses collègues se sont trouvés très embarrassés des démarches auxquelles on a voulu les induire. .... Pour Votre amusement je Vous joins ici, cher ami, une anonyme que j'ai reçue il y a quelques jours — et qui par la stampille sur l'adresse venáit d'Augsbourg[1]. — Serait-elle de la plume de notre commun ami L[ehrbach]? Elle me paraît digne de sortir de cette tête.

Agréez mes tendres hommages et les assurances de mon inviolable attachement.

Beilage.

Anonyme Zuschrift an den Grafen Görtz.

A[ugsburg], 2. Mai 1799.

Votre Excellence voudra accueillir favorablement l'idée d'un anonyme pour un échange du Margraviat de Bade contre celui d'Anspach. Cet échange mettrait sauf meilleur avis enfin un terme aux injustices continuelles que les Français commettent principalement dans un pays en paix avec eux, — il leur fermerait à jamais le passage d'aller porter les dévastations plus loin, il servirait d'un boulevard pour tout l'Empire germanique et remplacerait les forteresses du Rhin.

Votre Excellence voudra faire goûter cet arrangement aux respectives hautes parties contractantes en égard du bien général des bons Allemands et en considération que la paix que firent les Français avec les pays du Bade, — malgré leurs promesses solennelles et malgré leurs belles proclamations — reste pourtant comme non avenue. Votre Excellence, en contribuant à faire effectuer le susdit arrangement, méritera le beau nom de sauveur des Allemands qui assez longtemps ont été vexés par les Français.

---

338. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 9. Juni 1799.

[Die Wittwe Roberjot. Anklagen gegen das Direktorium. Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Gerebes.]

Reitzenstein hat der Todtenfeier zu Ehren Bonniers und Roberjots am 8ten beigewohnt[2].

Madame Roberjot n'était point présente à la cérémonie d'hier ce qui ne m'étonne pas. Je l'ai vue deux fois.

---

[1] S. die Beilage.

[2] Helfert, 139 ff.

.... On assure qu'à ses amis intimes elle a fait sur la source de l'assassinat de son époux et de Bonnier des semi-confidences et presque des révélations qui feraient dresser les cheveux d'horreur, puisqu'elles conduiraient assez directement à une complicité effroyable et inouie; la plume se refuse à donner de plus claires explications, l'histoire entière n'offrirait aucun exemple d'une trahison si froidement perfide et atroce [1]. Heureusement, quoiqu'on rappelle à ce sujet que ce n'est aussi pas devant l'ennemi que Hoche a trouvé la mort, la chose est tout aussi incroyable qu'horrible: on dit tant de choses contre le Directoire; il est donc permis de croire que les discours mêmes, sur lesquels on fonde ce bruit, n'ont jamais existé et que le tout est un de ces mensonges enfantés par l'oisiveté et la méchanceté.

---

339. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 13. Juni 1799.

[Hofdekret wegen des Gesandtenmords. Vorschläge des Reichstags.]

Uebersendet das kais. Hofdekret vom 6. Juni, die Ermordung der französischen Gesandten betr., das am 11. zur Diktatur gelangt ist. Der Kaiser fordert den Reichstag darin auf, einige Deputirte zur Theilnahme an der Untersuchung zu ernennen und baldigst in einem Reichsgutachten „mit Offenheit alles an Handen zu geben, was die Wichtigkeit eines so unerhörten Vorfalls erheischen dürfte“. In einer vertraulichen Conferenz am 12ten wird eine Reihe von Vorfragen, die Wahl der Deputirten und ihre Aufgabe betr., erörtert und die Eröffnung des Protokolls auf den 12. Juli anberaumt [2].

Görtz ersucht um Instruktion [3].

---

340. Graf Lehrbach an Thugut.

Augsburg, 13. Juni 1799.

[Hofft auf baldige, befriedigende Aufklärung des Rastadter Vorfalls.]

.... Die allgemeine Erwartung ist auf den Aufschluß der Commission oder Kriegsrecht (sic!) über den Rastadter Vorfall gespannt, und man erwartet ihn mit Sehnsucht. Es ist zu wünschen, daß er bald und befriedigend zur Ehre des kais. Hofes geschehen möge, da die Uebelgesinnten in Deutschland über diese Sache viel Gift verbreiten.

Wien. St. A.

---

[1] Vergl. den Bericht des preußischen Legationsraths Roux vom 12. Juni bei Bailleu, Preußen und Frankreich, I, 424, wo dem Verdachte gegen Debry noch stärker Ausdruck verliehen wird, während hier Reitzenstein sich durchaus skeptisch gegenüber dem Gerede verhält.

[2] Die Verhandlungen bei Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, IV, 271 ff. — Vergl. Helfert, S. 146 ff.

[3] Der Markgraf wünscht erst zu wissen, „wohin die Vorschläge der vordersten Reichsstände und insbesondere die kgl. preußischen Gesinnungen gehen mögen“. d. d. Karlsruhe, 17. Juni.

341. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 25. Juli 1799.

[Die Wittwe Roberjot. Anklage gegen das Direktorium.]

..... Nach einer vertraulichen Pariser Nachricht an einen Frankfurter Correspondenten soll man die unglückliche Wittwe des ermordeten Ministers Roberjot für wahnsinnig ausgeben, das wahre hieran aber seie, daß sie sich zu laut über den muthmaßlichen Antheil des Direktoriums an jener verruchten Mordthat herausgelassen habe und dieserwegen vorsorglich in engem Verhaft gehalten werde[1]....

---

342. Karl Friedrich an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 29. Juli 1799.

[Instruktion. Verzicht auf Mitwirkung einer Deputation. Die Untersuchung dem Kaiser zu überlassen.]

Wir haben aus des Herrn Gesandten eingegangenen Berichten ersehen, wie Kursachsen in Betreff der Reichsberathung über das kaiserliche Hofdekret vom 6. Juni 1799 wegen der traurigen Ermordungsgeschichte der französischen Gesandtschaften darauf anträgt, daß ohne Ernennung einer besonderen Reichsdeputation die ganze Untersuchung der legalen Einschreitung Kaiserl. Majestät anheimgelassen werde, wie die Majorität der Stimmen auch dahin sich zu einigen scheine und wie selbst der kaiserl. Hof jetzo von dem Verlangen einer solchen Deputationsausübung eher ablassen dürfte[2]. Da wir nun gleich anfangs wegen dem verursachenden Aufenthalt und Weitläufigkeiten jene Deputationsernennung nicht für ein Mittel angesehen haben, die reine und vollständige Aufklärung der Anlässe und mitwirkenden Ursachen jener Geschichte, für welche alles auf möglichst geschwinde Erhebung des Einschlagenden ankommt, zu befördern; da nebstdem die Art der Einschreitung, welche solcher Deputation hat zugedacht werden sollen, nach des Herrn Gesandten Berichtschreiben, mit der Würde des Reichs nicht so ganz vereinbarlich geschienen hat, weil sie ihr zu Folge wenig mehr als einen müßigen Zuschauer bei den Beschlüssen der kaiserlichen Untersuchungs-Commission würde haben machen können; da von Kaiserlicher Majestät nach Allerhöchstdero durch das Hofdekret so unzweideutig an den Tag gelegten Gesinnungen und den Aufforderungen Ihrer eigenen Würde ohnehin zu erwarten gewesen und noch ist, daß Sie alle rechtliche Genauigkeit und Legalität bei Erhebung der Sache beobachten und durch Vorlegung der Resultate im Publiko der Deutschen Nation die deren Ehre rechtfertigende Aufschlüsse ertheilen werden; und da es an sich ganz der Ordnung gemäß ist, daß die Untersuchung des Vorfalls als in die

---

[1] Vergl. Bailleu, I, 424. Die Mythenbildung geht hier schon weiter, man will wissen, daß die Frau in Haft gehalten werde.

[2] S. oben Nr. 338.

Reichsjustiz einschlagend von Kaiserlicher Majestät allein besorgt werde, zumal nachdem auch — soweit es als eine mit dem vorigen Reichskriegsstand in Verbindung stehende Sache betrachtet werden will — das desfallsige vorhin durch Abstrahirung von Niedersetzung eines Reichskriegsraths Kaiserlicher Majestät allein in die Hände gelegt ist, so nehmen Wir keinen Anstand, ebenfalls dahin zu schließen, daß die ganze Untersuchungs-Anordnung Allerhöchst gedacht Ihro Röm. Kais. Majestät allein anheim gelassen werde[3]. . . .

---

[3] Am 29. Juli erfolgt in Regensburg die Protokolleröffnung, am 9. August ein Reichsgutachten in obigem Sinne. Reuß, Teutsche Staatskanzlei, VII, 110.

II.

Baden im Reichskriege gegen Frankreich.

1799—1801.

1. Der Reichskrieg und die badische Neutralitätspolitik. Mai—Dec. 1799.

343. Kammerconsulent Roth an Gayling.

(Lörrach,) 1. Mai 1799.

[Vorpostengefechte. Erpressungen. Nothlage.]

.... Wir befinden uns in dem unglücklichsten Winkel von der Welt. So oft die k. Vorposten hier und da Attaque machen, so oft vermehren sich die französischen Truppen bei uns.... Die Verpflegung des Officierscorps drückt uns bald darnieder.

Seit in Folge eines Vorpostengefechts die Wiesenbrücke bei Brombach abgebrochen worden, hat alle Zufuhr aus dem Wiesenthal aufgehört.

344. Obervogt von Harrant an Gayling.

Bühl, 12. Mai 1799.

[Ausschreitungen der österreichischen Bauernmiliz. Verbot der Theilnahme am Landsturm für die Badener. Requisitionen im Oberlande.]

In der Gegend ist es ruhiger geworden, die Franzosen haben sich in Unzhurst und Groschweier keine Requisitionen mehr erlaubt.

Die einzige Sorge, die wir haben, seind die bewaffnete Bauern[1] bei Oberkappel, Sasbach rc., die sich nicht mehr in ihren Bezirk einschränken, sondern öfters parthienweis bewaffnet nach Unzhurst und Groschweier kommen, dorten bei Nacht schießen, auch auf dem Feld herum patrouilliren; unsre Leute seind zwar auf das schärfste ermahnt, keine Gemeinschaft mit diesen Bauern zu machen, wozu sie ohnehin nicht geneigt seind.

Harrant hat auch die französischen Officiere davon in Kenntniß gesetzt.

Weniger beruhigend lauten die Nachrichten aus dem Oberland, welches unter den Requisitionen der beiden kriegführenden Theile zu leiden hat. Im Amte Mahlberg werden Dundenheim und Ichenheim von den Franzosen hart bedrängt.

[1] Ueber die österreichischen Versuche einer Organisation der Landmiliz, die übrigens im Breisgau zu Folge der schlimmen Erfahrungen des Jahres 1796 vielfach auf Widerspruch stießen, vergl. Bader, Die ehemaligen breisgauischen Stände, 161 ff.

345. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 30. Mai 1799.

[Die schwedische Erklärung am Reichstage. Ankündigung eines k. Commissionsdekrets über den Reichskrieg.]

Die baldige Erscheinung eines kaiserlichen Commissionsdekrets zur erneuerten ferneren Theilnahme des ganzen deutschen Reichs an dem dermaligen Krieg wird seit der Schweden-Vorpommerischen bemerkbaren Erklärung[1] immer lauter angekündigt, von vielen, zumal geistlichen Ständen sehnlichst erwartet und mitunter auch schon nach seinem Inhalt . . . angegeben. . . .

---

346. Seckendorff[2] an Karl Friedrich.

Berlin, 31. Mai 1799.

[Der König von Preußen in Hanau. Vorschlag einer preußischen Friedensvermittlung. Veränderte Frage in Frankreich. Stimmung in der Umgebung des Königs. Bildung einer deutschen Friedenspartei.]

Ich kann zwar ohnehin vermuthen, daß Ew. Hf. D. nach Höchstdero allgemein bekannter Menschen- und Vaterlandsliebe die Reise des Königs Majestät in dortige Gegenden[3] nicht unbenutzt lassen werden, um diesem Monarchen die dringende Gefahr, in welcher das deutsche Reich durch den neuerlichen Kriegsausbruch, wenn schon mit glücklichen Schritten bezeichnet, sich befindet, recht lebhaft zu schildern und so mancherlei unausbleibliche Folgen an's Herz zu legen. Es ist mir aber demohngeachtet auch Pflicht gegen Ew. Hf. D. selbst den Wunsch nicht zu unterdrücken, daß es Höchstdenenselben gefällig sein möge, den Aufenthalt Sr Königl. Preußischen Majestät in Hanau vom 22.—30. Juni dahin zu verwenden, damit Allerhöchstdenselben das Verdienst recht augenfällig dargestellt werde, das Sie sich erwerben würden, wenn noch in dem jetzigen Zeitpunkt, bevor entweder die Lage der Dinge sich, wie doch schon so oft geschah, auf's neue zum Vortheil Frankreichs sich ändere oder fortdauernde Siege die Forderungen der Sieger allzuhoch spannen sollten, an den Frieden ernstlich gedacht, ein für alle Theile möglichst vortheilhaftes, sicheres Friedensprojekt entworfen und solches mit einer öffentlichen Erklärung und mit dem zweckmäßigsten Nachdruck geltend gemacht würde. Je gemäßigter ein so beschaffenes Projekt die selbsteigene Schadloshaltung behandeln würde, mit um so mehrerem Vertrauen würde es ergriffen

[1] d. d. 24. April, verlesen am 20. Mai. Dieselbe betont die Pflicht eines jeden Reichsstandes, falls ihm nicht „die Lokalität seiner Länder und dessen Unvermögenheit es" unmöglich macht, am Kriege thätigen Antheil zu nehmen; ihr belehrender, anmaßender Ton erregt überall Befremden. — Hamburger Polit. Journal, 1799, I, 593 ff.

[2] Der würtembergische Reichstagsgesandte, damals in besonderer Mission in Berlin. S. oben Nr. 232, Anm.

[3] An die Reise zur Truppenrevue nach Westfalen knüpfte sich ein Besuch in Kassel und den fränkischen Fürstenthümern. S. Hamburger Polit. Journal, 1799, I, S. 653.

werden, vielleicht um so zuverlässiger Nachahmung verdienen. Ob die Stimmung an den beiden Kaiserhöfen dem Frieden entgegengehe, dieses zu entscheiden fällt nach manchen Kennzeichen zwar schwer, desto ehender kann man nach der neuerlichen Veränderung im französischen Directorio hoffen, daß dorten die Regierung den Leiden der Menschheit ein Ende zu machen entschiedener sei als jemals. Es ist aber hohe Nothwendigkeit, daß man damit nun bald vorangehe. Unter denen, die um den König auf der Reise sein werden, scheint Obrist Köckritz am ersten für die zum Frieden führenden ernsthafteren Mittel gestimmt zu sein; während der Minister Graf Haugwitz, von dem es jedoch ungewiß ist, ob er nicht von Minden wieder anhero zurückgehen werde, ehender für den Beitritt zur Coalition geneigt zu sein scheint [1]. Der König selbst will aber den Frieden und wird vielleicht, nur um diesen zu fördern, ein Opfer wagen. Er dürfte übrigens die großen Folgen nicht mißkennen, welche die Vergrößerung seiner mächtigen Nachbarn auf die preußische Monarchie und zugleich auf Deutschlands milde Verfassung bewirken müßte. Verzeihen Ew. Hf. D. die hier gebrauchende Freiheit dem unbeschränkten Vertrauen, das ich auf Ihre Weisheit und Ihre allgemein anerkannte Vaterlandsliebe setze. Ew. Hf. D. werden, wenn Sie mit andern deutschen Fürsten, die das unglückliche Schicksal des Krieges so harte traf, sich hierin zu vereinigen geruhen, das größte Zutrauen bei dem Könige erwerben und es kann vielleicht ein glücklicher Erfolg meinen Hoffnungen entsprechen. Eine ernsthafte Verbindung des preußischen Monarchen mit einigen nördlichen Mächten und mit den verbündeten Fürsten Deutschlands kann die Gefahren fortdauernden Kriegs hemmen und die Ruhe wiederbringen, sichere Grenzen anweisen und dem Sieger Schranken setzen, die er nicht zu überschreiten vermag, statt daß immer fortschreitende Eroberungen Europa ganz umschaffen und keine Sicherheit nirgends mehr gewähren würde [2].

Ich reise morgen von hier nach Karlsbad ab, noch unbekannt mit den ferneren Entscheidungen des Herzogs, meines gnädigsten Herrn. In jedem Fall gedenke ich in 5—6 Wochen in Regensburg einzutreffen. . . .

---

347. Karl Friedrich an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 3. Juni 1799.

[Sondirung der vorderen Reichsstände wegen des Reichskriegs.]

Der Markgraf befindet sich „vor der Hand“ noch nicht in der Lage, dem Gesandten bezüglich des zu erwartenden kais. Commissionsdekrets eine bestimmte Instruktion zu ertheilen, ersucht ihn aber, „Uns von den in diesem Betreff sich zeigenden Aufklärungen, insbesondere

---

[1] Vergl. Hüffer, Kabinetsregierung in Preußen und J. W. Lombard. Leipzig 1891. S. 96, 98.

[2] Ende Juni stattet der Markgraf in der That dem Könige in Wilhelmsbad einen Besuch ab, von dem er am 28ten d. M. zurückkehrt. Ueber das Resultat s. die Depesche Reitzensteins vom 23. Juli. — Vergl. Kleinschmidt, a. a. O. 144.

von den allenfallsigen Aeußerungen anderer sowol vorliegender und mit Uns in gleichem Fall sich befindender, als auch solcher vom Kriegstheater entfernteren Stände, die bisher die Neutralität beobachtet haben, von Zeit zu Zeit zu benachrichtigen".

348. Kammerconsulent Roth an Gayling.

Lörrach, 7. Juni 1799.

[Französische Einquartierung. Vorpostengefechte. Der markgräfliche Hof in Basel.]

Die Lage ist unverändert.

Wir haben immer noch unsere kostspielige Einquartierung, und die Vorpostengefechte dauern in der Nähe von uns mit abwechselndem Glück fort. Dies kann jedoch wenig entscheiden, sondern unser künftiges Schicksal hängt lediglich von den Hauptoperationen in der Schweiz ab[1]. . . .

In dem markgräflichen Hof [in Basel] sieht's kläglich aus, weil alle Zimmer mit Blessirten angefüllt sind. . . .

349. Bericht des Oberamts Hochberg an Karl Friedrich.

Emmendingen, 26. Juni 1799.

[Gefecht bei Altbreisach. Der österreichische Landsturm. Frohnden der badischen Bauern.]

Am 22. Juni hat bei Altbreisach ein heftiges Vorpostengefecht stattgefunden[2].

Die österreichischen Bauern ziehen gegen die Franzosen bewaffnet aus. Da die badischen sich nicht anschließen, müssen sie täglich 120 Schanzarbeiter nach Rothweil stellen.

350. Major von Harrant an Gayling.

Rastadt, 27. Juni 1799.

[Die Oesterreicher drängen die Franzosen nach Kehl zurück. Erzwungene Mitwirkung badischer Unterthanen.]

Am 26. Juni hat das Corps Merveldt einen Vorstoß unternommen, nach einer Reihe kleinerer Gefechte Oberkirch, Renchen und Offenburg besetzt und die Franzosen nach Kehl zurückgeworfen.

Die Einwohner von Groschweier sind gezwungen worden, mit den Kaiserlichen zu marschiren, doch schon nach der Besetzung von Gamshurst wieder entlassen worden.

Im übrigen ist, wie die Berichte von allen Seiten übereinstimmend melden, der Rückzug der Franzosen ohne nennenswerthen Schaden für die betheiligten badischen Aemter verlaufen.

351. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 2. Juli 1799.

[Voraussichtliche Majorität für den Reichskrieg.]

Die Berathung über das zu erwartende Commissionsdekret wird mit Eifer betrieben werden. Schon jetzt ist vorauszusehen, „daß die Majorität im Kur- und fürstl. Collegio

[1] Nach der ersten Schlacht bei Zürich (4. Juni) tritt ein Stillstand in den Operationen ein, der bis gegen die Mitte des August andauert und am Oberrhein nur durch gelegentliche kleinere Gefechte unterbrochen wird. Im wesentlichen behaupten auch hier die Truppen beiderseits ihre Positionen.

[2] S. Dumas, Précis des événements etc. I, 277 ff.



nach dem Sinne des kaiserl. Hofes ausfallen werde. Im Kurcollegio gehen 5 vota gewiß dahin, die drei geistlichen Kurfürsten, Böhmen und Kurpfalz, im fürstlichen alle geistliche und alle neufürstliche und mit den 6 pfälzischen Stimmen Schweden, Vorpommern und Württemberg".

352. Major von Harrant an Gayling.

Rastadt, 5. Juli 1799.

[Gefechte bei Renchen und Oberkirch. Die Franzosen zurückgeschlagen.]

.... Die gestrige Affaire ist nach dem militärischen Bericht folgende. Um 2 Uhr griffen die Franzosen zwischen Appenweier und Renchen mit 4 Bat. Infanterie, meist Grenadiers, und Cavallerie die Kaiserlichen, so nur 1 Bat. Gradiskaner und Blankensteinhusaren stark waren, an, warfen solche anfangs bis gegen Oberkirch zurück, hierauf hieben die Blankensteinhusaren in die Grenadiers ein und nahmen gegen 400 Gefangene, worauf sie sich zurückgezogen....

Bei Appenweier wurden sie auch wieder zurückgedrückt, doch ist die Bergstraße dadurch gesperrt, da Appenweier zwischen den Vorposten liegt....

Die Bauern kamen zu spät, sonst wäre eine größere Anzahl gefangen worden, alle Ortschaften stunden auf, und in der ganzen Ortenau ist der Landsturm angeordnet....

353. Obervogt von Liebenstein an Gayling.

Emmendingen, 7. Juli 1799.

[Ueble Behandlung Ihringens wegen Nichttheilnahme am Landsturm. Bickensohl und Bischofingen betheiligen sich.]

Klage über die üble Behandlung der Ihringer durch die Oesterreicher; General Graf Giulay selbst gebe ein schlechtes Beispiel: „wo er einen Badenschen sieht, so wirft er ihm den Frieden vor, und «Patriot» und «Spitzbube» folgt gleich hinterdrein". Die Weigerung der Ihringer, mit ihren österreichischen Nachbarn bewaffnet auszurücken, habe diese Behandlung verursacht; trotzdem habe man sie aber gezwungen, „alle Tage 24 Mann auf das Piquet zu stellen".

„Unsere Bickensohler und Bischofinger ziehen auch auf Piquet. Leider muß ich aber sagen, daß sie es gerne thun und daß alle Ermahnungen und Vorstellungen nicht fruchten. Dafür sind sie aber auch wol daran. Als letzthin wegen dem Sieg über Macdonald[1] überall im Oesterreichischen Freudenfest war, so zogen die Rothweiler vereint mit den Bickensohlern und Bischofingern nach Ihringen und jubelten dorten den Ihringern zum Trotz."..

354. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 14. Juli 1799.

[Commissionsdekret über Erneuerung des Reichskriegs.]

Uebersendet das angekündigte kais. Commissionsdekret wegen Erneuerung des Reichskriegs vom 12. Juli, das am gleichen Tage zur Diktatur befördert wird[2]. Die Eröffnung

[1] An der Trebbia, 17.—19. Juni.

[2] Karlsruher Zeitung v. 22. Juli 1799. — Die Aktenstücke über die folgenden Verhandlungen in Regensburg bei Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, VIII, S. 7—138; — eine zusammenhängende Darstellung der Verhandlungen ebenda, J. 1799, VII, S. 113—205.

des Protokolls wird auf den 26. Aug. festgesetzt. „In Ansehung der Römermonate“ hat sich der k. Concommissär v. Hügel geäußert, „daß der geringste Antrag auf 100 sein müsse“.

355. Hofrath Wielandt an den Erbprinzen Karl Ludwig[1].

Karlsruhe, 25. Juli 1799.

[Theilnahme am Landsturm. Conferenz zu Oberkappel. Harrant lehnt eine Einladung ab. Beleidigendes Schreiben Hardeggs.]

.... Herr Obervogt von Harrant zu Bühl hatte von dem Major Grafen Hardegg, von Blankenstein, eine Einladung zu einer desfallsigen[2] Conferenz bei dem Baron von Neuenstein in Oberkappel erhalten, solche aber wegen bestellter anderer Geschäfte abgelehnt. Es ist ihm darauf wieder ein zwar für Serenissimum nicht kränkendes, aber für alle Diener und die Regierung höchst injuriöses und impertinentes Schreiben zugekommen.

d. d. 18. Juli. Hardegg verbittet sich weitere Correspondenz und äußert seinen Unwillen über die badische Regierung, die eine Zeitung dulde, welche, wie unlängst bei den Gefechten im Kappler Thal, „die öffentliche Nachrichten stets in einem dem allgemeinen Feinde möglichst vortheilhaften Lichte vorzustellen sich beeifere“; er bedaure, daß ein so trefflicher deutscher Reichsfürst, wie der Markgraf, von solchen Rathgebern umgeben seie.

356. Edelsheim an Karl Friedrich[3].

Karlsruhe, 28. Juli 1799.

[Vertagung der Protokolleröffnung im Reichstage. Die Entscheidung über den Reichskrieg. Görtz empfiehlt Stimmenthaltung. Berathung darüber im Geh. Rathe. Flugschrift Dalbergs (?). Abberufung Reitzensteins nach Erklärung des Reichskriegs geboten.]

Il est entré hier ... une dépêche du Cte de Gœrtz en date du 22 avec un P. S. du même jour. Leur contenu porte en substance que la délibération relativement à l'assassinat de Rastadt a été renvoyée ultérieurement jusqu'à demain 29.

Quant à celle qui est fixée au 26 d'août, touchant le renouvellement de la guerre de l'Empire Germanique, ce ministre la regarde comme devant décider définitivement le sort de l'Allemagne; que la conservation ou la destruction, l'anéantissement de la constitution germanique en dépendront irrévocablement. Appréciant parfaitement, combien il peut sembler embarrassant dans notre position de s'expliquer franchement sur cet important objet, le bon Cte de Gœrtz me marque dans une lettre particulière: que son faible avis serait qu'on le laissât muet. En effet ce parti serait assuré-

---

[1] Während des Aufenthaltes des Erbprinzen am baierischen Hofe berichtet W. in tagebuchartigen Aufzeichnungen über die Vorfälle im Lande an denselben.

[2] Es handelte sich um Unterstützung der österreichischen Truppen in den Gefechten am Oberrhein durch das Landvolk.

[3] Der Markgraf weilte seit Mitte Juli im Bade Langensteinbach zur Kur.

ment très faible et en conséquence, ce me semble, fort préjudiciable dans les circonstances présentes. Mais comme il y a encore de la marge d'ici au 26 août et que l'importance de l'objet exige nécessairement une mûre délibération en présence de V. A. S., je ne fais aucun doute qu'Elle ne daignera en fixer le jour à Son Conseil privé, avant que le terme ne soit écoulé et même 12 ou 15 jours auparavant pour plus de sûreté, attendu que nous venons de faire tout à l'heure l'expérience qu'en renvoyant d'une semaine à l'autre l'expédition des instructions, il n'en est plus temps ensuite. C'est ainsi que Mr le Cte de Gœrtz se trouvera demain 29 dans le cas d'accuser le manque de notre instruction sur l'affaire de Rastadt, sur laquelle j'avais énoncé complètement mon avis — il y a plus de trois semaines. Il faudra toutefois qu'on fasse dire encore un mot là-dessus par le Cte de Gœrtz, — fût-ce même après coup!

.... Dans le P. S. susmentionné le Cte de Gœrtz annonce un nouvel imprimé, intitulé:

„**Ueber die Aufstellung größerer Staatenmassen in Deutschland statt der vielen kleinern und Organisirung derselben nach dem Geist des Zeitalters.**" **Leipzig** 1799.

Cette pièce qui combat victorieusement les préjugés annoncés dans le titre, est attribué au Coadjuteur Bon de Dalberg[1]. Les sarcasmes sur les traités secrets du Duc de Wurtemberg et de Bade avec la République française n'y sont pas ménagés. Ces traités secrets aussi bien que la convention secrète de Berlin du 5 août 1796 viennent d'être imprimés à Mayence in extenso avec la ratification du Directoire exécutif seulement.

Toutefois on se serait volontiers passé de cette publicité; il n'y a pas de remède et au bout de quelque temps il n'en sera pas plus question que des articles secrets de Campo Formio. Mais ce qui certainement mérite actuellement une attention toute particulière, c'est l'existence du Bon de Reitzenstein à Paris. Je n'en ai pas la moindre nouvelle depuis cinq semaines, quoique je lui aie écrit fréquemment et avec toutes les précautions nécessaires. Il n'y a pas apparence que V. A. S. voudra ni pourra le conserver en place, après que la guerre d'Empire sera de nouveau déclarée et pendant que les libérateurs de l'Allemagne occuperont Ses propres états. Je pense donc que, si nous n'avons pas peut-être le bonheur de tenir conseil en présence de V. A. S. demain ici au château, Elle devrait bien m'ordonner par quelques mots seulement de délibérer avec Messieurs mes collègues, s'il ne serait pas convenable d'autoriser le Bon de Reitzenstein incessamment à prendre les mesures qu'il jugerait lui-même les plus

[1] v. Beaulieu-Marconnay, „Karl v. Dalberg und seine Zeit" erwähnt die Broschüre nicht.



convenables pour se tirer à temps d'une position qui pourrait devenir d'autant plus embarrassante pour lui ainsi que pour V. A. S. Elle-même, après que la majorité de la Diète de l'Empire aurait résolu derechef la guerre contre la France.

---

357. Karl Friedrich an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 1. August 1799.

[Baden und der Reichskrieg. Kritische Lage. Abhängigkeit der Entscheidung von den Zeitumständen. Ausweichende oder zustimmende Erklärung. Modalitäten. Räthlichkeit einer Apologie der badischen Politik am Reichstage.]

Dank für Mittheilung des brandenburgischen Votums wegen des Gesandtenmordes.

Der noch nächstbevorstehende Berathungsstoff in Absicht der Reichskriegs-erneuerung setzt uns hingegen in eine weit schwerer zu entscheidende Lage und das Kritische derselben, das dem tiefen Blicke des H. Gesandten nicht entgangen ist, beschäftigt fast einzig alle Unsere deßfallsigen Betrachtungen. Dabei ist nicht sowol die Frage von der Partei, welche Wir zu wählen haben werden, als von der Art, wie Wir Uns dabei am besten alsdann benehmen können, um mit Würde und mit Hoffnung einer unter jedem Wechsel der politischen und militärischen Constellationen fortdauernden Beruhigung die Entschließung, wann sie einmal gefaßt sein wird, hinauszuführen. Denn was die Wahl einer Parthie anbelanget, so ist von den drei gedenkbaren Wegen — wider die Erneuerung zu stimmen, für dieselbe anzutragen, oder einen evasiven Mittelweg zu gehen — der erste vorhinein schon nach allen concurrirenden Umständen unbetretbar und es bleibt also nur eine Wahl unter den beeden letztern übrig, wegen welcher Wir zwar vernünftiger Weise unsere Decision so lang, als die Entschließung nicht dringend ist und mithin noch Aufschlüsse abgewartet werden können, ausgesetzt sein lassen werden, seiner Zeit aber wahrscheinlich mehr einem gebietenden Drang der Umstände, als einer sicheren Calculation aller Unsere Landeswolfahrt bestimmenden Concurrenzen werden nachzugeben haben. Die Art, wie Wir aber alsdann die eine oder die andere Entschließung ausführen, wird mehr von Unserer freien Bestimmung abhangen und macht daher auch im voraus einen größeren Theil Unseres Nachdenkens über diesen Gegenstand aus.

Sollten Wir einen Evasivweg erwählen, so entsteht die Frage, ob Wir bei der Deliberation Uns ganz stumm verhalten oder ein dahin führendes Votum ablegen lassen sollen. Ersteres, so wie es überzeugt Unseren Principien nicht convenirt, nach denen Wir es für eine Schuldigkeit halten, ohne Noth und ohne öffentlich dargelegte Gründe Uns von [der] Berathung der Reichswolfahrt nicht zu entfernen, also läßt es Uns auch besorgen, daß Wir damit bei beeden Theilen Undank aufheben würden, da jeder diesem Betragen eine den andern Theil möglichst begünstigende, mithin für sich möglichst gehässige Deutung geben würde. Letzteres, nämlich die Ablegung eines evasiven Voti, ist schon schwerer auszuführen,

möchte jedoch dadurch vielleicht nicht ganz unschicklich effektuirt werden können, wenn unter ausführlicher Recension unserer ehemalig vollen Pflichterfüllungen, Unseres vor andern von Anfang des Kriegs an erlittenen Kriegsdrucks, Unserer selbst während der Congreßzeit fortgedauerten, beträchtlich vermehrten Ausgaben und Unserer seit dem jetzigen Feldzug von beederseitigen Heeren gleich stark geschehenen Belastung, sodann unter Berufung auf die Reichsgesetze, welche in solchen Fällen Exemtionen begünstigen, und auf die von mehreren Reichsständen .... anerkannte Billigkeit Wir Unsere Unmöglichkeit zu einer thätigen Beiwirkung erklärten, darauf aber alsdann die weitere Erklärung stützten, daß Wir in Erinnerung an das alte Staatssprichwort Unserer Vorfahren: wer nicht kann mit thaten, soll auch nicht mit rathen, es für unbillig hielten, Unseren übrigen Mitständen über das, was für jene zu thun sei, welche die Vorsehung dazu noch bei Kräften erhalten habe, durch Ablegung einer Stimme Maß und Ziel geben zu wollen und Uns dahero dessen enthielten und ganz der Weisheit Unserer Reichsmitstände anheim stellten, was sie hierunter der Würde und Wolfahrt des Reichs angemessen erachten möchten.

Würden Wir die Beistimmung zum Reichskrieg thunlich und nothwendig finden, so entstehet alsdann die Frage, ob Wir solche besser mit einer in diesem Fall apologetischen Erwähnung Unseres mit Frankreich seinerzeit geschlossenen Separatfriedens oder ohne alle Rückerinnerung an solchen in das Reichsprotokoll legen. Ersteres scheint bei der Oeffentlichkeit, die der Schließung Unseres Separatfriedens unvermeidlich nachgefolgt ist, umsomehr unumgänglich zu sein, als neuere Privatausstreuungen eines Aufsatzes von sogenannten geheimen Artikeln, die Unserem Frieden beigemessen werden, gerade im jetzigen Zeitpunkt die Rückerinnerung daran auf eine widrige Art rege machen, und würde in diesem Fall Unsere Rechtfertigung darin bestehen, daß das ganze Friedensinstrument Unserem Gesandten ohne alle gestattete Zeit zur Bescheidseinholung bei Uns nur zum Signiren in einer Periode vorgelegt worden, wo die Okkupation aller Unserer Lande und die Ungewißheit, wie lang solche dauern werde, ihm vernünftigerweise keine andere Wahl übrig ließen als die Unterzeichnung in Hoffnung, daß nachfolgende günstige Umstände zu mildernden Unterhandlungen die Gelegenheit herbeiführen würden; daß Wir jedennoch aber wegen des beschwerlichen und Unserm Reichsverband unangemessenen Inhalts mehrerer Artikel die Ratifikation über ein volles Jahr und bis dahin aufgezogen haben, wo durch den auch von Oesterreich geschlossenen Separatfrieden zu Campo Formido alle Aussicht zu fernerer gedeihlicher Fortsetzung eines Reichskriegs verschwunden und nun es für Uns nothwendige Pflicht der Selbsterhaltung geworden war, nicht durch Versagung der Ratifikation einen Haß des Gegentheils auf Uns zu laden, den Wir gewiß voraussetzen mußten, da solche Ratifikation andrerseits immer eifrig[1] und zwar nicht sowol aus Interesse,

[1] Zu ergänzen etwa: begehrt wurde.

indem Unsere Kräfte zu ohnmächtig waren, als daß in dieser Hinsicht unser Verhalten dort in einigen Anschlag kommen konnte, als aus Ehrgeiz, um sich nicht nachsagen zu lassen, die Ratifikation eines jenseits gleich anfangs voreilig ratificirten Instruments gegen einen der mindermächtigen Reichsstände nicht einmal durchgesetzt zu haben, einen Haß, dessen Folgen alsdann das ganze unterhandelnde Reich nicht oder doch nur mit weiteren beschwerlichen Opfern von Uns würde haben abwenden können; — daß Wir jedoch auch diese nicht eher hinausgegeben haben, als nachdem Wir vorher die Erklärung dem französischen Gouvernement gethan hatten, wie Wir alle in des Reichs Interesse einschlagende Punkte auch lediglich von dessen Einwilligung abhangen ließen und keinen der darin gesetzten Punkte diesem zum Nachtheil bewilligten, mithin auch Uns solchen Separatfrieden zur Norm Unseres Verhaltens bei der Reichsdeputation nicht nehmen würden, und nachdem Wir die Zusage erhalten hatten, daß diese in honorem bewilligte, unbedingte Ratifikationsausfertigung nur als ein Schritt zur Eingehung neuer Unterhandlungen über Milderung mehrerer darin einbegriffener, unleidlicher Punkte angesehen werden solle. Inzwischen bergen Wir Uns nicht, daß diese im Nothfall hinlänglich zu belegende Apologie, so genügend sie jedem billig Denkenden sein wird, dann doch bei der jetzt nach der momentanen Lage der Dinge so sehr aufgereizten Stimmung vieler, besonders der geistlichen Reichsstände wider Uns einem großen Theil nicht genügen werde; und so wäre es leicht möglich, daß diese eine solche Anregung in Unseren Abstimmungen zu einem Anlaß benutzten, eine öffentliche und amtliche Rechtfertigungserforderung Unseres Betragens auf die Bahn zu bringen, die zu proponiren sie ohne dergleichen Anregung zur Zeit wenigstens ehender Anstand nehmen dürften, welche Aufforderung dann eben jetzt den günstigsten Zeitpunkt zu ihrer Erledigung nicht träfe. Aus diesen Gründen möchte daher eine gänzliche Nichtanregung dieser Materie vielleicht rathsamer erscheinen.

Da seinerzeit, wenn die Fassung Unserer Entschließung bestimmt sein wird, über diese Modalität derselben mit dem H. Gesandten zu communiciren nicht mehr möglich sein dürfte, und Wir doch dessen erleuchteten Beirath darüber sehr ungern entbehren würden, so legen Wir demselben diese Betrachtungen im Vertrauen mit dem angelegentlichsten Gesinnen vor, Uns die deßfallsigen gutachtlichen Sentiments und den von ein oder anderem Verfahren hoffenden oder besorgenden Eindruck baldmöglichst zu eröffnen. Wir verbleiben 2c.

Concept Brauers.

---

358. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 8. Aug. 1799.

[Görtz billigt die badische Reichstagspolitik. Allein Bedenken gegen eine Apologie vor dem Reichstage zur Vermeidung peinlicher Erörterungen.]

Beantwortet das Reskript vom 1. August.

Ew. Hf. D. tiefste Weisheit hat über die Frage: An? über die Partie, welche Hochdieselben nach den dermaligen eingetretenen Haupt- und Local-Umständen

zu nehmen haben, schon nach meinem geringen Ermessen die einzig mögliche, mithin die beste Wahl getroffen — nämlich die: nicht wider den kaiserlichen Antrag, wider die Erneuerung des Kriegs zu stimmen.

Da Ew. Hf. D. es auch in der bedenklichsten Lage Ihrem erhabenen Fürstenstand und Würde nicht angemessen finden, da Ihre Stimme zurückzuhalten, wo durch die göttliche Vorsehung Ihr Stand und Ihr Beruf Sie dazu auffordert und ich dieser erhabenen Deckungsart die tiefste Verehrung zolle, so ist blos darüber noch die Frage: 1) wann nach dem weiteren Drang der gebieterischen Umstände Höchstdieselben über die beiden in Wahl stehenden Modalitäten, für den Krieg anzutragen oder einen evasirten (sic!) Weg einzuschlagen, Sich Höchstselbst werden haben entschließen können und diese Entschließung, die nur Ew. Hf. D. selbst zu fassen im Stande sind, für den evasirten Weg ausfallen sollte, wie alsdann die Abstimmung am besten und mit dem meisten Anschein von guter Aufnahme abzufassen sein möchte, — und auf diesen Fall scheint mir das in dem verehrlichsten Reskript Enthaltene Alles zu erschöpfen, was auf der strengsten Wahrheit gegründet nur möchte können angeführt werden. Sollten hingegen Ew. Hf. D. Sich im zweiten Fall zur Entgehung noch größerer Drangsale und Gefahren für Dero Lande und zur Wiedererhaltung der jenseitig verlorenen Staaten selbst für den Krieg erklären, so ist mein unterthänigstes ohnzielsetzendes Dafürhalten, solches simpliciter und ohne alle Rückerinnerung zu thun. So sehr auch Ew. Hf. D. die gethanen Schritte bei dem Separatfrieden zu rechtfertigen im Stande sein, so würde doch nur dadurch den Gehässigen die Gelegenheit gegeben werden, ihre Stimme zu erheben und unangenehme Auftritte würden so gewiß unvermeidlich bleiben, so gewiß ich mich im Gegentheil versichert halte, daß wenigstens im Reichs-Protokoll sich kein dergleichen Ausfall erlaubt werden wird. — Gegen die großen Höfe und Mächte und ihre Cabinete hingegen würde in dem Fall, daß Ew. Hf. D. diese Entschließung, für den Krieg zu stimmen, fassen sollten, eine solche Apologie rathsam und von Folgen sein können. . . .

---

359. Landvogt v. Liebenstein an Gayling.

Emmendingen, 12. Aug. 1799.

[Räumung der Ortenau durch die Franzosen. Rückzug nach der Schweiz.]

. . . . Daß die Franzosen in der letzten Nacht Appenweier und die ganze Ortenau geräumt haben[1], ist Ew. Exc. gewiß schon bekannt. Ihringer sagten mir Samstag, daß auch der größte Theil derselben von Altbreisach Freitag ab und der Schweiz zu marschirt seien und sich nur noch 300 daselbst befinden. Aber in den oberen Gegenden sind sie eben noch immer und werden dort nicht anderst als mit Macht vertrieben werden können. . . .

---

[1] In Folge eines Angriffs der Kaiserlichen vom 10. d. M.



360. Edelsheim an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 12. Aug. 1799.

[Lage in Regensburg. Aufschlüsse über die badische Politik. Der Petersburger Zwischenfall. Sorge vor dem Einmarsch der Russen. Verlegung des Kriegsgerichts nach Rastadt.]

Zeigt den Empfang eines Schreibens vom 7. d. M. nebst Beilage an.

Le Margrave venant demain matin en ville, je mettrai l'une et l'autre sous ses yeux, et quoiqu'il y ait assez d'apparence, ce me semble, que la délibération en question sera plutôt retardée vu la déclinaison presque certaine de la majeure partie du Nord de l'Allemagne, nous ne divergerons pas de nos principes. Jusqu'à ce que V. Exc. soit de retour de sa fugue à M[unic], nous serons vraisemblablement en état de l'informer complètement de la marche que nous nous proposons de suivre et des moyens que nous comptons y employer. Elle les approuvera, je m'en suis persuadé, d'avance et Elle applaudira de même au choix de la personne que Msgr. le Margrave y emploiera. Si je pouvais me permettre d'anticiper sur l'expression de la reconnaissance de S. A. S. envers Vous, ma chère Excellence, par rapport aux sentiments de zêle et de dévouement que Vous venez encore de lui témoigner dans la circonstance présente, je Vous dirais dès aujourd'hui qu'elle sera bien conforme aux sentiments que Monseigneur Vous a voués de tous temps, chère Excellence, et qu'il ne saurait mieux prouver tout le cas qu'il fait de Votre opinion qu'en mesurant ses démarches en conséquence.

La disgrâce que le redoutable P[aul] a jetée sur notre Prince héréditaire et son fils fait un nouvel objet de sollicitude pour nous sous plusieurs rapports, surtout si les troupes Russes venaient à occuper notre pays. On dit à la vérité d'après la route qui leur est prescrite, qu'elles sont toutes destinées pour la Suisse, mais ces sortes de plans ne sont pas absolument irrévocables. . . .

Das Gerücht geht, Erzherzog Karl werde sein Hauptquartier nach Rastadt verlegen, «alors je pense qu'on y établira aussi la commission de Villingen qui se trouvera par là bien mieux à portée de poursuivre ses recherches sur un délit qui s'est commis près de là».

Gräfl. Rechberg'sches Hausarchiv.

---

361. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 18. Aug. 1799.

[Geh. Rathssitzung. Schreiben des Erbprinzen. Weitere Erörterungen gegen Bühler zu vermeiden. Correspondenz mit Görtz. Die Zurückhaltung der norddeutschen Reichsstände, Preußen an der Spitze, in der Reichskriegsfrage wird das Vorgehen des Wiener Hofes nicht aufhalten.]

J'ai été bien affecté, Monseigneur, du malheureux incident[1] qui est survenu hier pendant la délibération importante que V. A. S. a daigné terminer ici. . . .

[1] Feuersbrunst zu Durlach. Karlsruher Zeitung v. 21. Aug.

Msgr. le Prince héréditaire m'a fait l'honneur de m'écrire en date du 12 qu'il vient de répondre à V. A. S. à la lettre qui se trouvait incluse dans la mienne du 9, datée de Langensteinbach. Il me paraît que, pour éviter de plus grands embarras et ne pas se compromettre, S. A. évitera le plus que possible des explications ultérieures avec le Bon de Bühler sur l'objet en question. L'indisposition de ce dernier favorisera ce parti, parceque les occasions de le voir à Nymphenbourg ne se présenteront pas de quelque temps peut-être[1].

J'ai également reçu hier au soir une lettre du Cte de Gœrtz qui est arrivé à Nymphenbourg le 14; quelque courte qu'elle soit, son contenu est trop important, pourque je n'en présente pas le précis ou plutôt la traduction à Votre Altesse sans délai, vu que cet avis influera sur le parti qu'Elle a déjà résolu et en confirmera la nécessité urgente dans les circonstances présentes.

M^r le Cte de Gœrtz me marque qu'il avait reçu au moment de son départ de Ratisbonne pour Munic ma lettre du 6, — dans laquelle je lui avais demandé en chiffres de me marquer confidemment, s'il ne pensait pas, «que prévenu, comme on devait l'être déjà actuellement à Vienne, des dispositions passives du Roi de Prusse relativement au renouvellement ou à la poursuite de la guerre d'Empire et de l'accession très vraisemblable à ce parti de la part de tous les princes et états compris derrière la ligne de démarcation, formant ce qu'on prenait depuis longtemps à tâche d'appeler l'Allemagne du Nord, — s'il ne pensait pas, dis-je, qu'en cette considération la cour impériale ferait suspendre la délibération prochaine du 26 de ce mois?» Voici ce qu'il me répond sur cet article:

«Je crois devoir saisir le premier moment de mon arrivée ici — (à Nymphenbourg) — pour Vous répondre confidemment sur cet objet, que, quoique malheureusement au moins d'après mon opinion les nouvelles que Vous avez (du système actuel du cabinet de Berlin) ne soient que trop fondées, cela ne changera en rien ce qui doit se faire dans nos contrées (c'est à dire à Ratisbonne) le 26 du courant, et si j'osais conseiller, on ne devrait pas y faire attention chez Vous dans le parti à prendre. Vous sentez que c'est tout ce que je puis me permettre de Vous dire sur cet objet.»

En attendant on travaille avec zèle et application à l'exécution des ordres de V. A. S. et M^r de G[emmingen][2] s'est prêté avec empressement à la proposition que je lui ai faite d'un entretien secret avec M^r le conseiller privé Meier et moi. Je pense qu'il pourra avoir lieu demain après dînée. . . .

---

[1] Das Nähere über den Petersburger Zwischenfall in Abschnitt 3.

[2] Ueber die Mission des Freih. Otto von Gemmingen vergl. Abschnitt 3.

362. Roth an Gayling.

(Lörrach,) 20. Aug. 1799.

[Die „schwarze Legion" in Lörrach. General und Commandant verhüten Excesse. Vorpostengefechte.]

Die 14te Halbbrigade leichter Infanterie hat die bisher in der Umgegend postirte Halbbrigade abgelöst; „dies ist die berüchtigte schwarze Legion, welche im vorigen Jahr in der Schweiz und im April d. J. in Haltingen und Revier so übel gehaust hat. Daß wir über die Ankunft dieser Gäste sehr bestürzt waren, können Sie sich leicht vorstellen." Grobe Excesse sind indeß bis jetzt dank den Bemühungen des „wirklich braven" Generals Bastones und des hiesigen Commandanten de Belle verhütet worden.

Im Oberamte finden wieder fast täglich Scharmützel statt; vorgestern bei Schopfheim.

Ein Regierungsbefehl verlange, daß eine Schaar- und Nachtwächter-Instruction entworfen werde(!). „Möchte ein Mitglied der fürstl. Regierung nur etliche Wochen hier sein und die beständige Unruhe, in der wir leben, mit uns theilen: es würde ihm gewiß die Entwerfung aller Nachtwächtersinstruktionen vergehen."

363. Roth an Gayling.

(Lörrach,) 22. Aug. 1799.

[Fuhr- und Schanzfrohnden.]

Die Unterthanen werden durch Fuhr- und Schanzfrohnden von den Franzosen hart geplagt. Der Ort Lörrach allein hat seit Ende April 959 Kriegsfuhren und 2687 Schanzarbeiter zu stellen gehabt. Gerade in der Erntezeit fallen diese Requisitionen doppelt beschwerlich.

364. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 23. Aug. 1799.

[Schreiben an Erzherzog Karl nach dem Rathe von Görtz. Schwierigkeiten im Geh. Rathe. Die Bitte um Schutz gegen feindlichen Ueberfall zwecklos.]

.... Der Entwurf des Schreibens an des Erzherzogs Karl K. H. ist wirklich noch unter der Feder[1]; sobald ich ihn erhalte, werde ich nicht säumen, solchen zur vorgängigen gnädigen Einsicht zu übermachen. Im unterthänigsten Vertrauen kann ich nicht bergen, daß ich beinahe nur mit Mühe es dadurch dahin gebracht habe, daß ich äußerte, da der Entschluß Ew. Hf. D. hierüber schon ganz bestimmt vorläge und es bedenklich sein dürfte, die Ausführung desselben längerhin zu verzögern, so würde ich selbst den Entwurf ungesäumt aus den schon vorliegenden Aufsätzen der letzten Schreiben an den Kaiser, den Fürst Colloredo und Hofstaatskanzler Thugut ausziehen, die Empfehlung aber sämmtlicher hiesigen Lande voransetzen. Hierauf hat sich Geh. Rath Meier erboten, wenn es dabei verbleiben solle, so seie er bereit, den Aufsatz ebenso wie die vorigen zu über-

[1] Vergl. Abschnitt 3. Der Entwurf fehlt. Der Erzherzog wird von der Absendung Gemmingens nach Wien in Kenntniß gesetzt; er antwortet (d. d. 3. Sept.) mit dem Wunsche, „daß Sie [der Markgraf] mit den verfassungsmäßigen reichsoberhauptlichen Anträgen sich ganz vereinigen werden, und verspricht, auf die Schonung Ihrer Lande alle Rücksicht zu nehmen". Tagebuch des Geh. Raths Meier.



nehmen, welches ich denn gleich angenommen habe, sonst wären noch einige Tage mit der Deliberation hingegangen, ohne der Kritik zu gedenken, der sodann mein Aufsatz ausgesetzt geblieben wäre. Nun aber, bin ich zum voraus versichert, wird alles nach Wunsch ausgeführt werden. Nur der Theil des Anraths des H. Grafen von Görtz: „daß Ew. Durchlaucht den Erzherzog dringend bitten sollten, Ihren Landen und besonders Ihrer Residenz hinlängliche Sicherheit gegen einen feindlichen Ueberfall zu verschaffen", scheint mir ganz unausführbar, und würde in der Maße zu fordern ebenso überflüssig sein, als die allenfallsige Zusage des Erzherzogs wenige solide Sicherheit gewähren könnte und würde....

365. Graf Seilern an den Minister von Thugut.

München, 23. Aug. 1799.

[Graf Görtz empfiehlt Baden Stellung des Quintuplums und Bewilligung von 100 Römermonaten. Abneigung des Markgrafen.]

.... Dem badischen Erbprinzen haben Se. Majestät, der Kaiser von Rußland, das innegehabte Regiment von daher entzogen, weil Baden mit Frankreich einen Separatfrieden geschlossen hat.

Der Graf von Görtz ... gab an Hand, daß der Erbprinz seinen Herrn Vater vermögen möchte, bei künftiger Deliberation für das Quintuplum und 100 Römermonate zu stimmen, um andurch sich dem russischen Hofe gefällig zu erweisen, wodurch er auch suchte, den Freiherrn von Bühler zu gewinnen. Der alte Markgraf wird aber schwerlich dahin zu bringen sein, welches Graf von Görtz durch seinen Vertrauten, den Freih. von Edelsheim, umsonst leichter hätte einleiten können....

Wien. St. A.

366. Erklärung des k. k. Majors Grafen Ignaz Hardegg.

Ulm[1], 30. Aug. 1799.

[Weisung zur Organisation der Landmiliz. Verwendung lediglich zu Vertheidigungszwecken, diesseits Rheins; Rücksicht auf die häuslichen Geschäfte.]

Um der bewaffneten Landesvertheidigung die zweckdienliche ordentliche Einrichtung zu geben, habe ich durch den die hiesigen Vorposten commandirenden General die dazu geeigneten Befehle nunmehr erhalten.

Von diesem erwünschten Erfolg der zu S. K. H. dem Erzherzog Karl abgegangenen Deputation benachrichtige ich die sämmtlichen Landesvertheidiger andurch mit desto mehrerm Vergnügen, je lebhafter mein auf sie gesetztes Vertrauen ist, daß Männer, welche nach dem Beispiele der braven Kappler und Oberacherer von altteutschem Muthe belebt sind, auch selbst nichts so sehr als allgemeine Ordnung und Eintracht wünschen, indem, wie jeder von selbsten er-

[1] Von den badischen Orten dieses Namens ist wohl Ulm bei Oberkirch gemeint.



kennet, nur dadurch der richtige Zweck unseres gemeinschaftlichen Bestrebens erreicht werden kann.

Gleich wie dieser Zweck einzig und allein darin besteht, damit das Vaterland wider den noch immer auf deutschem Boden drohenden allgemeinen Feind auf alle Fälle vertheidigt und sichergestellt werde, also nehme ich auch keinen Anstand, kraft meiner Unterschrift hiermit öffentlich und feierlichst zu versichern, daß

1) alle diejenigen, welche zur gemeinschaftlichen Vertheidigung des hiesigen Landes sich verbindlich machen, dadurch nicht als Soldaten, sondern vielmehr nur als förmlich erklärte deutsche Land-Miliz betrachtet werden, um im Fall der Gefangenschaft gegen wirkliche feindliche Soldaten ausgewechselt werden zu können;

2) daß sie auf keinen andern Fall, als blos zur gemeinschaftlich-brüderlichen Beschützung und Sicherung ihres eigenen Wols verwendet, nie aber und auf keine Art wider ihren Willen über den Rhein geführt werden;

3) daß man durch die gegenwärtig vornehmende Einrichtung Jedermann so wenig als möglich von seiner Arbeit und häuslichen Nahrung zu stören bedacht sein werde[1].

---

367. Edelsheim an den Erbprinzen Karl Ludwig.

Karlsruhe, 30. Aug. 1799.

[Vorübergehende Besetzung Durlachs durch die Franzosen. Man erwartet Antwort aus Rußland. Indiskretionen bezüglich der Mission Gemmingens. Mittheilung an Reitzenstein.]

Die vorübergehende Besetzung Durlachs durch die Franzosen hat den Lauf der Posten unterbrochen[2]. Oberst Roussel, der in Durlach commandirte, hat dem Markgrafen eine Sauvegarde angeboten, der Markgraf hat höflich abgelehnt. Am 29. abends 9 Uhr haben sich die französischen Truppen wieder nach Bruchsal zurückgezogen, der Zweck ihres Vormarsches wie der Grund ihres plötzlichen Rückzuges ist noch unklar. Im übrigen haben sie strenge Mannszucht gewahrt.

Je suis charmé de voir par la gracieuse lettre susmentionnée de V. A. S. que le B^{on} de B[ühler] ait repris envers Elle des formes convenables. Le silence de Mme la Grande-Duchesse sur l'objet en question ne me surprend pas, mais je suis bien curieux de ce que répondront Msgr. le Grand-Duc et S. M. l'Empereur de toutes les Russies.

Von Gemmingen noch keine Nachricht.

L'avis que V. A. S. a bien voulu me donner des renseignements qu'on a transmis à Munic prouve, combien les secrets sont bien gardés ici. Je

---

[1] Erklärungen des Inhalts werden auch den benachbarten badischen Aemtern zugestellt.

[2] Dieselbe ist am 28. abends gegen 7 Uhr erfolgt. In Folge eines nachtheiligen Gefechts, welches die Cürassiere vom Regiment Herzog Albert bei Bauschlott gehabt, hatten sie sich im Verein mit 3 Schwadronen Szekler Husaren, die bei Grötzingen standen, zurückgezogen, und unter lebhaftem Scharmützel waren etwa 1500 Mann Infanterie und 120 Mann Cavallerie unter Oberst Roussel in Durlach eingerückt. Tagebuch des Hofraths Wielandt. — Vergl. Kleinschmidt, a. a. O. 147; Karlsruher Zeitung v. 2. Sept. 1799; (Erzherzog Karl) Geschichte des Feldzugs von 1799, II, 154.

ne doute pas d'après cela que cette nouvelle ne figure peut-être bientôt dans quelqu'article de gazette.

Um den übeln Folgen, welche eine solche Veröffentlichung für den Gesandten von Reitzenstein nach sich ziehen könnte, vorzubeugen, ist derselbe über die Motive der Wiener Mission Gemmingens genau unterrichtet worden.

368. Karl Friedrich an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 3. Sept. 1799.

[Das baierische Votum paßt nicht für die badischen Verhältnisse. Die Fassung des badischen Votums abhängig von Gemmingens Mission und den Kriegsereignissen. Vorläufige Stimmenthaltung.]

Anerkennung der bisherigen Bemühungen des Grafen Görtz.

.... Der Uns geschehene Vorschlag, das in der Reichskriegsangelegenheit inmittelst wirklich abgelegte pfalzbaierische Comitialvotum in seinen Prämissen Uns eigen zu machen und dann an den Hintersatz, soweit solcher die Pfalz am Rhein betrifft[1], Uns anzuschließen, haben Wir genau erwogen, dabei aber zu bedenken gefunden, einmal daß Unsere Lage Uns unnachläßig gebietet, eine gemäßigtere Sprache zu führen, als in jenen Vordersätzen nach dortiger Lage geführet werden konnte, für's andere, weil in Unserer Stimme der Uebergang von jenen Prämissen auf das pfälzische petitum um gänzliche Eximirung bei der Verschiedenheit der Verhältnisse im ganzen sehr auffallen und Uns den Vorwurf zuziehen dürfte, daß wir in Worten alles und in der That nichts zu thun gedächten.

Uns hat es dahero räthlich geschienen, Uns nicht wörtlich an das pfalzbaierische Votum zu binden, sondern ein eigenes gemäßigtes und modificirtes Votum ablegen zu lassen. Aber auch hierbei tritt, wie dem H. Gesandten nicht unbekannt ist, der Umstand ein, daß Wir die Fassung Unseres voti auf die Wiener Unterhandlungen ausgesetzt, von deren Erfolg aber noch keine Nachricht erhalten haben und dahero in der besorglichen Ungewißheit stehen, ob Unsere frühere Instruirung auf ein oder die andere Art mit demjenigen übereinstimmen werde, was Unser Abgeordneter in Wien desfalls unterhandeln und verabreden werde.

Deswegen haben Wir so sehr gewünscht, Unsere Stimme so lange zurückhalten zu können, bis Wir von Wien den näheren Aufschluß erhalten haben würden, und diesertwegen haben Wir Unserm Abgeordneten anheimgegeben, in Regensburg vorläufig zu eröffnen, daß, wenn die Comitialberathschlagung vor jener Verabredung geendigt werden sollte, die Ursache Unseres Stillschweigens in comitiis nicht in Unserm Vorsatz, sondern in der Verspätung jenes Concerts liege.

[1] Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, VIII, S. 46 ff.; dazu die Bemerkungen, 7, S. 167 ff. Pfalz-Baiern erklärt sich bereit zur Bewilligung der 100 Römermonate und Stellung des Quintuplums, mit Ausnahme der vom Kriege schwer heimgesuchten Rheinpfalz, die auf Grund des Reichsgutachtens vom 28. März 1795 von allen Kriegsleistungen zu befreien sei.



Diese Besorgniß, daß Wir durch irgend eine Unsern Umständen angemessene Erklärung in comitiis gegen die Uns noch zur Zeit unbewußte Verabredung Unseres Abgeordneten in Wien anstoßen möchten, ist Uns wichtiger als die neuesten Ereignisse in Unserer Gegend, wiewol Wir auch diese hierbei nicht außer Augen lassen dürfen. Sie besteht, wie dem Herrn Gesandten schon bekannt sein wird, in dem Vorrücken der französischen Truppen bis zunächst an Unsere Residenz, und Wir sind keinen Tag sicher, daß nicht Unsere Unterlande ebenso occupiret werden, wie es die übrigen zum großen Theil leider schon so lange sind.

Welches Schicksal Wir diesen ohnehin so unglücklichen Landen bereiten, wenn Wir in eben dem Zeitpunkt auf die Kriegserneuerung stimmen, das bedarf keiner Darstellung und füllt Unsere Brust mit der innigsten Wehmuth. Auch sollten Wir mit aller Billigkeit verhoffen dürfen, daß man unter diesen traurigen Umständen ein stilles Verhalten, wodurch der gemeinen Sache nicht geschadet, vielleicht aber unsägliches Unheil von Unseren Landen abgewendet wird, eher billigen als tadeln werde.

Es ist aber mehr jene erstere Betrachtung, durch welche Wir bewogen werden, mit Unserem Voto annoch zurückzuhalten und vorerst die Wiener Berichte abzuwarten, somit den H. Gesandten zu ersuchen, sich einstweilen als nondum instructum zu erklären.

Sollten Uns aber ersagte Berichte oder andere Aufklärungen annoch in diesen Tagen, oder überhaupt sobald zugehen, daß Wir noch Zeit vor Uns haben, den H. Gesandten zu instruiren, so werden Wir solches auf das schleunigste bewirken. . . .

---

369. Edelsheim an den Erbprinzen Karl Ludwig.

Karlsruhe, 4. Sept. 1799.

[Man erwartet den Vormarsch der Oesterreicher. Gefahrvolle Nähe der Franzosen. Kritische Lage. Berücksichtigung derselben in Wien.]

Das Erscheinen französischer Truppen in Durlach ist eine erneute Mahnung zu größter Vorsicht[1].

Nous espérons d'un jour à l'autre l'arrivée d'un corps considérable de troupes autrichiennes qui repousseront vraisemblablement les entreprises des Français, mais jusqu'à présent nous n'en avons pas encore une certitude précise, et tant que les premières ne seront pas plus nombreuses et

---

[1] Zur Situation: am 25. Aug. überschreitet General Müller mit der französischen Rheinarmee bei Oggersheim den Rhein, besetzt Heidelberg und belagert Philippsburg; Bombardement vom 6—11. Sept., gleichzeitig Gefechte der Kehler Garnison mit den österreichischen Vorposten; in Folge der Vorgänge, wie der Abänderung des Feldzugsplans verläßt Erzherzog Karl die Schweiz, am 12. Sept. steht seine Hauptmacht an der Enz bei Pforzheim; die Franzosen heben die Blokade von Philippsburg auf und ziehen sich nach Mannheim zurück; am 18. Sept. nimmt der Erzherzog die Stadt mit stürmender Hand. Die französische Rheinarmee räumt das rechte Rheinufer.

que les derniers n'auront pas tout-à-fait repassé le Rhin, nous ne pouvons pas nous regarder entièrement à l'abri de leur retour ici. La barrière même du Rhin ne nous offre plus comme autrefois une garantie suffisante pour nous inspirer à cet égard une pleine confiance et sécurité.

Man werde in Wien bei der Mission Gemmingens diesen Verhältnissen hoffentlich Rechnung tragen. Von dem Erfolge seiner Bemühungen hänge das Votum ab, das man in Regensburg ablegen werde, hoffentlich noch rechtzeitig genug, ehe das Protokoll geschlossen werde.

---

370. Obervogt von Harrant an Karl Friedrich.

Bühl, 6. Sept. 1799.

[Organisation des Landsturms in der Ortenau und den rechtsrheinischen straßburgischen Aemtern. Aufruf zur Theilnahme, auch an die badischen Aemter. Bitte um Verhaltsbefehle.]

Seit kurzem ist unter Anleitung und Direktion des k. k. Majors von Blankenstein, Grafen von Hardegg, das Landaufgebot in der Ortenau und dem Bischöflich Straßburgischen förmlich eingerichtet, in jeder Gemeinde die Freiwilligen aufgeschrieben und mit schwarz und gelben Cocarden versehen worden. Ein förmlicher Antrag zum Beitritt ist zwar zur Zeit an das hiesige Oberamt noch nicht geschehen, doch hat man die Gemeinde Groschweier, welche mitten unter den Ortenauischen liegt, dazu aufgemuntert, und 8 Mann haben sich dort auch als freiwillig einschreiben lassen. Es soll, wie wir vernehmen, nächstens ein gedruckter Aufruf erscheinen, in welchem die Badischen eingeladen werden sollen, zur Beschützung und Vertheidigung des Vaterlandes und der Religion ebenfalls die Waffen zu ergreifen, es ist also, zumalen da schon heute in dem Amt Staufenberg, wie uns eine von dort erhaltene Nachricht belehrt, das Volk zum Landsturm durch den Grafen von Hardegg aufgeboten wird, nichts anderes zu erwarten, als daß auch die Reihe nächstens an uns kommen werde. . . .

Bitte um Instruktion.

---

371. Karl Friedrich an den Erbprinzen Karl Ludwig.

Karlsruhe, 10. Sept. 1799.

[Abermalige Besetzung von Durlach durch die Franzosen. Bombardement von Philippsburg.]

. . . . Wir haben am Sonntag wieder einen Besuch von den Franzosen gehabt. Sie waren diesmal etwas stärker als das vorige Mal; besonders an Cavallerie. Der General hieß Thurino. Der k. k. Oberst Graf von Frenel vom 13. Dragonerregiment zog sich von jenseits Weingarten fechtend zurück bis gegen Wolfartsweier[1]. . . .

---

[1] Vergl. Karlsruher Zeitung v. 9. Sept. 1799.



Die Franzosen sind gegen 5 Uhr in Durlach eingerückt, haben aber nur eine Compagnie da zur Besatzung gelassen und haben einen Theil der Nacht bei der Obermühl zugebracht. Zwischen 1 und 2 Uhr haben sie sich wieder in Marsch nach Bruchsal gesetzt[1]. . . .

Oberst Frenel hat seine alte Stellung wieder besetzt; das ganze war nur eine Rekognoscirung.

Philippsburg wird seit dem 6. Sept. bombardirt.

---

372. Edelsheim an den Erbprinzen Karl Ludwig.

(Karlsruhe,) 15. Sept. 1799.

[Vormarsch der Oesterreicher nach dem Rhein. Von Wien keine Nachricht.]

Gestern und heute sind 21 Bataillone österreichische Infanterie und 6 Regimenter Cavallerie über Bretten und Bruchsal nach dem Rhein marschirt. Erzherzog Karl besichtigt heute Philippsburg, der Markgraf und Prinz Ludwig beabsichtigen, ihn daselbst zu begrüßen[2]. Von Gemmingen ist noch keinerlei Nachricht eingetroffen. Sein Stillschweigen beunruhigt, auch Görtz ist darüber betreten.

---

373. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 16. Sept. 1799.

[Die Conclusa des Kur- und Fürstencollegiums. Erwähnung der Neutralität. Die norddeutschen Stände enthalten sich der Abstimmung.]

Die Berathung über das Commissionsdekret vom 12. Juli geht ihrem Ende entgegen. Einige Schwierigkeit wird voraussichtlich die Fassung des Conclusums im Kur- und Fürstencollegium bereiten[3], da zu vermuthen steht, „daß das, was wegen der Unzulässigkeit der Neutralität . . . . in mehrerwähnten böhmischen und österreichischen Votis sich befindet[4], in den dermaligen Reichsschluß zu bringen wird getrachtet werden".

Aus dem ganzen nördlichen Deutschland von denen unter der Demarkationslinie sich befindenden Ständen hat keiner, wie schon erwähnt, als Kursachsen und Henneberg auf die Neutralität abgestimmt und alle haben sich das Protokoll nur aus Mangel an Instruktion offen behalten[5]. Allein nebst Schweden und Vorpommern haben darunter Münster und Corvey sich für die Erneuerung des Kriegs erklärt. . . .

---

[1] Nach dem Tagebuche Wielandts mußte die Stadt eine Contribution von 10000 fl. erlegen.

[2] Die Zusammenkunft wird verschoben.

[3] Das Protokoll im Kurfürstenrathe war am 26. Aug., im Fürstenrathe am 27. Aug. eröffnet worden.

[4] Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, XIII, S. 90.

[5] Ueber diese Absonderung des Nordens von dem Süden vergl. Reuß, 1799, VII, 157—167.



374. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 19. Sept. 1799.

[Reichsgutachten vom 16. Sept. Schonende Fassung in der Neutralitätsfrage. Erneuerung des Reichskriegs. Quintuplum und 100 Römermonate. Geringe Majorität. Stimmenverhältniß.]

Noch am 16. Sept. ist ein Reichsgutachten über das Commissionsdekret vom 12. Juli zu Stande gekommen[1]. Als Vertreter Badens hat Görtz sich während der ganzen Berathung durchaus passiv verhalten.

„Beide Conclusa derer höheren Collegien sind nach meiner und aller Mitbetroffenen Meinung, in Ansehung des Neutralitätspunkts gegen mancher Erwartung mit aller Schonung abgefaßt.“ Zu Grunde gelegt wird dabei eben seiner „gemäßigten Fassung wegen“ das von dem österreichischen Gesandten von Fahnenberg redigirte Conclusum des Fürstenraths.

Das wesentlich Beschlossene ist demnach nunmehro die Wiedererneuerung des Reichskrieges, die Stellung des Quintupli und die Zahlung von 100 Römermonaten in 3 Zielen von 6 Wochen zu 6 Wochen. . . . Sehr geringhaltig kann nur der Ertrag der letztern werden. Von denen Ständen, welche dazu beigewirkt haben, sind viele ganz außer Stande, viele sehr unvermögend, und Oesterreich selbsten leistet keine Zahlung.

Die Majorität ist mit Mühe zusammengebracht worden. Im Fürstenrathe, wo dieselbe 49 Stimmen erfordert, haben nur 52 oder 53 für den Reichskrieg gestimmt, 8 Stimmen haben für Neutralität votirt, 34 sich das Protokoll offen behalten, darunter Hessen-Kassel und -Darmstadt, Baden, Konstanz u. a.

375. Landvogt von Roggenbach[2] an Gayling.

Mahlberg, 19. Sept. 1799.

[Bemühungen Hardeggs. Die Unterthanen im Amte vielfach geneigt zum Beitritte; nur die Gegenvorstellungen Roggenbachs halten sie zurück. Erfolge Hardeggs in der Nachbarschaft.]

Berichtet über die Landsturmanstalten.

Malgré les remontrances que nous avons faites au Cte de Hardegg il s'est rendu ni plus ni moins dans les communautés de Kürzell, de Schutterzell et d'Ottenheim; la haine qu'on y a assez généralement contre les Français, lui aurait fait trouver beaucoup de partisans, mais d'après les démarches que nous y avons faites personne n'y prendra de parti sans l'autorisation du souverain; en général je crois que les choses relativement aux sujets sont précisément au point, où S. Exc. paraît les désirer par Sa lettre de hier[3].

---

[1] S. Posselt, Europ. Annalen, 1799, 11, S. 149 ff. Das Ratificationsdekret, das erst am 31. Oct. erfolgt, ebenda S. 151.

[2] Adam Fr. Xaver von Roggenbach, ein Neffe des dem gleichen Geschlechte entstammenden Bischofs Josef von Basel, urspr. in Basel'schen Diensten, in Folge der Revolution i. J. 1793 zur Uebersiedelung nach Schopfheim genöthigt; seit 11. Oct. 1798 als Landvogt in badischen Diensten.

[3] Völlig hat sich, wie weitere Berichte lehren, auch in diesem Amte die Theilnahme am Landsturme nicht verhüten lassen: Der Kreuzwirth J. G. Pfaff von Kürzell und Georg Meßner aus Dundenheim wurden sogar später um ihrer Verdienste willen vom Erzherzoge mit der goldenen Medaille ausgezeichnet. Vergl. darüber J. Spinner: Merkwürdige Begebenheiten und heldenmüthige Thaten des Georg Pfaff. Freiburg, 1835.

Il faudra voir si le C[te] de Hardegg fera des démarches ultérieures; et c'est dans ce cas que nous serons bien aises de savoir la conduite que nous devrons tenir à son égard.

Les villages de l'Ortenau, du baillage de Renchen, du comté de Geroldseck et de la Ritterschaft se prêtent avec ardeur à cette mesure; il en sera probablement de même dans le baillage d'Ettenheim, où le C[te] de Hardegg n'a pas encore été, mais où il viendra probablement demain.

Nous tâcherons de nous tirer avec honneur du pas glissant, où nous nous trouvons, et de rendre compte d'un courrier à l'autre de tout ce qui se passera dans les environs et dans le baillage. . . .

376. Edelsheim an den Erbprinzen Karl Ludwig.

(Karlsruhe,) 21. Sept. 1799.

[Verhandlungen am Reichstag. Die Neutralitätsverhältnisse. Ausfälle Speiers.]

Uebersendet die Fortsetzung des Reichstagsprotokolles.

Elle remarquera que le reproche contre les Neutralitätsverhältnisse est touché on ne peut pas plus discrètement dans le vote d'Autriche, aussi Saxe, Brandebourg et Bronsvic n'ont pas jugé nécessaire de relever le moins du monde cette petite chiquenaude; ensuite Spire a dit quelque chose de plus piquant et infiniment moins délicat „von den bekannten Machinationen säkularisationslustiger Mitstände“ [1]. Néanmoins il y a eu encore un assez grand nombre de votants qui sont restés muets, comme nous . . . parmi ce nombre Hesse-Cassel et -Darmstadt, Oldenbourg et Glückstadt etc.

Der Markgraf ist heute früh nach Schwetzingen gefahren, dort den Erzherzog Karl zu begrüßen.

377. Edelsheim an Karl Friedrich.

(Karlsruhe,) 21. Sept. 1799.

[Zusammenkunft des Markgrafen mit dem Erzherzoge Karl. Memoire zur Rechtfertigung der badischen Politik. Hinweis auf weitere Aufklärungen durch Gemmingen.]

J'ose rappeler très humblement à V. A. S. que, si Elle ne pouvait pas se dispenser de laisser entre les mains de Msgr. l'Archiduc l'écrit que j'ai eu l'honneur de Lui remettre hier [2], Elle pourrait, je crois, remarquer, que ce n'était qu'un petit extrait qu'Elle s'était fait faire pour soulager sa propre mémoire, mais que le B[on] de Gemmingen qu'Elle avait envoyé à Vienne était à même de produire toutes les pièces justificatives, et qu'il avait dû y concerter le vote de Votre Altesse à la Diète de l'Empire de manière à effectuer tout ce que V. A. S. pourrait faire conformément à Ses véritables sentiments sans exposer inutilement Ses sujets à la vengeance

[1] Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, VII, 146.

[2] S. Nr. 378. Eine Abschrift wird Gemmingen mitgetheilt. Vergl. unten die Depesche Edelsheims an Gemmingen, d. d. 17. Sept. 1799.

des ennemis qui occupaient encore une partie de Son pays, mais que d'après les dernières lettres du Bon de Gemmingen il attendait encore ses audiences et n'avait en conséquence pas pu marquer encore aucun résultat précis de sa mission.

---

378. Denkschrift der badischen Regierung[1].

o. D. (Sept. 1799.)

[Darstellung der Friedensverhandlungen mit Frankreich. Rechtfertigung vor dem Wiener Hofe.]

In dem abgedrungenen Armisticevertrag zwischen Frankreich und Baden ist letzterem der nachgefolgte Friedenstraktat zur unnachlässigen Bedingung gemacht und am 26. August unter so harten Conditionen abgeschlossen worden, daß man sich nicht entschließen konnte, solchen zu ratificiren, wohingegen die jenseitige Ratifikation sehr bald förmlich dekretirt wurde.

Alle Vorstellungen dagegen waren ganz vergebens, und man erklärte endlich unumwunden, daß man bei der Unmöglichkeit, Bedingungen einzugehen, die man nicht erfüllen könne, indem sie lediglich von dem Ermessen des unter seinem Allerhöchsten Oberhaupt versammelten Reichs abhängig seien, deren Genehmhaltung versagen müsse.

Kaiserlicher Majestät geschah hiervon am 28. November 1796 die allerunterthänigste Anzeige[2].

Indessen war die jenseitige Ratifikation förmlich ertheilt und dieser Umstand oder vielmehr die jenseitige Uebereilung war ein neuer Grund, warum auf die diesseitige unnachlässige Ratifikation gedrungen wurde.

Man erwehrte sich solcher jedoch standhaft. Aber nun erfolgte im Frühjahr 1797 ein abermaliger feindlicher Rheinübergang. Zwar wurde man bald darauf durch die Friedenspräliminarien von Leoben wiederum aufgerichtet, allein ein Theil der hiesigen Lande verblieb in feindlicher Gewalt und die jenseitigen Zudringlichkeiten, die Ratifikation nicht länger zu versagen, wurden heftiger und bedrohlicher, nur anjetzt mit dem Unterschied, daß man hoffen ließ, einen Nachlaß der unannehmlichen Artikel zu erhalten.

Darauf erklärte man bestimmt und offen, man könne und werde diejenigen Friedensartikel, die mit den Reichspflichten im Widerspruch stünden, weder eingehen, noch acceptiren, sondern müsse auf deren Abänderung bestehen; man wolle aber den großen Anstand, daß die jenseitige Ratifikation bereits erfolgt seie und die Ehre der französischen Nation nicht erlaube, einem mindermächtigen Nachbar die Verweigerung der seinigen nachzusehen, damit beseitigen, daß man der Förmlichkeit wegen die Ratifikation des besagten Vertrags auf den Fall hin zusichern

---

[1] Beilage zur vorigen Nr. 377; redigirt wol von Geh. Rath Meier.

[2] Polit. Correspondenz, II, 538.

wolle, wenn solcher zuvor durch einen neuen mobificirt und annehmlich gemacht sein werde.

Aber auch damit war das französische Gouvernement nicht befriediget, es verlangte die vorbersamste Ratifikation als das einzige Mittel zu neuen Unterhandlungen, um dadurch zum Nachlaß der beschwerlichen Punkte zu gelangen, und drohte, im ferneren Verweigerungsfall, mit der empfindlichsten Rache, welche zu nehmen es in der Hand hatte.

Unter diesen Umständen wurde bekannt, daß der Friede zu Campo Formio geschlossen sei, und erst alsdann, am 5. November 1797, entschloß man sich, eine Ratifikationsurkunde ausfertigen, solche aber nur dann erst auswechseln zu lassen, wenn jenseits, wie auch wirklich geschehen ist, officiell versichert werde, daß dieser nur formellen Ratifikation ungeachtet über das Material des Friedens neuerdingen unterhandelt und auf die diesseitigen Reklamationen Rücksicht genommen werden solle.

Sie geschah also, abgedrungen wie die erste Friedenseinleitung, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß über die Modifikation derer unzuläßigen Artikel eine neue Negociation eingegangen werde. Sie geschah in der Voraussetzung, daß durch den Frieden von Campo Formio die Hauptbasis der Präliminarien von Leoben bestätiget sei, dem festen Vorsatz und unter der bestimmten Erklärung, daß man damit nichts bewillige, was nicht Kaiser und Reich in dem Reichsfrieden bewilligen würden.

Deßwegen hielt man sich auch an ersagte Artikel so wenig gebunden, daß man keinen Anstand genommen, bei der Reichsfriedensdeputation sich gegen alle dem Reich nachtheiligen Forderungen mit zu verwenden.

Der fruchtlose Ausgang des Congresses hat die ganze Sache in dem vorigen unentschiedenen Zustand gelassen.

---

379. Landvogt von Roggenbach an Gayling.

Mahlberg, 23. Sept. 1799.

[Der Landsturm. Neue Zumuthungen Harteggs stehen bevor. Weisungen aus Karlsruhe. Hoffnung auf Erfolg der Gegenvorstellungen beim Erzherzoge.]

Le ministère recevra par le même ordinaire un rapport officiel sur tout ce qui nous est revenu relativement à la Landes-Bewaffnung; le baillage a été assez tranquille à cet égard, mais nous sommes menacés d'un nouvel assaut pour le milieu de cette semaine, où le C[te] de Hardegg est annoncé dans le voisinage, pour organiser les villages de la Ritterschaft et de l'évêché de Strasbourg; nous ne manquerons de faire usage, dans le cas d'une nouvelle attaque, des principes que le conseil intime et V. Exc. nous a donnés et qui se trouvent à notre grande satisfaction d'accord avec la conduite, que nous avons tenue jusqu'à présent. Nous faisons des vœux bien ardents, pour que M[gr] le Margrave ait pu arranger la chose avec l'Archiduc; sans

quoi nous prévoyons encore bien des tracasseries, que nous allons avoir pas tant avec les Autrichiens, qu'avec la populace du voisinage, qui donne tête baissée dans tout ceci. . . .

380. Karl Friedrich an den Erbprinzen Karl Ludwig.

Karlsruhe, 26. Sept. 1799.

[Besuch des Markgrafen beim Erzherzoge Karl. Freundlicher Empfang.]

Zwei Tage nach der Einnahme von Mannheim, nämlich am vergangenen Sonnabend, war ich in Schwetzingen bei dem lieben und würdigen Erzherzog Karl. Er empfing mich mit so vieler Güte und Wohlwollen, daß ich darüber gerührt war[1]. Die Stadt und ihre Einwohner, die sich bei der Einnahme sehr gut betragen haben, sind sehr geschont worden, welches mir der Erzherzog mit wahrer Freude erzählte. . . .

381. Graf Lehrbach an Karl Friedrich[2].

Meersburg, 24. Sept. 1799.

[Aufforderung zu schleunigster Stellung der verfügbaren Mannschaften zu den Reichscontingenten.]

Der Reichsfeldmarschall Erzherzog Karl hat durch Rundschreiben sämmtliche Kreise aufgefordert, die Reichscontingente schleunigst einzuberufen und mit der k. k. Armee zu vereinigen[3]; dabei verhehle er sich allerdings keineswegs, daß manche Stände nicht im Stande sein werden, die Mannschaft vollzählig und vollständig ausgerüstet sofort zu stellen. Es werde in dem Fall aber genügen, wenn „einsweil jene Mannschaft, welche zum Kriegsdienst mit der größten Beschleunigung aufgebracht werden kann, . . . an die Armee unter den höchsten Befehlen Sr. Kgl. Hoheit abgegeben" würde[4]. Er erwarte, daß der Markgraf bei seinem anerkannten patriotischen Eifer der Aufforderung thunlichst Folge leisten werde.

In gleichem Sinne verwendet sich Graf Seilern in München beim Erbprinzen. Bericht an Lehrbach vom 7. October. Wien. St. A.

382. Landvogt von Roggenbach an Gayling.

Mahlberg, 28. Sept. 1799.

[Fortschritte der Landesbewaffnung in der Nachbarschaft.]

Graf Hardegg setzt seine Bemühungen für die allgemeine Landesbewaffnung fort.

. . . . En attendant la chose s'organise dans tous nos environs et on ne voit que des cocardes noires et jaunes; les Lahrois à notre grand étonnement se sont prêtés à cette mesure de la meilleure grâce du monde. . . .

---

[1] Bei der Begegnung brachte der Markgraf auch die Landsturmfrage zur Sprache; nach den Aufzeichnungen des Geh. Raths Meier rieth der Erzherzog, „damit noch zurückzuhalten, indem Sie anhier schreiben würden, wenn Sie solchen nöthig erachteten". Tagebuch Meiers v. 21. Sept. — Vergl. Kleinschmidt, S. 147.

[2] Schreiben gleichen Inhalts ergehen an alle schwäbischen Kreisstände. Der volle Wortlaut bei Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, IX, S. 301 ff.

[3] d. d. 19. Aug. Reuß, J. 1799, VIII, S. 15 ff.

[4] Die meisten Kreisstände wünschen erst Berathung auf dem Kreistage, der Erzherzog und Lehrbach sehen die Berufung desselben nur ungern, da dadurch Zeit verloren geht. Ueber die Verhandlungen des Augsburger Kreistags s. unten Nr. 396—399.

Tout ce que nous craignons est de voir nos gens insultés par ci par là par nos voisins à cocarde; mais encore ici faudra-t-il voir, comment on s'en tirera[1]. . . .

---

383. Edelsheim an den Erbprinzen Karl Ludwig.

(Karlsruhe,) 29. Sept. 1799.

[Aufbruch des Erzherzogs nach dem Oberrhein. Schlimme Nachrichten aus der Schweiz.]

Nous voilà fort inopinément dans de nouvelles alarmes. Ce matin on avait annoncé le quartier général de Msgr. l'Archiduc pour aujourd'hui à Brouchsal et demain à Dourlach, ce qui déjà avait un peu frappé, maintenant c'est bien pis, puisque les derniers ordres annoncent que la majeure partie de son armée se replie vers Donaueschingen et que selon toute apparence le maréchal Souwarow a essuyé un échec en Suisse qui motive ce mouvement retrograde[2]. Le général Kospoth reste, dit-on, à Schwetzingen et environs, mais Dieu sait pour combien de temps. . . .

---

384. Amtmann Pecher an Karl Friedrich.

Durbach, 30. Sept. 1799.

[Für den Beitritt zum Landsturm, weil unvermeidlich. Drohungen der Nachbarn gegen die badischen Unterthanen. Petition der Gemeinde Durbach. Ein aktives Eingreifen unwahrscheinlich.]

Hält den Beitritt zum Landsturm für unvermeidlich. Dr. Baum bringe auf kategorische Erklärung. Die badischen Unterthanen werden von ihren Nachbarn, wo sie sich zeigen, mit Schimpfreden überhäuft, man droht ihnen offen mit Plünderung, „sobald es einmal zur Bewegung des Landsturms komme". Die Gemeinde Durbach ersucht daher in der Anlage um Erlaubniß zur Theilnahme am Landsturm.

„Vorerst und solange nicht mehr Solidität in die Anstalt gebracht wird", meint Pecher, werde es schwerlich zu einem gemeinsamen Ausmarsche kommen, außer im Falle eines feindlichen Angriffes; da aber in kurzem das Corps Nauendorff hier einrücken werde, sei ein solcher weniger zu befürchten.

---

385. Edelsheim an Graf Lehrbach.

Karlsruhe, 3. Oct. 1799.

[Vorläufige Ablehnung einer bestimmten Erklärung wegen der Contingentsstellung. Hinweis auf die Mission Gemmingens.]

Der Markgraf bedauert, vorläufig auf das Schreiben Lehrbachs vom 24. September keine bestimmte Erklärung abgeben zu können. Er habe durch einen eigenen Abgeordneten dem kaiserlichen Hofe seine unglückliche Lage unterthänigst vortragen und demselben anheimstellen lassen, „was ein Land, das seit dem ersten Ausbruch des Kriegs bis zu dieser

---

[1] Auch aus andern Aemtern laufen Berichte ein über fortdauernde Versuche, die badischen Unterthanen für den allgemeinen Landsturm zu gewinnen.

[2] Der Rückmarsch nach dem Schwarzwald ist veranlaßt durch die Niederlage Korsakows bei Zürich (26. Sept.); zur Deckung von Mannheim bleibt das Corps des Fürsten Schwarzenberg zurück.

Stunde alle erdenkliche Lasten in größtem Uebermaß, ja bis zur gänzlichen Erschöpfung getragen, das noch gegenwärtig zum großen Theil sich in feindlicher Gewalt befindet und, an der äußersten Grenze gelegen, so unglücklich situirt ist, daß ihm fast jeder Tag die Gefahr einer wiedermaligen gänzlichen Invasion drohet, . . . bei aller seiner Bereitwilligkeit annoch weiter zu leisten vermöge".

Sobald die Antwort des Wiener Hofes eintreffe, werde er eine weitere Erklärung abgeben. Einstweilen aber werde man alle Kräfte aufbieten, den Anforderungen für die k. k. Truppen und die Reichsfestung Philippsburg so pünktlich Genüge zu leisten, als es das Wol der gemeinsamen Sache erheische.

Wien. St. A. Abschrift.

---

386. Obervogt von Liebenstein an Karl Friedrich.

Emmendingen, 7. Oct. 1799.

[Ausfall der Garnison zu Altbreisach. Plünderung Ihringens.]

Am 5. October unternimmt ein Theil der französischen Garnison zu Altbreisach einen Ausfall[1] und plündert angesichts der weitüberlegenen k. k. Truppen eine Reihe von Ortschaften am Kaiserstuhl. Die Bauernpiquets, an denen badischerseits trotz früherer Abmahnung die Bischofinger und Bickensohler sich betheiligt, leisten anfangs wacker Widerstand, müssen aber, von dem k. k. Militär im Stiche gelassen, der Uebermacht weichen.

Ihringen, das schon im April d. J. gelitten, ist abermals schwer heimgesucht worden. Der Ort ist fast völlig ausgeplündert, zwei Bürger haben dabei ihr Leben eingebüßt. „Die Gemeinde ist wenigstens auf ein Menschenalter total ruinirt", Hilfe thut bringend noth[2].

Unverantwortlich, klagt Liebenstein an anderer Stelle, bleibe es immer, daß die Oesterreicher nicht gleich beim Rückzuge der Franzosen im Frühjahr mit raschem Vorstoß Altbreisach besetzt und dadurch weiteres Unheil verhütet hätten. (d. d. 5. Oct.)

---

387. Hofrath Wielandt an den Erbprinzen Karl Ludwig.

Karlsruhe, 9. Oct. 1799.

[Organisation des Landsturms. Hardegg und Spaur. Geh. Rathssitzung.]

Graf Hardegg hat sich in Offenburg geäußert, den Landsturm in dortiger Gegend nun auf 30000 Mann gebracht zu haben. Graf Spaur, Commandant von den Tyroler Scharfschützen, hat nun auch angefangen, im Hauensteinischen bei Schopfheim und Tegernau Versuche mit Organisirung des Landsturms zu machen.

Heute um halb 11 Uhr hielten Serenissimus eine eigene Geheime Rathssession in diesem Betreff.

---

[1] Am gleichen Tage gehen die Franzosen auch auf andern Punkten zum Angriffe vor, so bei Kehl, bei Auenheim und Neuburgweier, wo sie den Rhein überschreiten.

[2] Ueber den Ausfall vergl. Rosmann-Ens: Gesch. von Breisach, 451.



388. Erlaß des Geh. Raths an alle Aemter und Oberämter.

Karlsruhe, 9. Oct. 1799.

[Maßregeln erlaubter Selbsthilfe der Unterthanen zum Schutze des Eigenthums. Verbot der Einmischung in die Kriegsoperationen.]

Trotz wiederholter, feierlicher Versicherung, Hab und Gut der Einwohner zu schonen, haben sich die französischen Truppen fortgesetzt unerhörte Plünderungen erlaubt; der Markgraf begreift daher den allgemeinen Unwillen des Landvolkes und den Entschluß desselben, künftig mit Waffengewalt sein Eigenthum zu schützen, warnt aber eindringlich vor einer direkten Einmischung in die Kriegsoperationen, welche nur unermeßliches Unglück über Land und Leute bringen werde.

Damit nun die Unterthanen wissen mögen, was zu ihrer erlaubten Selbstvertheidigung gehören kann und was hingegen als über diese Linie hinausgehend für eine Einmischung in die Kriegsoperationen angesehen werden müßte, welche sie, statt zu schützen, größerer Gefahr bloßstellte, so ist ihnen folgendes bekannt zu machen:

1) Wann französische Kriegsvölker irgendwo im Anzuge sind, steht ihnen zwar frei, wann sie wollen und es zu ihrer Sicherheit nöthig achten, sich in ihren Orten oder an denselben, da wo der Marsch her erwartet wird, bewaffnet zu versammeln, auch ihre benachbarten Gemeinden durch Boten, und nicht durch Allarmschüsse, deren sich nur das Militär zu bedienen hat, davon zu benachrichtigen, damit diese ebensowol in Bereitschaft sich setzen, aber niemals ist ihnen erlaubt, mit solcher versammelter Macht denen Truppen entgegenzuziehen oder ihnen, so lang sie nicht Plünderungen begangen haben, um deren Rückbringung es zu thun ist, nachzusetzen.

2) Wann sie sich irgendwo versammelt haben, welches nicht anders, als unter der Anführung und Leitung ihres Ortsvorgesetzten und mit unverzüglicher Benachrichtigung ihres eigenen Ober- oder Amts durch einen Reitenden von der wirklichen Annäherung französischer Truppen geschehen soll, sind sie schuldig, durch einen oder andern Sprachkundigen, den sie den französischen Kriegsvölkern ohne Waffen entgegenzuschicken haben, solche wissen zu lassen, daß die Versammlung gar nicht die Absicht habe, sie in ihren Zügen zu behindern, noch zu beunruhigen oder sich in das Kriegswesen zu mischen oder sich einigen billigen Anforderungen, die ein durchziehendes Heer machen könne, zu entziehen, wol aber die, gegen alle widerrechtlichen Eingriffe in ihr Eigenthum, gegen Plünderungen oder Mißhandlungen sich mit gesammter Hand zu vertheidigen und darin für einen Mann zu stehen.

3) Des Sturmläutens haben sie sich eher nicht zu bedienen, als wann nach einer solchen vorausgegangenen Warnung bei einem ihrerseits ruhigen Verhalten sie oder ihr Eigenthum dennoch angegriffen und sie damit in den Fall der abgedrungenen Nothwehr gesetzt würden, um die Nachbarn zum Succurs aufzurufen, welche letztere hievon ihrem vorgesetzten Ober- oder Amt die schleunigste Anzeige zu machen haben, damit dieses sich an Ort und Stelle begebe und die zweckmäßigen

Anordnungen treffe. Sollte jeweils in Fällen eines solchen Anmarsches französischer Kriegsvölker nöthig werden, daß geläutet werde, um die Bürgerschaft vom Feld zusammenzubringen, so muß dieses nur mit der Bürgerglocke, nicht mit der Sturmglocke geschehen.

4) Hiermit ist aber den Unterthanen nicht befohlen, daß sie jene Selbstvertheidigungsanstalten machen müßten, sondern dieses bleibt dem vernünftigen Ermessen jeder Gemeinde überlassen, ob sie hofft leichter durchzukommen, wann sie unversammelt den Einmarsch erwartet und mit Vorstellungen und guten Willenserweisungen sich zu helfen sucht, oder wann sie sich gewaffnet zur Schützung ihres Eigenthums darstellt, indem der eine Fall, wie der andre nicht ohne allen Nachtheil ablaufen wird und kann und in Zeiten einer von Gott verhängten allgemeinen Noth es nicht zu vermeiden ist, daß man, um größerem Uebel zu entgehen, ein kleineres trage.

5) Hingegen bleibt für jezo bestimmt verboten, daß nicht, auf welcherlei Anforderungen und auf welche Art es sei, sich Jemand in die Kriegsoperationen ohne landesfürstlichen Befehl eigenmächtig einmische, da jeder leicht von selbst begreifen kann, daß nicht ihm, sondern seiner Landesherrschaft das Recht zustehe, zu bestimmen, wann der Fall dazu da sei, und daß diese allein im Stande sei, diejenigen Maßregeln und Verabredungen mit den Befehlshabern der kriegführenden Heere zu nehmen, wodurch eine Beiwirkung zum Krieg, wann sie verordnet wird, auch ordnungsmäßig und vernünftig gemacht werden kann, mithin nicht sie ohne Nutzen ihrem gänzlichen Ruin blosstellt oder aus einer ordnungswidrigen Beiwirkung des zum Kriegführen nicht geeigneten Landmanns unvermeidlich erfolgt. Es werden also

6) etwaige Anforderungen einzelner kaiserlicher Officiers zur Beiwirkung damit höflich abzulehnen sein, daß sie als treue Unterthanen hiezu nicht ohne einen Befehl ihrer Landesherrschaft sich entschließen könnten, der also von dem Generalcommando wol selbst noch nicht an Hochdieselben verlangt worden sein müsse, weil sie mit keinen näheren Weisungen darüber versehen seien.

Das Oberamt (Amt) hat hiernach alle seine Ortsvorgesetzten genau und mit dem Beisatz zu instruiren, daß widrigenfalls, wann eine Gemeinde durch Nichtachtung dieser landesherrlichen vorsorglichen Anleitung sich größerem Schaden aussetzte, sie ihn ihrer Eigenmacht und ihrem Ungehorsam selbst zuzuschreiben habe.

Concept Brauers.

---

389. Karl Friedrich an Erzherzog Karl.

Karlsruhe, 9. Oct. 1799.

[Erläuterung und Rechtfertigung des Dekrets vom 9. October. Gefahren einer Betheiligung des Landvolkes an den Kriegsoperationen. Ansuchen um entsprechende Anweisung der Officiere.]

Ew. Kgl. H. kennen meine Gesinnungen und meine Lage, sind auch jederzeit, wie ich mit dem innigsten Dank verehre, gegen mich so gewogen ge-

wesen, die letztere mit derjenigen Nachsicht zu beurtheilen, welche die Verhältnisse des Kriegstheaters mir nothwendig macht. Eben deswegen ist es aber auch eines meiner Hauptanliegen, Ew. Kgl. H. von meinen Schritten, die dahin Bezug haben, solche Aufschlüsse vertraulich und ganz ergebenst mitzutheilen, wodurch Hochdieselben in den Stand gesetzt werden, sie ohne Mißdeutung beurtheilen zu können. Dieses Bestreben leitet mich auch jetzo dahin, Ew. Kgl. H. in der abschriftlichen Anlage jene Verordnung zur hochgefälligen Einsicht vorzulegen, die ich bei der Gefahr der Plünderung von französischen Kriegsvölkern, welcher mehrere Gegenden meines Landes sich ausgesetzt befinden und bei der Neigung meiner Unterthanen, sich solcher gewaltsam zu widersetzen, zu erlassen nöthig gefunden habe.

Meine Absicht hierbei geht nur dahin, ersagte, an sich keineswegs zu mißbilligende Stimmung meiner Unterthanen in denenjenigen Schranken zu halten, in welchen sie wenigstens unter den gegenwärtigen Umständen verbleiben muß, wenn sie bloß als abgedrungene Nothwehr und nicht als eine eigenmächtige Einmischung des zum Krieg nicht aufgeforderten Landmanns erscheinen, — somit nicht ein Anlaß oder doch ein scheinbarer Vorwand werden solle, um statt einzelner Excesse förmlich beorderte und organisirte allgemeine Plünderungen, ja sogar Brand und völlige Verheerung über meine Lande zu bringen, worinnen nach ihrer geographischen Lage ein solches Unwesen mit Leichtigkeit ausgeführet und von dem allda vorhandenen Militari, das nicht sowol auf die bedrohten Orte, als vielmehr auf seine militärischen Positionen seine Hauptrücksicht zu nehmen hat, nicht immer verhindert werden kann. . . .

Bei Ew. Kgl. H. hoffe ich das Zutrauen zu verdienen, daß ich damit keineswegs gemeint seie, mich der in den gegenwärtigen Umständen mir möglichen Beiwirkung zum allgemeinen Reichsbesten zu entziehen und von den tiefen Einsichten Ew. &c. darf ich voraussetzen, daß Hochdieselben selbst ermessen werden, wie diese Beiwirkung nie mit Vortheil für die gemeine Sache dareingesetzt werden könne, die Bewohner der unmittelbar vorliegenden Orte am Rhein zur wirklichen Theilnahme an den Kriegsoperationen zu bestimmen, indem sie bei jeder nothwendigen Aenderung der militärischen Positionen allsogleich in die französische Gewalt fallen und alsdann, wenn sie an jenen Operationen Theil genommen haben, nicht als Soldaten, sondern als aufgestandene Bürger und Landleute behandelt, mithin rettungslos unglücklich gemacht werden.

In dieser Voraussetzung, und da es durch so viele Erfahrungen bewähret ist, daß ein solcher Zusammenlauf bewaffneter Bauern in einem flachen, ungedeckten Lande, wo sie bei dem ersten Handgemenge ihre ganze Existenz auf das Spiel setzen, denen operirenden Truppen mehr behinderlich und nachtheilig als beförderlich seie, kann ich bei denen mir obliegenden landesherrlichen Pflichten den Wunsch nicht unterdrücken, daß die auf Vorposten stationirten Herrn Officiers und andere dabei angestellte Personen in billiger Erwägung des geringen zweifelhaften Vortheils auf der einen und des unersetzlichen Unglücks auf der andern Seite meine

Landleute zur Theilnahme an dem Kampf gegen anrückende feindliche Truppen nicht anhalten oder auffordern möchten.

Ew. Kgl. H. würden mich zu dem lebhaftesten Dank verpflichten, wenn Hochdieselben dero übereinstimmende Ansicht der Sache denen betreffenden Behörden kund werden zu lassen geruhen wollten, und ich glaube inmittelst denen k. k. Truppen durch die angestrengteste Beischaffung alles dessen, was zu ihrer Verpflegung an meine Lande gesonnen wird, den wirksamsten Beistand zu leisten. Es ist mir die angenehmste Pflicht, in der vollkommensten Verehrung zu verharren 2c.

Concept Meiers.

390. Obervogt Wielandt an Gayling.

Durlach, 1.—6. Nov. 1799.

[Französische Truppen abermals in Durlach.]

Die Kaiserlichen haben sich nach Ettlingen zurückgezogen, ein französisches Streifcorps, etwa 400 Mann, rückt in den Nachbarorten ein. Am 3. November werden 230 Mann in der Stadt einquartiert; sie halten Ordnung. Am folgenden Tage räumen sie die Stadt indeß wieder und ziehen sich nach Weingarten zurück. Am 5. November erscheinen 450 Mann kaiserliche Cavallerie und werfen die Franzosen in einem Gefechte bei Weingarten auf Bruchsal zurück[1].

391. Graf Schlick[2] an Thugut.

Würzburg, 5. Nov. 1799.

[Lähmung des patriotischen Eifers der Reichsstände durch Zusammenwirken ungünstiger Umstände.]

.... Es ist übrigens nicht zu mißkennen, daß die unglücklichen Ereignisse in der Schweiz, die andurch nöthig gewordene Bloßstellung der Rheingegenden, ja selbst die fehlgeschlagenen Hoffnungen in Holland eine für die gute Sache mehr nachtheilige als günstige Schüchternheit allgemein erwecken; auch das unvermuthete längere Ausbleiben des erwarteten kaiserlichen Ratifikationsdekrets auf das jüngste Reichsgutachten und die ganz neuerlich am Reichstag erschienene russisch kaiserliche Erklärung verursacht eine Sensation, die zu allerlei vielleicht ungereimten Besorgnissen Anlaß giebt und die gewünschte Anstrengung der Stände mehr zu lähmen, als zu befördern scheint....

Wien. St. A.

[1] Zur Situation: Nach dem Abmarsche des Erzherzogs geht die französische Rheinarmee unter Lecourbe am 12.—14. October bei Frankenthal und Oppenheim über den Rhein, am 17. räumen die Kaiserlichen Heidelberg und ziehen sich hinter die Enzlinie zurück; am 21. beginnen die Franzosen die dritte Belagerung von Philippsburg und besetzen Durlach und Pforzheim. Die Niederlage der Division Ney bei Bietigheim (3. Nov.) nöthigt die Franzosen zum Rückzug; nach vorübergehendem Erfolge Lecourbe's zwingt das Corps Hohenlohe, durch Sztarray verstärkt, die Franzosen, das rechte Rheinufer zu räumen (9. Dec.).

[2] K. K. Gesandter beim fränkischen Kreise.



392. Erzherzog Karl an Karl Friedrich[1].

Donaueschingen, 10. Nov. 1799.

[Außergewöhnliche Vertheidigungsanstalten nöthig. Aufforderung zur Landesbewaffnung.]

Angesichts der weiten Ausdehnung der Vertheidigungslinie ist es dringend geboten, nicht nur durch reichsschlußmäßige schleunige „Wiederaufstellung oder Ergänzung der Reichscontingentsmannschaft“ für kräftige Abwehr zu sorgen, die Lage erheischt vielmehr auch außerordentliche Maßregeln.

Hinweis auf die Volkserhebungen im Maingebiete, Odenwalde und der Ortenau[2]. Ein dauernder Erfolg könne aber nur erzielt werden, wenn die Landesbewaffnung allgemein durchgeführt werde. Der Erzherzog ersucht daher den Markgrafen dringend, auch in seinen Landen den Landsturm zu organisiren: er werde gerne zu dem Zwecke einige seiner Officiere zur Verfügung stellen und die Voranstalten in jeder Weise unterstützen.

---

393. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 13. Nov. 1799.

[Graf Hardegg in Karlsruhe wegen Organisation des Landsturmes. Berathung darüber. Ablehnende Antwort des Markgrafen.]

Von dem Geh. Rath und Minister W. von Edelsheim wird mündlich vorgetragen:

Es habe sich gestern Nachmittag der k. k. Major von dem Blankensteinischen Husarenregiment, H. Graf Hardegg, mit dem Dr. Baum in Serenissimi Garderobe eingefunden und unmittelbar bei Höchstdenselben anmelden lassen, daraufhin Ihnen seinen Vortrag dahin gemacht:

Da er beordert seie, den Landsturm in den Hochfürstlichen Landen zu organisiren, so habe er sich vordersamst bei Sr. Hf. D. melden und wegen der desfalls zu treffenden Vorkehrungen Höchstdero zweckmäßige Mitwirkung sich geziemendst erbitten wollen. Smus hätten ihm darauf erwidert, Sie hätten Sich über diesen von ihm in Anregung gebrachten Gegenstand schon mit des H. Erzherzogs Karl K. H. seinerzeit zu unterreden Gelegenheit gehabt und Höchstdenselben Ihre Meinung hierüber unumwunden eröffnet[3], seitdem aber keine weitere Rückäußerungen von Sr. K. H. desfalls erhalten; die Sache seie übrigens von solcher wichtigen Beschaffenheit, daß Sie ihm vordersamst eine bestimmte Erklärung nicht ertheilen könnten, aber nach Verlauf einiger Stunden Ihre Gesinnungen darüber dem H. Grafen würden eröffnen lassen.

Es sei darauf noch etwas weniges über die bedenkliche Lage der hiesigen Lande, und wieviel diese bei einem etwaigen Wiedervordringen der französischen

---

[1] Gleiche Schreiben ergehen an die übrigen vorliegenden Reichsstände. Der volle Wortlaut bei Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, IX, 39 ff. — Der Organisationsentwurf für den Landsturm ebenda, S. 42—67.

[2] Ueber die Organisation des Landsturms im Breisgau, die im Frühjahr gescheitert war, jetzt aber in Folge der Bemühungen des Erzherzogs zu Stande kam, s. Bader, Die ehemal. breisgauischen Stände, 162 ff.

[3] S. oben S. 279.



Truppen nach einer solchen Landesbewaffnung zu befahren hätten, gesprochen worden und im Moment des Weggehens habe Sr. Hf. D. der Dr. Baum sich genähert und Ihnen geäußert, Höchstdieselben würden den Landsturm bloß connivendo in Ihren Landen gar füglich können so einleiten lassen, daß Höchstdieselben im mindesten nicht dabei compromittirt würden. S^mus aber hätten Sich desfalls bloß auf Ihre dem H. Grafen Hardegg gemachte Aeußerung bezogen.

Sie hätten darauf Ihre im Schloß eben anwesenden beiden Staatsminister B. von Gayling und Freih. von Edelsheim zu Sich rufen lassen, welchen Sie obigen Vorgang eröffnet und zugleich aufgetragen, mit den etwa noch auf der Kanzlei versammelten Geheimen Räthen zu überlegen, welche ablehnende Antwort dem H. Grafen von Hardegg Höchstdero bereits geäußerten Gesinnungen gemäß, quoad modum und durch wen? ihm solche zu eröffnen wäre. Nach gepflogener Rücksprache mit den Geh. Räthen Seubert und Brauer und nach erhaltener unterthänigster Anzeige von dem Resultat derselben hätten S^mus den Oberlieutenant und Adjutanten von Stockhorn beordert, sich zu dem H. Grafen Hardegg zu verfügen und ihm in Höchstdero Namen Ihre Entschließung in der auf der Anlage A bemerkten Maße zu hinterbringen. Von dem H. Grafen Hardegg seien solche nach der Meldung des Lieutenants von Stockhorn mit Höflichkeit aufgenommen und um Gestattung einer Abschriftsnahme gebeten worden. Lieutenant von Stockhorn habe dem H. Grafen diese nicht verweigern mögen, und während solches geschehen, seie von demselben unter anderm noch geäußert worden: wie er, der H. Graf, vermuthe, daß es noch in ganz Deutschland zur allgemeinen Landesbewaffnung und also auch in den hiesigen Landen dazu komme, daß jedoch er in den letzteren ohne S^mi Genehmigung desfalls nichts vorkehren werde.

Endlich habe der H. Graf dem Lieutenant von Stockhorn auch den Wunsch eröffnet, S^mum noch einmal zu sprechen und von Höchstdemselben sich beurlauben zu können. Derselbe habe aber darauf erwidert, daß Se. Hf. D. Sich bereits retirirt hätten und heute niemanden mehr sprechen würden, daß er aber morgen, wenn es solange Zeit hätte, deshalb und wegen einer zu bestimmenden Stunde unterthänigst anfragen und alsdann dem H. Grafen das weitere ungesäumt hinterbringen werde; letzterer habe sich dann entschuldiget, wie er in der Nacht noch zurückreisen und solches daher auf eine andere Zeit aussetzen müsse. . . .

Anlage A.

Ihro Hf. D. hätten zwar dem mündlichen Vortrag des Herrn Grafen von Hardegg auf das genaueste nachgedacht, könnten aber wegen der Organisation eines Landsturms immer noch eine andere Ueberzeugung nicht fassen als jene, welche Sie desfalls dem kaiserlichen Generalcommando, Herrn Erzherzogs Karl Kgl. H., bereits offen dargelegt hätten und worauf Höchstdieselben Ihnen seitdem eine weitere Eröffnung nicht hätten zukommen lassen; Sie müßten es also auch noch jetzt bei der schon jüngst dem Hrn. Baron von Neuenstein geäußerten Erklärung bewenden lassen.

394. Conferenzprotokoll[1].

Karlsruhe, 19. Nov. 1799.

[Kritische Lage. Gemmingens Erklärung in Wien. Berathung über das künftig zu befolgende politische System. Die Majorität für baldigen Anschluß an Oesterreich und Lösung der Beziehungen zu Frankreich. Vertagung der Entscheidung auf Wunsch des Markgrafen. Ablehnung der Landesbewaffnung.]

Die Conferenz ist veranlaßt durch die kritische Lage der Dinge. Am 15. Nov. abends trifft das Schreiben des Erzherzogs Karl vom 10. d. M. ein, ein Reichstagsbericht meldet, daß das Reichsgutachten betr. des Fortbestandes des Reichskriegs die kaiserliche Ratifikation erlangt habe, Ausschreiben des schwäbischen Kreises fordern zur Stellung des Quintuplums auf. Geh. Rath Brauer hat ein Gutachten vom 15. d. M.[2] dem Geh. Rathscollegium zur Prüfung vorgelegt. Am Tage der Conferenz selbst läuft der Bericht Gemmingens Nr. 12 d. d. 9. Nov. ein, aus welchem hervorgeht, daß Gemmingen, um das Interesse des Markgrafen zu fördern, in der Staatscanzlei erklärt habe, „Ihro Hf. D. fest entschlossen wären, in dieser Krisis sich an das Haus Oesterreich anzuschließen, seine Instruktion darauf bestimmt gehe, ihm aber auch natürlich obläge zu vermeiden, daß ohne Noth und ohne verhältnißmäßigen Vortheil keine zwecklosen Aufopferungen gemacht werden[3]".

In der darauf folgenden Berathung wird von Seiten des Geh. Rathscollegiums einstimmig der Wunsch geäußert, der Markgraf möge einen bestimmten Entschluß betr. seiner Haltung während des ferneren Verlaufes des Krieges fassen, damit der Geh. Rath im Stande sei, unabänderlich an diesem Ziele festzuhalten und die Gesandten in Paris und Wien gründlich über die höchsten Intentionen zu instruiren, welch letzteres um so nothwendiger erscheine, als soeben der Wiener Gesandte in seiner Erklärung vor der k. k. Staatscanzlei seine Instruktion überschritten habe. Ueber die Frage, wann eine derartige Entscheidung erfolgen solle, kann man sich nicht einigen. Edelsheim hält den gegenwärtigen Zeitpunkt für ungeeignet, man müsse erst die Krise abwarten, welche Bonaparte und Sieyès an's Ruder gebracht, müsse weiteren Berichten von Wien entgegensehen und bedenken, wie nahe die Gefahr einer französischen Invasion liege, falls man mit Frankreich breche. Die übrigen Collegialmitglieder sind indeß der Ansicht, daß diese Gründe nicht stichhaltig genug seien und eine definitive Entschließung baldmöglichst gefaßt werden müsse. In welchem Sinne, darüber sind die Anschauungen getheilt. Geh. Rath Seubert meint, nach der vorliegenden Deklaration des Wiener Gesandten werde man schwerlich mehr an dem Frieden mit Frankreich festhalten können, falls nicht etwa der Markgraf dieselbe desavouiren würde. Auch Brauer, der bisher für Aufrechterhaltung des Friedens gestimmt war, glaubt nunmehr, es bleibe nichts übrig, „als sich an das österreichische Interesse so gut oder so schlecht, als es gehen möge, mit möglichster Officiosität anzuschließen" und den Pariser Gesandten sofort davon zu instruiren, damit er mit Ehren und ungefährdet abreisen könne. Es sei unmöglich, den Schritt, der in Wien nun einmal geschehen, zurückzunehmen, ohne sich bei dem dortigen Hofe äußerst verhaßt zu machen, ebenso unmöglich aber auch, Reitzenstein noch weiter in Paris zu belassen, ohne den Vorwurf zweideutigen Handelns auf sich zu laden. Brauers Ausführungen treten auch v. Gayling und Reinhard bei; nur Edels-

---

[1] Anwesend der Markgraf, der Erbprinz und die Geh. Räthe v. Gayling, v. Edelsheim, Seubert, Brauer und Reinhard. Geh. Rath Meier fehlt wegen Krankheit.

[2] Brauer erklärt sich darin nach ausführlicher Erörterung der Gründe für und wider die Theilnahme am Reichskriege für die „Beibehaltung des friedlichen Vernehmens mit Frankreich"; er räth daher wegen der Römermonate Zahlungsunfähigkeit vorzuschützen, den Kreistag nicht zu beschicken und die Mitwirkung bei dem Landsturme abzulehnen.

[3] Der betr. Bericht selbst fehlt.



heim beharrt aus den oben angeführten Beweggründen dabei, daß man sich über eine bestimmte Parteistellung noch nicht erklären könne.

Gegen die von dem Erzherzoge in Vorschlag gebrachte Organisation eines Landsturms protestiren, mit Ausnahme des Geh. Raths Reinhard, sämmtliche Mitglieder des Collegiums, da dieselbe dem allgemeinen Wole wenig nütze, dem Lande selbst aber totalen Ruin bringen könne. Am Schlusse der Berathung entscheidet sich der Markgraf dahin, daß eine bestimmte Entschließung „über die künftig zu haltende Partei" zur Zeit noch nicht räthlich sei, ordnet jedoch an, daß dem Gesandten in Wien möglichste Behutsamkeit empfohlen werde unter Hinweis auf den Unterschied, der zwischen seiner Instruktion und Erklärung bestehe. Dem Erzherzoge beschließt er eine ablehnende Antwort zu ertheilen in der Weise, „daß sie zwar nicht als aus den Friedensverhältnissen mit Frankreich entsprungen angesehen, doch aber auch nicht als ihnen widersprechend gedeutet werden könne". Die Frage wegen Beschickung der Kreisversammlung, wegen Zahlung der Römermonate ꝛc. bleibt auf weitere Berathung ausgesetzt. Die Verwahrung des Geh. Raths gegen die Verantwortlichkeit für etwaige aus der Fortdauer der Unentschlossenheit resultirende Nachtheile nimmt der Markgraf gnädig entgegen.

Concept Brauers mit eigenhändigem Placet des Markgrafen und den Unterschriften der anwesenden Geh. Räthe.

---

395. Karl Friedrich an Erzherzog Karl.

Karlsruhe, 19. Nov. (exp. 23. Nov.) 1799.

[Ablehnung des Beitritts zum Landsturm. Hinweis auf die exponirte Lage des Landes. Mainz, Würzburg und die andern Stände sind in günstigerer Lage. Bitte um Nachsicht.]

Das Schreiben des Erzherzogs vom 10. Nov. macht es dem Markgrafen zur Pflicht, „offen und vertraulich" seine Gedanken darüber darzulegen. Nach reiflicher Ueberlegung habe er nicht finden können, „wie es möglich sei, daß ich, dessen Land nur ein schmaler, etliche Stunden breiter Streifen längs an der französischen Grenze ist, welches daher bei der ersten rückwärtigen Position ganz unter französischer Gewalt stehet, so wie es bis jetzt noch nicht aufgehöret hat, ihr zum Theil unterzuliegen, eine solche Aufforderung meiner Unterthanen unternehmen könne, ohne mich vor der Mitwelt und Nachwelt dem gerechten Vorwurf einer gänzlichen Sorglosigkeit für das Wol meiner Unterthanen auszusetzen".

Ew. Kgl. H. führen mir zwar die Beispiele der k. k. ortenauischen und kurpfalz-baierischen, sodann mainzischen und würzburgischen Lande zu Gemüth; allein was die letztern betrifft, so fällt es vorerst gleich in die Augen, daß diese in Absicht auf ihre Landsturmsanstalten in einer ganz andern Lage sind, da sie mit Unterthanen aus hinterliegenden Landen, die jetzt im Kriegstheater nicht sind und wegen ihrer Contiguität mit dem neutralen nördlichen Deutschland für Frankreich gar kein Interesse darbieten, einen Hauptkriegsschauplatz dahin zu spielen, vorwärtsrücken, und somit eigentlich nur gelegentliche Incursionen in jene hinterliegende Lande und den davon besorglichen Nachtheil abzuwenden, nicht aber Hauptoperationen des Gegentheils zu verhindern haben, anstatt daß Schwaben und meine Lande darin zuvörderst für die Kriegsoperationen das unentbehrliche Theater darbieten, meine Unterthanen also unmittelbar den Hauptplanen der Franzosen entgegenwirken und damit auch eine verhältnißmäßig verstärkte Reaktion von deren Seite, als durch ihr Interesse nothwendig geworden, voraus-

sehen und dabei nicht vorwärts, sondern in und meist hinter ihren indessen dem Raub ausgesetzten Hütten fechten müßten.

Was sodann die ortenauischen und rheinpfälzischen Lande betrifft, so ist deren geographische Lage zwar der meinigen eher zu vergleichen, aber dagegen leuchtet der andere Unterschied hell in die Augen, daß deren Landesherrn Ihre Hauptlande weit entfernt vom Schauplatz haben, wo außer den allgemeinen Anstrengungen für die Mittel zum Krieg diese von dessen unseligen Folgen wenig empfinden und jener gänzlichen Verheerung nie ausgesetzt sein können, deren die vorliegenden bei dem geringsten Umschlag der Dinge Preis sind. Natürlich können deren Regenten also eher den Unterthanen ihrer vorderen Lande zumuthen, zum besten ihrer mehrern hinterliegenden alles auf das Spiel zu setzen, weil sie ihnen dagegen die Assekuranz geben können, daß diese, die damit gerettet werden, nach dem Frieden durch Peräquation einen verhältnißmäßigen Theil ihres Verlustes ersetzen und sie damit in den Stand bringen werden, wenigstens wieder eine Grundlage zu neuem Emporkommen zu haben, welch alles bei mir, dessen Land bei dem geringsten Umschlag bis auf das letzte Dorf sozusagen der Verheerung unterliegt, der ganz entgegengesetzte Fall ist. Ew. Kgl. H. geben mir zwar ferner zu bedenken, ob nicht auch bei allem zurückgezogenen Verhalten dennoch von der Noth und Indisciplin der anderseitigen Kriegsvölker der gleiche Schade und zwar ganz sicher zu erwarten sei, der bei einer Accession zum Landsturm nur vielleicht auch eintreten, vielleicht aber auch etwa abgewendet werden könne. Ich mißkenne auch die Wahrheit dieser vorgelegten Betrachtung, die schon durch so manche traurigen Beispiele leider! mehr als zu stark bestätigt ist, nicht und fühle die traurige Lage, in der ich bin, meine armen schon so lang bedrängten Unterthanen auf keinem Wege für fernerem Ueberdrang schützen zu können, empfindlich genug. Aber verbergen darf ich doch mir auch nicht, daß zwischen jenen Folgen der Indisciplin und dem ganzen Gewicht einer Rache, welche von einer durch kraftlose Widersetzlichkeit eines Mindermächtigen gereizten Gewalt förmlich organisirt würde, noch ein merklicher Unterschied ist.

Ich umgehe die vielen andern Betrachtungen, die ich aus der Lage meiner ganz erschöpften Finanzen und noch aus manch anderem sehr ordentlichem Umstand herleiten könnte, da schon diese in dem Geschäftskreis Ew. Kgl. H. am nächsten einschlagenden Gründe von Hochdero Gemüthsbilligkeit sich eine geneigte Aufnahme und eine volle Wirkung sicherlich versprechen können, und ich schmeichle mir, daß wenn gleich Hochdenenselben die Ihnen anvertraute Sorge für die Kriegsoperationen und für die Erleichterung Ihrer Kriegsheere dieses Ansinnen an mich abnöthigte, dennoch Hochdero erhabenste und gerechteste Gedenkungsart hinwiederum Ew. Kgl. H. bemerken lassen werde, daß die mir ebenso schwer obliegende Vorsorge für das mir auf das Gewissen gegebene Wol meiner Unterthanen mich entschuldige, wenn ich bei den vorliegenden Umständen mich dieser Bewaffnungsanstalt nicht anschließen kann und mir nothgedrungen andere erwünschte Gelegen-

heit vorbehalten muß, wo Hochdenenselben ich werkthätig jene reinste und ausgezeichnete Verehrung bethätigen kann, womit ich zu beharren die Ehre habe...

Concept Brauers.

396. Gutachten des Geh. Raths Brauer.

Karlsruhe, 25. Nov. 1799.

[Die politische Lage unverändert. Dringt auf Annahme eines festen politischen Systems. Gegen die Beschickung des Kreistages. Gründe.]

Die Lage hat sich im Laufe der letzten Woche nicht verändert: noch sind keine weiteren Nachrichten aus Wien eingetroffen, die Stellung der französischen Armee ist im wesentlichen die gleiche geblieben. Es verlautet zwar, der Erzherzog sei mit dem größten Theile der Armee im Anmarsche, immerhin ist dies aber zweifelhaft. Ein zwingender Grund, jetzt über die Beschickung des Kreistages[1] zu beschließen, ohne die Nachrichten aus Wien zu erwarten, liegt nicht vor. Brauer wiederholt den dringenden Wunsch, der Markgraf möge „ein festes System" annehmen und dabei verharren, so lange nicht die zu Grunde gelegten Verhältnisse „sich in wesentlichen Stücken geändert haben". Die Sorge lediglich vor den Russen habe „in Absicht der Wiener Mission" zu einem Schritte geführt, der seines Erachtens besser unterblieben wäre, bis die Befürchtungen sich verwirklicht hätten: wolle man nun abermals bloß aus Sorgen vor Gefahren, die man längst erwogen, von den Conferenzbeschlüssen vom 19. Nov. abweichen?

Sollte aber der Markgraf fest entschlossen sein, den Kreistag trotzdem zu beschicken, so handle es sich wesentlich nur noch um die Frage der Instruirung. Ob man den Kreisgesandten anweise, für Landesbewaffnung und Quintuplum zu stimmen oder den Mitständen dazu nur zu rathen, den Mangel einer Instruktion vorzuschützen, die Propositionen ad referendum zu nehmen oder endlich dieselben abzulehnen, gleichviel: in allen Fällen ergeben sich, wie Brauer nachweist, gewichtige Bedenken im Hinblick auf Oesterreich, dessen Kreispolitik durch das Beispiel, das Baden seinen Mitständen gebe, empfindlich gestört werde. Brauer stellt dem Markgrafen anheim, welchen Weg er betreten wolle; zu keinem könne er rathen, er verwahre sich daher auch wegen der Folgen.

Wie die Dinge liegen, sei das beste, den Kreistag nicht zu beschicken.

397. Gutachten Edelsheims.

Karlsruhe, 27. Nov. 1799.

[Gegen die Annahme eines festen politischen Systemes. Für Beschickung des Kreistages. Gründe. Instruktion.]

Eine Entscheidung über Beschickung des Kreistags ist dringend nöthig; auch der Markgraf scheine eine solche zu wünschen.

Dagegen werde eigentlich auch kein Widerspruch erhoben; nur gebe man zum Theil nach Brauers Vorgang dem Wunsche Ausdruck, der Markgraf möge erst ein festes System annehmen, d. h. sich entschließen, ob er die bisherigen Beziehungen zu Frankreich lösen wolle oder nicht. Eine derartige offene Erklärung aber ist nach Edelsheims Ueberzeugung

[1] Zur Situation: am 22. Nov. tritt — zum ersten Male seit dem Dec. 1797 — der schwäbische Kreistag in Augsburg zusammen; es handelt sich vor allem um Aufstellung des Quintuplums und Organisation des Landsturms. Erstere wird bewilligt, letztere dagegen als ungeeignet zur allgemeinen Berathung zurückgewiesen und „nach Maßgabe der Lokalität den besonderen Anordnungen" der einzelnen Stände überlassen. Die Verhandlungen bei Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, IX, S. 169—292.

zur Zeit unstatthaft, da sie unzweifelhaft die französische Regierung zu einem feindseligen Vorgehen bestimmen und angesichts der veränderten Gestaltung der Verhältnisse in Frankreich das peinlichste Aufsehen erregen würde.

Daß von österreichischer Seite eine gleich feindselige Behandlung, wenn schon das passive Verhalten Badens in Wien sehr mißfalle, nicht zu erwarten stehe, auch nicht, wenn der Kreistag nicht beschickt werde, gebe er allerdings gerne zu. Es verstoße aber wider alles Herkommen, sich ohne fügliche Entschuldigung vom Kreistage fernzuhalten, auch würde es den materiellen Interessen des Landes nachtheilig sein, wenn z. B. die Repartition der Kreislasten festgesetzt würde, ohne daß die badischen Gegenforderungen durch den Gesandten geltend gemacht werden könnten. Der Hauptanstand bleibe immer die Instruktion; er werde aber gehoben, wenn man derselben die von Brauer entworfene Comitialinstruktion für Görtz vom 1. Aug.[1] etwa von der Stelle ab: „unter ausführlicher Recension etc." zu Grunde lege und den Grafen Lehrbach mündlich ersuchen lasse, die Nothlage des Landes zu berücksichtigen.

---

398. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 28. Nov. 1799.

[Berathung über Beschickung des Kreistages. Die Majorität dagegen. Der Markgraf verschiebt die Entscheidung.]

In der von dem Markgrafen zur Berathung über die Beschickung des Kreisconvents berufenen Conferenz gelangen die Gutachten Brauers vom 25. Nov. und Edelsheims vom 27. Nov. zur Verlesung. Präsident v. Gayling verkennt zwar die Schwierigkeit nicht, „eine unverfängliche Instruktion vorzuschreiben", hält aber doch eine Nichtbeschickung für allzubedenklich und wünscht daher, „daß ein Expediens hierunter ausfindig gemacht oder Sml Decision über die Hauptsache einmal gefaßt werde". Die Geh. Räthe Seubert und Reinhard erklären sich entschieden gegen jede Beschickung des Kreistages, so lange der Markgraf nicht „über das diesseits fernerhin zu behauptende System" eine „feste Resolution" getroffen. Der Markgraf vertagt darauf, um Gründe und Gegengründe zu erwägen und die beiden Gutachten nochmals zu prüfen, die Entscheidung bis auf weiteres[2].

Redigirt von Brauer.

---

399. von Tautphoeus[3] an Thugut.

Augsburg, 25. Dec. 1799.

[Schluß des Kreistages. Englische Geldanleihe. Ausbleiben der badischen Gesandtschaft. An ihre Stelle rückt Hohenzollern-Hechingen.]

Nach Bewilligung des Quintuplums ist auf Betreiben von Konstanz und Würtemberg die Kreisversammlung am 24. Dec. geschlossen worden.

Die Verhandlungen des Canzlers von Hebenstreit mit dem englischen Gesandten Wickham wegen einer Geldaushilfe behufs Armirung des Quintuplums sind bei dem Kreistage nicht zur Sprache gekommen[4], Würtemberg soll den Schritt sehr übel vermerkt haben.

---

[1] Oben Nr. 357.

[2] Weitere Akten liegen nicht vor. Wie die Thatsachen aber ergeben, hat sich auch der Markgraf schließlich entschieden, den Kreistag nicht zu beschicken.

[3] K. k. Geschäftsträger beim schwäbischen Kreise.

[4] Vergl. Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, IX, S. 194 ff.

Die markgräfl. badensche Gesandtschaft ist bei diesem Convent weder erschienen, noch ist wegen ihrer Erscheinung oder Nichterscheinung eine Erklärung geschehen; bis zur 20ten Sitzung blieb die Stelle, welche dieser Stand in der Ordinari-Deputation einnimmt, offen; als man aber gleichwol unschicklich fand, die hergebrachte Zahl der Ordinari-Deputationsglieder[1] bei dieser Ungewißheit unvollständig zu lassen, auch der würtembergische Gesandte, Freih. von Seckendorff, äußerte, daß man die Ueberzeugung habe, der badensche Gesandte würde sich nicht mehr einfinden, so rückte in dessen Stelle der Ordnung nach der von Hohenzollern-Hechingen ein und wohnte in dieser Eigenschaft den nachgefolgten Sitzungen bei.

Wien. St. A.

---

[1] Acht — außer den Vertretern des Kreisausschreibeamts: je zwei Mitglieder des fürstlichen, des gräflichen, des Prälaten- und Städtecollegiums.

2. Verhandlungen in Paris.
Febr.—Dec. 1799.

400. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 17. Febr. 1799.

[Audienz beim Kriegsminister wegen des französischen Truppeneinmarsches. Beruhigende Zusicherungen. Baden als Freundesland zu behandeln. Der Markgraf bleibt im Lande.]

Audienz bei dem Kriegsminister General Schérer.

Le ministre m'a donné l'assurance formelle, qu'outre les ordres généraux .... il en avait été donné de particuliers de traiter en pays amis les territoires des Princes qui étaient en paix avec la République; que notre pays ne pourrait souffrir en aucune manière.... et qu'il ne s'agissait que du passage que nous ne serions pas sans doute dans l'intention de vouloir disputer; qu'on ne pourrait demander que ce qui serait strictement nécessaire pour le besoin des troupes qui traverseraient le pays et cela ou contre de l'argent comptant ou ... contre des bons payables sur les contributions de 5 millions de livres environ que le Cercle de Souabe devait encore en vertu de son traité d'armistice.... J'ai cependant pris la liberté de faire encore observer au ministre, qu'il y avait surtout deux villes de notre pays qui méritaient des ménagements plus particuliers, savoir la résidence de Monseigneur et celle du Congrès de paix, et que j'étais persuadé, que non seulement tout le pays serait exempt de l'établissement d'hôpitaux militaires ou de dépôts de prisonniers de guerre, de conscrits etc. etc., mais qu'en particulier les deux villes mentionnées jouiraient d'une franchise de quartier absolue et que généralement on prendrait des mesures telles, que S. A. le Margrave et toute Sa Sérénissime famille pourraient sans aucun désagrément rester à Carlsrouhe. Le ministre non seulement n'a trouvé aucune difficulté à accéder à mes demandes, mais sur mes instances il m'a encore promis avec infiniment de bonté d'écrire aujourd'hui sur tous ces objets au général Jourdan, et je lui ai adressé à cet effet une note écrite contenante la répétition de mes sollicitations....

|: Das Gerücht von einer bevorstehenden Abreise des Markgrafen nach Ansbach ist in Paris verbreitet; Reitzenstein, von Rewbell interpellirt, bittet um Auskunft[1]. :|

---

[1] Der Markgraf ist, wie Edelsheim am 23. Febr. mittheilt, entschlossen, in Karlsruhe zu verbleiben; die Bemühungen Reitzensteins beim Kriegsminister haben ihn in hohem Grade befriedigt.



401. Reitzenstein an Edelsheim.

(o. D. Zwischen 19.—28. Febr. 1799.)

[Baden politisch isolirt. Frankreich die einzige Stütze. Rivalität Hessen-Darmstadts und Gefährdung der Erwerbung von Hanau-Lichtenberg.]

|: Reitzenstein betont von neuem die Nothwendigkeit eines engen Anschlusses an Frankreich. Kein Reichsstand sei so isolirt, wie gerade Baden. Preußen liege zu ferne, um ein lebhafteres Interesse an der Markgrafschaft zu nehmen. Im Süden dominire Oesterreich, das sich an Baden zu rächen suche. Am deutlichsten habe man diese Verlassenheit auf dem Congresse empfunden. Alle Broschüren die erschienen, seien darin einig gewesen, daß man die Ansprüche Badens auf Entschädigung herabsetzen müsse. Darmstadt befinde sich in viel günstigerer Lage; Preußen sei ihm mehr geneigt und Oesterreich weniger dabei interessirt, sich seinen Entschädigungsprojekten zu widersetzen. Verderbe Baden es mit Frankreich, so verliere es die letzte Stütze.

Si donc nous risquons que Darmstadt prenne le dessus ici, ne risquons-nous pas évidemment de perdre . . . les objets qui doivent nous mener à l'acquisition de Lichtenau? Car j'ai déjà pu remarquer que le Cte de Pappenheim[1] est assez peu éclairé pour intriguer contre la cession des deux petits baillages, quoique, s'il aurait (sic!) de vues moins bornées, il devrait saisir avec avidité l'occasion de se défaire d'une possession aussi éloignée et s'appliquer seulement à la faire beaucoup valoir pour en retirer un plus grand dédommagement. :|

---

402. Reitzenstein an den Kriegsminister Schérer.

(o. D. prs. 22. Febr. 1799.)

[Verbot der Requisitionen, der Errichtung von Militärspitälern rc., der Frohnden und Fuhren. Quartierfreiheit von Karlsruhe, Rastadt und Durlach.]

La bonté infinie avec laquelle Vous avez bien voulu il y a peu de jours me faire espérer que Vous seriez disposé à recommander d'une manière particulière au général en chef Jourdan le sort du Margraviat de Bade dans le cas que les troupes de la République dussent y entrer, m'enhardit, citoyen ministre, à mettre sous Vos yeux les points qui me paraissent intéresser le plus essentiellement le gouvernement et les habitants de ce pays. C'est

1) le renouvellement des réglements antérieurs, portant défense à tout autre qu'aux commissaires ordonnateurs de faire des réquisitions en quoi que ce soit, spécialement pour l'entretien de la table des officiers et autres de pareille nature. Quant à celles faites par les commissaires, je me flatte qu'elles ne comprendront que les véritables besoins des troupes. . .

2) Que le général en chef veuille bien éviter autant que possible de faire peser sur le pays de ces sortes d'établissements qui sont quelquefois plus onéreux que les logements des troupes mêmes, tels que dépôts d'artillerie, de conscrits et recrues, de prisonniers de guerre, établissements d'hôpitaux militaires avec leurs dépendances etc.

---

[1] Hessen-darmstädtischer Gesandter.

3) Que pareillement les demandes et réquisitions en hommes et bestiaux pour les transports de vivres et munitions, les travaux, constructions et autres corvées militaires soient évitées, autant qu'il pourra se faire ou payées du moins en numéraire d'après les prix qui seront réglés de gré à gré. La saison actuelle réclame les bras des cultivateurs et ses moyens ont été terriblement épuisés dans le Margraviat par les ravages que l'epizootie y a faits il y a 18 mois.

4) Que particulièrement les villes de Carlsrouhe, résidence du Margrave, Rastadt, résidence du Congrès, et s'il est possible — Dourlac, résidence du Prince Frédéric, jouissent d'une entière franchise de logement de troupes et qu'il soit recommandé au citoyen général en chef de prendre toutes les mesures, pourque le Margrave et la cour puissent rester sans aucun désagrément à Carlsrouhe.

5) Qu'en général les articles du traité d'armistice, conclu avec le général Moreau le 7 thermidor an 4 et confirmé par le traité de paix de 5 fructidor même année, soient observés avec d'autant plus d'exactitude qu'ils l'ont été de même de la part du Margrave dans tous les points onéreux.

Les malheurs que le Margraviat a déjà essuyés dans le cours de la dernière guerre, la loyauté avec laquelle on s'est conformé dans toutes les circonstances aux traités existants et les preuves multipliées et non équivoques que le Margrave n'a cessé de donner de son sincère désir de concourir aux vues pacifiques autant que généreuses et élevées du Directoire exécutif — voilà, citoyen ministre, les titres qu'il m'est permis de valoir en faveur de mes sollicitations, — les sentiments de justice et d'humanité qui Vous animent, — voilà les raisons qui m'en font espérer le plus entier succès.

Abschrift.

---

403. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 4. März 1799.

[Lehrbachs Drohungen.]

|: J'ai eu occasion de faire un usage convenable de la communication confidentielle que Vous m'avez faite du propos atroce de M^r le Cte de Lehrbach relativement à nous[1] et l'on a trouvé fort plaisant que j'y fondais la demande de donner au général Jourdan l'instruction positive de ne pas se faire battre. La belle résolution en elle-même n'a pas surpris et on m'a assuré qu'on n'en doutait nullement, mais que les Autrichiens traiteraient sûrement leurs amis et leurs ennemis sur le même pied. :|

Abschrift.

---

[1] S. oben Nr. 212.

404. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 8. März 1799.

[Französische Truppenexcesse. Gefahr der revolutionären Umtriebe.]

Dankt für die Vorstellungen bei dem Kriegsminister, die um so erwünschter, als Bernadotte in der Pfalz stehe und seine Truppen in Mannheim trotz aller friedlichen Versicherungen auf das gewaltthätigste hausen.

Quant aux dispositions insurrectionnelles dans notre voisinage et en partie aussi chez nous, il paraît bien, comme Vous en avez déjà fait la remarque . . ., que les éléments en sont préparés partout; ils n'écloront qu'en raison des circonstances plus ou moins favorables. Le gouvernement n'autorise sans doute pas les manœuvres sourdes qui les fomentent, mais il ne s'y opposera pas non plus efficacement, lorsque les circonstances en hâteront peut-être l'explosion. . . .

Concept.

---

405. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 13—17. März 1799.

[Wiederausbruch des Kriegs. Badens Interesse. Kritik des französischen Truppenaufmarsches. Projekt einer süddeutschen Union. Unterdrückung der revolutionären Bestrebungen.]

. . . . Voilà donc la guerre recommencée. V. Exc. se rappelle que je n'ai jamais cru qu'elle pourrait être évitée. Nous devons désirer maintenant un juste milieu; c'est à dire *primo,* que les Français la fassent *heureusement,* pourqu'ils soient d'autant plus à même d'étendre le système des sécularisations en faveur des Princes de l'Empire; *secundo,* qu'ils ne la fassent *révolutionnairement.* . . .

Trotz der militärischen Ueberlegenheit der Franzosen warnt Reitzenstein vor allzuviel Vertrauensseligkeit. Der französische Kriegsplan lasse eine große Lücke zwischen Bodensee und Neckar, ein rascher Vorstoß könne die Oesterreicher an den Rhein führen und den Congreß sprengen. . . .

J'ai l'honneur de mander à V. Exc. que persuadé, comme je le suis, de l'importance de conserver à l'Empire l'état au moins légal de la paix, j'ai fait valoir ici cette considération avec un grand succès, de sorte qu'on m'a quasi promis de ne point presser les délibérations de la Diète. V. Exc. s'imagine bien au reste qu'on désire maintenant plus que jamais l'union si souvent réclamée des principaux membres de l'Empire. Conformément à l'autorisation que j'avais reçue relativement aux explications à donner sur cet objet, j'ai répondu au Directeur Treilhard d'une manière analogue à ses vœux, ce qui lui causait une si grande satisfaction qu'il me dit entre autres que, quoiqu'il n'aimât point à perdre sa tête, il voudrait néanmoins la parier, que si seulement 3 ou 4 altweltfürstl. Häuser se réunissaient, ils entraîneront le reste de l'Empire. . . .

Je sais en outre que le ministre des rel. ext. est ou sera chargé de s'adresser aux ministres résidents ici des cours allemandes pour leur exprimer itérativement les dispositions favorables du gouvernement et les inviter à faire des efforts pour déterminer leurs maîtres à l'union si désirable des Princes de l'Empire[1]. . . .

Am 16. März theilt Reitzenstein dem Direktor Treilhard eine Depesche Edelsheims vom 9. März mit[2]. Treilhard versichert, das Direktorium habe Jourdan bereits den gemessenen Befehl ertheilt, jede revolutionäre Bewegung, event. mit Waffengewalt, zu unterdrücken (de s'opposer à force armée). Die Wahrung des Friedens mit dem Reiche sowie die Fortsetzung des Congresses werde, meint Reitzenstein, das sicherste Mittel gegen alle revolutionären Gelüste bilden.

---

406. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 31. März 1799.

[Unterredung mit Barras. Bedauern über die Truppenexcesse. Abneigung gegen alle weiteren Umsturzpläne. Veröffentlichung des Erlasses an Jourdan. Beschwerde bei den helvetischen Gesandten wegen der Basler Umtriebe.]

Reitzenstein hat wegen der französischen Ausschreitungen mit dem Präsidenten Barras eine längere Unterredung geführt. Barras versichert, er wie seine Collegen bedauerten lebhaft den Wiederbeginn der Feindseligkeiten, er begreife nicht die Verblendung des Wiener Hofes, mit der sich derselbe in einen Krieg stürze, bei dem er nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren habe.

Venant ensuite à passer au chapitre des révolutions, il me demanda . . . ., si je pouvais croire, que tous ces changements fussent agréables au gouvernement français, s'il lui pouvait être utile de voir disséminer ses armées dans un espace immense, d'avoir à entretenir des troupes depuis Naples jusqu'à Amsterdam, de voir enfin les pays environnants dans une combustion qui ne laissait pas que d'influer aussi d'une manière funeste sur le repos intérieur de la France. Il finit ces considérations auxquelles il donna un grand développement par m'assurer, combien le Directoire était convaincu, qu'il était plus avantageux à la France d'avoir pour voisins des Princes de l'Empire . . . qu'une République nécessairement inquiète, turbulente et sans cesse agitée. J'ai tout lieu de croire qu'il m'a parlé sincèrement . . . Quant au désir que V. Exc. m'a exprimé que les dispositions du Directoire à cet égard fussent rendues publiques . . . . j'en ai parlé à Talleyrand qui m'a répondu que ce vœu était probablement déjà rempli, puisqu'il avait eu soin de faire répandre partout la lettre du Directoire

---

[1] Ueber diese französischen Pläne betr. der Gründung einer süddeutschen Union unter baierischer Führung, die schon im Aug. 1798 hervortraten, vergl. Bailleu, Preußen und Frankreich, I, 485, 498 ff.; Pallain, Le ministère de Talleyrand sous le Directoire, 399 ff.; 424.

[2] Fehlt.



au général Jourdan[1]. Il me paraît que si cette publicité ne dût pas encore être telle que nous la désirons, on pourrait facilement y suppléer, en prenant des mesures pourqu'un extrait de la lettre en question — car la connaissance du dernier paragraphe entre autres pourrait même être plus nuisible qu'utile — fût inséré, ne fût-ce que dans une seule gazette allemande, p. e. celle de Posselt[2] d'où ensuite les autres ne manqueraient pas de le copier. Je dois ajouter que Mr Abel . . . vient de recevoir par écrit l'assurance que le bruit d'une républicanisation de la Souabe n'était répandu que par des agents étrangers et par les ennemis de la France et que le Directoire n'y consentirait jamais, en supposant toutefois que les Princes de l'Empire y intéressés ne discontinueraient pas aussi de leur côté de manifester leurs sentiments d'amitié envers la France. Enfin je me suis aussi adressé, quoiqu'en ajoutant que ce n'était pas officiellement, aux ministres suisses ici: je leur ai fait part des manœuvres coupables du libraire Flick et du graveur de Bâle, je leur ai démontré l'importance de ces délits, en leur exprimant mon étonnement que l'administration du Canton de Bâle avait souffert, que ces actes séditieux fussent impunément commis sous ses yeux et en les requérant de communiquer cette information au Directoire de Lucerne, afin de provoquer la punition exemplaire des coupables. C'est qu'ils m'ont promis en m'assurant . . . que leur gouvernement, suffisamment occupé du soin de maintenir la tranquillité chez lui, n'avait aucune raison de souhaiter des agitations dans les pays environnants et qu'il ne demandait pas mieux que de conserver la bonne harmonie avec tous ses voisins, particulièrement avec Monseigneur qui n'avait cessé de donner à la Suisse des marques de bienveillance[3]. . . S'il me serait permis d'émettre une opinion, je dirais qu'il me paraît de toute nécessité que notre ministère porte des plaintes énergiques au Directoire de Lucerne contre des entreprises contraires au droit de gens et que le grand-baillage de Lœrrac soit en même temps chargé de demander auprès de l'administration du Canton de Bâle une satisfaction prompte et convenable, faute de laquelle il devra tâcher de s'assurer des personnes de Flick et complices et les envoyer de suite à Pforzheim. C'est avec cette vigueur qu'il faut agir, à ce qu'il me semble, quand on veut rester le maître de sa maison. . . .

Man tadelt Jourdan, daß er in Villingen zu lange gezaudert, statt nach dem Bodensee vorzurücken und sich mit Masséna zu vereinigen. Seine Absetzung war bereits

---

[1] d. d. 26 vent. an 7 (16. März 1799); mitgetheilt bei Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1799, I, S. 253. Das Direktorium verdächtigt Oesterreich der revolutionären Propaganda in Schwaben und weist den General an, dagegen einzuschreiten.

[2] Die „Neueste Weltkunde".

[3] Vgl. den Bericht des helvetischen Gesandten Zeltner an Minister Bégoz vom 21. März d. J. Bern. St. A.



verfügt, Joubert sollte sein Nachfolger werden, doch wurde der Erlaß in letzter Stunde zurückgezogen.

---

407. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 1. April 1799.

[Der Direktorialerlaß an Jourdan. Bedenken. Neue Excesse zu Emmendingen.]

... La lettre écrite par le Directoire exécutif au général en chef, Jourdan, le 25 ventôse [leg. 26] au sujet des prétendues insurrections en Souabe est maintenant assez connue. ...

|: Il s'en faut beaucoup que la lettre du Directoire exécutif au général Jourdan réponde entièrement à ce que l'annonce préalable en avait fait espérer; la dernière période surtout, qui ne se trouve dans aucune des copies que les ministres français ont communiquées ici aux ministres prussiens et à nous ..., mais que nous tenons confidemment de bien bonne source, paraît rendre fort illusoires les véritables intentions du Directoire à cet égard, d'autant plus que cette omission marque assez la valeur, qu'on attache soi-même à cette démonstration éphémère. Voici littéralement le passage en question, par lequel finit la lettre à Jourdan:

> «dans cette position Vous devez Vous *borner* à instruire le gouvernement avec exactitude de tous les mouvements qui parviendront à Votre connaissance. Vous recevrez *ensuite* les ordres suivant les circonstances [1]. ...»

Klage über neue unerträgliche Requisitionen zu Emmendingen:|

Concept.

---

408. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 7. April (18 Germinal) 1799.

[Beschwerde über die Requisitionen Vaillants im Oberlande.]

Je viens d'être informé par mon gouvernement que le nouveau commissaire ordonnateur en chef près l'armée du Danube, le citoyen Vaillant, a frappé le haut Margraviat de Bade de la réquisition énorme contenue dans l'ordre dont j'ai l'honneur de joindre ci-près copie conforme [2]. Les ministres du Margrave au congrès de paix qui ... se sont empressés d'en donner connaissance aux ministres de la République à Rastadt, ont préalablement invité le grand-baillage d'Emmendingen ... de subvenir aux besoins des troupes françaises, autant qu'une armée amie pouvait le demander, c'est à dire, autant que cela put se faire sans la ruine du pays, mais de représenter aussi au citoyen Vaillant, combien son procédé en général était contraire aux dispositions du traité d'armistice du 7 therm. an IV etc. ...,

---

[1] Die Stelle bezieht sich, was Edelsheim übersieht, nur auf die Reichsstände, die gegen Frankreich Partei ergreifen. Reuß, 1799, I, S. 254.

[2] S. oben Nr. 278.



de lui fournir les preuves de l'impossibilité physique et absolue de faire droit à une aussi excessive réquisition . . ., enfin de lui exprimer, combien profondément le Margrave devait être affligé de ce qu'un administrateur, qu'on supposait n'agir que conformément aux instructions de son gouvernement, pût ranger le Margraviat de Bade dans la classe des pays conquis par l'armée du Danube. J'ai reçu en même temps l'ordre de m'adresser à Vous, citoyen ministre, pour obtenir de Votre amour de justice et de Votre humanité, que les malheureux habitants du Margraviat soient promptement sauvés des voies de rigueur. . . . En m'acquittant de cet ordre je ne m'appesantirai point, citoyen ministre, sur des raisons diplomatiques . . ., mais je ne saurais me dispenser de Vous soumettre quelques réflexions qui me paraissent frappantes:

1) Les $^2/_3$ des livraisons en blés et fourages doivent être versés dans les magasins de Huningue et Neuf-Brisac. Par quelle raison veut-on, que le Margraviat, qui — comme on le sait — est obligé d'acheter tous les ans une partie des blés nécessaires à la consommation de sa nombreuse population, en remplisse les magasins des départements français? Mais, dit-on, le prix de ces livraisons sera remboursé. Je ne doute pas que telle ne soit en effet l'intention du gouvernement, mais alors son commissaire ordonnateur fait un marché très onéreux aux finances de la République, . . . chaque paysan aura pu lui dire et les mercuriales ont dû le lui prouver que le blé a toujours été à meilleur marché dans la ci-devant Alsace que dans le Margraviat.

2) Si cette réquisition n'a pas été faite pour remplir pour un usage futur les magasins, . . . mais pour les besoins journaliers de l'armée, il ne reste qu'une alternative. Ou l'on s'est adressé uniquement et exclusivement à un pays ami de la République pour nourrir une armée dont les positions sont dans ce moment encore hors du Margraviat; ou bien en supposant que les pays autrichiens et autres sont également mis à contribution, il doit nécessairement exister de très graves abus, parceque la prestation demandée suffit seule à l'entretien de toute l'armée. . . . . La preuve en est aisée. Une consommation décadaire de 1000 bœufs de 500 ℔ poids suppose une armée de 66666 hommes, à raison de $^3/_4$ ℔ de viande par bouche; celle de 200000 boisseaux d'avoine suppose 26666 chevaux à raison de $^3/_4$ de boisseau par cheval; celle enfin de 40000 quintaux de foin suppose la même quantité de chevaux en comptant la forte ration de 15 ℔ foin par chaque. . . .

3) En dépouillant tous les habitants du haut Margraviat de tout leur bétail, on n'y trouverait pas la moitié des 1000 bœufs de boucherie demandés. Pour n'en fournir qu'une preuve, je rappellerai, que la contribution de 500 bœufs stipulée par le traité d'armistice . . ., ne put être



remplie qu'avec la plus grande peine dans l'espace de 4 mois par des livraisons succesives et que depuis cette époque une épizootie cruelle a ravagé toute cette partie de la Souabe. . . .

Je me résume en Vous priant instamment, citoyen ministre, de faire prendre les mesures les plus promptes possibles, pour que 1) les ²/₃ de la contribution livrables dans les magasins de Huningue et Neuf-Brisac soient tout de suite déduits; que 2) quant au tiers restant le citoyen Vaillant ait à s'entendre avec les baillifs du haut Margraviat sur la quantité qu'il leur sera possible de fournir, ainsi que sur les délais dans lesquels les livraisons pourront être faites; 3) qu'au lieu de la contribution immense de 1000 bœufs il se contente de ce que les administrations du pays pourront lui procurer sans la ruine des habitants. . . .; 4) enfin que les ordres du Directoire exécutif tendants à faire distinguer le Margraviat de Baden des pays conquis soient renouvelés. . . . Le temps presse, chaque moment de retard est une nouvelle calamité pour le pays. Veuillez donc pardonner à la précipitation avec laquelle je Vous écris et en acceptant d'avance le tribut de l'éternelle reconnaissance de plusieurs milliers d'infortunés, agréez celui du respectueux dévouement dont j'ai l'honneur de Vous réitérer l'assurance.

Abschrift.

---

409. Talleyrand an Reitzenstein.

Paris, 19 Germinal an 7 (8. April 1799).

[Mißbilligung der Forderungen Vaillants. Abhilfe. Weisungen an das Commando der Donauarmee.]

Talleyrand hat über die Beschwerden Reitzensteins dem Direktorium Bericht erstattet. Dasselbe gesteht, daß die Forderungen Vaillants das Maß des Erlaubten überschreiten; es mißbilligt vor allem, daß er sich eines Ausdruckes bedient habe, der den Glauben erwecke, daß man Baden als ein erobertes Land betrachte. Man wird für Abhilfe sorgen und den commandirenden General der Donauarmee anweisen, Baden mit allen einem befreundeten Lande schuldigen Rücksichten zu behandeln und Naturallieferungen nur, soweit sie unumgänglich nöthig und der Leistungsfähigkeit des Landes entsprechen, zu requiriren («elles ne seront jamais réclamées qu'en raison des ressources du pays et des besoins indispensables de l'armée»)[1].

---

410. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 9. April 1799.

[Verhandlungen mit Talleyrand wegen der Requisitionen im Oberlande. Badische Forderungen an Frankreich. Mißbilligung der Basler Umtriebe durch das helvet. Direktorium.]

Ce fut le 6 au soir que j'eus l'honneur de recevoir le postscriptum du premier de ce mois de V. Exc. . . . Dans la nuit je rédigeai le mémoire, dont j'ai l'honneur de joindre la copie-ci près. La matinée d'avant-hier

---

[1] Vergl. oben Nr. 286.



fut employée aux courses nécessaires et ce n'est que la longueur des distances qui m'a empêché de trouver le ministre encore à la séance du Directoire. . . . Mais je le vis et lui présentai mon mémoire après la séance et comme il désirait alors d'avoir encore des renseignements sur l'accomplissement de notre traité d'armistice, j'employai la soirée du même jour à faire les extraits nécessaires et à lui fournir . . . les preuves les plus claires, que nous avons rempli exactement les conditions de ce traité et que même nous aurions 3260 fl à redemander; 2) que la retraite de l'armée du Rhin en octobre 1796 a causé aux grands-baillages de Hochberg et Rœtteln plus de 3 millions de fl de perte dont on nous a promis le dédommagement; 3) qu'on nous doit encore près de 250000 fl dont la valeur a été fournie aux troupes françaises depuis le second passage du Rhin; 4) que l'occupation des baillages de Mahlberg et Yberg dans la même époque leur a en outre coûté environ 300000 fl. Je lui ai envoyé tout cela à 10 heures du soir encore. De son côté le ministre s'est occupé avec le plus grand zèle de cette affaire, en sorte que son rapport étendu a pu être présenté par lui dans la séance d'hier, après laquelle il m'avait mandé chez lui; . . . il fit . . . sur le champ rédiger sa réponse et me permit de l'attendre et de la prendre tout de suite avec moi. . . .

J'ajoute seulement que les ministres de la République Helvétique ont reçu une réponse de leur Directoire, dans laquelle celui-ci assure n'avoir pas la moindre part ni directe, ni indirecte aux mouvements révolutionnaires en Souabe, tout comme il se persuade que notre gouvernement n'en a aucune aux propos de contre-révolution en Suisse qu'on débite — y est-il dit — à Carlsrouhe; que le projet de constitution pour l'Allemagne a été fabriqué par un Allemand et qu'il est une production si misérable qu'il n'a fait d'autre impression si non d'exciter le mépris général de tous les hommes honnêtes et éclairés. . . .[1]

---

411. Edelsheim an Reitzenstein.

Rastadt, 24. April 1799.

[Kritische Lage. Verantwortlichkeit des Markgrafen für die Sicherheit des Congresses. Competenz der Congreßpolizei. Roberjot.]

. . . Vous verrez surtout par les votes de Bavière et de Bade qu'en dépit des circonstances impérieuses, qui nous environnent respectivement sous des rapports assez semblables, nous n'avons cependant pas négligé de soutenir hautement les véritables principes fondés sur les bases de notre malheureuse Constitution Germanique. Les ministres plénipotentiaires de la République nous rendent parfaitement justice à cet égard, mais ils ne

[1] Vergl. oben Nr. 256.



paraissent pas également convaincus, que le S[me] Margrave se trouve absolument dépourvu des moyens de prévenir et d'écarter de Rastadt et des environs des entreprises militaires de l'une ou de l'autre des parties belligérantes. Les citoyens Bonnier et J. Debry surtout semblent tellement imbus du préjugé, que la lettre de l'Empereur au Margrave, lorsque le Congrès fut fixé à Rastadt[1], imposait à S. A. S. une responsabilité particulière relativement à l'inviolabilité de tous ses membres, que quoiqu'ils conviennent de son impuissance physique à cet égard, ils prétendent qu'il lui resterait néanmoins à employer des facultés morales qui . . . serviraient à nous justifier davantage dans l'opinion publique.

Quant à la lettre mentionnée, que Vous Vous rappellerez vraisemblablement encore, elle ne nous commet absolument que le soin de la police interne et cela même encore sous la clause de se concerter sur cet objet avec le plénipotentiaire impérial. Nous avons eu sur cela quelques explications assez désagréables. . . . Il n'y a que la pénétration calme et dépourvue de toute prévention arbitraire du citoyen Roberjot qui apprécie dans cette circonstance . . . les choses à leur juste valeur et équitablement. . . .

Concept.

---

412. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 15. Mai 1799.

[Französische Truppenexcesse. Beschwerde. Sorge vor militärischer Rache wegen des Gesandtenmords.]

Von allen Seiten laufen Klagen über die Excesse der französischen Truppen in Baden ein. Der Kriegsminister hat indeß Reitzensteins Vorstellungen unbeantwortet gelassen, der letztere wendet sich daher an Talleyrand. Verweist auf die Verzweiflung der Bauern, die von bewaffneter Gegenwehr zurückzuhalten schwer falle.

Qu'il me soit permis de finir par un point qui m'inquiète particulièrement. Le lâche et cruel assassinat commis sur les ministres de la République à Rastadt aura pu exciter d'abord la fureur des soldats contre un pays qui n'a été que trop malheureux d'avoir été souillé par ce crime et qui ne l'aurait pas été, si une force majeure n'avait pas violé sa neutralité. Ce n'est cependant point l'effet momentané d'une vengeance mal dirigée ce que je crains le plus; mais c'est d'apprendre peut-être que la cupidité et l'immoralité ne profitent de ce grand malheur pour cacher leurs exactions sous la voile de la vengeance et faire peser plus longtemps sur le Margraviat des maux, sous lesquels il est prêt de succomber.

Wiederholte dringende Bitte um Abhilfe und Durchführung strenger Disciplin.

Parif. Arch.

---

[1] Oben Nr. 3.



413. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 14. Juni 1799.

[Talleyrand bedauert die Excesse im Oberlande und sichert Abhilfe zu. Die innere Lage. Opposition gegen das Direktorium. Bruch zwischen Sieyès und Treilhard.]

Talleyrand theilt im Auftrage des Direktoriums mit, General Masséna habe neue Weisungen wegen der Excesse seiner Truppen erhalten. «Il m'a outre cela avoué de bouche que lui-même était honteux de ce qui se passait, que le mal avait jeté de profondes racines, mais que tout le monde devait être persuadé de l'impossibilité de laisser se prolonger un tel état des choses et de la nécessité urgente de prendre à cet effet des mesures sévères qui seraient aussi instamment prises. . . .»

Die Opposition gegen das Direktorium wächst. Die Direktoren sind unter sich uneinig. Die Versuche, eine Verständigung zwischen Sieyès und Treilhard herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Treilhard weist dieselbe zurück: wenn man glaube, ihm in Sieyès einen Schulmeister gegeben zu haben, werde er zeigen, «qu'il n'était pas écolier en fait de révolution». Reitzenstein würde seinen Austritt bedauern, da er stets seine Achtung vor dem Markgrafen bezeugt und günstig gegen die badische Regierung gesinnt war.

---

414. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 19. Juni 1799.

[Die Revolution vom 30 Prairial. Rücktritt der Direktoren Merlin und La Reveillère.]

Encore avant hier Gohier a été élu Directeur en remplacement de Treilhard et de suite installé[1]. Dès lors on était sûr de la majorité et l'on s'occupait avec d'autant plus de zèle à faire sortir Merlin et La Reveillère. Pendant toute la nuit d'avanthier à hier on négociait sur ce point en avertissant les deux Directeurs, que s'ils ne donnaient pas leur démission de bonne grâce, l'acte d'accusation contre eux, auquel nous nous attendions en effet à chaque moment, était déjà tout prêt. Ces deux hommes tenant ferme et disant, qu'ils ne quitteraient le siège directorial que pour aller à l'échafaud, on leur dépêcha Augereau, qui leur parla suivant sa coutume en brutal, leur disant tout nettement, que s'ils ne s'en allaient sur le champ, il serait le premier à les arrêter, et qu'il les conduirait de sa main en prison. Sur cela ils envoyèrent faire dire à quelqu'uns des principaux membres des Anciens, qu'ils étaient outrés de cet indigne procédé et qu'ils ne se laisseraient absolument pas chasser comme des polissons; mais en même temps ils donnaient à entendre, qu'il pouvait être question d'une démission volontaire, à moins qu'ils fussent assurés, qu'on n'irait pas plus loin contre eux, promesse qu'ils obtinrent, à ce qu'on assure, des Anciens. Dans ces entrefaites on jugea aux 500[2], qu'il fallait encore une démarche pour les intimider, c'est pourquoi hier vers midi Bertrand de Calvados prononça contre les triumvirs (Treilhard, Merlin et La Reveillère)

---

[1] Ueber die folgenden Vorgänge vergl. v. Sybel, Gesch. der Revolutionszeit, V, 418 ff.; Barante, Hist. du Directoire, III, 423 ff.

[2] Im Rathe der Fünfhundert.

un fulminant discours, qui, déroulant toute leur conduite depuis un an, ne différait guères d'un acte d'accusation, qui fut même demandé par quelques membres. Après lui vint Boulay, qui avec infiniment plus de calme leur donnait des coups plus sensibles, démontra, que La Reveillère était un fanatique, et Merlin — il les *nommait* tous les deux — inepte, machiavélique et despotique, et disait enfin tout ingénument: il est impossible que ces hommes-là restent au Directoire. Ce fut en suite de ce prélude qu'on leur envoya une nouvelle députation, composée de quelqu'uns de leur anciens amis et de quelques chefs de l'opposition, parmi lesquels Boulay même. La Reveillère ayant déjà appris ce que ce dernier avait dit contre lui, le lui reprocha. Celui-ci ne s'en défendit nullement disant, qu'il avait rendu justice à l'intégrité de son caractère moral, mais que depuis 18 mois il avait l'opinion de lui, qu'il était un fanatique; puis il ajouta: ce n'est pas ainsi que l'on gouverne 30 millions d'hommes. Vous n'êtes pas fait pour cela. Sa conversation avec Merlin fut encore plus piquante. Celui-ci, plus fin que son collègue, feignit d'ignorer le bel éloge qu'on avait fait de lui, quoiqu'il le sût parfaitement; mais Boulay, n'en étant pas la dupe, ne le laissa pas même dans cette feinte ignorance. Il commença lui-même par dire, qu'il venait pour la dernière fois lui faire des représentations; puis il dit en propres termes et avec le plus grand sang-froid: nous sommes ici entre nous; avouez de bonne foi, que nous n'avons fait que Vous prévenir de quelques instants, mais, voyez-Vous bien, nous Vous avons vu agir au 18 fructidor, nous avons profité de Vos leçons; convenez aussi, que le peuple français a fait depuis la révolution de grands progrès en politesse; au commencement quand on voulait se défaire de quelqu'un, on le guillotinait, depuis, à une époque qui ne Vous est pas inconnue, on le déportait, maintenant on se contente de dire qu'il faut donner sa démission. Avouez — dit-il d'un ton plus grave — qu'en révolution un chef de parti est bien heureux, s'il en est quitte à si bon marché, lorsque son parti tombe. Je Vous assure, que je m'estimerais heureux, si dans ce moment même je pouvais donner ma démission avec honneur, ou si je pourrais être quitte à ce prix-là, si le parti, auquel je suis attaché, dût avoir le dessous. Enfin cet homme poussa son adversaire si bien à bout et lui fut si supérieur par son calme, qu'à la fin Merlin commença lui-même à rire, ce qui était bien s'avouer vaincu dans une pareille circonstance. Ce fut alors que Regnier du parti directorial lui fit voir qu'étant abandonné de tous ses adhérents, étant presque généralement haï ou suspecté, n'inspirant plus de confiance il ne pouvait plus faire du bien, et que ce devait être un puissant motif pour lui de donner sa démission. On se fit ensuite réciproquement comprendre, d'un côté, que cette démission serait donnée, et de l'autre, que les choses ne seraient pas poussées plus loin. À peine cependant cette

députation fut-elle retournée au conseil, qu'on crut y avoir l'avis, que les Directeurs s'occupaient à prendre des mesures hostiles contre le corps législatif, et qu'on craignit même, que Barras revirait vers eux. Cela fut la raison, que dans le moment même tous les individus, qui attenteraient à la représentation nationale ou à un de ses membres, furent déclarés hors de la loi. Ce coup fut décisif. Dès lors Barras dut voir, qu'à la moindre vacillation il jouerait de sa tête; les deux autres se virent perdus sans ressource, et vers le 5 heures du soir ils donnèrent leur démission [1]. J'ai toutes ces particularités d'un témoin auriculaire.

---

415. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 2. Juli 1799.

[Diplomatischer Conflikt zwischen Frankreich und Schweden. Madame de Staël und Talleyrand. Angebliches Einverständniß des früheren Direktoriums mit der Coalition.]

Nachrichten über die politischen Beziehungen Schwedens zu Frankreich, «je puis èn garantir la plus parfaite exactitude».

Il faut remonter jusqu'à l'époque du printemps de l'année passée où le Roi, voyant les communications diplomatiques entre les deux puissances à la veille d'être entièrement interrompues, se résolut enfin de nommer de nouveau Mr de Staël son ministre plénipotentiaire. Ce n'est pas que le Roi qui n'aimait pas Mr de Staël personnellement et qui d'ailleurs dut être aussi bien que son ministère dégoûté des tracasseries politiques éternelles et de toute la manière de vivre et de se conduire de *Madame* de Staël, tant au moral qu'au physique, ne prit cette résolution bien malgré lui, et comme on dit à son corps défendant, mais enfin on lui fit comprendre qu'il devait ce sacrifice à l'intérêt de son royaume et *ici* on promit monts et merveilles, dès que ce ministre agréable au Directoire aurait été nommé. La remuante Madame de Staël fut la cheville-ouvrière de toutes ces importunités. Elle affiche assez publiquement à la vérité du mépris pour son époux, néanmoins elle disait qu'elle ne voulait pas que «l'homme qui portait le nom de ses enfants» fût ruiné. Elle ne cessa donc de tourmenter Mr Talleyrand qui de son côté dut bien être reconnaissant envers elle, non seulement sous le rapport de la galanterie, mais plus encore parceque c'est sans contredit aux intrigues de cette dame depuis juillet 1797 qu'il doit en grande partie d'avoir été nommé ministre [2]. Enfin donc la chose se fit, mais les effets qu'on attendait en Suède, ne se manifestèrent point du tout.

---

[1] An ihre Stelle treten Roger Ducos und General Moulins.

[2] Vergl. Mad. de Staël, Considérations sur la révolution française, II, 187 ff.; Mémoires de Talleyrand, I, 250.

Der König wünscht seinerseits ebenfalls einen ihm genehmen Gesandten der Republik an seinem Hofe, Staël erhält Auftrag, Lehoc, der schon früher diplomatisch in Schweden thätig war, oder den Gesandten im Haag, Noel, in Vorschlag zu bringen. Der schwedische Hof wird indeß keiner Antwort gewürdigt. Statt dessen wird plötzlich Lamarque ernannt, ein ehemaliges Mitglied des Convents, «un des compagnons d'infortune de Beurnonville, recemment exclu du corps législatif comme anarchiste par la journée du 22 floréal et qu'on ne voulut qu'éloigner sous un prétexte quelconque». Die Ernennung eines Mannes von solcher Vergangenheit zum Vertreter bei einem monarchischen Staat mußte um so mehr als Beleidigung betrachtet werden, als man es nicht der Mühe für werth hielt, den schwedischen Gesandten in Paris oder die Regierung selbst vorher davon zu benachrichtigen. Beide erfahren erst durch die Zeitungen davon. Trotz alles Protestes von schwedischer Seite wird Lamarque auf seinen Posten entsandt, überzeugt sich aber in Hamburg, daß er seine Mission nicht werde erfüllen können. In ihrer versöhnlichen Gesinnung macht die schwedische Regierung den Vorschlag, Caillard, den Gesandten in Berlin, oder Roberjot mit der Vertretung Frankreichs zu beauftragen, den letztern, damit es nicht den Anschein gewinne, als wolle der König überhaupt principiell jedes ehemalige Mitglied des Convents ablehnen. Man antwortet, da Lamarque in Stockholm nicht aufgenommen worden, werde man in Paris ebenso verfahren und alle diplomatischen Beziehungen abbrechen. Staël seinerseits erhält von Könige „Urlaub auf unbestimmte Zeit", mit der Weisung, denselben binnen acht Tagen anzutreten. Ende Juni reist er dann ab.

Voilà de quelle manière la séparation politique de la Suède d'avec la France a été amenée, uniquement il faut le dire par les propres fautes du Directoire et l'on ne doit pas s'étonner que cette affaire, ayant excité la juste indignation d'un Roi jeune et vif, l'ait porté, comme sa déclaration faite à Ratisbonne le prouve[1], malheureusement un peu au-delà des bornes que la prudence et l'intérêt de sa couronne aurait dû lui prescrire. . . .

On devrait supposer qu'on cherchât s'aliéner la Suède à dessein, pourque la Russie pût faire la guerre avec plus de tranquillité, de sûreté et de moyens; c'est encore un trait à ajouter à une infinité d'autres pour rendre probable qu'une *partie* du moins du défunt Directoire était *en intelligence avec la coalition* et agissait de concert avec elle; supposition étrange — dira-t-on — et tout-à-fait incroyable, mais dont la probabilité acquiert de jour en jour un plus grand dégré d'évidence et sans l'admission de laquelle il est impossible de s'expliquer *certains faits* dont les *rapprochements* sont *frappants*. . . .

---

416. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 6. Juli 1799.

[Roberjots Entschädigungsplan, in Paris ignorirt, von Bonnier bekämpft.]

. . . J'ai eu des renseignements certains et non suspects sur le travail du défunt ministre Roberjot et sur son plan d'indemnisations. Il n'a non seulement jamais été approuvé, peut-être pas même lu ici, mais Bonnier

[1] Vergl. oben S. 256.



s'y est encore fortement opposé par la raison qu'il était inexécutable, qu'il donnait trop aux Princes nouvellement créés et aux Comtes de l'Empire et trop peu aux Princes des anciennes maisons et qu'il n'était enfin que le fruit des suggestions des personnes dont le pauvre Roberjot fut constamment entouré.

Enfin Bonnier dit après beaucoup de disputes que, s'il ne s'agissait que d'y mettre son nom, il y ferait d'autant moins de difficultés, qu'il était persuadé que cela ne tirerait pas à conséquence. . . .

---

417. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 11. Juli (prs. 28. Juli) 1799.

[Anschluß an die französische Politik unter allen Umständen geboten. Der geh. Friedensvertrag in Cetto's Händen. Oesterreich und der Gesandtenmord.]

Edelsheim hat sich in einer Depesche vom 20. Juni den Rath Reitzensteins erbeten, welche Politik Baden, falls Preußen der Coalition beitrete und auch Baden zum Anschlusse zu bestimmen suche, zu befolgen habe, «sans nous exposer à des ressentiments marquants de l'une ou de l'autre part».

|: Je ne saurais me faire à l'idée qu'il puisse exister une bonne politique qui ne repose pas sur la base de quelques principes généraux, qui par leur nature même doivent être stables et immuables. . . . On a beau crier contre les systèmes et la théorie et vouloir rendre routinière la politique; il faut bien dans les circonstances difficiles recourir aux principes. Or ceux-ci ne sauraient avoir, à ce que je crois, une base plus sûre, que la situation géographique du pays dont il s'agit. Toute l'étendue du nôtre est frontière française, c'est à dire du corps de la France, tandis que nous là sommes à cent lieues du corps de la monarchie autrichienne. Cela suffit pour nous prescrire notre conduite pour aussi longtemps que l'Alsace tiendra à la France. Mais il y a encore deux autres raisons qui ajoutent à la force de celle-ci: premièrement il n'est guères possible ni probable que le Directoire exécutif veuille renoncer à la limite du Rhin. . ., nos possessions sur la rive gauche resteront donc toujours perdues et à qui nous adresser, pour en être indemnisés, si ce n'est à la France . . . avec laquelle seule nous avons des traités et qui seule est intéressée par plus d'une raison à remplir ses engagements? Deuxièmement comme nous sommes évidemment trop éloignés de la Prusse, il ne nous reste que l'alternative entre la France et l'Autriche. Or ce n'est plus un mystère pour personne que cette puissance employe tous ses moyens pour empêcher sans distinction les indemnités des Princes de l'Empire qu'elle ne cherche qu'à les affaiblir et qu'elle est leur ennemi juré, ce qui est bien — je le pense — un argument assez fort pour nous déterminer à nous retourner. Ce syllogisme me paraît sans réplique et la conclusion qu'on en doit tirer est évidente!



Une conséquence qui en découle naturellement, c'est que nous attachant à la France nous pouvons gagner sans jamais dans aucun cas pouvoir être plus malheureux, puisque, si la coalition triomphe, nous serons mangés tout comme les autres Princes de l'Empire, quelle qu'ait été leur conduite, et que réciproquement en nous attachant à l'Autriche nous courrons les mêmes chances dans le cas favorable et nous risquons jusqu'à présent notre existence, si la France gagne le dessus, ce qui aura lieu comme je n'en doute aucunement.

An diesen Erwägungen müsse man auch dann festhalten, wenn selbst von preußischer Seite die Theilnahme am Kriege Baden zugemuthet werden sollte.

Je crois que nous devrions nous étayer de ces représentations pour déclarer énergiquement qu'aussi longtemps surtout que les Français seraient en possession des points fortifiés sur la droite du Rhin entre Bade et Bâle, il nous est de toute impossibilité de nous déclarer, qu'un pays, dans lequel doivent être nécessairement les deux armées ennemies, ne saurait rompre sa neutralité précédemment établie et que c'est le seul parti que la conscience puisse avouer. . . .

Notre traité secret a été envoyé à Cetto. Il n'y a que quelques fautes légères dans la copie. Ma contenance a sûrement été telle qu'il n'aura pas pu s'apercevoir, si la pièce était authentique ou non. Je crois très sérieusement en cas de publicité donnée à ce traité que nous ne saurions rien faire que comme j'ai osé à dessein l'écrire en clair[1]. C'est une preuve éclatante qu'on a trop favorablement jugé l'Autriche dans l'affaire de l'assassinat de Rastadt. Rosenstiel assure que les papiers ont été 16 jours au quartier général de l'Archiduc Charles. Il ne doute pas que l'ordre du meurtre n'ait été donné par la cour de Vienne et il est indigné de la farce que ce cabinet a joué à Ratisbonne dans la persuasion que par la peur qu'il inspirera aux témoins par des menaces et intrigues de toute espèce, il pourra donner une telle direction à l'information provoquée par lui que le résultat en sera nul et que bien plus l'impression du rapport commun des plénipotentiaires s'affaiblira au point qu'on finira par représenter ce rapport comme la fruit de la haine de cet infâme Prussien Mr. de Dohm contre l'auguste maison d'Autriche. . . . :|

418. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 23. Juli 1799.

[Besuch des Markgrafen beim König von Preußen. Beiderseitige Zurückhaltung. Preußens Anschluß an die Coalition wahrscheinlich. Baiern und Würtemberg.]

|: Mgr. le Margrave n'a rien pénétré à Wilhelmsbad[2] des dispositions du Roi de Prusse relativement aux circonstances présentes. S. A. S. S'était

[1] Vergl. die Depesche vom 25. Juni, Nr. 448.

[2] Ueber den Besuch des Markgrafen in Wilhelmsbad, Ende Juni, s. oben Nr. 346.

proposé d'avance d'observer aussi de Son côté la plus grande réserve, afin de ne pas Se compromettre envers aucun parti. Cependant j'ai lieu de croire, que le changement présumé dans le système du Cabinet de Berlin devient plus vraisemblable que jamais... Le rappel de Mr. de Cetto... est une suite de l'engagement de l'Electeur de Bavière de joindre 15000 hommes de ses troupes au corps d'armée russe[1]... On assure que le Duc de Wurtemberg fournira incessamment 6000 hommes à l'armée autrichienne et le Landgrave de Darmstadt un corps auxiliaire de 8000 h. au Roi de Prusse.... :|

Concept.

---

419. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 28. Juli 1799.

[Vorbereitungen zur Offensive am Oberrhein. Ein Rheinübergang bei Kehl geplant.]

Erfährt aus sicherer Quelle,

«qu'on a repris le plan d'agir offensivement en Souabe du côté de Kehl pour faire diversion. J'ai eu cette nouvelle de plusieurs endroits à la fois; je sais à ne pas en douter que ce projet a reçu l'assentiment du comité militaire, établi près du Directoire, et que la nouvelle armée du Rhin qu'on s'occupe à former et que Moreau commandera y est destinée...»

---

420. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 29. Juli 1799.

[Bitte um Aufklärung über die politische Lage in Frankreich. Zeitungsgerüchte über Eintreffen Ludwigs XVIII. in Rastadt. Bekanntwerden des geh. Separatfriedens.]

|:... Vous nous obligeriez beaucoup, si de Votre côté Vous nous informiez de ce que Vous jugerez le plus marquant et le plus essentiel, afin de nous mettre à portée de juger avec plus de précision de la véritable situation intérieure de la République française, de la solidité de son gouvernement actuel, de ses plans et mesures militaires et politiques, enfin de tout ce qui peut le mieux servir à nous former des idées plus précises à cet égard. —

Il n'y a certes jamais eu la moindre idée d'arrangements au château de Rastadt pour y loger Louis XVIII[2]. Mais quant à notre traité secret, il vient de paraître imprimé à Mayence, réimprimé à Fribourg en Brisgau et se répand partout à notre grand préjudice et en exaltant encore davantage l'animosité de toute l'armée autrichienne contre nous.... :|

Concept.

---

[1] Der bairische Allianzvertrag datirt erst vom 1. Oct. 1799. Vergl. v. Montgelas, Denkwürdigkeiten, 39 ff.

[2] Die Bemerkung bezieht sich auf einen Artikel des in englischem Solde stehenden Pariser «Publiciste».

421. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 2. August 1799.

[Angriffe der Jakobiner gegen Reinhard und Talleyrand.]

Die Angriffe der Jakobiner gegen den neuen Minister des Auswärtigen und Nachfolger Talleyrands[1], Reinhard, dauern fort.

Uebersendet eine insgeheim verbreitete Broschüre über den Rastadter Mord, «évidemment fabriquée ici à Paris».

Je joins également les accusations du Prince de Hesse contre Talleyrand[2]. Est-il possible qu'un Prince allemand puisse proposer la républicanisation de la Souabe? Mais qu'y a-t-il qui ne soit pas possible dans nos jours?

---

422. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 12. Aug. 1799 (25 Therm. an 7).

[Beschwerden über Militärexcesse im Oberlande. Talleyrand empfiehlt Weisungen an Masséna zur Abhilfe.]

Neue Klagen über fortgesetzte Gewaltthätigkeiten der französischen Truppen in Baden namentlich bei Gelegenheit einer großen Recognoscirung, die der Divisionsgeneral Souham am 24. Juli unternehmen läßt und deren Resultat für die Bauern verhängnißvoller wird als für die Oesterreicher; eine zweite Recognoscirung am 29. Juli bringt die Wiederholung der früheren Scenen mit zahlreichen Räubereien und Mißhandlungen.

Quelles impressions ces faits peuvent-ils laisser dans l'esprit des habitants, de ceux par exemple du Margraviat? Ils n'ignorent pas qu'il existe des traités positifs de leur Gouvernement avec celui de la République française, qu'il a été payé à cette dernière des contributions extrêmement fortes, qu'au moyen de ces sacrifices ils obtinrent la promesse la plus sacrée de n'être plus exposés à des actes d'hostilité, et malgré cela ils voient qu'on ne fait pas la moindre différence entre les pays ennemis et le leur . . . Ils ont bien vu l'exemple du contraire dans l'armée autrichienne, dans laquelle jamais des désordres pareils n'ont été commis, où sûrement un soldat qui aurait volé sur le grand chemin aurait été fusillé sur le champ et où sûrement un officier, qui n'aurait pas su reprimer de tels crimes, ne serait point échappé à sa destination.

Hinweis auf frühere Vorstellungen.

Tout cela n'a presqu'ici rien produit, *absolument rien;* les pillards dont l'affreuse conduite et surtout l'impunité aurait flétri la gloire des plus brillants exploits militaires, n'ont point été punis; les excès vont toujours leur train, et l'on ne s'est pas encore occupé de convaincre la nation alle-

---

[1] Seit dem Ministerwechsel vom 19. Juli.

[2] Prinz Karl Konstantin von Hessen-Rheinfels. Vgl. über ihn Wenck, Deutschland vor 100 Jahren II, 65. Ueber die Angriffe gegen Talleyrand s. Boulay de la Meurthe: Les justifications de Talleyrand pend. le Directoire. Rev. d'hist. dipl. III, 493 ff. — Beide oben erwähnten Schriften fehlen.



mande — dont les annales conserveront à la postérité la mémoire non seulement des victoires des armées françaises, mais aussi des crimes dont elles se sont souillées — que le Gouvernement est véritablement et sérieusement intentionné d'y mettre enfin un terme, qu'ils sont l'ouvrage non pas du peuple français, mais de quelques brigands que la France repousse et désavoue. Il y a longtemps que des mesures vigoureuses réclamées par l'excès du mal auraient pu produire des effets salutaires; jusqu'ici *aucune* n'a été prise, du moins dans le pays de Bade; ne doit-on donc pas convenir qu'il est absolument impossible que la confiance des Gouvernements étrangers dans celui de la République française ne s'affaiblisse sensiblement?

Nur einige höhere Officiere machen eine Ausnahme und halten ihre Truppen in guter Ordnung und Disciplin.

Die schlimmsten Delicte sind von den Leuten des 11. Regiments Chasseurs à cheval begangen; Reitzenstein ersucht die Regierung um strenge Untersuchung und Bestrafung.

Paris. Archiv.

In einem «*Rapport au Directoire exécutif* sur les réclamations du ministre de Bade» erkennt Talleyrand die Berechtigung der Beschwerde an:

Le Directoire exécutif jugera peut-être à propos de rappeler le général en chef de l'armée du Danube à la stricte exécution des instructions qui lui ont été données sur la conduite qu'il doit tenir à l'égard des Princes et Etats d'Allemagne, dont les états situés à la droite du Rhin sont occupés par nos troupes et notamment du Margrave de Bade.

Paris. Archiv.

---

423. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 23. August 1799.

[Die Verbreitung der geheimen Friedensartikel und ihre Ursache. Erbitterung in Wien und Petersburg. Gefahr für Baden. Mission nach Wien. Eventuell Aufkündigung des Separatfriedens und Anschluß an Oesterreich. Vorbereitende Weisungen.]

|: Vous êtes trop au courant, Monsieur, des affaires publiques et des positions actuelles des armées respectives pour n'en pas juger, qu'indubitablement notre pays sera bientôt occupé en entier par les troupes impériales. Il ne Vous est pas moins connu par mes précédents renseignements, . . à quelles dispositions défavorables nous devons nous attendre de leur part depuis notre paix séparée avec la République française et la divulgation perfide de nos articles secrets, — qui non seulement se trouvent maintenant dans toutes les feuilles publiques, mais qu'on répand par milliers et qu'on cherche même à afficher clandestinement dans notre propre pays, tandis qu'on observe beaucoup de discrétion à l'égard des articles secrets du Duc de Wurtemberg qui ont parus imprimés en même temps que les nôtres — cette divulgation, dis-je, augmente d'autant plus nos justes sollicitudes à cet égard, qu'on s'applique à les commenter partout par les remarques les plus odieuses. Mais bien loin de supposer, comme

Vous paraissez y être disposé, Monsieur, que cette découverte soit due à l'enlèvement des papiers de la légation française lors de la catastrophe de Rastadt, je sais maintenant à ne plus en pouvoir douter que non seulement la cour de Vienne, mais tous les envoyés qui ont voulu s'en donner la peine, se sont procuré cette connaissance, lorsque Roberjot a manigancé son lumineux plan des indemnisations . . ., c'est environ à cette époque qu'on a commis l'indiscrétion de divulguer en cachette notre traité secret, ainsi que plusieurs autres conventions pareilles.

Vous n'aurez pas de peine à comprendre, jusqu'où la malveillance du parti victorieux pourra se porter maintenant contre nous par l'exemple de l'administration provisoire que la cour de Vienne vient de nommer pour le Piémont dans la personne du C[te] de Metternich . . . Vous jugerez, Monsieur, si nous n'avons pas lieu d'appréhendre des procédés pires peut-être, lorsque Vous saurez que les troupes russes, qui doivent déjà être entrées hier dans le grand-baillage de Badenweiler pourraient assez vraisemblablement être destinées à occuper bientôt tout notre pays et que l'Empereur de Russie pour nous faire sentir préalablement toute son indignation et sa colère envers nous, depuis qu'il a connaissance de nos articles secrets, a fait publier par les gazettes la démission du Prince héréditaire et du Prince Charles, son fils, des charges militaires qui leur avaient été conférées.

Ces considérations réunies ont persuadé Msgr. le Margrave, qu'il n'oserait pas tarder plus longtemps . . . d'envoyer incessamment quelqu'un à Vienne pour y justifier le mieux que possible sa conduite et la représenter comme impérieusement dictée par les circonstances et la position locale de ses états, afin d'obtenir, s'il se peut, que S. A. S. puisse être dispensée de voter publiquement pour la guerre à la prochaine délibération de la Diète de l'Empire et d'y fournir son contingent et les mois romains, puisque dans sa position Monseigneur souhaiterait assurément de pouvoir se conserver envers la France dans une condition à n'être nullement obligé à rompre à cette heure avec elle. Si toutefois il devenait absolument impossible d'obtenir cette faveur, alors il est à prévoir, que Msgr. sera impérieusement forcé de renoncer à son traité de paix avec la République française . . . et vu la scission fort apparente entre le Nord et le Sud de l'Allemagne, il n'est pas à entrevoir, comment le S[me] Margrave pourra se soustraire à l'obligation de se joindre à cette dernière portion de l'Empire germanique qui votera indubitablement pour la poursuite de la guerre.

Ersucht Reitzenstein, für alle Fälle die nöthigen Maßregeln für die Sicherheit seiner Person zu treffen; falls er glaube, eine förmliche Abberufung ohne Gefahr nicht abwarten zu können, möge er Gesundheitsrücksichten oder eine Mission nach Berlin vorschützen und abreisen. :|

Concept.



424. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 25. August 1799.

[Innere Zustände in Frankreich. Sieyès. Talleyrand erkennt die „loyale" Haltung Badens an.]

|: L'intérieur de la France n'est encore à beaucoup près pas calme et je prévois de nouveaux orages ici, si Sieyès ne change pas bientôt de conduite. On ne peut à la vérité lui faire qu'un seul reproche, mais il **est très grave**, c'est de continuer toujours sa confiance à ce coquin de Talleyrand Périgord et de s'être jeté pour le sauver dans le parti de Barras, — c'est à dire des voleurs. Aussi longtemps qu'il marchera dans ce chemin, le nouveau ministre des affaires étrangères qu'on attend à chaque moment ne le sera que pour la forme. . . . Ayant remis ces jours-ci à Talleyrand Périgord[1] une note au sujet des excès des Français dans le grand-baillage de Lœrrac, j'en ai pris occasion de lui insinuer verbalement qu'on devait bien s'apercevoir maintenant qu'aucun autre Prince de l'Empire n'agissait envers la France avec tant de loyauté et de persévérance que Msgr. le Margrave. Il m'a répondu que le Directoire exécutif le reconnaissait et en était ému et que nous en recueillerions les fruits à la fin. :|

425. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 7. Sept. 1799.

[Aufrechterhaltung des Friedensstandes, so lange es möglich. Gefahr einer Volkserhebung gegen die Franzosen. Voraussichtliche Niederlage der Republik. Verzweifelte Lage Badens.]

Die französischen Vorposten stehen noch in der Nähe der Residenz. Die Belagerung von Philippsburg dauert fort. Vom Schwarzwald her ist Erzherzog Karl im Anmarsch.

Dans cette position infiniment précaire et dangereuse on a jugé qu'il était urgent de ne pas voter du tout à la délibération actuelle de la Diète de l'Empire au risque même de déplaire encore davantage aux cours impériales. Mr. le Cte de Gœrtz s'annoncera donc d'être «nondum instructus» de la part du Margrave, et nous soutiendrons, s'il plaît au ciel, le plus longtemps possible notre état de paix, si salutaire jusqu'à cette heure à notre pauvre pays. Cependant on ne saurait se déguiser que les dispositions majeures des habitants sont pour une levée en masse, et il est fort douteux, si on parviendrait à l'empêcher dans de certaines combinaisons de circonstances. Les succès invariables des armées impériales en Italie, les pertes importantes que les Français font pendant toute cette campagne paraissent d'un si mauvais augure, que le public est généralement plus réuni contre eux que jamais, et la renommée de leur pirateries achève encore d'animer tous les esprits et de les porter à des résolutions perni-

[1] Talleyrand führte provisorisch die Geschäfte bis zur Ankunft seines Nachfolgers Reinhard weiter.



cieuses sans doute par les suites qu'elles auraient vraisemblablement, mais qui néanmoins pourraient en imposer aux plus audacieux. Je suis bien éloigné de vouloir préjuger que la France puisse tomber entièrement, mais que ce soit ses finances ou ses défaites militaires qui la fassent succomber, ses ennemis n'en emporteront pas moins la victoire sur elle, cette considération seule devrait suffire — ce me semble — pour la déterminer aux sacrifices nécessaires pour accélerer la paix à des conditions raisonnables. . . Quoiqu'il en soit, notre malheureuse position ne nous laisse entrevoir à notre égard qu'une destruction entière et presque certaine, comme que les choses tournent, et d'après le présent état des choses nous ne pouvons plus nous bercer de l'illusion d'obtenir des dédommagements d'aucune part, pourvu que nous sortions de cette crise bien embarrassante sans être entièrement écrasés ou anéantis! . . :|

Concept.

---

426. Reitzenstein an Edelsheim[1].

Paris, 8. Sept. 1799.

[Gemmingens Mission; angebliche Sendung Geusau's nach Petersburg. Eindruck der Nachrichten auf Reitzenstein.]

|: J'étais sur le point de répéter l'expression de mes inquiétudes de rester si longtemps sans Vos nouvelles, lorsqu'avanthier j'ai reçu Votre dépêche en date du 23 du mois passé Nr. 59 avec sa suite. . . . Quant au contenu important de Votre dépêche, je suppose que les circonstances actuelles et mes éclaircissements seraient arrivés trop tard pour influer sur les résolutions prises et que l'envoi à Vienne du *quelqu'un*, que Vous ne me nommez pas, aura déjà eu lieu aussi bien que celui du Baron de Geusau à Pétersbourg[2] dont Vous ne me marquez également rien et qui a été annoncé ici avec des remarques assez mortifiantes, en y ajoutant cependant que Msgr. le Margrave y avait enfin consenti, ce qui annoncerait que ce n'a été qu'à la suite de pressantes instances. C'est donc d'après la supposition que le parti du S^{me} Margrave est enfin irrévocablement pris, que pendant ces deux jours j'ai itérativement et mûrement réfléchi sur le contenu de la dépêche susdite ce que j'avais de mieux à faire avec tout le calme que Vous me recommandez, que d'après les notions parfaites que j'ai de notre cour depuis trois ans je me suis assez souvent attendu à

---

[1] Bildet mit den Depeschen vom 11., 16., 19. und 26. September ein zusammenhängendes Ganzes.

[2] Die Nachricht von einer Sendung Geusau's nach Petersburg ist zuerst in Pariser Blättern aufgetaucht und aus ihnen wol auch in die Berichte Strick van Linschotens übergegangen. Vergl. Kleinschmidt, a. a. O. 145, wo das Gerücht zur Thatsache gestempelt wird. Ueber den Anlaß zu dem Gerede s. unten Nr. 429.



un pareil dénouement et que conséquemment mon parti est également pris irrévocablement depuis très longtemps; c'est absolument le seul qu'un homme d'honneur et de cœur puisse à ne pas rougir de prendre et effectivement, quelque décidé que je fus déjà auparavant, mes réflexions actuelles n'ont fait que le fortifier. La suite après-demain. :|

---

427. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 11. Sept. 1799.

[Die nachgiebige Politik gegen Oesterreich verfehlt. Der Bruch mit Frankreich vorauszusehen. Demissionsgesuch.]

|: Il est presque tout à fait sûr que, dèsqu'au lieu d'attendre les instances de l'Autriche et de nous en défendre par les raisons bien peremtoires que nous pouvons alléguer, en tâchant de gagner par cette résistance du temps autant que possible, nous allons nous-mêmes au devant de notre plus réel ennemi en envoyant quelqu'un à Vienne, nous nous livrons pieds et poings liés, et il sera difficile d'éviter alors de ne nous pas trouver trop engagés . . . pour pouvoir nous en retirer, parceque la cour de Vienne sera charmée de nous voir entrer de propre gré dans ses filets . . .; ainsi je regarde, comme il paraît que Vous le faites de même, la renonciation de Msgr. le Margrave à sa paix séparée et sa nouvelle accession à la soi-disante guerre d'Empire comme une chose décidée. Dès lors je serai tout à fait inutile au Margrave, je ne pourrai plus retourner dans le pays par des raisons qui sautent aux yeux, une mission à Berlin serait également tout à fait sans but et ne vaudrait pas les frais de port de lettres, sans compter que les Autrichiens, dans les bras desquels nous voulons nous jeter, ne le permettront pas même. . . . Dans une pareille situation qu'est ce qu'un honnête homme doit faire, si non de se contenter du témoignage de sa conscience, se retirer sans murmurer et ne point balancer à faire le sacrifice de sa personne? Je sens profondément et — parlons franc — Vous sentirez au fond tout aussi bien que moi, que la résolution actuelle du S^{me} Margrave me commande un sacrifice et que je ne dois plus ni embarrasser Msgr. le Margrave ni lui être à charge dans un moment où toutes les dépenses superflues doivent être soigneusement retranchées; il me paraît même que mon éloignement sera regardé par les Autrichiens comme la preuve la plus complète du sincère retour vers eux. . .

D'après ces considérations et une foule d'autres que je ferai mieux de passer sous silence, je Vous prie de supplier en mon nom S. A. S. de daigner agréer la démission que rempli de vénération respectueuse pour Elle et d'une reconnaissance éternelle de Ses bonnes grâces je Lui offre par la présente. Pour Vous prouver combien cette détermination est invariable, il suffit de Vous dire qu'elle m'est prescrite par mes principes et

que je me croirais indigne de l'estime de moi-même, si je prenais un autre parti. Reste à parler maintenant des arrangements diplomatiques et autres sur lesquels la prudence exige que nous nous concertions; ils feront le sujet du numéro suivant. :|

---

428. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 16. Sept. 1799.

[Abgabe einer Erklärung bei der Abreise von Paris. Persönliche und geschäftliche Fragen bezüglich der Demission.]

|: La première question qui se présente c'est de savoir, quelle déclaration doit être faite au gouvernement français, si toutefois on ne veut pas aller jusqu'à se persuader qu'il ne serait pas trop indécent de ne lui en faire aucune. Dans la première hypothèse Vous voudrez bien me prescrire mot à mot la déclaration officielle que je devrai faire et que pour sauver mon honneur je ferai suivre sur le champ de l'annonce de ma démission donnée à mon maître. Dans la seconde Vous jugerez et m'instruirez là-dessus, s'il suffit que, dès que Vous m'en aurez marqué l'époque précise, je prévienne le ministre des relations extérieures par une petite note qu'ayant donné ma démission du service de Msgr. le Margrave je ne dois plus être regardé comme son plénipotentiaire près la République française. Quant à ma personne je ne risque absolument rien par là, parceque dès le moment de cette déclaration je me trouverai par ma qualité inconstestable de sujet et vassal du Roi de Prusse sous la protection immédiate de Rollin Sandoz, que j'en préviendrai 24 heures d'avance et duquel je me ferai donner une carte-d'attache. . . . Dans aucun cas je ne voudrais pas imiter l'exemple des Mrs. de Cetto et Abel, en m'en allant d'ici comme un lâche ou comme un aventurier. J'agirai ouvertement et suis sûr que les honnêtes gens approuvent cette conduite, . . . ma résolution invariable étant, . . . après que j'aurai arrangé ici mes affaires domestiques — de me retirer dans un coin ignoré du monde . . ., jusqu'à ce que mon étoile m'aura assigné une autre carrière ce qui arrivera peut-être plutôt que je ne pense.

Die folgenden Abschnitte dieser und der weitern Depesche vom 19. Sept. beziehen sich auf die Verwahrung der Gesandtschaftspapiere, Regelung von Geldfragen und vorläufige Geheimhaltung seiner Demission. :|

---

429. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 19. Sept. 1799.

[Geusau's Sendung nach Petersburg dementirt; seine Zusammenkunft mit dem Erbprinzen von Oranien. Indiskretionen über Gemmingens Mission.]

|: En attendant la suite de Votre Nr. 50 . . . j'ai l'honneur de Vous assurer qu'il n'a pas été un instant question d'envoyer Mr de Geusau à



Pétersbourg. Il avait été invité à un rendez-vous secret près du Prince héréditaire d'Orange, mais il y a environ dix jours qu'il est de retour ici, ne s'étant prêté, à ce qu'il paraît, à aucune proposition de participer à l'expédition en Hollande. Quant au Bon Otto de Gemmingen que le Margrave a envoyé à Vienne, sa mission devait, lorsque je Vous en ai parlé, demeurer encore entièrement cachée, mais les indiscrets sont en si grand nombre partout, qu'il faut renoncer à la possibilité de conserver un mystère quelconque. . . .

Die Belagerung von Philippsburg ist aufgehoben, Erzherzog Karl steht mit 60000 Mann in der Gegend. :|

Concept.

---

430. Reitzenstein an Edelsheim[1].

Paris, 26. Sept. 1799[1].

[Eine Aenderung der badischen Politik nicht mehr zu erwarten; Reitzenstein wird sich gleichwol bemühen, sie möglichst zu entschuldigen. Abschied ohne Groll.]

|: Comme je suis intimement persuadé que nos résolutions pacifiques n'auront conservé quelque existence éphémère qu'aussi longtemps, que les Français étaient à portée de Carlsrouhe, et qu'elles seront entièrement évanouies par les événements militaires qui y ont lieu depuis, je m'empresse d'autant plus à en venir à la fin de cette lettre, qu'en même temps les journaux m'apprennent que le Bon Otto de Gemmingen est déjà arrivé à Vienne de la part de Msgr. le Margrave et qu'ainsi «jacta est alea». . . Mon opinion reste constamment la même, et j'ai tout lieu de craindre que l'avenir ne me justifie d'une manière trop éclatante. . . . Mais aussi de l'autre côté il est inutile de Vous dire que je ferai tout ce qui dépendra de moi pour présenter notre rupture sous le jour le moins défavorable, que je tâcherai de nous conserver quelques amis, que je garderai un secret profond et éternel sur tout ce qui m'a été confié jusqu'ici, enfin — s'il est toutefois nécessaire de l'assurer — que je n'agirai pas en fripon. Je me retire sans plainte, sans dépit, sans aucune passion haineuse, au contraire plein de vénération pour Msgr. le Margrave et d'attachement au pays dont la prospérité ne me sera jamais indifférente. Toute la grâce que je Vous demande c'est que Vous veuillez bien ne Vous donner aucune peine inutile de découvrir le lieu de ma retraite. . . En attendant je tâche déjà de profiter de la mauvaise conduite des troupes françaises pour balancer du moins les torts réciproques et amener la chose le plus honnêtement possible. À présent j'ai tout dit. J'espère que Votre réponse sera catégorique. . . . :|

---

[1] Schluß der Depeschenreihe, die mit dem 8. Sept. beginnt.

431. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 1. Oct. 1799.

[Baden verharrt in abwartender Haltung, so lange es möglich. Eine bindende Erklärung in Wien bis jetzt vermieden. Im Falle von Reitzensteins Demission Zusicherung einer Pension und Vorbehalt der Wiederanstellung.]

|: Edelsheim hat die Depeschen vom 11. und 16. Sept. empfangen. Vorläufig bemerkt er, «que nous n'avons pas voté du tout à la déliberation de la Diète de l'Empire sur la guerre et qu'en conséquence je ne pense pas que nous soyons actuellement déjà dans le cas de ne plus pouvoir différer encore une déclaration officielle envers le Directoire exécutif sur Votre rappel éventuel».

Notre position paraît exiger plus que jamais de nager entre deux eaux. Il est peut-être possible de nous soutenir encore quelque temps ainsi, et les circonstances nous commandent sous tous les rapports une conduite passive et circonspecte, autant qu'il est humainement possible. Aussi notre émissaire à Vienne n'y a pas fait encore autre chose que des phrases, au pied de la lettre, ainsi qu'on le lui reproche aussi; mais les instances deviennent de jours en jours plus pressantes . . . de la part du commandement général de l'armée.

Toutefois je Vous assure avec la plus exacte vérité que Msgr. le Margrave est sincèrement affecté de Votre résolution de quitter son service. Il ne disconvient pas, . . . que Votre éloignement momentané d'ici, lorsqu'il deviendra urgent que Vous quittiez Votre mission à Paris, ne soit prudent, raisonnable, peut-être nécessaire, mais S. A. S. voudrait Vous voir en ce cas conserver une pension convenable de Sa part, en Se reservant de Vous employer derechef à Son service à la paix. . . . :|

Concept.

---

432. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 11. Oct. 1799.

[Empfang der Depeschen vom Mai—Juli. Klage über Excesse der französischen Truppen.]

Hat die Depeschen vom Mai—Juli am 3. October empfangen. Le voyageur qui s'en était chargé[1] les avait déposées à H[eidelberg?] où on les a gardées soigneusement . . . . jusqu'à ce qu'il se soit présenté une occasion favorable de me les transmettre. . . .

Erneute Klagen über die Räubereien der französischen Truppen. Die Unterthanen werden zur Verzweiflung getrieben, «d'autant plus qu'on a prétendu remarquer entr'autres à la dernière incursion à Ihringen que les sujets du Margrave étaient de préférence infiniment plus maltraités que les voisins».

Friede der allgemeine Wunsch.

Concept.

---

[1] Der bair. Gesandte v. Cetto, s. oben S. 226.



433. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 23. Oct. 1799.

[Bekämpft die österreichischen Bemühungen für den Landsturm. Kritik des Geh. Raths-dekrets vom 9. Oct.]

Berichte des Oberamts Lörrach melden, «que les voisins le travaillent en tout sens pour l'amener à une levée en masse, mesure non moins désastreuse que ridicule». Reitzenstein hat seine Ansicht in einem Aufsatze, den er abschriftlich übersenden wird, des näheren begründet.

|: Vous ne manquerez pas d'observer que ceci n'est qu'un prétexte pour Vous transmettre mon sentiment sur l'incompréhensible résolution du 9 du mois courant qui est ce qu'on aurait pu faire de plus pernicieux. . . :|

434. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 27. Oct. 1799.

[Das Geh. Rathsdekret vom 9. October ein weiterer Schritt zum Bruch mit Frankreich. Verzicht auf Pension und Wiederanstellung.]

|: Kritik des Geh. Rathsdekrets vom 9. October.

Je suis intimement persuadé qu'elle ne manquera pas de produire l'effet que ses auteurs en attendent probablement, c'est à dire d'entraîner involontairement à des mesures plus décisives qui ne permettent plus ni de reculer, ni même de nager entre deux eaux, quelque scabreux que soit d'ailleurs ce dernier parti, où l'on ne risque que trop souvent de se noyer; aussi ne vois-je dans tout ceci que les premiers symptomes de notre rupture ouverte. . . .

Reitzenstein ersucht um baldige kategorische Antwort auf sein Demissionsgesuch.

Je vois à ma grande satisfaction que tous les points s'arrangeront de la meilleure manière, il n'y a que celui d'une pension sur lequel j'ai une autre façon de penser et je m'empresse de Vous déclarer formellement que je n'accepterai pas un sol, croyant qu'on ne doit jamais le faire, quand on peut encore se suffire par son travail. Quant à la gracieuse intention de Msgr. de me replacer un jour, je ne vois qu'avec une grande douleur qu'il m'y faut également renoncer, parceque ma fortune ne me permet pas de différer mes démarches pour trouver un autre service, dèsque Vous m'aurez marqué le moment où elles ne compromettront plus Msgr. le Margrave. . . . :|

435. Denkschrift Reitzensteins[1].

o. D. (Oct. 1799).

[Kritik des Geh. Rathsdekrets vom 9. October.]

„Betrachtungen über die gelegenheitlich der dem fürstlichen Oberamt Rötteln von einigen Ortsvorgesetzten gemachten Vorschläge entstandene Frage: „ob eine, jedoch bloß defensive Organisation der Unterthanen in bewaffnetem Wehrstand zur Abwendung des dem

[1] Beilage zu Nr. 434.

Land durch die Plünderungen der französischen Soldaten zugehenden Nachtheils dienlich, — auch ob solche unanstößig gegen das französische Gouvernement — mithin die Ausführung dieser Anstalt in beiderlei Rücksicht räthlich sein dürfte". Daß die Bauern angesichts der Gleichgiltigkeit, mit der die französische Regierung dem infamen Treiben ihrer Truppen zusieht, zur Verzweiflung gebracht schließlich lieber ihr Leben einsetzen, als dem Verlust ihrer Habe zuschauen wollen, ist begreiflich. Um so mehr aber ist es Pflicht der Behörden zu prüfen, ob dadurch etwas gewonnen werde.

Die Bewaffnung der Bauern bietet, wie Reitzenstein ausführt, keinerlei Aussicht auf Erfolg, vielmehr überall Anlaß zu Mißverständnissen und Conflikten, wodurch das Uebel nur größer gemacht wird. Die Bauern, die nur ihre Habe zu schützen gewillt sind, werden von den Feinden schlechtweg als Insurgenten behandelt werden.

Auch die Versuche, derlei Mißverständnisse durch besondere Bestimmungen zu beseitigen, sind verfehlt. Man schlage z. B. vor: „wenn es nöthig werden sollte zu läuten, um die Bürgerschaft vom Felde zusammenzubringen, so soll dieses bloß mit der Bürger- und nicht mit der Sturmglocke geschehen; aber wie in aller Welt kann man sich doch vorstellen, daß das französische Militär von dieser Distinktion Notiz nehmen werde!!"

Die Regierung selbst wird durch eine Volksbewaffnung auf's schwerste compromittirt; der Einwand, dieselbe habe die Maßregeln nicht anbefohlen, sondern dem freien Ermessen der Gemeinden überlassen, darf nicht gelten, denn man wird ihr eine derartige Systemlosigkeit denn doch nicht zutrauen, daß sie solche in das politische Leben so tief eingreifende Maßregeln lediglich der Willkür der Unterthanen anheimgebe.

Diese Betrachtungen werden freilich die Bauern in ihrem „Stubenwirthshaus" nicht anstellen, sie sind auch dazu nicht berufen, aber eben darum soll man ihrem Gutdünken auch nicht Dinge von solcher Wichtigkeit überlassen.

436. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 3. Nov. 1799.

[Unterredung mit Reinhard. Reitzenstein wird wegen des Dekrets vom 9. October interpellirt; er verweist auf die Excesse der französischen Truppen, die dasselbe veranlaßten.]

|: Reitzenstein klagt, daß er noch immer im Ungewissen darüber gelassen werde, welche Politik die Regierung verfolgen werde.

Malheureusement l'espoir que j'avais de pouvoir éloigner encore un peu le moment fatal où je serais obligé de m'expliquer ultérieurement a été vain, parceque notre beau décret général[1] vient d'être rendu public par les journaux et que ce matin le ministre des relations extérieures m'a reproché très sérieusement, que Msgr. le Margrave faisait organiser une levée en masse de ses sujets contre les troupes françaises, en ajoutant qu'il aimait mieux à la vérité n'y ajouter aucune foi, parcequ'il ne l'avait encore appris que par les gazettes, mais qu'il ne pouvait pas se dispenser de m'en témoigner sa plus extrême surprise; qu'au surplus nous ne tarderions guères de nous apercevoir, si nous nous trouverions bien ou mal de cette mesure hostile. Quoique cette désagréable ouverture ne justifiât que trop les appréhensions que la simple lecture du décret susmentionné m'avait fait concevoir d'avance, je n'ai cependant pas manqué de répondre au ministre aussi

[1] Vom 9. October.



convenablement que possible, en lui disant que . . . bien loin de susciter le paysan contre les Français, nous n'avions que depuis trop longtemps toutes les peines imaginables, quoique désormais, — comme j'avais tout lieu de le craindre, — infructueuses de contenir la juste fureur du peuple contre les intolérables pillages et autres atrocités dont les soldats français n'avaient pas encore cessé un instant de se souiller au mépris de tous les traités et de toutes les assurances; qu'après une multitude de réclamations Vous aviez déjà déclaré aux plénipotentiaires français à Rastadt par une note présentée peu de jours avant la dissolution du Congrès [1] qu'on ne serait plus le maître de contenir l'explosion générale et que, si les habitants ne cherchaient plus leur salut que dans l'opposition de leurs forces, le Directoire exécutif devait aussi peu l'interpréter comme malveillance ou manque de la sincère intention de Msgr. le Margrave de remplir exactement ses engagements avec la République française; que S. A. S. Elle-même regardait les excès commis comme l'effet des dispositions du gouvernement français à Son égard. Le reste à demain. :|

---

437. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 5. Nov. 1799.

[Befürchtungen wegen des Geh. Rathsdekretes. Erneute scharfe Verurtheilung desselben.]

|: Reitzenstein verweist auf seine wiederholten Vorstellungen; auch diesen Anlaß werde er benützen, dem Minister eine ausführliche Note zu überreichen.

Si le ministre n'a d'autres renseignements que ce que les gazettes allemandes ou peut-être de Strasbourg peuvent contenir, j'espère de parvenir à faire reconnaître au ministre que nos mesures n'ont rien d'hostile, comme il paraît, qu'on les lui a fait envisager, mais si malheureusement — comme je ne le crains que trop vu l'indiscrétion qui règne souvent dans nos démarches — il a eu connaissance complète de notre décret, alors je n'ose répondre de rien. . . . Je me félicite de n'avoir jamais été complice des conseils par lesquels on perdra le maître et le pays! . . . je sens aussi qu'au risque de me faire décrier Jacobin et de déplaire à ceux qui regardent peut-être avec une aveugle prévention une levée de bouclier contre la France il est de mon devoir de m'élever jusqu'au dernier moment de ma carrière politique avec force contre des mesures aussi désastreuses et j'ose même dire irréfléchies et de ne pas ménager les expressions là où il importe pour le salut du pays de dire la vérité sans ménagement. C'est un devoir dont je me suis acquitté dans mon petit travail en langue allemande, que je Vous ai transmis [2]. Si donc on a persisté dans les mêmes

---

[1] S. oben Nr. 291.

[2] S. oben Nr. 435.

errements et qu'on aura à s'en reprocher les suites bien naturelles, je puis en bonne conscience m'en laver les mains. . . . :|

438. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 8. Nov. 1799.

[Bemühungen um Aufrechterhaltung der friedlichen Beziehungen zu Frankreich. Oesterreich dringt auf Beitritt zum Landsturm; Zurückhaltung der Regierung. Erpressungen und Drohungen Lecourbe's. General Roussel.]

|: Vous voyez . . . que nous maintenons haut à la main nos rapports pacifiques avec l'armée française, ne doutant pas cependant que cela sera vu de fort mauvais œil à Vienne, ainsi que le parti auquel le Margrave s'est résolu de son propre gré à ne pas quitter Carlsrouhe, de même que toute sa famille, ne croyant pouvoir rien faire de plus salutaire pour le pays. . . . Notre position n'en est pas moins fort précaire sous tous les rapports, . . . d'autant plus que la variété presque journalière des événements et dispositions militaires nous place alternativement la férule de l'une ou de l'autre des parties belligérantes et que par-dessus cela notre pays se trouve encore exposé à la malveillance de la levée en masse poussée maintenant avec beaucoup d'ardeur par les officiers commandants des troupes autrichiennes. Les tentatives qu'on a faites à cet égard dans notre pays ont été jusqu'à présent assez infructueuses, grâce à l'opposition du gouvernement; néanmoins cette entreprise hazardeuse y trouve tant de partisans zélés qu'il est fort à craindre qu'un beau matin la bombe n'éclate, sans qu'on puisse l'empêcher. On nous a déjà infiniment blâmé à Vienne par rapport aux entraves que nous sommes censés d'apporter aux sentiments qu'on cherche à inspirer assez généralement à nos sujets à cet égard. Les succès que les volontaires de Kappel et de l'Ortenau viennent de partager avanthier avec quelques détachements du Corps du général Merveldt, ne laisseront pas que d'encourager encore davantage à cette levée en masse. . . . Le général Lecourbe pour mieux appuyer peut-être la demande d'une gratification spéciale de 500 Lsds.[1] qu'il s'est aussi fait payer hier de la ville de Pforzheim sous la condition expresse du secret a témoigné que, si les renseignements qui lui étaient revenus de ce qui s'était passé dernièrement à Neubourgweier se vérifiaient, il regarderait notre paix avec la République comme entièrement rompue et traiterait en conséquence le pays hostilement. Cependant le général Roussel, ayant appris que le tocsin n'avait été sonné alors que contre des marodeurs, a assuré qu'on pouvait être tout à fait tranquille à ce sujet.

Gefecht bei Vaihingen (4. Nov.); in Folge dessen räumen die Franzosen am 5ten Pforzheim in aller Frühe und ziehen sich nach Bruchsal zurück. :|

Concept.

---

[1] Er hatte anfänglich 500000 fl zu erpressen versucht, setzte dann aber seine Ansprüche auf 100000 fl herab und gab sich schließlich mit 500 Lsds. zufrieden.



439. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 8. Nov. 1799.

[Requisitionen für das französische Belagerungscorps vor Philippsburg gegen Zahlungszusage. Zusicherung möglichster Schonung.]

. . . . Le général mentionné[1] des avant-postes envoya aujourdhui huit jours son adjudant ici, escorté de 16 à 18 houssards, s'étant rendu en droiture au château et y ayant fait annoncer à Msgr. le Margrave qu'il avait un message de la part de son général en a été reçu de S. A. S. de la manière la plus convenable. Le général Bonami fit informer le S^me^ Margrave de l'entrée des troupes de la République dans ses états, que les besoins urgents de l'armée exigeaient sans doute quelques réquisitions, mais qu'outre qu'elles se feraient avec tous les ménagements possibles, on délivrerait contre ces prestations des bons, lesquels seraient payés par la République; qu'il souhaitait donc seulement que S. A. fît prendre à ce sujet les mesures les plus propres à favoriser tout à la fois la promptitude du service de l'armée et tout le soulagement possible pour le pays. . . . S. A. S. en remerciant avec reconnaissance de l'attention du général envers Elle a répondu, comme il le fallait à toutes ces expressions. . . . Msgr. a chargé ensuite M^r^ le conseiller privé Groos et Mr. le conseiller de la chambre des finances Volz de se rendre samedi matin a Huttenheim près le dit général Bonami, lequel les a accompagnés ensuite à Waaghæusel chez le général commandant de cette armée de siège, Delaborde, où ils ont aussi trouvé le général Thurino. Tous trois leur ont réitéré les assurances les plus précises de bonnes intentions du Directoire envers notre pays, le général Delaborde et son commissaire ordonnateur ajoutant expressément que les réquisitions absolument indispensables seraient adressées dorénavant au conseiller des finances, Mr. Volz, et que la répartition en serait faite ici. . . .

Concept.

---

440. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 13. Nov. 1799.

[Man billigt Reitzensteins „Betrachtungen"; jede Provocation der franz. Truppen wird vermieden. Ablehnung der Anträge Harbeggs. Der Markgraf will Frieden mit Frankreich und wünscht, daß Reitzenstein in Paris verbleibe.]

. . . J'ai aussi à Vous remercier infiniment de la communication que Vous avez bien voulu me faire du sage avis que Vous avez adressé au grand-baillage à Lœrrac[2]. Notre S^me^ Margrave . . . en a trouvé les principes et les conséquences également solides en général et parfaitement con-

---

[1] General Bonami, der einen Theil der Belagerungstruppen vor Philippsburg befehligte.

[2] S. oben Nr. 435.



formes à notre position particulière. Leur juste application est si évidente qu'on ne saurait la méconnaître.

Edelsheim verweist auf die anerkennenswerthe Haltung der Amtsbehörden, die jede Provocation der Franzosen sorgfältig vermeiden: als sich vor 3 Wochen das falsche Gerücht verbreitete, französische Truppen wollten Karlsruhe brandschatzen und plündern, habe u. a. das Oberamt Rastadt noch in derselben Nacht im ganzen Bezirk die Glockenseile der Sturmglocken entfernen lassen, um blinden Lärm zu verhüten.

Les invitations spéciales qui ont été faites çà et là pour la levée en masse ont été constamment déclinées par le gouvernement et encore hier, où le principal organisateur de cette mesure, le major d'houssards de Blankenstein, C[te] de Hardegg, est venu ici pour demander à Msgr. son agrément à cet effet et les ordres nécessaires pour seconder ses dispositions ultérieures, S. A. S. s'y est expressément refusée.

|: Vous n'aurez pas de peine à Vous persuader par tout ceci et ce que je Vous ai déjà mandé précédemment, . . . que notre S[me] Margrave est fort éloigné de vouloir rompre maintenant avec le gouvernement français et qu'il lui importe au contraire infiniment de conserver l'état de paix dont nous jouissons jusqu'à présent tant bien que mal de la part des armées françaises. . .

Quant au décret du 9 octobre, je dois au témoignage de la vérité que ce serait bien à tort, si peut-être on voulait l'attribuer particulièrement à l'un ou l'autre membre du ministère, mais le concours de plusieurs circonstances on ne peut pas plus alarmantes relativement aux dispositions, qu'on paraissait avoir inspirées à la majeure partie des habitants de notre pays, semblait rendre alors un pareil tempérament absolument nécessaire pour prévenir une explosion peut-être générale et irréparable. Je n'ai pas besoin de Vous dire après tout ce qui précède qu'à commencer par Msgr. le Margrave nous Vous conjurons de ne pas perdre patience . . . et de ne pas abandonner tout notre pays au funeste sort qui l'accablerait sans faute, si Vous quittiez actuellement Votre mission. . . :|

Concept.

---

441. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Reinhard, an Reitzenstein [1].

o. D. (prs. Karlsruhe, 8. Dec. 1799).

[Requisition Masséna's, durch die Noth geboten. Zahlungszusicherung.]

Le général Masséna a adressé une réquisition au grand-baillage de Lœrrach consistante en 2000 quintaux de froment et 500 de seigle et, comme il a senti lui-même l'inconvénient politique envers un baillage dépendant du Margraviat de Bade, il en a rendu compte sur le champ au ministre de la guerre. Il s'est justifié par l'impérieuse loi de la nécessité. La position notoire de l'armée qu'il commande et du pays qu'elle

[1] Wol Beilage zu einem Berichte Reitzensteins vom 27. Nov. d. J.



occupe à l'égard des subsistances a déterminé le gouvernement à ne pas désapprouver sa conduite et engager sans doute le S^me Margrave à ne pas s'en plaindre. Le gouvernement regrette vivement que des circonstances inévitables obligent les généraux à prendres de pareilles mesures. . . . Le ministre de la guerre et celui des finances me donnent tous deux l'assurance que l'engagement pris par le général Masséna pour le payement de cette fourniture sera exactement rempli et je m'empresse de Vous assurer de leurs dispositions à cet égard.

Abschrift.

---

442. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 9. Dec. 1799.

[Baden hat den Kreistag nicht beschickt trotz mancher Bedenken. Vorsicht bei der Beglückwünschung der neuen Consuln mit Rücksicht auf Oesterreich.]

|: Nous n'avons pas encore envoyé de député à la présente assemblée du Cercle de Souabe à Augsbourg, qui apparemment finira bientôt toutes les conclusions à ce qu'en disent les nouvelles publiques ayant parfaitement répondu aux vœux et demandes du Cte de Lehrbach. Mais si cette non-mission nous sauve l'embarras de déraisonner dans nos votes, notre circonspection sans doute n'en aura pas moins très fort déplû à Vienne sans compter maintes autres inconvénients peut-être assez préjudiciables que notre absence actuelle des délibérations du Cercle pourront aisément avoir encore dans la suite relativement à nos intérêts particuliers[1]. Quant aux compliments de félicitation auxquels les nouveaux consuls paraissent s'attendre. . . ., Msgr. le Margrave approuve que Vous Vous en acquittiez aussi convenablement de sa part. S. A. S. recommande cependant à Votre prudence accoutumée d'écarter le plus que possible de cette démarche . . . toute espèce d'éclat et de publicité qui ne ferait que donner derechef éveil à la cour de Vienne en notre défaveur, attendu qu'on y paraît déjà trouver notre maintien passif . . . un peu contrastant avec la mission extraordinaire que nous entretenons à Vienne depuis environs 3 mois et demi. :|

Concept.

---

443. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 12. Dec. 1799.

[Reinhard wird wegen des Dekrets vom 9. October beruhigt.]

|: Reitzenstein hat sich überzeugt, daß jede bestimmte Erklärung über das Bauernaufgebot möglichst zu vermeiden sei, und deshalb wiederholt mit dem Minister Reinhard gesprochen, «et cela de manière à pouvoir nous en contenter réciproquement et à lui faire perdre de vue le projet d'en faire l'objet d'un rapport au Directoire exécutif». Das Resultat war günstig. Reinhard lobte die badische Regierung, «disant qu'il le con-

---

[1] S. oben Nr. 397.



naissait trop bien pour ne pas être parfaitement convaincu que nous avions et trouverions les moyens nécessaires pour retenir nos paysans et prévenir par là toute mesure hostile.»

Durch die Vorgänge des 18 Brumaire wurde Reinhards Aufmerksamkeit vollends auf andere Dinge gelenkt. :|

---

444. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 27. Dec. 1799.

[Nachrichten vom Kreistage. Projekt eines Subsidienvertrags mit England.]

|: L'explication verbale que Vous Vous êtes ménagée en son temps avec l'exministre Reinhard[1] au sujet de l'armement de nos paysans est parfaitement convenable sous tous les rapports.

Schluß des Kreistages zu Augsburg. Hebenstreit hat dem englischen Gesandten Mr. Wickham den Abschluß eines Subsidienvertrages vorgeschlagen, dem zu Folge England die 100000 Mann Kreisinfanterie, welche die Aufstellung des Quintuplums erfordern würde, übernehmen, andernfalls ein Darlehen von 100000 ₤ St. bewilligen würde[2]. Wickham wird am Schlusse der Note ersucht «de vouloir s'employer pour une négociation qui mettra les princes et états de la Souabe dans le cas, de servir la cause du genre humain — y est-il dit! — contre l'ennemi commun avec un zèle qui répond à leurs sentiments».

Diese schwäbischen Kreistruppen, meint Edelsheim, werden dem „gemeinsamen Feinde des Menschengeschlechtes" wol wenig Schaden zufügen. :|

Concept.

---

445. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 31. Dec. 1799.

[Angebliche Ordre zur Gefangennahme des Herzogs von Würtemberg und anderer Reichsfürsten.]

On vient de mander officiellement de Mannheim qu'une personne qui par ses relations particulières a su se procurer un accès confiant auprès du général Lecourbe s'était convaincu par l'inspection d'un ordre émané du nouveau Consulat, que ce général avait été chargé d'enlever le plus de Princes de l'Empire qu'il lui serait possible, surtout le Duc de Wurtemberg, et de les faire mener ensuite à Paris[3].

---

[1] Reinhard hatte am 21. Nov. in Folge des Staatsstreichs vom 18 Brum. (9. Nov.) seine Entlassung erhalten; an seine Stelle tritt wieder Talleyrand.

[2] Vergl. oben Nr. 399.

[3] Die Nachricht gründet sich nach einer beiliegenden Notiz auf eine Mittheilung des kurpfälzischen Oberstwachtmeisters v. Manger, über welche der außerordentliche Commissär der Rheinpfalz, Freih. v. Reibeld, am 21. Dec. Bericht erstattet.



Msgr. le Margrave qui a eu cet avis d'un de ses proches parents me charge de Vous demander confidemment ce que Vous en pensez et ce qu'il y aurait de mieux à faire à cet égard.

Concept.

---

446. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, o. D. (Ende Dec. 1799[1]).

[Beschwerde bei Moreau und Macdonald über die Truppenexcesse in Baden und Bestechlichkeit der Generale. Zusicherung von Abhilfe. Erster Empfang bei Bonaparte.]

|: Reitzenstein führt in einer längeren Unterredung mit General Moreau[2] diesem in eindringlicher Weise alle die Leiden vor Augen, welche Baden durch die französischen Truppen zu erdulden gehabt, beschwert sich über die Habgier und Unredlichkeit der höheren Officiere, mittels deren es der Freiburger Regierung durch Bestechungen gelungen sei, den Vorpostenkrieg auf das badische angrenzende Gebiet zu verlegen und klagt speciell über den General Lecourbe. Seine Vorstellungen machen augenscheinlich Eindruck auf Moreau; er verspricht wiederholt gründliche Abhilfe und versichert Reitzenstein seiner persönlichen Vorliebe für Baden und seiner Hochschätzung des Markgrafen.

General Macdorald, bei welchem Reitzenstein ähnliche Klagen vorbringt, verspricht zu viel, als daß man ihm glauben dürfte: er werde so strenge Mannszucht halten, daß man in Baden nicht einmal merken sollte, daß französische Truppen im Lande stünden.

... Je me suis aussi présenté chez le Consul Bonaparte le jour où je savais que je serais reçu. Dès mon entrée dans son salon il me conduisit dans un cabinet séparé, à quoi je ne m'attendais nullement. Il commença par me demander des nouvelles de la santé de Monseigneur et, si S. A. S. était toujours restée à Carlsrouhe, ensuite il s'informa, si Vous étiez toujours ministre des affaires étrangères. Il ajouta les choses les plus honnêtes et polies sur notre gouvernement en général et sur le maintien de notre neutralité en particulier. :|

---

[1] Die Depesche wird in Karlsruhe präsentirt am 6. Jan. 1800, fällt also in die letzten Tage des December 1799.

[2] Moreau hatte nach dem 18 Brumaire an Masséna's Stelle das Commando über die französischen Truppen in der Schweiz und am Rhein übernommen und Macdonald den Oberbefehl über den rechten Flügel anvertraut.

3. Bruch mit Rußland und Gemmingens Mission nach Wien. Juni—Nov. 1799.

447. Thugut an den Grafen Ludwig Cobenzl[1].

Wien, 13. Juni 1799.

[Verbreitung der badischen geheimen Friedensartikel von französischer Seite. Mittheilung und abfällige Kritik derselben. Preußen dafür indirekt verantwortlich.]

In den Anlagen erhalten Ew. Exc. eine Abschrift von den geheimen Artikeln des Separatfriedens, welchen bereits vor drei Jahren der Markgraf von Baden mit Frankreich abgeschlossen und ratificirt hat und welchen nur (sic!) die Franzosen selbst die größte Publicität geben, wahrscheinlich unter anderm auch in der Absicht um zu zeigen, daß dem Interesse einiger habsüchtigen Reichsstände die Zerstückelung des Reichs und Auflösung seiner Constitution angemessen war und von ihnen diese selbst sollicitiret worden sei. Die Stipulationen in diesen geheimen Artikeln übersteigen alle Vorstellung von Hintansetzung aller Rücksichten auf die Erhaltung und Sicherheit des gemeinsamen deutschen Vaterlands. Der einzige am Oberrhein noch übrige feste Platz des Reichs, die Festung Philippsburg, wurde in die französischen Hände auf immer überliefert, das ganze badische Gebiet den Franzosen zum Waffenplatz angeboten und der Markgraf verspricht überdies, von allen Verbindlichkeiten gegen des Reichs (sic!) in einem Kriege mit Frankreich sich loszusagen. Als Preis dieser Verrätherei am Reich wird sich sodann unter dem Titel der Entschädigung für unbefugte Abtretung an Frankreich eine Vergrößerung auf Unkosten der Reichsmitstände auf dem rechten Rheinufer bedingt, welche beinahe um ein Drittheil den Umfang der wirklichen Besitzungen des Markgrafthum Badens übersteigen sollte.

Ich überlasse den Einsichten Ew. ꝛc. von dieser Piece nach Gutfinden Gebrauch und Einsehen zu machen, wenn ein Reichsfürst in einer für sich abhängigen Lage und in so engen Verhältnissen mit beiden kaiserlichen Höfen solche Verbindlichkeiten einzugehen wagen konnte, wie zerstörend für das Reich die Plane des preußischen Hofes sein mußten, der durch seine Verhetzung und Beispiel andere

[1] K. k. Botschafter in Petersburg.

Reichsstände auf diese verderbliche Irrwege geführt hat und der im Vertrauen auf seine Macht weniger Motive für sich zu haben glaubte, seiner unersättlichen Habsucht Grenzen zu setzen.

Concept Daisers. — Wien. St. A.

---

448. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 25. Juni 1799.

[Mittheilung der badischen geheimen Friedensartikel an die Zweibrückener Zeitung. Verdacht gegen Lehrbach zurückzuweisen. Vermuthlich eine französische Intrigue, um Oesterreich in der Rastadter Affaire zu compromittiren.]

.... L'opinion générale a toujours dû être que si l'assassinat de Rastadt aurait été commandé par qui que ce soit, en tout ou en partie, le but n'aurait pu être autre que de s'emparer des papiers et de connaître les relations secrètes de telles ou telles puissances avec la France. Or il y a 2 jours que le rédacteur de la gazette de Deuxponts a envoyé à Mr. Cetto une prétendue copie des traités de paix secrets du gouvernement français avec Wurtemberg et Bade qui lui était venue d'*Augsbourg*, avec invitation de l'insérer comme supplément des articles secrets de Campo Formio. Le rédacteur de la gazette a été moins imprudent que son correspondant d'Augsbourg; il a envoyé ces chiffres à Mr. Cetto, en le consultant et lui écrivant toutefois que d'après son avis l'insertion demandée était souverainement inconvenable, avis qui a été partagé par Mr. Cetto et en conformité duquel il lui a répondu. Il m'a fait lire les 2 pièces dans lesquelles sans entrer au fond j'ai remarqué des fautes qui ne peuvent pas même provenir d'un habile fabricateur de pareilles productions et qui paraissent être fautes de copiste. Le lieu de l'envoi, Augsbourg, pourrait à la vérité faire soupçonner une personne assez connue qu'on dit s'être retirée de Rastadt une 15^{aine} de jours avant le tragique événement, et s'être rendue à Augsbourg[1], et la singulière précaution, de ne point insérer l'article en question dans la gazette qui s'imprime dans cette dernière ville, mais de choisir pour cet effet d'autres, qui ne sont pas aussi absolument réputées servir sous les mêmes drapeaux semble encore venir à l'appui de toutes les inductions qu'on pourrait tirer de ces différentes données; mais de l'autre côté ces suppositions sont tout à fait détruites par une seule considération; c'est que la balourdise de faire imprimer de prétendues pièces secrètes 2 mois à peine après un événement comme celui de Rastadt et de faire deviner par là à tout le monde l'affreux secret de leur acquisition serait — il faut l'avouer — trop grande. C'est pourquoi il faut nécessairement supposer, que ces manœuvres viennent de quelque ennemi dan-

[1] R. denkt unzweifelhaft an Lehrbach, wenn er sich auch bezüglich des Zeitpunkts der Abreise irrt.



gereux des puissances coalisées qui veut se servir de ce moyen vraiment perfide, pour faire naître dans tous les cœurs d'effroyables soupçons justement repoussés jusqu'ici par tout le monde avec horreur, et pour paralyser surtout les effets salutaires du décret impérial à la diète de Ratisbonne du 6[1], dont l'apparition en trompant les calculs de ces ennemis de l'ordre public leur a sans doute suggeré l'idée de faire coincider avec ce décret la divulgation de quelque mystère politique pour avoir le prétexte de se permettre les rapprochements les plus cruels et de crier dans leurs journaux jacobins que toutes les démonstrations officielles ne sont qu'un jeu et qu'on ne fait que se moquer du monde et du Saint Empire Germanique. C'est absolument sous ce rapport qu'il faut considérer ces prétendues révélations; il faudra même, quand de tels articles devraient paraître dans l'une ou l'autre gazette, éveiller l'attention du public sur leur but odieux; alors ces Messieurs-là seront signalés, et dès qu'ils s'en apercevront, ils se tairont. Rien de plus inepte en général et qui récompense moins les peines qu'on se donne, que l'avidité de s'emparer de papiers secrets; on espère découvrir de grands mystères, de grands prétextes, de justifier en apparence ses propres délits politiques; on se voit alors frustré dans son attente et l'on est tout étonné de ne point trouver dans son trésor ce qu'on a cru y pouvoir chercher, parcequ'on croit les autres aussi méchants qu'on l'est soi-même[2]. . . .

---

449. Graf Ludwig Cobenzl an Thugut.

Petersburg, 3. Juli 1799.

[Mittheilung der geheimen Friedensartikel an den russischen Hof. Man fordert Verzicht auf alle Verpflichtungen gegen Frankreich; im Weigerungsfalle Reichsacht. Markgraf und Erbprinz verlieren ihre russischen militärischen Würden.]

J'ai communiqué au ministère de S. M. I. de toutes les Russies les articles secrets du traité du Margrave de Bade avec la France, en les accompagnant des réflexions contenues dans la dépêche allemande dont V. Exc. m'a honoré. L'Empereur de Russie m'a fait dire en réponse que son opinion était que les deux cours imp. devaient signifier au Margrave de Bade qu'il eût à renoncer à tous ses engagements et traités anticonstitutionels et à remplir strictement les obligations que lui imposait la constitution de l'Empire, sans quoi les deux cours imp. effectueraient que l'on procédât envers lui conformément à ce que prescrirent les mêmes loix et les

---

[1] S. Nr. 339.

[2] Vergl. dagegen die spätern, zu anderm Schluß gelangenden Aeußerungen Reitzensteins vom 11. Juli, oben Nr. 418.



constitutions et que par conséquent il serait mis au ban de l'Empire, c'est ce qui va lui être déclaré au nom de S. M. I. de toutes les Russies[1]....

P. S. J'apprends dans ce moment que S. M. I. de toutes les Russies a fait rayer de son service le Margrave de Bade et le Prince héréditaire et leur a ôté le régiment, en publiant à l'ordre que c'était à cause de leur traité secret avec la France qui venait d'être connu[2].

Wien. St. A.

---

450. Staatsrath von Koch an Gayling.

Petersburg, 30. Juni 1799 a. St. (11. Juli n. St.).

[Großfürstin Elisabeth. Uebler Eindruck der geheimen Friedensartikel. Rechtfertigungsversuche. Rath zur Versöhnung des Wiener Hofs. Weitere Schritte Kochs unzulässig.]

Avanthier le 28 de ce mois v. st. les relevailles de Madame la Grande-Duchesse Elisabeth ont été fêtées à Peterhof[3], toute la famille impériale s'y était rendue la veille de Paulowsky; il faisait le plus beau temps du monde et l'assemblée à la cour était une des plus brillantes. . . .

En mon particulier il ne m'aurait rien resté à désirer, s'il aurait été en mon pouvoir d'écarter tout à fait de cette époque joyeuse la fâcheuse impression, que les articles secrets du traité conclu par Votre S^me cour avec la République française il y a trois ans a dû naturellement produire sur la mienne. On les lui a communiqués in extenso et je Vous avoue ingénuement, Monsieur, que leur contenu ne pouvait guères se promettre un meilleur accueil de la part de S. M. l'Empereur en sa qualité de bon et fidèle allié de l'Empereur des Romains.

J'ai saisi à la vérité la première occasion qui s'est offerte à moi pour convaincre S. E. M^r le vice-chancelier Cte de Kotschubey, que Msgr. le Margrave a été pour ainsi dire forcé par les circonstances impérieuses du moment à entrer dans des pareils engagements, que S. A. S. s'en était retractée depuis longtemps dans le fond de son cœur et qu'Elle prendrait certainement à tâche d'effacer par sa conduite future le souvenir défavorable que cet acte anticonstitutionel pouvait avoir établi contre Elle dans l'esprit du suprême chef de l'Empire. Si ces insinuations n'ont pas tout à fait manqué leur but, elles n'ont pu du moins prévenir les suites désagréables que cet abandon de Votre cour de la cause commune a entraînées,

---

[1] Eine solche Erklärung scheint nicht erfolgt zu sein.

[2] Nicht der Markgraf, sondern der Erbprinz und sein Sohn, Prinz Karl, bekleideten Generalsrang in der russischen Armee; ersterer war Inhaber des Musketierregiments Koslow, letzterer seit 1797 als russischer Generalmajor Inhaber des zu Serebnei Bagar, Gouv. Tambow, garnisonirenden Musketierregiments Bade-cadet. Ob damit Einkünfte — wie Kleinschmidt nach einer holländischen Quelle angiebt (S. 145), 48000 Rubel — verknüpft waren, geht aus den Karlsruher Akten nicht hervor, scheint aber zweifelhaft.

[3] Nach der Geburt einer Tochter.

dèsque l'on s'en est vu informée ici. Je ne vois absolument d'autre moyen d'y remédier que celui de mettre la cour de Vienne elle-même dans Ses intérêts; elle sera trop juste et trop équitable pour ne pas prêter quelque attention à tout ce que S. A. S. pourra alléguer vis-à-vis d'elle pour faire son apologie et pour regagner sa confiance. Jusque là je pense qu'il faut suspendre toute démarche ultérieure quelconque vis-à-vis des autres cours.

Il me serait même impossible à moi de me charger d'aucune commission officielle à cet égard et je dois par conséquent prier V. E. de faire en sorte que je sois dispensé dans ces conjonctures critiques de déployer le moins du monde de ma qualité de chargé d'affaires de la S^{me} cour de Bade dont je me trouve revêtu depuis tant d'années: ce qui plus est, je Vous invite à ne me parler tôt ou tard de cet important objet qu'en termes généraux ou point du tout[1]. . . .

---

451. Edelsheim an den Erbprinzen Karl Ludwig[2].

Karlsruhe, 25. Juli 1799.

[Verbreitung der geheimen Friedensartikel in den Zeitungen. Analogien aus jüngster Zeit. Der Erfolg entscheidet alles.]

Berichtet über die Erziehung des Prinzen Karl, nachmaligen Großherzogs.

Après avoir déjà plié cette lettre je la rouvre pour prévenir confidemment V. A. S. que dans un journal de Hambourg du mois passé on a annoncé pour ce mois-ci la publication des prétendus traités secrets de la République française avec le Duc de Wurtemberg et avec Msgr. le Margrave[3]; qu'un pareil imprimé doit avoir paru il y a quelque temps en français et en allemand à Mayence[4], qu'on vient de nous informer qu'il s'est également répandu à Fribourg en Brisgau et qu'une feuille hebdomadaire intitulée „der aufrichtige Bote aus Schwaben“ Nr. XI du 8 de ce mois en contient une analyse ironique assez précise, en apparence. Il serait inutile de perdre une parole sur cela; parceque d'après l'adage latin: «duo cum faciunt idem, non est idem»; cependant les traités ou articles secrets de Bâle, de Campo Formio et la convention secrète de Berlin ont passablement accoutumé les observateurs impartiaux à des productions de ce genre, qui pourtant ne sont pas toujours les résultats d'une volonté

---

[1] Die letzte Depesche Kochs politischen Inhalts. Im März 1800 wird sein Tod mitgetheilt. Die Ernennung eines neuen Geschäftsträgers unterbleibt.

[2] Der Erbprinz weilte bis Mitte October bei seinem Schwiegersohne, dem Kurfürsten, in München zu Besuch.

[3] Hamburger Polit. Journal, J. 1799, S. 685 ff.

[4] Unter dem Titel: Articles secrets des traités de paix de la Rép. française avec L. L. A. A. S. S. le Duc de Wurtemberg et le Marggrave de Bade. — Mayence, chez Vollmer. An VII (1799). Franz. u. deutsch. 15 S. Quart. — Bei den Akten.

libre, mais plus souvent l'effet d'une contrainte impérieuse. Il en est de cela comme de tant de choses dans ce bas-monde: lorsqu'elles réussissent, tout le monde y applaudit, mais quand le concours des circonstances les fait manquer, un chacun les couvre de blâme.

452. Landvogt von Roggenbach an Gayling.

Mahlberg, 29. Juli 1799.

[Die geheimen Friedensartikel finden keine Beachtung beim österreichischen Militär.]

... Les articles secrets du traité de Bade n'ont fait aucune sensation dans cette contrée, jamais je n'en ai attendu (sic!) parler par le militaire autrichien, le reste du monde ne s'en occupe pas, tout cela mourra de vieillesse ...

453. Edelsheim an den Erbprinzen Karl Ludwig.

(Karlsruhe,) 2. Aug. 1799.

[Schritte des Markgrafen am russischen Hofe. Der Vorfall angesichts der kritischen Lage doppelt peinlich. Der Erlaß an Görtz. Eventuell Veröffentlichung einer Rechtfertigungsschrift. Schwedische Vermittelung.]

Je ne saurais exprimer à V. A. S., combien je suis affecté de l'article de Petersbourg que plusieurs gazetiers viennent de rapporter. Msgr. le Margrave s'en occupe sérieusement et avec le plus vif intérêt. Le grand chambellan Bon de Geusau croit qu'il faut dans cette circonstance se prévaloir de l'appui de S. A. I. Msgr. le Grand-Duc, en écrivant toutefois aussi immédiatement à S. M. l'Empereur de Russie. Je crois que Msgr. le Margrave souhaiterait, avant que de faire ces démarches d'apprendre bien positivement de V. A., si cette démission formelle est positive[1], ce qu'il pense que Mme la Princesse héréditaire saura déjà par S. A. I. Mme la Grande-Duchesse Elisabeth ... Je ne doute pas cependant qu'elle ne soit réparée peut-être en fort peu de temps; mais cet incident — déjà bien désagréable en soi-même — est encore bien plus fâcheux dans les circonstances présentes ...

Edelsheim theilt abschriftlich den Erlaß an Görtz vom 1. Aug. mit[2], derselbe bilde theilweise eine Rechtfertigung der badischen Politik und werde dazu dienen, den Erbprinzen zu beruhigen.

Cependant V. A. jugera bien d'Elle-même qu'il nous convient de ne faire encore jusqu'à présent qu'un usage fort circonspect de ces éclaircissements, tant pour ne pas en affaiblir d'avance l'impression favorable

---

[1] Amtlich erscheint die Nachricht zuerst in der Petersburger Hofzeitung vom 9 Juli. Eine Mittheilung an den Karlsruher Hof scheint nicht erfolgt zu sein, wenigstens fehlen alle Anhaltspunkte dafür.

[2] S. oben Nr. 367.

au cas que, comme je n'en doute presque plus — nous soyons forcés de publier peut-être bientôt une justification complète sur cet objet, que pour ne pas non plus nous exposer trop tôt à la rancune et à la vengeance d'un ennemi puissant qui est et sera toujours à notre porte . . .

P. S.

S. A. S. Madame la Princesse héréditaire ne penserait-Elle pas qu'il y aurait peut-être moyen de faire concourir aussi les bons offices de S. M. le Roi de Suède?

---

454. Gutachten des Geh. Raths Brauer.

„Ueber die Zeitungsnachrichten von dem Verfahren des russischen Kaisers wegen der geheimen Artikel des badischen Separatfriedens."

Karlsruhe, 2. Aug. 1799.

[Dienstentlassung des Erbprinzen. Wahrung der Würde des badischen Hauses. Ungesäumte Vorstellungen in Petersburg. Vorsicht wegen Frankreich. Weitere Rechtfertigung nach Rücknahme der Entlassung.]

Brauer wirft zunächst die Frage auf: „Soll man Schritte desfalls machen?" Zweifellos habe Kaiser Paul übereilt gehandelt, da er sich nicht erst vergewissert habe, ob die Artikel wirklich ächt und ratificirt seien; auch zeige der Fall auf's neue, wie wenig wünschenswerth es sei, daß regierende Fürsten, denen die ohnehin schwere Aufgabe obliege, für ihr Volk zu sorgen, durch Annahme fremder Dienste sich in ihrer Selbständigkeit beschränkten. Wie die Dinge aber einmal liegen, dürfe der Markgraf nicht schweigen, sondern müsse jeden Weg einschlagen, seine Würde gegen derlei unbillige Kränkungen zu wahren und ihre Folgen abzuwenden.

„Soll man solche Schritte schon jetzo machen?" Allerdings! Denn wenn man die Nachricht bis jetzt auch nur aus deutschen Blättern, welche sich auf die Petersburger Hofzeitung berufen, kenne, so sei sie doch in angesehenen und wolunterrichteten Zeitungen verbreitet und daher mehr als wahrscheinlich.

„Was soll der Inhalt dieser Schritte sein?" Angesichts der augenblicklichen Lage könnte man wol ohne Rücksicht auf Frankreich die französischen Zumuthungen und Nöthigungen, welche schließlich zur Annahme der Separatartikel geführt, offen darlegen, aber noch sei ein Umschlag möglich, der das Land wieder in feindliche Gewalt bringe, daher empfehle es sich nicht, diesen Weg zu betreten, der überdies „den diesseitigen, seiner Intention nach gewiß so sehr als einer vaterländisch gesinnten, wenn gleich seiner politischen Ueberzeugung nach vielleicht etwas zu einseitig urtheilenden Gesandten" der Rache der Franzosen preisgebe. Brauer räth vielmehr, „dem russischen Kaiser die erste diesseitige Negociationsinstruktion[1] mit dem generellen Bemerken unter die Augen zu bringen, daß alles, was weiter in der Folge geschehen sei, durch einen solchen unordentlichen Drang der Umstände herbeigeführt worden sei, wodurch man sich und seine Nichteinwilligung in alle für das Reich im ganzen bedenkliche und unannehmliche Punkte hinlänglich rechtfertigen könne, auch gegen den russischen Kaiser als hohen Gönner und verehrten Verwandten alsdann näher zu rechtfertigen bereit sei, wenn er geruhen werde, vordersamst das fürstliche

---

[1] Polit. Correspondenz, II, S. 430 ff.

Haus der ihm so empfindlichen, seiner ungehört verfügten Kränkungen in Gnaden zu entheben, somit es in die Lage zu setzen, wo es mit Würde und Anstand über seine regentenamtlichen Handlungen in weitere Rechtfertigungen seinem Wunsche gemäß sich einlassen könne".

Die Frage, welche Form man für diese Mittheilung am besten wählen werde, zu beantworten, überläßt Brauer staatskundigeren Mitgliedern des Geheimen Raths und bemerkt dabei nur, eine eigene Mission nach Petersburg erscheine ihm zu gewagt, die Vermittelung „eines beiderseits freundschaftlichen Hofs"[1] dagegen sehr erwünscht.

---

455. Edelsheim an den badischen Geschäftsträger von Mühl.

Karlsruhe, 8. Aug. 1799.

[Dank für Bemühungen wegen des Hochberg'schen Reichsgrafendiploms. Sondirung wegen der Aufnahme der geheimen Friedensartikel in Wien.]

... Daß des H. Markgrafen Hf. D. Ew. rc. fürtreffliche Ausrichtung in Ansehung des bewußten Grafendiploms[2] zur ausnehmenden Zufriedenheit gereichet und Hochdieselben Ihre verbindlichste Dankbarkeit dafür ohne Zweifel noch näher bethätigen werden, wird Herr Geh. Rath Meier vielleicht schon angezeigt haben oder, da derselbe dermalen noch abwesend ist, nächstens nachtragen.

|: Ew. rc. können aber S^{mum} gegenwärtig sehr obligiren, worum auch inständigst zu ersuchen mir befohlen ist. Ohnlängst sind bekanntlich angebliche Geheimartikel, die unserm Privatfriedenstraktat mit Frankreich beigemessen werden, hier und da im Druck erschienen, woraufhin des Kaisers aller Reußen Majestät, wie die Zeitungen sagen, den Erbprinzen und seinen Herrn Sohn, Bruder der Großfürstin Elisabeth, ohne weiteres dimittiret. Wie wird eins und das andere von dem Wiener Hofe angesehen und beurtheilt? und was dann sonst über diese Materie uns interessiren könnte. Ist es wahr, daß Herr von Jacobi in Wien angekommen seie? hat denn Würtemberg sich ganz gerechtfertiget? :|

Concept.

---

456. Graf Lehrbach an Thugut.

Meersburg, 5. Aug. 1799.

[Die badischen geh. Friedensartikel im Druck. Erbitterung unter den geistlichen Reichsständen Schwabens. Vorwurf unehrlicher Politik.]

Les articles séparés des paix particulières que le gouvernement français a conclues avec le Duc de Wurtemberg et le Margrave de Bade viennent de paraître imprimés[3] ainsi que la convention secrète avec le Roi de Prusse,

---

[1] Baiern oder Schweden.

[2] Des kaiserlichen Diploms über die Erhebung der Gemahlin des Markgrafen und ihrer Nachkommen in den Reichsgrafenstand, d. d. 12. Mai 1796, das in officieller feierlicher Ausfertigung dem Karlsruher Hofe erst in diesen Tagen zugestellt wurde.

[3] Die ersteren zum mindesten hat L. schon länger gekannt. „Die Geh. Artikel zu dem von Würtemberg mit Frankreich geschlossenen Frieden habe ich hier auf die Art, wie man solche Dinge am leichtesten zu erhalten pflegt, zu Handen bekommen." An Thugut, d. d. Rastadt, 6. Dec. 1797. Wien. St. A.

le tout sous le lieu d'impression de Mayence. J'ai reçu des uns et de l'autre anonymement . . . deux exemplaires, dont j'ai l'honneur d'envoyer un à V. Exc. . .

On me mande de Ratisbonne qu'on a réimprimé dans cette ville les pièces en question.

Le Bon de Hebenstreit[1] les a reçues ici de la même manière que moi, et il m'assure que les états ecclésiastiques en Souabe étaient tellement choqués et outrés contre les cours de Wurtemberg et de Bade, que celles-ci auraient certainement en toutes occurrences, particulièrement à la Diète du Cercle, et même dans toutes les demandes de la cour impériale la pluralité des voix contre elles. Mr de Hebenstreit ajouta, qu'à l'époque même de la conclusion de ces articles séparés, le Margrave et son ministère avaient osé donner par écrit au Prince Evêque, son maître, et à lui verbalement, les assurances les plus positives qu'il n'était aucunement question de prétendre une indemnité sur l'évêché de Constance ou sur quelqu'une de ses dépendances[2].

Wien. St. A.

457. Edelsheim an den Erbprinzen Karl Ludwig.

Karlsruhe, 5. August 1799.

[Denkschrift zur Rechtfertigung vor dem Wiener Hofe. Vorsicht. Geheimhaltung der Schritte.]

Theilt abschriftlich das Schreiben Kochs an Gayling vom 30. Juni a. St. mit.

Msgr. le Margrave est fort disposé à suivre à cet égard les conseils de Mr de Koch, en tâchant de mettre la cour de Vienne dans ses intérêts. On est occupé à dresser un précis justificatif de toute la conduite qu'on a tenue ici, destiné à être présenté à l'Empereur et qui pourra servir de base aux éclaircissements qu'il paraît d'ailleurs fort à propos de faire accueillir favorablement à Vienne[3].

Der Markgraf wartet vorerst noch auf die Aufschlüsse, welche die Großfürstin ihrer Mutter, der Erbprinzessin, geben werde.

J'aurai ensuite l'honneur d'informer V. A. S. du détail des moyens que Msgr. le Margrave se propose d'employer à la cour de Vienne pour obtenir sa protection, après l'avoir convaincue de la pureté de ses intentions

---

[1] Bischöflich Konstanzischer Kanzler und Kreisdirektorialgesandter.

[2] Aus den badischen Akten ergiebt sich darüber nichts. Denkbar wäre es übrigens sehr wol, daß der Geh. Rath im Sommer 1796, ehe er die Abmachungen Reitzensteins gekannt, eine derartige Zusicherung ertheilt hätte. Vergl. die «Observations» Gemmingens, unten Nr. 488.

[3] Es handelt sich hier und im folgenden um die von dem Geh. Rath Brauer concipirte „Denkschrift zur Rechtfertigung des Markgräflich-badischen Verhaltens gegen Frankreich in Bezug auf dessen Staatsumwälzung und den daraus gefolgten Reichskrieg“. Vgl. darüber Polit. Correspondenz, II, Einleitung S. XLVI, sowie die Einleitung zu diesem Bande.



et de ses démarches. Toutefois notre position est telle qu'il sera indispensable d'apporter la circonspection nécessaire dans toutes les ouvertures qu'on fera à cet égard. Voilà pourquoi, quelques pressantes qu'elles soient, il faudra bien les peser avant que d'entamer cette sorte de négociation et la tenir secrète, autant que les circonstances l'exigeront. . . .

---

458. Erbprinz Karl Ludwig an Karl Friedrich[1].

Nymphenburg, 6. Aug. 1799.

[Unterredung mit Bühler. Ein russischer „Fingerzeig" für die deutschen Reichsstände. Erwartung einer gefügigen Haltung Badens. Sorge vor Feindseligkeiten der russischen Truppen.]

Geliebtester Vater,

aus der Hamburger und Augsburger Zeitung hat sich gestern das für den Karl und mich sehr unangenehme Gerücht unserer Entlassung aus russisch kaiserlichen Diensten allgemein verbreitet und der Anlaß dazu ware jedermann äußerst auffallend. . . . Der russisch kaiserliche Gesandte, Baron von Bühler, hatte deshalben noch vor Tafel eine Unterredung mit mir, die ich vor Pflicht halte, Wort vor Wort Ihnen zu berichten.

Natürlich war gleich die Rede von der Zeitungsneuigkeit; der Gesandte sagte mir, von dem, was in denen Zeitungen stehet wegen Ew. D. und Dero H. Sohn, habe ich noch nichts Officielles erhalten, es scheint aber wieder eine aufbrausende Hitze von dem Kaiser gewesen zu sein, deren er sich in dem ersten Augenblick überlassen hat. Es ist ein Fingerzeig, den er den deutschen Fürsten giebt, um daß solche seine Protektion suchen sollen. Darum, scheint es, hat es just Sie beede als seine nächsten Anverwandten betroffen, um das Exempel auffallender zu machen. Ew. D. wissen ja, daß ein guter Vater allemal seine liebsten Kinder zuerst züchtiget; wenn sie aber seinen Willen thun, so kommt er auch eben so bald von seinem Irrthum zurück, und das hoffe ich, wird auch hier der Fall sein. Ich antwortete ihm darauf, daß der Herr Gesandte von Ihrem Voto auf den Reichstage zufrieden sein würde, denn Sie, geliebtester Vater, hätten immer Ihren Pflichten als Reichsfürst und Landesherr ein Genüge geleistet. Der Gesandte fragte mich: hat man denn nichts von geheimen Artikeln gesagt? worauf ich ihm sagte, davon habe ich nie nichts gehört und es wäre mir leid, daß es diesmal unschuldige Kinder betroffen hätte, — darum hoffte ich, daß der gute Vater . . . auch bald wieder kommen würde. Der Gesandte antwortete mir: das wird auf des Herrn Vaters Benehmen ankommen, denn der Kaiser kommt eben so schnell zurück, wenn er Beweise von Anhänglichkeit und Zutrauen siehet. Dabei hat er mir angerathen, die Uniform fortzutragen, um kein Aufsehen zu machen, bis ich etwas Officielles darüber hätte. Er bat mich endlich alles an-

[1] Der Markgraf hielt sich seit dem 12. Juli im Bade Langensteinbach auf.

zuwenden, um größeres Unglück zu verhüten, und sagte, es wäre zu wünschen, der H. Vater folgten dem Beispiel von Baiern und Würtemberg[1]....

Dem Kurfürst hat er das nämliche mit dem Fingerzeig gesagt; denn Er nimmt großen Antheil an der ganzen Geschichte, besonders ist dem Kurfürsten bange, wenn die Russen in das Badische kommen sollten. Was solche vor einen Weg nehmen werden, ist mir unbekannt, denn der Gesandte ist seit seiner Retour von Augsburg ganz zurückhaltend und kalt gegen mich. Wenn nicht sobald als möglich das Mißverständniß gehoben wird, so traue ich den Russen nicht viel gutes zu. Ich ware wahrhaftig vorgestern und gestern ganz krank und traurig. Mir ist bange vor den Dingen, die da kommen können. Schicken Sie mir bald tröstliche Nachrichten zu, liebster Vater. Es ist mir nicht um den grünen Rock zu thun, sondern um unsere armen Landsleute. Der Kurfürst empfiehlt sich zu Gnaden, ... eben ist er bei mir und sagte, ich bitte Sie, schreiben Sie recht dringend an Ihren Herrn Vater, denn mein Exempel ist neu![2]....

Eigenhändig.

---

459. Edelsheim an Karl Friedrich.

(Karlsruhe,) 6. Aug. 1799.

[Brauers Denkschrift. Vorstellung Gemmingens in Langensteinbach.]

.... Geh. Rath Br[auer] ist fleißig mit der bewußten Arbeit[3] beschäftiget. Auch H. von G[emmingen] habe ich bereits prävenirt und werde gnädigst befohlenermaßen am nächsten Donnerstag Mittag mit ihm in Steinbach unterthänigst aufwarten.

---

460. Erbprinz Karl Ludwig an Karl Friedrich.

Nymphenburg, 12. Aug. 1799.

[Zurückhaltung Bühlers. Bitte um klare, bestimmte Instruktion.]

Wegen der russischen Angelegenheit könne er zur Zeit mit dem Gesandten v. Bühler nicht sprechen, derselbe sei krank und werde überdies wol nicht gerne einen Rath ertheilen, „aus Furcht vor dem Kaiser“.

.... Wenn ich etwas darin ausrichten soll, so muß der Auftrag klar, deutlich und so sein, daß man keinen Doppelsinn und juristische Pfiffe daraus hervorleuchten siehet....

---

[1] Baiern näherte sich, wie seine Politik am Reichstage zeigt, in dieser Zeit wieder den Alliirten. Würtemberg hatte in einer Convention vom 2. Juli seinen Verträgen mit Frankreich entsagt und sich zur Stellung eines Hilfscorps und Unterstützung der kaiserlichen Reichspolitik verpflichtet. Lehrbach an Thugut, d. d. 1. Aug. 1799, mit Beilage. Wien. St. A.

[2] Wegen Aufhebung des Malteserordens in Baiern war der baierische Gesandte aus Petersburg ausgewiesen und den Truppen die Weisung ertheilt worden, Baiern als Feindesland zu behandeln. Montgelas, Denkwürdigkeiten, 37 ff.

[3] S. oben S. 338 Anm. 3.



461. Edelsheim an den Erbprinzen Karl Ludwig.

(Karlsruhe,) 13. Aug. 1799.

[Die Denkschrift zur Rechtfertigung. Man wartet noch auf Meiers Gutachten.]

.... Notre S^me^ maître est venu aujourd'hui en ville pour se faire rapporter l'*apologie* dont j'ai eu l'honneur de prévenir V. A. dernièrement. Le cannevas a eu toute son approbation, mais Mr. M[eier] retournant positivement demain de Wildbad, S. A. S. souhaite qu'il assiste à l'ajustement définitif de cette déduction très importante sous tous les rapports. Il est fâcheux, sans doute, que les démarches ultérieures qui doivent s'en suivre en soient retardées d'autant, mais je ne puis pas disconvenir néanmoins que ce délai sera compensé en partie par les corrections que Mr. M[eier] trouvera à y faire. Pourvu que les troupes russes ne nous prennent pas sur le temps! ....

---

462. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 15. Aug. 1799.

[Denkschrift Edelsheims und Gemmingens. Lob der letztern.]

Wenn Ew. Hf. D. die Anherokunft bis auf den Samstag frühe auszusetzen geruhen wollen, so wird ... alles in behöriger Bereitschaft sein. Einstweilen aber lege ich Höchstdenselben die von mir entworfene kurze Ueberficht[1] in bewußtem Betreff unterthänigst zu Füßen, um, ehe ich solche meinen Herrn Collegen mittheile, zu vernehmen, ob alles darinnen Angeführte Ew. Hf. D. höchsten Beifall hat.

Was ich aber noch weit mehr Höchstdero erleuchtetsten Aufmerksamkeit empfehlen darf, ist der ebenfalls hier angebogene fürtreffliche Aufsatz des Herrn von Gemmingen, welcher — wenn mein Urtheil mich nicht trüget, ganz die vortheilhafteste Meinung rechtfertiget, die ich aus bewegenden Ursachen — in Absicht auf ihn vorausgeschickt habe. Ich sehe es in der That als eine Fügung der göttlichen Vorsehung an, daß sie durch zufällig scheinende Umstände diesen rechtschaffenen und einsichtsvollen Mann in dem erwünschtesten Augenblick zur Ausrichtung dieses wichtigen Auftrags herbeigeführt hat.

Sobald Ew. Hf. D. beide Aufsätze mit behöriger Muße gelesen haben werden, so geruhen Höchstdieselben mir solche wieder zurückzuschicken, damit ich sie den Herren Geh. Räthen mittheilen kann, die sich diese biedere Sprache von einem Otto von Gemmingen vielleicht nicht erwarteten.

---

[1] Fehlt, ebenso das Memoire Gemmingens.

463. Karl Friedrich an Edelsheim.

Langensteinbach, 16. Aug. 1799.

[Zustimmung zu den beiden Aufsätzen und der Wahl Gemmingens. Geh. Rathssitzung.]

Die beiden vortrefflich gefaßten Aufsätze habe ich mit Vergnügen gelesen und gedenke morgen früh um 9 Uhr der Deliberation über den wichtigen Gegenstand ihres Inhaltes in Karlsruhe beizuwohnen.

Um die Zurücksendung der Aufsätze nicht länger zu verspäten, enthalte ich mich heute aller Reflexionen und bemerke nur, daß ich die Verbindlichkeit Ihnen schuldig bin, den Gedanken zuerst geäußert zu haben, den H. von Gemmingen zu ersuchen, die Absendung nach Wien zu übernehmen[1].

Eigenhändig. Freih. v. Edelsheim'sches Familienarchiv.

464. Erbprinz Karl Ludwig an Karl Friedrich.

Nymphenburg, 16. Aug. 1799.

[Görtz empfiehlt Theilnahme am Reichskriege; der Erfolg der Apologie davon abhängig. Militärische Sicherstellung des Landes. Bühler.]

Graf Görtz, der seit einigen Tagen in München zu Besuch weilt, hat mit dem Erbprinzen über den Petersburger Zwischenfall gesprochen.

Sein Anrath wäre, auf dem Reichstag vor den Krieg zu stimmen, als das einzige Mittel, um mit Würde und Anstand alsdann die Apologie, wovon die Rede ist, an die Höfe abschicken zu können und gegründet hoffen zu dürfen, daß solche geneigtes Gehör finden würde. Um dieses aber ohne Nachtheil für das Land thun zu können, wäre sehr zu wünschen, daß jemand an den Erzherzog abgeschickt würde, um ihm in Ihrem Namen den gefaßten Entschluß zu eröffnen und zugleich dringendst zu bitten, Ihren Landen und besonders Ihrer Residenz hinlängliche Sicherheit gegen einen feindlichen Ueberfall zu verschaffen. . . .

Ehe der Schritt geschehen sei, dürfe der Gesandte von Bühler, wie er in Erfahrung gebracht, weder Aufträge übernehmen, noch einen Rath ertheilen.

465. Edelsheim an den Erbprinzen Karl Ludwig.

(Karlsruhe,) 18. Aug. 1799.

[Schreiben der Erbprinzessin an Kaiser Paul. Debatte im Geh. Rath. Brauer und Edelsheim. Denkschrift zur Rechtfertigung. Mittheilung der beiden Instruktionen für Reitzenstein an den Wiener Hof. Mission Gemmingens nach Wien. Lösung der Beziehungen zu Frankreich.]

Die Erbprinzessin hat sich wegen der Entlassung ihres Gemahls direkt an den Kaiser von Rußland gewendet[2]; Edelsheim hofft von diesem Schritte besseren Erfolg als von ministeriellen.

[1] In der Geh. Rathssitzung vom 17. August wird die Absendung Gemmingens nach Wien beschlossen und die Instruktion festgestellt.

[2] Die Correspondenz mit dem russischen Hofe über den Gegenstand fehlt. Der Zar scheint sich in der Folge wieder etwas beruhigt zu haben, am 21. October zeigt er dem Erbprinzen die Vermählung der Großfürstin Helene Paulowna mit dem Erbprinzen Friedrich Ludwig von Mecklenburg Schwerin an.

En attendant Monseigneur a résolu de faire une démarche envers notre Empereur qui influera vraisemblablement aussi sur l'opinion de la cour de Petersbourg par les renseignements qui y parviendront également ensuite. J'aurais souhaité sans doute que ce qu'on veut et doit faire se fît le plus promptement possible, mais Vos Altesses S^mes connaissent trop bien la lenteur de la marche de la plupart de nos affaires quelqu'importantes qu'elles puissent être, pour ne pas concevoir, combien il a fallu de représentations, de discussions et de réfutations de toute part avant que de pouvoir fixer une résolution précise sur les mesures qui vont enfin être prises décidément dans le courant de cette semaine. Elles ont fait l'objet d'une conférence secrète et fort animée entre celui de mes collègues qui a minuté la production de jurisprudence à longue sauce[1] et moi, mais où j'ai pourtant fini par emporter le suffrage des autres et l'approbation bien précise et positive de notre S^me maître . . . Voici sous le sceau du plus grand secret, Monseigneur, de quoi il s'agit . . ., Msgr. le Margrave envoie à Vienne un rapport justificatif de toute sa conduite pendant cette malheureuse crise à l'effet d'effacer ou du moins de diminuer les impressions défavorables et les préjugés fâcheux que la publication malévole du traité secret y a fait prendre contre nous. Toutes les explications qui l'accompagneront seront frappées au coin de la vérité et de la candeur la plus franche, — si bien qu'on produira particulièrement aux ministres de l'Empereur les instructions patente et secrète que le Bon de Reitzenstein a reçues dans le temps pour cette négociation impérieusement dictée et conclue à Paris à l'insçu du Margrave[2]. C'est sans doute une circonstance aussi favorable qu'inattendue peut-être qu'on puisse sans scrupules abandonner ces deux pièces au scrutin des juges les plus sévères . . ., mais on le peut en effet hardiment et il est d'autant plus vraisemblable que toutes ces ouvertures ne seront pas tout-à-fait inefficaces, attendu que Monseigneur a choisi pour cette commission aussi importante que délicate un homme dont la probité, les connaissances, le jugement, le zèle, la dextérité et la circonspection donnent des espérances de réussité assez fondées et qui nous a déjà fourni une preuve indubitable qu'il possède éminemment toutes ces qualités par un mémoire parfait qu'il a dressé sur cet objet à ma réquisition. . . . Cet homme est M^r de G[emmingen] qui convient encore d'autant mieux à une pareille entreprise que n'étant pas à notre service, sa mission peut rester couverte de l'ombre du secret tant que cela paraîtra encore nécessaire pour nos intérêts. . . .

Il reste sans doute encore une sollicitude, c'est de dévider convenablement et de manière à ne pas s'exposer à une pernicieuse vengeance avec

[1] Geh. Rath Brauer.

[2] Band II, S. 430 ff. 433 ff. In der That haben sich die geh. Instruktionen nur in der der Denkschrift beiliegenden Abschrift erhalten.



nos plus proches voisins d'Outre-Rhin. C'est à quoi nous appliquerons toute notre prudence, mais c'est un point dont les modifications dépendront beaucoup de la manière dont on répondra à Vienne à nos premières ouvertures. Je le répète: Vos Altesses me feront la grâce de ne confier ce projet à qui que ce soit. . . .

---

466. Mühl an Edelsheim.

Wien, 19. Aug. (prs. 27. Aug.) 1799.

[Die Mißstimmung in Wien gegen Baden durch die geheimen Friedensartikel gesteigert. Dementirung bezw. Rechtfertigung wünschenswerth. Die Entlassung des Erbprinzen wird ignorirt. Mission des Grafen Zeppelin.]

|: Um auf die vier vorgelegten Fragen[1] gehorsamst zu antworten, erlauben mir Ew. &c., erstens in meiner tiefsten Devotion nicht zu verbergen, daß die geheimen Artikel, da man sie hier für ächt hält, hieselbst die nicht geringe Empfindlichkeit auf's neue angefacht haben, die man schon eine geraume Zeit her vornehmlich auch während des Congresses genug hat abnehmen lassen, als auf welchem man ein gutes besonderes Vernehmen und Einverständniß, ja eine Cooperation mit den französischen ministres Schuld gegeben hat; dahingegen eine Entfernung von allem, was der kaiserl. Hof von einer Anschließung an ihn, jedoch nicht sowol an ihn, als an die Reichsverfassung und deren allgemein so nöthige Aufrechterhaltung erwartet hätte.

Ich habe bei solchen Gelegenheiten, in dem mir sonst bezeugt werdenden Vertrauen öfters gebeten, sich näher zu eröffnen, anheimgegeben, ob nicht bei Sr. Hf. D. so patriotischen und biederen Gesinnungen eine Aufklärung mit Höchstdenselben ersprießlich sein möge, und gefragt, ob ich nicht in meinen Berichten etwas von dem Mißvergnügen, dessen ich sehr deutlich gewahr würde, wenigstens nur einfließen lassen dürfe.

Man hat aber nie in einiger Sachen Detail hinein gehen wollen, vielmehr wurde, schien es, abgebrochen, ja schlechterdings bedungen, von dem, was man nur anspruchsweis hatte fallen lassen, allermindestens Erwähnung nicht zu thun, indem man mich sonst auch völlig desavouiren müßte. Ich muß dahero auch angelegentlich bitten von dem, was die Anfragen meiner Devotion gegenwärtig entriffen, weder hieher noch anderwärts hin etwas bloßzugeben, unterfange mich doch aber, hinzuzufügen, daß wenn die Artikel unächt seien, ein förmliches Dementi, und in jedem andern Fall doch immer eine Sinceration nicht übel angebracht sein dürfte; ich fürchte, daß sonst leicht nach Maßgabe der Evénements allerlei Mißfallen gar erfolgen könnte; und diese Bemerkung führt mich auf den zweiten Punkt, auf das Schicksal der Durchlauchtigsten Prinzen. Wie man solches hier ansehen möge, läßt sich nicht unwahrscheinlich gedenken. . . . Jeder Mann

[1] S. oben Nr. 455.

hält alle auch nur geringste Erwähnung eines Urtheils völlig geschlossen zurück; wol läßt man aber den Grundsatz abnehmen, wie in dem jetzigen Zeitpunkt, da beinahe von ganz Europa und besonders auch vom Reiche das Schicksal der Fürsten auf der Spitze stehe, dem großen Endzweck der allgemeinen Angelegenheit alle anderen, die doch immer weit minder erheblich wären, untergeordnet werden müßten, und man sich über denselben mit einem Herrn, der mit so starker Hand unterstütze, nicht abwerfen oder ihn verdrießlich machen könnte.

Drittens: den Herzog von Würtemberg betreffend, ist man mit ihm sehr gespannt gewesen, ... nachdem derselbe sich aber wieder herbeigelassen, besonders Rußland wieder gesucht hat, so ist der hiesige Hof von seiner Empfindlichkeit und Mißtrauen mehr zurückgekommen und hat der Graf Zeppelin[1] unter russischem Vorschub geneigteres Gehör erhalten. Ich bin nicht im Stande, von dessen eigentlichen Negociationen etwas mit Grund zu sagen, sie sind so geheim behandelt worden, daß selbst der von Bühler vom wenigsten Mitwissenschaft bekommen haben soll.....

---

467. Edelsheim an Mühl.

Karlsruhe, 20. Aug. 1799.

[Anzeige von Gemmingens Sendung nach Wien. Weisung, denselben zu unterstützen.]

Durch mehrere eingetretene Umstände haben Sich des H. Markgrafen, meines gnädigsten Herrn, Hf. D. bewogen gefunden, einen eigenen Abgeordneten in der Person des Freiherrn Otto von Gemmingen nach Wien zu senden. Derselbe ist beauftraget, dem allerhöchsten Reichsoberhaupt das vielleicht durch ungleiche Urtheile sehr entstellte Verhalten Sr. Hf. D. während dem bisherigen Reichskrieg, in seiner wahren Gestalt, unumwunden darzustellen und mit den überzeugendsten Proben Ihrer unwandelbaren treudevotesten Gesinnungen die weiter damit verbundenen angelegentlichsten Wünsche zur allergnädigsten Erhörung hinzulegen.

S. Hf. D. ersuchen daher Ew. 2c. anmit, dem Freiherrn von Gemmingen in allem, was die Ausrichtung seiner Aufträge befördern oder erleichtern könnte, gefällig an die Hand zu gehen und ihn nöthigenfalls nach Möglichkeit zu unterstützen.

Derselbe wird sich über diesen Gegenstand mit Ew. 2c. selbst näher erklären. Es bleibt mir somit dermalen nur noch übrig, hierbei aus höchstem Auftrag zu versichern, daß S. Hf. D. jede dem Freiherrn von Gemmingen hierunter bezeigte Gefälligkeit verbindlichst verdanken werden.

Concept.

---

[1] Graf Joh. Karl v. Zeppelin, würtembergischer Conferenzminister, war von dem Herzoge mit Abschluß eines Bündnisses mit Oesterreich beauftragt.



468. „Extract Berichts von Herrn v. E[delsheim][1]."

o. D. (August 1799).

[Der Markgraf wünscht den Wiener Hof durch Rechtfertigung seiner Politik zu versöhnen.]

S^mus wünschen durch offene Darstellung Ihres bisherigen Verhaltens die gehässigen Eindrücke zu vertilgen, welche aus der einseitigen Ansicht einiger unter den ungünstigsten Umständen ergriffenen Nothhilfen entstanden seien, und sodann mit dem kaiserlichen Hof die Maßregeln zu concertiren, wodurch Sie Ihren Gesinnungen gemäß zu dem gemeinen Wol wesentlich mitwirken könnten, ohne das Heil Ihrer Lande und Unterthanen durch zwecklose Vorschritte auf das Spiel zu setzen.

Bei dem leidigen Zusammenfluß der gegenwärtigen Umstände, wozumalen die Russen ꝛc.[2], scheinen S^mus sich wahrhaft zu bekümmern, daß Sie nicht früher Sich bestrebt haben, so wie der Herr Herzog von Würtemberg durch unmittelbare Vorschritte in Wien eine günstige Ansicht ihrer Lage und der gebieterischen Verhältnisse, worin Sie mit der französischen Republik zu unterhandeln Sich genöthiget gesehen, zuvörderst bei dem Allerhöchsten Reichsoberhaupt zu bewirken.

---

469. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 21. August 1799.

[Unterzeichnung der Instruktion und Beglaubigungsschreiben für Gemmingen.]

J'ai l'honneur de transmettre ci-joint à V. A. S. l'instruction pour M^r de G[emmingen], la lettre à l'Empereur, celle au P^ce Colloredo et celle au Bon de Thugut. Elle voudra bien, dèsque ces 4 pièces seront signées, me faire la grâce de me les renvoyer, afin qu'elles puissent être remises au Bon de Gemmingen dans l'après-dînée, parcequ'il se propose de partir encore ce soir.

---

470. Instruktion für Gemmingen.

o. O. u. D. (21. Aug. 1799)[3].

[Weisungen für Regensburg wegen des Commissionsdekretes vom 12. Juli.]

Unter sorgfältiger Geheimhaltung seiner Absendung und ihres Endzwecks seine Reise über Regensburg einrichten; dorten dem H. Grafen von Görtz die vertrauliche Eröffnung thun, daß S. Hf. D. durch die eingetretenen Umstände veranlaßt worden seien, dem kaiserlichen Hof die Rechtfertigung Ihres bisherigen Betragens während dem Reichskrieg, wie Sie demnächst auch gegen des Königs von Preußen Majestät beobachten werden, offen darzulegen und daß von dem

---

[1] Das hier mitgetheilte Schriftstück findet sich mit diesem Vermerke in dem Tagebuch des Geh. Raths Meier, zum August 1799. Wenn der Vermerk richtig ist, kann es sich nur um einen Vortrag Edelsheims für den Geh. Rath handeln.

[2] Der Schluß des Nebensatzes fehlt.

[3] Zur Datirung vergl. Nr. 469.



Erfolg der desfallsigen Unterhandlung in Wien, die sich zugleich auf das kaiserliche Commissionsdekret vom 12. Juli d. J. erstrecken solle, das diesseitige Votum abhänge, das Sie hierauf in comitiis abzulegen gedächten.

Hiernächst mit ersagtem H. Grafen von Görtz sich darüber zu berathen, ob es nöthig oder räthlich seie, dem kaiserlichen Hr. Concommissär oder dem erzherzoglich österreichischen H. Reichstagsdirektor oder beiden zugleich im Vertrauen zu erkennen zu geben, daß seine Absendung nach Wien in der Absicht geschehen, um mit dem k. Hof über das abzulegende Votum sich treudevotest einzuvernehmen und daß dahero, wenn das Reichsfürstenrathsprotokoll eröffnet und geschlossen werden sollte, ehe Sie jenem anhoffenden Concert gemäß Ihre Instruktion Ihrem Comitialgesandten zugehen lassen könnten, die Ursache Ihres Stillschweigens nicht in Ihrem Vorsatz, sondern in der Verspätung jenes Concertes liege. Sie stellten übrigens diesen Schritt lediglich ihrem — des H. Gr. von Görtz und H. Gesandten — beiderseitigem Ermessen anheim und ließen sich im voraus dasjenige gefallen, worüber sie sich einverstehen würden[1].

Auszug von Edelsheims Hand.

---

471. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 22. Aug. 1799.

[Die Befürchtungen wegen Rußland übertrieben. Ein Vergleich mit Baiern unzutreffend. Die Russen in Badenweiler. Abreise Gemmingens. Umstimmung von Görtz.]

Den Ew. Hf. D. gestrigem gnädigsten Schreiben angefügten Brief des Herrn Erbprinzen vom 16. d. M. werde ich morgen unterthänig zurücksenden, da ich ihn nur noch so lange behalten möchte, bis daß ich von dem Inhalt desselben — besonders in Ansehung des zu projektirenden Schreibens an des H. Erzherzogs Karl K. H. — [Gebrauch?] werde gemacht haben.

Der erste besagte Brief des Herrn Erbprinzen ist allerdings nichts weniger als tröstlich, allein abgerechnet, was die gewöhnliche Aengstlichkeit des H. Gr. von Görtz an Unruhe und Besorgnissen bei unserem theuersten Herrn Erbprinzen nur noch mehr angefachet haben mag, so dürften kaltblütiger betrachtet die Sachen doch noch nicht so arg stehen, als Sie sich solche vorstellen, wenigstens sehe ich hierinnen mindere Wahrscheinlichkeit zu gegründeten Bekümmernissen, als vielmehr ängstliche Vorspiegelungen, die auf unrichtigen Vergleichungen sehr wesentlich von einander differenter Fälle zu beruhen scheinen. Gegen den gewissen Kurhof konnte Kaiser Paul wol eine grelle Rache ausüben wollen, weil er sich in der nun einmal angemaßten Würde und Eigenschaft eines Malteserordensgroßmeisters durch die Aufhebung der baierischen Zunge persönlich beleidiget fand und also auch in dieser Hinsicht eine eklatante Genugthuung sich zu verschaffen oder solche zu er-

[1] Der auf die Verhandlungen in Wien bezügliche Abschnitt der Instruktion fehlt, wie man sieht, in dem Auszuge; die Originalinstruktion selbst hat sich nicht gefunden.



zwingen berechtiget glauben mochte. Allein das Verhältniß gegen Ew. Hf. D. scheint mir auch nicht einmal den mindesten vernünftigen Vorwand einer unmittelbaren Beleidigung darzubieten, und wenn je eine Befugniß zur Ahndung wegen dem diesseitigen Verhalten stattfände, so stünde solches doch wol nur dem deutschen Reichsoberhaupt und keineswegs dem russischen Kaiser zu... Es wird sich übrigens allernächstens zeigen, was man in den hiesigen Landen von den russischen Truppen für Behandlungen zu gewärtigen habe, denn nach einem Privatschreiben des Hofraths Maler ... sollte ein neu ausgestecktes Lager bei Badenweiler von einem ankommenden Truppencorps, worunter ein Theil russischer Völker sich befände, bereits gestern bezogen worden, ihr Aufenthalt aber ... von sehr kurzer Dauer sein.

Inzwischen hat der Zusammenfluß dieser Nachrichten den H. v. Gemmingen, der sich nochmals zu Gnaden empfiehlt, bewogen, statt heute frühe noch in der Nacht abzureisen. Er hofft den Herrn Grafen v. Görtz zu mäßigeren, — ich möchte fast sagen — consequenteren Rathschlägen zu stimmen...

472. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 30. Aug. 1799.

[Die Franzosen in Durlach. Der Markgraf will nach Rastadt; zur Umkehr nach Karlsruhe genöthigt.]

Mittheilung von der Besetzung Durlachs durch die Franzosen.

... Le Margrave qui voulait se retirer à Rastadt et de là je ne sais pas trop où? — s'y est trouvé si bien pris qu'il ne lui a resté d'autre ressource que de revenir dans la nuit du mercredi au jeudi ici de Steinbach et de ne plus bouger ensuite de chez nous. Il s'en est fort bien trouvé aussi, et nous espérons en Dieu, que maintenant on sera dégoûté un peu de nous venir faire de sitôt de pareilles visites...

473. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 1. Sept. 1799.

[Kritische Lage. Görtz soll vor Ablauf der Frist Weisung zur Abstimmung erhalten. Man harrt auf Nachrichten aus Wien.]

Die französischen Vorposten stehen bei Huttenheim und Rußheim, die Gefahr eines erneuten Einfalles ist noch vorhanden.

.... Dans cette position infiniment précaire où il est très nécessaire de peser chaque parole publique, j'ai prévenu le Cte de Görtz qu'il recevrait immanquablement avant le terme ultérieur du 10 de ce mois, qu'il m'a fixé, le précis textuel de ce qu'il aurait à dire ou à énoncer de notre part, attendu que nous craignions de désobliger également les deux parties en (sic!) nous, en tenant à ce qu'il nous a proposé. S'il était possible que nous pussions être informés encore avant ce terme ... du succès de Vos

représentations, ce n'en serait que mieux. Il semble que l'événement bien imprévu qui est survenu il y a 4 à 5 jours[1] ... prête une si grande évidence à Vos représentations qu'on devrait en pouvoir espérer une conviction salutaire et qui dispenserait de faire le sacrifice de toute notre existence peut-être, sans qu'il puisse en revenir le moindre fruit et avantage à personne et conséquemment pas non plus à la bonne cause. . . .

Concept.

---

474. Edelsheim an Mühl.

Karlsruhe, 5. Sept. 1799.

[Vorwürfe. Tadel der lässigen, ungenügenden Berichterstattung Mühls.]

|: So sehr Ew. unterm 19. v. M. ertheilten wichtigen Aufschlüsse[2] verbindlichst verdankt werden, so kann ich doch nicht bergen, daß solche vor Jahr und Tag weit schätzbarer gewesen sein würden. Es ist mir in Wahrheit nicht wol begreiflich, wie eine jenseitige Einwilligung hierzu vorbersamst erforderlich sein sollte und wie Ew. ꝛc. sich haben abhalten lassen mögen, zu rechter Zeit eine vertrauliche Eröffnung davon hieher gelangen zu lassen, statt der gewöhnlichen Einsendung der gedruckten Wiener Extrablätter, die um so seltener der Mühe eines eigenen Begleitungsberichts lohnen, als deren Inhalt meistens schon früher in allen unsern Reichszeitungen zu finden ist. . . :|

Concept.

---

475. Gemmingen an Edelsheim[3].

Wien, 7. Sept. 1799.

[Persönlich freundliche Aufnahme in Wien; kühles Verhalten gegenüber seiner Mission.]

Dankt für Mittheilungen Edelsheims über die Kriegsereignisse. Hat bisher vergeblich auf Audienz gewartet.

Si j'ai été reçu par mes anciennes connaissances de la façon la plus amicale et que je suis rétabli ici, comme si je n'avais jamais quitté Vienne, je n'ai pas manqué d'essuyer beaucoup de dégoûts par rapport à ma négociation, je n'entre pas dans ces détails, parceque cela ne mène à rien et que d'ailleurs je ne compte tout cela pour rien, si ma mission peut produire quelque bien. . . .

---

[1] Der neue Vorstoß der französischen Rheinarmee, vergl. S. 272 Anm.

[2] S. oben Nr. 466.

[3] Mit dieser Depesche geht zugleich ein an den Markgrafen (?) gerichteter Hauptbericht ab, der Aufschluß giebt über die bisherigen Schritte Gemmingens. Leider fehlt dieser, wie alle folgenden, für die Beurtheilung seiner Thätigkeit maßgebenden Hauptberichte.



476. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 12. Sept. 1799.

[Schwierige Lage. Vorsichtige Zurückhaltung geboten. Audienzen.]

Verweist auf den Hauptbericht Nr. 3, der zeige, wie er die neuesten Kriegsereignisse zu verwerthen gesucht[1].

.... Ma position est plus difficile qu'on ne saurait se l'imaginer; je dois avant tout regagner la confiance et les circonstances m'obligent d'aller si lentement: je ne puis jamais oublier, combien Msgr. le Margrave est exposé. ...

477. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 14. Sept. 1799.

[Philippsburg entsetzt. Rückzug der Franzosen über den Rhein bei Mannheim. Furcht vor einem neuen Uebergange rheinaufwärts.]

Edelsheim ist noch immer ohne Nachricht von Gemmingen[2]. Mittheilung politischer Neuigkeiten.

Vous savez que Philippsbourg est libre, grâce à l'approche de l'ange tutélaire de l'Allemagne, qui s'avance maintenant à grands pas vers Mannheim et peut-être plus loin, ce qui ne laisse pas de nous donner de nouvelles sollicitudes de quelque prochaine visite des Français qui après s'être retirés précipitamment par Mannheim ont remonté la rive gauche du Rhin et pourraient bien avoir le dessein de faire une petite diversion, en repassant le Rhin vers Selz ou quelque autre part où ils ne trouveront pas la moindre résistance. Notre situation, comme Vous voyez, est toujours infiniment critique.

478. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 16. Sept. 1799.

[Ablehnung eines Anschlusses an das pfalzbaierische Votum. Geplantes Votum. Man entschließt sich, das Protokoll offen zu halten. Gründe. Rechtfertigung der Reichstagspolitik in Wien.]

Der Markgraf läßt für den Bericht vom 7. d. M. danken; seine Angelegenheiten ruhen in den besten Händen.

Indem Ihre Hf. D. dem nähern und günstigen Erfolg derer Unterhandlungen des Herrn Abgeordneten entgegensehen, finden Höchstdieselben nöthig, Ihnen folgendes zu erkennen zu geben.

---

[1] Er enthielt wol Mitteilungen über den Empfang bei dem Kaiser, Thugut und Colloredo. Darauf bezieht sich auch vermuthlich im Tagebuche des Geh. Raths Meier der folgende Vermerk auf der Rückseite des Blattes, dem Nr. 468 entnommen: „Aeußerung in Audientia. Augustissimus wären leicht zu überzeugen, wie sehr Smus durch schändliche Künste wären getäuscht worden und wie sehr man Ihre mißliche Lage mißbraucht habe".

[2] Die erste Depesche Gemmingens vom 7. d. M. traf erst am 15. in Karlsruhe ein; die Post von Wien bis Karlsruhe braucht 8—10 Tage.

Einer der ersten und wesentlichsten Zwecke der Abordnung des Herrn Gesandten ist darin bestanden, die Art und Weise zu concertiren, wie sich auf das kaiserliche Commissionsdekret vom 12. Juli in comitiis zu äußern seie, ohne durch die Beistimmung zu den Allerhöchsten Absichten die hiesigen Lande unnützer Weise den imminenten größten Gefahren auszusetzen. . . .

Nun ist zwar schon von Regensburg aus unter'm 27. m. pr. der gemeinschaftliche Anrath dahin erfolgt, dem pfalzbaierischen voto in seiner Art sich anzuschließen. Die Bedenklichkeiten, welche hiergegen vorzuwalten schienen, wird der H. Abgeordnete aus dem mitgetheilten Reskript an die Comitialgesandtschaft vom 3. d. M.[1] entnommen haben. Gleichwolen waren des Herrn Markgrafen Hf. D. im Begriff, den im Vertrauen und nur zum allenfallsigen behutsamsten Gebrauch hier angeschlossenen Entwurf[2] Ihrem Comitialgesandten zugehen zu lassen; Sie sind aber hiervon durch ein wiederholtes Vorrücken der französischen Truppen in Ihre Lande bis zunächst an Ihre Residenz, hauptsächlich eben durch die Betrachtung zurückgehalten worden, dem Resultat der Unterhandlungen des Herrn Abgeordneten nicht vorgreifen zu dürfen, um nicht etwa dagegen anzustoßen. Diese letztere Betrachtung hat so überwiegend zu sein geschienen, daß des Herrn Markgrafen Hf. D. es minder bedenklich erachtet haben, das Reichstagsprotokoll sich offen zu halten, als wirklich schon ad vota zu schreiten, da der obhabende Auftrag des Herrn Gesandten jede Mißdeutung des bisherigen Stillschweigens geradezu zu widerlegen vermag und Ihre Hf. D. dem widrigen Gedanken keinen Eingang verstatten, daß man auf Ihre Vorschritte und auf Ihre äußerst gefährliche Lage keine billige Rücksicht nehmen werde. . .

Ihre Hf. D. der Herr Markgraf lassen dahero dem Herrn Gesandten auf das angelegentlichste empfehlen, das bisherige passive Verhalten in comitiis mit den vorwaltenden Umständen bestens zu entschuldigen und Sich forthin zu beeifern, in möglichster Bälde eine Allerhöchste Entschließung auszuwirken, indem sonst die Verlegenheiten über das zu beobachtende Benehmen mit jedem Tage größer werden.

479. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 17. Sept. 1799.

[Mißliche Lage, in Folge des Verhaltens von Görtz, welches die Absichten der Regierung durchkreuzt. Zuvorkommende Aufnahme der k. k. Truppen. Anweisung von Geldmitteln für Gemmingens Zwecke in Wien.]

Si la lettre que Vous m'avez fait l'honneur, Mr. le Baron, de m'écrire en date du 7 de ce mois a calmé mes sollicitudes, pour ce qui concerne Votre personne elle m'en fait éprouver de d'autant plus vives relativement

[1] S. oben Nr. 368. Die Depesche vom 27. Aug. fehlt.

[2] Baden ersucht darin den Kaiser, auf die völlige Erschöpfung des Landes „die reichsgesetzmäßige Rücksicht" zu nehmen und „an den bevorstehenden Präftationen eine merkliche Moderation zu bewilligen".



au succès très précaire de la négociation. Vous verrez par l'expédition officielle que je joins ici[1], dans quel terrible embarras nous nous trouvons à cet égard, il nous est encore bien plus sensible par la considération de ce que Vous éprouverez à ce sujet. Cependant je Vous conjure, Monsieur, de ne pas perdre courage et surtout de ne pas en suspecter injustement les véritables sentiments du Margrave et de son ministère, auxquels — je Vous le proteste — on ne saurait reprocher maintenant aucune vacillation des principes qui se trouvent bien précisément énoncés et exprimés dans Vos instructions. Ce n'est — je ne saurais le dissimuler — que l'inquiétude naturelle de S. Exc. Mr le Cte de G[œrtz] à Ratisbonne, animé davantage encore par les insinuations qu'on lui a faites de toute part à Munich, qui nous cause actuellement ce cruel impegno, par le concert précipité qu'il Vous a extorqué pour ainsi dire[2], avant que de Vous laisser entamer Votre négociation à Vienne, dont les demarches à la Diète auraient dû dépendre; tandisque, s'il n'avait pas entravé Votre plan, tel que nous en étions convenus, toute notre marche eût été parfaitement conséquente et nos retards involontaires n'auraient pas pu nous attirer le moindre reproche. Toutefois j'espère que l'évidence des contrariétés que le concours des circonstances a amenées si mal à propos justifiera notre conduite et qu'on ne nous refusera pas la confiance que notre zèle et notre dévouement à la bonne cause mériteront indubitablement dans la suite.

Les preuves que nous nous empressons de donner de ces sentiments aux troupes autrichiennes, qui occupent ou qui traversent à cette heure notre pays, ne sont pas méconnues par elles; non seulement elles se louent généralement d'être tout autrement reçues et accueillies chez nous que par les habitants de Wurtemberg, mais nous éprouvons aussi — avec une bien sensible reconnaissance — infiniment plus de ménagement et de discrétion de la part de ces troupes que nos voisins. . . .

Der Markgraf, der bereits vor einigen Wochen den Erzherzog Karl von Gemmingens Mission in Kenntniß gesetzt, wird demnächst demselben bei einem Besuche im Hauptquartier nähere Aufschlüsse über das Verhalten Badens Frankreich gegenüber geben, in der Weise, wie es der beiliegende Entwurf zeige[3].

|: Der Markgraf hat mir aufgetragen, Ihnen an die Hand zu geben, ob nicht durch einige zweckmäßige Verwendung klingender Spesen bei untergeordneten Stellen eine wirksame Geneigtheit für unsere Negociation gewonnen werden könnte, auf welchen Fall hin Sie mir vertrauliche Vorschläge mittheilen und zum voraus versichert sein möchten, daß S. D. gerne hie und da einige hundert

---

[1] S. Nr. 478.

[2] Es handelt sich um den oben S. 351 erwähnten Vorschlag von Görtz, dem auch Gemmingen sich angeschlossen.

[3] S. Nr. 378.



Dukaten sakrificiren würden, womit wirklich soviel 100000 Gulden für das arme Land erspart werden dürften. Nur rathe hierbei den H. Gesandten v. M[ühl] ja nicht zu gebrauchen. :|

480. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 18. Sept. 1799.

[Abwartende Haltung.]

Ayant l'honneur d'envoyer à V. E. mon quatrième rapport[1], je ne crois pas avoir besoin de m'excuser et sur la sécheresse de mes rapports et sur l'inaction de laquelle je me suis fait une loi. J'ose au contraire espérer qu'Elle approuvera la circonspection que je crois devoir mettre dans mes démarches. . . .

En attendant je me regarde ici comme otage des intentions patriotiques de Msgr. le Margrave que j'ai professées en son nom et qui assurément n'attendent que des circonstances plus favorables pour dissiper par le fait des doutes que des malheureuses circonstances ont fait naître.

481. Mühl an Edelsheim.

Wien, 22. Sept. 1799.

[Rechtfertigungsversuch. Ungünstiges Urtheil in Wien über Gemmingen. Klage Mühls über den bisherigen Mangel an Instruktionen.]

|: Mühl sucht sein Verhalten gegenüber Edelsheims Vorwürfen zu rechtfertigen. Seine Stellung habe die größte „Vorsicht, Prudenz und Diskretion“ erfordert: „mir wird nicht nur nichts artikulirt; ich suche Erläuterung und erlange sie nicht, sondern man will durchaus nicht, daß ich etwas bloßgebe“. Was hätte er also berichten können, ohne den Tadel „unberufener Geschäftigkeit“ zu gewärtigen. Ueberdies habe er voraussetzen dürfen, daß man in Karlsruhe durch die beiden k. k. Minister in Rastadt genügend über die Stimmung in Wien unterrichtet sei. Er habe auch bisher nur von dem bekannten Separatfriedensvertrage vom Juli 1796 Kenntniß gehabt, „worüber man zuverlässig anfangs sich hier empfindlich bezeugt hatte, weswegen aber endlich alles vergnüglich auseinander gesetzt worden war, sowie damals die Entfernung von Raticifirung des anderweiten Separatfriedens zu erkennen gegeben worden war“.

. . . Was die Abschickung betrifft, breche ich nach der mir zu meiner wahren Betrübniß gewordenen Mißbilligung eines für mich zwar unvermeidlich gewesenen Stillschweigens dasselbe über einen Umstand, den ich zwar in verschiedenen Hinsichten zu unterdrücken entschlossen war, den in engem Vertrauen nicht eröffnet zu haben etwa doch einmal, wenn er zur Kenntniß käme, gemißbilliget werden könnte.

Als ich nämlich dem Reichvicekanzler die Ankunft des Freih. von Gemmingen eröffnete, verwunderte er sich nicht nur über die in ihm getroffene Wahl im Allgemeinen, weil derselbe freilich keineswegs hier mehr seit vielen Jahren in der vorigen Kategorie stehet, sondern der Reichsvicekanzler setzte hinzu, daß

[1] Fehlt.

er sich sogar wundere, wie der Herr von Gemmingen die Commission zu übernehmen sich hätte entschließen können, dann, wenn es auf Justificirung ankomme, er sie am ersten für sich selbst nöthig habe, um so mehr als ihn die Ritterschaft in einem eigenen Schreiben desavouirt hätte[1]. Der Baron Thugut hat sich in ebendiesem Sinn geäußert, und nicht weniger hinzugefüget, daß auch an ihn die Reichsritterschaft des Endes ein Schreiben, um den Herrn von Gemmingen zu desavouiren, abgelassen hätte. Alle diese Eröffnungen sind jedoch gesprächsweise, und nicht ministerialiter geschehen, daher ich auch bitten muß, davon nichts bloßzugeben, besonders mit dem Baron von Gemmingen mich im mindesten nicht zu compromittiren.

... Läugnen will ich übrigens nicht, daß geraume Zeit her meine Berichte sich eben nicht ausgezeichnet haben, aber, verehrungswürdiger Gönner, neun Vierteljahre habe ich nicht das Glück und Vertrauen genossen, wie vorhin in Ministerialcorrespondenz mit Ew. Hochwolgeboren oder einem andern Herrn Minister zu stehen, bin ohne Leitfaden geblieben, oft in Schwanken, Ungewißheit und Zweifel gerathen, und wie ich oben angeführt habe, wird hier jetzt ungemein Circumspektion und Prudenz erfordert, zumalen da die Complikationen so groß sind. ... :|

---

482. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 26. Sept. 1799.

[Abstimmung am Reichstag; Baden enthält sich derselben. Bereitwilligkeit zu den Lieferungen für die k. k. Armee.]

Der Markgraf läßt seine volle Zufriedenheit mit G.'s klugem, maßvollem Verhalten bezeugen.

.... Nous n'avons pas été dans le cas de rompre le silence de notre plénipotentiaire à la Diète de l'Empire, — et cela n'a pu porter aucun préjudice à la conclusion qui a été entièrement conforme à ce qu'on attendait[2].

Cependant nous ne négligeons pas les occasions de marquer notre zèle par la promptitude à fournir dans les termes fixés toutes les réquisitions qu'on nous impose et nous venons en outre de nous engager à une prestation concernante les baraques qu'on va construire à Philippsbourg pour la brave garnison, qui fait pour notre part un objet instantané de 12000 florins....

---

[1] Otto v. Gemmingen hatte mit den Rastadter Gesandten die bekannte Karlsruher Erklärung vom 1. Mai unterzeichnet, obgleich nicht er, sondern sein Vetter Eberhard v. G. Vertreter der Reichsritterschaft war. Vergl. Hüffer II, 325, Anm. 2.

[2] Ueber das Resultat der Abstimmung vergl. oben Nr. 374.



483. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 28. Sept. 1799.

[Die Erfüllung der Pflichten gegen das Reich mit dem Separatfrieden unvereinbar; jeder Mittelweg verderblich. Aufhebung des Separatfriedens und Verhandlungen mit Oesterreich die einzige Rettung.]

. . . S'il n'était pas à sa place que dans mon rapport je me permette de hasarder mon opinion sur le parti que S. A. S. aurait à prendre dans ces circonstances, j'espère que V. Exc. attribuera à mon zèle ce qui pourrait paraître témérité, quand je Lui communique mes idées sur ces objets qui occupent actuellement toute mon existence.

Le premier parti serait de se borner strictement aux devoirs que les lois de l'Empire imposent et que selon mes instructions je dois reconnaître; en tâchant toute fois d'en diminuer le fardeau autant que possible, on tâcherait en même temps de conserver les relations avec le gouvernement français et excuserait par les circonstances impérieuses ce qui se trouverait en opposition avec les conditions de la paix. Je crains que ce parti désobligera tout le monde et ne laissera pas d'être aussi onéreux pour le pays qu'embarrassant pour S. A. S. malgré toutes les diminutions qu'on pourrait obtenir avec beaucoup de peine à l'égard des mois romains et du contingent. De toutes les façons j'y vois des risques. Si la chance redevient favorable aux Français, assurément ils se trouveraient bien embarrassés de devoir conserver seul le Margrave de Bade, ne s'agirait-il même que d'invasions partielles, assurément ils ne ménageront pas le pays, dès qu'il y aura seulement une compagnie du contingent de Bade en campagne; mais supposé que le gouvernement veuille bien, tant que cela lui paraîtra utile, condescendre à ce que ces prestations de mois romains et de contingent puissent être combinés avec l'état de paix, — cette paix ne reconnaît-elle pas très positivement que les possessions de Msgr. le Margrave sur la rive gauche appartiennent aux Français? et si la chance continue à être heureuse pour la coalition, je ne sais pas ce qu'il y aura à opposer, si elle se croit en droit de disposer de ce qu'elle a pris à l'ennemi, tandis que l'ancien possesseur en vertu d'un acte toujours subsistant y a renoncé purement et simplement, car les stipulations des articles secrètes peuvent être ignorées, et même en les admettant je ne trouve pas que les stipulations du traité patent sont devenues conditionnelles par là, et certainement cela n'était pas l'intention des Français. Quant à moi, je ne vois dans les circonstances présentes aucun salut, tant que ce traité subsiste, et si j'avais un conseil à donner, je n'hésiterais pas un instant à opiner qu'on déclarât directement à l'Empereur que S. A. S. regarde ce traité de paix comme non avenu et qu'Elle est prête de faire tout ce qui est en Son pouvoir pour la cause commune; que si la population de Son pays Lui permet de fournir le

quintuple du contingent, l'épuisement de Ses finances et l'impossibilité de tirer quelque ressource d'un pays, accablé continuellement par le fléau de la guerre, ne Lui permet pas de mettre ce contingent en campagne et de fournir les mois romains. Cette déclaration mènerait à une négociation, où on pourrait peut-être faire des conditions qui diminuera (sic!) le fardeau qui sans cela pèsera de toute façon sur le pays de Bade, sans pour cela fournir plus de troupes que ce que le quintuplum exige et à quoi les sujets sont obligés. L'essentiel est qu'on puisse formellement annoncer que ce malheureux traité de pays n'existe plus; si on peut partir de ce point, alors je crois qu'avec quelque suite qu'on y mettrait il ne serait pas impossible de tirer à la paix prochaine des avantages des liaisons que la maison de Bade a contractées. Mais sans m'abandonner à ces idées encore vagues je ne vois que des dangers dans le parti contraire, et même j'avoue que cela me fait de la peine, quand je pense que tout le long du Rhin il n'y aura bientôt que le pays de Bade qui n'est pas sous les armes. Au reste je ne dissimule pas les risques qu'il y a à courir, mais dans de certaines circonstances le plus mauvais parti est celui de n'en avoir aucun....

484. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 3. Oct. 1799.

[Rücksichtnahme auf die Erschöpfung des Landes und die Gefährdung durch Frankreich in Wien zu empfehlen. Man sondirt wegen des ferneren Verbleibens von Reitzenstein in Paris. Pünktliche Erledigung der Lieferungen für die Armee; der Beitritt zum Landsturm abgelehnt.]

... Da der Inhalt erwähnter Berichte[1] des Herrn Gesandten bis hierhin keine höchste Weisungen erfordert, die nicht schon in dessen Hauptinstruktion begriffen wären, so bleibt Sr. Hf. D. auch dermalen noch ein mehreres nicht übrig, als die Billigung des bisherigen angemessenen Benehmens demselben bestens versichern zu lassen. Es ist also gewissermaßen nur eine Wiederholung, wenn man in Ansehung möglichst auszuwirkender Mäßigung der hiesigen Präſtationen an sich und Schonung in Rücksicht auf unsere immer äußerst gefährliche Nachbarschaft hier noch bemerklich machet, einmal daß schon die unumgänglichen Requisitionen für die k. k. Armee alle Kräfte des Landes überschreiten und, daneben das Quintuplum zu stellen und die vollen 100 Römermonate zu entrichten, eine wahre Unmöglichkeit seie, wiewol man sich äußerst anstrenge, jenen requirirten Bedürfnissen allermöglichst Genüge zu leisten; sodann daß die Franzosen nur auf die öffentliche Theilnahme am Reichskrieg zu warten scheinen, um die noch okkupirten Landestheile auf's feindlichste zu behandeln und vollends zu Grunde zu richten.... Uebrigens mag jene Theilnahme am Reichskrieg noch so gering ausfallen, so wird man sie dem französischen Gouvernement nicht vorhalten können,

[1] Der fehlenden Berichte Nr. 1—5.



und sie wird immer den gleichbaldigen Abgang des hiesigen Gesandten in Paris oder seine Fortweisung zur Folge haben.

Vor der Hand ist derselbe von der besonderen Absendung des H. Abgeordneten nach Wien zwar benachrichtiget, noch zur Zeit aber weder zur Abreise, noch zu einer desfallsigen Erklärung an das französische Direktorium angewiesen. Sollte der Herr Abgeordnete über diesen Gegenstand, ob und wie etwa jener Aufenthalt des Gesandten in Paris zur Abwendung größerer Gefahr für die hiesigen Lande noch länger fortgesetzt werden könne oder schleunig aufhören müsse, eine zweckmäßige Auskunft an die Hand zu geben vermögen, so würde deren baldmöglichste Mittheilung hieher ungemein wichtig sein. . . . .

Inzwischen sind nicht nur zur Herstellung der Philippsburger Militärgebäude die angesonnenen beträchtlichen Prästationen ungesäumt übernommen, und für die verunglückten Inwohner eine Landescollekte veranstaltet worden, sondern man strengt auch die äußersten Kräfte an, den Requisitionen für die k. k. Armee, die nur allein an Heu 80000 Centner von den hiesigen Landen erfordern, mit solcher Pünktlichkeit Genüge zu leisten, daß man hierüber der besonderen Zufriedenheit des hohen Armeecommando sich zuverlässig versichert halten darf, womit dann auch der gemeinen Sache der wesentlichste Dienst geleistet wird. Den öffentlichen Beitritt zum Landsturm hingegen, der durch ungewöhnliche Werbungen immer weiter ausgedehnt zu werden gesucht werden will, hat man bewandten Umständen nach selbst mit höchster Billigung des Herrn Erzherzogs Königl. Hoheit bisher noch abgelehnt[1].

485. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 9. Oct. 1799.

[Gemmingen verharrt in seiner abwartenden Haltung.]

Uebersendet den officiellen Bericht Nr. 8. «Elle [sc. V. Exc.] verra que je n'ai pas encore été dans le cas de faire aucune démarche décisive, ma santé toujours mauvaise depuis que je suis à Vienne m'a empêché de sortir et d'ailleurs par les raisons alléguées dans mon rapport je n'ai pas cru que le temps était venu pour faire les déclarations que les circonstances exigeront.»

486. Mühl an Edelsheim.

Wien, 6. Nov. 1799.

[Angebliche badische Denkschriften über Forderungen an den Wiener Hof. Verstimmung über das badische Geh. Rathsdekret vom 9. October.]

|: Man hat dieser Tage in meinem Beisein bei Gelegenheit eines Gesprächs über die wahrscheinliche oder unschienliche Zurückkunft des H. Grafen von Cobenzl[2] . . . mit erwähnt, daß man selbst hier schon längst und besonders über

[1] Vergl. S. 279, Anm. 1.

[2] Es handelt sich um das Gerücht einer Abberufung des Grafen Ludwig Cobenzl von seinem Petersburger Posten angesichts der wachsenden Entfremdung zwischen Wien und Petersburg.



sein Betragen und seine Unterhandlung zu Campo Formio und Selz unzufrieden gewesen wäre; wie er dann auch darüber einen starken Verweis bekommen habe, daß er von Ew. &c. zwei Promemoria wegen Forderungen an den hiesigen Hof, zumalen mit dem Vorschlag der Abtretung eines Theils der Ortenau, obgleich zu solchen Gegenständen gar nicht bestimmt, und ohne sich durch die leicht selbst zu ermessende Unannehmlichkeit des Antrags abhalten zu lassen, angenommen habe. Mir, sagt man, werde die Sache wol bekannt sein. Ich antwortete, daß ich nichts wüßte, worauf ich merkte, daß man es sich reuen ließ, diesen Punkt in meiner Gegenwart berührt zu haben, ich thue aber deswegen gegen Ew. &c. in gehorsamstem Vertrauen Meldung hiervon, weil man einfließen ließ, daß vielleicht H. v. Gemmingen mit der Sache wieder beauftragt sein werde. . . .

Im übrigen darf ich ebenfalls ohnangeführt nicht lassen, daß die in der Anweisung für die Unterthanen vermöge der Zeitungen ausgedrückt befindlich sein sollende Berufung auf die mit Frankreich bestehenden Verträge sehr hier empfunden wird. :|

---

487. Gemmingen an Edelsheim[1].

Wien, 11. (13.) Nov. 1799.

[Gemmingens Erklärungen. Man nimmt in Wien Rücksicht auf die kritische Lage des Markgrafen. Befreiung von dem französischen Einflusse und Anschluß an Oesterreich geboten.]

Verweist auf seinen Bericht vom 9ten d. M.[2], der zeige, wie wichtig es sei, «de se préparer à toutes sortes d'événements qui pourraient bien résulter du singulier conflit des circonstances présentes».

J'espère qu'il sera inutile de Vous répéter que je n'oublierai jamais la situation critique dans laquelle se trouve Msgr. le Margrave . . . ., je puis même Vous assurer qu'on m'a temoigné ici à cet égard beaucoup d'équité et que, si on m'a fait sentir qu'on se croit obligé à toute sorte de réserve vis-à-vis de l'envoyé d'un prince qui se trouve dans le cas de ménager les deux partis, il n'y a au fond rien a répliquer à cela.

J'ignore quand je me trouverai derechef à même d'avoir quelqu'entretien ultérieur sur l'objet de ma mission, sans compter l'immensité d'affaires majeures qui occupent la chancellerie d'état, il se peut fort bien que dans la crise présente on ne voudra pas s'expliquer; et devenir importun, c'est selon moi en tout temps une mauvaise manière de faire les affaires. Au reste quelque soit le résultat ultérieur, la démarche que je viens de faire dans les circonstances présentes doit prouver, combien je crois pouvoir compter sur la constance des principes de Msgr. le Margrave; elle mettra

---

[1] Mangelhafte Stilisirung und Wiederholungen beweisen, daß die Originalausfertigung jedenfalls nicht in dieser Gestalt abgegangen ist. Eine Abschrift der Depesche, Bruchstück, ist datirt vom 13. Nov.

[2] Fehlt. Ueber den Inhalt vergl. das Conferenzprotokoll vom 19. Nov. Oben Nr. 394.



en évidence, que si l'éclat des succès n'a pu le faire à compromettre (sic!) pour des simples formes le bien-être de Ses sujets, S. A. S. ne sera pas moins constamment attachée pour le fond à la cause commune et prête à tous les sacrifices dont il pourra résulter un bien réel.

C'est ma conviction intime de la loyauté de S. A. S. que je voudrais pouvoir communiquer et faire renaître la confiance que doit inspirer un prince conséquent dans ses démarches. Aussi .... je m'applique non à disculper la conduite politique de Msgr. le Margrave, mais à prouver qu'elle a été conséquente; par là bien éloignée de devoir inspirer de la méfiance, elle doit rassurer sur la solidité des engagements que S. A. S. pourra prendre.

Mais je ne saurais arriver à mon but que par une marche toute aussi lente qu'incertaine, tant que je dois avoir pour but de fournir seul prétexte au gouvernement français à maltraiter le pays de Bade....

Mais il me paraît extrêmement urgent de prendre de pareils engagements, Msgr. le Margrave ne saurait se passer de quelqu'appui pour ne pas venir dans la dépendance totale d'un gouvernement aussi peu stable que le sera pendant longtemps encore celui des Français. Assurément on doit éviter à fournir à celui-ci un prétexte de maltraiter le pays de Bade, mais ce but ne peut être que secondaire, nécessairement subordonné à l'intérêt majeur d'assurer autant que possible la future indépendance de S. A. S. Cette indépendance de Msgr. le Margrave est également un intérêt majeur de la cour de Vienne pour laquelle elle doit s'intéresser, dès-qu'on sera persuadé que c'est l'objet principal de la politique de Msgr. le Margrave....

Concept.

---

488. Observations sur les traités que S. A. S. le Margrave de Bade a été obligé de conclure avec le gouvernement français[1].

o. O. u. D. (Herbst 1799).

[Beleuchtung und Rechtfertigung der Friedensverträge mit Frankreich.]

Gemmingen überreicht dem russischen Botschafter in Wien, Grafen Rasumowsky[2], auf dessen Wunsch Abschriften der Verträge mit Frankreich und begleitet dieselben mit erläuternden Bemerkungen.

Seit Beginn der Revolution habe der Markgraf stets im Einvernehmen mit dem Wiener Hof gehandelt, noch, ehe das Reich den Krieg erklärt, ein Hilfscorps gestellt, und nach Kräften zur Vertheidigung des Reiches mitgewirkt. Dem Ansuchen des Wiener Hofes um eine Anleihe zur Deckung der Kriegskosten entsprechend, habe er auf eigenen Credit, da seine Kassen selbst erschöpft waren, die Summe von 600000 fl. beschafft. «Lorsque

---

[1] Denkschrift Gemmingens, wol noch im Herbst 1799 entstanden und übergeben. Nähere Nachrichten liegen nicht vor, da die Hauptberichte G.'s fehlen.

[2] Ueber den Grafen Andreas Cyrillowitsch Rasumowsky vergl. die biogr. Skizze von Schnitzler in Raumer's histor. Taschenbuch, 1863, S. 1 ff.

S. M. le Roi de Prusse, après avoir conclu une paix particulière, offrait sa protection pour une neutralité assurément bien désirable pour des états aussi exposés que l'étaient ceux de Msgr. le Margrave, S. A. S. resta fidèle à Ses principes de ne point abandonner la cause commune. Déjà dans la trop malheureuse année 1796 les Français avaient occupé Kehl, que le Margrave offrait encore ses milices pour contribuer à remplir le vuide que les troupes appelées en Italie avaient laissé.

Erst die folgenden Ereignisse, der Rückzug der österreichischen Armee vom Rhein, ihr theilweiser Abmarsch nach Italien und die französische Invasion, haben den Markgrafen gezwungen, «après un règne de cinquante ans constamment dirigé vers le bien public» außer Landes, nach Ansbach, zu flüchten, während das Geheimerathscollegium, dem er Generalvollmacht ertheilt, sich genöthigt sah, dem Vorgange Würtembergs folgend, einen Waffenstillstand mit Frankreich abzuschließen.

(Folgt der Vertrag.)

Zu Art. 6 wird bemerkt, Moreau habe das Mißverhältniß der Contributionen gegenüber von Würtemberg ausdrücklich mit dem Hinweis auf die eifrige Theilnahme des Markgrafen an dem Kampfe gegen Frankreich begründet.

Zu Art. 9: «Aucune communication avec le Margrave ne pouvant avoir lieu et les négociateurs pour le Duc de Wurtemberg étant déjà partis, le conseil intime, pressé par le général Moreau, se trouvait obligé d'envoyer Mr. de Reitzenstein comme plénipotentiaire avec des instructions très générales, mais avec l'injonction expresse de ne rien conclure avant d'avoir fait un rapport sur les conditions que le gouvernement français exigeait. Dès l'arrivé de l'envoyé de Bade à Paris il ne s'agissait pas de négocier, mais de souscrire au traité absolument conforme à celui que les plénipotentiaires du Duc de Wurtemberg avaient signé le 7 d'août. . . En vain Mr. de Reitzenstein demandait le délai nécessaire pour faire son rapport et attendre des nouvelles instructions. Dans l'alternative de faire traiter hostilement le pays de Bade ou de conclure ce traité dicté par la force, il choisit le dernier parti et signa sauf la ratification de son Sme maître.»

(Folgt der Vertrag vom 22. Aug. 1796.)

Zu Art. 1—6: Diese Abtretungen sind nur bedingt (ne pouvaient être qu'éventuels), da kein Reichsstand das Recht besitzt, auf eigne Faust Reichsland abzutreten. Das gleiche gilt von Art. 7—10, «depuis la paix de Lunéville sous tous les rapports nulles».

Zu Art. 11 und 12: «le gouvernement français n'a jamais réclamé du Margrave l'exécution de ces articles aussi peu que de tous les autres».

Zu Art. 15: Depuis il n'en a jamais été question.

Zu Art. 16: Les séquestres n'ont pas été levés. Tant que la guerre durait ni menace, ni persuasion ont pu faire ratifier par le Margrave ces traités avec les articles secrets. Ce n'est qu'après la paix de Campo Formio que S. A. S. y a consenti comme une simple affaire de forme après avoir répété que les articles contraires à la constitution germanique étaient nuls par eux-mêmes, le gouvernement français . . . ayant exigé plus impérieusement que jamais une ratification pure et simple, essentielle à ce qu'il prétendait à la dignité de la République. Le 15 décembre 1797 l'échange des ratifications eut lieu à Paris, ainsi après l'ouverture du Congrès de Rastadt et après que Mayence avait été cédée aux Français. . . .

Weitere Opfer erheischten die geheimen Artikel. Der badische Gesandte «connaissant les avantages qui avaient été promis aux plénipotentiaires du Wurtemberg crut devoir se faire stipuler tout ce qui se présentait alors à son imagination

comme favorable aux intérêts de son maître. Il faut attribuer à la situation difficile dans laquelle Mr. de Reitzenstein se trouvait, si ces stipulations étaient de nature à exciter l'animosité des coétats de Msgr. le Margrave sans avoir les avantages qu'ils paraissent promettre».

(Folgen die geheimen Artikel.)

Zu Art. I, 1 wird bemerkt: «S. A. S. n'a jamais cru qu'il serait d'une bonne politique de séculariser l'évêché de Constance dont la majeure partie des revenus se trouve en Suisse et qui par là seraient perdus pour l'Allemagne.»

Zu Art. I, 3: «Les stipulations pour Philippsbourg étaient évidemment nulles.»

Zu Art. II, 2: «Les droits dont S. A. S. est à même d'user à cet égard rendaient cet article absolument superflu.»

Zu Art. IV: «Cette concession était nulle en vertu de la constitution germanique.»

Art. VII: «Des pareilles dettes n'existaient pas.»

Art. VIII «se trouve dans tous les articles secrets tant que de Campo Formio que des autres princes».

Art. IX: «incompatible avec la constitution germanique».

Art. X: «De même, autant que la force n'en décide pas autrement.»

Art. XIII: «Cette jurisdiction étrangère ne laisserait pas que d'être fort importante. Il n'en a jamais été question depuis.»

Art. XVI: «jamais le gouvernement français a exigé la nouvelle contribution stipulée dans cet article».

Art. XVII: Das gleiche gilt hier. Frankreich hat trotz seiner Finanznoth die Ausführung dieses Artikels nie gefordert.

Art. XVIII: Ces obligations imposées par une puissance étrangère pouvaient devenir trop conséquentes, pourque S. A. S. pourrait les contracter.

Il y avait un article additionnel, par lequel le gouvernement français promettait de s'intéresser afin que les Princes puînés soient indemnisés par l'abbaye de Salmansweiler.

Observation générale.

Si le gouvernement français depuis l'échange des ratifications n'a pas pensé à remplir son engagement de traiter sur les modifications des articles contre lesquels le Margrave de Bade réclamait, il a tout aussi peu exigé leur exécution, comme il a déjà été observé, et S. A. S. a profité dans cet état intermédiaire pour éviter depuis à ses sujets au moins d'être traités hostilement, tandisque les dommages occasionnés par la guerre, dont les margraviats de Bade étaient le théâtre permanent, se montent d'ailleurs à plus de vingt millions de florins.

Concept.

---

489. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 12. Nov 1799.

[Finanzielle Nothlage. Es fehlen selbst die Mittel für eine Entfernung des Hofes von Karlsruhe.]

Die Franzosen rücken neuerdings mit starker Macht gegen Philippsburg vor.

Gegen Ew. Hochwolgeboren darf ich kein Bedenken tragen, unumwunden zu bekennen, daß es uns sogar an den nothwendigsten Mitteln gebricht, den Plan einer allfallsigen neuen Emigration in's Werk zu setzen, wobei die Aussicht, bei einer solchen Entfernung auch nicht einmal mehr auf das geringe Einkommen,

das man anjeƶt noch vom Lande zieht, rechnen zu dürfen, allerdings die Verlegenheiten noch sehr vergrößert. Wenn nicht Friede wird, ... so sind wir ohnfehlbar verloren und vernichtet.

490. Edelsheim an Mühl.

Karlsruhe, 24. Nov. 1799.

[Eine Denkschrift ist Cobenzl nie übergeben, die Abtretung der Ortenau nur gelegentlich erwähnt worden. Friedenshoffnungen.]

|: Uebrigens versichere ich auf Ehre, daß ich nie irgend ein Promemoria an den Grafen Cobenzl erlassen habe[1], mithin derselbe auch niemals deswegen im Fehler gewesen sein kann. Von der Ortenau ist einmal weitlos und zwar eigentlich weniger mit ihm, als mit einem andern kaiserlichen Minister gesprochen worden. Da ich aber gar leicht bemerkte, daß man darauf zu entriren wenig geneigt war, so habe ich die Sache ganz fallen lassen, und es ist seitdem kein Gedanke je gewesen, diesen Gegenstand irgendwo wieder in Anregung bringen zu lassen. :|

Hofft, daß der Staatsstreich in Frankreich den Frieden bringen werde.

491. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 28. Nov. 1799.

[Der Markgraf erfreut über die gerechte Würdigung seiner Lage durch Graf Lehrbach. Weisung zu vertraulichem Einvernehmen mit demselben auf dem Kreistag.]

Zeigt den Empfang eines Berichtes vom 13. d. M. an.

Wenn auch die erwartende nähere Aufschlüsse noch nicht darinnen enthalten waren, so haben doch einige der gegebenen Nachrichten S. Hf. D. besonders interessiret, und die billige Denkungsart des H. Grafen von Lehrbach Exc. gegen Höchstdieselbe hat Ihnen wahre Freude und Beruhigung gewähret; auch haben Sie bereits Ihren zur Absendung am schwäbischen Kreisconvent nach Augsburg bestimmten Gesandten, Geh. Rath v. Wöllwarth, eigens angewiesen, durch offenes und vertrauliches Benehmen mit gedachtem kaiserlichen Herrn Minister dessen Geneigtheit und günstigen Unterstüƶung sich bestens zu empfehlen. Nur ist es sehr zu bedauern, daß Herr v. Wöllwarth wegen einer ihm zugestoßenen Unpäßlichkeit bis jeƶt noch nicht von hier hat abreisen können, welches doch hoffentlich in den nächsten Tagen geschehen wird[2]. . . .

[1] S. oben Nr. 486.

[2] Die Nachricht ist wol fingirt, sie hat lediglich den Zweck, das Fernbleiben vom Kreistage als ein nicht beabsichtigtes erscheinen zu lassen. Von Weisungen für Wöllwarth kann nach der Lage der Dinge in Karlsruhe keine Rede sein. Vergl. oben S. 291 ff.

4. Gesandtschaften in Paris und Karlsruhe. Jan.—Aug. 1800.

492. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 1. Januar 1800.

[Voraussichtliche Ernennung Michel Mathieu's zum Geschäftsträger in Karlsruhe.]

|: Malgré mes souffrances je m'empresse de Vous expédier ce Nr. par lequel j'ai à Vous annoncer presqu'officiellement que le Consulat veut envoyer à Carlsrouhe un chargé d'affaires dans la personne du citoyen Mathieu[1] dont l'un des frères, ex-représentant du peuple, est maintenant employé au département des affaires étrangères, et l'autre, Mathieu Favier, ... qui était et est encore commissaire ordonnateur ... et doit être très connu, je crois même avantageusement, sinon de Vous, du moins de Mr le cons. privé Meier. Ce choix nous doit être bien agréable, parcequ'on m'a fait un portrait très favorable de cet homme qui a été Anti-Jacobin décidé et dont conséquemment nous n'avons rien à craindre sous ce rapport le plus important de tous; il a fait aujourdhui ma connaissance pour m'annoncer lui-même sa nomination prochaine. ... Il m'a paru bien honnête homme, quoique pauvre diable, ayant une femme avec sept enfants et ayant perdu toute sa fortune dans la révolution. Au reste l'affaire n'est pas encore irrévocablement décidée, puisque le rapport formel que le Consul Bonaparte a demandé à ce sujet à Talleyrand Périgord n'était pas encore fait hier. ... De même il n'est pas encore décidé, s'il aura des lettres de créance à Monseigneur ou une lettre du ministre à Vous. Toute l'affaire a dû rester encore secrète. ...:|

493. Talleyrand an Reitzenstein.

Paris, 2. Jan. 1800 (12 nivôse an 8).

[Regierungsantritt des Ersten Consuls. Neuaccreditirung. Pflege freundnachbarlicher Beziehungen zu Baden.]

Anzeige des Regierungsantritts des Ersten Consuls: ihm haben die Vertreter des Auslandes ihre Creditive zu übergeben.

«Le Premier Consul me charge de Vous adresser cette notification et de Vous assurer qu'il mettra tous ses soins à cultiver et à resserrer les rapports d'amitié et

[1] Michel Mathieu, ein Bruder des bekannten Diplomaten François Jos. M. Vergl. die Einleitung.



de bonne intelligence qui existent entre le gouvernement de la République et celui du Margraviat de Bade.»

494. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 7. Jan. 1800.

[An Stelle Mathieu's ernennt Bonaparte Nic. Massias zum Geschäftsträger beim schwäbischen Kreise.]

|: En Vous prévenant que j'ai à Vous faire part d'une nouvelle réellement désagréable, Vous Vous doutez déjà que je vais Vous parler du citoyen Massias[1], officier d'artillerie, à la place de chargé d'affaires, près du Cercle de Souabe et devant résider chez nous. Voici, comment cela s'est passé. . . . Talleyrand Périgord avait proposé Mr. Mathieu pour cet emploi et cette proposition avait déjà été agréée et préalablement annoncée à cet honnête homme. L'arrêté formel de nomination dut être présenté à la signature de Bonaparte, . . . mais dans le moment où on allait l'expédier, le ministre reçut un billet de Bonaparte portant, qu'il venait de destiner cet emploi à une autre personne; j'en reçus la nouvelle le lendemain et je sus que Bonaparte avait désigné un militaire, le soir j'appris que c'était un officier du génie, mais je n'en pus savoir davantage et prévenu, comme je le fus, que la nomination devait encore rester secrète, je ne pouvais qu'attendre des renseignements plus positifs qui m'étaient promis, dèsque l'arrêté parviendrait aux bureaux du département des affaires étrangères. . . .

Trotz der Zusage wird die Ernennung durch Indiskretion im Moniteur publicirt, ehe Reitzenstein davon amtlich benachrichtigt wird[2]; er beschwert sich daher bei Talleyrand.

Le ministre s'en excusa, en me disant qu'il s'était précisément proposé de m'en informer officiellement, lorsque je m'étais présenté chez lui, qu'au reste le citoyen Massias aurait des créances pour Msgr. le Margrave et que nous serions sûrement très satisfaits de lui, puisque c'était un excellent sujet, qui ferait son possible pour entretenir réciproquement la bonne harmonie, à quoi il serait d'autant plus propre qu'il possédait la confiance personnelle de Bonaparte, dont il a été un des compagnons et est revenu avec lui de l'Egypte. . . .:|

495. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 18. Jan. 1800.

[Bedenken wegen der Ernennung von Massias. Ihre Publication im Moniteur nachtheilig. Uebler Eindruck bei Oesterreich; Rathschläge Sandoz-Rollins und Reitzensteins, demselben zu begegnen.]

|: . . . Quant au personnage en lui-même, on dit à la vérité beaucoup de bien de lui et j'ai reçu sur son compte des témoignages infiniment

[1] Ueber Massias s. die Einleitung.

[2] S. Moniteur vom 16 nivôse (6. Jan.). Erst am 9. Jan. (19 niv.) theilt Talleyrand dem bad. Gesandten die Ernennung officiell mit.

favorables à sa moralité et à sa manière de se conduire de très bonne part, . . . mais malgré cela il est impossible de ne pas remarquer que c'est un homme absolument neuf dans la carrière diplomatique qui ne peut rien entendre à cette sorte d'affaires, qui sait à peine dans quel coin du monde réside la Souabe, qui n'a pas la moindre notion de la constitution germanique et du droit public de l'Allemagne . . ., auquel conséquemment il sera le plus souvent extrêmement difficile de faire comprendre les choses en apparence les plus naturelles. Cela est si vrai qu'il a été lui-même étonné de sa nomination et s'en trouve presqu'embarrassé; en outre il est officier français — c'est à dire qu'il faut bien lui supposer une forte dose de présomption . . ., un ton de légèreté qui nous paraîtra quelquefois approcher de l'insolence . . .; ne sachant pas la langue allemande il s'ennuyera à Carlsrouhe, où tout lui paraîtra trop petit, et par suite de cet ennui il obsèdera journellement la cour et Vous et pourrait bien Vous devenir bientôt très à la charge. . . . Peut-être les couleurs de mon tableau sont-elles trop rembrunies, car je ne le connais pas encore de personne. . . . Si mes appréhensions auront été vaines, tant mieux, il est toujours préférable de se préparer au pis. De l'autre côté il est aussi vrai, que si nous pourrions réussir à le prévenir en notre faveur, il nous sera grâce à ses relations immédiates avec le chef souverain de la République infiniment plus utile qu'un autre qui serait ou trop timide pour appuyer vivement nos griefs ou trop borné. . . . Je viens à présent à l'autre point de vue sous lequel toute cette histoire me paraît le plus désagréable, c'est à dire, l'imprudence de l'avoir officiellement publiée. Je me suis expliqué envers le ministre des affaires étrangères sur le juste mécontentement que j'en ai conçu . . . et le ministre doit l'avoir assez senti. R[osenstiel] en a été de même vivement affecté, parcequ'il voit très bien, combien il est à craindre que la cour de Vienne ne s'avise de s'en prendre à nous et au Landgrave de Darmstadt auquel Vous savez que R[osenstiel] est si fortement attaché. Il m'a dit que le meilleur conseil à nous donner à son avis, serait, ce cas arrivant, de répondre que le S^me^ Margrave n'avait pas reçu la moindre information officielle de cette mission, . . . qu'ainsi il fallait supposer que cette nomination n'avait été faite que d'avance pour l'état futur de paix. . . . Veuillez cependant me permettre d'y ajouter aussi mon avis en deux mots: 1mo il est heureux pour nous que le Landgrave de Darmstadt se trouve dans la même perplexité. On pourra donc instruire Mr. de Gemmingen de nous mander ce que l'envoyé du Landgrave à Vienne y dira pour s'excuser, . . . 2do nous avons même une réponse beaucoup plus facile . . . que ce dernier Prince: ce serait à mon avis d'ajouter à la réponse conseillée par Rollin . . . qu'on n'avait qu'à lire l'arrêté même, . . . en ce qu'il contient la preuve la plus irréfutable que

le chargé d'affaires français n'était pas adressé à nous, mais au Cercle, qu'ainsi l'affaire ne nous regardait pas du tout . . . :|

496. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 18. Jan. 1800.

[Dementirt die angebliche Ordre an Lecourbe.]

|: . . . Ayant également reçu Vos deux dernières dépêches je m'empresse d'y répondre provisoirement, . . . que d'après toutes mes informations prises le prétendu ordre donné à Lecourbe[1] est de la plus grande fausseté et que ce général a peut-être voulu faire peur pour trouver d'autant plus de complaisances à le satisfaire. . . . :|

497. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 22. Jan. 1800.

[Neue beunruhigende Nachrichten über einen Gewaltstreich der Franzosen gegen Baden.]

|: En Vous rappelant ce que j'ai déjà marqué précédemment le dernier de l'année passée, . . . j'ai à Vous informer aujourd'hui d'un nouvel avis secret, très analogue au premier, quoique provenant d'une tout autre source. Le voici[2] . . .

Quelqu'incohérent, déraisonnable même que puissent paraître sous plusieurs rapports quelques articles de cet avis, Vous savez cependant le proverbe: qu'il n'y a pas de fumée sans feu. . . . Vous aurez soin de nous informer ensuite le plus promptement possible du résultat de Vos découvertes secrètes et de Votre opinion à cet égard. . . .

P. S. (25 Jan.).

Les circonstances pourront peut-être porter encore assez longtemps obstacle à la résidence destinée à ce nouveau chargé d'affaires, néanmoins sa nomination fera une sensation défavorable à notre égard et, pour peu qu'on fût disposé d'ajouter quelque foi aux avis secrets dont je Vous ai informé, . . . on pourrait inférer des conséquences vraiment alarmantes de cette nomination prématurée et sous tous les rapports assez inutile, en lui prêtant quelque dessein insidieux. . . . :|

Concept.

Beilage. Extrait d'une lettre en date du 15 janvier.

Quelques Suisses convertis qui sont employés à Paris dans les affaires les plus secrètes ont trouvé moyen de faire savoir aux chefs que le Premier Consul pour ranimer l'armée par l'appas du pillage prépare sous main une irruption dans la Souabe, dont le Bas-Margraviat de Bade serait la principale victime; on ajoute que dans cette expédition l'on ne ménagera rien et que l'on cherchera surtout à s'assurer de la personne sacrée de Msgr. le Margrave et de tous les Princes et Princesses de

[1] S. oben Nr. 445.

[2] Folgt die Beilage.

son auguste famille; par de tels moyens le Premier Consul croit pouvoir subvenir aux besoins pressants de ses troupes stationnées sur la rive gauche du Rhin, . . . par le même moyen il croit pouvoir obtenir tout de la Russie et de la Suède et par ces deux cours de celle de Vienne. Cette expédition doit, à ce qu'on assure, s'opérer inopinément et avec la rapidité de l'éclair. . . . L'expédition, ajoute-t-on, doit avoir lieu le plutôt possible et avant l'arrivée des Russes au Rhin, qui doivent y être vers la mi-février. On a lieu de croire que cet avis a été communiqué au commandement général et à la cour de Vienne, mais on craint que des raisons politiques et le désir d'animer de plus en plus la nation allemande et les habitants les plus rapprochés du Rhin engageront à laisser quelques jours aux Français pour pouvoir exécuter leur dessein.

---

498. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 28. Jan. 1800[1].

[Audienz bei Bonaparte; er wünscht, daß der Markgraf eine Annäherung mit Schweden vermittle und Baiern von der Coalition zu trennen suche.]

|: Dès là il a entamé le chapitre de la Suède, en disant que le refroidissement de deux puissances qui avaient tant d'intérêt à être bien ensemble l'étonnait, et que nous devions tâcher d'influer un peu sur le Roi moyennant notre alliance. Je lui ai répondu que, quoique tout ce que je pouvais lui dire là-dessus ne pouvait présenter que mon opinion individuelle, je croyais cependant pouvoir avancer sans crainte d'être démenti, que personne n'était peut-être plus profondément pénétré que le Roi lui-même de l'importance . . . . de son alliance nationale avec la France; . . . que tout le tort était du côté de l'ancien Directoire exécutif[2], qui après la preuve non équivoque que le Roi avait donné de son désir d'entretenir les (?) liaisons d'amitié avec la France, en nommant ministre plénipotentiaire le Bon de Staël, malgré qu'il n'avait pu être que personellement désagréable à S. M. . ., avait prétendu faire recevoir à Stockholm au mépris d'une convention expresse le citoyen Lamarque . . ., dont l'envoi auprès d'un gouvernement monarchique me paraissait véritablement indécent vu l'exclusion notoire du Corps législatif, dont cet ex-représentant du peuple avait été frappé peu auparavant par la raison avouée que ses principes excessivement révolutionnaires le rendaient dangereux au repos de sa propre patrie. Bonaparte fut si peu offensé de ma franchise qu'après un moment de réflexion il me dit tout uniment que j'avais tout-à-fait raison. . . Enfin pour faire le tour complet de nos alliances Bonaparte vint au chapitre plus scabreux de l'Electeur Bavaro-Palatin, en me demandant, comment je pouvais expliquer la conduite tout-à-fait inexcusable de ce Prince? Ce point étant bien plus délicat que l'autre je ne sus mieux y répondre qu'en disant, que comme le changement de ce Prince avait eu d'abord lieu depuis mon retour à

---

[1] Folge der undatirten Depesche oben Nr. 416.

[2] Zum folgenden vergl. oben Nr. 415.

Paris, mon absence de l'Allemagne expliquait assez naturellement l'ignorance où je me trouvais. . . . Malgré cette tournure ma réponse ne parut pas satisfaire du tout, car pour toute réplique il m'a dit deux fois — et la seconde fois même avec un certain dégré de véhémence que nous devions avertir l'Electeur de se séparer promptement de la coalition et de se rattacher à la France, parceque les armées de la République seraient incessamment sur un pied respectable et qu'alors il pourrait avoir à se repentir de ne l'avoir pas fait. Vous jugez bien d'après ces réflexions, que, la conversation montée sur ce ton . . .; je fus fort aisé de l'arrivée du second Consul Cambacérès qui se plaçant dans un coin du cabinet . . . y mit fin. . .

Reitzenstein stellt dem Ermessen seiner Regierung anheim, ob sie den Wink beachten wolle. Es gelte vor allem einen sichern Weg zu finden, auf dem man diese Mittheilungen mündlich zur Kenntniß des Kurfürsten brächte, vielleicht wären Graf Görtz und sein Schwiegersohn, Graf Rechberg, zur Vermittelung geeignet. Dann aber müsse man der strengsten Diskretion des Kurfürsten versichert sein. Zeit habe man vollauf, denn Moreau werde, wie er wisse, den Feldzug am Rhein nicht eher eröffnen, bis die Armee schlagfertig sei; vor Mitte April aber dürfte dies nicht der Fall sein. :|

499. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 2. Febr. 1800.

[Der geplante Gewaltstreich gegen Baden eine Erfindung österreichischer Agenten.]

|: . . . Venant de recevoir Votre dépêche Nr. 2[1], je profite d'une couple d'heures qui me restent encore pour Vous conjurer préalablement de tranquilliser Monseigneur sur les avis secrets que Vous me communiquez, sur lesquels cependant je vais prendre sur le champ les informations les plus exactes possibles. En attendant je déclare que je suis intimement persuadé que c'est la plus infame calomnie et, quand Vous réussirez à en remonter à la source, Vous trouverez à coup sûr que c'est l'œuvre de quelques agents autrichiens qui furieux de nous voir inébranlables font usage des moyens les plus odieux pour engager Msgr. à quelques fausses démarches, — à quitter p. e. Carlsrouhe — revenant bon qu'ils empresseraient alors de faire envisager ici comme une preuve de notre duplicité et dont ils profiteraient pour nous brouiller avec la France. . . . Cela me paraît aussi clair que la lumière du jour. . . :|

500. Talleyrand an Edelsheim.

Paris, 19 Pluv. an 8 (8. Febr. 1800)[2].

[Creditiv für Massias. Freundnachbarliche Beziehungen.]

Empfiehlt den neuen Geschäftsträger Massias.

. . . . Il aura pour mission principale de réitérer à S. A. S. l'assurance des dispositions amicales de la République et de lui exprimer particulière-

[1] Oben Nr. 497.

[2] Präsentirt am 4. August.

ment les sentiments personnels du Premier Consul qui a été heureux, en prenant le gouvernement de la République de ne trouver dans la conduite d'un état voisin et ami que des motifs de satisfaction et d'éloges. . . .

---

501. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 13. Febr. 1800.

[Moreau dementirt die Gerüchte über einen Anschlag gegen Baden. Instruktionen bezüglich seines Verhaltens gegen die deutschen Reichsstände im Kriege.]

|: Nach eingezogenen Erkundigungen beruhen die Mitteilungen über einen Gewaltstreich gegen Baden auf Erfindung.

. . . . Moreau m'a dit qu'il m'estimait trop pour croire que je puisse m'en alarmer ou craindre que le général Moreau fût assez vil pour se prêter à être l'instrument d'une action pas moins absurde qu'atroce et qui aurait même été au-dessous de Robespierre. Je puis même ajouter que j'ai vu, il y a peu de temps, le précis des instructions envoyées au général Moreau relativement à la conduite qu'il doit observer en Allemagne. Dans ces instructions pour l'envoi desquelles l'exministre Reinhard, sollicité par les états provinciaux du Wurtemberg, s'est donné beaucoup de peine, les différents territoires d'Allemagne sont partagés en 4 classes: *premièrement* amis ou pacifiques où se trouvent les pays prussiens, de Cassel et de *Bade* avec l'indice des traités sur lesquels se fonde leur droit d'être traités en amis. Le pays de Wurtemberg s'y trouve comme excepté, mais avec la remarque . . . que le Duc seul était coupable et devrait être puni, mais que le pays méritait des ménagements, vu que les États provinciaux avaient à 4 différentes fois solennellement protesté contre la rupture de la paix. *Deuxièmement pays neutralisés,* c'est-à-dire la Saxe, Francfort sur le Mein et tout ce qui est derrière la ligne de démarcation, néanmoins avec désignation *expresse* de quelques états qui contre la teneur des stipulations consenties avec la Prusse ont fourni de l'argent à la caisse de l'Empire Germanique, desquels conséquemment on pourrait aussi lever des contributions, quand l'opportunité s'en présenterait. Dans la *troisième* classe sont les princes et états de l'Empire qui sans avoir pu obtenir des traités de paix formels, les ont cependant sollicités, ont retiré leur contingent de l'armée de l'Empire, n'ont pris aucune part aux hostilités et aux délibérations de la Diète de l'Empire et ont fait tout ce qui dépendait d'eux pour conserver la bonne intelligence avec la République française; dans cette classe sont les pays de Darmstadt, Nassau et Solms; on dit au général qu'il a droit de les faire contribuer aux besoins de l'armée, mais qu'ils méritent d'être ménagés, autant que les circonstances le permettraient. Enfin la *quatrième* classe comprend le reste, c'est-à-dire les pays ennemis — où l'on a observé au Cercle de Souabe que *Constance* n'avait point voté

pour la guerre, mais j'ai tout lieu de croire que les notions subséquentes qu'on a pu se procurer là-dessus ont fait rayer cette observation. Vous verrez par là qu'il ne s'agit nullement de projets insidieux contre nous. :|

502. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 15. Febr. 1800.

[Dringt auf Uebersendung eines Creditivs. Seine Stellung sonst unhaltbar.]

|: Reitzenstein bedarf unverzüglich eines Beglaubigungsschreibens für Bonaparte; die Note, die Talleyrand anfangs Januar an ihn gerichtet[1], lasse, darin stimme auch Sandoz-Rollin ihm bei, keine andere Deutung zu. Er habe zwar von vornherein die Schwierigkeiten nicht verkannt, «n'ayant pas pu oublier, ni que Msgr. le Margrave n'a jamais pu se résoudre à m'accréditer ici d'une manière régulière, ni que Vous même ne l'avez jamais conseillé à S. A. S., ni que pendant les opérations de la guerre on s'y résoudrait encore moins, ni enfin que depuis Votre dépêche du 23 août de l'année passée et mes déclarations franches données là-dessus . . . j'ai dû me regarder plutôt comme suspendu et laissé en observation que comme étant réellement en fonction»; er habe daher bisher mit dem Hinweis auf die bedenkliche Lage des Landes, das sich ganz in der Gewalt der Oesterreicher befinde, das Ausbleiben eines Creditivs entschuldigt.

Dies gehe aber, bemerkt Reitzenstein in einem Berichte vom 18. Febr., weiter nicht an; Bonaparte habe für die nächsten Tage schon einen allgemeinen Empfang des diplomatischen Corps anberaumt. Halte er sich ferne, wie er nach Talleyrands Ansicht anders nicht könne, so werde dies zweifellos übel vermerkt. «Vous savez mieux que personne que mon séjour à Paris a été jusqu'ici une véritable anomalie diplomatique et qu'il fallait toute l'énorme ignorance de Lacroix et du Directoire exécutif pour me reconnaître. . . . Maintenant ces temps commodes sont passés pour jamais; ni Bonaparte, ni Talleyrand ne sont d'humeur à souffrir une faute d'omission, qui surtout aux yeux du Premier Consul Bonaparte aurait l'air furieusement offensant, comme si nous seuls faisions difficulté de reconnaître son gouvernement actuel.» Wenn er nicht sobald als möglich sein Beglaubigungsschreiben erhalte, bleibe ihm nichts übrig, als Paris zu verlassen. :|

503. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 20. Febr. 1800.

[Schreiben an Bonaparte. Massias hat sein Creditiv erhalten; seine Abreise steht bevor.]

|: Reitzenstein empfiehlt bringend ein Schreiben an Bonaparte: der Markgraf möge bedauern, daß er ihn nicht früher in Rastadt zu sehen Gelegenheit gehabt, und ihn zum Regierungsantritte beglückwünschen, in der zuversichtlichen Hoffnung auf Erfüllung «d'un traité rempli avec tant de confiance de notre part».

Maintenant je vais . . . revenir sur le compte du chargé d'affaires Massias. Une longue maladie l'avait retenu au lit presque depuis sa nomination et m'avait empêché de faire sa connaissance; on m'avait même fait présumer, que sa nomination serait probablement révoquée et qu'on reviendrait peut-être à Mr. Mathieu, lorsque convalescent encore et pas parfaitement rétabli de sa maladie il reçut le 11 du mois courant ses lettres

[1] S. oben Nr. 493.

de créance à Monseigneur, avec l'ordre de partir pour Carlsrouhe, ce qui m'a d'autant plus surpris d'après les remontrances, que j'ai déjà marquées précédemment que Sandoz-Rollin m'avait promis de faire à cet égard. Il m'en parvint le 13 et à peine je pus le persuader alors de différer son départ d'une couple de jours pour l'avoir à dîner chez moi le 15. À après demain la suite. :|

504. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 25./26. Febr. 1800.

[Vorstellungen gegen sofortige Uebersiedelung von Massias nach Karlsruhe. Massias giebt nach.]

|: Reitzenstein sucht die Abreise von Massias nach Karlsruhe zu verhüten: er werde dort keineswegs sicher sein, ein nächtlicher Ausfall der Philippsburger Besatzung könnte für ihn leicht verhängnißvoll werden. Massias entgegnet, als alter Soldat sei er gewohnt, blind jeder Ordre zu gehorchen; wenn ihn die Oesterreicher übrigens zurückschickten, werde seine Regierung wol wissen, daß den Markgrafen keine Schuld daran treffe. Weiteren Vorstellungen giebt er indeß Gehör.

. . . Se voyant alors pressé par des instances auxquelles je ne mettais pas de fin, il me dit, que je devais bien comprendre que toute sa mission était calculée pour l'état de paix, puisque le Cercle de Souabe . . . était à l'exception de nous entièrement en état de guerre . . . et qu'il ne voulut hésiter à me confier que d'après ce qu'il savait des alentours les plus intimes de Bonaparte la question de la guerre ou de la paix devait être définitivement décidée d'ici à quinze jours. . . . Enfin il m'a dit, qu'il irait préalablement à Strasbourg pour s'abouchr avec le général Moreau et, comme je ne manquerai (sic!) pas de saisir encore cette occasion, en le priant de faire mes compliments au général Moreau, en y ajoutant que je connaissais trop bien les dispositions favorables de ce général envers nous, pour ne pas être persuadé qu'il ne voudrait pas exposer Msgr. le Margrave à l'embarras de devoir craindre une insulte faite dans sa résidence à l'agent de la République française et que conséquemment il ne le laisserait pas partir pour Carlsrouhe, avant d'être sûr qu'il pût y être à l'abri de tout désagrément, il m'a dit enfin que non seulement il présumait que son arrivée à Carlsrouhe depuis Strasbourg serait différée de 10 à 15 jusqu'à 20 jours, mais qu'il croyait lui-même que l'idée de son gouvernement ne pouvait pas être de lui faire faire un voyage inutile et qu'ainsi il ne comptait quitter Strasbourg que d'après les renseignements qu'il recevrait du général Moreau. . . .:|

505. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 1. März 1800.

[Massias' Creditiv.]

|: Auf Reitzensteins Vorstellungen hat man, wie er erfährt, die ursprüngliche Absicht, Massias ein Creditiv an den Markgrafen zu übergeben, aufgegeben, und ihm

nur ein Schreiben Talleyrands an Edelsheim eingehändigt, um dem Markgrafen jede Unannehmlichkeit, die durch das Erscheinen von Massias in Karlsruhe entstehen könnte, möglichst zu ersparen. :|

---

506. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 5. März 1800.

[Zusicherung eines neuen Beglaubigungsschreibens. Verlegenheit wegen der Sendung von Massias.]

|: . . . N'ayez aucune sollicitude sur Vos nouvelles lettres de créance, elles Vous seront transmises le plutôt possible; mais de tous les moyens qui Vous paraissent si faciles pour Vous le faire parvenir, il n'y a que l'entremise du Cen Bacher[1] à Francfort.

. . . Songez donc qu'il n'y a presque pas un seul village tout autour de nous qui ne soit occupé par les troupes autrichiennes et que nous sommes observés avec une vigilance toute particulière. Tant que durera cette position, je pense bien que le nouveau chargé d'affaires que Vous nous annoncez n'aura pas l'imprudence de se risquer à venir ici, on ne l'y souffrirait certainement pas. . . . :|

Concept.

---

507. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 9. März 1800.

[Beruhigende Zusicherungen Massias'. Günstiger Eindruck. Die Residenzfrage.]

|: . . . Je remplis de même encore une lacune de mes précédentes dépêches, en ajoutant ici que le citoyen Massias outre ses assurances générales . . . m'a dit encore qu'il était expressément chargé de dire à Monseigneur de la part du 1er Consul Bonaparte, que pendant que la guerre durerait encore, le Margraviat serait respecté et ménagé plus qu'aucun autre pays, et que dans la paix à venir nous serions indemnisés au centuple pour toutes nos pertes.

J'ai cru nécessaire de Vous prévenir de tout ceci et je ne saurais même finir cette dépêche sans Vous assurer bien sincèrement que mes préventions contre la personne du dit Massias ont été heureusement fort injustes. On aura vu à Carlsrouhe peu de personnes d'un extérieur aussi prévenant, doux et modeste et peu de Français plus instruits dans plusieurs genres de littérature. Il ne ressemble nullement à nos révolutionnaires. . . . Je suis intimement persuadé que, dèsque le premier moment d'aversion sera surmonté, il plaira beaucoup à Monseigneur, pourvu qu'on le veuille bien accueillir. . . . Je ne sais pas encore, s'il est destiné à rester long-

---

[1] Des früheren französischen Geschäftsträgers in Regensburg. — Am 18. März ermächtigt Edelsheim Reitzenstein zu der officiellen Mittheilung, daß sein Creditiv demnächst, sobald es möglich, eintreffen werde.

temps chez nous, néanmoins, ce que je ne Vous avais mandé en son temps que comme probable relativement à la résidence fixe à Carlsrouhe du ministre français près du Cercle de Souabe, m'a été confirmé . . . comme tout-à-fait décidé maintenant, sauf à voir, si dans la suite les partisans du Duc de Wurtemberg pourront faire révoquer une mesure prise principalement pour le mortifier et porteront le gouvernement français à rendre à cette mission son ancienne résidence. . . .:|

---

508. Karl Friedrich an Bonaparte[1].

Karlsruhe, 16. März (exp. 1. Mai) 1800[2].

[Glückwünsche zum Regierungsantritt. Beglaubigung Reitzensteins.]

Quelque peu intéressants que soient mes vœux à côté de tous les suffrages qui Vous ont déféré la première dignité de la République Française, Vous ne dédaignerez pas, Citoyen Consul, mes plus parfaites félicitations à ce sujet. La nation qui apprécie d'une manière si éclatante Vos éminentes qualités et fixe par son entière confiance Vos grandes destinées, s'assure d'avance les heureux effets qu'elle s'en promet à tant de titres.

Je n'ai pas cessé de regretter infiniment que pendant Votre séjour momentané à Rastadt les circonstances m'aient privé de l'avantage, Citoyen Consul, de Vous témoigner en personne la haute considération que je Vous portais déja alors et qui n'a pu qu'être confirmée depuis encore davantage.

Permettez que mon conseiller intime et ministre plénipotentiaire, le Bon de Reitzenstein, soit mon interprète à cet égard, lorsqu'il aura l'honneur de Vous présenter cette nouvelle lettre de créance de ma part. J'ose le recommander particulièrement à Votre protection et Vous prier de lui accorder un accueil bienveillant, en ajoutant entièrement foi à tout ce qui Vous sera transmis par son ministère, surtout lorsque conformément à ses instructions il cherchera à profiter de toutes les occasions favorables pour Vous exprimer, Citoyen Consul, mes sentiments dévoués envers la République Française et ma haute considération envers son gouvernement.

Concept Edelsheims.

---

[1] Am Rande von Edelsheims Hand der folgende Vermerk: Projet d'une nouvelle lettre de créance pour le Bon de Reitzenstein, formalité qu'il juge être absolument indispensable vu la prolongation de sa mission; en quelle considération Monseigneur a jugé à propos d'en faire dresser la présente minute, en ordonnant préalablement que, lorsque cette créance sera effectivement expediée, elle devra être antidatée convenablement.

[2] Zur Datirung vergl. Nr. 512.



509. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 20. März (prs. 16. Juni) 1800.

[Empfang des diplomatischen Corps. Reitzenstein zugegen.]

|: Am 8. März hat bei Bonaparte feierlicher Empfang des diplomatischen Corps stattgefunden; auch Reitzenstein war zugegen, da Talleyrand, seinen früheren Aeußerungen entgegen, ihm vorgestellt, er dürfe dabei nicht fehlen, gleichviel ob er im Besitze seines Creditivs sei oder nicht; es komme darauf an, dem Publikum das diplomatische Corps möglichst zahlreich vorzuführen. Bonaparte erkundigt sich nach dem Markgrafen, Reitzenstein erwidert, er sei, da die militärischen Operationen den Verkehr unterbrochen, seit geraumer Zeit ohne Nachricht. :|

---

510. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 8. April 1800.

[Klagen wegen des Ausbleibens des Creditivs. Hessen-Darmstadts Bemühungen um die französische Gunst.]

|: Graf Pappenheim, der darmstädtische Gesandte, hat am 7. April sein Creditiv Bonaparte überreicht, Boccardi das seinige gleichfalls erhalten. Reitzenstein ist das einzige noch nicht akkreditirte Mitglied des diplomatischen Corps; er klagt über die Unschlüssigkeit der Regierung, Baden verliere auf diese Weise alles Terrain in Paris. Bonaparte reise in Bälde zur Armee ab; wenn das Beglaubigungsschreiben nicht vorher eintreffe, so werde dies für Baden schlimme Folgen nach sich ziehen.

Mr. de Pappenheim a pour lui le soutien et les conseils de Rosenstiel, le plus zélé . . . des serviteurs de la maison de Darmstadt, il a encore pour lui toute la clique de Talleyrand-Périgord, à laquelle — comme je Vous en ai dejà communiqué des preuves indubitables — il a donné et surtout promis des sommes d'argent considérables. Moi, je n'ai ici aucun appui, je n'ai donné le sou à personne et outre cela je suis même privé des moyens indispensablement nécessaires pour me mettre seulement en activité. . . :|

---

511. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 24. April 1799.

[Bevorstehende Eröffnung des Feldzugs. Schreiben an Massias.]

|: Rien ne me paraît plus précaire que notre position actuelle. De jour en jour on s'attend à l'ouverture de la campagne.

Le citoyen Massias m'a écrit une lettre infiniment obligeante de Mayence[1], qui a été ouverte en chemin, ainsi que le sera aussi ma réponse, dont toutefois je suis moralement sûr qu'il sera fort content. Je compte

---

[1] Massias hatte sich von Straßburg auf Moreau's Rath nach Mainz begeben, um von dort nach Karlsruhe zu gelangen, bei der Stellung der österreichischen Truppen mißlingt auch dies. Erst im August glückt es ihm, seinen Posten in Karlsruhe anzutreten. Berichte vom 4., 11. und 22. ventôse an VIII. Pariser Archiv.

que Vos nouvelles lettres de créance seront transmises dans le courant de cette semaine au C^{en} Bacher par mon gendre[1]. . . :|

512. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 1. Mai 1800.

[Creditiv für Reitzenstein. Genehmigung durch den Markgrafen.]

V. A. S. m'ayant ordonné de dresser provisoirement la lettre de créance, que le Bon de Reitzenstein demande avec tant d'instances et, le départ du conseiller privé Brauer offrant un nouveau moyen pour la lui transmettre sûrement par le canal de Mr. Bacher à Francfort, je ne voudrais pas avoir à me reprocher de faire manquer cette occasion favorable par ma faute.

En conséquence je présente à V. A. S. la minute ci-jointe[2], en soumettant à Son bon plaisir l'usage ultérieur qu'Elle en ordonnera et les corrections qu'Elle y pourra juger convenables ou nécessaires[3].

513. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 1. Mai 1800.

[Entschuldigt die verspätete Uebersendung des Creditivs.]

|: Uebersendet das Creditiv: «je Vous assure qu'il n'a pas dépendu de nous de Vous procurer plutôt les Vôtres [sc. lettres de créance]. Quelque préjugé qu'on puisse avoir à cet égard, il s'en faut beaucoup que nous ayons les mêmes facilités que Msgr. le Landgrave de Darmstadt, pour dérober à nos argus de pareilles expéditions secrètes». Erst jetzt biete sich durch eine Reise des Geh. Raths Brauer nach Offenbach sichere Gelegenheit, durch Vermittelung des Citoyen Bacher in Frankfurt an Reitzenstein gelangen zu lassen, «ce qui Vous était destiné comme Vous le verrez par la date, depuis la mi-mars[4]». :|

Concept.

514. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 20. Mai 1800.

[Einlauf des Creditivs. Neue Schwierigkeiten. Die Rückdatirung ist unverkennbar, äußere Mängel des Schreibens.]

|: Am 15. Mai ist das Creditiv endlich eingetroffen, aber zu spät, da Bonaparte am 6. d. M. schon zur Armee abgereist. Der richtige Augenblick ist versäumt. Talleyrand liegt krank, ist nicht zu sprechen und empfängt nur die dringlichsten Briefe. Guter Rath ist theuer. Bitte um genaue Weisungen.

[1] Den Grafen Einsiedel, der sich kurz zuvor mit der ältern Tochter Edelsheims vermählt.

[2] S. oben Nr. 508.

[3] Die Genehmigung erfolgt nach beiliegendem Billete des Markgrafen noch am gleichen Tage.

[4] Edelsheim gesteht, wie man sieht, auch Reitzenstein gegenüber nicht zu, daß das Creditiv erst am 1. Mai vorgelegt und genehmigt, mithin rückdatirt worden ist.



Plus j'y réfléchis, plus je me persuade que je ne me suis nullement trompé dans l'opinion que j'avais dès le principe, c'est-à-dire qu'on n'eut jamais l'intention de m'accréditer et que mes créances actuelles loin d'avoir été écrites d'après leur date, le 16 mars, ne l'ont été qu'à la hâte, où l'on voyait que les Français ouvraient la campagne sur le Rhin avec supériorité[1]. J'en puis d'autant moins douter, que cette lettre à Bonaparte m'a fait apercevoir des marques visibles, qu'elle a été écrite avec une très grande précipitation, le papier étant d'une qualité choisie et l'écriture beaucoup moins belle que celle de Mr. Tissot est ordinairement[2], quand il n'est pas pressé. Il lui est même échappé une faute d'orthographe et une tache de rature, qu'on n'aurait pas laissé subsister, si le temps avait permis de faire une autre expédition. . . . :|

Die erwarteten Weisungen bleiben aus, da die Depesche erst verspätet am 16. Juli in Edelsheims Hände gelangt. Sandoz-Rollin, an den R. sich wendet, räth, Talleyrands Genesung ruhig abzuwarten; keinesfalls solle er, wie Rosenstiel empfohlen, das Schreiben Cambacérès übergeben, um Bonaparte nicht zu verletzen. An Edelsheim, d. d. 9. Juni.

---

515. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 10. Juni 1800.

[Französische Siegesnachrichten. Bonaparte's Regierung eine Friedensbürgschaft.]

|: Die Siege Bonaparte's und Moreau's haben bestätigt, was Reitzenstein vorausgesagt.

Ce serait, à mon avis, un bien grand malheur pour l'humanité, si le Premier Consul venait à être culbuté par le parti jacobin. Alors il faudrait sans doute renoncer pour longtemps à la paix, au lieu que maintenant son propre intérêt paraît la solliciter instamment et sous tous les rapports nous devons souhaiter qu'elle soit conclue sous ses auspices. . . : |

Concept.

---

516. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 22. Juni 1800.

[Uebergiebt Talleyrand eine Abschrift des Creditivs. Kühle Aufnahme.]

|: Reitzenstein hat am 17. d. M. Talleyrand, der von seiner Krankheit wieder hergestellt, eine Abschrift seines Creditivs überreicht, mit dem Vorgeben, er sei schon lange

---

[1] Schon früher hatte Reitzenstein nicht ohne Bitterkeit offen die Ueberzeugung ausgesprochen, man habe in Karlsruhe nie ernstlich an ein Creditiv gedacht, «qu'on a seulement voulu m'amuser, pourque j'amuse à mon tour le gouvernement français. . . . . qu'on a voulu enfin se ménager le temps pour pouvoir attendre, si les Français seront victorieux ou vaincus, et faire en attendant ce qu'on aime tant: nager entre deux eaux». An Edelsheim, d. d. 7. Mai.

[2] Prof. Tissot besorgte gewöhnlich die Reinschriften der officiellen französischen Correspondenz Karl Friedrichs.



im Besitze desselben, habe es aber wegen der Erkrankung des Ministers nicht früher übergeben können und ohne seine Vermittelung dem ersten Consul nicht vorzulegen gewagt. «Talleyrand Périgord m'écouta avec une indifférence complète sans me rien dire ni d'obligeant ni de désobligeant, seulement, que je n'avais rien autre chose à faire, si non de garder mes créances jusqu'au retour de Bonaparte et qu'en attendant il en ferait de même de la copie que je lui avais communiquée. Ainsi le moment le plus pénible pour moi est encore à venir.» :|

517. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 8. Juli 1800.

[Bonaparte's Mahnung an Baiern. Bedenken gegen ihre Mittheilung an den Münchener Hof.]

Nachrichten vom Kriegsschauplatze.

|: Je n'ai jamais douté [de] l'accomplissement de Vos prédictions à l'égard de la Bavière[1], mais il eût été aussi inutile que dangereux d'en faire la confidence à l'Electeur. Se croyant forcé par la nécessité des circonstances à obéir aux volontés du despote Paul, c'eût été prêcher à un sourd et se compromettre étrangement avec la certitude de ne rien effectuer de salutaire pour personne. :|

Concept.

518. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 10. Juli 1800.

[Rückkehr Bonaparte's. Uebergabe des Creditivs. Talleyrands Verhalten. Baiern. Die Amsterdamer Anleihe.]

|: . . . D'abord le jour que Bonaparte revint je crus convenable de me rendre avec plusieurs autres membres du corps diplomatique aux Tuileries pour lui faire mes compliments, mais il était fatigué, de mauvaise humeur et ne s'entretint un moment qu'avec l'ambassadeur d'Espagne, auquel il se plaignit amèrement du Duc de Parme en y ajoutant même que si ce prince n'avait pas l'avantage d'appartenir au Roi d'Espagne, il aurait tiré une vengeance éclatante. . . . Ce jour donc je ne pus rien faire. . . .

Cependant le 6 étant déjà le jour de l'audience diplomatique publique, je ne manquais pas de me rendre le 5 chez le ministre, où ayant eu le sort de tout le monde, de n'être pas reçu, puisqu'il ne travaillait presque plus; . . . on me dit que je n'avais qu'à revenir le lendemain vers midi, et je doutais d'autant moins de le trouver alors, que comme c'était l'heure qui précédait immédiatement l'audience. . . . Veuillez donc juger de ma surprise, lorsque m'y étant rendu derechef le lendemain à l'heure indiquée je ne le trouvai non plus et que, lorsque je déclarai vouloir l'attendre, on

[1] S. oben Nr. 498.

me dit, qu'il était véritablement encore à sa maison particulière, — c'est à dire celle de sa maîtresse où il couche quelquefois — et qu'on ne l'attendait que dans une bonne heure, c'est à dire *après* l'audience. . . . Vous sentez bien d'après ces réflexions, qu'il ne me restait autre chose à faire si non de me rendre à l'audience où j'espérais enfin de pouvoir parler un moment à Talleyrand, pour le prier de prévenir le 1er Consul que je désirais lui présenter mes créances. . . . Mais cela même ne me réussit pas, quoique dès en entrant dans la salle d'audience je m'étais porté du côté, où je savais qu'il serait. . . . Il était placé de sorte, que je ne pouvais pas m'approcher de lui sans passer au-devant de Bonaparte. . . . Enfin comme je tâchai de faire un détour pour l'aborder du côté opposé, il se retira tout à fait derrière le cercle formé par les conseillers d'état, . . . de sorte qu'il me rendit tout à fait impossible de lui parler. Je ne me trompe peut-être guères, en supposant qu'il le fît de dessein prémédité, pour me jouer un tour, croyant rigidement que n'ayant pas encore vu l'argent du Sme Margrave il ne convenait pas qu'il présentât son agent. . . . Voyant enfin bien que, si je laissais passer cette audience, je ne pourrais quasi plus présenter mes lettres de créance, surtout si Bonaparte venait à faire un second voyage, je crus donc que je devais me mettre au-dessus des règles diplomatiques; . . . lorsque donc Bonaparte, s'approchant de Rollin-Sandoz, à côté duquel je fus, m'aperçut et qu'à mon compliment il répondit par la question, quelles nouvelles j'avais de Carlsrouhe, je saisis cet instant en lui disant tout d'une haleine, que j'avais de très heureuses nouvelles de la santé de Msgr. le Margrave dont aussi j'étais chargé depuis du temps d'avoir l'honneur de lui présenter une lettre, mais qu'ayant de suivre l'ordre d'en remettre auparavant selon l'usage une copie au ministre des relations extérieures la maladie de celui-ci m'avait si longtemps retenu, . . . que même actuellement ayant à la vérité trouvé le moyen de communiquer au ministre la copie en question, mais n'ayant pas encore trouvé celui de m'informer, s'il avait eu la bonté d'en prévenir le 1er Consul, je n'osais, sauf le respect que je lui devais, lui présenter cette lettre, . . . à moins qu'il ne voulût lui-même m'en donner la permission, et en même temps je fis un geste pour tirer la lettre. Sur cela Bonaparte me dit sans aucune mauvaise humeur: «mais donnez-la donc toujours, donnez!» ce que n'ayant pas fait dire deux fois, je la présentais. Il la mit en poche, après en avoir lu l'adresse, et continua son discours avec Sandoz-Rollin. . . .

Cette même audience a encore été remarquable par la manière dont Bonaparte s'est exprimé envers les ministres plénipotentiaires de Prusse et d'Hollande. En parlant au premier sur la prise de Munic, il lui a dit: hé bien, *Votre* Electeur? puis il a ajouté qu'il avait été d'autant plus étonné de la conduite de ce Prince, qu'il aurait bien dû sentir que la République



Française était la seule puissance qui pouvait protéger les Princes de l'Empire et NB! la Bavière contre l'Autriche[1].

Den batavischen Gesandten erinnert Bonaparte an die Anleihe, welche Amsterdam vor einem halben Jahre abgeschlagen[2], mit dem Bemerken: «qu'en se prêtant avec zèle à sa demande cette ville se serait comblée de gloire, puisque ce subside l'aurait mis en état d'ouvrir 8 jours plutôt la campagne d'Italie, ce qui n'aurait pas été indifférent; mais que par son refus elle s'était couverte de honte, et qu'il n'avait point oublié cette faute ... Le chargé d'affaires de Danemarc enfin n'eut pour sa part que ce peu de mots: J'espère que le Danemarc se conduira bien»....:|

---

519. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 15. Juli 1800.

[Billigung der Erklärung gegen Talleyrand. Zurückweisung der Vermuthungen Reitzensteins bezüglich des Creditivs. Friedensaussichten.]

|: Je ne puis au reste qu'applaudir infiniment à la tournure que Vous avez donnée au prétexte du retard de Vos lettres de créance dans l'entretien que Vous avez eu à ce sujet avec Talleyrand Périgord. . . . Certes nous ne pouvions pas non plus prévoir, ni imaginer les prodiges que le génie de Bonaparte et sa bonne fortune ont effectués dans si peu de temps en Italie; en conséquence ce ne fut donc assurément pas là le motif de notre détermination antérieure de quelques mois à ces événements. Mais quoiqu'il en soit[3] je crains fort que Vous n'ayez deviné que trop juste, en Vous persuadant que la cour de Vienne n'accèdera pas encore aux propositions pacifiques du général Consul, tandis que, comme les derniers avis de B[erlin] le prétendent, le Roi de Prusse a maintenant accepté la médiation pour la paix générale. . . . :|

Concept.

---

520. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 20. Juli 1800.

[Entschädigungsgesuch des Prinzen Ludwig.]

|:. . . S. A. S. le Prince Louis vient de me faire l'honneur de m'écrire relativement à son indemnité[4] et je tâcherai de ne pas perdre un moment pour m'acquitter du devoir de ma réponse. :|

---

[1] Vergl. Bailleu a. a. O. I, 384.
[2] S. v. Sybel, Revolutionszeit, V, 601.
[3] S. oben Nr. 516.
[4] Der Schritt geschah ohne Edelsheims Wissen. S. Nr. 524.

521. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 22. Juli 1800.

[Geplante Begrüßung Bonaparte's in Frankfurt. Waffenstillstand. Nothwendige Umgestaltung der Reichsverfassung. Frankreichs Interesse an der Erhaltung des deutschen Reichskörpers.]

|: La nouvelle de l'armistice[1] s'étant pleinement confirmée et Votre lettre du 15 entrée hier me dispensant de faire ma poussée à Francfort[2], Vous pourriez pourtant peut-être faire mention envers le général Consul, s'il s'en présente une occasion favorable, de l'intention que le Sme Margrave avait réellement eue de m'envoyer le complimenter à Francfort. . . .

Oesterreich denkt ernstlich an Frieden: noch eine verlorene Schlacht und die Franzosen würden ohne Widerstand vor Wien rücken.

Il me semble qu'il n'y a presque plus lieu de douter qu'on n'ait bonne envie de faire subir à l'Empire germanique en partie du moins la sort de la Pologne. Mais si la France conserve préalablement les places fortes désignées à ce qu'on prétend dans le nouvel armistice, sa puissance prépondérante garantira d'autant mieux sans doute le Corps germanique de son entière dissolution qui sous tous les rapports serait bien contraire à ses véritables intérêts. Elle doit même garantir et protéger, ce me semble, l'Electeur de Bavière quelque mécontente qu'elle en puisse être, parceque sa conservation et l'intégrité de sa puissance est très essentielle et importante pour le maintien d'un Corps germanique régénéré. Quant à moi au moins, je regarde cette espèce de révolution dans notre constitution comme inévitable, essentiellement nécessaire même à l'heure qu'il est, pourvu qu'elle s'opère sans secousses et sur des principes invariables d'un système solide. . . . :|

Concept.

---

522. Bonaparte an Karl Friedrich[3].

Paris, 11 Thermidor an VIII (30. Juli 1800).

[Complimente. Zusicherung französischer „Protektion".]

J'ai reçu Votre lettre, Monsieur Charles Frédéric, Margrave de Bade. J'ai été sensible aux choses honnêtes qu'elle contient. Pendant le peu de temps que j'ai été à Rastadt j'ai eu lieu de concevoir de l'estime pour Votre personne et pour Vos ministres. Vous pouvez compter sur la protection de la République Française et sur le désir de son gouvernement de Vous être utile.

Abschrift.

---

[1] Waffenstillstand zu Parsdorf vom 15. Juli.

[2] Es hatte sich in Paris das Gerücht verbreitet, Bonaparte werde sich an die Spitze einer bei Mainz concentrirten Armee du Bas-Rhin stellen und nach Böhmen vordringen, während Moreau sich gegen Tirol wende; Reitzenstein hatte empfohlen, in dem Falle den ersten Consul in Frankfurt zu begrüßen. An Edelsheim, 11. Juli.

[3] Abgedruckt in der Correspondance de Napoléon I, Bd. VI, 541.



523. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 1. Aug. 1800.

[Mission St Juliens. Die Friedensverhandlungen nur zum Schein geführt. Bitte um statistisches Material über Schwaben und den Breisgau. Erkrankung Reitzensteins.]

Graf St Julien ist vorgestern abgereist[1]; das Gerücht hat sich sofort verbreitet, die Friedenspräliminarien seien unterzeichnet. Reitzenstein glaubt nicht daran, St Julien habe vielmehr gleich in der ersten Conferenz mit Talleyrand erklärt, er besitze keinerlei Vollmacht. An Frieden denke man überhaupt nicht ernstlich in Wien, alle Verhandlungen haben lediglich den Zweck «de gagner du temps et de faire écouler la saison des grandes opérations militaires».

Reitzenstein ersucht um Uebersendung des Kartenwerkes von Bohnenberger über Schwaben und einer genauen detaillirten Zusammenstellung «des revenus et charges publiques du Brisgau et des villes forestières, en séparant, si cela se pourrait, la partie de ces dernières située sur la gauche du Rhin»; beizufügen wäre eine Tabelle der Einkünfte und Lasten sämmtlicher geistlicher Stiftungen und Körperschaften, mit Einschluß des Großpriorats Heitersheim und der Deutschordenscommenden Beuggen und Freiburg.

Ueber die Motive, die ihn zu dieser dringlichen Bitte veranlaßt, werde er sich des nähern äußern, sobald sein Befinden es erlaube[2].

---

524. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 3. August 1800.

[Die Vermuthungen wegen des Creditivs grundlos. Anerkennung seines Verhaltens. Prinz Ludwig getadelt. Ankunft des Citoyen Massias.]

. . . J'ai été véritablement affligé des préjugés défavorables que Vous y marquez par ci par là à notre égard surtout relativement à l'expédition de Vos créances[3]. Il serait assurément beaucoup trop long et au vrai même assez inutile de revenir maintenant encore à un développement plus détaillé sur cet objet, cependant je Vous assure en conscience que Vous nous faites grand tort à cet égard. Il suffit au surplus maintenant que moyennant Votre dextérité et Votre présence d'esprit Vous ayez eu le talent — et j'ose presque dire — la bonne fortune de remettre tout heureusement en règle. . . Msgr. le Margrave, qui Vous fait témoigner sa plus parfaite satisfaction de toutes Vos démarches diplomatiques, est bien persuadé que Vous saurez Vous tirer des embarras qui pourraient survenir à

---

[1] Ueber die Mission des österreichischen Generalmajors Grafen St Julien s. Häusser, II, 304; v. Sybel, Revolutionszeitalter, V, 629; Fournier, Histor. Studien und Skizzen. Die von ihm unterzeichneten, von dem Wiener Hof verworfenen Friedenspräliminarien bei v. Vivenot, Vertr. Briefe an Thugut, II, 446 ff.

[2] Wenige Tage darauf wird Reitzenstein, der schon seit Monaten über sein Befinden geklagt, von schwerer Krankheit befallen, die ihn an den Rand des Grabes bringt. Die Correspondenz mit Edelsheim bleibt bis Ende October unterbrochen und wird zunächst wieder aufgenommen durch den Hofrathsassessor Georg Groos, der zur Unterstützung des Rekonvalescenten nach Paris gesandt wird.

[3] S. oben Nr. 514.



l'avenir aussi habilement que Vous l'avez fait de ceux que Vous avez déjà écartés. . . .

. . . . Quant à l'indiscrète enquête de notre cher Prince Louis[1] j'en suis presque choqué et je prends sur moi que Vous ne lui répondez pas, — si cela n'est pas déjà fait; en conscience Vous ne le pouvez presque pas à moins de commettre une imprudence semblable à la sienne, c'est un manque de tact et de prudence de sa part qui me fait peine sur son jugement. :|

Am Abend kommt unerwartet Massias an; Edelsheim besucht und begrüßt ihn noch in vorgerückter Stunde.

Concept.

---

525. Edelsheim an Talleyrand.

Karlsruhe, 5. Aug. 1800.

[Massias in Karlsruhe. Dank für seine Ernennung. Pflege freundnachbarlicher Beziehungen.]

Les circonstances ayant retardé l'arrivée du citoyen Massias à sa destination, il n'a pu me remettre qu'hier matin sa lettre de créance du 19 pluviôse (15 fév.[2]) de cette année, que Vous m'avez fait l'honneur, citoyen ministre, de m'adresser pour le faire résider ici comme chargé d'affaires de la République française.

Msgr. le Margrave est revenu vers le soir d'un bain de nos environs, où S. A. S. a fait un séjour cet été. Elle s'est empressée à donner dès aujourd'hui une audience particulière au citoyen Massias et à lui témoigner la sensible reconnaissance, dont Elle est pénétrée de l'attention aussi flatteuse qu'amicale que le Premier Consul a bien voulu Lui témoigner par cette mission.

Persuadé que le citoyen Massias Vous rendra bien exactement compte des sentiments que S. A. S. a eu la satisfaction de lui exprimer Elle-même à cette occasion et du prix infini qu'Elle attachera constamment à la bienveillance de la République française, il ne me reste qu'à Vous assurer, citoyen ministre, que le choix de la personne appelée maintenant à concourir immédiatement avec nous l'entretien des rapports d'amitié et de bon voisinage si heureusement établis entre les deux états ne nous peut laisser rien à désirer. Le citoyen Massias ne saurait déjà plus douter d'avoir généralement inspiré ici un préjugé si bien fondé à son égard et j'ose espérer qu'il se convaincra aussi de jour en jour d'avantage de mon désir bien sincère à obtenir son amitié et sa parfaite confiance. Je m'estimerai particulièrement heureux, si mes soins à mériter de sa part ces sentiments

---

[1] S. Nr. 520.

[2] sic!

peuvent, citoyen ministre, Vous prouver également ceux de la haute considération que je Vous ai personnellement voués.

Abschrift. Karlsruhe. — Orig. Paris.

526. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 18 thermidor an 8 (6. August 1800).

[Massias in Karlsruhe. Zusicherungen.]

Ankunft in Karlsruhe. Audienz bei dem Markgrafen: «suivant Vos ordres je lui promis que ses états seraient traités par les généraux français avec tous les égards imaginables, et qu'à l'époque de la pacification germanique aucune des promesses, qui lui avaient été antérieurement faites, ne serait mise en oubli».

Paris. Archiv.

527. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 6. Aug. 1799.

[Der Markgraf empfängt Massias. Günstiger Eindruck. Beruhigende Zusicherungen Moreau's bezüglich des Durchmarsches seiner Truppen. Besuch in Rastadt. St Julien in Pforzheim.]

Massias ist am 5. von dem Markgrafen in besonderer Audienz empfangen worden. General von Geusau hat ihn abgeholt und geleitet. Sein Benehmen, seine Formen haben einen günstigen Eindruck gemacht: «Vous voyez que notre considération pour la République et pour le Premier Consul nous a portés à le traiter absolument comme un ministre plénipotentiaire, ce qui pourtant pourrait peut-être nous causer quelques embarras selon le hazard et les combinaisons des circonstances à l'avenir [1].»

Am gleichen Abend erscheint der erste Flügeladjutant Moreau's, Leguay, um im Auftrage des Generals in verbindlicher Weise zu eröffnen:

«que les troupes françaises touchant maintenant les états de S. A. S. [2], Elle devait être persuadée de l'intention constante du général en chef que ces troupes ne causassent pas la plus petite charge ou incommodité quelconque aux habitants du pays; qu'en conséquence non seulement il avait déjà donné à cet égard les ordres les plus précis à tous les généraux et officiers qui s'en trouveraient à portée, mais qu'il ferait au possible tout ce qui pourrait faire particulièrement plaisir ou obliger Monseigneur; que si toutefois il survenait le moindre sujet de plainte, on s'empresserait à y remédier, dès qu'on en serait averti.

Nach Andeutungen Leguay's wird Moreau voraussichtlich in Bälde auf der Durchreise die markgräflichen Lande berühren; der Markgraf, der in den nächsten Tagen nach der Favorite übersiedelt, hat alle Vorkehrungen getroffen, ihn dort zu empfangen.

General St Julien hat sich auf dem Wege von Paris nach Wien kurz in Pforzheim aufgehalten; Aeußerungen, die dort fallen («je meurs de plaisir de me rendre à Vienne»), verstärken die Hoffnung auf Frieden.

[1] „Sein sanfter Charakter und überaus bescheidenes Benehmen läßt einen sehr ruhigen Aufenthalt von ihm erwarten", schreibt E. am gleichen Tage an Gemmingen.

[2] In Folge der durch den Waffenstillstand veranlaßten Dislokationen.

5. Der Feldzug des Jahres 1800 und der Friede von Lunéville.
Jan. 1800—Febr. 1801.

528. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 16. Jan. 1800.

[Die Zahlung der 100 Römermonate wird vermieden; statt dessen entsprechende Bewilligung von Geldmitteln für Philippsburg.]

|: Im Vertrauen benachrichtige, daß der Erzherzog Karl dem Markgrafen angetragen hat, anstatt der Zahlung der 100 Römermonate[1] soviel an der Dotirung der Festung Philippsburg zu übernehmen und an den Entrepreneur derselben, der ein hiesiger Schutzjude[2] ist, zu bezahlen. Auf solche Weise sind bereits 46000 fl., welche ohne das Sponheimische etwas über unsere ratam ausmachen, wirklich abgeführt worden..... Der Erzherzog hat seine Privatquittung über die 100 Römermonate an den Markgrafen ausgestellt, damit keine Erwähnung in der Reichsoperationskasserechnung erscheine.... Sie werden von obigem Umstand vorsichtigen Gebrauch zu machen und solchen, soviel immer thunlich, zu unserm Vortheil vertraulich gelten zu machen wissen. Wären wir nur auch schon über die Leistung des Reichscontingents. :|

Concept.

529. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 28. Jan. 1800.

[Tod des Bischofs von Constanz. Uebereinkunft des schwäbischen Kreises wegen des Quintuplums. Angebliche Verschwörung und Verhaftungen in Stuttgart. Ruhe in Baden. Respektirung der darmstädtischen Neutralität.]

... Daß der Fürstbischof von Constanz gestorben ist[3], wird Ihnen schon bekannt sein. Ich bin begierig zu sehen, wie sein Nachfolger sowol die v. Hebenstreit'sche Negociation selbst wegen englischer Subsidien[4] oder einer Anleihe, als

[1] S. oben Nr. 374. Der Antrag erfolgt mit dem Bemerken: „Der Weg, welchen er zur Berichtigung damit an Handen gebe, dürfte vielleicht Smo in jeder Hinsicht gelegener und erwünscht sein". Erzherzog Karl an Karl Friedrich, 30. Dec. 1799, nach dem Tagebuch des Geh. Raths Meier.

[2] Elkan Reutlinger.

[3] Fürstbischof Maximilian Christoph v. Rodt war am 17. Januar zu Meersburg verstorben; sein Nachfolger wird der Coadjutor von Mainz, Carl von Dalberg.

[4] S. oben Nr. 399 und 444.

auch die von dem Herrn Herzog von Würtemberg darüber geführte Beschwerden betrachten und erledigen wird. Indessen hat gedachter Herr Kanzler v. Hebenstreit die ihm von Kreiseswegen aufgetragenen Unterhandlungen in dem K. K. und K. Hauptquartier zu Donaueschingen in Bezug auf das zu stellende Quintuplum mittelst einer gedruckten wechselseitigen Punktation erlediget und beschlossen, deren schleunigste Vollziehung von des Herrn Erzherzogs K. H. in einem besonderen Schreiben an das Hf. Kreis-A. A. vom 10. curr., welches letztere ebenfalls sämmtlichen Fürsten und Ständen durch ein gedrucktes Circular mitgetheilt hat, bestens empfohlen worden ist.

Es ist Ihnen vielleicht schon bekannt, daß der Herr Herzog zu Würtemberg Durchl. auf Veranlassung Sr. K. H. des Herrn Erzherzogs vor ungefähr 14 Tagen eine besondere Untersuchung gegen verschiedene wegen revolutionärer Plane verdächtige Personen angeordnet haben. Nach den neuesten Privatbriefen aus Stuttgart sollen die bisher gemachten Entdeckungen das boshafteste Gewebe einer fast unbegreiflichen Verrätherei darstellen, mehrere mitschuldige Milizofficiere, Postbeamte &c. &c. bereits auf die Festung Asperg gebracht worden, und Herr v. W[öllwarth], der erst kürzlich den Rappell von seinem bekleideten Gesandtschaftsposten erhalten hat — sowie auch sogar der Regierungspräsident v. T[aubenheim] stark dabei implicirt sein. Die öffentlichen Gerüchte hierüber mögen wol etwas übertrieben sein, allein der mindeste gegründete Verdacht ist, meines Erachtens, schon entehrend und beleidigend genug[1].

Noch zur Zeit habe ich nicht vernommen, daß sich Spuren irgend einer Theilnahme hiesiger Unterthanen gezeigt hätten, und ich hoffe um so zuversichtlicher, daß wir einen solchen Verdruß nicht erleiden werden, da schon vor 3—4 Wochen 13 meistens Gemeindevorsteher im Oberamt Hochberg von dem k. k. Militär auf einmal arretirt und weggebracht, wenige Tage sonach aber — da es sich sattsam bewähret, wie fälschlich sie sämmtlich angegeben worden waren — wieder frei in ihre Heimath zurückgeschickt worden sind.

|: Der Herr Landgraf von Darmstadt, wie man zuverlässig uns versichern will, beobachtet die Neutralität so genau, daß weder Kaiserliche noch Franzosen seine Lande betreten dürfen. Von der Stellung des Reichscontingents soll dorten auch keine Frage sein. :|

---

530. Landvogt v. Roggenbach an Gayling.

Mahlberg, 19. Febr. 1800.

[Der Landsturm. Lahr ersucht um Mittheilung der badischen Instruktionen.]

. . . Il y a très longtemps que nous n'avons plus attendu (sic!) parler du Landsturm, et surtout le général Merveldt que nous voyons très fré-

[1] Ueber diese Vorgänge, die mit den ständischen Wirren im Zusammenhang stehen, s. die dürftigen Mittheilungen bei Pahl, Denkwürdigkeiten, S. 125 u. Würtembergische Geschichte, VI, S. 55 ff.; ausführlicher Cotta's Briefwechsel mit Schiller, ed. Vollmer, S. 378 ff.; Lang, Von u. aus Schwaben, Heft 2, S. 74 ff.

quemment nous en a jamais fait le moindre semblant. Il n'y a que les Messieurs de Lahr qui nous tracassent à ce sujet. Ils prétendent absolument s'assimiler à nous à cet égard et nous ont déjà demandé par différentes reprises, quelles étaient nos instructions à ce sujet et les moyens que nous avions de nous en exempter. . . .

Bitte um Instruktion[1].

531. Landvogt von Liebenstein an Gayling.

o. D. prs. 28. Febr. 1800.

[Ausfall der Altbreisacher Besatzung. Verluste des Landsturms. Die Verwendung desselben im offenen Feld verfehlt.]

In der Nacht vom 23/24. Febr. haben die Franzosen aus Altbreisach einen Ausfall gemacht[2]; Gündlingen und Achkarren werden geplündert, das badische Ihringen bleibt verschont. Die Oesterreicher wurden völlig überrascht, ihre Officiere waren zum großen Theil zu Freiburg auf einem Balle, „die gemeinen Husaren hielten auch Faßnacht und waren so beschaffen, daß keiner zu Pferde steigen konnte". Unter den „Landstürmern", die bei dem Ueberfalle vorzugsweise gelitten, herrscht große Erbitterung, viele gehen nach Hause.

Dies sei, meint Liebenstein, die Folge der verkehrten Verwendung des Landsturms im offenen Felde; er erinnert an die Worte, die General Becsay im Jahre 1793 auf der Freiburger Conferenz gebraucht: „Jeder General, der im offenen Felde den Landsturm offensive brauchen wolle, seie ein Landesverräther".

Damals war es auch eine ganz andere Beschaffenheit. Die Franzosen hatten diesseits keine festen Punkte, wie jetzo zu Breisach und Kehl, wo sie mit Geschütz, . . . wenn sie etwas unternehmen, hervorbrechen können. Damals ware die Landmiliz zur Bedeckung des Rheins bestimmt, wo sie kleine Angriffe . . . füglich und ehrenvoll abhalten konnte. Aber jetzo denkt man hieran nicht mehr, und es scheint, daß man ganz vergesse, daß im ebenen Breisgau keine Tiroler und Spessarter Gebirge zu finden sind. . . .

532. Kammerconsulent Roth an Gayling.

Lörrach, 17. März 1800.

[Neue revolutionäre Umtriebe. Abneigung Frankreichs. Beruhigung durch Moreau. Bitte um seine militärische Unterstützung.]

Ich habe Ihnen im Jahr 1798 und im Frühjahr 1799 so oft Nachrichten von einer bevorstehenden Revolution in Schwaben und besonders in unserm Land gegeben, daß man meiner am Ende beinahe überdrüssig geworden ist. Neuere Schriften sogar von Männern, die vormals das französische Staatsruder mitge-

[1] Es erfolgt die Weisung, dem Oberamte Lahr zu eröffnen, der Markgraf habe wegen des Landsturms noch keine Verfügung getroffen, müßte aber jede Verantwortung ablehnen, wenn das Oberamt, das sich nicht in gleicher Lage befinde wie Baden, sich danach richten wolle. Geh. Rathsprot. v. 24. Febr.

[2] S. Karlsruher Zeitung vom 5. März.

führt haben, wie z. B. die merkwürdige Rechtfertigung des bekannten Carnot, haben aber bewiesen, daß meine Nachrichten im kleinen mit dem großen Revolutionsplan in Schwaben vollkommen übereingestimmt haben. Erst kürzlich sagte ein Mitglied des Tribunats in einer öffentlichen Rede, daß es um so auffallender sei, daß das englische Ministerium keinen Frieden mit der Republik machen wolle, da ja das jetzige französische Gouvernement das système de propagandisme des gestürzten Direktoriums ganz aufgegeben habe und die Verfassungen anderer Länder zu respektiren wisse. Daß mehrere unruhige Köpfe in unserer Gegend von der ganz geänderten Denkungsart des französischen Gouvernements nicht unterrichtet sind oder nicht unterrichtet sein wollen, zeigen ihre neuerliche revolutionären Bewegungen. Der ganze Anhang besteht zwar nur aus ganz verdorbenen schlechten Leuten. Aber eben deswegen, weil diese Leute nichts zu verlieren haben, sind sie desto gefährlicher. Mit welcher Frechheit sie die Unterthanen gegen ihre Landesherrschaft und Obrigkeit aufzuhetzen suchen, werden Sie bereits aus meinem über Mainz und Frankfurt geschickten Brief ersehen haben. Dies sind keine Grillen und Hirngespinnste, sondern unsere Akten liefern hierüber den vollen juristischen Beweis. Wir haben seitdem weitere Data gesammelt, und diese überzeugen uns, daß dieses Convolut von schlechten Leuten und Bösewichten die Absicht hat, gleich nach dem Vorrücken der französischen Armee den Anfang von ihrem Revolutionsplan mit der Absetzung der Beamten und der anderen herrschaftlichen Diener zu machen. Sie haben zu diesem Ende Unterschriften gesammelt und rechnen wenigstens auf eine solche Anzahl von Anhängern, wozu sich manche aus Noth und in der Hoffnung gesellen, daß dadurch ihre verzweifelte Lage gebessert werden könnte, welcher wir im ersten Anfall mit unsern anderthalb Hatschiers nicht würden widerstehen können, zumalen da man sich auf die Unterstützung der Gutgesinnten, weil sie zugleich auch furchtsam sind, nicht verlassen kann. Der berüchtigte Jägerschmidt[1], der, wie wir seitdem zuverlässig in Erfahrung gebracht haben, auch der Verfasser der bekannten deutschen Constitution ist, scheint sich wieder an die Spitze der unruhigen Köpfe zu stellen, wie er's schon seit etlichen Jahren gethan hat. Er hat jetzt einen weitern Anlaß dazu, weil sein Herr, der B. Zäslin, einen enormen Bankerott gemacht hat und er dadurch seine Anstellung und sein Brod verliert. Gestern war er mit seiner Frau hier, conferirte mit dem Maier Schenk, einem Menschen, der mit seinen Revolutionsprojekten allernächstens zum Lumpen werden wird, und reiste erst heute wieder fort. Da wir auf unsere Beschwerde über die insolente Art, wie sich der hiesige Weißgerber Herold gegen seine Obrigkeit betragen hatte, keine Antwort erhalten hatten, so nahm Herr Hofrath Hugo davon Anlaß, letzteren Samstag dem Obergeneral Moreau von den Absichten der Unruhestifter mündliche Eröffnung zu thun. Er versicherte ihn aber, daß man deswegen bei den ver-

[1] Vergl. über ihn: Obser, Der Marquis von Poterat und die revolutionäre Propaganda am Oberrhein, Z. f. G. d. O., Neue Folge, VII, 393.



änderten Gesinnungen des französischen Gouvernements völlig ruhig sein könnte. Indessen ist uns damit noch nicht geholfen, sondern es ist nöthig, daß wir gegen Störer der öffentlichen Ruhe das französische Militär selbst zu Hilfe rufen dürfen. Es wird uns daher lieb sein, wenn beim Vorrücken der Hauptarmee noch etwas Militär in der hiesigen Gegend bleibt, und wir werden den Obergeneral darum bitten, daß er dem Commandanten dieser Truppen die Ordre ertheilt, die Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in einem neutralen Land schlechterdings nicht zu gestatten, sondern uns auf unser Ansuchen mit der nöthigen militärischen Hilfe an Handen zu gehen. Den Herrn von Reitzenstein werden wir von unserer Lage benachrichtigen, damit er ebenfalls die gutfindenden Maßregeln in Paris ergreifen kann. . . .

---

533. Der Generalstabschef der französischen Rheinarmee, Fririon, an das Oberamt Rötteln[1].

Basel, 28 ventôse an 8 (19. März 1800).

[Aufrechterhaltung der Ordnung. Zusicherung strengster Disciplin.]

. . . . Le général en chef me charge, Messieurs, de Vous mander en réponse à Votre lettre du 17 mars, qu'il n'entre nullement dans son intention et celle des Consuls le projet de causer le moindre trouble dans les états occupés par les armées françaises. Le général en chef fera constamment respecter les personnes et propriétés et si, par suite des malheurs de la guerre, il y était jamais porté atteinte, les coupables seront livrés à la rigueur des lois, et punis exemplairement. Veuillez donner cette assurance aux habitants du grand-baillage de Rœtteln et croire aux principes d'équité qui animent le général en chef. . . .

---

534. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 26. März 1800.

[Schwierige Lage bei bevorstehender Eröffnung des Feldzuges. Berücksichtigung derselben in Wien. Die Stuttgarter Verschwörung.]

Die Eröffnung des Feldzuges steht bevor. Anzeige der Ernennung von Massias zum Geschäftsträger.

|: Sie können Sich die Verlegenheit leicht vorstellen, in welcher unsere fortwährende mißliche Lage uns erhält und wie wenig sie uns anjetzt verstattet, dem Grafen v. L.[2] gewisse Unterhandlungen anzubieten. Man hat doch für Darmstadt Schonung[3]. . . :|

. . . Le plan qu'on dit avoir été découvert parmi les papiers des prévenus en arrestation à l'Asperg relativement à l'organisation d'une confé-

---

[1] Antwort auf eine schriftliche Anfrage des Oberamts. Vergl. die vorige Nr.

[2] Lehrbach vermuthlich.

[3] S. oben Nr. 529.

dération secrète après la paix me paraissant de la dernière importance, je Vous aurai une véritable obligation des renseignements ultérieurs que Vous voudrez bien m'en confier.

Concept.

535. Karl Friedrich an Erzherzog Karl.

Karlsruhe, 27. März 1800.

[Bedauern über den Rücktritt vom Commando. Dank für Wolwollen.]

Unter den mannigfaltigen Widerwärtigkeiten, die ich in meinem Alter erleben mußte, ist es mir eine der empfindlichsten, daß Ew. K. H. sich aus denen hiesigen Gegenden entfernen[1]. . .

Mein wärmster Dank für das unschätzbare Wolwollen Ew. K. H., wovon meine ganze Seele durchdrungen ist, und meine aufrichtigste Theilnahme an Dero hohem Wolergehen mögen mir zur Entschuldigung dienen, wenn ich dem Antrieb nicht widerstehen kann, die Gefühle meines Herzens in diesen wenigen Zeilen auszudrücken.

Wunsch baldiger Genesung und Rückkehr.

Concept Meiers.

536. Aus den Kriegsakten.

April 1800.

[Aufgebot des Landsturms. Ablehnende Haltung Badens.]

Am 14. April erläßt der Feldzeugmeister v. Kray von Donaueschingen aus einen Aufruf zur allgemeinen Landesbewaffnung; die badischen Aemter, mehrfach zur Bekanntmachung desselben aufgefordert, lehnen sämmtlich ab. Die Regierung weist sie an, falls österreichischerseits darauf beharrt werde, zu erwidern, der Markgraf habe seine Bedenken schon im Nov. v. J. dargelegt und hoffe, „aus denen immer noch vorwaltenden triftigsten Gründen" auch ferner von der Theilnahme befreit zu bleiben.

537. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 20. April 1800.

[Geschäftsstille am Reichstag. Kray's Ernennung zum Reichsfeldzeugmeister. Reichsgeneralität und Religionsparität.]

Die Berichterstattung über die Vorgänge in Regensburg ist während der ersten Monate, wie überhaupt während des ganzen Jahres, eine überaus dürftige. Görtz muß sich meist beschränken, „die gänzliche Unthätigkeit des Reichstags" zu constatiren.

Ein kaiserliches Commissionsdekret vom 17. April setzt den Reichstag von dem Rücktritte des Erzherzogs Karl und der Uebertragung des Commandos an den GFZM. v. Kray in Kenntniß, und giebt ihm anheim, was er etwa „weiter zu veranlassen für sachdienlich erachten möge". Nach Aeußerungen Hügels wünscht man in Wien, daß der Reichstag Kray die Würde eines Reichsgenerals übertrage.

In Folge dessen beantragt Kurmainz die Ernennung Kray's zum Reichsfeldzeugmeister. Obgleich man noch nicht wisse, ob Kray, ein geborener Ungar, evangelisch oder

[1] Der Erzherzog hatte schon im Dec. 1799 seinen Abschied erbeten und erhalten, blieb aber noch bis zur Ankunft seines Nachfolgers Kray bei der Armee.

katholisch, werde es sich doch, meint Görtz, aus vielen Rücksichten empfehlen, „die Wiederherstellung der Religionsparität bei der Reichsgeneralität bis nach dem Frieden ausgesetzt zu lassen“, und unter diesem Vorbehalte dem Antrage beizutreten (Ber. vom 28. April).

Die Protokolleröffnung wird auf den 9. Juni festgesetzt, in Folge der widrigen Kriegsereignisse aber auf unbestimmte Zeit vertagt (Ber. vom 12. Juni); der Gegenstand ist dann, wie Görtz richtig vorausgesehen, überhaupt nicht mehr zur Berathung gelangt.

538. Amtmann Deimling an Gayling.

Staufenberg, 28. April 1800.

[Rheinübergang der Franzosen bei Kehl. Gefechte bei Appenweier.]

Am 25. April früh 5 Uhr greifen die Franzosen unter den Generalen Souham und St. Suzanne von Kehl aus den rechten Flügel der kaiserlichen Armee mit Erfolg an, mittags 12 Uhr rücken sie in Appenweier ein, nachmittags werfen sie in lebhaftem Gefecht den linken Flügel auf Griesheim zurück[1]. Als am 26. dann bekannt wird, daß die Franzosen auch bei Breisach den Rhein überschritten, Freiburg eingenommen und im Begriffe stehen, das Corps Kienmayer im Rücken zu fassen, giebt General Kienmayer Befehl zum Rückzug nach dem Kniebis.

Offenburg wird von den Franzosen hierauf besetzt, der Stadt eine Contribution von 550, der Ortenau von 1000 Lsdr. auferlegt, als Geißeln aber die drei Städtemeister und der Landvogt von Kleinbrod weggeführt.

Das Amt Staufenberg erhält eine französische Sauvegarde.

Am meisten gelitten hat die ortenauische Landmiliz, welche die Vorhut des österreichischen Corps gebildet; in Legelshurst werden (nach Bericht des Amtmanns Strobel) 68 Mann begraben.

In der Nacht vom 27./28. ändert sich unvermuthet die Lage: gegen 11 Uhr ziehen sich die Franzosen in aller Stille aus sämmtlichen Positionen zurück nach Kehl.

539. Landvogt v. Liebenstein an Gayling.

Emmendingen, 30. April 1800.

[Rheinübergang der Franzosen bei Breisach. Einnahme von Freiburg. Plünderung Thiengens. Contributionen.]

Schildert die jüngsten Kriegsereignisse.

Am 24. April mustert Moreau die Armee St. Cyrs bei Altbreisach. Am 25. April gehen die Truppen zum Angriffe vor. Die österreichischen Vorposten nebst dem Landsturm ziehen sich „unter beständigem heftigem Widerstand“ zurück. „Das Vordringen der Franzosen aus Breisach, welche eigentlich das Centrum der Armee ausmachen und unter dem Commando des Generals St. Cyr stehen, war so rasch, daß bereits um 12 Uhr die Avantgarde der ersten Division eintraf [in Wasenweiler] und der diese commandirende General Loba kam nachmittags auch. In Ihringen und Bötzingen ging es übel zu, am ärgsten aber in Eichstetten, wo mehrere Häuser förmlich geplündert wurden.“ Die badischen Orte werden dagegen möglichst geschont[2]. Nachmittags zieht sich das Gefecht gegen Freiburg

[1] S. Posselt, Europ. Annalen, 1800, II, 196 ff. Der Vorstoß bei Kehl und Breisach ist nur ein Scheinmanöver, bestimmt, die Bewegungen der franz. Reservearmee, die durch das Wiesenthal gegen St. Blasien vordringt, zu verdecken.

[2] Nur Thiengen scheint trotz aller Zusicherungen der französischen Generale erheblich gelitten zu haben; der Schaden, den die Franzosen hier in den Tagen vom 25.—30. April durch Plünderung angerichtet, wird von der Gemeinde auf 20000 fl. berechnet. Petition an Gayling v. 23. Mai. Heitersheim muß 50000 ℔, St. Trudpert 2000 (?) Lsdr. zahlen.

hin, das gegen 5 Uhr eingenommen wird. „Das k. k. Militär hat den Franzosen jeden Schritt ihres Vorrückens sauer gemacht und letztere haben sehr viel Leute verloren[1]."

Alle die Schanzen, die man zum Theil mit Requisition badischer Bauern vor Freiburg angelegt, helfen, wie vorauszusehen war, nichts, sie werden umgangen, die Franzosen kommen über Munzingen und übersteigen die Berge vor St. Georgen. Verschanzungen oberhalb Wolfenweiler, wie L. sie im Jahre 1793 vorgeschlagen, hätten wol mehr genützt.

Die Oesterreicher ziehen sich theils in's Höllenthal, theils gegen Waldkirch zurück. Die Franzosen hausen übel in Freiburg, der Schaden durch Plünderung wird vorläufig auf 40000 fl. geschätzt, der Stadt eine Contribution von 300000 fl., binnen 24 Stunden zahlbar, auferlegt[2], zugleich werden 35000 Flaschen Wein requirirt.

Am 27. räumen die Franzosen die Kaiserstuhlorte und rücken nach Freiburg ab, nachmittags führt General d'Haultpoult beträchtliche Cavallerieabtheilungen über den Rhein. In der Nacht marschiren die französischen Truppen aus Freiburg ab, die Cavallerie gegen St. Georgen, die Infanterie gegen Staufen. Aus dem Oberlande erfährt man, daß dort die Franzosen aus der Gegend von Lörrach abgezogen und durch das Wiesenthal den Weg nach St. Blasien nehmen.

---

540. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 2. Mai 1800.

[Der Breisgauer Landsturm. Betragen gegen die Nachbarn. Erbitterung.]

Nachrichten vom Kriegsschauplatz; sie wechseln „fast mit jeder Stunde".

Der Landsturm soll überall vorzüglich gelitten haben, und die Franzosen grausam die Gefangenen aus demselben behandeln. Schon werden jene eigenen Landesvertheidiger ihren Nachbarn furchtbarer als den Feinden und bedrohen mit Rauben und Vertilgen nach leidenschaftlicher Rache und unüberlegten Vorurtheilen. Dies fachet dann wechselseitigen Haß und Erbitterung so sehr an, daß es am Ende gar leicht dazu kommen wird, daß durch innere Gährung die verderblichsten Plane befördert, ja wol gar mit wechselseitigem Blutvergießen im Innern ... werden durchgesetzt werden können. ...

---

541. Landvogt v. Roggenbach an Gayling.

Mahlberg, 15. Mai 1800.

[Ruhe im Lande. Wiederaufnahme des Handelsverkehrs.]

Täglich Truppendurchmärsche, ohne Störungen.

Le commerce avec Strasbourg et Bâle va grand train, on conduit beaucoup de bois dans la première ville et du blé dans la seconde, on est aussi fort occupé du bois de flottage pour la Hollande; en général le pays est fort tranquille, la peur qu'on avait des Français semble beaucoup diminuée, et chacun profite des circonstances actuelles pour faire ses profits. ...

---

[1] Nach ihren eigenen Angaben 2000 Todte und Verwundete. Bericht des Buchhalters Reich an Gayling, Emmendingen, 30. April.

[2] Vergl. hierzu, wie über diese französische Invasion im Breisgau die Memoiren des letzten Abtes von St. Peter, ed. Braun, S. 135 ff., 149 ff.



542. Graf Lehrbach an Thugut.

Dillingen, 15. Mai 1800.

[Schlimme Zustände bei der Armee. Operationsfehler. Stärke der österreichischen Truppen.]

Lehrbach schildert seine Beobachtungen im Hauptquartier. Der FZM. v. Kray sei äußerst niedergeschlagen und klage, er sei zu schwach an Infanterie. Am zuverlässigsten scheine der General Schmidt, er sehe in der Vernachlässigung der Stockacher Position den Anfang alles Uebels, der Feind habe dadurch stets einen Marsch vorausgewonnen und den rechten Flügel der kaiserlichen Armee überflügelt. Schon im Winter habe er den Erzherzog Karl gebeten, von Donaueschingen das Hauptquartier nach Stockach zu verlegen der Erzherzog habe den Vorschlag abgelehnt: er bleibe ohnehin nicht bei der Armee, sein Nachfolger aber könne machen, was er wolle. — Unordnung in der Armee in Folge des steten Rückzugs, selbst in der Champagne sei es nicht so schlimm gewesen. Die Truppen, speciell die Infanterie, sehen übel aus.

Wien. St. A.

543. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 28. Mai 1800.

[Der «Mercure britannique», seine frühere und jetzige Haltung gegen Baden.]

... Ueber unsere leidige politische Lage habe ich ohnlängst etwas in dem «Mercure britannique» gelesen, das mir um so tröstlicher gewesen ist, als der nun verstorbene Verfasser desselben — Mallet du Pan — uns vor geraumer Zeit hier und da sehr unbillig beurtheilt hatte. . . .

In dem beiliegenden Auszuge des Mercure, Jahrg. 1800, S. 106 wird constatirt, daß Baden, ebenso wie Baiern und Würtemberg, von ihren Mitständen verlassen, nur die Wahl gehabt «de se soumettre à recevoir de la France des conditions de paix ou à lui abandonner leurs couronnes, leurs sujets, toutes les propriétés de leur territoire».

544. Landvogt von Liebenstein an Gayling.

Emmendingen, 4. Juni 1800.

[Das Freicorps des Grafen Mier im Breisgau. Ausschreitungen.]

Ein österreichisches Freicorps, unter dem Rittmeister Grafen Mier vom 2. Ulanenregiment, ist durch das Prechthal nach Freiburg gerückt und hat, trotz der Gegenvorstellungen der Bürgerschaft, die Stadt besetzt. Die Leute hausen übel, wo sie sich zeigen, und stehlen, was sie können. Die Prechthäler werden mißhandelt. „Der Ausdruck: Patrioten und badische Spitzbuben war der glimpflichste." Man ist deshalb in Sorge vor ernsten Ausschreitungen[1].

545. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 24. Juli 1800.

[Waffenstillstand. Hoffnung auf „leiblichen" Frieden.]

Der Markgraf läßt für die jüngsten Nachrichten danken. Die erfreuliche Kunde vom Abschlusse des Waffenstillstandes ist eingetroffen. „Gott gebe, daß uns dieses vorgängige Einverständniß zu einem leiblichen Frieden führen möge, nämlich für das deutsche Reich, denn für die österreichische Monarchie kann und wird er immer noch ruhmvoll genug ausfallen."

[1] Nach einem Gefechte mit der Breisacher Garnison räumt das Corps Mier Mitte Juni wieder Freiburg. S. Bader, Gesch. v. Freiburg, II, 322.



546. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 27. Juli 1800.

[St. Génié. Die Franzosen besetzen Schwetzingen. Vorsicht wegen Philippsburg.]

... La persome connue à V. A. S. m'est venue voir cette après-dînée pour me prévenir que son plan allait être achevé dans quelques jours, qu'elle me le communiquerait alors pour en informer Votre Altesse, mais que pour en conférer avec Elle, il lui semblait qu'il vaudrait mieux attendre, qu'Elle fût établie à la Favorite, où l'apparition de l'auteur qui irait passer quelques jours pour cet effet à Rastadt, ne frapperait pas autant de personnes peut-être[1]. . . .

Die Franzosen haben bei Mannheim den Rhein überschritten und Schwetzingen besetzt, unter dem Vorwande, der Commandant zu Philippsburg, Rheingraf von Salm, habe den im Waffenstillstande festgesetzten Neutralitätsrayon nicht beachtet und überschritten.

Il faudra, ce me semble, être bien sur ses gardes actuellement relativement aux complaisances envers Philippsbourg, afin de ne pas fournir des prétextes préjudiciables à nos intérêts. . . .

547. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 17. Aug. 1800.

[Contribution der Reichsstadt Rottweil. Anleihegesuch. Intervention zu ihren Gunsten bei Moreau.]

Der Bürgermeister der Reichsstadt Rottweil, Hofer[2], hat sich im Namen derselben von Augsburg aus in einem Schreiben vom 14. d. M. an den Markgrafen als Kreis-

[1] Die Stelle bezieht sich auf den im folgenden noch mehrfach zu erwähnenden Mr de St Génié — dieselbe mysteriöse Persönlichkeit vermuthlich, die schon gegen das Ende des Rastadter Congresses am Karlsruher Hofe auftaucht und einen gewissen, nach Edelsheims Ansicht entschieden ungünstigen Einfluß auf den Markgrafen erlangt. S. oben S. 135. Seine Vergangenheit liegt ziemlich im Dunkel: nach Massias, dem er bei seiner Ankunft als spanischer Edelmann vorgestellt wird, wäre er früher Haushofmeister der Königin Marie Antoinette gewesen, doch erscheint die Angabe zweifelhaft. Unter Berufung auf die Memoiren Montgaillards wird er gelegentlich auch als ehemaliger Agent Condé's bezeichnet; jene Memoiren bieten aber keinen Beleg hierfür. In der Emigrantenliteratur findet sich, soweit ich sehe, sein Name nicht. Auch über die Rolle, die er in Karlsruhe spielt, und seine Pläne sind wir nur wenig unterrichtet. Edelsheim beschränkt sich, wenn er davon spricht, vorsichtig nur auf allgemeine Andeutungen. Offenbar hat St Génié hier Gönner in den höchsten Kreisen gefunden. Massias wie Edelsheim erklären ihn übrigens übereinstimmend für einen Intriguanten und Abenteurer. Ersterem scheint er anfänglich allerlei Dienste geleistet zu haben, später ändert sich das Verhältniß, Massias vermuthet in ihm einen Spion in schwedischem oder russischem Solde und fordert daher im November 1804 seine Ausweisung. Ohne Erfolg, denn noch im September 1805, beim Ausbruch des Krieges gegen Oesterreich, finden wir St Génié in Karlsruhe. — Briefe von seiner Hand an den Markgrafen und dessen Familie liegen nicht vor.

[2] Ueber Joh. Bapt. Hofer, der später (1802) als Geh. Referendär in badische Dienste tritt, s. die biograph. Notizen bei Ruckgaber, Gesch. der Stadt Rottweil, II, 508 ff.; Huhn, Universallexikon von Baden, 565.

viertelsdirektor gewendet und ihn ersucht, der Stadt ein Anlehen von 25000 fl. zu bewilligen oder durch Empfehlung Credit zu verschaffen, da es ihr sonst unmöglich sei, die französische Contribution in den vorgeschriebenen kurzen Terminen zu entrichten[1].

Während man im Begriffe ist, in außerordentlicher Sitzung sich mit diesem Gesuche zu beschäftigen, wird die Ankunft Moreau's von Straßburg gemeldet. Edelsheim benützt den kurzen Aufenthalt desselben, um für Rottweil eine Milderung der Contribution zu erwirken. Moreau versichert: «que tout ce que le Margrave de Bade pourrait jamais désirer de lui et tout ce qui lui serait recommandé par S. A. S. aurait toujours des droits si bien fondés à sa considération spéciale qu'il ferait certainement l'impossible pour y satisfaire, autant que les circonstances pourraient le lui permettre», und bittet, ihm ein Memoire über diesen Gegenstand zukommen zu lassen.

Bei der Unmöglichkeit, „der dem hochfürstlichen Haus von jeher so sehr ergebenen[2] und gegenwärtig so äußerst bedrängten Reichsstadt Rottweil" eine Anleihe zu gewähren oder eine solche in Ansbach zu vermitteln, beschließt man, Moreau um Verminderung der Contribution und Bewilligung günstigerer Termine schriftlich zu ersuchen.

---

548. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 1 fruct. an 8 (19. Aug. 1800).

[Popularität Moreau's. Umschwung der öffentlichen Meinung in Deutschland zu Gunsten Frankreichs. Charakteristik des Markgrafen und der Erbprinzessin. Einflußreiche Allianzen.]

Durchreise Moreau's.

Ce général est aimé dans toute l'Allemagne. En cas de guerre sa réputation pourrait enlever le Corps germanique à l'Empereur. Il est très vrai dans ce moment, que les habitants de la Souabe et de la Bavière nous préfèrent aux Autrichiens. Une chose saute aux yeux: c'est que nous avons plus d'amis parmi les Protestants que parmi les Catholiques; ceux-ci néanmoins commencent à revenir, grâce à la conduite du 1er Consul. Aux bains de Bade, qui sont le rendez-vous d'une partie de l'Allemagne, sur cent personnes qui viennent prendre les bains, à peine y a-t-il une contre nous. C'était absolument l'inverse il y a deux ans. Les Anglais passent généralement en Allemagne, comme en France, pour les artisans des maux de l'Europe.

Charakteristik des Markgrafen Karl Friedrich.

À une grande justesse d'esprit, à des connaissances acquises par la lecture, les voyages et la conversation des hommes instruits, le Margrave régnant de Bade joint une grande fermeté de caractère; il n'obéit qu'à sa raison et à sa parole. Vous savez bien que Paul Ier, ne pouvant le faire entrer dans la coalition, ôta à ses enfants les cordons et les pensions qu'il leur

---

[1] Zur Sache vergl. Ruckgaber, a. a. O., II, 333. Das Dankschreiben der Stadt für die erfolgreiche Intervention des Markgrafen, d. d. 20. Oct. 1800, ebenda S. 336.

[2] «La reconnaissance bien méritée de cette ville . . .», bemerkt Edelsheim, «confirmera toujours davantage son véritable attachement et augmentera le nombre des états catholiques de ce cercle disposés en notre faveur.» Edelsheim an Karl Friedrich, 18. Aug.



avait accordées. Lorsque l'Allemagne ne sera point influencée par la force, l'opinion du Margrave ne peut manquer d'y être d'un grand poids.

La Princesse héréditaire, mère de la Reine de Suède, de la Grande-Duchesse de Russie, de l'Electrice de Bavière et tante du Roi de Prusse n'est inférieure à aucune place, tant est grande sa raison, la force, la bonté de son caractère et la dignité de ses manières. Excellente mère de famille elle est adorée par ses filles . . . ses sentiments doivent tôt ou tard influer sur les sentiments des cours du Nord. Peut-être serait-il à désirer que, si le général Moreau accorde des conditions avantageuses à l'Electeur de Bavière, celui-ci sache que c'est en considération de la mère de l'Electrice. Ce serait, en outre, un moyen d'enlever ce Prince à son ministre, bien véritablement rendu à l'or des Anglais.

Pariser Archiv.

---

549. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 20. Aug. 1800.

[Auszeichnender Empfang Moreau's. Rückkehr Durocs. Die Friedenshoffnungen schwinden.]

Uebersendet durch den Curier Helbing das verlangte statistische Material.

. . . J'ai déjà marqué hier à Me la Baronne que nous avons eu la satisfaction de voir ici le général en chef Moreau[1] dont L. L. A. A. S. S. ont toujours été enchantées. Il a paru à son tour fort satisfait de la franche loyauté qui a percé dans tous nos empressements à son égard et on n'a certainement rien négligé de ce qui pouvait concerner le chapitre des formes et des honneurs les plus recherchés. Equipages de la cour jusqu'à Rastadt, d'où le grand-chambellan est venu le prendre également dans un carosse du Margrave, — honneurs militaires comme à un Feldmaréchal impérial — et en tout une réception vraiment cordiale, si bien que le Margrave m'a fait l'honneur de m'écrire en propres termes: «Le général Moreau a été si poli et a eu un air si ouvert avec nous que j'ai été tout de suite bien à mon aise avec lui».

Une circonstance qui nous a alarmés un peu c'est que l'adjudant Duroc a passé Rastadt 1/4[2], après qu'il eût quitté la Favorite, et l'a rattrapé, avant qu'il eût encore atteint Strasbourg. On prétendait même hier que le général en chef allait repasser dans la journée, mais, quoique cela ne soit pas encore arrivé, les lettres du 9 de Vienne . . . ne donnent que de trop justes appréhensions que la rupture des négociations ne soit très

---

[1] Moreau stattet auf der Durchreise am 17. Aug. dem Erbprinzen in Karlsruhe und dem Markgrafen auf der Favorite, wo er zur Tafel gezogen wird, einen Besuch ab.

[2] sic! lies: un quart d'heure. — Duroc überbrachte Talleyrand vom Wiener Hofe die Einladung zu einem Friedenscongresse in Lunéville, v. Vivenot, Vertr. Briefe Thuguts, II. 257.

prochaine et que les hostilités ne recommencent incessamment. Cette récidive sera terrible sans doute, mais peut-être d'autant plus courte. . . .

Concept.

---

550. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 21. August 1800.

[Reitzensteins Krankheit. Erleichterung der Quartierlast nach Moreau's Besuch. St Génié.]

Reitzenstein geht es, wie seine Gemahlin schreibt, noch keineswegs besser. Edelsheim hat den preußischen Gesandten, Sandoz Rollin, ersucht, die zur Sicherung der Gesandtschaftspapiere erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, falls Reitzenstein, was er nicht hoffe, seinen Leiden erliegen sollte.

Moreau's Besuch hat befriedigt.

Il paraît qu'il n'a pas tardé de donner les ordres nécessaires pour soulager les villages de nos environs occupés par les troupes françaises. Ils n'ont guère plus que la moitié des détachements qui y étaient cantonnés. . .

Mr. de St Génié m'a prié de rappeler à V. A. S. ses mémoires [1] qu'il désire de ravoir surtout, afin d'en pouvoir conférer avec Massias, auquel il a certainement déjà fait la confidence de ses projets. En lui rendant ses productions il voudra savoir sans doute le jugement que V. A. S. en porte, et c'est peut-être ce qui exigera le plus de circonspection, vu le danger de se trouver compromis pour peu qu'on paraisse seulement se prêter et participer à ces spéculations aussi hardies qu'incohérentes. Mais je serais dévisagé, si l'on me savait une opinion si biscornue sur cet objet.

---

551. Moreau an Karl Friedrich.

Straßburg, 22. Aug. 1800 (4 fruct. an 8).

[Verlängerung der Termine für Rottweil; Contributionsminderung unzulässig. Schwierigkeiten der Repartition der Kreiscontribution. Complimente.]

Empfang des Schreibens vom 18. d. M.

Je joins ici une prolongation de quinze jours sur chaque terme imposé à la ville de Rottweil; les besoins de l'armée ne me permettent pas de l'étendre davantage.

Quand (sic!) à la diminution que V. A. S. réclame en sa faveur, il m'est impossible d'y accéder sans déranger entièrement le système que j'ai adopté pour l'avantage des pays occupés par l'armée, de les faire imposer par l'autorité administrative supérieure et conformément à la matricule du Cercle dont ils font partie.

Je suis convaincu, comme V. A. S. me l'apprend que la ville de Rottweil s'y trouve trop imposée, mais je crains que, voulant corriger un abus, je n'en fasse naître de plus considérables. J'aurais désiré que le

[1] S. oben N. 546.

comité spécial qui s'est chargé de cette répartition, eût pris sur lui d'en rectifier les erreurs; il a craint de les augmenter, en voulant les détruire, et de donner lieu à des réclamations dont il n'aurait pas pu se tirer. Il Vous est facile de présumer celles que m'auraient fait commettre le peu de notions que je puis avoir sur des questions aussi abstractes et aussi compliquées.

Je me félicite journellement de l'avantage que j'ai eu de connaître plus particulièrement une cour aussi respectable que celle de V. A. S. L'attachement de ses sujets et ses alliances brillantes sont des titres assurés à la considération des gens de bien de toutes les nations. Je prie V. A. S. de recevoir etc. . . .

Eigenhändig.

552. Talleyrand an Massias.

Paris, 4 fruct. an 8 (22. Aug. 1800).

[Hoffnung auf werthvolle politische Informationen durch den Karlsruher Hof.]

. . . Quoique la cour, où Vous résidez, ne paraisse pas bien importante par sa situation et son peu d'influence, cependant le respect, que tout le monde porte à son digne chef, et ses alliances intimes avec plusieurs Princes en dedans et en dehors de l'Allemagne, font présumer, que Vous Vous trouverez à même de faire plus d'une observation et de recueillir plus d'un renseignement également intéressants et utiles. . . .

Concept. Paris. Archiv.

553. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 27. Aug. 1800.

[Rückkehr Moreau's zur Armee. Zwischen Krieg und Frieden.]

Moreau ist gestern Abend wieder über Rastadt und Durlach zur Armee zurückgereist: «si le propos qu'on nous a cité de lui est authentique, savoir qu'il semblait que l'Empereur n'avait pas voulu ratifier les préliminaires et qu'il avait ordre de rassembler son armée, alors nos belles espérances ont été vaines». Uebrigens, theilt Edelsheim vertraulich mit, schreibe sein Schwiegersohn, General Giulay, unterm 18. d. M. aus dem Hauptquartiere, «je parie encore pour la paix».

«Messieurs Massias et St Génié qu'on pourrait bien appeler les ménegmes, se proposent d'aller samedi à Rastadt. . . .»

554. Edelsheim an Karl Friedrich.

o. D. [1. Sept. 1800].

[Warnung vor St Génié's Projekten und Umtrieben.]

Je crois, Monseigneur, qu'il est de mon devoir de prévenir V. A. S., toutefois sous le sceau du secret, que j'ai des indices certains que le

satellite de l'agent[1] etc. qui aura l'honneur de Lui faire sa cour demain[2], — non seulement a mis celui-ci entièrement au fait de tous ses projets et plans de réforme constitutionelle, mais qu'il en a beaucoup dit aussi à une personne d'un autre sexe, que j'ai eu l'honneur d'indiquer à Votre Altesse la dernière fois que j'ai été à la Favorite. Il paraît d'ailleurs bien décidé à convertir Votre Altesse et à lever tous les scrupules qu'Elle pourrait avoir à adopter ses principes et ses moyens et pour me convaincre moi-même, qu'il ne serait pas capable de proposer quelque chose à Votre Altesse qui pût être contraire à Ses véritables intérêts; il me dit l'autre jour à ce sujet: «Monseigneur me connaît suffisamment sur ce point, je Vous en réponds, dans plus d'une occasion». Je ne saurais rendre l'inflexion significative avec laquelle cela me fut exprimé; mais j'avoue sincèrement à Votre Altesse, que cette phrase n'a pu que réveiller d'avantage en moi mes appréhensions sur les dangers auxquels de pareilles connexions doivent nécessairement exposer. Le public marque déjà son étonnement de la liaison de cet apôtre avec l'agent susmentionné et peut-être y a-t-il même des membres insuffisamment ou du moins incomplètement initiés de sa propre secte qui ont de la peine à concevoir le but et l'objet de cette intimité imprévue. Je suspens mon jugement à cet égard en souhaitant bien sincèrement que tout tourne pour le mieux et qu'il n'en résulte jamais des choses préjudiciables sous aucun rapport. Ma franchise sur cette matière ne peut être que l'effet de ma probité et je rends trop de ma justice à celle qui caractérise tout particulièrement Votre âme, Monseigneur, pour ne pas compter avec une confiance sans bornes, qu'en faisant à Votre Altesse cette ouverture confidente, je ne pourrai jamais me compromettre, mais que pour plus de sûreté contre les hazards imprévus de quelqu'indiscrétion accessoire Elle daignera brûler ma présente lettre, avant qu'il en puisse résulter quelqu'inconvénient.

---

555. Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 8. Sept. 1800.

[Moreau in Regensburg. Achtung vor dem österreichischen Heere.]

Görtz hat den General Moreau auf der Durchreise nach Augsburg am 4. d. M. gesprochen. Moreau rechnet auf Annahme der Friedenspräliminarien in Wien. „In allen seinen Reden herrschte die größte Mäßigung, und besonders waren seine Aeußerungen über die k. k. Armee, deren Tapferkeit, vortreffliche Einrichtung und militärischen Geist mit nachdrücklichem Ernst, voll der größten Verehrung, mit dem Zusatz, daß auch so Friedrich II., der größte Feldherr und der Lehrer aller, diese Armee so beurtheilt habe."

---

[1] St Génié und Massias.

[2] Ein Billet Edelsheims vom 1. Sept. zeigt für den folgenden Tag den Besuch von Massias und St Génié an; daraus ergiebt sich das Datum des vorliegenden Schreibens.



556. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 16. Sept. 1800.

[Der Kaiser im Lager. Wunsch nach Frieden.]

... Die Erscheinung Sr Kaiserl. Majestät im österreichischen Hauptquartier[1] ist allerdings eine sehr unerwartete, in mehrerem Betracht aber doch, wie mir scheint, ganz zweckmäßige Maßnehmung. Da ich aber nicht von denjenigen bin, die sich über die Fortsetzung des Kriegs so unvorsichtig freuen, daß sogar der französische Geschäftsträger mir schon heute Nachmittag von der Kriegsposaune gesprochen, die in einem gewissen Hause seit den gestern eingegangenen Nachrichten ertönet habe, so gebe ich meine innigste Hoffnung zum Frieden noch gar nicht auf. Und wer kann wol gefühllos genug sein, um ihn bei den unzähligen Leiden der Menschheit, die uns umgeben, nicht sehnlich zu wünschen! ...

557. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 22. Sept. 1800.

[Verfrühte Nachricht vom Friedensschlusse. St Génié's Pläne vorerst durchkreuzt.]

La nouvelle de la paix ... paraît causer des sensations bien différentes ici[2]. La majeure partie en bénit le ciel et en félicite sincèrement l'humanité souffrante ..., mais je conçois que des personnes intéressées peut-être dans quelques entreprises lucratives d'approvisionnement de places etc. peuvent ne pas trouver tout-à-fait leur compte à la cessation de cette malheureuse guerre. Les gens à projets et à *plans* de nouvelles constitutions ne me paraissent pas non plus trop aisés de se voir contrariés par ce nouvel ordre de choses[3]. Le déplaisir qu'on en éprouve est fort sensible et, quoique cet incident fût bien aisé à prévoir et qu'il dût arriver nécessairement, la prévention de l'inventeur paraît l'avoir assez aveuglé pour n'avoir jamais voulu se persuader, qu'on n'attendrait pas ses lumineux conseils pour s'arranger avec ses adversaires, dès qu'on le pourrait. En un mot on est fortement battu de l'aile, ce me semble, et cette heureuse catastrophe dispensera V. A. S. d'employer d'autres arguments pour détourner des extravagantes démarches, qu'on se proposait de mettre incessamment à exécution; encore ne répondrai-je pourtant pas, qu'on ne propose quelqu'autre moyen bizarre pour parvenir à son but, cependant cet antidote calmera nécessairement pour quelque temps la première effervescence de cette maudite envie de réformer — en empirant les défauts et imperfections plutôt que de les réparer. ...

---

[1] Vergl. Häusser, Deutsche Geschichte, II, 306.

[2] Die Nachricht ist verfrüht.

[3] Die Stelle bezieht sich natürlich auf St Génié.

558. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 23. Sept. (um Mitternacht) 1800.

[Verlängerung des Waffenstillstandes. Demüthigende Bedingungen.]

General Delaborde, der Commandant zu Landau, hat durch einen Adjutanten in Abwesenheit des Markgrafen den Erbprinzen von der am 20. Sept. zu Hohenlinden vereinbarten Verlängerung des Waffenstillstandes[1] in Kenntniß setzen lassen. Der Erbprinz beauftragt den Hauptmann Wielandt, für diese Aufmerksamkeit seinen Dank auszusprechen.

Die Bedingungen des Waffenstillstands bedeuten für Oesterreich eine schwere Demüthigung, «il ne valait pas la peine de faire venir S. M. Imp. et Roy. Apost. à l'armée pour y jouer ce rôle. . . . Après qu'on s'est tant récrié sur l'inadmissibilité des propositions du traité des articles préliminaires de paix . . ., il ne fallait pas presqu'immédiatement après accorder encore trois forteresses en sus de ce qui avait été demandé auparavant».

559. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 1 vendém. an 9 (23. Sept. 1800).

[Der Erbprinz, sein Sohn und seine Töchter.]

Les autres personnages qui composent la cour de Carlsrouhe offrent beaucoup moins d'intérêt que ceux dont je vous ai déjà parlé.

Le Prince héréditaire est un honnête homme, qui aura assez d'esprit pour se laisser gouverner par sa femme. Leur fils, agé de 14 ans, promet et tiendra beaucoup, si sa mère achève son éducation.

Sa sœur, la princesse Marie, âgée de 18 ans, se ferait remarquer, dans quelque coin de l'Europe qu'elle se trouvât placée, par les grâces peu communes de sa figure, l'égalité de son caractère et l'affabilité de ses manières: c'est la Grande-Duchesse de Russie en miniature.

Celle-ci, m'a-t-on assuré, annonce les qualités de Cathérine II. Elle gouvernera son mari et les Russes. La mort récente de sa fille est pour elle un coup cruel, d'autant que, mariée depuis sept ans, elle n'avait point eu d'enfants. Paul I la vexe et toute la famille.

La Reine de Suède a moins de grandeur dans l'esprit et le caractère; elle est aimée de son mari.

Paris. Archiv.

560. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 25. Sept. 1800.

[Verlobung von Massias. St Génié's Antheil.]

Massias hat sich gestern Abend mit Fräulein von Böcklin verlobt. Son Mentor St Génié est présumé d'avoir beaucoup de part à cette union . . . et comme c'est

[1] In demselben bewilligte Frankreich gegen Auslieferung der Festungen Ingolstadt, Ulm und Philippsburg eine Verlängerung von 45 Tagen. Das nähere bei v. Vivenot, Vertraul. Briefe Thuguts, II. 278 ff.

un homme à plans et à projets il se pourrait bien qu'il y eût un objet quelconque à cette alliance et à cet établissement peu brillant de part et d'autre. . . .

561. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 18. Oct. 1800.

[Unterredung mit Moreau. Thuguts Rücktritt. Die Friedensverhandlungen in der Schwebe. Baierische Gesandtschaft in Paris. Attentatsgerüchte.]

|: Moreau hat auf der Durchreise nach Paris vor ein paar Tagen Durlach berührt. C'est de lui que j'ai appris le premier la nouvelle du nouveau changement dans le ministère de Vienne qui a été depuis publié par plusieurs gazettes. Ce général m'a paru inférer de ces variations de successions à la place de chancelier de la cour — dont il résulte par contrecoup une incertitude prolongée sur la nomination du plénipotentiaire pour le Congrès de Lunéville — qu'on n'avait apparemment nulle envie de se presser à cet égard, et que, le terme du 20 de ce mois devant décider une prolongation de l'armistice ou bien sa dénonciation, il se presserait du moins, lui, de revenir à son armée, dès qu'il serait précisément informé des intentions de son gouvernement. Nous avons aussi appris par ce général que l'Electeur de Bavière allait envoyer Mr de Cetto à Paris et qu'il devait partir de Munic pour s'y rendre le 15 de ce mois, de manière qu'il aura vraisemblablement déjà passé le Rhin à Manheim. Quant au bruit qui avait couru d'un attentat sur la vie de Bonaparte, il assura, qu'il n'y avait absolument rien de vrai à cela, et d'après une lettre postérieure de Strasbourg, on prétend que cette nouvelle n'avait été forgée et répandue partout par les Jacobins que pour sonder le terrain. Cependant ce bruit, quelque faux qu'il puisse être, rappelle pourtant la possibilité d'un pareil événement, qui toutefois serait certainement bien défavorable dans ce moment-ci à la tranquillité publique et aux espérances qu'on se plaît à concevoir encore pour une prochaine pacification. . . . :|

562. Assessor Groos[1] an Edelsheim.

Paris, 3. Nov. 1800.

[Ehrgeizige Pläne Bonaparte's. Staatsstreich. Flugschrift über das Erbconsulat.]

|: Bonaparte bemüht sich angelegentlich um den Frieden mit Oesterreich. Il est même vraisemblable que Bonaparte signalera l'anniversaire de son avénement au Consulat par un acte d'autorité, savoir de se saisir du pouvoir absolu et illimité, en se débarrassant tout d'un coup du reste des autorités constituées existantes encore. Il s'assemble beaucoup de troupes à St Cloud ce qui insigne quelqu'événement d'importance. Il circule entr'autres une feuille imprimée que l'on croyait être de la fabrique de

[1] S. oben S. 381; er weilte seit 21. Oct. in Paris.

Lucien Bonaparte[1], on y fait entendre à la nation française que, pour se mettre à l'abri de tous nouveaux revers attachés à chaque changement dans le gouvernement, l'unique moyen serait de rendre le suprême pouvoir héréditaire dans la famille de Bonaparte. . . . :|

---

563. Groos an Edelsheim.

Paris, 4. Nov. 1800.

[Bestechlichkeit der Regierung. Erpressungen der Familie Bonaparte. Steigende Erbitterung im Volke.]

|: . . . Les vexations et vilainies du gouvernement surpassent toute croyance. On apprend que Lucien Bonaparte gagne la somme de 1 500 000 francs à conniver à une exportation de grains en Angleterre. Le Premier Consul à qui la chose fut dénoncée a répondu simplement que jadis les fermiers généraux en avaient agi de même. Madame Bonaparte ayant pris envie excessive d'un collier de 300 000 ₶ à vendre a poussé l'indiscrétion jusqu'à exiger de l'ambassadeur d'Espagne, de lui en faire l'emplette en retour des beaux habits destinés par son époux à la Reine d'Espagne; n'osant point prendre sur lui une emplette si chère, il a répondu qu'il en solliciterait par courrier la permission de sa cour, qu'il attend de retour dans la 15aine. De plus pour satisfaire à ses dépenses énormes Madme Bonaparte a proposé à un entrepreneur fort riche de présenter au gouvernement telle entreprise qu'il voudrait et qu'elle l'appuyerait moyennant une somme de 400 000 ₶ dont il la régalerait; enfin les choses en sont venus à un point qu'il est a croire que Bonaparte ne pourra pas se soutenir, tant il commence à être détesté généralement. :|

---

564. Groos an Edelsheim.

Paris, 12. Nov. 1800.

[Friedensverhandlungen. Rußland garantirt Baierns Integrität.]

|: Mittheilungen über die Verhandlungen zwischen Bonaparte und dem Grafen Ludwig Cobenzl und den Abbruch derselben[2].

Notre envoyé sait pour sûr que l'Electeur palatin toujours encore inquiet des vues de l'Autriche sur la Bavière vient d'être tranquillisé à ce sujet par l'Empereur de Russie qui lui a fait donner l'assurance positive de soutenir l'intégrité de la Bavière et qu'il mettrait sur le champ la main sur la Galice pour gage de sûreté de la Bavière en cas de besoin. :|

---

[1] Die bekannte von Lucien inspirirte, von Fontanes verfaßte Flugschrift: Parallèle entre César, Cromwell et Bonaparte. S. Lanfrey, Hist. de Napoléon I, II, 205 ff.

[2] von Sybel, a. a. O. V, 636 ff.



565. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 20. Nov. 1800.

[Lucchesini in Paris; seine Aufgabe, Annäherung an Oesterreich zu verhüten. Rußland und die Entschädigungsfrage. Preußen als Beschützer der „Altweltfürstlichen Häuser". Bedenken Reitzensteins.]

|: Man erwartet morgen die endgiltige Antwort des Wiener Hofes auf das französische Ultimatum.

En attendant c'est surtout sur le nouveau système politique de la Prusse et sur le but de la mission de Lucchesini[1], que j'ai tâché de prendre les renseignements les plus exacts possibles; à ce qu'on en entend parler, ce serait uniquement pour traverser les projets de l'Autriche qu'on l'aurait envoyé ici. Il a avoué assez ingénuement, que tout ce qu'il craignait le plus, c'est que l'Autriche, de peur que la Prusse ne prît une part plus active aux affaires ne se déterminât dans ce moment même à s'arranger promptement avec la France; à quoi il a ajouté que c'avait été la principale raison qui l'avait fait arriver en si grande diligence ici, et que pourvu que cet accomodement ne se fît pas actuellement, il était tout à fait rassuré. Bonaparte croyait au commencement qu'il était venu pour proposer de la part de la Russie et de la Prusse conjointement un plan de pacification inadmissible pour la France, en lui demandant la restitution de la rive gauche du Rhin; ce fut aussi la raison qui lui fit éprouver au commencement de son arrivée un accueil assez froid; quel fut donc l'étonnement du Premier Consul, lorsque Lucchesini se borna presqu'uniquement à l'assurer des meilleures dispositions de la Prusse envers la France, du désir de l'Empereur de Russie de s'en rapprocher et à prier enfin Bonaparte d'être bien en garde contre les propositions insidieuses (ce sont les propres paroles de Lucchesini) de l'Autriche. Il paraît sûr que l'Empereur de Russie, en protégeant très ouvertement les Rois de Naples et de Sardaigne, l'Electeur palatin et le Duc de Wurtemberg, ne demande pas mieux que de contribuer ensuite de son mieux à l'humiliation de l'Autriche et de la Grande-Bretagne et qu'au prix surtout du rétablissement du Roi de Sardaigne en Piémont il n'aura pas la moindre répugnance à consentir aux limites du Rhin et au système des sécularisations, auquel même il consentirait à faire donner même une plus grande latitude que celle consentie il y a 4 années à Berlin. Le marquis Lucchesini s'attache particulièrement à répandre partout que c'était pour les „Altweltfürstliche Häuser" que la Prusse agirait maintenant bien plus efficacement que jusqu'ici; il veut, dit-il, s'environner ici des ministres de ces Princes et se concilier leur con-

[1] Als Nachfolger Sandoz Rollins geht Ende October der ehemalige Gesandte in Wien, Marquis Lucchesini, nach Paris. Ueber den Zweck seiner Sendung s. Bailleu, Preußen und Frankreich, II, 1—8.

fiance, en y ajoutant que c'était le même système qu'il avait suivi pendant sa dernière mission à Vienne et dont il s'était parfaitement bien trouvé, quoique cela lui eût attiré la haine implacable du ministère autrichien. . . .

Ersucht um Instruction, wie weit er sich Lucchesini, vor allem in der Entschädigungsfrage, anvertrauen dürfe; der darmstädtische Gesandte, Graf Pappenheim, habe dem Marquis bereits in der Angelegenheit eine Note überreicht. Im übrigen, meint Reitzenstein, empfehle es sich mehr, sich lediglich auf den geheimen Vertrag zu berufen, als Preußens Vermittelung nachzusuchen, das sich doch stets mehr für Baiern und Hessen interessiren werde. :|

---

566. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 30. Nov. 1800.

[Vorsichtige Zurückhaltung gegen Lucchesini, zugleich Wahrung freundlichen Einvernehmens mit Rücksicht auf Preußens Intervention.]

|: . . . Vos remarques sur notre véritable position actuelle sont si justes qu'il paraît presque superflu à Msgr. le Margrave de Vous transmettre des instructions précises relativement à Votre conduite envers le Cte (sic!) Lucchesini. Il est tout aussi clairement de son intérêt de s'emparer de la direction principale des vœux de tous les prétendants aux indemnisations qu'il est du nôtre sous tous les rapports, de ne pas nous y soumettre inconsidérément et faire dépendre notre sort d'un arbitrage si partialement porté à satisfaire de préférence et à notre détriment tous les autres prétendants plutôt que nous, tandis que nos traités et la constance de notre conduite envers la République française semblent nous assurer les droits les mieux fondés à son puissant appui. . . . Cependant quelque solides que soient ces principes et ce système, Vous Vous appliquerez sans doute à entretenir des relations amicales avec le ministre prussien et autant de confiance apparente, que Vous croirez pouvoir Vous permettre, sans lui accorder la faculté de s'ingérer immédiatement dans nos intérêts. Il nous importe toutefois de nous ménager la bienveillance de sa cour autant que possible et à mesure que son intervention pourrait selon les circonstances nous devenir utile ou nécessaire. Le Roi de Prusse et son prédécesseur ont donné à différentes reprises des assurances de protection éventuelle au S^{me} Margrave que nous n'avons jamais appréciées qu'à leur juste valeur, mais qu'on peut pourtant réclamer, ne fût-ce que par courtoisie, dèsqu'on le jugera convenable. . . . :|

Concept.

---

567. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 2. Dec. 1800.

[Intervention zu Gunsten der Reichsstädte Eßlingen und Rottweil.]

|: Vous trouverez au pli un précis concernant les sollicitudes de la ville d'Esslingen[1] en faveur de laquelle Msgr. le Margrave s'est intéressé autant qu'il a cru pouvoir le faire, mais qui n'en succombe pas moins aux malheureuses circonstances qui anéantiront bientôt tous les coétats de la Souabe. Je ne Vous propose pas aucune démarche directe en faveur de cette pauvre ville d'Esslingen, mais peut-être qu'un hazard fortuné pourrait Vous fournir quelque moyen indirect d'adoucir son sort. Nous sommes également bien affectés du sort inévitable qui paraît menacer la bonne ville de Rottweil et son très digne et respectable bourgmestre Mr. Hofer. C'est pour Vous tenir au fil de ce qui le concerne, lui et ses concitoyens, que mon collègue ajoute encore un petit mot relativement à cet objet. . . . :|

Concept.

---

568. Groos an Edelsheim.

Paris, 3. Dec. 1800.

[Bevorstehende Ankunft einer würtembergischen Gesandtschaft; ihre Aufträge unbekannt. Erwerbung von Oberkirch. Schreiben an Bonaparte. Motive.]

|: Talleyrand erwartet eine würtembergische Gesandtschaft.

Ignorant si cette légation n'obtiendra à l'instar de la maison de Darmstadt et des états de la Wetteravie qu'une simple neutralité ou si peut-être par l'entremise de la Russie elle doit négocier derechef la paix formelle, y compris les stipulations des indemnités, — ce qui cependant paraît être sujet aux plus grandes difficultés, vu que l'envoyé de Darmstadt malgré toutes les démarches possibles faites déjà à cet égard n'a pu obtenir encore la moindre promesse d'indemnisation, — il semble au Bon de Reitzenstein être maintenant de la dernière importance de faire incessamment les démarches nécessaires relativement à Oberkirch promis au Duc de Wurtemberg par son premier traité et dont l'acquisition nous est indispensable. Voici ce que le Bon de Reitzenstein m'a dicté: quoique j'aie déjà présenté plusieurs mémoires à ce sujet, il est cependant de toute nécessité que je sois plus particulièrement soutenu dans ce moment, c'est pourquoi je désirerais que Msgr. le Margrave voulût en propre personne écrire au Premier Consul et lui marquer, en se fondant sur la protection dont Bonaparte s'est permis de

[1] Fehlt. Die Stadt reklamirt, wie sich aus ihrer Correspondenz mit dem Markgrafen ergiebt, unter Berufung auf den würtembergischen Separatfrieden von 1796 gegen die ihr auferlegte Contribution; ihr Gesuch wird auf badische Fürsprache berücksichtigt. Vergl. Pfaff, Gesch. von Eßlingen, S. 904 ff. — Ein ähnliches Ansinnen stellte auch die Reichsstadt Offenburg an die badische Regierung.



faire parade dans sa réponse à S. A. S.[1] qu'Elle se voit dans le cas d'y recourir, en lui recommandant instamment un objet sur lequel j'étais chargé de présenter un mémoire au ministre des relations extérieures.

... En donnant ce conseil, je ne me déguise nullement que Monseigneur aura la plus grande peine à s'y déterminer, mais ayant toujours été persuadé que notre position géographique, en nous mettant d'un côté éternellement à la merci de la France et de l'autre côté la fâcheuse conséquence, qu'aucune autre puissance n'a des motifs politiques de s'intéresser sincèrement à nous, le résultat forcé de ces considérations me paraît être qu'aussi longtemps que Bonaparte sera le Roi absolu de la France, il faut nécessairement que nous tâchions bongré malgré de le gagner par toutes les voies possibles pour le reste de la durée de sa souveraineté actuelle...

Falls die würtembergische Gesandtschaft nur wegen Neutralität verhandle, werde er das Schreiben nicht abgeben. :|

---

569. Karl Friedrich an Bonaparte.

Karlsruhe, 15. Dec. 1800.

[Memoire, die Erwerbung von Oberkirch betr.]

Dankt für die Zusicherungen Bonaparte's in seinem Schreiben vom 11. Thermidor und empfiehlt seiner Aufmerksamkeit dringend «un objet sur lequel j'ai chargé mon ministre ... le Bon de Reitzenstein de présenter un mémoire au ministre des relations extérieures». Concept.

In ähnlichem Sinne schreibt Edelsheim an Talleyrand; er rechne um so mehr auf die «dispositions bienveillants du gouvernement français qu'il a les moyens de les réaliser facilement, sans qu'il blessent aucunement les intérêts fondés d'un tiers»[2].

Concept. Karlsruhe. Orig. Pariser Archiv.

---

570. Gross an Edelsheim.

Paris, 18. Dec. 1800.

[Gerücht von Massias' Abberufung. Seine Fürsprache für Eßlingen.]

Alexander de la Rochefoucault, früher Präfekt des Departements Seine et Oise, soll im diplomatischen Dienst verwendet werden und, wie es heißt, Massias in Karlsruhe ersetzen; Reitzenstein glaubt zwar nicht daran,

«parcequ'un ex-préfet, ex-duc, lui paraît un trop grand personnage pour être chargé d'affaires au Cercle de Souabe. Si cependant elle était vraie, ... il serait alors à supposer que le citoyen Massias ait été la victime de son intercession humaine pour la pauvre ville d'Esslingen qui lui a été prise ici très en mauvaise part, ainsi que le Bon de Reitzenstein le tient par Rosenstiel. ... :|

---

[1] S. oben Nr. 522.

[2] Beide Schreiben sind völlig nach den Vorschlägen Reitzensteins vom 3. Dec. concipirt, es handelt sich also um Oberkirch. Die Originale im Pariser Archiv; das Memoire s. Nr. 580.

571. Groos an Edelsheim.

Paris, 21. Dec. 1800.

[Befürchtungen wegen eines englischen Staatsbankerotts. Die Zurückziehung der badischen Fonds aus der Londoner Bank räthlich.]

|: Les nouvelles de l'Angleterre les moins équivoques et d'une authenticité telle qu'on ne pourra guères les avoir à Carlsrouhe s'accordent toutes à annoncer, si non une révolution complète, du moins une prochaine banqueroute nationale inévitable, qui d'après les calculs approximatifs les plus modérés éclatera dans moins de deux ans. Sous ce point de vue il serait désirable que Msgr. le Margrave voulût se disposer à faire retirer le plutôt possible ses fonds dans la banque de Londres, provenant de ses subsides anglais[1] pour en prévenir la perte totale. . . :|

---

572. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 24. Dec. 1800.

[Die Abberufung von Massias vermuthlich die Folge seiner Beziehungen zu St. Génié. Mißtrauen gegen Rosenstiel.]

|: Quoique Rosenstiel soit vraisemblablement à portée d'être assez bien instruit du dessein de rappeler Massias, je crois pourtant qu'il peut s'être trompé sur le véritable motif de ce changement. Je suis fondé dans cette opinion par la circonstance assez remarquable que hier . . . on vient me prévenir confidemment, que selon des nouvelles toutes fraîches de Paris on devait avoir éclairé le Premier Consul sur les principes et les manœuvres d'une certaine secte ici et particulièrement sur l'ascendant qu'un de ses coryphées, nommé St. Génié, avait pris sur le pauvre Massias, qu'il paraissait en effet avoir entièrement englobé; qu'en conséquence le chargé d'affaires serait bientôt rappelé. Mr. Groos est à même de Vous donner des renseignements explicatoires touchant cette dangereuse secte, à laquelle je suis cependant persuadé que Massias n'a pas la plus petite part; mais il est toujours imprudent à lui d'avoir donné tête baissée dans une liaison intime avec l'homme le plus suspect qu'il ait pu trouver ici et au sujet duquel on n'a pas laissé à ce qu'on m'a assuré de le prévenir indirectement. Il semble aussi depuis quelque temps que cette liaison ait un peu diminué, mais c'est peut-être moutarde après dîné. Cependant nous le perdrons certainement à regret[2].

Rosenstiel, meint Edelsheim, dürfe man nicht zu sehr trauen; er werde stets die Interessen Badens denjenigen Hessen-Darmstadts opfern. :|

Concept.

---

[1] Vergl. Polit. Correspondenz, II, S. 86.

[2] Die Nachricht beruhte augenscheinlich auf leerem Gerede: M.'s Stellung war, wie die Correspondenz mit Talleyrand zeigt, keineswegs erschüttert.

573. Groos an Edelsheim.

Paris, 27. Dec. 1800.

[Attentat vom 24. Dec. Englische Intriguen. Preußische Politik; Lucchesini's Intervention zu Gunsten Baierns und Würtembergs abgelehnt.]

|: Attentat auf Bonaparte (24. Dec.) Nach Reitzensteins Ansicht nicht das Werk der Septembermänner, sondern von England veranlaßt.

Cette supposition même gagne plus de vraisemblance en songeant que cet événement est tombé précisément dans l'époque de l'arrivée du général russe[1], sans doute pour faire craindre à l'Empereur de Russie des liaisons avec un gouvernement si peu solide et aussi peu stable que le gouvernement actuel français placé continuellement sur un volcan. . . .

Die preußischen Friedensbemühungen beschränken sich lediglich auf Demonstrationen, «on ose toujours trop peu à Berlin».

Le Cte (sic!) Lucchesini a été chargé par sa cour de son entremise auprès du gouvernement français en faveur de l'Electeur palatin et du Duc de Wurtemberg pour obtenir la remise des nouvelles réquisitions mensuelles qui leur sont imposées, vu qu'ils étaient à la veille de faire leur paix. Non seulement Lucchesini a été refusé net, mais cette démarche a encore été vue ici de très mauvais œil. . . . . :|

574. Groos an Edelsheim.

Paris, 30. Dec. 1800.

[Die würtembergische Gesandtschaft. Der Russe Sprengtporten und Reitzenstein.]

|: Quant aux Wurtembergeois ils sont toujours encore à venir et je parie que le Duc ne se règle que d'après les événements militaires en Franconie sans voir le reste. À la vérité la situation militaire du général Moreau, quelque brillante qu'elle soit, ne laisse pas que d'être hazardée à mon avis.

General Sprengtporten wird der Reihe nach von den Mitgliedern des diplomatischen Corps zum Diner geladen; es frägt sich, ob auch Reitzenstein, trotz der schweren Beleidigung seines Hofes durch Rußland, dem Beispiele folgen solle: der Markgraf, vermuthet er, werde dazu seine Zustimmung nicht geben. :|

575. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 4. Jan. 1801.

[Ueberwachung der Mission Normanns geboten.]

|: . . . On dit que le Duc de Wurtemberg vient d'envoyer Mr de Normann[2], un de ses conseillers privés, à Paris pour y négocier sous la pro-

[1] General Sprengtporten. Vergl. über seine Sendung die neue Publikation Tratchevsky's: Rußland und Frankreich im Zeitalter Napoleons. Schriften der kais. russ. hist. Gesellschaft, Bd. 70, Petersburg, 1890, I, S. 11 ff.

[2] Die von Roth v. Schreckenstein neuerdings veröffentlichten Denkwürdigkeiten des Staatsministers v. Normann (Stuttgart, 1891) geben über diese Mission keinen nähern Aufschluß, wie sie leider überhaupt für die politische Geschichte von geringem Belang sind.

tection des ministres de Prusse et de Russie. Vous saurez déjà à cette heure ce qui en est, et le S^me Margrave s'en fie bien à Votre vigilance et à Votre dextérité pour prévenir à temps ce qui pourrait nous être préjudiciable ou humiliant dans des arrangements qu'on pourrait établir relativement à l'organisation future du cercle de Souabe. . . . :|

Concept.

---

576. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 10. Jan. 1801.

[Zusage einer Modification der badischen Friedensartikel. Sorge wegen ihrer Erfüllung. Wohnlich und der Pforzheimer Holzhandel.]

|: . . . À mesure que nous approchons maintenant du dénouement, les sollicitudes du S^me Margrave se renouvellent aussi, que nous ne parviendrions peut-être pas à écarter de nos traités de paix certaines conditions de plus onéreuses et vraiment insoutenables dont on nous avait fait entrevoir ci-devant des modifications favorables, mais ces espérances, quoique qualifiées d'officielles par La Croix, n'ont, comme Vous le savez bien, jamais eu de suite jusqu'à présent. C'est en Votre zèle et en Votre dévouement, Monsieur, que S. A. S. place toute Sa confiance à cet égard, en Se persuadant que Vous ne laisserez certainement pas échapper le moment favorable où il pourrait être à propos . . . de faire valoir les motifs les plus persuasifs pour obtenir les soulagements et diminutions nécessaires à cet égard.

Je me dispense de Vous énoncer ici les objets en question — Vous les savez aussi exactement que nous, sans en excepter les pieds d'arbres de chêne —, et Votre pénétration ne Vous déguisera pas les moyens qui pourront servir le plus efficacement à nous en libérer autant que possible. . . . Surveillez un peu, s'il Vous plaît, Mr Wohnlich d'Augsbourg qu'on soupçonne d'être à cette heure à Paris pour nous jouer quelque mauvais tour relativement à une compagnie qui va s'établir à Pforzheim pour le commerce des bois en Hollande. :|

---

577. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 12. Jan. 1801.

[Auf Preußen kein Verlaß, ebensowenig auf Rußland. Alle Hoffnung beruht auf Frankreich.]

|: Reitzenstein bespricht die Politik des Berliner Cabinets: man wünsche dort die übrigen Fürsten des Reichs in steter Erniedrigung zu sehen; habe man sich anfangs bemüht, eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich herbeizuführen, so bereue man es jetzt wieder, da der Erfolg der preußischen Bemühungen in Petersburg weit die Erwartungen und geheimen Wünsche übersteige.

Les indices que j'ai de cette misérable politique et de cette basse jalousie, qui veut que tout le monde se ruine, ne m'en imposeront que d'avantage la règle de ne pas donner aveuglement dans le piège de Luc-

chesini, d'autant plus que de tous les états de l'Empire Germanique sans exception nous sommes sûrement celui auquel la Prusse a toujours le moindre intérêt et la propension de l'intérêt de la Russie est dans la nature des choses, de notre position et médiocrité de nos limites. Nous ne devons donc pas nous flatter de changer jamais notre situation à cet égard ni vouloir ce qui paraît impossible. Ces mêmes considérations me paraissent s'appliquer à peu de chose près à nos rapports politiques ainsi qu'à ceux de nos voisins avec la Russie. . . . Le Duc de Wurtemberg n'a jamais calculé sans doute que ce serait la bonne intelligence de la Russie avec la France qui pourrait lui devenir utile et les caprices de cet Empereur sont d'ailleurs trop déréglés, pourqu'on puisse en faire la base de son système politique. Quand même notre voisin en tirerait profit, il l'a chèrement acheté par la ruine de son pays.

Quant à nous, nous devons, autant que je puis en juger, considérer qu'une conduite analogue à celle du Duc aurait déjà bouleversé notre pays, ruiné nos finances qu'aucun de nos alliés s'aviserait de vouloir restaurer, et anéanti jusqu'à l'existence de notre S^me^ Margrave, sans que tous ces sacrifices nous eussent valu le moindre avantage, parceque l'on sait assez que l'Empereur de Russie n'a jamais aimé ni notre maison, ni notre Princesse. Je serai donc toujours d'avis que la puissance qui est à notre portée est plus faite pour fixer notre politique que celle qui est à 300 lieues de nous. . . .

L'état de ma santé ne m'a pas permis de voir ni Talleyrand, ni le Premier Consul. Au surplus je n'ai rien encore appris de l'arrivée de Mr de Normann. . . .

Tout cela ne m'empêchera certainement pas de travailler tout de suite à un mémoire, tel que les circonstances me paraîtront l'exiger. . . . Je le présenterai à la veille de la prochaine audience qui aura lieu le 22 du mois courant, et dans cette audience je présenterai aussi à Bonaparte la lettre de Monseigneur. Rien ne m'arrêtera, si non une impossibilité physique absolue[1]. :|

---

578. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 30 nivôse an 9 (20. Jan.) 1801.

[Erbitterung in Würtemberg gegen den Herzog. Der badische Einfluß im schwäbischen Kreis zu begünstigen.]

Er erhält mehrere Zuschriften von Einwohnern des Herzogthums Würtemberg mit verschiedenen Anliegen, aus denen allen hervorgeht, wie sehr der Herzog bei seinen Unterthanen verhaßt ist.

[1] In der That wirft in Folge von Ueberanstrengung ein erneuter Rückfall Reitzenstein abermals auf's Krankenlager.



Je dois vous le dire . . . le Duc de Wurtemberg est abhorré dans son pays, et il n'a que trop donné lieu à la haine qu'on lui porte. La sagesse du Gouvernement français peut l'honorer, en procurant le calme et le bonheur à cette portion intéressante de l'Allemagne.

La Souabe peut lever de 60 à 70 mille hommes armés: lorsque la République française fera la paix avec l'Empire, nous sommes intéressés à donner au Margrave de Bade la plus grande influence possible dans le Cercle. Son voisinage de la France, ses liaisons actuelles, la reconnaissance, les sentiments qu'il a inspirés à sa famille, tout nous répond de sa bonne volonté. La (sic!) discrétion et sa modération sont telles qu'il ne m'a jamais parlé de ses intérêts, ni de lui-même, ni par son ministre.

Pariser Archiv.

579. Gross an Edelsheim.

Paris, 24. Jan. 1801.

[Audienz Reitzensteins bei Bonaparte; Schreiben des Markgrafen.]

|: Notre envoyé à qui il importait malgré l'état très altéré de sa santé d'aller coûte que coûte à la dernière audience avait quitté le lit et s'y était transporté par le plus mauvais temps. Il est parvenu à parler au Premier Consul et lui a remis en présence de Talleyrand la lettre de Msgr. le Margrave[1]. . . . Il se réserve pour la première dépêche la communication de certaines notices. . . . :|

580. Memoire Reitzensteins[2].

Paris, 29. Jan. 1801.

[Antrag auf Zuweisung des Amtes Oberkirch in Baden.]

Parmi les objets de dédommagements . . . en compensation des cessions considérables, faites à la République par le traité de paix du 5 fructidor an IV, se trouvait particulièrement le baillage d'Oberkirch qui avec celui d'Ettenheim comprend la partie du ci-devant évêché de Strasbourg située sur la rive gauche [sic!] du Rhin. En effet . . . on ne saurait aussi contester que le baillage d'Oberkirch ne présente à aucun des Princes lésés par la cession de la rive gauche les mêmes avantages qu'à la maison de Bade et que par sa situation il ne puisse même convenir à aucun autre état, puisque ce petit district, dont d'après des informations assez exactes les revenues ne paraissent monter qu'à 21 000 florins, est situé entre le Rhin et la Forêt-noire, c'est à dire dans les frontières naturelles du Margraviat de Bade. Malgré les désavantages que cette situation présente à tout autre Prince qu'au Margrave, le ministère de Wurtemberg s'attacha exclusivement à la première considération, c'est à dire à la supposition que

[1] Vom 15. Dec.; wegen seines leidenden Zustandes hatte Reitzenstein das Schreiben nicht früher überreichen können.

[2] Vergl. oben Nr. 568 u. 569.



la sécularisation de l'évêché de Strasbourg trouverait dans son exécution moins d'obstacles que toute autre, et c'est sans doute en partant de ce principe que l'incorporation du baillage d'Oberkirch au Duché de Wurtemberg fut insérée dans un article du traité secret, conclu avec le Duc dans le moment même où le soussigné négociait pour les intérêts de son maître. On ne lui en fit point de mystère, lorsqu'il sollicita vivement la garantie de ce même objet; dès lors il a dû y renoncer et se borner pendant les négociations de Rastadt à trouver un équivalent qui pût être offert à la maison de Wurtemberg comme objet d'échange. Il se croyait d'autant plus fondé d'obtenir à cet égard la médiation du gouvernement français qu'il ne pouvait s'empêcher de remarquer avec la plus vive reconnaissance que le citoyen ministre des relations extérieures était lui-même pénétré de la justice de tous les motifs qui doivent faire désirer à la maison de Bade des indemnités plus considérables que celles stipulées par le traité secret du 5 fructidor an IV. . . . Mais depuis cette dernière époque les circonstances ont entièrement changé. Le traité de paix, conclu en 1796 avec la maison de Wurtemberg, n'existe plus; le gouvernement français n'est donc plus lié par des engagements antérieurs et peut donner un libre cours aux sentiments d'amitié et de générosité que son Premier Chef a marqués lui-même à S. A. le Margrave. Ce Prince a trouvé dans la lettre dont le Premier Consul l'a honoré en date du 11 thermidor un mot bien précieux: *il doit compter sur la protection de la République Française.* Il la réclame, cette puissante protection dans un moment décisif pour les intérêts de sa maison, il la réclame pour un objet qui peut paraître beaucoup trop mince dans la foule des grands intérêts qui se traitent, mais qui est essentiel pour la consistance de ses états.

. . . Il est assurément bien loin des sentiments du Margrave de Bade de vouloir borner la générosité du gouvernement français envers un autre Prince, mais il ne saurait être indifférent, à ce que les indemnités de celui-ci soient assignées au milieu pour ainsi dire du Margraviat. Le plénipotentiaire du Duc de Wurtemberg actuellement ici ne sera d'ailleurs aucunement en peine de trouver d'autres objets d'indemnité supérieurs au baillage d'Oberkirch. . . .

Le vœu du Margrave est donc juste sous quelque rapport qu'on l'envisage, et c'est ce qui ne permet pas au soussigné de douter qu'il ne soit favorablement accueilli, en demandant instamment, comme il a l'honneur de le faire par la présente note, qu'au cas qu'il soit question du renouvellement du traité secret conclu avec la maison de Wurtemberg en 1796, il soit substitué un autre objet d'indemnité au baillage d'Oberkirch et que ce dernier soit ajouté aux dédommagements de la maison de Bade. . . .

Abschrift von Groos.

581. Groos an Edelsheim.

Paris, 30. Jan. 1801.

[Reitzenstein krank. Memoire wegen Oberkirch.]

Reitzensteins Gesundheitszustand erlaubt ihm noch nicht zu arbeiten. Jedem Versuche folgt eine totale Erschöpfung.

|: Le Bon de Reitzenstein est enfin parvenu à me dicter le mémoire désiré, il le remettra au premier jour à Talleyrand Périgord. :|

---

582. Groos an Edelsheim.

Paris, 6. Febr. 1801.

[Vorbehalt weiterer Entschädigungsansprüche. Günstige Zusicherungen Talleyrands.]

Bei Ueberreichung des Memoires bemerkt Reitzenstein, er behalte sich vor, später, wenn die Umstände es gestatten, eine weitere Note «sur les dédommagements de majeure importance que la maison de Bade était en droit de réclamer», zu übergeben. Der Minister entgegnet, dazu sei es noch zu früh.

Talleyrand en outre a assuré au Bon de Reitzenstein que le gouvernement français s'attacherait surtout, à ce que la maison de Bade soit particulièrement favorisée dans l'article des dédommagements, et que le Premier Consul ne laisserait pas échapper d'occasion pour professer sa véritable estime pour le S^me^ Margrave et le désir de nous être utile. . . . .

---

583. Massias an Edelsheim.

Karlsruhe, 30 pluv. an 9 (19. Febr. 1801).

[Der Luneviller Friede. Artikel 7.]

Vertrauliche Mittheilung der Artikel des Luneviller Friedens.

. . . Vous y verrez sans doute avec plaisir dans l'article V[1] que la France n'oublie pas les intérêts des puissances amies entre lesquelles le Margrave de Bade tient un rang si distingué par sa courageuse fidélité à observer les traités qui le lient à la République. . . .

---

[1] Zweifellos Schreibfehler: nicht Art. 5, der von der Entschädigung des Prinzen von Parma, sondern Art. 7, der von der Entschädigung der Reichsstände handelt, ist gemeint.

Anhang.

Aus dem Tagebuch des Geh. Raths Emanuel Meier[1].

1800.

25. April. Den 25. April sind die Franzosen von Kehl und Breysach aus vorgedrungen. Die erste Folge war, daß das von Mannheim bis gegen Kehl gestandene Corps des G. F. Z. M. von Starray sich schleunig über Pforzheim u. s. w. zurückzog....

Mehrere Orte im Hochbergischen haben beträchtlich gelitten, der Schaden wird auf 56000 fl. geschätzt.

20. Mai. Den 20. May: Die beyderseitigen Heere stehen seit 8 Tagen bei Ulm und in dortiger Gegend. In der hiesigen, und überhaupt am Rhein ist es nun ungewöhnlich ruhig.

1. Juni. Am 1. Juny: ... Dißeits der Donau, auf dem Schwarzwald, und selbst am Rhein ist ein Oestr. Streif-Corps erschienen, welches vielen Lärmen verbreitet, und woran sich der aufgelößte Landsturm hie und da wieder angeschloßen hat. Von bedeutenden Folgen ist jedoch diese Excursion nicht gewesen.

Indeßen requiriren die Franzosen in den Oberlanden Fuhren und Heu; und der Herr Grav Lehrbach in den Unterlanden Naturalien für die Vestung Philippsburg....

Der Oestreichische Streifzug an den Rhein hat dem O.-A. Roetteln hinwiederum französische Einquartierung zugezogen. Jenes Streif-Commando und der dadurch wieder aufgelebte Landsturm betragen sich sehr feindselig gegen die hiesigen Lande....

20. Juni. Den 20. Juny: ... Nach Basel müßen die Oberlande 4000 Ctr. [Heu] — und zu noch groeßerer Beschwerde sehr viele Fuhren liefern, die bis nach Stockach, Costanz und Luzern geschickt werden, und weder vollzählig, noch zur versprochenen Zeit wieder zurückkommen....

Von Unbefangenen wird es laut gebilliget, daß Baden forthin die Neutralitaet beobachtet. Bayern und Würtemberg ist durch das entgegengesetzte Benehmen in die groeste Gefahr versetzt. Smus waren bis jezo nicht in dem Fall, der sonst schon vor mehreren Monathen eingetretten wäre, Ihre Lande verlassen zu müssen, und statt ans Flüchten zu denken, kann jedermann seinem Beruff und Gewerbe abwarten. Der Genuß dieser Sorglosigkeit wird jedoch nicht allgemein geschäzt....

15. Juli. Den 15. Julius ist ein Waffenstillstand abgeschloßen worden, wonach die Franzosen einstweilen — ganz Schwaben, excl. Ulm, einen großen Theil von Bayern und Franken, und dem Oberrhein, selbst Regenspurg im Besiz behalten....

Bayern, der Schwaebische Kreiß, Würtemberg insbesondere u. s. w. müßen ungeheure Contributionen entrichten. Baden ist ausdrücklich davon ausgenommen....

[1] Ueber dieses Tagebuch vergl. Polit. Correspondenz, I, 502, Anm.

Den 5. August: ... Die von den Franzosen occupirten Reichs-Lande leyden über alle Beschreibung durch die ihnen angesezte Contributionen und Requisitionen zur Verpflegung der Truppen. 5. August.

Die hiesigen Lande sollen davon befreyt seyn und in der Regel sind sie es auch. Doch geht es nicht ganz leer ab. Die durchpassirenden oder hie und da einquartierten Truppen müßen — und die viele durchreißende Officiers wollen verpflegt seyn, ohne Zahlungen zu leisten.

Die in hiesigen Orten liegende Mannschaft von dem Philippsburger Bloquirungs-Corps erhält zwar Brod, Fleisch, und Fourage aus dem Bruchsaler Magazin. Was aber zü Zeiten hieran fehlet, und sonst zur Verpflegung erforderlich ist, item die Verkoestigung der Officiers, muß vom Land angeschafft werden....

Den 26. August: Vom O.-Amt Roetteln verlangt der Franz. Commissaire zu Basel beharrlich ein Verzeichniß aller vorhandenen Lebensmittel u. s. w. Man beharrt auf der Verweigerung. — 26. August.

Die Antwort des ersten Consul Bonaparte an Smum ist nicht vom Gesandten Massias überbracht, sondern dem H. von Reizenstein in Paris übergeben, und von diesem eingeschickt worden. Sie ist im Styl etwas auffallend, versichert die Protection der Franz. Republique, und das Bestreben ihres Gouvernement. nüzlich zu seyn. —

Der Kreiß hat ein Extraordinarium von 35 Römer Monathen ausgeschrieben, darinn trifft es B. Durlach — 10570 fl. 10. Sept.

B. Durlach	—	10570 fl.
B. Baden	—	5250 fl.
Eberstein	—	350 fl.
		16170 fl.

Der Waffenstillstand soll um 4 Tage, nehmlich bis auf den 14ten c. m. verlängert worden seyn.

Denen Gemeinden in dem O.-Amt Karlsruhe hat nur allein die Verköstigung der franz. Officiers in den Wirtshäusern bis jezo schon 2000—3000 fl. Kosten verursacht.

Eine durch Rastatt gezogene Escadron hat sich dorten übel betragen. Der General Klein in Schuttern, bey dem man sich darüber beschwerte, hat volle Genugthuung versprochen....

Die R. Ritterschaft in Schwaben hat auch die Badischen Orte Münzesheim und Dürrn zu einem Beytrag zur französischen Contribution beyziehen wollen; der O. General Moreau hat sie aber davon freygesprochen, und nun ist man darüber im lebhaften Briefwechsel mit der Ritterschaft, und mit dem Kreis Ausschuß in Augsburg. Dieser will seine auf die Ritter-Cantons im Ganzen gemachte Repartition nicht änderen, und jene verlangt nach Billigkeit, es solle entweder die Münzesheimer und Dürrner rata der Ritterschaft vom franz. Armee Commando an ihrer Quota erlaßen und abgeschrieben, oder aber der Betrag von dem Kreiß Ausschuß auf das Ganze umgelegt werden. Man hat, bis dahin fruchtlos, dieses Verlangen unterstüzt....

Den 26sten 7br.: Die neue Waffenstillstands Convention vom 20sten d. M. zu Hohenlinden abgeschloßen, und die derselben vorangegangene Proclamation des O. General Moreau findet sich in der angehefteten Zeitung abgedruckt.... 26. Sept.

Diese Convention wird stark glossiret. Man findet besonders auffallend, daß der Kayser für den Abzug seiner Artillerie u. s. w. aus den 3 Vestungen Philippsburg, Ulm und Ingoldstadt gesorgt, die Reichs Artillerie aber einem ungewißen Schiksahl überlaßen hat, wozu noch kommt, daß Ingoldstadt keine Reichs Vestung ist....

General Moreau hat die Badischen zur R. Ritterschaft collectablen Orte Münzesheim und Dürrn, sowie den dem Prinzen Louis zugehörigen Ort Gondelsheim von allem Beytrag zu der dem Schwäbischen Creiß auferlegten Contribution freygesprochen. Denen Ritter Cantons hat aber das Comité des Schwäbischen Kreißes, ohne Rücksicht auf diese Execution zu nehmen, ihre volle ratam zugeschieben. 2. Oct.

Jene verlangen aber, wie billig, daß die Quota ersagter Gemeinden entweder Franz. Seits von der ganzen Contributions Summe abgeschrieben, oder von dem Comité auf den ganzen Kreiß repartiret, und nicht auf denen betreffenden Cantons allein zum Uebertragen belaßen werden.

Darüber verfiret man in einer anhaltenden Correspondenz mit dem franz. General-Commando, mit der Ritterschaft, und mit dem Comité des Schwaeb. Kreißes zu Augsburg. —

Der Herr v. Reizenstein ist schon seit etlichen Monathen, und gerade jezo zur unschiklichsten Zeit tödlich krank. Man hat ihm den Geh. Registrator Helbing zugeschickt, welcher gestern wiederum zurückgekommen ist und die Anfrage desselben mitgebracht hat, ob man den Lüneviller Congreß, wenn er allgemeiner werden sollte, zu beschicken noethig befinde. —

Auf die beym General Moreau angebrachte Bite: denen beschwerlichen Forderungen der durchpassirenden Truppen Schranken zu sezen, antwortet derselbe an Smum:

J'ai ecrit aux Generaux et aux Commissaires des guerres (sic!) de prendre toutes les mesures et donner tous les ordres pour que les lieux d'etapes soient etablis regulièrement sur les communications de l'armée, et pour que le passage des trouppes françaises dans vos états n'occasionne ni des ordres ni depenses considerables pour vos sujets.

Ferner:

J'ai sçu, qu'un officier du Gal de Cavalerie en passant a Rastatt avoit negligé d'arreter quelques desordres commis par ses trouppes. Je l'ai provisoirement destitué des ses fonctions et en ai instruit le Gouvernement, qui certainement confirmera cette punition.

Er fügt hinzu:

Je suis persuadé, que Votre A. Sme a vue avec plaisir dans les preliminaires de paix, que l'Empereur a refusé de signer, la maniere avantageuse, dont la France traitoit la Baviere. J'espere, que l'Electeur persuadé de l'intention favorable du Gouvernement Français cessera d'y repondre par des demonstrations hostiles et connoitra enfin ses vrais interets et ceux, qui les favorisent. Smus intercediren in der Rückantwort für den abgesetzten Offizier. . . .

14. Nov. Den 14ten 9vbr. . . . General Moreau fordert von den Beyerischen, Fränkischen und Schwäbischen Kreiß Landen eine neun monathliche Contribution von 4 Millionen fl. Daran soll es Schwaben, excl. Würtemberg, das besonders angelegt ist, und excl. Baden, betreffen: 1,200,000 fl.

Mit der Demolirung von Philippsburg wird fortgefahren. Badische Unterthanen sind bis jezo dazu nicht aufgeboten worden.

Durchmärsche und Einquartierungen, jedoch beydes im Kleinen, abgerechnet, erleydet man dermahlen keine Kriegs Lasten. —

21. Nov. Den 21sten 9vbr.: Heute Mittag ist General Moreau auf seiner Rückreiße zur Armee hier durchpassirt. Smus waren gerade abwesend, um den Herrn Erbprinzen auf dero Retour von Amberg in Pforzheim einzuholen, erwarteten ihn aber dorten, und unterhielten sich mit ihm eine halbe Stunde.

Seine Äußerung: Oestreich wolle nicht negociiren, bis auch ein Englischer Negociateur in Luneville seyn, der aber nicht komme, man müße sich also wieder schlagen — benimmt noch nicht alle Hofnung, daß Unterhandlungen anfangen und fortbauern koennen.

22. Nov. Den 22sten 9vbr.: An dem heutigen Geburtsfest Smi ist ein Abgeordneter des Koenigs von Schweden erschienen, welcher des Prinzen Friedrich H. D. den Seraphinen Orden überbracht hat. —

27. Nov. Den 27. November: Die Franzosen rüken allerwärtst auf die äußersten Demarcations Linien vor. Am morgenden Tag sollen die Feindseligkeiten anfangen, wenn nicht bis dahin eine Verlängerung des Waffenstillstands zu stand gekommen ist.

Der Herzog von Würtemberg, der bekanntlich neben Aufstellung eines Subsidien-Corps auch sein Reichs Contingent gestellt hat, solches aber bei der feindlichen Occupation seines ganzen Landes nicht mehr unterhalten kann, übergibt auch das letztere mit Kayserlicher Bewilligung in Englischen Sold.

Der Churfürst von Pfalz Bayern soll in Ansehung seines Contingents das nehmliche intendiret, den Kayserlichen Consens aber nicht erlangt haben. —

In Bayern gährt es auf das heftigste, und die dem Hof entgegen gesezte Parthie beobachtet keine Schranken, ihre Unzufriedenheit über den Churfürsten und sein Ministerium an den Tag zu legen, auch einen eingewurzelten Haß gegen Oestreich zu verrathen....

14. Dec. Den 14ten Xbr. ist in Pforzheim und Gegend ein kleines Franz. Cavallerie Detachement, angeblich der Sicherheit wegen, eingerükt, mit der strengen Ordre, der Stadt und den Badischen Orten nicht im mindesten zur Last zu seyn, sondern die Bedürfniße aus dem Würtembergischen zu beziehen. — —

1801.

Am ersten Januar wird von allen Seiten her die wichtige Nachricht verkündet und bestätiget, daß nach etlichtägigen Unterhandlungen zwischen dem Erzherzog Carl und General Moreau am 25sten Xbr. eine neue Armistice Convention auf 45 Tage abgeschlossen, und darinn eine neue für die Franz. Armee äußerst günstige — für Oestreich eben so lästige Demarcations Linie festgesezt worden seye....

Über die den O. Aemtern Roetteln und Badenweiler angesonnene Stellung von 100 Fuhren, um Munition nach Lindau zu transportiren beschwert man sich bey dem commandirenden General in Basel, Namens Amoz....

Durch den Pr. Gesandten Luchesini in Paris soll der Herzog von Würtemberg Friedens Anwürffe daselbsten haben machen lassen....

8. Jan. Zwey heute durch Durlach passirte Couriers haben versichert, daß sie die vom Kayser unterzeichnete Friedens-Praeliminarien nach Paris überbrächten....

8. Jan. Den 8ten Januar. Die Garnison zu Pforzheim wird der Stadt immer lästiger. Man sollicitiret bey den Generalen Boursier und Klein deren Wegzug....

12. Jan. Dem Schwäbischen Kreiß ist abermahl eine Lieferung an Naturalien angesezt worden.

Die R. Staedte Offenburg und Gengenbach, desgleichen der Prälat von Gengenbach haben sich an den Franz. Gesandten Massias gewendet, um Nachläße an den Contributionen zu erlangen, und sie bitten Smum um ihr Vorwort bey dem Gesandten. Es wird eingelegt, jedoch nur mündlich, um sich nicht zu compromittiren....

16. Jan. In Pforzheim, Durlach, Rastatt und Stollhofen sind für die Franz. Armee-Depechen Feld-Posten etablirt, deren Verpflegung diesen Orten zur Last fällt....

28. Jan. Der Separate Frieden zwischen Frankreich und Bayern wird, wenigstens in Zeitungen für gewiß ausgegeben. Auch haben sich die Bayerischen Subsidientruppen von der Oestreichischen Armee entfernet und sie sind nach einer kurfürstlichen Verordnung vom 9ten c. m. auf den Friedensfuß reduciret worden, indem mit dem 15ten d. M. der Englische Subsidien-Tractat cessiret. Indessen contrastiret mit diesen Friedens Nachrichten die fortdauernde harte Behandlung der Pfälzischen Lande von Seiten der Franzosen.

Oestreichs Lage wird darum für mißlich gehalten, weil man einem kühnen Feinde dem man alle Zugänge und die vortheilhafteste Positionen eingeräumt hat, keine Armee entgegen führen kann, in dem der Erzherzog Carl voll auf zu thun hat, um sie nur erst wieder zu organisieren, auf das Aufgebot aber, dem es an Waffen und am guten Willen fehlt, — der nicht nur bey dem gemeinen Hauffen vermißt wird — er selbst nichts hält. Sein Erscheinen bey der Armee soll nicht die gehoffte Energie erwekt und dann erst den Gehorsam wieder hergestellt haben, nachdem sie vernommen, daß er die Retirade anzuordnen und den Frieden zu unterhandlen gekommen seye. Noch soll viele Uneinigkeit herrschen....

31. Jan. Das im Englischen Solde stehende, und sehr zusammengeschmolzene Condeische Corps, dermahlen in Caernthen, soll nach Maltha bestimmt seyn, und wird also den Rhein sobald nicht wiedersehen.

H. Darmstadt wird bey den Franz. Truppen-Durchmärschen ausnehmend, und mehr als die hiesigen Lande geschont....

Die dem Herzogthum Würtemberg angesetzte neue 3. monathliche Contribution ist von $\frac{1800}{m}$ fl auf 1 Million reduciret worden, aber mit dem Bedrohen, eine Landes Administration anzuordnen, wenn sie nicht in termino præfixo erlegt würde, auch des künftigen Friedens ohngeachtet das Land eher nicht zu verlassen, als bis sie erlegt seye....

General Moreau hat den Beytrag der R. Stdt. Rottweil zu der monathlichen Contribution des Schwaeb. Kreises auf 2500 fl herabgesezt, der R. St. Regenspurg aber, ohngeachtet der dringendsten Verwendungen der Neutralen Comitial Gesandten, nur einen minderen Nachlaß verwilliget....

16./17. Febr. Den 16. Februar hat ein durch passirter Courier ausgesagt, und den 17. Febr. Herr v. Reizenstein Gelegenheitlich mit einem weiteren Courier versichert, daß die Unterzeichnung des Friedens in Luneville und Paris oeffentlich verkundet worden seye. Solcher ist schon den 9ten Februar von den Bevollmächtigen in Luneville unterzeichnet worden.

Nachtrag.

584. Pfarrer Dietz an N. N.[1]

Rothenfels, 28. April 1799.

[Geheime Weisungen Barbaczy's. Verbot der St. Markusprocession.]

Das hiesige Militare hat die gegründete V[ermuthung, daß die] Franzosen morgen kommen, ihren Gesand[ten nöthige?] Sicherheit leisten, das Militare mit Plänklen [beschäftigen und] die umliegenden Oerter plündern wollen; es ist also nicht rathsam, die Gemeinde außer Ort zu führen, um in diesem Fall das Unglück und Unordnung nicht größer zu machen. Dieses muß sehr geheim gehalten werden und Ew. Hochwürden es niemand sagen, sondern Ihrer Gemeinde andere Ursachen vorschützen, warum die Procession auf Rothenfels nicht statt habe, z. B. wegen hiesiger starker Einquartierung und von der leicht zu vermuthenden Störung in der Andacht; ich wiederhole es auf Befehl des hiesigen Commandanten, die wahre Ursach der unterbleibenden Procession zu verheimlichen. Dieses schreibe ich auch auf Kuppenheim.

585. Obervogt von Holzing an Karl Friedrich[2].

Rastadt, 30. April 1799.

[Erste Nachricht vom Ueberfall. Hilfeleistung unmöglich. Gerichtlicher Augenschein.]

Sonntags, den 28ten dieses, Nachts, einige Minuten nach 10 Uhr geschah mir, dem Obervogt, von dem Bürger Christian Mößner dahier die Anzeige, daß

[1] Das hier mitgetheilte Schreiben des Pfarrers Dietz an einen Amtsbruder ist jüngst in den Besitz des Generallandesarchivs gelangt; über die Bedeutung desselben, die zugleich seine Aufnahme in unsere Publikation rechtfertigt, vergl. K. Obser, Zur Geschichte des Rastadter Gesandtenmords. Zeitschrift für Gesch. des Oberrheins, Neue Folge, Bd. VII, 717 ff.

[2] Wider Erwarten haben sich nachträglich in der Registratur des Großh. Staatsministeriums die oben S. 224 und S. 248 angeführten, bisher vermißten Akten über den Rastadter Gesandtenmord gefunden; abgesehen von den hier folgenden Schriftstücken enthalten sie u. a. die Originale des „Authent. Berichts“ vom 1. Mai, des Protokolls über die Leichenschau und die Conzepte der Schreiben Karl Friedrichs an den Kaiser und den Erzherzog, die ja sämmtlich durch den Druck bekannt sind.

die französischen Ministers auf der Chaussee zwischen der hiesigen Georgii-Vorstadt und der Rheinau wirklich ermordet würden; weil man aber sogleich im nämlichen Augenblicke erfuhr, daß eine Partie kaiserlicher Szeckler-Husaren alle Thore und Ausgänge der Stadt besetzet hatten und niemanden ohne Gefahr passiren ließen, so sah man sich ganz außer Stand, den mißhandelten Ministern auf irgend eine Art besonders bei der finstern Nacht zu Hilfe kommen zu können. Gleich am folgenden Montag Morgens in aller Frühe, den 29ten, besprach ich, der Obervogt, mich mit der badischen Hochlöbl. Gesandtschaft über diesen Vorfall, wovon das Resultat war, daß vordersamst eine Legalinspection über die Entleibten vorzunehmen beschlossen wurde, wo dann in dem nämlichen Augenblick, da man sich auf den Platz, wo die Ermordeten lagen, begeben wollte, der kaiserl. Eskadronscommandant von Szeckler-Husaren, Rittmeister Burkhard, mich, den Obervogt, zu sich in das Wirthshaus zur Laterne außer der Stadt abholen ließ, um unter meiner Assistenz die an das Ettlinger Thor gebrachten 7 französischen Gesandtschaftswägen durchsuchen und alle vorfindenden Schriften und Papiere in militärischen Verwahr nehmen zu lassen, wodurch es veranlaßt wurde, daß die beiden Oberamts-Personen sich theilen mußten. . . . .

586. Obervogt von Holzing an Gayling.

Rastadt, 1. Mai 1799.

[Eine gerichtliche Untersuchung des Vorfalls unterbleibt.]

Uebersendet das Protokoll über den Leichenbefund. „Absichtlich und aus guten Gründen, die von Herrn Geh. Rath Meier gebilliget wurden, ließ ich die weitere Constatirung des Corporis delicti oder die Fragen: an, quomodo et a quo homicidium, latrocinium, assassinium et rapina begangen worden seien? stillschweigend umgehen“.

587. Gutachten des Geh. Raths Brauer[1]: „Ueber die Verunglückung der französischen Minister bei Rastadt“.

o. D. (1. Mai 1799).

Ueber diesen Vorfall seine Empfindungen auszudrücken, heischt Rathspflicht nicht, und Klugheit oder deutscher Biedersinn müßten dabei auf die Spitze gestellt werden.

Aber Serenissimum zu berathen, was in dieser höchstmißlichen Lage Ihre Reputation, Ihre Sicherheit und das Wol Ihres Landes fordere, das muß wol der Taggedanke und die Nachtsorge jedes Höchstihnen treuergebenen Geheimenraths sein: und da ich voraussetzen darf, daß es allen, die Serenissimus auf diesen Posten berufen haben, willkommen sein müsse, durch Darlegung einer Mannigfaltigkeit der Ansichten zu Fassung eines desto sichereren und erschöpfenderen Anraths in den Stand zu kommen, so habe ich — mich übrigens bescheidend, daß ich als

[1] Vorliegendes Gutachten ist in der Geh. Ratssitzung vom 3. Mai verlesen und Brauers Vorschlag entsprechend, auf Grundlage seines Entwurfs, ein Schreiben an den Kaiser ausgefertigt worden. Vgl. oben Nr. 307.

einer der jüngsten hiebei am wenigsten zu rathen habe, und als einer, der des Weltgangs täglich müder wird und in Abgeschiedenheit von allen Weltschicksalen nur betrachten und dulden, nicht rathen und wirken zu dürfen wünscht, am wenigsten den Wunsch hege, meinem Anrath einige Aufmerksamkeit zugetheilt zu sehen, — dennoch meinen nun einmal aufhabenden schweren Pflichten es schuldig zu sein geglaubt, darüber meine Betrachtungen vorzulegen.

Sie concentriren sich dahin, Serenissimus können in Ihrem Gewissen überzeugt sein, für Sicherheit des Congreßorts alles gethan zu haben. Einem Privatmann könnte dieses genügen: einem Regenten darf dies nicht genug sein. Unzweideutige Erkennbarkeit der steten Maxime, seine Pflichten auch unter allem widrigen Drang zu erfüllen, ist für ihn noch neben dem Bund eines guten Gewissens unentbehrliche Erforderniß. Für diesen letzteren Punkt dünkt mir, sei neben der Consolirung (sic!) aller Thatumstände, so weit sie von S[mo] durch Dero Behörden allein, mithin ohne Sich und des Landes Wolfahrt zu compromittiren, möglich ist, auch das erforderlich, auf die möglichst glimpfliche, aber dennoch auf eine der moralischen Würde S[mi] gemäße unzweideutige Art zu den öffentlichen Akten zu bringen.

In Erinnerung, daß bei dem Anfang des Congresses Ihro Hf. D. von Kais. Maj. eigens aufgefordert worden sind, für die Polizei des Congreßortes zu sorgen, meine ich, es könnte solches am unverfänglichsten durch einen Bericht ad Caesarem zur Reichscanzlei (von dem den Ministeriis zu Berlin, Hannover, München, Cassel, Darmstadt und allenfalls Württemberg Mittheilung zu thun wäre) geschehen, wovon der nur in den Grundstrichen hier vorläufig anzuzeigende Inhalt der sein würde:

„Ew. Kais. Majest. geruhten durch das von Allerhöchstdero sub d. Wien, den 3. Nov. 1797, mir zugefertigte Kaiserl. Reskript die Wahl meiner Stadt Rastadt zum Congreßort für die Reichsfriedensunterhandlung mit den französischen Bevollmächtigten mir allergnädigst zu eröffnen und mich zu erinnern, daß ich von landesherrl. Amtswegen alle sachgemäßen Vorkehrungen treffen, auch mir dabei dasjenige zur Rücksicht dienen lassen möchte, was Allerhöchstdess. k. k. gevollmächtigte Reichsbotschaft mir desfalls weiter als den Kaiserl. Willen eröffnen werde. Gleich nach Eröffnung dieser Allerhöchsten Willensmeinung ließ ich mir angelegen sein, mittelst des unter dem 13[ten] November 1797 ausgefertigten, hier unter Ziff. 1 anliegenden Constitutivreskripts eine eigene Polizeicommission nach Rastadt für die Dauer des Congreßortes (sic!) nebst dem zu ihrer Unterstützung nöthigen Militär zu verordnen, annebst den 14[ten] November nach Ziff. 2 an Seine des Reichsfeldmarschalls H. Erzherzog Karls Kais. Hoheit das Ersuchungsschreiben zu erlassen, um die Ihroseits erforderlichen Befehle wegen Entfernung der Kriegsvölker von der Nähe des Congreßorts zu erlassen, dem auch von gedacht Ihro K. Hoheit mittelst der erfolgten Truppendislokationen gnädigst entsprochen wurde. Ich zeigte zugleich in reichsfürstl. tiefster Verehrung noch am gleichen Tage Ew. Kais. Majestät den Empfang des Kais. Reskripts und meine Bereitwilligkeit zu dessen gehorsamster

Befolgung mittelst des unter Ziff. 3 zu geschwinderer Einsicht wieder anliegenden Paritionsberichts an.

Meine Polizeicommission nahm auch gleichbalden nach Ankunft Allerhöchstdero Kais. Reichsbotschafters so wie nachher in allen vorgekommenen wichtigen Ereignissen mit derselben die erforderliche Rücksprache, so daß ich auf das Zeugniß dieser Kais. Plenipotenz wegen Erfüllung meiner landesherrl. Pflichten in Betreff der Sicherheit und Bequemlichkeit des Congreßorts mich getrost berufen darf. Die Vorsehung segnete auch meine ernstliche Sorge für diesen Gegenstand des mir obliegenden landesherrl. Amtes so weit, daß in dieser Frist erhebliche Anstände oder unangenehme Vorfälle nicht vorgekommen sind, außer

(inserantur brevissimis jene von Bonniers Kammerdiener, dem Metternich'schen transportirten Arrestanten, dem ligurischen verstohlenen Bedienten ꝛc.).

Unter dem ꝛc. ging Allerhöchstdero Erzherzogl. Oesterreichische Subdelegation und unter dem ꝛc. die Kais. Plenipotenz ab. Jedoch kamen mir damals und bis jetzo keine Kais. Allerhöchste Weisungen wegen meines ferneren Verhaltens zu, noch eröffnete mir Allerhöchstdero Reichsbotschaft bei ihrem Abgang etwas, was Bezug auf meine landesherrl. Obliegenheiten gehabt hätte. Da nun auch der letzte Erlaß der Kais. Plenipotenz an die Reichsdeputation weder die Deputirten zur Rückkehr, noch die auswärtigen Gesandten zur Abreise ermahnte, so mußte ich in Hinsicht auf den Reichsschluß, wonach von 2/3 der Reichsdeputirten die Anwesenheit noch immer die Deputation in ihrem Bestand erhält, glauben, so lange diese und die an solche Reichsdeputation accreditirten Gesandtschaften anderer Mächte noch da seien, meinen landesherrl. Maßregeln keine veränderte Richtung geben zu dürfen, sondern lediglich der bisher approbirten Befolgungsart jenes Allerhöchsten Reskripts ferner nachgehen zu müssen, mithin auch bis zu weiterer Eröffnung Allerhöchstdero Reichsoberhauptlichen Willensmeinung darauf rechnen zu dürfen, daß ohneracht des wieder ausgebrochenen Krieges die gleich anfänglich bewilligte Wegverlegung der k. k. und Reichstruppen von der Gegend um Rastadt inzwischen noch eben so fortdauern werde, als ich dieses von der französischen Armee zu fordern und zu erwarten mich berechtigt hielte, auch bis dahin es wirklich geschehen war.

Inzwischen fand bei Annährung der k. k. Vorposten in den Congreßbezirk die Deputation nothwendig durch eine reichserzkanzleramtl. Abordnung

(inseratur die Erzählung wegen der Beschickung des Obersten über die Patrouillen, seine Antwort ꝛc.).

Hiebei konnte ich noch ganz ohne Sorge bleiben über die Frage, in wie fern etwa mein landesfürstl. Amt einige veränderte Richtung seiner Wirksamkeit erfordere, da solches mit den militärischen Dispositionen nichts gemein hatte, und zugleich die Versicherung da lag, daß durch letztere außermilitärischen Occurenzien für den Congreßort nichts zu besorgen sei.

Unerwartet und zu meiner schmerzlichsten Empfindung

(inseratur die Erzählung der Cernirung von Rastadt, des Abgangs der fran-

zösischen Gesandten und ihres Unfalls ohne Particularitäten in generalissimis).

Da die gesammten, noch anwesenden Gesandtschaften sich des Vorgangs wegen interessirt bezeugt und ihre Verwendung vorgekehrt haben, und da bei der Cernirung meiner Stadt Rastadt meine Behörden selbst außer Stand waren, in der erforderlichen Schnelligkeit und Ordnung alles, was sich gebührt hätte, vorzukehren, so konnte ich mehr nicht thun als

(inserantur, was man gethan hat).

Ew. Kais. Maj. muß ich nunmehr überlassen, was desfalls weiter vorzukehren sein möchte, zufrieden, daß mein Gewissen mir Zeugniß giebt und die Stimme des ganzen noch anwesend gewesenen diplomatischen Publici für mich spricht, daß ich etwas weiteres zur Verhütung oder Untersuchung des Vorfalls nicht habe thun können. In Hoffnung, Ew. Kais. Maj. Allerhöchste Gnade hiebei mich nirgend unwerth gemacht zu haben, beharre ich zc."

F. Brauer.

---

588. Protokoll des Oberamts Rastadt[1].

[Verhör der Schultheiße von Steinmauern, Iffezheim und Hügelsheim.]

Actum Rastadt, den 4. Juni 1799.

In Gegenwart
Tit. Herrn Obervogts von Holzing.

Um den verehrlichen Auftrag vom 3. d. Mts. G. R. Nr. 968 der durch eine Husaren-Ordonnanz gestern Abend hierher zu Oberamt gebracht wurde, gehörig und gleichbald befolgen zu können, hat man sogleich durch expresse Boten die Schultheißen zu Steinmauern, Iffezheim und Hügelsheim auf heute Vormittag hierherbeschieden, welchem Befehl zufolge dieselben heute wirklich erschienen sind, und zwar namentlich

der Schultheiß von Steinmauern, Nicolaus Becker; der Schultheiß zu Iffezheim, Balthasar Zoller. Sodann der Schultheiß von Hügelsheim, Jacob Seppert.

---

[1] Dies und das folgende die oben Nr. 335 erwähnten Protokolle, deren Originale nach Villingen eingesandt wurden; sie beweisen zur Genüge, daß in der Mordnacht keine anderen Truppen als Szeckler Husaren in der Umgebung von Rastadt bemerkt worden sind. Von Interesse ist der Bericht des Plittersdorfer Ortsvorstehers. Zu bedauern ist, daß nicht auch der Schultheiß von Rheinau, unter seinen Amtsgenossen unstreitig der wichtigste Zeuge, über seine Begegnung mit den österreichischen Husaren und deren verdächtige Aeußerungen verhört worden ist. Vergl. Authentischer Bericht, S. 14.

Nachdem man diesen drei Ortsvorstehern (sic!) auf ihre bereits schon abgelegten Pflichten erinnerte, daß sie auf die ihnen vorgelegt werdende Fragen durchaus die reine Wahrheit also angeben sollten, daß sie solche auf Erfordern mit einem körperlichen Eid zu bestätigen im Stande seien, hat man jeden derselben insbesondere vernommen, und zwar:

1. Den Schultheiß Nicolaus Becker von Steinmauern.

Ob ihme, Schultheißen, bekannt seie, daß zwischen dem 28. und 29. April d. Js. einige k. k. Patrouillen nach Steinmauern gekommen seien?

Resp. Ja, es seie ihm wol bekannt, daß am Sonntag den 28. April d. Js. Nachts nach Betglockenzeit, folglichen zwischen 8 und 9 Uhr, eine k. k. Patrouille von beiläufig 13 Mann nach Steinmauern gekommen, die sich daselbst einquartiert hätten, es seien Szeckler Husaren gewesen. Sie seien im Quartier zu Steinmauern liegen geblieben, bis sie nach 4 Tagen abgelöst seien; die Szeckler Patrouille wäre solang in Steinmauern liegen geblieben, bis sie von einem Commando des 13ten combinirten Regiments abgelöst worden.

Ob sich die Leute von dieser Patrouille, Szeckler Husaren, mit ihme, Schultheißen, oder andern Einwohnern zu Steinmauern unterredet und von was sie allenfalls mit einander gesprochen haben?

Resp. Er könne mit gutem Gewissen sagen, daß sich die Szeckler mit niemanden in Gemeinschaft eingelassen und daß sie mit ihme, Schultheißen, weiter nie gesprochen, als nur dann, wenn sie Fourage oder andere Bedürfnisse von ihme verlangt hätten; sie seien ohne die ausgestellten Piqueten immer beisammen liegen geblieben, und er, Schultheiß, habe niemals bemerket, daß sich die Szeckler mit jemand anderm jemals in Unterredung eingelassen hätten.

Ob er gewiß angeben könne, daß zwischen dem 28. und 29. April sonst keine andere Soldaten, als die Szeckler Husaren zu Steinmauern gewesen seien?

Resp. Ja, er könne es gewiß sagen, daß zwischen dem 28 und 29. April sonsten keine andern Patrouillen als die Szeckler Husaren zu Steinmauern gewesen seien.

Ob er sonst noch was von den Szeckler Husaren anzugeben wisse?

Resp. Er wisse weiters nichts von ihnen zu sagen, als daß er wünsche, daß sie, weil sie [bei] Abfassung der Fourage und in ihrer Verköstigung sehr genügsam gewesen seien, noch länger in der Gegend geblieben wären.

Becker, Schultheiß.

2. Der Schultheiß von Iffezheim.

---

ad quaest.: 1.
ob ihme, Schultheißen, bekannt seie, daß zwischen dem 28. und 29. April d. Js. eine k. k. Patrouille nach Iffezheim oder in dortige Gegend gekommen sei?

Resp. Am Sonntag den 28. April d. Js. seien gar keine Patrouillen oder sonstige k. k. Soldaten zu Iffezheim gesehen worden, erst den folgenden Montag am 29. April Morgens gegen 7 Uhr seien 3 Szeckler Husaren in den Ort gekommen, hätten sich nur erkundigt, ob nichts neues passirt seie, oder niemand von denen Franzosen im Ort seie; worauf sie, nachdem sie ein Frühstück genommen, ohne daß sie vom Pferd abgestiegen, wieder weiters geritten seien, worauf der Ort Iffezheim 5 bis 6 Tag nachher erst wieder die erste Piqueter zu sehen bekommen habe.

Da dieser Ortsvorsteher über die weiters vorzulegende Erkundigung keine weitere Auskunft geben konnte, so wurde derselbe entlassen.

B. Zoller, Schultheiß.

3. Der Schultheiß von Hügelsheim.

Ob ihme, Schultheiß, bekannt seie, daß zwischen dem 28. und 29. April d. Js. eine k. k. Patrouille nach Hügelsheim oder in dortige Gegend gekommen seie?

Resp. Um diese Zeit und einige Tage nachher seie gar kein Soldat weder kaiserl. noch französisch nach Hügelsheim oder in die dortige Gegend gekommen.

Da auch nach dieser Aussage alle weitere Vernehmlassung überflüssig war, so wurde derselbe auch entlassen, nachdem er diesen Theil dieses Protokolls eigenhändig unterschrieben hat.

J. Seppert, Schultheiß.

Hierauf wurde beschlossen, daß dieses Protokoll sogleich mit Bericht unterthänigst einzusenden seie.

In fidem:
Breis act. jur.

---

589. Protokoll des Oberamts Rastadt.

[Verhör der Ortsvorsteher von Plittersdorf und Oetigheim.]

Actum Rastadt, den 5. Juni 1799.

In Praesentia
Tit. Herrn Obervogts von Holzing.

Um den vom hochfürstl. hochpreisl. Geh. Rathscollegio vom heutigen Tag G. R. Nr. 993 aus Anlaß des unglücklichen Vorfalls bei Rastadt erhaltenen Befehl befolgen zu können, hat man sogleich die Schultheißen von Plittersdorf und Oetigheim durch Extraboten hierher kommen lassen, um auch diese beede Ortsvorsteher nach dem Verlangen des k. k. Herrn Feldmarschall-Lieutenants, Grafen von Sporck, zu Protokoll zu vernehmen.

Nachdem diese beede Vorsteher auf ihre bereits tragende Pflichten, die reine Wahrheit zu sagen, angewiesen wurden. Es erschien der herrschaftl. Schultheiß Franz Lorenz von Plittersdorf, welchem bekannt gemacht wurde, daß der k. k. Herr Feldmarschall-Lieutenant Graf von Sporck zu wissen verlange, ob zwischen dem 28ten und 29ten April d. Js. einige k. k. Patrouillen in die Ortschaften Steinmauern, Iffezheim, und Hügelsheim, oder die Gegend [gekommen] und um welche Zeit [es] gewesen, daß man dahero, weil der Ort Plittersdorf und Oetigheim in der Gegend von Steinmauern gelegen seien, nach dem Verlangen des hochgedachten

Herrn Feldmarschall-Lieutenants auch ihne, Schultheißen von Plittersdorf zu Protokoll vernehmen müsse, so gab der Schultheiß von Plittersdorf, Namens

1. Franz Lorenz, auf die ihm vor-vorgelegte Frage:

Ob ihme bekannt seie, daß zwischen dem 28ten und 29ten d. Js. einige k. k. Patrouillen und um welche Zeit im Ort Plittersdorf gewesen seien?

Resp. Es seie ihme bekannt und er könne nicht anderst sagen, als daß am Sonntag den 28. April nachts gegen 9 Uhr einige k. k. Soldaten von Szeckler-Husaren, bestehend in einem Officier, einem Corporal, einem Gefreiten und 28 gemeinen Mann in den Ort Plittersdorf gekommen seien, welche 4 Tage lang daselbst geblieben und nachher von anderen Szeckler Husaren abgelöst worden seien.

Die erstere Abtheilung die am 28ten in der Nacht gekommen seien, hätten gleich Posten ausgestellt und in der näml. Nacht den Rhein auf und ab patrouillirt.

Auf die weitere Frage,

Ob dieser Officier von den Szeckler Husaren oder dessen untergebenen Soldaten mit ihme, Schultheißen, oder andern Einwohnern zu Plittersdorf etwas gesprochen, und in was solche Unterredung bestanden seie?

Resp. Der Herr Officier habe mit keinem Menschen im Ort Plittersdorf gesprochen, nur der Corporal habe Heu, Haber und Essen für seine Leute verlangt.

Ob er sicher angeben könne, daß diejenigen k. k. Soldaten, die am 28. April Nachts zu Plittersdorf angekommen seien Szeckler Husaren gewesen seien?

Resp. Ja er könne es sicher angeben, denn er kenne die Szeckler Husaren sehr wol.

Da dieser Schultheiß weiter nichts mehr anzugeben wußte, so wurde derselbe, nachdem er diese seine Aussagen unterschrieben, entlassen.

Schultheiß Lorenz.

Hierauf wurde der Schultheiß von Oetigheim, weil dessen Ort ebenfalls in der bezeichneten Gegend gelegen ist, auf seine Pflichten vernommen.

2. Schultheiß Johann Köllmel von Oetigheim:

Ob ihme bekannt seie, daß zwischen dem 28ten und 29ten April d. Js. einige k. k. Patrouillen und um welche Zeit im Ort Oetigheim gewesen seien?

Resp. Ja, es seie ihm bekannt, daß am Sonntag den 28ten April d. Js. Morgens frühe gegen 6 Uhr eine k. k. Patrouille vom 13ten Dragonerregiment in 2 Mann bestehend nach Oetigheim gekommen, wo sie nur Futter vor ihre Pferde auf den Mittag bestellet und sogleich wieder fort gegen Steinmauern an den Rhein zu geritten seien. Um Mittag gegen 12 Uhr seien diese 2 Mann zurückgekommen, hätten in Oetigheim gefüttert, und sogleich wieder den Weg zurückgenommen, wo sie hergekommen seien.

Ob diese 2 Mann vom 13ten Dragonerregiment mit ihme, Schultheiß, oder andern Einwohnern zu Oetigheim etwas gesprochen, und worin solche Unterredung bestanden seie?

Resp. Ja, sie hätten davon gesprochen, daß sie im Ort und Land bekannt seien, weil sie schon ehemals in dieser Gegend im Lager gestanden hätten.

Ob er sicher angeben könne, daß diese Patrouille von 2 Mann zu dem 13. Dragonerregiment gehörte?

Resp. Ja, er könne es sicher angeben, weil er sie an ihren grünen Röcken und Hüten wol erkannt habe[1]. Er habe ihnen zugleich einen Schein geben müssen, daß und um welche Zeit sie durch den Ort Oetigheim geritten seien.

---

[1] Die Angabe beruht auf Irrthum, das betr. Regiment trug dunkelblaue Kleidung mit weißen Knöpfen, die Szekler schwarze Tschakos, dunkelblaue Dolmans, Pelze und Hosen mit weißen Knöpfen, eine Verwechselung bei Nacht war an sich also ebensowenig ausgeschlossen, wie bei den oben (Nr. 328) angeführten Bercseny Husaren, einem früher von Oberst Görger commandirten Freicorps, das gleichfalls dunkelblaue Pelze und Hosen mit weißen Knöpfen trug; dagegen ist an eine Verwechselung mit den Saxe Husaren, die grasgrüne Pelze und rothe Hosen hatten, oder mit dem ähnlich montirten Latourdragonerregiment Nr. 31, auf die Barbaczy sich beruft, nicht zu denken. Vergl. Oesterreich. Militäralmanach für d. J. 1798, passim.

Ob zwischen dem 28ten und 29ten April sonst keine andern k. k. Soldaten durch den Ort Oetigheim oder die dasige Gegend gekommen seien?

Resp. In seiner Gegend herum seien von 28ten bis auf den 30ten April, wo erst die Szeckler Husaren nach Oetigheim gekommen seien sonst keine andere k. k. Soldaten in dem Ort Oetigheim, und in dortiger Gegend erschienen.

Da dieser Schultheiß nichts mehr anzugeben wußte, so wurde derselbe, nachdem er seine Aussagen unterschrieben, entlassen.

Schultheiß Köllmel.

Hierauf wurde beschlossen, dieses Protokoll zum Hochpreislichen Geheimen Rathscollegium gehorsamst einzuschicken.

In fidem:
Breis act.

Personenverzeichniß.

C.

D.

Berichtigungen.

S. 7 Z. 16 v. u. lies an st. au.
„ 69 Z. 8 v. u. lies article 9 st. article 3.
„ 126 Z. 7 v. u. lies Anschuldigung st. Entschuldigung.
„ 129 Z. 1 v. u. lies 28 st. 23.
„ 150 Z. 1 v. u. lies Dubois Crancé st. Dubois Rancé.
„ 155 Z. 20 v. u. lies arrangements st. arguments.
„ 182 Z. 10 v. u. lies besorglich st. sorglich.
„ 188 Z. 12 v. o. lies Suchet st. Souchet.
„ 238 Z. 9 v. u. lies poteva st. potero.
„ „ Z. 14 v. u. lies commesso st. commesse.
„ 265 Z. 7 v. o. lies Denkungsart st. Deckungsart.
„ 273 Z. 4 v. u. lies Fresnel st. Frenel.
„ 391 Z. 12 v. u. lies Hautpoul st. Haultpoult.

Die Besitzer des ersten Bandes der Polit. Correspondenz machen wir darauf aufmerksam, daß einige weitere Schriftstücke, die sich auf die Fürstenbundsverhandlungen beziehen und sich neuerdings im Karlsruher Archiv gefunden haben, von K. Obser in den „Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte", Bd. V, S. 119—30 veröffentlicht worden sind.



C. F. Winter'sche Buchdruckerei.

Politische Correspondenz
Karl Friedrichs von Baden.
1783—1806.

Herausgegeben
von der
Badischen Historischen Commission
bearbeitet von
B. Erdmannsdörffer und K. Obser.

Dritter Band.
(1797—1801.)
Bearbeitet von
K. Obser.



Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1893.



